Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 82 JANUAR 1991 50 Pfennig

Bundeswehr raus aus Türkei und Mittelmeer!

Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!



AP

„Neue Weltordnung": Viertes Reich schickt Alpha-Jet-Bomber in die Türkei

Der Weltkapitalismus verspricht fürs neue Jahr ganz offen Krieg und Depression. Während die Imperialisten den „Tod des Kommunismus" herausposaunen, trudelt die US-Wirtschaft in eine weitere Krise, so wie es Karl Marx und andere vor mehr als hundert Jahren vorhergesehen haben. Und während sich Gorbatschow & Co. beeilen, sich der westlichen Bourgeoisie dabei anzuschließen, auf Lenins Grab herumzutrampeln, inszeniert Bushs Weißes Haus ein größeres imperialistisches Militärabenteuer, mit dem es verzweifelt versucht, das amerikanische Imperium vor dem Schutthaufen der Geschichte zu retten. Dies bestätigt, was Lenin beharrlich betont hat: Imperialismus bringt immer wieder Kriege hervor.

Die Kriegstrommeln werden lauter: Die schweren US-Panzerbataillone von der deutschen NATO-Front kommen jetzt an und werden sandfarben umgespritzt; die zweite Welle von Flugzeugträgern *(America* und *Roosevelt)* sind gerade von der Ostküste ausgelaufen und sollen bis zum 12. Januar im Kampfgebiet sein. Britannien und Frankreich haben ihre Expeditionskorps aufgefüllt. Um die Kriegsatmosphäre noch angespannter zu machen, kündigte das Pentagon an, daß es mit der Schutzimpfung von einigen seiner Truppen gegen biologische Kriegführung beginnen werde (obwohl es keinerlei Beweise gibt, daß der Irak über biologische Waffen verfügt, und niemand hat sie jemals eingesetzt). Mittlerweile mußten die Weihnachts- und Chanukka-Feiern heimlich unter Tarnzelten abgehalten werden, aus Angst, die islamisch-religiöse Staatsgewalt der Saudi-Monarchie zu „beleidigen", für die die US-Truppen eigentlich sterben sollen. Die Revue-Girls von Bob Hope konnten nicht einmal ins Land kommen, und seine Witze wurden in den Medien herauszensiert.

Zentraler Punkt ist: *Bush will den Krieg,* und zwar aus Gründen, die wenig zu tun haben mit Saddam Hussein und

Fortgesetzt auf Seite 16

Oberstes Gericht bestätigt Todesurteil

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Am 26. November weigerte sich das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten erneut, den Revisionsantrag von Mumia Abu-Jamal gegen den abgekarteten Schuldspruch und das Todesurteil zuzulassen. Der frühere Black Panther und anerkannte Journalist in Philadelphia, bekannt als die „Stimme der Entrechteten", hat angegriffen, daß der Schuldspruch eine offensichtlich politische Grundlage hat und daß elf mögliche Geschworene allein aufgrund der Tatsache, daß sie Schwarze sind, ausgeschlossen wurden.

Die Henker des Obersten Gerichts sagten, daß die rassistische Anwendung der Todesstrafe „unerheblich" sei. Von den mehr als 2000 Gefangenen in den Todeszellen der USA sind 50 Prozent Schwarze und Hispanics, die meisten wurden dafür verurteilt, Weiße getötet zu haben. In der Geschichte der USA ist nur ein einziger Weißer jemals für die Ermordung eines Schwarzen hingerichtet worden. Die Todesmaschinerie des Staates Illinois wurde von einem Fred Leuchter konstruiert, einem greulichen „Fachmann" für die Gaskammern der Nazis, der behauptet, der Holocaust sei nie geschehen.

Die Anwälte Jamals bereiten jetzt für die staatlichen Gerichte Pennsylvanias einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Schuldspruch vor, um zu zeigen, daß es stichhaltige Beweise für seine Unschuld gibt. Die Bullen versuchten 1982, Jamal auf der Straße umzubringen, aber schafften es nicht. Als er mit einer blutenden Bauchwunde im Krankenhaus lag, wurde ihm die Ermordung eines Bullen aus Philadelphia angehängt.

Mumia war ein beliebter Radiokommentator und Präsident der Philadelphia Association of Black Journalists. Als Jugendlicher war er ein Parteiführer der Black Panthers und wurde später zu einem Anhänger der hauptsächlich schwarzen radikalen MOVE-Organisation. Eine Woche, nachdem Reagan und Kohl 1985 in Bitburg vor Nazi-Gräbern salutierten, *bombardierte* die Polizei von Philadelphia in Zusammenarbeit mit Bundesbehörden ein Haus von MOVE und tötete dabei elf Personen, darunter fünf Kinder. Genau darum geht es beim Staatsterrorismus und bei der Todesstrafe in den USA —

Fortgesetzt auf Seite 21

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit!

Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Nazi/Skinhead-Angriffe auf eingewanderte Arbeiter, Hexenjagd auf Linke, das ist es, was die kapitalistische Wiedervereinigung entfesselt hat. Am 6. Oktober, drei Tage, nachdem der westdeutsche Imperialismus die frühere DDR annektierte, erhielten Renate Dahinaus und Michael Phillipsen Strafbefehle, weil sie eine antifaschistische Veranstaltung in Berlin-Moabit gegen einen bewaffneten Angriff der Republikaner am 14. Januar 1989 verteidigt hatten. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfs" der Republikaner, der durch Einschüchterungsversuche, Provokationen und unverhüllte Gewalt gekennzeichnet war.

Die Anklage basiert auf der Zeugenaussage des berüchtigten Spitzenkandidaten Carsten Pagel, der auch der Anführer des faschistischen Angriffs war. Anfänglich wurde gegen acht *Opfer* des Republikaner-Angriffs ermittelt, mittlerweile wurde gegen sechs die Anklage fallengelassen. Jetzt ist aber Michael Phillipsen wegen „Körperverletzung" angeklagt und Renate Dahinaus, weil sie sich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt hat".

Es ist kein Zufall, daß Renate Dahinaus, Kandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration letzten Januar in Treptow, zum Ziel von Nazi-Angriffen und staatlicher Repression wird. Die SpAD steht zusammen mit ihrer Schwesterorganisation, dem Komitee für soziale Verteidigung, in vorderster Reihe gegen rassistische Angriffe und gegen die antikommunistische Hexenjagd.

Mobilisiert Unterstützung bei euren Freunden, Kollegen und in euren Organisationen. Fordert die sofortige Aufhebung der Strafbefehle! Alle Anklagen gegen die Antifaschisten müssen fallenlassen werden! Schreibt an Richter G. Schultz, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21. Erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48 267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286, 2000 Hamburg 11.*



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: G. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 1l; Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)4914548
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto FranWunVMain 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 82 **Januar 1991**

An unsere Leser

Spartakist mit *Arbeiterpressekorrespondenz* wird von jetzt ab monatlich erscheinen. Möglichst bald werden wir wieder zu unserem ursprünglichen Zeitungsformat DIN A3 zurückkehren. Zu besonderen Anlässen werden wir weiterhin Spartakist-Extraausgaben herausbringen.

Schluß mit den antikommunistischen Säuberungen!

Gegen Gleichschaltung: Macht die Unis dicht!

Tausende Studenten gingen in den letzten Wochen spontan in Erfurt, Berlin, Rostock, Leipzig und Halle gegen die geplante „Abwicklung" auf die Straße. In Erfurt wurde das Büro der Landesregierung, in Leipzig das Rektorat und in Berlin das Hauptgebäude der Humboldt-Universität besetzt. Studenten traten in Hungerstreik, andere marschieren von Berlin zur KMU nach Leipzig. Anfang Januar sind Aktionstage und eine Urabstimmung über Uni-Streik geplant.

„Abwicklung" nennen sie die Gleichschaltung, die an den Hochschulen und Universitäten der Ex-DDR einsetzende antikommunistische Massensäuberung und Schließung von Wissenschaftsbereichen und ganzen Instituten. Es geht um die Errichtung von staatlicher Gesinnungskontrolle und Herausbildung einer neuen Elite für das Vierte Reich des ausgeweiteten deutschen Imperialismus. Zehntausende Studenten, Dozenten und Uni-Angestellte sollen ausgesiebt werden. Die SpAD solidarisiert sich mit dem Widerstand von Tausenden Studenten gegen die Hexenjagd und zur Verteidigung ihrer Studienplätze.

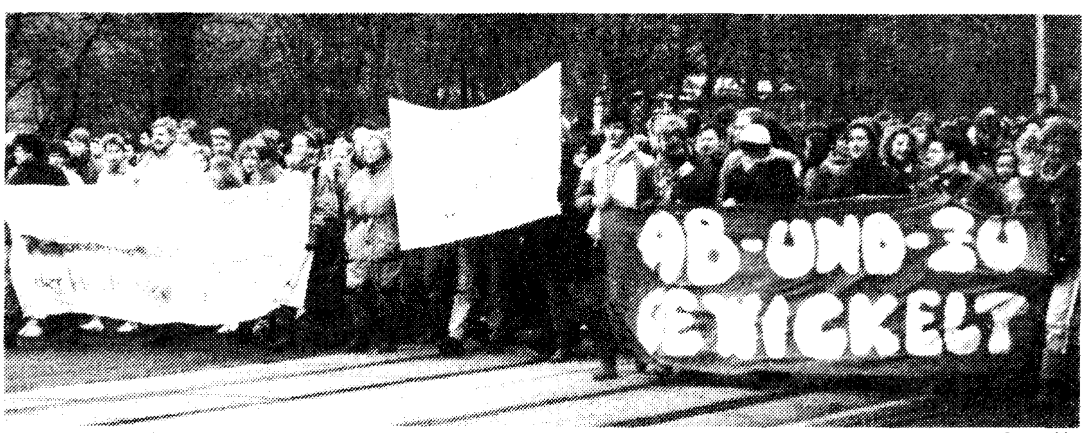
Besonders „verdient" machen sich wieder einmal die Damen und Herren der SPD, wie schon bei der Enteignungskampagne gegen PDS und FDGB und beim Polizeiterror gegen jugendliche Hausbesetzer in Berlin. SPD-Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller hetzt gegen „Selbsterneuerung alter Kader" und „systemkonform erzogene" Studenten, die „Verlierer der Einheit". Von den geisteswissenschaftlichen Bereichen der großen Universitäten bis zur berühmten Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig soll nichts übrigbleiben.

In einer Solidaritätserklärung mit den Studenten der Humboldt-Universität forderte die Spartakist-Arbeiterpartei: „Schluß mit den antikommunistischen Säuberungen! Keine ‚Abwicklung', keine Schließungen, keine Entlassungen! Weg mit den rassistischen Quoten und Numerus Clausus! Gemeinsame Streikaktionen in Ost und West! Studenten, Dozenten, Arbeiter: Macht die Unis dicht!"

Die Kampagne der Kapitalisten ist ideologisch. Es geht nicht nur um alte „ML"-Bereiche, sondern um alles, was die DDR verkörperte (inklusive Tierpark). Anstatt der stalinistischen Lüge des „Sozialismus in einem Land" sollen die zukünftigen Gelehrten und Richter des Vierten Reichs die großdeutsche 'Lehre der Profitmacherei verbreiten: Die Verteidigung von Pharma-Boykotts, mit denen kranke Menschen der ehemaligen DDR umgebracht werden; das imperialistische Massenschlachten von USA/NATO im Irak. Und diejenigen, die nicht bereit sind, Fragebogen auszufüllen und mit den neuen Herrschern zu kooperieren, sollen fliegen. Unter dem Zeichen der SED- und Stasi-Hetze betreiben sie ihre Treibjagd auch auf den Kommunismus.

„Als nicht förderungswürdig stufte die Kommission die Arbeiten zur Exil- und Faschismusforschung ein"! (*Berliner Zeitung*, 28. Dezember 1990) Gleichzeitig soll das NS-Dokumentationszentrum der DDR (wo das *Braunbuch der Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik* herausgegeben wurde) aufgelöst werden, und schon bastelt man an Zentren für die Geschichte Preußens „mit Blick auf Ostelbien". Während der US-Imperialimus am Golf Krieg ums Öl führt, richtet das Vierte Reich seinen gierigen Blick nach Osten. Faschismusforschung kann da nur stören.

Es ist wichtig, den Studentenkampf mit dem Kampf der Arbeiter zu verbinden. Die Studenten haben nicht die Macht, Betriebe und Verkehr lahmzulegen, die Arbeiter, die an den Hebeln der Gesellschaft stehen, schon!



Spartakist

Halle, 22. Dezember 1990: 4000 Studenten demonstrieren gegen die „Abwicklung"

Wir müssen uns mit den Arbeitern verbinden, die in die Arbeitslosigkeit „abgewickelt" werden sollen. Viele Studenten waren der Meinung, daß Versuche dahingehend unnütz seien, da die Arbeiter, die CDU-Wähler, sowieso nicht kämpfen wollen. Doch der ÖTV-Streik gegen Entlassungen und antikommunistische Schnüffelei im Sommer, die Werksbesetzung bei Simson Suhl, der machtvolle Reichsbahnerstreik Ende November zeigten den Weg.

Es ist wohl kein Zufall, daß die gleichen Uni-Bürokraten und Studenten„vertreter", die nach Kompromissen suchen und militante Aktionen verhindern wollen, mit Vehemenz für „Selbsterneuerung" eintreten. Diese Wortschöpfung soll verschleiern, daß man uns mit Hilfe von Uni-Gremien auf großdeutsche Linie bringen will. Aber mit einer Knierutscher-Politik, wie sie die PDS beim Ausverkauf der DDR und bei der Auslieferung ihrer eigenen Schatzmeister betrieben hat, kann man nicht gewinnen. Keine Gesinnungsschnüffelei an der Uni!

Ein Sprecher der GEW gab bekannt, daß die Gewerkschaft „alle Mittel einsetzen" wird, um den Kampf gegen die „Abwicklung" zu unterstützen. Die Strategie der GEW-Führung beschränkt sich aber auf Rechtsschutz ... „bis zur Klage beim Bundesverfassungsgericht". Bis dahin sind wir alle „abgewickelt" — erinnert euch nur an den Westberliner Kita-Streik! Um den Kampf auszuweiten und einen wirklichen Streik durchzuführen, müssen wir den Lehrbetrieb an den Unis völlig lahmlegen, und dafür ist die soziale Ausweitung des Kampfes auf Dozenten, Uni-Arbeiter und alle Lehrer zentral, die genauso von der antikommunistischen Hexenjagd bedroht sind.

Bildung darf keine Sache des Geldbeutels werden. Arbeiter und ihre Kinder, Frauen und Immigranten sollen weiter studieren können. Volle Staatsbürgerrechte für

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Russische Frage entscheidend

Von der SEW zum Kommunismus

Nachfolgend drucken wir die Eintrittserkläntng eines Arbeiters und langjährigen Kaders der restlos abgetretenen Westberliner SEW in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ab.

An die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands).

Dieser Schritt ist die Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem „Real existierenden Sozialismus". Nachdem ich jetzt (bis Dezember 1989) 10 Jahre der SEW und vorher ihrem Jugendverband angehört, etwas für Frieden und Sozialismus getan habe, muß ich mir immer öfter die Frage stellen:

Wie ist es möglich, daß der Sozialismus zunehmend seine Position, sein Ansehen einbüßt, der Imperialismus sein Einflußgebiet auf die heute ehemaligen Arbeiterstaaten ausdehnt? Wie ist es möglich, daß die Sowjetunion nach 70 Jahren am Rande des Abgrundes steht?

Nachdem Gorbatschow seine Politik der „Perestroika, Glasnost" verkündet hatte, meinte ich, dies ist der Ausweg aus der „Krise des Sozialismus", habe das Buch von Gorbatschow verschlungen, nach Antworten gesucht. Durch die Ereignisse in den Arbeiterstaaten und der Sowjetunion (Lebensmittelkarten, nationale Konflikte usw.) mußte ich zunehmend erkennen, daß „Perestroika" die Politik der Zugeständnisse an den Imperialismus ist. (Siehe Kniefall Gorbatschows vor dem deutschen Kapital.)

Heute muß ich erkennen, all die Jahre in dieser Partei umsonst gekämpft, all die Jahre Kräfte umsonst vergeudet. Dies hat bei mir als Kommunisten einen tiefen Schmerz erzeugt.

Aus der Arbeiterklasse kommend, habe ich mein ganzes bewußtes Leben in den Reihen der Arbeiterbewegung verbracht, zwar mit vielen Fehlern, aber immer für die Verteidigung der Sowjetunion und der anderen Arbeiterstaaten.

Auf der Suche nach Antworten auf all meine Fragen stieß ich auf die verfolgten Revolutionäre der 20er und 30er Jahre in der Sowjetunion. Wie Ihr Euch sicher denken könnt, habe ich es bis vor einiger Zeit nicht für nötig gehalten, mich mit diesen Revolutionären (Trotzki) und dem Trotzkismus auseinanderzusetzen. Erzogen im stalinistischen Denken, „der Trotzkismus ist schädlich für die Arbeiterbewegung", begann ich vor einiger Zeit meine Position zu überdenken, mich mit Trotzki und seiner Politik vertraut zu machen und die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.

In der heutigen Situation, wo sich viele meiner ehemaligen Genossen ins Privatleben zurückziehen und behaupten, der Marxismus ist tot, oder weiter auf der Straße des Stalinismus und Reformismus bleiben, suchte ich die Diskussion mit Trotzkisten und trotzkistischen Organisationen, unter anderen mit Euch.

Aber alle konnten nur oberflächliche Antworten geben. Zuerst hatte ich auch bei Euch den Eindruck, dies änderte sich aber durch das Auftreten Eurer Genossen (die mir auch einige harte Wahrheiten sagten) und nachdem ich Euch in der Arbeit (Theorie und Praxis) kennengelernt habe.

Beim Lesen von Trotzkis Buch *(Verratene Revolution)* fiel mir auf, daß Trotzki schon vor 50 Jahren die Entwicklung in den Arbeiterstaaten und ihre Ursachen erkannte, und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte, die auch heute noch so aktuell wie damals sind. Er schrieb: Entweder stürzt die Arbeiterklasse die Bürokratie oder die Bürokratie stellt die Bedingungen wieder her zum Übergang zum Kapitalismus. Obwohl auch heute noch nicht alle Fragen geklärt sind bzw. ich einen anderen Standpunkt einnehme (Stellung zur Umweltpolitik, Atomkraft usw.), sind dies keine Grundfragen.

Da für mich schon immer die Freundschaft/Verteidigung der Sowjetunion Herzenssache war, ist die Haltung zur Russischen Frage die entscheidende, genauso wie die Frage von Kapital und Arbeit (Grundfrage). Als einzige Organisation gegenüber allen Linken habt Ihr in den heutigen Klassenauseinandersetzungen einen unversöhnlichen Standpunkt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Augenblick bin ich dabei, mir viele neue Erkenntnisse zu erarbeiten und sie zu überprüfen. Hierbei werde ich sicher Eure Hilfe brauchen.

Gerade deshalb ist es mir ein Bedürfnis, bald mit Euch und Eurer Partei für den Sozialismus zu kämpfen.

Ich hoffe, daß Ihr meinen Antrag um Aufnahme in Eure Partei positiv entscheidet.

Verbleibe mit Kommunistischem Gruß
Werner T., Berlin, den 11. Oktober 1990

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026
SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: (030)4927866

Greifswald
Spartakist, Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Hamburg
SpAD, Postfach 110231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig
U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Rostock
SpAD, Postfach 9001
HPA, 2500 Rostock 1

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 2663

Macht Unis dicht...

Fortsetzung von Seite 3

Immigranten! Keine Abschiebungen! Genug Krippen und Kindertagesstätten! Kostenlose anständige Ausbildung und ein ausreichendes Stipendium und Wohnraum für alle!

Besetzt eure Unis, bildet Streikposten! Verbündete sollen auch westliche Unis sein! Verbindet euren Kampf mit den Arbeitern und Gewerkschaften — geht nicht vor den Hexenjägern an der Spitze von DGB und SPD in die Knie! Studenten, wenn ihr gegen „freiwillige" Säuberungen, gegen Gleichschaltung, Zensur und Stillegung und für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg kämpfen wollt, schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei an!«

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Wir können gewinnen! Streiks, Besetzungen gegen Entlassungen, Arbeitshetze!

Hamburg/Rostock: Bericht aus den Häfen

Der Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten hat die Stimmen eines kleinen Kerns von Hafenarbeitern in Hamburg-Altona gewonnen, wo insgesamt 124 Wähler die SpAD gewählt haben. Spartakist-Unterstützer im Hafen verluden Kartoffeln, die in der Sowjetunion dringend benötigt werden als Resultat von Gorbatschows Perestrojka. Am Revolutionstag tranken wir mit sowjetischen Soldaten an Bord ihres Schiffes auf die Oktoberrevolution. Einige Seeleute kauften den russischen *Spartacist,* um ihn zusammen mit den Kartoffeln nach Hause zu nehmen.

Zusammen mit unserem Wahlprogramm (auch in türkischer, portugiesischer und polnischer Sprache) verteilten wir 500 SpAD-Flugblätter mit dem Titel: „Verladet die Kartoffeln nach Leningrad, danach Streik!" (siehe *Spartakist* Nr. 80). Der Bundestagskandidat und Hafenarbeiter Herbert Peveling forderte die Hafenarbeiter auf, die Verladung der Kartoffeln den profithungrigen Bossen aus der Hand zu nehmen, die über die Hälfte der Kartoffeln bis zum Verrotten in Deutschland liegenlassen wollten. Weitere 500 Flugblätter wurden uns im Rostokker Hafen aus den Händen gerissen, wo Tausende von Arbeitern von Entlassung bedroht sind.

Die gleichen arroganten Bosse, die für die Kartoffelpleite verantwortlich sind, verlangen nun bei der Rahmentarifverhandlung die „Flexibilisierung" der Arbeitszeit. Statt Acht-Stunden-Schichten wollen sie bei Bedarf auch Zehn-Stunden-Schichten und Wochenendschichten abrufen können. Schon jetzt müssen die Hafenarbeiter in Hamburg an jedem dritten Samstag arbeiten und „freiwillige" Doppelschichten leisten, für die es keine Überstundenzuschläge gibt. Gleichzeitig haben Hunderte von Hafenarbeitern- in Mecklenburg Kurzarbeit „auf Null", *6000* von heute 9000 Hafenarbeitern im Osten droht die Entlassung, und im Hamburger Hafen hat sich eingebürgert, daß sogenannte „Unständige" (Gelegenheitsarbeiter) aus der Ex-DDR mit Bussen herangefahren werden.

Am 22. November wurde 16 „Unständigen" im Süd-West-Terminal (SWT), Schuppen 65, der Lohn verweigert, weil die Bosse behaupteten, sie hätten nicht genügend Tonnen Zucker verladen; bis heute haben sie keinen Pfennig gesehen. Die ÖTV tritt nicht für sie ein, und natürlich auch nicht der Betriebsrat, der die „Geschäftsgeheimnisse" bewahren und die „Friedenspflicht" einhalten muß. Die Spartakisten sagen, daß es notwendig ist, SWT dichtzumachen, und verlangen die sofortige Bezahlung der 16 *zu vollem Tariflohn, plus* 100DM für jeden Tag seither! Unter nichtgewerkschaftlichen Arbeitern „zweiter Klasse" können die Bosse leicht Streikbrecher gewinnen und zu rassistischen Angriffen aufhetzen. Sofortige Festanstellung aller „Unständigen"! Die Gewerkschaft muß diese Arbeiter als Mitglieder organisieren. Verteidigt die Arbeitsplätze von allen eingewanderten Arbeitern und verlangt volle Staatsbürgerrechte für sie.

Auf einen Aufruf der ITF (Dachverband der internationalen Transportgewerkschaften) weigerten sich ÖTV und die DDR-Seeleutegewerkschaft im August, die Fähre „Black Prince" in Rostock abzufertigen. Sie wehrten sich damit gegen die Fred-Olsen-Gesellschaft, die ihre Schiffe „ausflaggen" und ihre Mannschaften mit weit unter Tarif bezahlten Seeleuten aus der „Dritten Welt" besetzen wollte. Die Gewerkschaften müssen gegen Protektionismus kämpfen und international den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit aufnehmen — zu westeuropäischen Tariflöhnen oder höher.

Am 11. Dezember 1990 starb in Hamburg ein Arbeiter. Die Schiffsluken waren wegen Regen geschlossen. Es gab kein Licht im Laderaum — eine Verletzung selbst der minimalen Sicherheitsvorschriften der Bosse. Der Arbeiter versuchte im Dunkeln aus dem Laderaum herauszufinden, verlor den Halt und stürzte zu Tode. Dies unterstreicht, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiter fordern, daß die Gewerkschaften Arbeitsplatzsicherheit durchsetzen. Jeder Vertrauensmann oder gewählte gewerkschaftliche Sicherheitsbeauftragte muß das Recht haben, einzugreifen und Arbeit unter unsicheren Bedingungen sofort zu stoppen.

Die Bosse erwarten 1991 im überfüllten Hamburger Hafen 30—35 Prozent mehr Tonnage. Statt Arbeitshetze und erzwungener Mehrarbeit fordern wir Tausende von sofortigen Festeinstellungen in Hamburg und ein großangelegtes Programm für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten unter Arbeiterkontrolle. Gleichzeitig wollen die Bosse große Teile des Rostocker Hafens stillegen als Teil ihres Programms, all das abzuwürgen — von Fabriken und Universitäten bis hin zu Kinderkrippen —, was mit dem alten deformierten Arbeiterstaat DDR zu tun hatte. Der westdeutsche Rahmentarifvertrag ist schon ausgelaufen. Wie schon in der Wahlkampagne ruft die SpAD zum gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter im Osten und Westen auf. Für einen bundesweiten Tarifvertrag für alle Häfen auf höchstem Niveau! Schließt euch zusammen, um die Rostocker Arbeitsplätze zu erhalten. Keine Entlassungen! Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Dieser Kampf wird nur durch entschlossene Streiks und Hafenbesetzungen siegreich geführt werden können.

Aber die von der SPD kontrollierte Führung des DGB und der ÖTV sind eher bereit, den Bossen (nicht vergessen, Herr Kern ist auch SPD) ihre „Flexibilisierung" im Westen und Massenentlassungen in Rostock und Wismar zu geben. Schon forderte Steinkühler mehr CDU-Repräsentanz im DGB und eine bessere Zusammenarbeit mit Bonn. Und der PDS-Sozialdemokrat André Brie erklärte bei einer Rostocker Wahlveranstaltung am 21. November, daß der Aufruf der Spartakisten zu Streiks und Betriebsbesetzungen zu weit gehe! Schon 1983 hat die DKP die HDW-Besetzung ausverkauft. Schaut euch nur den Verrat von SPD und DGB beim mächtigen und populären Reichsbahnstreik vom November 1990 an, ausverkauft von der GdED-Führung.

Die Auseinandersetzungen um die Verladung der Kartoffeln zeigten wie der Reichsbahnstreik, daß das Transportwesen eine Schlüsselrolle im Klassenkampf spielen kann. Dafür ist es dringend notwendig, eine klassenkämpferische Führung aufzubauen.

Bleibt in Verbindung mit uns! Abonniert jetzt den *Spartakist.* Schließt euch der SpAD an und helft uns, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse — Immigranten und Deutsche, Frauen und Männer — unter einer kämpferischen Führung mit einem Programm für den Sieg vereinen kann.«

Irak und die „Linke":
Saubermänner des deutschen Imperialismus

Mit der Entsendung des Bundeswehr-Jagdbombergeschwaders in die Türkei als Teil der NATO-Eingreiftruppe rückt die Frage des bevorstehenden Krieges im Persischen Golf in den Brennpunkt der deutschen Politik. SPD und Grüne haben die UN-Blockade, eine Kriegsmaßnahme, um den Irak zur Unterwerfung zu zwingen, voll unterstützt. Ihr Einwand gegen die Alpha-Jets ist nur, daß dies „voreilig" sei und nicht im Bundestag abgestimmt wurde. Nicht um die drohende Verwüstung und das Massenschlachten an Hunderttausenden im Irak sorgen sie sich, sondern um ihre parlamentarischen Vorrechte. Die imperialistische Angriffspolitik „vernünftiger" betreiben ist ihr Schlachtruf.

So konnte man in der Erklärung des Bundeshauptausschusses der Grünen vom 18. August lesen: „Die Grünen begrüßen die raschen und konsequenten Boykottbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrats gegen den Irak." Damals haben sie dem Boykott „das Säbelrasseln der USA und ihrer Verbündeten und ihre kriegsträchtige militärische Interventionspolitik" entgegengesetzt, was natürlich Unsinn war, weil 1. es die USA waren, die von dem ihr untergebenen UN-Sicherheitsrat den Boykott erklären ließen, der 2. nur durch die USA/NATO-Streitkräfte im Golf in Gang gesetzt werden konnte. Inzwischen ist die UNO, mit ihrer Kriegsresolution Nr. 678, eindeutig ins „Säbelrasseln" übergegangen.

Die grünen Realpolitiker sind dem schwarz-rot-goldenen deutschen Imperialismus gegenüber äußerst „verantwortungsbewußt". So Antje Vollmer, bei der ersten gesamtdeutschen Grünen-Fraktionssitzung: „Deutschland wird eine Weltmacht sein, und es wird nach unserem Bild geformt oder nach dem Bild von Helmut Kohl" (zitiert nach *MSZ* Nr. 5/90). Und der hessische Grüne Udo Knapp geht noch weiter in der Befürwortung der militärischen Einmischung der Bundeswehr im Namen der „neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands": „Die gemeinsame Haltung der Sowjetunion und der USA in diesem Konflikt schafft *die* Gelegenheit, eine internationale ‚Weltpolizei' zu etablieren..."

Wir Spartakisten haben schon Anfang der 80er Jahre auf den nationalistischen Charakter der Grünen und deren „Friedensbewegung hingewiesen. Wenn es heute eine gewisse Distanz zwischen den Grünen und dem Weißen Haus gibt, dann deshalb, weil der Drang der deutschen Bourgeoisie Richtung Osten geht, der Golfkrieg ist in erster Linie Sache ihrer amerikanischen Verbündeten und imperialistischen Rivalen. Sogar die *Bild*-Zeitung (3. Januar) fragt: „Golfkrieg: was kommt, da auf uns Deutsche zu?" Außenminister Genscher will „alles daransetzen, die Räumung des vom Irak besetzten Kuwait friedlich zu erreichen". Und Deutschland-Staatsmann Willy Brandt wurde in derselben Angelegenheit bereits mit diplomatischen Geiselbefreiungsreisen tätig.

Schon seit Beginn des imperialistischen Aufmarsches im Persischen Golf, während Grüne und allerlei Reformisten die UN-Blockade unterstützten, hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) die Forderung „Brecht die Blockade gegen den Irak" aufgestellt. Dies war ein Aufruf zur Verteidigung des Iraks gegen die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus unter UN-Flagge. Anstatt der nationalistischen Berufung auf eine „Weltfriedensverantwortung Deutschlands" richten wir uns eindeutig an das internationale Proletariat mit der Forderung nach politischen Streiks gegen die „eigene" Bourgeoisie.

Im „Klassenkampf-Wahlkampf" der Spartakist-Arbeiterpartei, verlangten wir: „Imperialistische Streitkräfte raus aus dem Persischen Golf! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer! Keine Bundeswehr-Tornados in die Türkei!" Und jetzt, wo der Krieg unmittelbar bevorsteht, erklären wir laut und vernehmlich: „Verteidigt den Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!" Die SpAD befürwortet Einheitsfront-Demonstrationen gegen die imperialistische Aggression im Golf, was Freiheit der Kritik für alle beteiligten Organisationen bedeutet. Diese ist umso notwendiger, weil wir Kommunisten den Sozialpazifismus der diversen „linken" Nationalisten politisch aufs Schärfste bekämpfen müssen.

In erster Linie geht es hier um die PDS, diesen SPD-Abklatsch, die mit ihrem neu erfundenen „demokratischen Sozialismus" die alte Sozialdemokratie wiedergefunden hat. Wo ein Kautsky seine „Friedens"-Politik mit

Fortgesetzt auf Seite 19

Türkische Arbeiter bei Bosch-Siemens berichten

Bei Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSHG) in Berlin, wo 90 Prozent der Produktionsarbeiter türkisch sind, versuchen die Bosse, die Arbeiter entlang nationaler Linien zu spalten. Bosch-Siemens stellte neue Arbeiter ein; von 230 Bewerbern waren 150 Türkinnen. Diese wurden nicht eingestellt, sondern 100 Ex-DDRler zu einem niedrigeren Lohn. Die deutsche Bourgeoisie will systematisch Arbeiter aus der Ex-DDR als „Billiglohnarbeiter" benutzen. In diesem explosiven Fall ging es ihnen darum, die unterdrückten türkischen Arbeiter direkt gegen Deutsche zu stellen.

Viele türkische Aktivisten flüchten zum klassenkollaborationistischen Betriebsrat, weil sie denken, daß sie dort wirklich etwas für ihre Landsleute tun könnten. Aber türkische maoistische Listenkandidaten bei BSHG wurden aus der SPD-kontrollierten IG Metall ausgeschlossen, und bei dem kleinen Strumpfhosenbetrieb Hudson wurde auf Antrag der Betriebsleitung und der Gewerkschaft Textil und Bekleidung die Wohnung eines türkischen Führers einer Liste durchsucht.

Vor dem Betriebstor bei Bosch-Siemens haben wir über 1000 Exemplare unseres Klassenkampf-Wahlprogramms „Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich" verteilt. Danach gab es im Betrieb Diskussionen über Trotzkismus, über die Verteidigung der Sowjetunion und den Klassencharakter der UdSSR — lebenswichtige Fragen für die Arbeiterklasse. Jetzt zeigen die türkischen Bergarbeiter in Zonguldak eine internationalistische Kampfbereitschaft als Beispiel für alle Arbeiter und Unterdrückten, nicht zuletzt in Deutschland. Statt Illusionen in Betriebsräte braucht die deutsche Revolution eine Führung von türkischen, kurdischen, polnischen, mosambikanischen, vietnamesischen und deutschen Arbeitern — eine internationalistische Partei wie die von Lenins und Trotzkis Bolschewiki.

Viertes Reich: Kinder, Küche, Kirche
Die Arbeiter müssen für Frauenrechte kämpfen!

BERLIN, 5. JANUAR - Der D-Mark-Rausch vom letzten Frühjahr ist heute für immer mehr ostdeutsche Arbeiter eine böse Erinnerung. Ein halbes Jahr nach dem ökonomischen Anschluß durch den kapitalistischen Westen sehen die Werktätigen der ehemaligen DDR mit Angst und Wut, wie die Bankiers von Frankfurt und Wall Street ihr Programm der Massenverelendung durchsetzen, um im Osten jeden Rest der Planwirtschaft so schnell wie möglich zu zerstückeln und ihre Profite zu maximieren. Jetzt, da die Betriebe privatisiert oder ganz dichtgemacht werden, sind es die Verwundbarsten, die zuerst die Schläge einstecken müssen. Schon haben die kapitalistischen Herrscher Flugzeuge voll mit mosambikanischen, kubanischen und vietnamesischen Arbeitern zurück in ihre Heimat verfrachtet. Auch Frauen werden von Betrieben und Büros zu Hunderttausenden entlassen; gleichzeitig werden die sozialen Programme der Kinderversorgung, des Mutterschaftsurlaubs sowie der kostenlosen Abtreibungen und Verhütungsmittel massiv demontiert. Die Arbeiter sprechen verbittert über Hitlers „Kinder, Küche, Kirche", denn sie wissen: genau das ist die „neue" Zukunft, die ihre arroganten imperialistischen Herrscher für Frauen im Sinn haben, und es kotzt sie an.

Vier Tage vor der formalen politischen Wiedervereinigung am 3. Oktober ergriffen Frauen und ihre Verbündeten die Initiative im Kampf gegen die gesellschaftlich reaktionären Folgen der Wiedervereinigung: am 29. September quittierten 20000 das neue „Vierte Reich" mit Protest. Aufgerufen zu der Demonstration „Gegen die Einverleibung der DDR — Für ein selbstbestimmtes Leben" hatten feministische und andere'Organisationen, die für das Recht auf Abtreibung kämpfen. Sie protestierten gegen den repressiven Paragraphen 218 und seine Aufzwingung auf die ehemalige DDR, wo Abtreibung seit 1972 legal und auch kostenlos gewesen ist. Es gab Banner gegen Großdeutschland sowie gegen den Paragraphen 218 wie: „Die das Gesetz nicht bricht, wird vom Gesetz gebrochen!"

Zwar gab es auf der Demonstration am 29. September überhaupt keine Präsenz von Immigranten, und die mächtigen Gewerkschaften schickten lediglich Vorzeige-Rednerinnen. Dennoch wurden bedeutsamerweise Forderungen nach Frauenrechten verknüpft mit Widerstand gegen die Wiedervereinigung. Frauenfeindliche Unterdrückung ist die Speerspitze der allseitigen sozialen Reaktion, die das triumphierende deutsche kapitalistische Regime für alle Werktätigen in der Ex-DDR auf Lager hat. Und die Ausweitung des kapitalistischen Systems der Verarmung und Unterdrückung bringt für Frauen auch die tödliche Gefahr der illegalen Abtreibung mit sich.

Recht auf Abtreibung gefährdet

Die Proteste in Ost und West gegen die allgemein verhaßten Paragraphen 218 und 219 rissen in den letzten Monaten kaum ab. Um die vorgeschriebene „soziale Notlage" zu beweisen, werden Frauen gedemütigt und vor „Beratungs"gremien gezerrt, die an Kafka erinnern. Überhaupt waren die Aktivitäten von Frauenrechtlerinnen im Westen in den letzten Jahren überwiegend gerichtet gegen die drakonische Verfolgung von Ärzten und ihren Patientinnen nach Paragraph 218/219. 1988 wurde in dem beispiellosen Memminger Schauprozeß der heroische Dr. Horst Theissen vor Gericht geschleppt und verurteilt, weil er „illegale" ambulante Abtreibungen vornahm (siehe *Spartakist* Nr. 62, Juni/Juli 1989). Der Fall ist in der Berufung.

Ostdeutsche Mütter und streikende Westberliner Kindertagesstätten-Arbeiterinnen gehörten zu den ersten, die im letzten Februar auf die Straße gingen gegen die drohende Ausweitung des Paragraphen 218 auf den Osten. Angesichts der wachsenden Opposition dagegen hat sich Bonn zwecks Wiedervereinigung für einen „Kompromiß" entschieden. Um den Protest zu dämpfen und um Zeit zu schinden, hat die regierende Koalition dem Recht auf Abtreibung östlich der Elbe eine Galgenfrist gewährt. So soll jetzt der *Arzt* die Postleitzahl der Frau prüfen: ob für sie Ostrecht oder Westrecht gilt!

Fortgesetzt auf Seite 8



Berlin, 29. September: 20000 Frauen und Männer demonstrieren gegen Paragraph 218

Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 7

Kohls CDU kreischt über „Abtreibungstourismus" und lechzt danach, westdeutsche Frauen zu verfolgen, die in der Ex-DDR abtreiben lassen. Um dem Aufschrei über diesen absurden Vorschlag aus dem Weg zu gehen, konzentriert sich die Regierung auf eine für *alle* Frauen



A. Sokolowski



Oben: Polnische Demonstrantinnen gegen Abtreibungsverbot. Transparent: „Nein zum Gesetz, das Frauen zum Objekt macht!" Unten: Poster von Käthe Kollwitz. Abtreibungsverbot geht auf Bismarcks Reich zurück

obligatorische „Beratung" vor einer Abtreibung. Das bedeutet das monströse Eindringen in das Privatleben von Frauen — und das in einem Gesundheitssystem, wo die Intervention des Staates in die Privatangelegenheiten des einzelnen schon an George Orwells „Großen Bruder" erinnert, und in einem Land, wo es keine Trennung von Kirche und Staat gibt. Gegen die liberalen Familienplanungszentren Pro Familia hat die Kirche jetzt alle Register gezogen (sie sei „zu frauennah"!), mit ihrer Offensive, sich ein kirchliches Monopol über inquisitorische „Beratungs"einrichtungen zu sichern. Unsere Forderungen „Weg mit der Kirchensteuer!" und „Pfaffen, Bullen, Richter — Raus aus den Schlafzimmern!" sprechen den Werktätigen in diesem Land — Frauen wie Männern — aus dem Herzen.

Die „Lebensschützer" der CDU stehen mit ihrem Propaganda-Bombardement Josef Goebbels in nichts nach. Jetzt haben sie es geschafft, daß SPD und FDP mit einstimmen im Chor für den „Schutz des ungeborenen Lebens". Sie wollen in zwei Jahren für das ganze Reich ein Gesetz gegen Abtreibung. Die frommen Rufe nach der „Streichung des Paragraphen 218", auf den Lippen von allen außer der CDU, als Dr. Theissen in Bayern vor Gericht stand, sind jetzt fast ohne Echo erstorben.

In Polen hat die kapitalistisch-restaurative Regierung, dirigiert von Solidarnosc und dominiert von der katholischen Kirche, dem Sejm ein Gesetz vorgelegt, das *alle* Abtreibungen verbietet und die Ärzte kriminalisiert. Wie unsere Genossen der Spartakist-Gruppe Polens im Oktober 1990 schrieben: „Es treibt die Frauen in noch größere Unterdrückung und wird sie in Unwissenheit und Aberglauben stürzen. Laßt uns diese Angriffe aufs Abtreibungsrecht zurückschlagen!" Tatsächlich, die polnischen Frauen gehen auf die Straße und demonstrieren für das Recht auf Abtreibung. Die Kämpfe von deutschen und polnischen werktätigen Frauen und Männern müssen miteinander verbunden werden. Der Schlüssel dazu ist die Mobilisierung der mächtigen Gewerkschaftsbewegung, besonders der großen, ex-stalinistischen OPZZ in Polen und des sozialdemokratischen DGB in ganz Deutschland.

Auf der Berliner Demonstration vom 29. September wurden Grüße von der SpAD vorgelesen. Darin hieß es:

> „Kapitalistischer Anschluß bedeutet Sklaverei für Frauen! Weg mit den Paragraphen 218 und 219! Für das uneingeschränkte Recht auf freien, kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbruch! Weg mit dem reaktionären Paragraphen 175, der Homosexuelle bedroht!...
>
> Der Kampf für die Verteidigung der Rechte von Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen ein imperialistisches Großdeutschland! Die Macht der Arbeiterklasse muß entfesselt werden, um Frauen und eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti zu verteidigen! Und die Arbeiterklasse hat die Kraft, gegen die kapitalistische Konterrevolution zu kämpfen!"

Verteidigt die Errungenschaften der ostdeutschen Frauen!

Letztes Frühjahr schrieben wir: „Mit hoher Schulbildung und Berufsausbildung, mit den besten Mutterschaftsregelungen und umfassender Kinderversorgung, sind die Frauen, von denen über 90 Prozent arbeiten, ein zentraler Bestandteil der Arbeiterklasse in der DDR" (*Spartakist* Nr. 69, 24. April 1990).

Die ehemalige DDR, mit ihren proletarischen Eigentumsformen und einer Planwirtschaft, bot der werktätigen Bevölkerung eine sichere und relativ egalitäre Existenz. Aber die revolutionäre Umwälzung in Ostdeutschland war nicht durch eine Arbeiterklasse erkämpft worden, die für die eigene Klassenmacht unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei mobilisiert worden war. Die soziale Revolution war nach dem Sieg der Roten Armee über die Nazis 1945 durch den Kreml von oben aufgestülpt worden. Daraus folgte eine Gesellschaft, die der bürokratisch degenerierten Sowjetunion qualitativ ähnelte. Mit ihrem antiinternationalistischen Dogma vom

Eine Ostberliner Mutter spricht:

Nachfolgend drucken wir einen Auszug eines Interviews mit Doris M., einer alleinstehenden Mutter von drei Kindern, ab.

Frauen wie mich gibt es en masse. Es gibt eine Million Kinder in der DDR von Alleinerziehenden — die meisten sind auch Frauen, die früher oder später in eine ganz prekäre Situation kommen, finanziell und mit allen Dingen. Wo ich mir am meisten Sorgen mache, ist weniger mit Krippen, weil ich die Zeit überstanden habe. Und Kindergärten — wenn solche Einrichtungen schließen. Die Frauen, die zu Hause sind, nehmen eh die Kinder raus und können es vielleicht auch nicht mehr bezahlen. Die, die noch arbeiten, finden vielleicht immer noch Kindergartenplätze und können sie noch halbwegs bezahlen, das geht gerade noch so.

Aber was passiert? Denn mit Garantie lassen sie unsere Horte sterben, die Versorgung der Kinder nach der Schule. Nun, sei mal berufstätig bis vier oder fünf, und die Schule ist um eins vorbei. Was machst du mit einem Kind, das sieben, acht oder neun Jahre ist? Es kann nicht alleine nach Hause und stundenlang unbeaufsichtigt bleiben.

Die, die verheiratet sind, weichen dann aus auf Teilbeschäftigung. Für die Frauen ist das auch ein Nachteil, weil sie eine Arbeit annehmen müssen, die gar nicht ihren Qualifikationen entspricht, weil in bestimmten Gebieten — ich denke an Leiter und Ärzte — können die gar nicht nur vier Stunden arbeiten. Die müssen auf primitivere Sachen zurückgreifen.

Aber wer nun alleinerziehend ist, der kann auch nicht vier Stunden arbeiten, weil das Geld nicht reicht. Ob sie dafür überhaupt an irgendeine Lösung denken? Denn soviel ich mitgekriegt habe von den alten Bundesländern, da ist es gang und gäbe, daß die Frau de facto ins Berufsleben zurücktritt, wenn die Kinder zwölf oder dreizehn sind. Dazwischen läuft gar nichts. Das ist für uns unvorstellbar.

Du kannst keine Schichten arbeiten, kannst auch nicht Sonnabend und Sonntag arbeiten, kannst nur im unmittelbaren Territorium arbeiten; das Berlin-Gebiet ist viel zu groß, weil du nicht eine Stunde Fahrzeit hinnehmen kannst wegen Unterbringung des Kindes. Abgesehen davon, daß sie dich mit einem kleinen Kind gar nicht annehmen. Und dann kommt noch hinzu: die Ausbildung ist nichts mehr wert, ist Null.

Du stehst also da wie eine ungelernte Arbeitskraft mit einem dreijährigen Kind an den Nerven, über Jahre nicht vermittelbar. Oder wo du eine Lösung gefunden hast, wo du dein Kind ständig unterbringen kannst, wo die es ins Bett bringen oder Sonnabend/ Sonntag betreuen. Und wenn du das im Familienkreis nicht hast, wie willst du das bezahlen? Und auf Jahre hin verdienst du nicht so viel Geld, um dir etwas leisten zu können. Ich hätte von meinem Gehalt niemals eine Betreuung — 350 Mark im Monat oder 300 Mark vielleicht —, könnte ich gar nicht, weil mein Geld geht schon vorher zu Ende. Kommt ja gar nicht in Betracht. Und damit ist dein sozialer Abstieg richtig vorprogrammiert. Du hast gar keine Chance.

„Sozialismus in einem Land" hat die stalinistische Bürokratie die riesigen Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft unterminiert und der kämpferischen Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten; so wurde selbst das Bestehen der deformierten Arbeiterstaaten gefährdet.

Dieser grundsätzliche Widerspruch trat in jedem Aspekt des Lebens in der DDR zutage, nicht zuletzt in der Stellung der Frau. Die Bürokratie hält die traditionellen bürgerlichen Werte aufrecht, nach denen die Frau die Kinder zu gebären und den Haushalt zu machen hat; von den Stalinisten wird die Familie zu einer „Kampfeinheit für den Sozialismus" hochstilisiert. Zwar mußten die Betriebe nach DDR-Recht komplette Kinderbetreuungseinrichtungen unterhalten, die für alle werktätigen Erziehenden subventioniert waren; nur so konnten Frauen am wirtschaftlichen Leben in vollem Umfang teilnehmen. Doch diese Einrichtungen waren abends geschlossen — also eine zweite Schicht von Kinderbetreuung und stupider Hausarbeit für werktätige Frauen.

Eine von Associated Press veröffentlichte Genfer Erhebung zeigt bedeutend weniger Frauen in den gegenwärtigen osteuropäischen Regierungen als unter den stalinistischen Regimes. In Bulgarien und Ungarn entfielen früher 21 Prozent der Sitze im Parlament auf Frauen; jetzt sind es jeweils 3,5 und 7 Prozent. Natürlich waren diese Gremien nur Aushängeschilder für die stalinistischen Bürokratien; in keiner Weise verkörperten sie die politische Macht der Arbeiterklasse. Doch die „freien" Wahlen des vergangenen Jahres entwurzelten sogar diese dürftige Integration von Frauen in das politische Leben.

Die Frauen in der DDR waren unvergleichlich bessergestellt als die in der kapitalistischen Bundesrepublik. Die Zahl der Frauen in der alten BRD, die in den Arbeitsprozeß integriert sind und Zugang zur Kinderbetreuung haben, gehört zu den niedrigsten in Westeuropa, weit hinter Ländern wie Belgien und Frankreich, die ein erheblich niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen. Nur 57 Prozent der westdeutschen Frauen sind berufstätig, und nur *drei Prozent* aller Kinder haben Plätze in Kindertagesstätten. Sogar Bonns offizielle Statistiken sprechen von einer halben Million fehlender Plätze in Kindertagesstätten.

Die qualitativ besseren Einrichtungen, die es Frauen in den deformierten Arbeiterstaaten erlaubt haben, am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, unterstreichen die trotzkistische Position der bedingungslosen Verteidigung dieser Staaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Als das stalinistische DDR-Regime im Herbst 1989 anfing auseinanderzufallen, rief die IKL zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, um die Bürokraten zu stürzen — durch eine politische Revolution, die die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet, den Kampf zur sozialistischen Revolution im Westen ausweitet und die Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft legt, basierend auf einer internationalen Planwirtschaft. Als die herrschende SED/PDS sich aufzulösen begann und die raubgierige deutsche Bourgeoisie ihr ganzes Gewicht einsetzte, um die DDR ausbeuten zu können, kämpfte die SpAD als einzige unnachgiebige und unzweideutige Opposition gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands.

Kapitalistische Schockbehandlung: Als erste gefeuert

Der Anteil von Frauen an den Arbeitslosen insgesamt steigt von Monat zu Monat. Im November waren es schon 55 Prozent im Osten, und noch einmal über

Fortgesetzt auf Seite 22

Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!

Heroischer Bergarbeiterstreik erschüttert Türkei

Am 3. Januar legte ein gewaltiger Generalstreik von über zwei Millionen Arbeitern alle größeren Städte der Türkei lahm. „Wir haben die Schiffe versenkt, es gibt keine Rückkehr", riefen die Arbeiter und brachten ihre Entschiedenheit zum Ausdruck, den Kampf für Özals Sturz bis zu Ende zu führen. In Istanbul stand der städtische Verkehr völlig still, Stromversorgung und Telefon fielen immer wieder aus. Die türkischen und kurdischen Arbeiter zeigten eindrucksvoll ihre Solidarität mit den streikenden Kumpels und Metallarbeitern und ihren Protest gegen Özals Kriegskurs gegen den Irak im Auftrag der NATO.

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt der SpAD ab, das wir bei Solidaritätsdemonstrationen in 'Hamburg und Berlin verteilt haben. Anstatt für eine möglichst breite Solidaritätsdemonstration zu sorgen, schloß in Berlin ein Komitee sektiererisch den Spartakist-Block aus, weil wir uns weigerten, unser Plakat „Verteidigt Irak - Für die Niederlage der USA/NATO-Imperialisten!" zensieren zu lassen.

BERLIN, 30. Dezember — Seit über einem Monat führen 48000 Kohlebergleute einen heldenhaften Streik, der die Schwarzmeerstadt Zonguldak elektrisiert hat. Ihr Streik hat die kämpferische und unruhige Arbeiterklasse, Kurden wie Türken, die die repressive Diktatur von Turgot Özal satt hat, in der gesamten Türkei begeistert. Solidaritätsstreiks wurden im kurdischen Ostanatolien ebenso durchgeführt wie von türkischen Arbeitern. Am 26. Dezember traten mehr als 100 000 Metallarbeiter in einen Streik für Lohnerhöhungen. Tausende Textilarbeiterinnen sind ebenfalls seit mehr als einer Woche im Streik. Der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, Türk-Is, der zwei Millionen Arbeiter repräsentiert, hat für den 3. Januar zum Generalstreik aufgerufen.

Der Streik kommt zu einem Zeitpunkt, wo die rechtsgerichtete Özal-Regierung die Türkei in aggressiver Weise auf den imperialistischen Krieg gegen den Irak verpflichtet hat. Als Antwort darauf haben die Streikenden von Zonguldak dies auch zu einer ihrer Forderungen gemacht: Nein zum Krieg. Die Türkei ist der Frontstaat der NATO im Nahen Osten. Özal hat nicht nur die Pipelines für irakische Ölexporte unterbrochen, sondern auch die US-Streitkräfte und die deutsche Luftwaffe eingeladen, die Türkei als Aufmarschgebiet für eine Invasion des Irak zu nutzen. Der äußerst unpopuläre Kriegskurs hat auch eine Verschärfung der Unterdrückung im eigenen Land bedeutet. Eine 16jährige Schülerin, die ein Plakat „Nein zum Krieg" in der Toilette ihrer Schule aufgehängt hat, wurde sofort verhaftet, und ihr drohen *24 Jahre Gefängnis.* Verteidigt Irak! Für die Niederlage der USA/NATO-Imperialisten!

Der Streik geht also nicht einfach um wirtschaftliche Forderungen. Wie der populäre Gewerkschaftsführer und Streikführer Semsi Denizer einem Reporter sagte: „Wir wollen Özals Kopf. Dadurch, daß Özal den Generalstreik vom 3. Januar für „illegal" erklärt hat, hat er sein Regime tatsächlich auf einen direkten Kollisionskurs zur organisierten Arbeiterbewegung gebracht.

Die berechtigten Forderungen der Bergleute von Zonguldak nach einer Löhnerhöhung von 450 Prozent und nach besserer Arbeitssicherheit haben die ganze Stadt auf die Beine gebracht. Das gesamte politische Spektrum von den Linken über die Sozialdemokraten bis hin sogar zur rechten Dogruyol-Partei hat seine Unterstützung des Streiks bekundet. Ohne Zweifel versucht die Volksfront-Opposition" die Kampfkraft der Arbeiter zu kanalisieren, indem sie versucht, dem blutrünstigen türkischen Kapitalismus eine „demokratischere" Fassade aufzusetzen als die weithin verhaßte Özal-Diktatur.

Der Streik von Zonguldak hat auch die türkischen und kurdischen ausgewanderten Arbeiter begeistert, besonders in Deutschland, wo sie ein kämpferischer strategischer Bestandteil des Industrieproletariats sind. Der Streik hat die offizielle Unterstützung der IG Metall, der IG Bergbau und des DGB erhalten, nachdem türkische und kurdische Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter die DGB-Büros in Hamburg kurz besetzt hielten. Bergleute im Ruhrgebiet, von denen viele Türken und Kurden sind, führten letzte Woche einen einstündigen Solidaritätsstreik durch. In Köln, Hamburg und Berlin sind Solidaritätsdemonstrationen geplant, die mit dem Generalstreik am 3. Januar in der Türkei zusammenfallen sollen.

Streikunterstützer haben die deutsche Gewerkschaftsbewegung aufgerufen, alle Kohlelieferungen in die Türkei zu boykottieren. Der DGB hat erklärt, daß keine Kohle geliefert wird, aber das gleiche sagten sie während des britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85, als in Wirklichkeit deutsche Kohle von Duisburg über Rotterdam verschifft wurde. Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands haben Hamburger Hafenarbeiter und andere Gewerkschafter dazu aufgerufen, die Streikenden von Zonguldak mit Geld zu unterstützen und wachsam zu sein, um Streikbrecherlieferungen von Kohle in die Türkei zu verhindern.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland muß gegen Angriffe der Bonner Bourgeoisie auf ihre eingewanderten Kollegen kämpfen, da 1991 neue rassistische Gesetze gegen Immigranten in Kraft treten. Außerdem werden in einer Reihe von Fabriken in Berlin Arbeiter aus der früheren DDR zu Löhnen eingestellt, die sogar noch wesentlich unter denen liegen, die türkische Arbeiter erhalten. Die SpAD fordert gleiche Löhne in Ost und West

Fortgesetzt auf Seite 23

Özal'ı işçi Devrimiyle Yıkalım!

Kahraman Madenciler Grevi Türkiye'yi Sarsıyor

BERLiN, 30 Aralık — 48 bin madencinin sürdürdüğü yiğit grev Karadeniz şehri Zonguldak'ı son bir aydır bütünüyle harekete geçirdi. Madenciler grevi, baskıcı Turgut Özal diktatörlüğünden usanan, huzursuz ve dövüşken işçi sınıfına; Kürdüyle, Türküyle tüm ülkede ilham kaynağı oldu. Kürdistan'da ve Türk işçileri arasında dayanışma grevleri gelişti. 26 Aralıkta 100 binin üzerinde metal işçisi ücret artışı talebiyle greve çıktı. Binlerce tekstil işçisi de bir haftadır grevde. Grev hareketi .daha şimdiden, 1980'den bu yana yapılan en büyük sendika eylemi haline geldi. Türkiye'de 2 milyon işçiyi temsil eden en büyük sendika konfederasyonu Türk-{ş 3 Ocak için genel grev çağırışında bulundu,

Madenciler grevi; sağcı Özal hükümetinin tam da Türkiye'yi İrak'a karşı emperyalist savaşa saldırganlıkla bağladığı bir zamana denk düşüyor. Zonguldak grevcileri buna karşıt bir talep yükselttiler; Savaşa hayır!. Türkiye Yakın Doğu'da NATO'nün ön cephesi. Özal, sadece Irak petrol ihracat borularını kapamakla kalmayıp, ABD güçlerini ve Alman Luftwaffe'yi İrak'ı işgalde Türkiye'yi basamak olarak kullanmaya davet etti. Muazzam hoşnutsuzluk yaratan bu harp güdümü; aynı zamanda ülke içerisinde baskının artırılmasını da getirdi. Okul tuvaletine "Savaşa Hayır" sloganı yazan 16 yaşında bir kız öğrenci anında tutuklanarak *24 yıl hapis cefası* ile tehdit edildi. İrak'ı savunalım! ABD/NATO emperyalistlerini yenilgiye uğratalım!

Grev talepleri sadece ekonomik değil, Zonguldak'ta popüler sendika ve grev lideri Şemsi Denizer'in bir gazeteciye ifade ettiği gibi: "Biz Özal'in kellesini istiyoruz.". Özal, 3 Ocak genel grevini kanunsuz ilan ederek, kendi rejimini örgütlü işçi sınıfıyla çatışma yoluna soktu.

Zonguldak madencilerinin yüzde 4-50 ücret artışı ve daha emniyetli^çalışma koşulları isteyen haklı talepleri tüm şehri seferber etti, Solculardan, Sosyal Demokratlar'a ve hatta sağcı. Doğru Yol Partisi' ne kadar, bütün politik yelpazeden greve destek verildiğine dair beyanatlar geldi, Şüphesiz ki, halk-cepheci muhalefet işçilerin savaşkanlığını; katı Türk kapitalizminin, büyük nefret duyulan Özal diktatörlüğü yerine, daha "demokratik" sahte bir görünümüne kanatize etmek istiyor.

Zonguldak grevi Kürt ve Türk göçmen işçilere de ilham kaynağı oldu, Özellikle de Almanya'da bu işçiler, endüstriyel proleteryanın militan stratejik bir parçasını oluşturuyorlar, İĞ Metal ve İĞ Bergbau (madenciler) greve resmi destek verdi. Türk ve Kürt işçile-rin ve sendika temsilcilerinin Hamburg'da DGB ofisini kısa bir süre işgal etmesinden sonra DGB sendika federasyonu da greve resmi destek verdi. Geçtiğimiz hafta, büyük sayıda Kürt ve Türk işçisinin çalıştığı Ruhr maden ocaklarında işçiler bir saatlik dayanışma grevine gittiler,

Türkiye'de çağırılan 3 Ocak genel greviyle aynı zamanda yapılmak üzere Köln, Hamburg ve Berlin'de gösteriler planlanıyor.

Madenciler grevinin destekçileri Alman sendika hareketine, Türkiye'ye ihraç edilecek kömüre el sürmeme çağırışında bulundular, DGB Türkiye'ye hiç kömür gönderilmediğini belirtti, Ancak, 1984-85 ingiltere madenciler grevinde de aynı şeyi söyledikleri halde kömür Rotterdam yoluyla Düisburg'dan gönderiliyordu, Almanya Spartakist işçi Partisi (SpAD) destekçileri de Hamburg dok işçilerine; Zonguldak grevcilerini, parasal yardım ve Türkiye'ye yapılacak olan grev kırıcı kömür ihracını durdurmak için gözlerini açık tutup tetikte bulunarak desteklemeleri çağırışında bulundu,

Almanya'da yabancı düşmanı, ırkçı yeni yasalar 1991 yılında yürürlüğe giriyor. Almanya işçi hareketi; Bonn hükümetinin göçmen işçi kardeşlerine yaptığı saldırılara karşı savaşmalıdır, Dahası, Berlin bölgesindeki birçok fabrikada, daha önceleri Doğu Almanya'da çalışan Alman işçiler, Türk işçilerine ödenen ücretten çok daha düşük ücretle işe alındılar, SpAD, Doğu'da ve Batı'da eşit ücret ve "Göçmen işçilere tam vatandaşlık hakkı" talep ediyor. Alman emperyalizminin Dördüncü Reich'ına karşı işçi sınıfı direnişinde göçmen işçiler kritik bir rol oynayabilirler.

Alman ordusu Türkiye'de, sayıları on milyonu aşan Doğu Anadolu Kürtlerini vahşice baskı altında tutan Türk askeri birliklerinin eğitiminde aktif rol oynuyor. Bununla da kalınmayıp, 1988 yılında Saddam Hüseyin tarafından İrak'tan dışarı sürülen onbinlerce Kürt göçmen, yine bir kışı daha Türk tarafında çadırlarda geçirmenin ızdırabını yaşıyor. Almanya'da, Zonguldak grevine destek çalışması yapan Türk ve Kürt militanlar bize; madencilerin taleplerinden' birisinin de aynı zamanda, Kürtlerin kendi dillerini konuşma hakkı olduğunu belirttiler. Hem Suriye ve İran, hem de Irak ve Türkiye arasında Balkanlaştırılan; ulusal baskıya karşı mücadele veren Kürt ulusu. Yakın Doğu'da proleter birliğin sağlanmasına anahtarıdır: Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!

Zonguldak grevi ve Türkiye'de sınıf mücadelesi dalgasının kabarması; İrak'a karşı emperyalist savaş seferberliği; ve Stalinizmin Doğu Avrupa ve Sovyetler Birliği'nde dramatik çöküşü, Türk ve Kürt solcularını ve işçilerini Lenin ve Troçki'nin gerçek komünizmine kazanmada Önemli fırsatlar yaratıyor. Özellikle kadınların ve Kürtlerin üzerindeki baskılara ve tüm baskı biçimlerine karşı savaşan ve işçi sınıfının politik iktidarı için uzlaşmaz kavga veren enternasyonal ist bir işçi partisi önümüzdeki acil gerekliliktir, Kahraman Zonguldak madencileri zafere! Kürt ve Türk işçilerinin enternasyonal ist birliği için! Özal'ı işçi devrimiyle yıkalım!»

Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll





Profil Reuters

Sowjetische Wirtschaft am Boden: Leere Regale in Leningrader Vorstadt. Rechts: UdSSR von Separatisten zerrissen. Sowjetische Soldaten konfrontieren moldawische Nationalisten

Sowjetunion Winter der Entscheidung

Die Aktien an der Frankfurter Börse fielen, als der sowjetische Außenminister Schewardnadse beim 4. Kongreß der Volksdeputierten seinen Rücktritt bekanntgab. Aber die Opposition zu Gorbatschows/Schewardnadses Ausverkauf Osteuropas, vor allem an den deutschen Imperialismus, und ihre kriminelle Unterstützung des imperialistischen Kriegs im Golf kommt von Kräften der sowjetischen Armee, die Sojus und den russischen Nationalisten nahestehen. Der Kongreß bestätigte die bisherige Außenpolitik der UdSSR und endete mit weiteren Machtbefugnissen für Präsident Gorbatschow und der Ankündigung von Volksabstimmungen zur nationalen Frage und zum Privateigentum an Boden. Gleichzeitig spitzt sich die Situation weiter zu, Gorbatschow mußte im ersten Wahlgang für seinen neuen Vize Janajew eine demütigende Niederlage einstecken und konnte sich erst im zweiten Anlauf durchsetzen. Und Jelzin erklärte während des Kongresses, daß er den gesetzlichen Anteil der Russischen Republik am Unionshaushalt weitgehend ßr eigene Zwecke zurückhalten wird. Nachfolgend drucken wir einen Artikel aus Workers Vanguard *Nr. 515 (30. November 1990) ab.*

MOSKAU/LENINGRAD - Die Gewehrschüsse vor dem sowjetischen Führer Gorbatschow bei der Feier vom 7. November auf Moskaus Rotem Platz sind ein Symbol für die explosive Lage, vor der die Sowjetunion heute steht. Im ganzen Land wurde der Revolutionstag zum Barometer für die scharfe politische Polarisierung in der gesamten sowjetischen Gesellschaft. Zehntausende von sowjetischen Bürgern gingen auf die Straße, um den offen konterrevolutionären Mobilisierungen die Stirn zu bieten und den 73. Jahrestag der bolschewistischen Revolution zu feiern. Hätte die Führung der Roten Armee nicht darauf bestanden, hätte es sehr wahrscheinlich dieses Jahr überhaupt keine Gedenkfeier zu Ehren der Revolution gegeben. Die jahrzehntelange Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie hat die Sowjetunion zum Siedepunkt gebracht. Die bloße Existenz des Heimatlandes der Oktoberrevolution steht auf dem Spiel.

Der dramatische Zerfall der stalinistischen Bürokratie unter Gorbatschow hat die schnell um sich greifende Gefahr der kapitalistischen Konterrevolution und der nationalen Auflösung mit sich gebracht. Die Wirtschaft befindet sich in einem Chaos, da der Mechanismus der bürokratischen Planung weggerissen wird und nichts an dessen Stelle tritt. Die Ladenregale in den Industriezentren und größeren Städten sind völlig leer. Das Chaos des Marktes hat zu weitverbreiteter Spekulation, zum Hamstern, zum Zusammenbruch des Transportwesens und praktisch zu einem Getreidestreik geführt. Trotz der größten Ernte seit Jahren spricht man überall vom drohenden Hungerwinter, und Soldaten sind auf die Felder geschickt worden, um Kartoffeln zu roden. Ein alter Rentner verspottete die Führung, indem er mit einem

Für eine trotzkistische Partei!

dürren toten Huhn, das er hochhielt, über den Roten Platz marschierte. Eine strenge Rationierung ist eingeführt worden, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat.

Die Stadträte von Moskau und Leningrad werden von Kräften dominiert, die offen erklären, daß ihr Ziel die Restauration des Kapitalismus ist. Gleichzeitig stellt der demagogische Chef der russischen Republik, Boris Jelzin, auf provokative Weise die Autorität des Kreml in Frage. Jelzin besteht auf einer 500-Tage-„Schockbehandlung", die die volle Restauration einer kapitalistischen Marktwirtschaft *zum* Ziel hat. Das gleiche Ziel hat Gorbatschow auch, nur über den Zeitplan ist er anderer Meinung. Gorbatschow hat sich inzwischen den Forderungen gefügt, einen neuen Bundesrat zu bilden und Ministerpräsident Ryschkow fallenzulassen, weil er den Gewaltmarsch zum Markt verlangsamt. Dafür ist Gorbatschow effektiv das Recht (wenn auch nicht die Macht) zugestanden worden, durch Notstandserlaß zu regieren.

Fünf Jahre von Gorbatschows marktorientierter Perestroika (Umgestaltung) haben bürokratisierte Anarchie hervorgebracht und nationalistischen und kommunalistischen Brudermord entfacht. Praktisch jede einzelne Republik, jedes autonome Gebiet und jede nationale Gruppe hat sich für „souverän und unabhängig" erklärt. Kommunalistisches Blutvergießen hat sich vom Kaukasus auf das turksprachige Gebiet von Zentralasien ausgeweitet und jetzt auf Moldawien.

Doch zum ersten Mal seit sechs Jahrzehnten ist in der Sowjetunion wieder das revolutionäre internationalistische Programm von Lenins und Trotzkis Bolschewiki öffentlich dargestellt worden. Am 7. November wurde das rote Banner von Trotzkis Vierter Internationale, mit Hammer und Sichel und „4", auf dem Schloßplatz in Leningrad entfaltet — wo 1917 der Sturm auf das Winterpalais den endgültigen Sieg der Arbeitermacht bedeutete. In Moskau und Leningrad schnappten sich Demonstranten fast 1400 Exemplare des russischsprachigen *Spartacist Bulletin* Nr. 1 (dessen Einleitung im neuen englischsprachigen *Spartacist* Nr. 45/46, Winter 1990/91, abgedruckt ist). Tausende von weiteren Exemplaren des *Spartacist Bulletin* sowie andere russischsprachige Literatur der Internationalen Kommunistischen Liga sind jetzt in der Sowjetunion in Umlauf.

In Leningrad bildeten Genossen der IKL bei der Demonstration am Revolutionstag einen Block — dabei arbeiteten sie mit einer Gruppe von jungen Aktivisten zusammen, die sich als Trotzkisten betrachten, die Werke von Trotzki studieren und sich die Programme von internationalen vorgeblich trotzkistischen Strömungen ansehen. Sie verteilten ein Flugblatt (abgedruckt auf Seite 14), das mit dem Aufruf schloß: „Für eine unionsweite trotzkistische Partei!", gerichtet an die „Roten Reihen", in denen Mitglieder der Kommunistischen Partei und Soldaten der Roten Armee marschierten. Sie demonstrierten und versammelten sich mit Plakaten, auf denen unten stand: „Spartacist/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)". Ihre Losungen zeigten die Richtung für die Rückkehr zum Weg Lenins und Trotzkis: „Es lebe die Feier der Oktoberrevolution! Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution! Nieder mit der Restauration des Kapitalismus! Die Macht den Sowjets der Werktätigen!"

Die „demokratischen" Kräfte der blutigen Konterrevolution

Am Anfang wollten die für Jelzin eingestellten Stadträte von Moskau und Leningrad jede Demonstration am Revolutionstag absagen und sabotieren. In den Wochen vor dem 7. November gingen in Moskau laufend Gerüchte um, die von prokapitalistischen Kräften verbreitet wurden, daß angeblich unter dem Deckmantel der Vorbereitungen zur Parade vom 7. November ein Militärputsch der „Konservativen" durchgeführt werden sollte. Verteidigungsminister Dmitri Jasow verurteilte mit aller Schärfe diese Gerüchte als eine Verleumdung und schlug gegen die „sogenannten Demokraten" zurück: „Dies ist sehr nützlich für bestimmte Leute. Nicht nur, um die Armee zu erschüttern, sondern auch, um sie zu verleumden. Doch am wichtigsten, um eine Art ‚Coup d'Etat' vorzubereiten ..." *(New York Times,* 1. Oktober 1990).

Gorbatschow setzte sich gegen die Jelzin-Anhänger durch, doch er versuchte, das Ereignis auf Militärparaden zu beschränken. Die Moskauer Medien sendeten Appelle, daß die Menschen zu Hause bleiben sollten. Doch angesichts konterrevolutionärer Mobilisierungen appel-

Fortgesetzt auf Seite 14



Spartacist

Leningrad, 7, November 1990, Jahrestag der Russischen Revolution. Das rote Banner des Trotzkismus wurde auf dem Schloßplatz gehißt

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 13

lierten Führer der KPdSU im letzten Augenblick im Fernsehen an die Bevölkerung, ihre Unterstützung für den Oktober zu zeigen. In Moskau demonstrierten 100000 bei der offiziellen Gedenkfeier, wo ein Banner forderte: „Antikommunist Gorbatschow raus aus der KPdSU". Andere trugen Plakate wie „Hände weg von Lenin!" und „Nein zu einem Arbeitsmarkt!". Zur gleichen Zeit hielt ein russisch-orthodoxer Priester bei einer Demonstration von 10000 Rechten (über die in den westlichen Medien massiv berichtet wurde) eine Andacht für die „Opfer des Kommunismus". Nachdem Jelzin kurz die Tribüne über dem Lenin-Mausoleum mit Gorbatschow geteilt hatte, ging er direkt zur antikommunistischen Gegendemonstration auf der anderen Seite des Kreml, wo er mit stürmischem Beifall begrüßt wurde.

In Leningrad gab es, nachdem die Roten Reihen den Newski Prospekt zum Schloßplatz marschiert waren, eine zweite Demonstration, von den sogenannten „Demokratischen Reihen", deren Hauptlosung lautete: „Der 7. November ist ein Tag der Tragödie". Der Charakter dieser „demokratischen Kräfte" wurde völlig entlarvt durch die Tatsache, daß Blöcke der faschistischen Organisation Pamjat und anderer ultrarechter Vereine an ihrer Spitze marschierten, gefolgt von der Volksfront und der Demokratischen Union. In Kiew versuchten nationalistische ukrainische Studenten, die Parade der Roten Armee zu behindern. In Vilnius, Litauen, mußten Fallschirmjäger rechtsgerichtete Studenten vertreiben. In Georgien wurde die Feier des Revolutionstages auf einen Militärstützpunkt in der Nähe von Tbilissi beschränkt. In vielen Städten gab es überhaupt keine Revolutionsfeier.

Viele Militärkader sind zu Recht empört über die weitverbreitete Verunglimpfung des sowjetischen Patriotismus; immer mehr Leute drücken sich vor der Wehrpflicht oder desertieren, besonders in den nichtrussischen Republiken; Kollaborateure der Nazis in den baltischen Republiken sind offen aus der Versenkung aufgetaucht; die militärische Intervention in Afghanistan gegen die von der CIA bewaffneten islamischen Mudschaheddin ist sabotiert und diffamiert worden. Doch vielleicht mehr als alles andere sind sie empört über Gorbatschows einseitiges Zurückweichen vor der NATO und dem Vierten Reich des deutschen Imperialismus, wo jetzt die entlassenen Offiziere und Soldaten zurückkehren, denen Arbeitslosigkeit und Zeltstädte drohen.

Eine trotzkistische Partei in der Sowjetunion könnte Rotarmisten in ihre Reihen aufnehmen, die ihr Land nicht vom westlichen Imperialismus wie eine Kolonie

Fortgesetzt auf Seite 20

IKL hißt das Banner des Trotzkismus in Leningrad und Moskau

Es lebe die Feier der Oktoberrevolution!
Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution!
Nieder mit der Restauration des Kapitalismus!
Die Macht den Räten der Werktätigen!

- Baut eine antistalinistische leninistisch-trotzkistische Partei auf aus Arbeitern und den Teilen der Armee mit den geringsten Privilegien und den größten Verantwortlichkeiten!
- Für wirkliche Gleichheit auf der Basis von Überfluß!
- Alle Macht den Räten der Werktätigen! Schmeißt die Parasiten, Ausbeuter und ihre Ideologen aus den Sowjets!
- „Sozialismus in einem Land" ist ein Mythos, der zur Niederlage führt! Für proletarischen revolutionären Internationalismus!
- Für die militärische Verteidigung der UdSSR gegen den imperialistischen Schraubstock, der sich um sie zusammenzieht! Gegen die Zerstückelung der UdSSR!
- Für demokratisch-zentralistische Planung durch die Räte der Arbeiter und ihrer Verbündeten - der Bauern, der werktätigen Intelligenz und des Teils des Militärs, der freiwillig seine Privilegien zurückweist! Stalins Erben verkaufen unsere Heimat aus.
- Für Arbeitermobilisierungen gegen Chauvinismus, Pamjat und Antisemitismus!
- Für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht auf Selbstbestimmung für jede Nation mit einer antikonterrevolutionären Führung, wie sie es für notwendig hält.
- Für eine Regierung wie die von Lenin-Swerdlow, auf der Basis von Arbeiterdemokratie!
- Für den Aufbau einer unionsweiten trotzkistischen Partei!

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Да здравствует годовщина Октябрьской революции!
Защитим завоевания Октябрьской революции!
Долой реставрацию капитализма!
За власть Советов трудящихся!

- Создать антисталинистскую ленинистско-троцкистскую партию из рабочих и тех слоев армии, которые имеют меньше привилегий и больше обязанностей!
- За подлинное равенство на базе изобилия!
- Вся власть Советам трудящихся! Изгнать паразитов, эксплуататоров и их идеологов из Советов!
- «Социализм в отдельной стране» — пораженческий миф! За пролетарский революционный интернационализм!
- За военную защиту СССР от стягивающихся вокруг него тисков империализма! Против расчленения СССР!
- За демократически-централизованное планирование через Советы рабочих и их союзников — колхозников, трудовой интеллигенции и военных, которые добровольно отказались от своих привилегий! Сталинские наследники продают нашу родину.
- За мобилизацию рабочих против шовинизма, «Памяти» и антисемитизма!
- За демократическую реорганизацию Советского Союза и право каждой нации с анти-контрреволюционным руководством на такое самоопределение, какое она считает нужным.
- За правительство типа Ленина-Свердлова на основе рабочей демократии!
- За образование всесоюзной троцкистской партии!

ИНТЕРНАЦИОНАЛЬНАЯ КОММУНИСТИЧЕСКАЯ ЛИГА
(IV Интернациональная)

SPARTACIST

Perestroika heißt Elend für die Massen

Drang nach Osten mit Care-Paketen, diesmal

Nach einer Rekordernte droht den sowjetischen Massen jetzt verzweifeltes Elend. Es gibt keine Versorgungsprobleme für diejenigen, die die Wucherpreise auf den Privatmärkten bezahlen können, aber für die sowjetischen Werktätigen sind die Regale leer. Gorbatschows „Marktreformen" fördern die wirtschaftliche Anarchie und nationalistische Auseinandersetzungen und bedrohen damit die Existenz der Sowjetunion selbst.

Die deutschen Imperialisten sind davon überzeugt, daß sie nur mittels Gorbatschow das ganze Geschäft übernehmen können, sofern er die massive soziale Unzufriedenheit und den nationalistischen Zerfall überlebt. Deshalb war das einzige, worauf sich Kohl und Genscher mit den westeuropäischen Staatschefs bei ihrem Gipfeltreffen Mitte Dezember in Rom einigen konnten, Gorbatschows Posten zu retten.

Die „Hilfe-für-Rußland"-Kampagne im Anschluß daran trifft auf weite Zustimmung: bei großdeutschen Nationalisten, die Gorbatschow dafür danken wollen, daß er die ehemalige DDR und ganz Osteuropa hergeschenkt hat, genauso wie bei kleinbürgerlichen Pazifisten, die Gorbatschows Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus bejubeln und die ihm dafür jetzt eine „Friedensdividende" auszahlen wollen. Gleichzeitig droht ein imperialistisches Massengemetzel am Golf. In dieser Frage gibt es eine „Große Koalition"; so trat IG-Metall-Boß Steinkühler zusammen mit dem ersten Reichskanzler seit Hitler, Helmut Kohl, in der Sondersendung „Helft Rußland" von ZDF und *stern* auf. SPD-„Ost"-Experte Egon Bahr forderte, daß die Luftwaffe eine Luftbrücke organisieren solle, um Gorbatschows prokapitalistische Politik zu retten, und natürlich kündigte das Bonner „Verteidigungs"ministerium an, daß Bundeswehr und Bundesmarine die Care-Pakete ausliefern werden.

Die deutsche imperialistische Armee ist wieder in Rußland! Dies rief bei vielen Sowjetbürgern wieder die 900 Tage der Belagerung von Leningrad ins Gedächtnis zurück, bei der 650 000 Menschen an Hunger und Kälte gestorben sind. *Konkret* (Januar 1991) wies in ironischem Ton darauf hin, daß die „Helft-Rußland"-Kontonummer der Aktion von ZDF und *stern* ausgerechnet 33 33 33 und die der „Solidaritätshilfe Osteuropa" des Roten Kreuzes 41 41 41 ist, und daß diese Care-Paket-Operation-Barbarossa auf dem Vorbild der Wehrmacht beruht. Ja diesmal greift der deutsche Imperialismus zu den „friedlichen" Waffen der mächtigen D-Mark und der „Lebensmittelwaffe", ein Favorit der Amerikaner, wie das *Wall Street Journal* (13. Dezember 1990) dazu erwähnte.

Während sie der Kampagne Beifall spendet, jammert die PDS gleichzeitig, daß die Bourgeoisie von Auschwitz, an die sie die DDR verschenkt hat, nicht auch noch Care-Pakete für die Millionen von ostdeutschen Arbeitern organisiert, die auf die Straße geworfen werden (*Neues Deutschland*, 20. Dezember 1990). Natürlich erwähnt sie nicht die Zehntausenden von eingewanderten Arbeitern, die zurückgeschickt werden ins Elend der Dritten Welt. Stattdessen haben die Frankfurter Bankiers und ihre Statthalter von der Treuhand (denen die PDS ihre bedingungslose Loyalität geschworen hat) gerade die Fabriken stillgelegt, die lebenswichtige Ersatzteile an die Sowjetunion geliefert hatten, und die LPGs untergepflügt, die die Lebensmittelversorgung sichergestellt hatten. Die letzte Verschiffung von Kartoffeln wurde verzögert, so daß sie wochenlang im Hamburger Hafen vor sich hin rotteten, ehe sie schließlich auf sowjetische Schiffe verladen wurden. Aber wie die SpAD gewarnt hat, sind dies die unvermeidlichen Konsequenzen der großdeutschen kapitalistischen Wiedervereinigung, und sie werden die unvermeidlichen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration sein, die Gorbatschow in der Sowjetunion vorbereitet.

„Helft Rußland" ist begleitet worden von einer chauvinistischen Kampagne, die davor warnt, daß Millionen von Flüchtlingen vor nationalistischen Pogromen und wirtschaftlichem Chaos sich über die sowjetischen Grenzen nach Osteuropa flüchten und dann westwärts strömen werden. Jahrelang haben die Imperialisten unter der Führung der USA eine wirtschaftliche Kalte-Kriegs-Blokkade gegen die Sowjetunion durchgeführt und verlangt, sie müsse ihre Auswanderungsbeschränkungen, vor allem für sowjetische Juden, lockern. Jetzt, wo Gorbatschow dem nachkommt, haben die USA ihre eigenen Einwanderungsbeschränkungen verhängt, um sowjetische Juden fernzuhalten. Der zionistische Jüdische Weltkongreß verlangt genau wie hiesige Antisemiten innerhalb des Kohl-Regimes und wie auch die Nazis, die durch die Straßen wüten, daß Deutschland einen Judenstopp verhängen soll.

Die Botschaft ist klar: Sowjetische Juden sollen gefälligst ins „Gelobte Land" gehen, wo sie im Augenblick in Zelten leben, um als Kanonenfutter und Siedler in den besetzten Gebieten zu dienen im Rahmen der zionistischen Kampagne für ein palastinenser„reines" Großisrael. Zur gleichen Zeit hat der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Herbert Schnoor kurz seine Aufmerksamkeit von der Abschiebung von 1500 Roma-Familien abgewendet, um ein jährliches „Kontingent" von 10000 sowjetischen Juden als Persilschein für das Vierte Reich zu fordern. Schon letztes Jahr war die SpAD die erste Organisation (und bisher in der Tat die einzige, die dafür auf die Straße gegangen ist), die am 19. September 1990 vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Berlin gegen den Judenstopp des Vierten Reichs protestierte.

Aber die „Hilfe-für-Rußland"-Kampagne sprach ebenfalls viele Werktätige an, die die heldenhaften sowjetischen Völker ehren, von denen 26 Millionen gestorben sind, um Hitlers Faschismus zu besiegen. Das SpAD-Flugblatt „1000 Neueinstellungen sofort!" (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 80), das die Hamburger Hafenarbeiter dazu aufrief, die Organisierung und Verladung der Kartoffeln in die eigenen Hände zu nehmen, war in den Häfen von Hamburg und Rostock ausgesprochen populär. Wir begrüßen es, daß die streikenden Reichsbahner lebenswichtige Lieferungen an die Sowjetunion weitergeleitet haben.

Dies steht vollständig in der Tradition des proletarischen Internationalismus von Lenin und Trotzki. Als nach den Verwüstungen von sieben Jahren imperialistischem Krieg und anschließendem Bürgerkrieg der junge Arbeiterstaat eine schwere Hungersnot erlitt, akzeptierte Lenin Lebensmittelhilfe von den USA, aber er wandte sich besonders an die Werktätigen der Welt:

> „Wer sein Lebtag das Joch des Kapitals am eigenen Leibe verspürt hat, wird die Lage der Arbeiter und Bauern Rußlands verstehen, wird mit dem Instinkt des Werktätigen und Ausgebeuteten verstehen oder empfinden, wie notwendig die Unterstützung der Sowjetrepublik ist, die als erste die dankbare, aber schwere Auf-

Fortgesetzt auf Seite 19

Irak...

Fortsetzung von Seite l

natürlich nichts zu tun haben mit hohen moralischen Prinzipien. Das zunehmende Abrutschen der US-Wirtschaft in ein bodenloses Loch hat nur zu einer immer wahnsinnigeren Eskalation der militärischen Mobilisierung geführt, trotz der steigenden Kosten. (Krieg als „Lösung" für Wirtschaftskrisen ... Karl Marx hat wieder Recht!) Aber die ausgebrannten Stalinisten in Moskau und die liberalen Demokraten glauben immer noch an das Hirngespinst einer „Friedensdividende" und wollen glauben, daß Bushs Krieg nur eine Unregelmäßigkeit ist, die verschwinden wird, vielleicht durch irgendeine Art Abkommen.

Am 29. November peitschten die USA ihre Kriegsresolution Nr. 678 durch den UN-Sicherheitsrat, nachdem sie massiv Druck ausgeübt hatten, in großem Stil Stimmen gekauft hatten und alle Außenminister zur Unterzeichnung nach New York beordert hatten. Als jedoch Bush am nächsten Tag eine „Friedens"mission ankündigte, nämlich daß er Außenminister Baker nach Bagdad schicken würde, um Hussein zu treffen „zu einem beiden Seiten passenden Zeitpunkt zwischen dem 15. Dezember und dem 15. Januar", begannen die Ölpreise zu fallen und alle Welt sah Friedenstauben aufsteigen. Hussein ließ als Geste guten Willens alle Geiseln frei und brachte sogar Termine für das Treffen ins Gespräch. Aber als er Fühler ausstreckte und andeutete, der Irak könnte sich aus beinahe ganz Kuwait zurückziehen, änderte plötzlich Bush die Bedingungen — der 12. Januar war jetzt zu spät (nur drei Tage vor seinem Tag X für die Weltkatastrophe). Weil das Weiße Haus fest entschlossen ist, daß *der Krieg wegen Kuwait stattfinden muß,* können sie es nicht zulassen, daß ihr Casus belli reduziert wird auf eine solch lächerliche Frage wie die Souveränität über ein paar unbewohnte Inseln.

Es ist nicht so, daß der starke Mann des Irak nicht bereit wäre zu verhandeln. Wie sein Informationsminister Naji AI Hadithi einem Journalisten der *Village Voice* (1. Januar) gegenüber betonte:

> „Wir kontrollieren also 20 Prozent des Öls der Welt. Bis zum 2. August haben wir davon ein Drittel in die USA exportiert, obwohl wir wußten, daß Sie uns gegenüber eine feindliche Politik haben. Sie wissen doch, wir können die Wüste nicht mit unserem Öl bewässern. Wir können es nicht trinken. Alles, was wir tun können, ist, es zu verkaufen."

AI Hadithi wies darauf hin, wie die USA ihre Kontrolle über den Getreidemarkt und über Technologie als Knüppel benutzen, mit dem sie Freund und Feind auf den Kopf hauen: „Immer benutzen Sie Nahrungsmittel und Know-how als politische Waffen in der Dritten Welt".

Regierungsnahe „außenpolitische Experten" haben Bedingungen für ein Abkommen ins Spiel gebracht, bei dem sich Hussein aus Kuwait zurückzieht. Und Washington hätte eine Ausrede, um in der Region eine große „Friedenstruppe" auf Dauer zu stationieren, von Anfang an eines seiner Ziele. Aber Bush scheint den Einsatz so sehr erhöht zu haben, daß er sich darauf festgelegt hat, Husseins Streitkräfte mit einem großangelegten Angriff der Bodentruppen zu vertreiben. Dies könnte für die USA in der Tat blutig werden.

Der irakische Informationsminister bemerkte, daß „wir wissen, ein Konflikt wie dieser wird am Boden entschieden", trotz der US-Luftüberlegenheit:

> „Wir sind die Verteidiger. Militärisch braucht ein Angreifer eine Überlegenheit von drei zu eins. Wir haben mehr als eine Million Mann unter Waffen. Ich glaube nicht, daß die gesamte US-Armee so groß ist. Und hier sind wir bereit, Opfer zu bringen. Wissen Sie, daß wir während des Krieges mit Iran 53000 Mann verloren haben, nur um eine kleine Stadt zurückzuerobern. .. Genau dreiundfünfzigtausend Mann haben Sie während des gesamten Vietnamkrieges verloren. Glauben Sie, daß Mr. Bush es sich leisten kann, 53000 Mann zu verlieren, um irgendein Loch in der saudischen Wüste zu verteidigen?"

Mit ihrer kampfgestählten Ein-Millionen-Mann-Armee, manchen recht hoch entwickelten westlichen Waffensystemen (von Frankreich gekauft oder in Kuwait erobert) plus den überlegenen MiG-29-Kampfflugzeugen, dazu noch Panzerfallen, die gefüllt sind mit Napalmtonnen, und natürlich ihren chemischen Waffen sind Iraks Herrscher darauf eingerichtet, einen Bodenangriff für die imperialistischen Invasoren so verlustreich wie möglich zu machen.

Das Pentagon weiß dies alles, und deshalb sagen sie von Monat zu Monat, daß sie ein paar weitere Wochen brauchen, viel mehr Panzer, mehr Flugzeuge, mehr Schiffe, von allem, mehr. Also begannen die Fetzen zu fliegen, als Generalleutnant Calvin A. H. Waller, der stellvertretende US-Befehlshaber am Golf, sagte, daß die US-Streitkräfte am 15. Januar nicht kampfbereit sein werden. Wenn es nach dem vom Vietnamtrauma gezeichneten Pentagon ginge, gäbe es ironischerweise vielleicht keinen Krieg, aber dank eines feigen Kongresses ist dem Kriegstreiber im Weißen Haus das Feld überlassen worden.

Nachdem sie die größte Armada seit dem Zweiten Weltkrieg zusammengezogen haben (mit *sechs* Flugzeugträgerkampfgruppen) und einer Truppenmassierung, wie sie erst mitten im zweiten imperialistischen Krieg erreicht wurde, können die Amerikaner militärisch „die Oberhand gewinnen". Das Pentagon will all seine High-Tech-Waffen ausprobieren, von den Cruise Missiles und dem Mi-Panzer bis zu den „Stealth"-Bombern, und selbst wenn die meisten von ihnen ihr Ziel verfehlen (so wie in Panama), mit einer solchen Konzentration an Feuerkraft werden sie schließlich etwas treffen. Die Iraker haben keine Nachschubquellen, so ist es nur eine Frage der Zeit, bis ihnen die Panzer ausgehen.

Aber die USA haben nicht unbegrenzt Zeit — sie müssen schnell damit fertig werden, wenn sie verhindern wollen, daß ihre internationale „Koalition" auseinanderbricht, und um schwere Unruhen zu Hause zu vermeiden, wo Meinungsumfragen weiterhin zeigen, daß eine Mehrheit gegen eine Militäraktion am Golf ist. Vor allem wird die große Frage sein: Was hat Washington gewonnen, wenn es auf dem Schlachtfeld „gewinnt"? Zusätzlich zur Aussicht auf einen blutigen Vorstoß auf Bagdad, wenn sie nicht Hussein loswerden (auf die Art und Weise, wie Reagan versucht hat, Gaddafi mit dem Luftangriff auf Libyen zu ermorden), werden sie es geschafft haben, zig Millionen Menschen in der ganzen arabischen Welt gegen die imperialistischen Kreuzritter aufgebracht zu haben, die kaltblütig Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern niedermetzeln werden, nachdem sie zuerst versucht haben, sie auszuhungern. Die Wut könnte zum Sturz der prowestlichen Regime führen, die kaum Unterstützung haben bei ihrer Bevölkerung und die als Handlanger für Bush aufgetreten sind, auch in solchen Schlüsselstaaten wie Ägypten.

Von Beginn an haben die Spartacist League/U.S, und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) sich entschieden gegen die von den USA geführte Invasion des Persischen Golfs ausgesprochen. Wenn es nur um den blutigen starken Mann des Iraks und die autokratisch herrschende Familie von Kuwait ginge, hätte die Arbeiterklasse der Welt keine Seite. Wir

stehen auf der Seile der arabischen Massen und fordern: „Nieder mit den Scheichs, den Ohristen, den zionistischen Schlächtern! Für Arbeiterrevolution im ganzen Nahen Osten!" Während sich verschiedene Liberale und Reformisten Bushs Deckmantel der „Vereinten Nationen" angeschlossen haben und UN-„Sanktionen" unterstützen, die ein Embargo sind, ein Kriegsakt, der durchgesetzt wird von den Flotten von USA und NATO, haben wir gefordert: „Brecht die Blockade gegen den Irak!" Während Bush versucht, die weltweite Hegemonie der USA militärisch durchzusetzen, diesmal mit der verräterischen Komplizenschaft und Unterstützung der Ausverkaufs-Kremlbürokratie. fordern die Spartakisten: „Verteidigt den Irak! Besiegt den US-Imperialismus!"

Das unmittelbare Ziel der USA ist Irak, aber letztlich ist ihr Ziel, ihre wirtschaftlich dynamischeren imperialistischen Erzrivalen Deutschland und Japan an die Kandare zu nehmen. (Kein Wunder, daß diese beiden „Verbündeten" sich davor gedrückt haben, irgendwelche Truppen im Rahmen der „internationalen" Koalitionsstreitmacht nach Saudi-Arabien zu verlegen, und nur ein paar Pfennig und Yen in den amerikanischen Spendentopf geworfen haben.)

Der Niedergang des US-Imperiums

Geschichte wiederholt sich also heute, mit Variationen. Die USA sind nicht länger unbestrittener Herr der kapitalistischen Welt, und seine im Zweiten Weltkrieg bezwungenen Feinde sind jetzt tatsächlich mit einem moderneren und produktiveren Wirtschaftsmotor hochgekommen. Die Rivalitäten brechen bereits aus, so bei den GATT-Verhandlungen in Brüssel, die Anfang Dezember zusammengebrochen sind. Der große Vorteil der USA ist es, daß sie immer noch eine Kriegsmaschine aufrechterhalten, die sie im Kalten Krieg aufgebaut haben und die gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Jetzt, wo diese zu zerfallen scheint, hat sich Bush entschlossen, diese imperialistische Gelegenheit beim Schöpf zu packen: ehe seine Kriegsmaschine wegen der ausgehöhlten amerikanischen Wirtschaft zusammenbricht, setzt er sie in Richtung Naher Osten in Marsch, um das Öl der Welt zu erobern und durch Erpressung seine Möchtegern-Kreditherren wieder zurück zur Unterwerfung zu zwingen, mit der Drohung, ihnen den Ölhahn zuzudrehen.

Heute lassen Deutschland und Japan ihre zunehmenden imperialistischen Muskeln spielen. Trotz der Versuche von Bush/Baker, ihnen Zahlungen für den Militäraufmarsch am Golf abzupressen, hat keiner von beiden mehr aufgebracht als eine mickerige Milliarde Dollar oder so. Beide Regierungen jedoch haben großes Interesse daran gezeigt, die „Friedens"regelungen ihrer von den USA diktierten Verfassungen aufzuheben, die Militäreinsätze im Ausland verbieten. (In Japan ist dies auf eine weitverbreitete pazifistische Stimmung in der Bevölkerung gestoßen.) Als die USA verlangten, daß Tokio mehr rausrückt, kürzte das japanische Parlament statt dessen seinen Kriegs- („Selbstverteidigungs"-) Haushalt.

In Europa ist Kohls Viertes Reich, nachdem es den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR in ein imperialistisches Großdeutschland einverleibt hat, nicht mehr der „wirtschaftliche Riese und politische Zwerg", wie es der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt genannt hat, sondern der sprichwörtliche 400 kg schwere Gorilla, der sich hinsetzen kann, wo immer er will. Nach dem Zusammenbruch von Hitlers Reich 1945 forderte der Schriftsteller Thomas Mann „ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa". Was wir jetzt haben, ist in der Tat ein von Deutschland dominiertes Europa, wo die Währungen Jugoslawiens, Dänemarks, Österreichs und der Benclux-Länder formell an die D-Mark gekoppelt sind, die auch die gemeinsame Währung für den Handel mit Osteuropa ist, und wo Bonn in der EG das letzte Wort hat.

Zum Beispiel veranlaßte das neue deutsche Europa den Fall der Eisernen Lady, aus Ärger über die britische Opposition zur deutschen Wiedervereinigung, die durch die „Ridley-Affäre" verkörpert wurde, als einer von Margaret Thatchers Ministern Kohl mit Hitler verglich. Es ist auch bemerkenswert, daß die Krise am Persischen Golf die erste internationale Krise seit dem Zweiten Weltkrieg ist, wo es auf den Geldmärkten keine Flucht in den Dollar gegeben hat. Statt dessen sind die deutsche Mark und der japanische Yen die Fluchtwährungen geworden. Bezeichnenderweise stehen die belgischen, britischen, dänischen, holländischen, französischen, italienischen und spanischen Schiffe im Golf unter dem Kommando der „Westeuropäischen Union", einem obskuren Komitee in London, das noch nicht einmal sichere Telefonverbindungcn mit dem Kontinent hat, das aber wiederbelebt wurde, damit die europäischen Streitkräfte *nicht* unter amerikanische (NATO-) Kontrolle geraten. Die Welt wird neu aufgeteilt in ein Pazifikgebiet, das vom japanischen Yen dominiert wird, ein Europa, das von der deutschen Mark dominiert wird, und in die westliche Hemisphäre, die vom US-Dollar kontrolliert wird. Daher die Kampagne von Bush, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada auf Mexiko auszuweiten und dann auf den Rest Lateinamerikas. Aber gleichzeitig will Washington seinen aufmüpfigen imperialistischen Verbündeten klarmachen, daß dies jetzt die „Welt einer Supermacht" ist.

Das Öl und das Imperium

Im zwanzigsten Jahrhundert ist es das Öl, was ein Imperium in Gang hält — die Panzer können ohne es nicht fahren, von den Flugzeugen und der Industrie ganz zu schweigen. Dies gilt heute um so mehr, wo die Armeen vollständig mechanisiert sind: die Nazi-Armee, die 1941 in Rußland einfiel, war noch von 650000 Pferden abhängig, mehr als die Zahl der motorisierten Fahrzeuge, die sie zur Verfügung hatte, aber die Panzerkorps brachten die Entscheidung, und sie verbrauchten ungeheure Mengen Treibstoff.

Hitler sagte, daß er *Lebensraum* wolle, als er im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, aber eigentlich wollte er unbedingt russisches Öl für seine Panzer kriegen. Hans Kolbe, ein Beamter im deutschen Außenministerium, der während des Krieges für die USA spionierte, erklärte in einer Befragung nach dem Krieg: „Das deutsche Bedürfnis, das sowjetische Öl zu bekommen, wurde als Hauptgrund für den Angriff angesehen... Weil die sowjetischen Lieferungen ungenügend waren, um Deutschlands Bedarf dabei zu decken, den Krieg [im Westen] zu einem Abschluß zu bringen, schien der einzige Ausweg zu sein, daß die Deutschen die Ölvorräte in der Sowjetunion erobern und ausbeuten" (siehe Robert Goralski und Russell Freeburg, *Oil & War: How the Deadly Struggle for Fuel in WWIl Meant Victory or Defeat* [Öl & Krieg: Wie der tödliche Kampf um den Treibstoff im Zweiten Weltkrieg Sieg oder Niederlage bedeutete, 1987]).

Japans Imperium der aufsteigenden Sonne war noch mehr hinter dem Öl her, da es alles importieren mußte — 1937 z. B. kriegte Japan 80 Prozent seines Öls aus Kalifornien. Deshalb schickte Japan im Juni 1941 seine Armee und Marine nach Südostasien, um sich das Öl unter den Nagel zu reißen. Nach der japanischen Invasion in Indochina verhängte der US-Präsident Roosevelt

Fortgesetzt auf Seite 18

Irak...

Fortsetzung von Seite 17

eine Sperre über die japanischen Vermögenswerte in den USA, was de facto zu einem Embargo der Ölexporte nach Japan führte. Ob Roosevelt nun wußte, daß Pearl Harbor das Ziel des japanischen Angriffs sein würde, oder nicht, es war klar, daß er aufgrund seines Ölembargos einen Krieg mit den Japanern erwartete.

Ebenso war die Kontrolle über die Ölversorgung eine wichtige Frage beim ersten imperialistischen Weltkrieg. Dem Konflikt ging ein Kampf über die Neuaufteilung der Ölreserven der Welt voraus zwischen den amerikanischen Rockefellers (Standard Oil) zusammen mit dem Rothschild-Nobel-Trust, der die russischen Ölfelder von Baku kontrollierte, und den Deutschen, die die rumänischen Felder kontrollierten. Beim Ausbruch des Krieges rückten die Briten vor, um die Ölfelder des Persischen Golfs um Basra herum zu erobern. Vier Jahre später rückten sie auf Mosul vor im nördlichen Mesopotamien, um sich die dortigen Ölreserven zu schnappen. Im Anschluß daran zog das Außenministerium in London die künstlichen Grenzen zwischen Saudi-Arabien, der von den Briten installierten Monarchie im Irak und seinem Protektorat Kuwait, um seine Vorherrschaft über diese Gegend sicherzustellen.

Wie Lenin 1916 in seiner *Imperialismus-Schrift* bemerkte: „Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien." Dies gilt heute mehr denn je, auch wenn die Kolonien vielleicht als Neokolonien und Ölscheichtümer maskiert sind.

Für Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg!

Bei der ganzen Golfkrise ist eine der Hauptsorgen des Weißen Hauses und des Pentagon die „Heimatfront" gewesen. Nach einer anfänglichen Welle der Begeisterung über Bushs „knallhartes" Auftreten, als er sofort die 82nd Airborne (eine Fallschirmjäger-Elite-Einheit) losschickte, dämmert es nun der amerikanischen Bevölkerung, daß „ihr" Präsident tatsächlich einen Krieg anzetteln will. Und sie sind nicht gerade verrückt darauf. Eine Meinungsumfrage nach der anderen zeigt, daß drei Fünftel bis zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Angriff auf den Irak sind. Der katholische Papst bejammerte den kommenden Krieg, und der protestantische Nationale Rat der Kirchen hat zu einem Bet- und Fastentag gegen den Krieg aufgerufen. Doch George Bush handelt nach der Devise, daß es völlig egal ist, was die Bevölkerung denkt, wenn man die Staatsmacht hat. Oder wie ein Filmemacher aus Hollywood bemerkte, kann man die ganze Zeit über alle Menschen betrügen, „wenn das Budget groß genug ist und die Werbekampagne stimmt".

Eine Umfrage der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Januar zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung Militärausgaben an die letzte Stelle ihrer sozialen Prioritätenliste setzt und dagegen ist, daß Deutschland eine „Weltmachtrolle" spielt. Aber die deutsche Bourgeoisie macht mobil. Sie ist dagegen, daß sich ihre bankrotte imperialistische Konkurrenz auf der anderen Seite des Atlantiks ein Monopol über die Ölvorräte der Welt verschafft. Deshalb ist ihre Begeisterung, den US-Kriegskurs im Golf direkt zu finanzieren, noch weniger als lauwarm. Aber sie sind entschlossen, die US/NATO-Kriegsmobilisierung dazu auszunutzen, ihre eigene Rolle als eine militärische „Weltmacht" entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke auszubauen.

Sie haben die Bundesmarine ins Mittelmeer geschickt, damit amerikanische Schiffe für den Golf frei werden. 18 Alpha-Jets werden als Teil der europäischen Mobilen Eingreiftruppe der NATO in die Türkei verlegt, um dort Flagge zu zeigen und um der Özal-Diktatur den Rücken zu stärken, der die Bundeswehr ursprünglich zur Macht verhelfen hat. Die Türkei ist nicht nur die NATO-Frontlinie im Nahen Osten, sondern auch das Aufmarschgebiet des deutschen Imperialismus in dieser Region. Wir sagen, Bundeswehr raus aus dem Mittelmeer und der Türkei! Keinen Pfennig, keinen Mann, keine Frau für die Bundeswehr!

Die herrschende Oligarchie des amerikanischen Kapitalismus, die Republikraten oder was der amerikanische Schriftsteller Gore Vidal die Partei des Eigentums genannt hat, würde schrecklich gern die allgemeine Opposition gegen ein weiteres schmutziges (und verlorengehendes) imperialistisches Militärabenteuer überwinden. Von den bürgerlichen Politikern wird keine wirkliche Opposition zum Golfkrieg kommen: sie haben höchstens taktische Differenzen darüber, was sie sich alles erlauben können. Aber bei den Werktätigen, den Armen und besonders der schwarzen und der hispanischen Minderheit, die unter den Soldaten überproportional vertreten sind (darunter viele Frauen), die in Bushs Krieg sterben werden, ist das „Vietnamsyndrom" sehr lebendig. Bei den Truppen haben viele den Reportern zugerufen: „Dies ist nicht unser Krieg." Was gebraucht wird, ist eine klassenkämpferische Führung, die unabhängig ist von den beiden Parteien des US-Imperialismus und gegen beide kämpft, um diese Opposition auf die Straße zu bringen, und die zu politischen Streiks gegen den Krieg aufruft.

Vom Nahen Osten über Europa bis zu den Vereinigten Staaten: der Schlüssel ist der Aufbau einer revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei, die gegen das imperialistische System von Krieg und brutaler Ausbeutung kämpft. Wie Lenin zum vierten Jahrestag der russischen Oktoberrevolution geschrieben hat: „... immer unabweisbarer ersteht vor Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken, die harte Wahrheit: Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt ... nicht *anders* entrinnen, man kann dieser Hölle nicht *anders* entrinnen *als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution."*

Nach Workers Vanguard *Nr. 517, 4. Januar*

Spartakist-Veranstaltungen

Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!

Berlin, 22. Januar, 19.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)
Telefon (030) 4927866

Hamburg, 27. Januar, 16.00 Uhr
Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31
2000 Hamburg 36 (U-Bahnhof Feldstraße)
Telefon (040) 323644

Halle, 2. Februar, 16.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70
4020 Halle
Telefon (Halle) 29055

Irak und die Linke...

Fortsetzung von Seite 6

der Illusion eines friedlichen „Ultraimperialismus" begründete, so erklärte ein offiziöser Kommentar in *Neues Deutschland* (21. September 1990), daß „eine Supermacht nicht aus ihrer Superverantwortung entlassen werden" darf, die irakische Annexion Kuwaits zu bestrafen. Heute fordern Gysi & Co. zwar „Nein zum Krieg!", aber verknüpft mit „Ja zum Embargo" — der direkten Vorstufe des militärischen Angriffs der Imperialisten. Schon beim Ausverkauf des deformierten Arbeiterstaats DDR an die Imperialisten hat die PDS gezeigt, daß Lenins Bezeichnung „Sozialimperialisten" vortrefflich auf sie paßt. Der Golfkrieg beweist dies ein weiteres Mal.

Eine Reihe von linken Organisationen hat in letzter Zeit allerlei Sperenzchen veranstaltet, um eine großangelegte „Antikriegs-" bzw. „Friedens"bewegung auf die Beine zu stellen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Volksfront, um die Interessen des großdeutschen Imperialismus „friedlich" zu verteidigen. In Berlin rufen AL, PDS, Autonome und andere zu einer Demonstration am 12. Januar auf. Mit ihrer Parole gegen die „UNO-Hungerblockade" wollen sie in der Tat die UNO-Waffenblockade gutheißen.

Als linke Flankendeckung dieser Antikriegsvolksfront zimmerte ein „Komitee gegen einen imperialistischen Krieg am Golf einen Propagandablock zusammen. Initiiert wurde es von vorgeblich trotzkistischen Gruppen, von der Kommunistischen Plattform in der PDS und anderen heimatlosen Linken im großdeutschen Reich. Um eine „breite Mobilisierung nicht zu gefährden", verzichteten sie sogar auf ihre heruntergekochte Losung „Weg mit der Blockade" (die im Gegensatz zu unserer Losung „Brecht die Blockade" bewußt als Bittruf an die Imperialisten gerichtet wurde, die Blockade aufzugeben). Zwischen „Komitee" und den Organisatoren der Berliner Demo lautet der gemeinsame Nenner, „keine deutsche Beteiligung". Im Klartext: kein *deutsches* Blut für US-Öl-Interessen.

Im undurchsichtigen Gerangel zwischen den verschiedenen kurzlebigen Gebilden hat sich die sogenannte Gruppe Spartakus lächerlich gemacht, als sie zuerst diesen faulen Propagandablock initiierte, dann aber aussteigen mußte, als es sich als Durchgangszimmer zur Antikriegsvolksfront herausstellte. Diese Pseudo-Spartakisten, die sich international als „Bolschewistische Tendenz" ausgeben, sind Anfang der 80er Jahre aus unseren Reihen geflüchtet, weil sie es nicht vertragen konnten, die Sowjetunion im neuen Kalten Krieg zu verteidigen (z. B. über Afghanistan und Polen). Der Modus operandi der BTler ist es, Spartakist-Losungen zu kopieren und als eigene auszugeben, um dann alle eckigen Kanten abzurunden, um im Volksfrontumkreis „salonfähig" zu werden.

Dabei haben sie wiederholt Pech gehabt. So bei der Geschichte mit der Blockade-Losung, wobei die BTler in einer „Initiative gegen einen imperialistischen Krieg am Golf am Anfang „Brecht die Blockade" forderten, dann aber bei der ersten Zusammenkunft der Initiative „Weg mit der Blockade" akzeptierten, der „Einheit" willen. Nach der zweiten Sitzung ist die Initiative, umbenannt in Komitee, zusammengebrochen. Jetzt wimmert die BT/ Spartakus Gruppe beleidigt, daß „die Mehrzahl der Komiteemitglieder" (auch die kleineren Grüppchen wie Arbeitermacht und GRS) „ohne Erklärung von den Komiteesitzungen fernblieben".

Wir hätten es ihnen vorhersagen können und haben tatsächlich bei der ersten „Initiative/Komitee-Sitzung" davor gewarnt, daß es sich dort nicht um eine Einheitsfrontaktion, sondern um einen Propagandablock handelt. Es war vorauszusehen, daß ihre gewünschten Blockpartner wie KPD und andere lieber im Fahrwasser der PDS und AL/Grünen untertauchen möchten, als sich mit „roter" Schminke aufzuputzen. Und wenn man kommunistische Politik will, dann bitte echte Spartakisten, keinen verwässerten Ersatzkaffee.

Der Kreml hat einen „Freundschaftsvertrag" mit Hussein abgeschlossen, dem Schlächter von Tausenden von Arbeiteraktivisten, Kommunisten und Kurden, als der Irak aber wirklich durch den Imperialismus bedroht wurde, unterstützte er die UN-Blockade. Am 9. August 1990 hat die IKL einen Brief an die sowjetischen Botschaften in Washington und Paris geschickt, in dem gefordert wurde, „daß die Sowjetunion ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt und ihren früheren Verbündeten in Bagdad die Waffen schickt, die sie brauchen, um Washingtons Griff nach dem Öl- abzuwehren". Dieser Brief wurde die Zielscheibe von Hohn und Spott seitens der Mini-Gorbatschows von der PDS bis zu antisowjetischen Grüppchen wie den zweifelhaften BT und BSA. Das „Internationale Komitee" des BSA hat natürlich seinen eigenen „Freundschaftsvertrag" mit Hussein und anderen arabischen Diktatoren gehabt: sie haben deren Blutgeld genommen und dafür die baathistische Ermordung von Kommunisten bejubelt und sich Entschuldigungen für deren Massenmord an Kurden einfallen lassen, solange das Geld noch floß.

Wir Trotzkisten sagen unverblümt, daß imperialistische Kriege nicht durch kleinbürgerliche „Antikriegs"bewegungen zu verhindern sind, sondern nur durch die revolutionäre Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse, um die Staatsmacht zu erobern, wie die Bolschewiki das getan haben. Verteidigt Irak gegen imperialistische Aggression im Persischen Golf! USA/NATO/Bundeswehr raus aus dem Nahen Osten! Für Arbeiterkampf gegen das Vierte Reich des großdeutschen Imperialismus!«

Care-Pakete...

Fortsetzung von Seite 15

gäbe auf sich nehmen mußte, den Kapitalismus zu stürzen." *(Werke,* Bd. 32)

Aufgrund der Initiative der Komintern wurde am 12. September 1921 die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) gegründet, um die Hungerhilfe zu organisieren. Ende Januar 1922 hatten Arbeiter der Kommunistischen Parteien insgesamt 200 Millionen Mark gesammelt, hauptsächlich in Deutschland, der Schweiz und Holland, und 70000 hungernde Russen waren von Stationen der IAH versorgt worden. Später haben Brigaden der IAH aus ausländischen Arbeitern, die ihre eigenen Maschinen mitgebracht hatten, Traktorstationen aufgebaut und große landwirtschaftliche Betriebe versorgt.

Heute sind die sozialen Errungenschaften des Oktober tödlich bedroht. Während die bürokratische Planwirtschaft zusammenbricht und kapitalistische Ausbeutung und Spekulantentum wiederkehren, bangen die sowjetischen Arbeiter um ihr Brot. Um ihre Versorgung mit Lebensmitteln und eine zentralisierte Planwirtschaft unter Arbeiterrätedemokratie zu sichern, braucht man eine proletarisch-politische Revolution. Für eine antistalinistische leninistische trotzkistische Partei, die die Arbeiterklasse wieder an die politische Macht bringt und die Sowjetunion wieder zu einem Leuchtfeuer der Weltrevolution macht!«

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 14

ausgebeutet sehen wollen. Tatsächlich haben viele Soldaten und Milizsoldaten unser russischsprachiges Bulletin gekauft, als sie den Artikel sahen: „In Verteidigung von Marschall Tuchatschewski", dem Chef der Roten Armee, der bei den Stalinschen Säuberungen Ende der 30er Jahre zusammen mit praktisch dem gesamten Generalstab verleumdet und ermordet worden war.

Aber die Verteidigung und die sozialistische Erneuerung der UdSSR kann nicht einfach auf der Grundlage von sowjetischem Patriotismus erreicht werden. Außerdem hat dieser im Mund der Stalinisten immer wieder einen Beigeschmack von großrussischem Chauvinismus erhalten und als dessen Deckmantel gedient. Es ist notwendig, wieder den proletarischen Internationalismus wach werden zu lassen, der die bolschewistische Revolution und Trotzkis Rote Armee beflügelt hat. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Hauptkraft werden gegen die kapitalistische Konterrevolution, die die Werktätigen mit Massenarbeitslosigkeit, hoher Inflation und dem Absinken in nationalistisches Gemetzel überziehen würde.

Der jahrzehntelange Würgegriff der Bürokratie über die sowjetische Arbeiterklasse wird gerade aufgebrochen. Mit der Ausnahme einer Handvoll von betonharten Stalinisten waren die Demonstranten der Roten Reihen, sowohl in Leningrad als auch in Moskau, ziemlich aufgeschlossen für die Anwesenheit und Teilnahme von Trotzkisten, manchmal auch interessiert. Man spürte und bemerkte die Intervention der IKL. Eine größere Leningrader Tageszeitung, *Wctscherni Leningrad* (9. November 1990), berichtete: „Bei der Alexandrowski-Säule wurde das rote Banner der Liga der 4. Internationalisten (Trotzkisten) entfaltet. Es gab einen lebhaften Handel mit trotzkistischer Literatur, die im Ausland herausgegeben wird." Zusätzlich zum Verkauf des *Spartacist Bulletin* wurden mehrere tausend Kopien verteilt vom russischsprachigen Sonderdruck: . „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan!" *(Spartakist* Nr, 77, 9. Oktober 1990).

Nachdem die Genossen in Leningrad ihre Literatur ausverkauft hatten, machten sie eine improvisierte Kundgebung vor der Alexandrowski-Säule in der Mitte des Schloßplatzes. Mehrere hundert Menschen hörten trotzkistische Reden, in denen die Arbeiter aufgerufen wurden,

die politische Macht auf dem Programm des revolutionären Internationalismus zurückzuerobern. *Wetscherni Leningrad* zitierte aus einem Interview mit einem Sprecher der IKL, der die Rückkehr zur „ursprünglichen leninistischen und trotzkistischen Theorie" forderte, und „vor allem, nicht vor der Restauration des Kapitalismus zu kapitulieren". Eine Frau, die das Zeichen der Vierten Internationalisten auf unserem Banner sah, rief mit Tränen in den Augen: „Es ist so wunderbar, euch wiederzusehen." Eine andere kam zu unserem Büchertisch und machte bei der Kundgebung mit; sie bat darum, daß das Plakat, das sie trug, neben die IKL-Losungen kommt. Darauf-stand: „Stoppt die kapitalistische Restauration! Sie versuchen, unsere Heimat zu einer Kolonie zu machen!"

Allerdings versuchen sie das. Die Herren von Wall Street, Frankfurt und Tokio haben nicht nur das Ziel, die produktiven Ressourcen der Sowjetunion aufzukaufen, sondern auch, die Sowjetunion zu zerstückeln und die Überreste in Halbkolonien zu verwandeln. Gorbatschow hat seine Absicht klargemacht, die kollektivierten Fabriken, Bergwerke und anderen Ressourcen, die jahrzehntelang mit dem Blut und Schweiß der sowjetischen Arbeiter geschaffen worden sind, an die westlichen und japanischen Kapitalisten zu verschleudern. Berichten zufolge plant eine Gruppe von westlichen Industriellen das ehrgeizige Projekt, eine Superautobahn von Odessa nach Leningrad zu bauen, über Kiew und Moskau; dabei haben sie vor, die aus Osteuropa zurückkehrenden Soldaten als billige Arbeitskräfte zu benutzen.

Inzwischen nehmen die durch Perestroika entfesselten Kräfte der Rückständigkeit und des Obskurantismus immer groteskere Ausmaße an. Prozaristische Reaktionäre und die russisch-orthodoxe Kirche planen jetzt, eine Gedenkkathedrale in Swerdlowsk zu erbauen, an der Stelle, wo Zar Nikolaus II. und seine Familie von den Bolschewiki hingerichtet wurden.

Kehrt zurück zum Weg Lenins und Trotzkis!

Nur der vereinte Kampf der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse kann die Kräfte der blutigen kapitalistischen Konterrevolution besiegen. Teile der sowjetischen Arbeiterklasse, besonders die Bergarbeiter, sind bei der Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen gegen die verheerenden Folgen von Perestroika kämpferisch gewesen. Politisch jedoch bleiben die sowjetischen Arbeiter unter dem Einfluß der verschiedenen konkurrierenden Fraktionen innerhalb der kleinbürgerlichen Bürokratie und Intelligenz.

Im letzten Oktober trafen sich 900 Delegierte aus den Bergwerken der ganzen Sowjetunion im Donbass-Gebiet in der östlichen Ukraine, um die Bildung einer unabhängigen, UdSSR-weiten Gewerkschaft zu diskutieren. Der Ton der Konferenz war zwar kämpferisch, doch es gab dort weder eine Führung noch ein Programm, diesen Kampfwillen gegen • diejenigen zu mobilisieren, die ihre neuen kapitalistischen Herren werden möchten. Manche Delegierten neigten zum Syndikalismus, viele sahen eine Marktwirtschaft als unvermeidlich an und stellten nur noch die Frage, wie man gegen deren Auswüchse kämpft. Inzwischen bearbeitete ein harter Kern von antikommunistischen Kalten Kriegern — darunter Vertreter vom Freiheitshaus, dem russischen faschistischen NTS, und aus Britannien von der streikbrecherischen Union of Democratic Miners (UDM) sowie der extrem antikommunistischen Elektriker-Gewerkschaft — mit aller Macht die Menschen auf den Korridoren, mit dem Ziel, eine konterrevolutionäre „Gewerkschaft" nach Art von SolidarnoSc zu fördern. Diese CIA-Typen konzentrierten sich besonders darauf, die sowjetischen Bergarbeiter für

die üble Hexenjagd gegen den militanten britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill anzuwerben.

Bei der Konferenz intervenierten unsere Genossen, durch Verkäufe und Diskussionen auf dem Korridor, um uns der Hexenjagd gegen Scargill entgegenzustellen, und wiesen auf den reaktionären Charakter hin, den der Angriff der Bürgerlichen/Streikbrecher auf Scargill hat. Der UDM-Vertreter durfte vom Podium aus an die sowjetischen Bergarbeiter appellieren, sie sollten verlangen, daß die Gelder, die sie für den heldenhaften britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 gespendet hatten, an die UDM übergeben werden. Daraufhin sprach ein Vertreter der IKL zu Mitgliedern des Konferenzpräsidiums und überreichte ihnen ein Exemplar des *Workers Vanguard* (Nr. 508, 10. August 1990) mit dem Artikel „Sinister Frame-Up of British Miners Leader — Scargill Witchhunted" [Übles Komplott gegen britischen Bergarbeiterführer — Hexenjagd auf Scargill]. Letzten Endes beschloß die Konferenz, sich nicht mit dem Appell der UDM zu befassen, bei der Denunzierung von Scargill mitzumachen.

Die Konferenzteilnehmer kauften 600 Bulletins, manche nahmen Stapel von zehn Stück mit zurück zu ihren Genossen in den entfernten Bergbaugebieten. In zahlreichen lebendigen Diskussionen betonten die Genossen der IKL nachdrücklich, daß die Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft *nicht* unvermeidlich ist. Mehr als 65 Jahre bürokratischer Herrschaft haben es geschafft, das kommunistische Bewußtsein des sowjetischen Proletariats auszuhöhlen und es unter einem Berg von Lügen zu begraben; am gefährlichsten davon ist jene allseitige Lüge, die „Sozialismus in einem Land" heißt. Heute geht es in der UdSSR darum, die defensiven Kämpfe der Werktätigen auf die Bildung von Sowjets zu richten und das internationalistische Erbe des Oktober wiederherzustellen.

In den turbulenten Monaten zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917, als die von den Bolschewiki geführten Arbeiter mit der schwachen kapitalistischen Kerenski-Regierung um die Macht kämpften, versuchten die Kapitalisten die Arbeiter dadurch zur Unterwerfung zu zwingen, daß sie die Wirtschaft sabotierten. Als das Land am Rande von Hungersnot und Anarchie stand, schrieb Lenin „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll". Darin stellte er ausdrücklich fest: „Denn einzig und allein, wenn das Proletariat, an seiner Spitze die Partei der Bolschewiki, die Macht erobert, könnte dem skandalösen Treiben der Kerenski & Co. ein Ende gesetzt und die Arbeit der demokratischen Organisationen für Ernährung, Versorgung usw., die von Kerenski und seiner Regierung *vereitelt* wird, *wieder in Gang gebracht werden."* Einen Monat später eroberten die von den Bolschewiki geführten Arbeiter die Macht und fegten die wankende alte Ordnung hinweg.

Heute stehen die Werktätigen wieder einmal vor Hungersnot und Anarchie. Das sowjetische Proletariat muß die politische Macht auf der Grundlage demokratisch gewählter Sowjets *wiedererlangen,* wenn es die Sowjetunion retten und die kapitalistische Konterrevolution verhindern will. Echte Sowjets haben weder etwas gemein mit den bürokratischen Hülsen unter Stalin noch mit der pseudoparlamentarischen Attrappe, die unter Gorbatschow errichtet wurde; sondern sie sind Instrumente der proletarischen Demokratie, wobei die Delegierten durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten — einfache Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten der Roten Armee und diejenigen Mitglieder der Intelligenz, die sich ihre korrupten Bedürfnisse abgewöhnen und die Sache der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen — direkt gewählt werden und abwählbar sind. Echte Sowjets werden nicht nach Belieben geschaffen und auch nicht auf bürokratischen Befehl hin; vielmehr entstehen sie durch die Massenkämpfe der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten können die Kräfte der Konterrevolution *besiegen* und die Macht in die eigenen Hände nehmen. Dafür ist es vor allem notwendig, eine neue Partei zu schmieden, nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki. Das IKL-Flugblatt, das in Leningrad verteilt wurde, umreißt das Programm für die trotzkistische Partei, die notwendig ist, um die politische Revolution der sowjetischen Arbeiter zu führen.«

Mumia Abu-JamaL.

Fortsetzung von Seite 2

durch den Tod diejenigen zum Schweigen zu bringen, die gegen die rassistische, kapitalistische Unterdrückung kämpfen.

Der Fall von Jamal ist zu einem Kampfruf von Gegnern der Todesstrafe auf der ganzen Welt geworden. Dreißigtausend unterzeichneten bisher Unterschriftenlisten und geschriebene Briefe, um Jamals Leben zu retten, darunter Sozialisten, Bürgerrechtsaktivisten, Journalisten, Studenten, Gegner der Todesstrafe und Gewerkschafter, die Millionen von Arbeitern repräsentieren.

Letzten Sommer initiierte das Partisan Defense Committee (PDC) aus den USA eine internationale Kampagne von Demonstrationen. Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation für soziale und rechtliche Verteidigung in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S. In Europa, Australien und Kanada wurden die Proteste von den Schwesterorganisationen ausgerichtet, die von Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegründet wurden. Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) initiierte Demonstrationen in Hamburg und Berlin, die unterstützt wurden von Überlebenden des Holocaust, von Immigrantenorganisationen, von führenden Gewerkschaftern, darunter die Vorsitzenden der Mediengewerkschaften in Ost- und Westdeutschland, von linken Gruppen und von Mitgliedern der PDS. Agipa-Press in Bremen hat kontinuierlich Petitionen in Umlauf gebracht und daran gearbeitet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Fall Jamal zu lenken.

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben! Die Werktätigen sind die soziale Kraft mit genügend Macht, um diesen mutigen Mann zu retten und diese tödliche Mordmaschine aufzuhalten. Um an der internationalen Kampagne zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal teilzunehmen, wendet euch an das KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 1748, 2000 Hamburg 11.«

Spartakist-Treffpunkte

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65 U-Bahn Nauener Platz
Halle	Jeden Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Sonnabend, 19. Januar, 14.00 bis 18.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halte 29055
Torgelow	Dienstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110 Telefon: Torgelow 2663

Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 9

10 Prozent mehr im industriellen Süden der Ex-DDR. Alltagsszenen in Halle, Leipzig und anderen Industriestädten sind weinende Frauen in der Straßenbahn auf dem Weg zur Arbeit, denn sie wissen, es ist das letzte Mal. Die Restauration des Kapitalismus in der DDR bedeutet eine soziale Konterrevolution, in der werktätige Frauen aus der aktiven Beteiligung am wirtschaftlichen Leben gewaltsam verdrängt und zurück zu Heim und Herd getrieben werden.

„Schutz"gesetze (aus Kaisers Zeiten), die Frauen aus der Nachtschicht verbannen, traten am 1. Januar im Osten ebenfalls in Kraft. Jetzt werden Zehntausende von Frauen in der Industrie, d.h. ein Viertel der Nachtschicht, die Arbeit verlieren. Weiterhin sind in der Chemie 24 000 Frauen von Massenentlassungen und Betriebsschließungen bedroht. Die Kapitalisten zerstören absichtlich die ostdeutsche Textilindustrie, wo 93000 Frauen beschäftigt worden sind.

Gesetze gegen die Diskriminierung verbieten sogar im kapitalistischen Moloch USA beim Einstellungsgespräch Fragen, die in die Privatsphäre des Familienstandes eindringen. Westdeutsche Bosse dagegen, die ja immer alles ausleuchten durften, waren da nie zimperlich. Und jetzt ist auch bei ihren ostdeutschen Kollegen der Groschen gefallen. Wie eine Mutter von zwei Kindern beim Vorstellungsgespräch zu hören bekam: „Ihre Qualifikation stimmt, Ihr Jahrgang stimmt, aber der kleine Sohn ist zehn Jahre zu jung" *(Frankfurter Rundschau,* 12. Juni 1990).

Catch 22 für Frauen, sichere Profite für Medizinbosse

Ostdeutsche Frauen sind in einem Teufelskreis gefangen. Sie müssen mehr verdienen, um sich und ihre Familien zu unterhalten — aber sie verlieren ihren Job. Wenn sie einen haben, ist dieser Job bedroht, weil es für ihre Kinder kaum bezahlbare Kinderbetreuung gibt. Eine Frau kann sogar ihr Arbeitslosengeld verlieren, wenn sie nicht beweisen kann, daß ihre Kinder tagsüber untergebracht sind! Und viele erfüllen überhaupt nicht die Bedingungen fürs Arbeitslosengeld. Eine Mutter von sechs Kindern z.B., die in der DDR durch Babyjahre unterstützt wurde und jetzt eigentlich arbeiten gehen müßte, um ihre Kinder mitzuernähren, kriegt noch nicht einmal Arbeitslosengeld — sie hat in den letzten fünf Jahren nicht lange genug „gearbeitet"!

Betriebskindergärten und -krippen sind jetzt „freiwillig". Obwohl sie immer noch subventioniert werden, werden diese Einrichtungen massenweise geschlossen; „nicht produktive" Betriebsgelände — u. a. der Platz für die Kinderspielplätze! — werden an westliche Industrielle verkauft. Angesichts wachsender Proteste betreiben kommunale Regierungen ein Verwirrspiel und behaupten, sie werden einige Kinderbetreuungseinrichtungen übernehmen. Doch Bonn hat schon beschlossen, 1991 35 Milliarden D-Mark für soziale Einrichtungen im Osten einzusparen. Allein im letzten Juli stieg der Preis für einen Platz in einer Kindertagesstätte um das Fünffache.

Je lauter die Klerikalreaktionäre über den „Schutz der Ungeborenen" schreien, desto weniger Schutz gibt es für Kinder *nach* der Geburt. So überholt die Polikliniken in der DDR auch waren: dieses vergesellschaftete Gesundheitssystem bot eine umfassende, kostenlose medizinische Versorgung, und es war weltbekannt in den Bereichen der Geburtenhilfe und der Kindermedizin. Jetzt wird auch dies durch die Massenentlassungen und den Finanzierungskahlschlag zerstört. Jetzt soll Westdeutschlands „kosteneffektives" System von staatlich versicherter Förderbandmedizin im Osten Einzug halten.

Verbunden mit diesem massiven Verlust an Gesundheitsleistungen verlieren Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln. Obwohl diese in der DDR nicht allgemein zu haben waren, wurde die Pille kostenlos verteilt. Sie soll nun, wie im Westen, für 40—80 D-Mark verkauft, d. h. unbezahlbar werden.

Während die letzten Subventionen für ostdeutsche Werktätige „auslaufen", handeln die Kapitalisten mit ihrem „geschäftsführenden Ausschuß" in Bonn noch fettere Subventionen für sich aus. Medizin der „Marktwirtschaft": Die BRD-Pharmahersteller verweigern die Lieferung lebensnotwendiger Medikamente und nehmen u. a. Herzkranke, Diabetiker, Asthmatiker, Magenkranke so lange als Geisel, bis ihre phantastischen Profite sicher sind. Ab dem 1. April gelten östlich der Elbe statt des 55prozentigen Abschlags für Medikamente dieselben Preise wie im Westen — aber die Löhne betragen noch nicht einmal die Hälfte.

Im Dritten Reich wurden Behinderte, chronisch Kranke, pflegebedürftige Alte als „lebensunwertes Leben" einfach vernichtet. In der „Leistungsgesellschaft" des Vierten Reichs deklarieren die arroganten, bürokratischen Krankenkassen die Pflege dieser Menschen zur „Frauenarbeit" — nicht versichert, als Beruf unterbezahlt, oder überhaupt unbezahlt, möglichst demütigend. Da Frauen länger als Männer leben, bilden sie auch die Mehrheit der Pflegebedürftigen. Frauen in der Ex-DDR, die ihre Berufstätigkeit unterbrachen, um Kind, Ehepartner oder Elternteil zu pflegen, wurden dafür bezahlt; Arbeitsplatz und Rentenbciträge blieben erhalten. In der BRD dagegen, wo die Familie die ganze Last der Pflegearbeit tragen muß, verliert die Frau Arbeit und Rentenbeiträge; bezahlt wird sie nicht. Die Zukunft, die vor ihr liegt: ihre Familie geht pleite, sie wird in bitterer Armut alt und ist auf degradierende Sozialhilfe angewiesen.

Deutsche Arbeiterbewegung muß Frauenrechte verteidigen!

Werktätige deutsche Frauen und Männer sind gegenüber dem Vormarsch des kapitalistischen Elends ohne Führung geblieben. Proteste gegen die Auswirkungen vom Anschluß wurden von den Irreführern in der Arbeiterbewegung konsequent *demobilisiert* — von den streikbrecherischen SPD-Führungen, die als Polizei in den Gewerkschaften füngieren, bis hin zu der schnell sich selbst zerstörenden SED/PDS. Aber die gegenwärtige Gärung über das Recht auf kostenlose, legale Abtreibung und qualifizierte medizinische Versorgung für alle könnte helfen, die Arbeiter von Ost- und Westdeutschland zu stählen für einen politischen Kampf gegen den „wiedervereinigten" kapitalistischen Ansturm. Um diese Kämpfe zu führen, ist es notwendig, eine revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei aufzubauen wie die Bolschewiki Lenins und Trotzkis. Heute wollen wir von der Spartakist-Arbeiterpartei eine solche Partei aufbauen.

Die verzweifelte Lage von ostdeutschen Frauen zeigt auf krasse Weise, .daß die Verteidigung der Rechte der Frau ein Teil des Kampfes gegen das unterdrückerische kapitalistische System ist. Denn in diesem System ist die Familie, in den leicht abgewandelten Worten der Stalinisten, „die Kampfeinheit des Kapitalismus". Nur eine sozialistische Revolution kann die Befreiung der Frau von Plackerei und Unterdrückung erreichen — dadurch, daß die materielle Basis für wirkliche soziale Gleichheit gelegt wird. Vor uns liegt harter Klassenkampf!

Nach Women and Revolution *Nr. 38, Winter 1990/91*

Handelsblatt macht Hexenjagd auf Hausbesetzer

BSA jagt mit

Das bürgerliche *Handelsblatt* brachte einen Hetzartikel *(24./25.* November 1990), mit dem Vorwurf von Gewalttätigkeit, unter der Überschrift: „Auch nach dem Ende des SED-Staates propagieren Linke die Weltrevolution". Die Botschaft, daß es um antikommunistische Hexenjagd geht, wird in der Kopf/eile klargemacht: „Splitterparteien/Schlüsselfrage ist die Haltung zu Gewalt und Illegalität", und in einer hervorstechenden Bildunterschrift: „Die gewalttätigen Hausbesetzer finden Unterstützung bei linken Splittergruppen". Der Artikel pickt sich den Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) heraus und behauptet, daß dessen „Solidarität" mit den Hausbesetzern der Mainzer Straße „Gewalttätern eine ideologische Plattform" bot, und weiter, daß der BSA „kaum kaschierte Gewaltpropaganda betreiben kann".

Das ist natürlich Quatsch. Vor der Bundestagswahl warnten wir, daß der BSA der Schwanz des Trojanischen Pferdes der kapitalistischen Wiedervereinigung, der SPD, ist (siehe „BSA im Lager der SPD-Bluthunde", *Spartakist* Nr. 79, 6. November 1990). Diese politischen Banditen geben sich in betrügerischer Weise als Trotzkisten aus. Gerade als die Sozialdemokraten die Konterrevolution anführten, versuchte der BSA den Namen des Trotzkismus zu beschmutzen, indem er im Mai dazu aufrief, SPD zu wählen. Und als ob sie beweisen wollten, daß dieses Verbrechen keine Abweichung war, unterstützte der BSA bei der Bundestagswahl wiederum die Hexenjäger und Rassisten von der Sozialdemokratie!

Jetzt, wo das *Handelsblatt* eine Warnung herausgegeben hat, wo die Grenzen einer „anderen Meinung" im imperialistischen Großdeutschland liegen, besteht die kriecherische Antwort des BSA in seiner „Gegendarstellung" (abgedruckt im *Handelsblatt* vom 10. Dezember 1990) aus einem Aufheulen, daß nicht sie es waren, daß sie gar nicht da waren, daß sie damit nichts zu tun haben: „Richtig ist, daß keine Mitglieder des Bundes Sozialistischer Arbeiter (BSA) besetzte Häuser der Mainzer Straße betreten haben und sich mit dem Kampf der Unterdrückten gegen den Ausbeuterstaat' solidarisierten". Das ist wahr!

Auf jeden Fall waren sie bei den beiden Massendemonstrationen gegen den Polizeiüberfall nicht zu sehen. Statt dessen war der BSA damit beschäftigt, die Partei von Lafontaine/Pätzold zu unterstützen, deren „Wahlkampf" in der „Hauptstadt" darin bestand, die Hexenjagd gegen die PDS und den Blitzkrieg gegen die Bewohner der Mainzer Straße zu führen. Daher ist es keine Überraschung, daß er in einer „Erklärung des Politischen Komitees des BSA vom 4. 12. 1990" noch weiter geht und die Sprachregelung des *Handelsblatts,* die Sprache der Hexenjagd und der Verleumdung wegen Gewalttätigkeit, gegen die Hausbesetzer übernimmt und behauptet, es handele sich um die „oft von Polizeiprovokateuren inspirierten — Kampfmethoden der Autonomen".

Provokation ist die typische Vorgehensweise des BSA. So schleudern sie in Hexenjagdmanier „Stasi"-Anschuldigungen gegen die Spartakist-Arbeiterpartei. Sie versuchen in grotesker Weise, unsere Partei in Verbindung zu bringen mit Leuten wie „die schizophrene Lafontaine-Attentäterin", und behaupten gleichzeitig, sie sei voller „Polizeiagenten" *(Neue Arbeiterpresse* Nr. 633, 23. November 1990). Jetzt ist der BSA von einer dreckigen Verleumdung getroffen worden, bei der die gleiche Sorte Schlamm benutzt wird, mit dem er regelmäßig nach anderen schmeißt.

Im Gegensatz zum Bund Sozialdemokratischer Arschkriecher besteht die SpAD darauf, daß Besetzungen durch Obdachlose gerechtfertigt sind, obwohl eine sozialistische Revolution nötig ist, um die zugespitzte Wohnungsnot zu beheben. Die SpAD ist stolz darauf, daß wir im Zuge unseres Klassenkampf-Wahlkampfs an Demonstrationen gegen die Räumung der besetzten Häuser teilnahmen und erklärten: „Momper/Pätzold: Bluthunde der Deutschen Bank! Stoppt den Polizeiterror durch Arbeitermobilisierung!"«

Bergarbeiterstreik...

Fortsetzung von Seite 10

auf höchstem Niveau und verlangt: Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter! Eingewanderte Arbeiter können eine Schlüsselrolle spielen beim Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus.

In der Türkei ist die Bundeswehr aktiv dabei, türkische Militäreinheiten auszubilden, die zur brutalen Unterdrückung der mehr als zehn Millionen Kurden in Ostanatolien eingesetzt werden. Zu diesen muß man die Zehntausenden von kurdischen Flüchtlingen rechnen, die 1988 von Saddam Hussein aus dem Irak vertrieben wurden und die auf der türkischen Seite der Grenze noch einen weiteren Winter in Zelten durchmachen. Türkische und kurdische Aktivisten, die in Deutschland für die Unterstützung des Streiks von Zonguldak sammeln, haben uns gesagt, daß die Bergleute auch die Forderung aufgestellt haben, daß die Kurden das Recht haben müssen, ihre eigene Sprache zu sprechen. Die kurdische Nation ist balkanisiert zwischen Syrien und dem Iran sowie der Türkei und dem Irak; der Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Kurden ist der Schlüssel für die Arbeitereinheit im Nahen Osten: Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Der Streik von Zonguldak und die steigende Flut des Klassenkampfes in der Türkei, die imperialistische Mobilmachung zum Krieg gegen den Irak und der dramatische Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion bieten eine große Gelegenheit, türkische und kurdische Linke und Arbeiter für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki zu gewinnen. Dringend notwendig ist eine internationalistische Arbeiterpartei, die alle Arten der Unterdrückung bekämpft, besonders die der Frauen und der kurdischen Nation, und die kompromißlos für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft. Für den Sieg der heldenhaften Bergleute von Zonguldak! Für die internationalistische Einheit der kurdischen und türkischen Arbeiter! Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!

Spendenkonto des Berliner Solidaritätskomitees: Berliner Bank, Konto 3292550600, BLZ 100 200 00 (A. R. Özkan, Streik Zonguldak)
IG Bergbau und Energie, BfG Bochum, Konto 1191274000, BLZ 430101 11 (Streik Zonguldak)

SPARTAKIST



Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!

Ehrt Lenin, Luxemburg, Liebknecht!

„Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen - sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen!", schrieb Liehknecht 1915. Am Vorabend eines imperialistischen Angriffs auf den Irak hat das Gedenken an unsere revolutionären Führer eine besonders dringende Bedeutung. Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft zusammen mit der Spartakusowska Grupa Polski in der, revolutionären Tradition der 20er Jahre auf zur Kundgebung zu Ehren von Lenin, Luxemburg und Liebknecht.

‚Alles lernen, nichts vergessen!", schrieb Liebknecht. Es war der SPD-Bluthund Noske, der die Offiziere einsetzte, die die Führer des Spartakus-Aufstandes 1919 in ihrem Blut ertränkten. Die Sozialdemokratie war das Trojanische Pferd der Konterrevolution bei der antikommunistischen Hexenjagd und beim Anschluß an das Vierte Reich. Und beim Ausverkauf der DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz hat die PDS von Modrow und Gysi nach Kräften geholfen.

Lenin, Luxemburg und Liebknecht waren in erster Linie *proletarische Internationalisten*! Karl Liebknecht, der „Soldat der Revolution", erklärte machtvoll der eigenen Bourgeoisie den Krieg. Rosa Luxemburg steht für die wahre Tradition der deutschen und polnischen Arbeiterklasse gegen Kautsky- und Bernsteinianertum. Als Frau, als Kommunistin und als Jüdin ist sie dreifach bei der Bourgeoisie verhaßt. W. I. Lenin gründete zusammen mit Trotzki die Kommunistische Internationale, deren Ziel die sozialistische Weltrevolution war, um mit imperialistischen Kriegen ein für alle Mal Schluß zu machen. Heute ist das Land der Oktoberrevolution selbst in Gefahr.

Wir benötigen dringend eine Weltpartei im Geiste von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Dieser Aufgabe haben wir Spartakisten uns verpflichtet. *Schließt Euch unserem Kampf zur Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei an! Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!*



Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden ...) nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.
- W. I. Lenin, 1921



Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.
- Rosa Luxemburg, 1918



Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Diesen Feind im eigenen Lande gilt es für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.
- Karl Liebknecht, 1915

Kranzniederlegung 9.00 Uhr – Kundgebung 10.00 Uhr

Sonntag, 13. Januar 1991, Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 83 FEBRUAR 1991 50 Pfennig

Verteidigt den Irak! Versenkt die US- und NATO-Imperialisten im Golf!



Greg English/AP

Irakischer Überraschungsangriff auf die saudische Grenzstadt Khafji. Arbeiter in den imperialistischen Ländern müssen Klassenkampfaktionen gegen US/NATO-Krieg organisieren

Bundeswehr macht mobil

Folgende Erklärung der SpAD wurde bei den Massendemonstrationen am 26. Januar in Bonn und Berlin verteilt.

Während in der ganzen Welt demonstriert wird, überziehen die US- und NATO-Streitkräfte den Irak mit einem Bombenteppich von Tod und Zerstörung. Die Frankfurter Bankiers sind nicht begeistert darüber, Zahlmeister zu sein für den bankrotten US-Imperialismus, der versucht, sich vor der Depression zu retten und seine Hegemonie in der Welt zurückzuerobern. Aber sie wollen den Krieg für *ihre eigenen* Interessen ausnutzen. Sie wollen die wirtschaftliche Stärke des Vierten Reichs ummünzen in eine deutsche Weltmachtrolle beim imperialistischen Kampf um die Neuverteilung der Ressourcen der Dritten Welt, des zerfallenden Osteuropas und der Sowjetunion, was unvermeidlich auf den Dritten Weltkrieg zutreibt. Sie haben die ehemalige DDR verschlungen und plündern Polen aus, und jetzt wollen sie, trotz ihrer Konsolidierungsprobleme, das Baltikum wieder dem deutschen Reich einverleiben.

Mit der Verlegung der 18 Kampfbomber zur Unterstützung der 100 000 Mann der türkischen Armee, die an der irakischen Grenze stationiert sind, möchte die deutsche Bourgeoisie ihre anatolische Halbkolonie benutzen, um vom nördlichen Irak die kurdischen Ölfelder von Mosul und Kirkuk zu stehlen. Inzwischen benutzen die USA die Türkei als Flugzeugträger und bombardieren den Norden Iraks, um eine direkte Intervention der gesamten NATO und damit auch der Bundeswehr vorzubereiten.

Die UN-Blockade war das Vorspiel zu diesem imperialistischen Massenschlachten, und die SPD, die Grünen und die PDS standen stramm dahinter. Sie sagten, hungert die Iraker aus, bis sie sich ergeben, dann

Fortgesetzt auf Seite 10

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



A Big War for Big Oil

Lautlos treibt das Sandmeer durch die Hedschas-Wüste, trockene Wellen wie aus Schmirgelpapier werden von heißen Schirokkowinden zu Treibsandgebirgen aufgetürmt.

Tags zittert die Luft vor glühender Hitze, die nachts umschlägt in eisige Kälte.

Zusammengepfercht in Zelten, in braune Tarnanzüge gekleidet, hocken dort Hunderttausende amerikanische Männer und Frauen, die für einen Krieg gerüstet sind.

Noch ist keine Generation vergangen, und schon steht Amerika wieder an der Schwelle zum Krieg.

Aber diesmal ist dank der willkürlichen Ergebenheit von Gorbatschows Imperium nicht der Kommunismus der Feind.

Tatsächlich ist es — entgegen anderslautenden Berichten — noch nicht einmal Saddam Hussein, der starke Mann im Irak.

In diesem Krieg geht es nicht um eine Ideologie oder um Land.

Es gibt für diesen Krieg einen ganz simplen Grund — Öl.

Dort in der Wüste stehen wieder einmal Zehntausende afrikanisch-amerikanische Schwarze in vorderster Front des Schlachtfeldes.

Wenn es zum Krieg kommt — und alles deutet darauf hin, daß er unmittelbar bevorsteht —, wird es Tote, Verstümmelte und gebrochene Lebenswege auf beiden Seiten geben.

Wofür?

Diesmal behaupten die USA ausnahmsweise nicht, daß es um „Demokratie" geht — schließlich verteidigen sie eine theokratische Monarchie.

Die Behauptung der Vereinigten Staaten, gegen „internationale Aggression" vorzugehen, ist genauso hohl. Waren sie es nicht, die tatenlos zusahen, als Südafrika die schwarzafrikanischen Frontstaaten mit der Luftwaffe attackierte?

Für die Kriegsvorbereitungen in Saudi-Arabien gibt es nur einen Grund — Öl.

Das heißt, Tausende von Afro-Amerikanern sitzen unter der kraftzehrenden, sengenden Sonne, um Amerikas Geldaristokratie zu schützen — eine Regierung der Reichen, von Reichen und für Reiche. Wie ihre Väter und Mütter, die immer noch von kalten Schweißausbrüchen geschüttelt aus dem Alptraum Vietnam hochfahren, sind auch sie im Begriff, eine tödliche Reise anzutreten.

Während hochrangige Politiker wegen der Steuerlast, unter der Amerikas Millionäre leiden, Krokodilstränen vergossen, lehnten sie gleichzeitig die Verabschiedung von Bürgerrechtsgesetzen ab, die dazu gedacht waren, Arbeiter vor Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche und am Arbeitsplatz zu schützen.

Die Botschaft, die aus Washington kommt, ist eindeutig: Die Regierung hat die Aufgabe, die Reichen — und nicht die Armen — zu schützen.

Während Politiker sich voller Gier bereichern, werden die Armen, die zum Schutz der Wohlhabenden trainiert und bewaffnet worden sind — wenn sie überleben —, in Wohnviertel heimkehren, in denen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hoffnungslosigkeit vorherrschen. Sie kehren in Communities zurück, in denen die wenigen, die Arbeit haben, sich ihrer Arbeitsplätze nicht sicher sein können. Communities, in denen die Gerichte mit wohlhabenden Beamten besetzt sind, die ausschließlich im Interesse ihrer herrschenden Klasse handeln.

Dieser Krieg wird für die Vorherrschaft der USA und des Westens über eines der größten Ölvorkommen der Welt geführt.

Was hat es schon zu bedeuten, daß Saddam seit seiner Invasion im August 1990 einen besseren Zugang zu den Ölfeldern Kuwaits hat?

Glaubt jemand, er würde das Öl auftrinken?

Oder würde er es nicht zu einem angemessenen Preis verkaufen? Ist das nicht das Prinzip der sogenannten „freien Marktwirtschaft"?

Und was die Invasion an sich betrifft, so haben die Invasoren von Grenada und Panama wenig Grund zur Kritik.

Ist schließlich nicht auch Puerto Rico das Ergebnis einer Invasion — und sind es nicht tatsächlich auch die Vereinigten Staaten? 29. Oktober 1990

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und anerkannter schwarzer Journalist aus Philadelphia, sitzt in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Wegen seiner politischen Ansichten wurde Mumia mit abgekarteten Beschuldigungen angeklagt und ist jetzt mit dem Tode bedroht, weil er das rassistische, kapitalistische System angreift. Mumia schreibt regelmäßig für *Workers Vanguard,* Zeitung unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U. S., wo auch sein oben abgedruckter Artikel erschienen ist. Die Übersetzung übernahmen wir in leicht redigierter Form von Agipa-Press in Bremen, die seit langem für die Verteidigung von Mumia kämpfen.

Rettet Mumia Abu-Jamal! Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung, eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, die mit der SpAD verbunden ist: KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11.

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint Im Vertag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ500 10060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 83 Februar 1991

SPD, Grüne, PDS: Für Frieden mit dem US/NATO-Krieg

Nur Antiimperialismus ist Antimilitarismus

In den letzten zwei Wochen haben in ganz Europa Millionen demonstriert und Frieden im Nahen Osten gefordert. Dazu gehörten auch Arbeitsniederlegungen gegen den Krieg, die von symbolischen fünf Minuten bis hin zu richtigen Generalstreiks in einer Reihe von Städten reichten. Der Ausbruch der Proteste zeigt die Empörung über den Massenmord, den die NATO-Regierungen entfesselt haben, und die tief sitzende Angst, daß der Golfkrieg auf einen Kontinent überschwappen wird, der in diesem Jahrhundert schon zweimal von einem Feuermeer verschlungen wurde.

In seiner Regierungserklärung erinnerte Reichskanzler Kohl die Welt daran: „Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik." Mit dem Anschluß der ehemaligen DDR schien es, daß das Vierte Reich „friedlich" durchzieht, was das Dritte Reich militärisch versucht hatte. Aber der deutsche Imperialismus ist bereits unruhig und „macht mobil". So hat Kohl angekündigt, daß die „Kriegssteuer" steigen wird, Kriegsmaterial nach Israel kommen wird, mehr Soldaten und Raketen in die Türkei kommen und 5,5 Milliarden D-Mark „Spende" an die USA gehen werden für deren Griff nach dem Öl vom Golf. Die SPD bittet nur darum, zuerst die Verfassung zu ändern, bevor die Bundeswehr außerhalb des „NATO-Bereichs" in Aktion tritt.

Die Frankfurter Banken wollen sich auf den wirtschaftlichen Drang nach Osten konzentrieren und damit Osteuropa ausplündern und die Sowjetunion auseinandernehmen. Doch wo die B-52-Bomber in riesigen Mengen Tod und Zerstörung auf den Irak regnen lassen, da hat das Vierte Reich nicht vor, von der Neuverteilung der Beute im Nahen Osten ausgeschlossen zu werden. Selbst wenn das deutsche Kapital einen Teil der Rechnung übernimmt, weiß es doch, daß der Krieg der USA sowohl gegen es selbst als auch gegen Japan gerichtet ist. Der deutsche Imperialismus ist ebenso eine Macht der Verwüstung und des Krieges wie das untergehende amerikanische Reich, das seine Interessen verstecken will hinter dem Hitlerschen Gerede von einer „Neuen Weltordnung", die der Oberbefehlshaber Bush in seiner Rede zur Lage der Nation gefordert hat. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und mit der sich verschärfenden Krise in der Sowjetunion werden weder die USA noch Deutschland durch Bedenken über eine mögliche Reaktion Moskaus zurückgehalten. Die tiefgehenden wirtschaftlichen Widersprüche des Imperialismus treiben wieder einmal auf einen Weltkrieg zu.

Wenn die Sozialdemokraten, die PDS und die Grünen verschwommen von „Frieden" im Nahen Osten reden, dann bieten sie als Alternative zum Krieg UN-Sanktionen an — „Kein *deutsches* Blut für Öl", statt dessen Aushungern der irakischen Massen, bis sie sich unterwerfen. Sie legitimieren damit das Zusammenziehen einer riesigen imperialistischen Militärmacht am Golf, angeblich dort hingeschickt, um das von den USA befohlene UN-Embargo durchzusetzen, das das Vorspiel für den jetzigen barbarischen Krieg gegen den Irak war.

Während die amerikanische herrschende Klasse das „Syndrom" ihrer demütigenden Niederlage in Vietnam zu überwinden versucht, hat der deutsche Imperialismus ein sogar noch größeres Problem damit, das zu überwinden, was man das Zweite-Weltkrieg-Syndrom nennen könnte. Die nationalistische massenhafte „Friedens"bewegung der 80er Jahre, unter der Führung von SPD und Grünen, forderte den Abzug der ausländischen Truppen, sowohl der russischen als auch der NATO-Streitkräfte. Damit sollte der Urteilsspruch des Zweiten Weltkriegs aufgehoben werden. Jetzt ist ihre Forderung erfüllt worden, da Gorbatschow, Modrow und Gysi damit einverstanden waren, die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz zurückzugeben. Die USA und Britannien haben ihre Kampfdivisionen abgezogen, um am Golf Krieg zu führen.

Die Sorgen der deutschen Kapitalistenklasse werden in gebrochener Weise ausgedrückt durch die kleinbürgerliche, nationalistische Friedensbewegung und die von der SPD geführte DGB-Bürokratie. Der Aufruf des DGB zu den Massendemonstrationen am 26. Januar hatte Saddam Hussein als den Schuldigen im Visier. Die Führer dieser Friedensbewegung haben die Beschuldigungen der Kohl-Regierung, sie seien „antiisraelisch" und „antiamerikanisch", dazu genutzt, den Massenmördern von Hiroshima, Nagasaki, Korea und Vietnam um den Hals zu fallen wie auch dem rassistischen zionistischen Staat — der seit Kriegsbeginn eine totale Ausgangssperre für alle Palästinenser verhängt hat und jetzt Kriegsschiffe, Artillerie und Kampfhubschrauber zur Bombardierung des südlibanesischen Flüchtlingslagers Raschidijeh einsetzt, wo 17 000 Palästinenser leben.

Jetzt, wo die irakischen Waffen gegen Deutschlands NATO-Verbündete gerichtet sind, haben die SPD und die deutsche Linke „entdeckt", daß manche davon „made in Germany" sind. Autonome mit grün gefärbten Haaren verlangen gemeinsam mit Bürokraten im Maßanzug, daß die deutschen Todeshändler die UN-Blockade befolgen. Als wir Spartakisten vor zwei Jahren gemeinsam mit kurdischen und türkischen Organisationen dagegen protestierten, daß Tausende von Kurden mit chemischen Waffen aus deutscher Produktion massakriert wurden, glänzte die übrige Linke durch Abwesenheit. SPD und DGB haben bei der deutschen imperialistischen Ostpolitik in vorderster Front gestanden. Jetzt haben sie Gesellschaft erhalten von der PDS und den Grünen bei ihrer Unterstützung für die Kampagne der baltischen Nationalisten (zweckmäßigerweise „übersehen" sie deren Antisemitismus), die Sowjetunion zu zerstückeln und ihre „Republiken" den Frankfurter Banken und den NATO-Panzern zu übergeben.

Auf der Berliner Friedensdemonstration am 12. Januar riß eine Gruppe von Autonomen-Punks das SpAD-Banner runter, auf dem stand: „Verteidigt Irak! Für die Niederlage von USA und NATO!" Diese Anarcho-Chauvinisten stellen sich nicht weniger in den Dienst des großdeutschen Nationalismus als die Nazi-Skinhead-Terroristen, die durch die ehemalige DDR gewütet sind. Doch bei der Massenkundgebung für Frieden am 26. Ja-

Fortgesetzt auf Seite 10

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Rede an die PDS-Konferenz Ueckermünde

„Für eine echte kommunistische Partei"

Wir drucken hier die Rede eines ehemaligen Mitglieds der Kommunistischen Plattform der PDS ab, die er bei der PDS-Kreisdelegiertenkonferenz am 12. Januar in Ueckermünde hielt.

Werte Genossinnen und Genossen,

ich schaue mich hier um und sehe viele ehemalige Genossinnen und Genossen aus der Zeit, als ich noch Mitglied der SED war. Ich glaubte damals, ein Kommunist zu sein, und bin ausgetreten, weil ich auch in Zukunft Kommunist sein wollte. Ich habe feststellen müssen, daß die SED keine wirklich kommunistische Partei war, sondern ein Apparat stalinistisch-bürokratischer Herrschaft. Jetzt spricht man viel von „Erneuerung" der PDS und „Aufarbeitung der Vergangenheit", aber in Wirklichkeit handelt es sich um die Aneignung der Ansichten der alten Sozialdemokratie. Damals Stalin und Thälmann, und jetzt zurück zu Kautsky und Bernstein.

Ich und andere Genossen, hier und anderswo in der DDR, haben versucht, diese Geschichte aufzuarbeiten, indem wir zu den damaligen Kämpfen um das Schicksal der Sowjetunion zurückgekehrt sind. Und wir haben festgestellt, daß der Stalinismus von Anfang an gegen den internationalistischen Kommunismus von Lenin und Trotzki gerichtet war. Ich bin in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), eingetreten, um diesmal wirklich für den Kommunismus zu kämpfen. Und ich freue mich deshalb besonders, hier am Vorabend der Ehrung von Luxemburg und Liebknecht zu sein, weil jeder von euch weiß, daß Rosa und Karl der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt hatten und sich dem Kommunismus zuwandten. Deshalb feiern wir von der SpAD auch das dritte L, Lenin, wie zu Zeiten der jungen Kommunistischen" Internationale.

Alle hier wissen, daß viele ausgetreten sind aus Erschütterung, Enttäuschung, sie konnten das Erlebte mit ihren kommunistischen und sozialistischen Idealen nicht vereinbaren. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Genossen, die bei der PDS bleiben, weil sie eine „Heimat" suchen, eine Nische, wo sie sich vor dem rauhen Wind des imperialistischen Großdeutschlands verstecken können. Wir hingegen suchen keinen Schlupfwinkel, sondern einen Kampfbund. Das mag „veraltet" klingen, aber ich versichere euch, daß man im Kapitalismus zum Kampf gezwungen wird. Gregor Gysi selbst sagt in seinen Neujahrswünschen, daß die PDS vom Leben selbst gezwungen wird, „oppositioneller" zu werden. Ich kann ihm zustimmen, daß die Partei im vergangenen Jahr nicht gerade „oppositionell" gehandelt hat, sie hat sich eher angepaßt, hat dem Anschluß und der Zerstörung der DDR — eines Arbeiterstaats, wenn auch bürokratisch deformiert — zugestimmt. Die Spartakisten waren die einzigen, die ohne Wenn und Aber „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" sagten.

Der deutsche Imperialismus hat gesiegt, und für die Werktätigen in aller Welt war das eine schwere Niederlage. Aber der Kampf hört nicht mit einer Niederlage auf. Danach haben wir zum „Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich" aufgerufen. Und jetzt sehen wir, daß es tatsächlich solchen Widerstand gibt, zum Beispiel den machtvollen Streik der Reichsbahner. Es wird sich auch wiederholen, weil jetzt Arbeitsplätze, Kinderkrippen, ganze Betriebe das Damoklesschwert über dem Kopf haben. Und wir wissen, daß auch viele in der PDS kämpfen wollen. Dafür aber genügt es nicht, in die Opposition hineingezwungen zu werden, sondern man braucht ein Programm. Und dieser Kampf ist auch, und vor allem, international, so daß wir uns jetzt vor einem großen imperialistischen Krieg befinden. Noch einmal, wie bei der Wiedervereinigung, stellt sich die Frage, ganz aktuell, ganz akut: „Wo stehst du in diesem Kampf?" Die SpAD sagt klipp und klar: „Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten! Für Klassenkampf gegen das Vierte Reich! Für Arbeiterrevolution in der Türkei und überall im Nahen Osten!" Also ein kommunistisches Programm.

Und die PDS? Sie will nichts vom Klassenkampf wissen, sie will nur, daß im Krieg gegen Irak „kein Blut" — deutsches Blut, versteht sich — „für Öl" fließt. Das Problem dabei ist, daß auch die deutsche Bourgeoisie nur bedingt „deutsches Blut" im Irak fließen sehen will, vor allem wollen sie nicht in die Hinterhand zum amerikanischen Imperialismus geraten. Das Ziel der deutschen Bourgeoisie ist und bleibt der „Drang nach Osten". Heute mit D-Mark und Care-Paketen. Aber erinnert euch, daß Hitler zuerst die Ölfelder von Baku mit seinem Überfall auf die Sowjetunion wollte, um anschließend die Völker des Ostens zu versklaven und zu vernichten. Und hier in dieser Gegend, wo eure Konferenz stattfindet, baute einst Rommel sein Afrika-Korps auf. Jetzt bereitet wieder die deutsche Bourgeoisie zusammen mit NATO-Imperialisten Krieg vor. Und man kann die verheerenden Konsequenzen des Anschlusses der DDR für nicht-europäische Völker darin sehen, daß jetzt die Bundeswehr alte NVA-Waffen und -Transportmittel an die imperialistische Front gegen den Irak schicken. Die ehemaligen Offiziere und Soldaten des Arbeiterstaats DDR müssen sich wahrhaftig dafür schämen, daß jetzt so was passiert. Dazu hat der Stalinismus geführt.

Wir sagen: Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für diese imperialistische Bundeswehr! Wir rufen zu politischen Streiks gegen den imperialistischen Krieg auf. Und das ist keine Schwärmerei — wir berichten in unserer Zeitung gerade über den Bergarbeiterstreik in der Türkei, der auch gegen die Özal-Regierung und gegen den Krieg gerichtet ist. Und wenn die Genossen der PDS bereit sind zum gemeinsamen Kampf gegen den imperialistischen Krieg, dann sind wir auch dazu bereit, mit der bewährten Formel der Einheitsfront: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Und das beinhaltet auch die Freiheit der Kritik, wovon wir immer Gebrauch gemacht haben und machen werden. Und ihr wißt, daß wir ständig dabei gewesen sind, wenn es darauf ankam, die PDS zu verteidigen, gegen das Parteienteignungsgesetz und auch gegen die Verhaftung von Pohl, Langnitschke und Kaufmann. Weil wir wissen, daß es keinen Platz im neuen Vierten Reich des deutschen Imperialismus für eine zweite sozialdemokratische Partei geben wird. Das werden die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger auch weiterhin beweisen.

Für eine echte kommunistische Partei aber wird es immer einen Platz bei den Werktätigen geben. Danke.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

König-Prozeß:
Affront gegen Roma und Cinti - Opfer des Nazi-Holocaust

Die Nazis ermordeten im Holocaust 500 000 Cinti und Roma, sechs Millionen Juden und noch Millionen andere. Selbst die Tatsache der Vernichtung der Roma und Cinti erkannte Bonn erst 1983 an. Und 47 Jahre lang hat die westdeutsche bürgerliche „Justiz" keinem einzigen Nazi-Schergen den Prozeß gemacht, der daran beteiligt war. Jetzt kriegte der 77jährige SS-Rottenführer Ernst-August König, der sich im „Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau einen „Sport" daraus machte, seine Opfer totzuprügeln, kurz vor seinem eigenen Tod „lebenslänglich" — obszönerweise für den bestialischen Mord an nur *drei* Cinti und Roma. Obszöner noch: er bleibt „zunächst" auf freiem Fuß. Unter König und dem „Todesengel" Mengele starben dort im Mai 1943 in einer Nacht 1067 Cinti und Roma. *4000* starben allein in der „Nacht der Zigeuner" Anfang August 1944. Insgesamt waren es um die 20000 Cinti und Roma, die in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden.

Mit diesem Urteilsspruch bespuckt der Kapitalistenstaat Hitlers Opfer noch einmal, mit Hilfe einer Justiz, die bekanntlich vom Hitler-Reich intakt übernommen wurde. Die übliche Linie der Nazi-Anwälte wurde gerichtlich bestätigt: Massenmorde durch Gas sind nicht beweisbar. Massenmörder wie König liefen seit 1948 mit Bonns Schutz und Segen frei herum, bekleideten ihre Pöstchen, gingen in den Ruhestand und bekommen ihre großzügigen Renten überwiesen. Wie die spärlich geführten „NS-Verfahren" abliefen, ist bekannt: jahrzehntelange Verschleppung, die wenigen Überlebenden werden noch vor Gericht brutal verhöhnt; hier und da eine Verurteilung; Revision; Freispruch, wie 1988 für Thälmann-Mörder Wolfgang „ich habe nur Befehle empfangen" Otto und im letzten November für Graf „ich habe nichts gewußt" von Korff.



Spartakist

Neuengamme, August 1989 - Cinti und Roma fordern: „Schluß mit Vertreibung - Recht auf Niederlassung", Spartakist-Block marschierte mit

Ein schwacher Trost für die Cinti und Roma, die die KZs überlebten, und die heute vergeblich auf nur einen Pfennig „Wiedergutmachung" von Bonn warten. Stattdessen werden Roma-Flüchtlinge aus Osteuropa — wieder — als „gesundheitlich bedenklich" eingestuft! Heute werden sie, besonders von der SPD, ausgewiesen, von Skinheads/Faschisten angegriffen, von Stadt zu Stadt getrieben, zwangsdeportiert zurück zu Pogromen und Elend. Im Kapitalismus gibt es für die Opfer des Nazi-Regimes keine Gerechtigkeit. Nur eine sozialistische Revolution wird die Opfer des Holocaust rächen!

BWF: Es ist höchste Zeit, gegen Entlassungen zu kämpfen!

Bei einer Betriebsvollversammlung bei BWF (Berliner Werkzeugmaschinenfabrik) am 1. Februar erklärte der Geschäftsführer Lehnen, daß er im Betrieb letztlich nur 400 bis 600 Arbeiter behalten will. Selbst 1992 werde noch kein Aufwärtstrend zu verzeichnen sein. Er will den Betrieb nur nach ökonomischen Gesichtspunkten leiten, also höchstmöglichen Profit um jeden Preis! Und den dürfen die Werktätigen zahlen, indem sie massiv abgebaut werden sollen. Vom Rest erwarte er, wie er erklärte, beträchtliche Sonderleistungen.

Der Betriebsratsvorsitzende Silvio Löffler bot für Kurzarbeiter einen vom Arbeitsamt geförderten Schweißerlehrgang an. Dazu sagte eine Arbeiterin, sie habe inzwischen erfahren müssen, daß ihr Lehrgang, obwohl zunächst versprochen, in Westdeutschland nicht anerkannt wird. Kein Wunder, daß sie sich jetzt verschaukelt fühlt. Ebenso waren die Arbeiter wütend über die unglaubliche Frechheit des Betriebsratsvorsitzenden, sie zu bitten, während der Null-Kurzarbeitszeit im Betrieb essen zu gehen, damit nicht noch in der Küche abgebaut werden muß, und er sie somit für die zukünftigen Arbeitslosen schuldig stempelt, wo er selber bei den Entscheidungen, wer wann gehen soll, mithilft.

Die beiden IG-Metall-Bürokraten erklärten, daß sie unwahrscheinlich viel für die Rechte der Arbeiter kämpfen und deshalb Kompromisse mit dem Kapital schließen, um Fortschritte zu erzielen. Wie z. B. der Kompromiß, daß wir jetzt einer nach dem anderen auf Kurzarbeit Null geschickt werden, um dann, wenn keine Verbindung mehr zum Betrieb besteht, gefeuert zu werden. Was wird wohl bei ihren neuen Kompromissen herauskommen? Man darf mit Schrecken auf ihre nächsten „fortschrittlichen" Kompromisse blicken. Es wird langsam allerhöchste Zeit, daß die Arbeiter ihre soziale Macht erkennen und um sie kämpfen, indem sie die Betriebe besetzen, Arbeiterräte bilden und das Kapital zerschlagen. Sonst wird das Kapital für sie Arbeitsplätze am Golf schaffen, damit sie mithelfen, den grausamen Mord an den Kurden und Irakern durch die US/NATO-Imperialisten zu begehen, womit bereits begonnen wurde.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Buna, Leuna, Bitterfeld, Wolfen:
Treuhand organisiert Tod auf Raten!

Als zwischen Weihnachten und Neujahr die Kapitalisten die Karbidfabrik in Buna sprengten, flogen die Lügen und Versprechungen, mit denen man die Chemiearbeiter seit dem Anschluß ruhig halten wollte, mit in die Luft. In der Filmfabrik Wölfen sollen von 11 000 Kollegen nur 4500 weiterarbeiten, in Leuna 14500 von jetzt 27000, und von den 15 800 Buna-Werkern soll die Hälfte gehen. Für die Bosse eine „erfolgreiche Sanierung".

Jahrzehntelange stalinistische Mißwirtschaft trieb die Arbeiter in die Arme der CDU; dann lieferten die Stalinisten die DDR an die Imperialisten aus. Heute schieben sie den Arbeitern die Schuld zu, daß ihre Betriebe geschlossen werden. Die SPD schreit: Alles Schuld der Stalinisten! — und die PDS klatscht gehorsam mit. Nicht die Stalinisten führen diese Verwüstungen durch. *Diese* „alten Seilschaften" sind IG Farben, Deutsche Bank usw.

Zehntausende Arbeiter, konzentriert in Großbetrieben, sind eine enorme soziale Macht, die die Kapitalisten fürchten. Deshalb versucht die SPD alles, um diese Macht zu verzetteln. Zusammenhängende Betriebe werden in „GmbHs" zerstückelt und anschließend einzeln liquidiert. Kurzfristig brauchen die Bosse in Gebieten wie Sachsen-Anhalt nur einen kleinen Teil der Arbeiterklasse als Wanderarbeiter — um die Löhne und Rechte unserer Kollegen im Westen zu unterminieren. Gleichzeitig spielen sie deutsche gegen eingewanderte Arbeiter, alt gegen jung, Männer gegen Frauen aus. Allein bei Buna arbeiten 6200 Frauen, davon ca. 40 Prozent in Schichten; für sie ist das drohende Nachtarbeitsverbot das Aus. Laßt das nicht zu! Kein Zurück zu Kinder, Küche, Kirche! Weg mit dem Nachtschichtverbot! Kostenlose qualifizierte Krippen und Kindergärten! Verteidigt die Rechte eingewanderter Arbeiter in Ost und West!

Buna und Leuna, Bitterfeld, Wölfen brauchen gemeinsame Streikkomitees mit Delegierten aus allen Abteilungen, gewählt von *Versammlungen der Arbeiter* (das heißt: *ohne* die Vertreter der Bosse!). Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen!.

Den Grünen ist es egal, wenn die Existenz Hunderttausender Arbeiter draufgeht. Graffiti in Halle vor dem Büro der Grünen fragten: „Sollen unsere Kinder grüne Feigenblätter essen? Kali bleibt!" Die „Investition", die die CDU meint, benannte ein Arbeiter auf einer Kundgebung in Wölfen: „Würstelstände und Taxifahrer!"

Von der ostdeutschen Chemieindustrie kommen Zwischenprodukte, z. B. für Düngemittel, die *weltweit* notwendig sind. Die Modernisierung und die Sanierung der Umwelt heißt riesige Strukturinvestition. Dies würde Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen. Die Kapitalisten werden das nie machen, weil es keine schnelle D-Mark bringt. Um solche Programme durchzuführen, brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterregierung, basierend auf gewählten Arbeiterräten — und nicht nur in Deutschland!

Grüße der Spartakusowska Grupa Polski

Wir drucken hier die Grüße unserer polnischen Genossen an die „Drei-L"-Kundgebung, die am 13. Januar in Berlin verlesen wurden.

Genossen, wieder sind wir mit einem imperialistischen Krieg konfrontiert, wieder bestätigt sich, was Rosa Luxemburg schrieb über Sozialismus oder Barbarei. Wir wissen, daß für das Proletariat überall der Hauptfeind im eigenen Land steht. Und wir wissen, daß die einzige Lösung die sozialistische Weltrevolution ist. Wir kämpfen für die Wiederschaffung einer internationalen revolutionären Partei, der Partei von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Wir grüßen alle Teilnehmer der Kundgebung für die „Drei L" und wünschen euch eine erfolgreiche Arbeit.

US/UN-Blockade bei Siemens

Berlin, Montag morgen am 21. Januar, 5 Uhr, U-Bahn Richtung Spandau: Ungewohnte Mitfahrer ab Mehringdamm. Junge bewegte Gesichter, rege Diskussion über den Krieg im Irak. Hoch erfreut, daß diese Jugendlichen offensichtlich dabei waren, die Arbeiterklasse zu entdekken, frage ich den jungen Mann neben mir, was denn heute los ist. Hat er etwa einen Streikaufruf? Nein, sie machen eine Blockade bei Siemens.

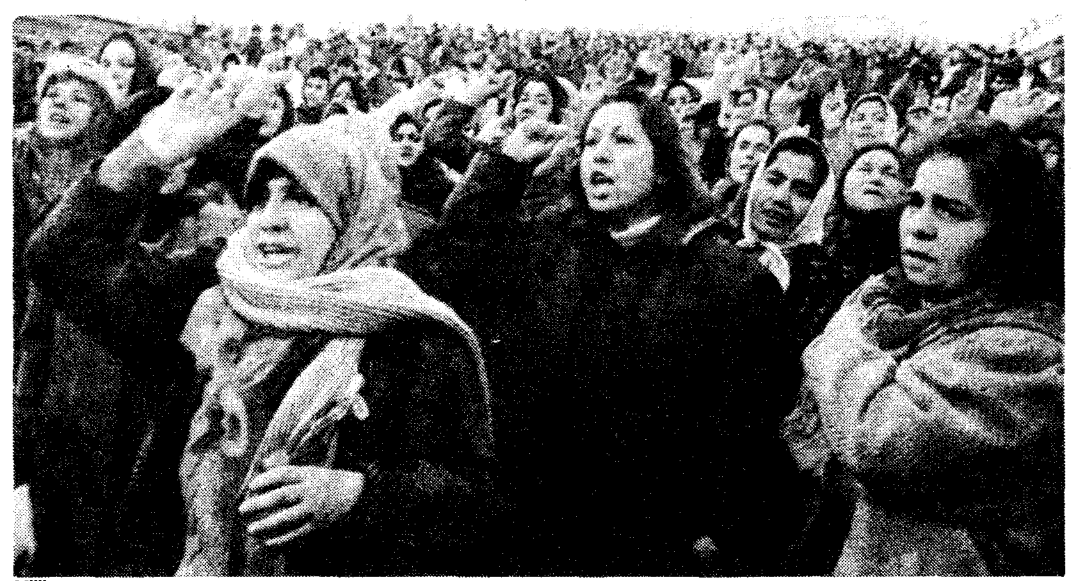
Um 6 Uhr war die Blockade noch in vollem Gange, einige Hundert Jugendliche waren vor dem Betriebstor versammelt. Ging es hier um Antiimperialismus? Ging es etwa darum, Waffenlieferungen an die USA und NATO zu verhindern? Keinesfalls! Der belagerte Irak vor allem sollte keine Waffen erhalten. Aber genau das wollen die Imperialisten auch! Wie in den „Fünf-Minuten"-Aufrufen des DGB soll die massive Opposition der Arbeiterklasse gegen den Krieg in proimperialistische Aktionen gegen den „Gegner" Irak umgelenkt werden.

Die Herausgeber eines Flugblatts, Arbeiter und Arbeiterinnen von Berliner Betrieben, wiesen auf das Leiden des kurdischen und des irakischen Volkes hin, „das jahrelang unter dem Terrorregime Saddam Husseins gelitten hat und nun von den Bombenteppichen amerikanischer B-52 eingedeckt wird". Die Botschaft ist „autonom": weder der imperialistische Angriff *noch das semikoloniale Land Irak* werden verteidigt. Die wirklichen Verbrechen Husseins gegen irakische Kommunisten und gegen Kurden werden hier zum schäbigen Vorwand für ihre Weigerung, den Irak gegen Bush und NATO zu verteidigen. Für die Massen im Irak ist es nicht egal, ob sie außer gegen die Klassenunterdrückung Husseins auch noch gegen imperialistische Unterjochung kämpfen müssen. Sie werden nicht vergessen, daß dies für Autonome und andere Linke im europäischen Herzland der NATO „Jacke wie Hose" war.

Die Arbeiter, darunter viele türkische Frauen, standen gezwungenermaßen hinter den Blockierern und warteten ab, eingekesselt von mehreren Hundertschaften Bullen. Als hilflose Zuschauer sollten sie den Veranstaltern dienen, nicht als Machtfaktor mit eigenen Klasseninteressen. Ja — die Arbeiterklasse hat allerdings etwas mit der Schaffung von Frieden zu tun! Nicht als gelegentliche Knetmasse, wie es das Konzept der alternativen bzw. autonomen Pazifisten ist, nicht als Wahlstimmen für die SPD-Aristokraten, sondern als die Kraft, die an den Hebeln dieser Gesellschaft organisiert ist und die imperialistischen Kriegsmacher durch sozialistische Revolution stürzen kann!"«

Das schwache Glied in der imperialistischen Kriegskoalition

Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!



Milliyet

Arbeiterinnen in der Türkei demonstrieren in Solidarität mit dem heroischen Bergarbeiterstreik

Amerikanische F-15-Kampfbomber, die mit ihrer tödlichen Bombenlast abheben, lassen täglich den Erdboden um den Lüftwaffenstützpunkt Ingirlik in der Türkei erbeben. Doch was diesen Frontstaat der NATO sogar noch mehr erschüttert, ist das *Aufflammen* des Kampfes der Arbeiterklasse und des Protestes gegen den Krieg. Am 3. Januar traten zwei Millionen Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik, der alle größeren Städte dichtmachte. Am nächsten Tag begannen streikende Bergarbeiter aus der Schwarzmeerstadt Zonguldak und ihre Unterstützer mit einem Marsch auf die Hauptstadt Ankara.

Die gegenwärtige Streikwelle, die sich von Zonguldaks Bergwerken auf die Metallarbeiter des Privatsektors und die Textil- und Papierindustrie ausbreitete, ist die größte seit der Zeit vor dem Militärputsch 1980. Der Londoner *Independent* (7. Januar) bemerkte: „Besonders besorgniserregend für die Regierung ist die Art und Weise, wie sich die Arbeiterproteste immer mehr mit der Antikriegsstimmung vermischen."

Özals Entscheidung, das Land in einen Flugzeugträger für Washingtons Krieg gegen den Irak zu verwandeln, ist allgemein unpopulär, sogar bei den höchsten Rängen des Militärs. Letzten Monat trat der Armeechef zurück. Die Explosion des breit unterstützten Klassenkampfes gegen das Unterdrückerregime von Turgut Özal droht Washingtons brüchige Kriegs„koalition" gegen den Irak zu durchlöchern und eine Welle von sozialen Kämpfen in der ganzen Region auszulösen.

Am 28. Januar wurden in der Türkei alle Streiks für die nächsten 60 Tage verboten. Einen Tag später gab die Bundesregierung bekannt, daß weitere 600 Bundeswehr-Soldaten mit Luftabwehrsystemen nach Erhac und Diyarbakir im kurdischen Gebiet an der Grenze zum Irak geschickt werden. Özal versucht, die kämpferischen türkischen und kurdischen Arbeiter zum Schweigen zu bringen, um der Bourgeoisie und ihrem deutschen NATO-Partner freie Hand zu geben beim Versuch, sich das ölreiche Gebiet um Kirkuk und Mosul unter den Nagel zu reißen.

Die deutschen Streitkräfte haben inzwischen etwa 1500 Mann an der südlichen Flanke des NATO-Gebiets. Während der Bundestag über den „Bündnisfall" debattiert, soll im März auch noch ein 900köpfiges Kontingent der Bundeswehr in das durch Guerillakämpfe und Dorfräumungen erschütterte türkische Kurdistan geschickt werden, um am Manöver der Schnellen Eingreiftruppe der NATO teilzunehmen. Schon 1987 stellte die Bundeswehr mit 1000 Mann das größte Kontingent am AMF-Manöver, wo der türkischen Armee Rückendeckung gegeben wurde, um gegen die kurdische Bevölkerung vorzugehen. Obwohl der Expansionsdrang des Vierten Reichs in Richtung Osteuropa und Sowjetunion geht, will es im imperialistischen Feldzug zur Neuaufteilung des Nahen Ostens seine dortige traditionelle Einflußsphäre nicht aus den Augen lassen.

„Die Arbeiter werden marschieren, Cankaya wird erbeben!"

Zehn Jahre mörderische Repression und brutale Austerität unter der bonapartistischen pro-NATO-Diktatur haben die Türkei zum Siedepunkt gebracht. An der Spitze der kämpferischen Arbeiterklasse steht der zwei Monate dauernde Streik der Kohlebergleute von Zonguldak (siehe „Heroischer Bergarbeiterstreik erschüttert Türkei", *Spartakist* Nr. 82, Januar 1991).

Doch die kriecherische Führung des Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is rief die Arbeiter dazu auf, zu Hause zu bleiben und ihre Macht nicht auf der Straße zu zeigen. Die Bergarbeiter von Zonguldak widersetzten sich den Türk-Iş-Führern und starteten ihren dramatischen Marsch auf die Hauptstadt und den Präsidentensitz bei Cankaya. Mit den Frauen in der vordersten Reihe brachen 60000 Bergarbeiter und Familien auf. Die Stadt hallte nach von Sprechchören wie: „Die Arbeiter werden marschieren, Cankaya wird erbeben!"

Arbeiter aus anderen Gebieten, die von den Bullen aus Zonguldak rausgehalten worden waren, warteten in

Fortgesetzt auf Seite 8

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Türkei...

Fortsetzung von Seite 7

nahegelegenen Dörfern darauf, daß .die Bergarbeiter vorbeikamen. Der Marsch schwoll bald auf über 100 000 an — eine Kolonne, die sich über acht Kilometer hinzog. „Nein zum Krieg", riefen sie, und: „Keine Kriege soll es geben, keine Menschen sollen sterben!" Als die Arbeiter an einem Gefängnis vorbeikamen, erhielten sie Beifall von Gefangenen, die in Sprechchören riefen: „Für Generalamnestie! Leert die Kerker!" Am 6. Januar konfrontierte die Poli/,ei die Marschierer mit Wasserwerfern und Planierraupen. Über 200 Bergarbeiter wurden von den Bullen verschleppt. Zwei Tage später, als sich die Konfrontation zwischen den kämpferischen Marschierern und dem Staat weiter verschärfte, fügte sich Semsi Denizer, der Führer der Bergarbeitergewerkschaft (Genel Maden-Is), dem Druck des Türk-Is und „suspendierte" den Marsch. Bergarbeiterfrauen brachen in Tränen aus, als die Marschierer in die Busse getrieben wurden, die sie zurück nach Zonguldak bringen sollten.

Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!

Die Verteidigung der Rechte der Arbeiter erfordert einen scharfen Bruch mit der Volksfrontpolitik. Die türkische Linke beherrscht dieses stalinistische Programm aus dem Effeff, von der Vereinigten Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei bis zu diversen „marxistisch-leninistischen" nationalistischen Guerillagruppen. Diejenigen Pseudolinken, die das reaktionäre Ozal-Regime als „faschistisch" abstempeln, tun dies deshalb, um die Tür zu einem Block mit der bürgerlich-„demokratischen" — oder sogar islamisch-fundamentalistischen — Opposition offenzuhalten. Und von Erdal Inönü von der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) bis zum altgedienten rechtsradikalen Schlachtroß Süleyman Demirel bieten die kapitalistischen Politiker eifrig ihre Dienste an, um den keimenden Arbeiteraufruhr abzuwenden.

An der Spitze ihres Marsches trugen die Bergarbeiter ein Porträt von Kemal Atatürk, dem bürgerlich-nationalistischen Modernisierer, der die türkische Republik gegründet hatte. Doch gerade Kemal zeigte, wie begrenzt bürgerliche Revolutionen in der imperialistischen Epoche sind. Als die nationale Bourgeoisie an die Macht kam, war sie unfähig, selbst die drängendsten demokratischen Aufgaben zu lösen, sei es die Agrarfrage, demokratische Rechte und besonders die Gleichheit für Frauen und Kurden, geschweige denn das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Und 70 Jahre später steht die Türkei unter der militärischen Fuchtel des US-Imperialismus, wird wirtschaftlich vom deutschen Imperialismus bestimmt und erstickt an religiösem Obskurantismus, während die türkische herrschende Klasse mit brutalsten Mitteln den über zehn Millionen Kurden ihre nationalen Rechte verweigert.

Die Türkei liefert ein krasses Beispiel für die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution, die durch die Russische Revolution bestätigt wurde. Nur unter der Führung einer wirklich bolschewistischen Partei kann das Proletariat die Bauern und alle Unterdrückten um sich scharen und dadurch die Macht erobern; nur so können die demokratischen und nationalen Aufgaben, vor denen dieses rückständige Land steht, gelöst werden.

Als Teil der Kriegsvorbereitungen wurde in den letzten Monaten die „Endlösung" für die Kurden vorbereitet und der Terror in Türkisch-Kurdistan dramatisch verschärft. Der Iran hat vor kurzem sieben kurdische Führer hingerichtet. Und Saddam Hussein hat versprochen, einen unabhängigen kurdischen Staat zu unterstützen ... auf türkischem und iranischem Boden!

Jetzt berichtet Celal Talibani, der Führer der Patriotischen Union Kurdistans, daß Tausende von kurdischen Rebellen, die in den Iran geflüchtet waren, „um vor der Unterdrückung durch Saddam Hussein zu fliehen", in den Irak zurückgekehrt sind, seit der US-Angriff begann. Talibani versprach: Die „türkische Armee wird nur über unsere Leichen in den Irak kommen", und fügte hinzu, daß sie es nicht zulassen würden, „wieder manipuliert zu werden und am Ende den Preis zu zahlen für die Abmachungen zwischen den Regionalmächten". Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) erklärt, daß die nationalen Rechte des kurdischen Volkes nur durchgesetzt werden können durch die sozialistische Revolution der Arbeiter in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mehrere Millionen türkische und kurdische Werktätige arbeiten an strategischer Stelle in den entscheidenden Industriezentren Westeuropas, deshalb wird ein revolutionärer proletarischer Kampf in der Türkei auf dem ganzen Kontinent Widerhall finden. Am Tag des Generalstreiks vom 3. Januar gab es Sympathieaktionen bei der türkischen und kurdischen Bevölkerungsgruppe sowohl in Deutschland als auch in Britannien. In Britannien griff die Polizei Streikposten im Londoner Bezirk Hackney an. Etwa 65 Leute wurden verhaftet, viele geschlagen und dazu gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie das Land verlassen, wenn sie ihren Gcrichtsprozeß verlieren. Die Spartacist League/Britain hat die Arbeiterbewegung dazu aufgerufen, sich für die Forderung einzusetzen: Weg mit den Anklagen, keine Abschiebungen!

In Deutschland verteilte die Spartakist-Arbeiterpartei ein türkischsprachiges Flugblatt zum Bergarbeiterstreik. In Berlin schlössen einige kurdische Linke unsere Genossen aus einer Solidaritätsdemonstration mit den Bergarbeitern von Zonguldak aus, weil die SpAD offen zur Verteidigung des Irak gegen den Imperialismus aufruft. Die IKL hat jahrelang gegen das blutige Regime von Saddam Hussein gekämpft, und wir warnen auch heute vor Illusionen, daß dieser baathistische Despot und frühere Verbündete der USA/NATO ein Retter des palästinensischen oder kurdischen Volkes sein könne. Doch heute ist es die elementare Pflicht von allen Gegnern des Imperialismus, zur Verteidigung des Irak gegen den blutigen imperialistischen Ansturm zu eilen.

Im Kampf gegen die Ausbeuter und Kriegstreiber — und in scharfer Opposition zu allen Parteien der Bourgeoisie — muß die türkische Arbeiterbewegung für das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung kämpfen. Jetzt, wo amerikanische Düsenjäger über den Irak donnern und eine imperialistische Armada den Persischen Golf gekapert hat, kann internationalistischer Klassenkampf der türkischen und kurdischen Arbeiter die Pläne der habgierigen US- und NATO-Imperialisten zunichte machen, eine „neue Weltordnung" zu errichten auf den Leichen der Werktätigen aus aller Welt.

Auf dem Kongreß der Völker des Ostens 1920, organisiert von der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, wurde die Kommunistische Partei der Türkei gegründet. Einer ihrer Gründer hatte aktiv am Spartakus-Aufstand in Berlin 1919 teilgenommen. Ein anderer war während der Oktoberrevolution in Petrograd. Heute gilt es mehr denn je, die revolutionäre internationalistische Partei gegen den deutschen Imperialismus und seinen türkischen Partner aufzubauen. Das ist das Ziel der IKL und der SpAD.«

Das blutige Regime des irakischen Herrschers

Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke



Kurdische Opfer des Giftgasangriffs im Irak 1988

Der Spiegel

Während das Weiße Haus das gewaltigste amerikanische Expeditionskorps seit dem Vietnamkrieg zusammengezogen hat, beteiligten sich die Spartacist League/U. S. und die anderen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) an Protestdemonstrationen unter unseren Bannern mit den Forderungen: „Brecht die Blockade des Irak! Für die Niederlage des US- und NATO-Imperialismus!" Wir stehen an der Seite des irakischen Volkes gegen diese imperialistische Aggression, die das Leben von Hunderttausenden kosten wird, um Bushs „Neue Weltordnung" zu errichten. Und wir stehen an der Seite der Werktätigen und Unterdrückten im Irak gegen ihren blutigen Herrscher Saddam Hussein und seine Baath-Partei, die noch bis vor kurzem von den USA und der BRD unterstützt wurden. Ganz besonders verurteilen wir das Abschlachten von Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei durch die baathistischen Nationalisten und den Krieg gegen die kurdische nationale Minderheit, durchgeführt mit der Hilfe Washingtons und Bonns.

Ein Pressebericht vor mehr als zehn Jahren beschreibt die gräßlichen Folterungen, die die Sicherheitspolizei unter Saddam Husseins Leitung verübte:

> „Gefangene werden z. B. mit Schläuchen geschlagen, mit brennenden Zigaretten traktiert, man gibt ihnen Elektroschocks, schlägt sie auf die Sexualorgane, den Magen und den Brustkorb, bis sie erbrechen; Gefangene werden aufgehängt, man steckt ihre Köpfe in Toilettenbecken, man zwingt sie zu entwürdigenden Taten; andere werden vor die Stadt gefahren und dann schießt man über ihre Köpfe hinweg, usw. Einige von denjenigen, die solche Behandlungen erleiden mußten, sind verstümmelt oder gelähmt. Andere sind zu Tode gefoltert worden." *(Le Monde,* 23. März 1979)

Heute kramen die imperialistischen Herrscher in westlichen Medien Schauergeschichten hervor über Babys in Krankenhäusern Kuwaits, denen lebenserhaltende Apparaturen weggerissen wurden, aber sie haben fast vollständig über die oben beschriebenen Folterungen geschwiegen. Denn die Tausenden von Männern und Frauen, die diese schrecklichen Leiden ertragen mußten, die vielen, die dabei gestorben sind, waren Kommunisten. Das Ziel dieser Repression war die Liquidierung der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP). Und bei die-



Kurdisches Heimatland wurde von Imperialisten zerstückelt. Heute ist es zwischen vier kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion aufgeteilt

sen grausigen Aktionen hatte Saddam Hussein die *Unterstützung* des Imperialismus.

In einem vor einiger Zeit erschienenen Artikel („Iraqi Rulers' Bloody Road to Power" [Der blutige Weg der irakischen Herrscher zur Macht], *Workers Vanguard*

Fortgesetzt auf Seite 20

Irak...

Fortsetzung von Seite 1

braucht kein *deutsches* Blut für Öl vergossen zu werden. Und am Tag nach Kriegsbeginn erklärte die PDS in einem Flugblatt: „24 Stunden sind genug". Nachdem Gysi und Modrow zusammen mit Gorbatschow die DDR verschenkt haben, appellieren jetzt die Sozialimperialisten der PDS an die „Vernunft" der Bourgeoisie von Auschwitz, während der Kreml die US-Kriegsmobilisierung am Golf direkt unterstützte. „Wäre Deutschland neutral, könnte die Regierung friedensvermittelnd wirken", sagte Gysi im Bundestag, während die PDS die Kohl-Regierung dabei anfeuert, „mit friedlichen Mitteln" im innerimperialistischen Kampf zur Neuaufteilung der Welt zu dominieren. Und zum Beweis ihrer Loyalität denunzierte die PDS den sowjetischen Militärangriff auf die konterrevolutionären Nationalisten im Baltikum.

Der DGB will die Massenopposition gegen den Massenmord am irakischen Volk in eine Demonstration für Sanktionen umwandeln, um die Bevölkerung Iraks auszuhungern und die Herrschaft des Emir von Kuwait wiederherzustellen. Nachdem der DGB jahrelang zu den Waffenlieferungen an den Irak geschwiegen hatte, solange sie dazu dienten, Kommunisten und Kurden zu ermorden, organisiert er jetzt Protestdemonstrationen, weil die Waffen diesmal gegen die imperialistischen „Alliierten" gerichtet sind.

Die IG-Metall-Bürokraten rufen immer mal wieder zu impotenten „fünf Schweigeminuten" auf. Jede Entschuldigung ist ihnen recht, um die Arbeiter zum Schweigen zu bringen! Es ist der Imperialismus, der den Faschismus, das Massenelend und den Krieg ausbrütet. Die deutsche Bourgeoisie hat schon damit angefangen, diesen Krieg für weitere Angriffe auf die Werktätigen zu benutzen. Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Vierte Reich, der im Osten mit dem machtvollen Reichsbahnerstreik und dem Poststreik schon begonnen hat, muß auf die Arbeiter im Westen ausgeweitet werden.

Die Werktätigen, einschließlich Immigranten, halten dieses Land am Laufen und haben die *Macht*, es zum völligen Stillstand zu bringen. Benutzt diese Macht *jetzt!* Von den Autofabriken im Süden bis zu den U-Bahn-Arbeitern in Hamburg beteiligten sich viele tausend Arbeiter an kurzen Arbeitsniederlegungen. Wir brauchen wirkliche Arbeiterstreiks gegen diesen kriminellen Krieg. Wir fordern die Hafenarbeiter und andere Transportarbeiter auf: Verweigert die Arbeit an allen Transporten von Munition und anderem Kriegsmaterial an die US-/NATO-Streitkräfte. Französische Hafenarbeiter haben sich schon geweigert, französische Truppen einzuschiffen.

Es ist unsere Pflicht, an der Seite der irakischen Bevölkerung zu stehen, die sich gegen den US- und NATO-Imperialismus verteidigt. Wir stehen an der Seite des palästinensischen Volkes, dem der Völkermord droht durch die rassistischen zionistischen Schlächter, die in Israel herrschen, und wir stehen an der Seite des kurdischen Volkes, dem der Völkermord droht durch die rassistischen Despoten in der Türkei, im Irak, in Syrien und im Iran.

Krieg kann die Mutter der Revolution sein. Die Werktätigen des Nahen Ostens, von Ankara und Tel Aviv bis Bagdad und Teheran, die Kurden und andere Minderheiten, müssen alle Scheichs, zionistischen Schlächter und alle Despoten zu Fall bringen, auch Saddam Hussein, und nicht nur die Despoten, die gerade die Zielscheibe der Imperialisten sind. Heute verlangen die streikenden türkischen Bergarbeiter „Nein zum Krieg!" und „Nieder mit der kriegstreiberischen Özal-Diktatur!", hinter der die Bundeswehr steht. Dies hat wiederum das strategische kurdische und türkische Proletariat hier inspiriert, das der Katalysator sein kann für die Entfesselung des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Vierte Reich. Zusammen mit unseren Genossen der Spartacist League/U.S, und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) sagen wir: „Für die Niederlage der US- und NATO-Imperialisten! — Verteidigt den Irak!"«

Antimilitarismus...

Fortsetzung von Seite 3

nuar auf dem Berliner Alexanderplatz solidarisierten sich palästinensische Araber mit den Losungen auf unserem Banner und verteidigten es. Sie verstanden, daß die Werktätigen und Unterdrückten bei diesem Konflikt eine *Seite* haben. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hat als einzige in dem jetzigen Krieg offen dazu aufgerufen, den Irak gegen den Imperialismus zu verteidigen. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus spielt es nicht die geringste Rolle, ob Kuwait — dieses Ölfeld, das von den Briten zum „Staat" erklärt worden ist — von dem Despoten Hussein oder von dem steinreichen Emirat kontrolliert wird. Aber ein Sieg des US-Imperialismus am Golf heißt nicht nur Massenmord an der irakischen Bevölkerung, die permanente Besetzung der Region durch imperialistische Kräfte und die Einsetzung eines Marionettenregimes des Pentagon, das zumindest so schrecklich wie Hussein wäre. Er würde die Kräfte der Reaktion auf der ganzen Welt und die innerimperialistischen Rivalitäten stärken, die unerbittlich auf den dritten Weltkrieg zutreiben. Wogegen eine weitere demütigende Niederlage der arroganten amerikanischen Kriegstreiber der Arbeiterklasse den Weg eröffnen würde, die blutigen Tyrannen der Region zu stürzen — die Scheichs und Generale, die zionistischen Schlächter und NATO-Marionetten wie Özal. Und sie würde den Klassenkampf der Arbeiter in Westeuropa und Amerika gegen die imperialistische Bourgeoisie verschärfen.

In seiner Broschüre „Sozialismus und Krieg" von 1915 argumentiert Lenin gegen die Lafontaines und Gysis zu seiner Zeit:

> „Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an [das zaristische] Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das ,gerechte' Kriege, ,Verteidigungskriege, *unabhängig* davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber — über die ,Groß'mächte — sympathisieren." (Hervorhebung im Original)

Als Lenin dies schrieb, wurde Marokko von dem Sultan Mulai Jussuf, Persien von dem Diktator Ephraim Khan und China von dem Kriegsherrn Yuan Shih-kai regiert — Herrscher, die genauso blutig und reaktionär waren wie Iraks Saddam Hussein.

In dieser Broschüre zog Lenin eine scharfe Trennungslinie zwischen dem „Pazifismus" der Pseudo„sozialisten", wie den deutschen Sozialdemokraten, die ihre eigene mörderische imperialistische Bourgeoisie unterstützten, und dem Pazifismus der Massen, „häufig der

Augenzeugenbericht aus Bagdad

Nachstehend drucken wir Auszüge eines Interviews mit Sa'id Dudin, dem Deutschland-Redakteur der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA, das am 27. Januar in Berlin stattfand. Dudin war gerade aus Bagdad zurückgekehrt, wo er die ersten Tage und Nächte des amerikanischen Bombardements verbracht hatte.

Spartakist: Du weißt, daß die Nachrichten über den Krieg im Irak, besonders in den Vereinigten Staaten, destilliert sind. Es ist sozusagen ein Videospiel-Bericht, daß alles chirurgische Schläge sind, daß es keine Zivilopfer in diesem Krieg gibt. Es ist also sehr dringend, diesen Lügen zu widersprechen, und ich möchte, daß du ein bißchen über deine eigene Erfahrung sprichst, was du selbst im Irak gesehen hast.

Dudin: Man kann genau das Gegenteil feststellen von dem, was hier im allgemeinen in den Medien behauptet wird. Die Verluste der irakischen Militärs sind minimal, sind absolut minimal verglichen mit den verheerenden Verlusten der Zivilbevölkerung. Am ersten Tag, als der Angriff begann, gingen die Amerikaner so weit, unmittelbar nach dem ersten Angriff zu behaupten, das gesamte irakische Luftabwehrsystem sei ausgeschaltet, und Fitzwater hat sogar Saddam Hussein geraten zu kapitulieren. Ich bin kein Militärexperte, aber jeder, der nachts die Intensität der irakischen Luftabwehr gesehen hat — Nacht für Nacht —, weiß, daß sie ungebrochen geblieben sind. Erst am fünften Tag mußten die Amerikaner ihr Scheitern zugestehen, die irakische Luftabwehr zu neutralisieren. Aber vorher begannen sie schon mit ihrem Massenmord am irakischen Volk.

Die amerikanischen Militärs erklärten das Scheitern ihrer Angriffe auf militärische Ziele in Bagdad mit der Tatsache, daß dort schlechtes Wetter herrscht. Das war für mich ein so primitiver Witz, und das erinnerte mich wirklich an die Auffassung der Nazigeneräle, daß die Ursache für ihre Niederlage im Zweiten Weltkrieg darin liegt, daß ein bißchen zu viel Schnee zwischen Berlin und Moskau auf dem Boden lag. Aber je offensichtlicher diese Lüge ist, je offensichtlicher wurde, daß man versucht, mit Massenmord einfach den Irak in die Knie zu zwingen, umso variationsreicher begannen die Erklärungsmodelle der Medien.

Was die Bevölkerung in Bagdad selbst angeht. Ich bin an einen Ort gegangen, der zerstört wurde. Es lagen Kinder da gleichen Alters, zwischen neun und elf Jahre alt nach meiner Einschätzung, und die hatten offensichtlich Malunterricht. Die Farbe an den Malblöcken war überhaupt nicht trocken. Und die lagen alle tot da — alle. Man hat mir gesagt, es waren 23 Kinder, ich habe selbst nur sieben gesehen. Als ich in die Außenbezirke kam, zum Teil waren die Opfer evakuiert, da war eine ältere Frau, so 70 Jahre alt, tot.

Und es ist so: Nachdem sie festgestellt haben, daß sie die militärische Abwehr nicht ausgeschaltet haben, begannen die Piloten von einer so großen Höhe zu bombardieren, daß sie ihre Ziele einfach nicht treffen können und nur die Zivilbevölkerung trafen. Man hat ja die Piloten an ihre Tatorte gebracht. Aber die Rassisten glaubten natürlich, daß die Irakis nur Propaganda machen, zum Beispiel auch bei dieser Babynahrungsfabrik, ja? Das ist Wahnsinn. Da sieht ein Journalist durch diese Kartonfetzen in dieser Fabrik, was da drauf steht, er macht Kriminalistik, obwohl für jeden Idiot feststand, das sind Arbeiter, die tot dalagen, daß das eine Babynahrungsfabrik ist.

Natürlich, die Amerikaner haben Prestigeobjekte angegriffen. Man hat gesagt, wir haben das Verteidigungsministerium zerstört. Ich bin zum Verteidigungsministerium gefahren, zu einem zerstörten Gebäude. Ein alter Mann, wahrscheinlich zwischen 50 und 55 Jahre alt, lag tot da. Ein Verwandter von ihm war total traurig und heulte und sagte, warum haben sie dieses Gebäude zerstört? Es war doch am 3. August vorigen Jahres evakuiert. Es war nur dieser Wächter da, es war kein Verteidigungsministerium. Aber hier meldet man, man hat das Verteidigungsministerium zerstört.

Ich meine, die Zahl der Opfer steigt von einer Minute zur anderen, die Zahl der Zivilbevölkerung. Die irakische Armee ist in Verteidigungslinien untergebracht, und die Angriffe werden wenig ausrichten. Das ist ja der Grund, warum die Amerikaner ihre Bodenoffensive — die war ja angekündigt für den zweiten Tag nach dem Luftangriff — nicht beginnen. Weil sie wissen, daß die Verluste der irakischen Militärs gering sind. Dieser Krieg, der wird gegen die irakische Zivilbevölkerung in erster Linie geführt, durch die Terrorangriffe wird man aber die Moral der irakischen Bevölkerung nicht brechen. Und schon jetzt kann man feststellen, daß ein Massenmord am irakischen Volk begangen wird.

Fortgesetzt auf Seite 18

Ausdruck dafür, daß Protest und Empörung aufkommen." Er erklärte, daß es die Pflicht von Revolutionären ist, „sich an jeder Bewegung und an jeder Demonstration, die auf diesem Boden erwächst, aufs leidenschaftlichste [zu] beteiligen, aber sie werden das Volk nicht betrügen ... Wer einen dauerhaften und demokratischen Frieden will, der muß für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen und die Bourgeoisie sein." Im Geiste von Lenin und Trotzki *kämpfen wir dafür, die Opposition gegen diesen räuberischen und barbarischen Krieg in einen Kampf zu verwandeln„ der das imperialistische System durch proletarischen Klassenkampf im eigenen Land stürzt. Der entscheidende Faktor dabei ist eine echte revolutionäre Führung: Schmiedet die Vierte Internationale wieder als die Weltpartei der sozialistischen Revolution.*

Wir sagen: „Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr". Doch solange es eine Wehrpflicht gibt, kann der Ausschluß der Frauen vom Gebrauch der Waffen nur Diskriminierung bedeuten. Denn bei jeder imperialistischen Mobilmachung werden sie als Krankenschwestern, in Waffenfabriken usw. eingesetzt. Wir verteidigen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure von der imperialistischen Armee gegen staatliche Repression, aber wir lehnen individuelle „Ohne-mich"-Kriegsdienstverweigerung und Desertion als machtlose pazifistische Geste ab. Die Grünen, die als erste mit Aufrufen zur Desertion bekannt wurden, vereinen gleichzeitig in ihren Reihen offene Unterstützer der US-geführten Invasion im Irak. Wo es eine imperialistische Armee mit allgemeiner Wehrpflicht gibt, ist es die Pflicht von Revolutionären, dorthin zu gehen, wo die Arbeiterjugend in Uniform ist, um die marxistische Weltanschauung so breit wie möglich bekanntzumachen. Wie Karl Liebknecht seine berühmte Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus" von 1907 abschließt: *„Wer die Jugend hat, hat die Armee."m*

Sowjetische Juden in Israel:

Schachfiguren für eine zionistische „Endlösung"

Die zionistischen Herrscher Israels bereiten seit Jahren die gewaltsame Vertreibung des palästinensischen Volkes aus der besetzten West Bank vor. Die Vorbereitungen sind jetzt im wesentlichen abgeschlossen. Nach drei Jahren palästinensischen Widerstands ist die öffentliche Meinung unter israelischen Juden immer stärker bösartig rassistisch geworden, die Hälfte unterstützt jetzt offen „Umsiedlungen" (Massenvertreibungen). Bushs Invasion im Persischen Golf und der Beginn des Krieges soll nun Feuerschutz geben für die blutigen Massenvertreibungen. Und der massive Anstieg von jüdischen Einwanderern aus der Sowjetunion hat Israel einen Vorwand gegeben, eine neue Kampagne für „Lebensraum" gegen das palästinensische Volk zu starten.

Dies ist die größte Einwanderungswelle, die der israelische Staat seit der Zeit kurz nach seiner Gründung 1948 erlebt. Bis zur Jahreswende waren 200000 sowjetische Juden nach Israel gekommen, wobei erwartet wird, daß in den nächsten zwölf Monaten doppelt so viele kommen werden. Aber während sie in Moskau vor dem israelischen Konsulat jeden Tag zu Hunderten Schlange stehen, stellen sie nach ihrer Ankunft in Israel fest, daß sie keine Arbeitsplätze und oftmals keine Wohnung haben. Die israelische Gesellschaft ist bis zum Zerreißen angespannt beim Versuch, die Einwanderer unterzubringen, aber die zionistischen Herrscher begrüßen sie als Kanonenfutter bei ihrem Feldzug, die Besetzten Gebiete von Arabern zu „säubern".



Arbeiterkampf

Zionisten demonstrieren für Völkermord mit Plakat „Schießt nicht auf Araber - Vertreibt sie aus Israel!"

Dem palästinensischen Volk droht ein mörderischer Angriff. Die Werktätigen und Unterdrückten der Welt müssen seine Verteidigung zu ihrer eigenen Sache machen. Die hebräischsprechenden Arbeiter Israels dürfen nicht zulassen, daß man sie zu Komplizen der völkermörderischen Pläne ihrer kapitalistischen Unterdrücker macht. Verteidigt das palästinensische Volk! Israel raus aus den Besetzten Gebieten!

Israels Ministerpräsident Jizchak Schamir versichert Washington und Moskau scheinheilig, daß in den Besetzten Gebieten keine neuen Siedlungen angelegt werden, um den Zustrom sowjetischer Juden unterzubringen. Aber wie immer haben die Zionisten „Fakten geschaffen", indem sie bestehende Siedlungen wie auch die Grenzen Jerusalems in den arabischen Teil jenseits der „grünen Grenze" (der Grenze vor 1967) ausgeweitet haben.

Alles bereit für den Völkermord

Die Zahl jüdischer „Siedler" in der besetzten West Bank hat gerade die 100000 überschritten. Sie werden nicht ohne Bürgerkrieg wieder gehen, und die zionistischen Herrscher haben ganz sicher nicht vor, sie rauszuwerfen. Schamir gelobt ausdrücklich, „das Land Israels von der See bis zum Jordan für zukünftige Generationen und für die Masseneinwanderungen zu behalten". Und während die Arbeitspartei (eine trotz ihres Namens durch und durch kapitalistische zionistische Partei) sich „friedlich" gibt und davon spricht, daß man Land gegen Frieden tauschen könne, ist sie der Architekt des Siedlungsprogramms in der West Bank und der Massenvertreibung der Araber Ende der 40er Jahre gewesen.

Die augenblickliche Regierung unter der Führung der Likud wird allgemein als die am weitesten rechts stehende in der Geschichte des Landes angesehen — wobei die Likud des ehemaligen Faschisten Schamir wahrscheinlich noch die „gemäßigste" der fünf Parteien im Kabinett ist. Die Ernennung von Ariel Scharon, dem faschistoiden Schlächter von Sabra und Schatila, zum Wohnungsbauminister (vergleichbar einem „Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete" des Dritten Reichs) ließ keine Zweifel offen über die Absichten der Regierung. Jetzt hat sie angekündigt, daß sie vorhat, in den nächsten 20 Jahren weitere 250 000 Juden in den Besetzten Gebieten anzusiedeln. Die Entscheidung, Palästinenser in den Besetzten Gebieten von der allgemeinen Verteilung von Gasmasken bei der Vorbereitung auf einen Krieg mit dem Irak auszuschließen, stellte klar, daß man sie ganz offiziell für „Untermenschen" hält.

Das provokative Massaker an Palästinensern in Jerusalems Al-Aksa-Moschee im letzten Oktober, das schlimmste zionistische Blutbad, das es jemals in der „Stadt des Friedens" gegeben hat, war ein blutiges Signal dafür, was die israelischen Herrscher vorhaben. Unmittelbar im Anschluß daran kündigte die Regierung Maßnahmen an, die sicherstellen sollen, daß es eine jüdische Mehrheit in den arabischen Gebieten gibt, die für „Großjerusalem" annektiert wurden. Tausende von sowjetischen Juden werden in diese Gebiete geschleust durch das verlockende Angebot von Wohnungen und niedrigen Hypotheken, die von der Regierung subventioniert werden.

Die Vertreibung der Palästinenser wird nicht nur durch den halboffiziellen Terror der faschistischen „Siedler"-Gruppen durchgesetzt, sondern auch durch die Heckenschützen der Armee, die jetzt den Befehl haben, auf

jeden Palästinenser zu schießen, der einen Stein in der Hand hat oder vermummt ist! Der Terror des israelischen Militärs während der drei Jahre der Intifada zielte besonders auf die Dezimierung einer Generation von Jugendlichen — rund 160 palästinensische Kinder unter 16 Jahren sind kaltblütig erschossen und mehr als 50 000 verwundet worden. Mittlerweile wird arabischen Gemeinden in der West Bank buchstäblich das Wasser abgedreht, indem die Israelis das Wasser des Jordan in jüdische Gebiete umleiten.

Im letzten Sommer stellte Israel Shahak, der prominente israelische Antizionist und Überlebende von Bergen-Belsen, fest, daß „nicht nur die große Mehrheit der herrschenden Rechtskoalition, sondern auch wichtige Vertreter der Arbeitspartei in ihrem Bestreben übereinstimmen, daß der jordanische Staat, so wie er im Augenblick besteht, von Israel zerschlagen werden sollte" *(Middle East International,* 3. August 1990). Viele, die die Linie „Jordanien ist Palästina" vertreten, stellte Shahak fest, haben vor, „diese Gelegenheit auszunutzen, um die Palästinenser der West Bank und des Gazastreifens dorthin zu .transferieren', während sie solche erzwungenen Massenvertreibungen als Repatriierung' in den neugeschaffenen ‚Palästinenserstaat' bemänteln".

Vor kurzem erklärte ein Mitglied von Schamirs Regierung, daß Jordaniens „König Hussein ein Satellit Iraks geworden ist und für Israel ein neues Sicherheitsproblem darstellt". Und wir wissen alle, wie die Israelis mit „Sicherheitsproblemen" umgehen!

Während die heroische palästinensische Intifada ganz offensichtlich eine Herausforderung für die Fähigkeit der Zionisten bedeutet, eine stabile Militärherrschaft aufrechtzuerhalten, hat sie zur gleichen Zeit dazu beigetragen, daß die israelischen Kapitalisten nicht mehr wie bisher auf palästinensische Arbeiter angewiesen sind. Hanna Siniora, eine Journalistin aus der West Bank, formulierte es so: „Die Intifada hat zu einer Trennung unserer Wirtschaften geführt, zu unserem Schaden." Die israelischen Kapitalisten versprechen sich von den sowjetischen Einwanderern, die überwiegend gut ausgebildet sind, daß sie die „Arbeit der Araber" machen, die selbst die unterprivilegierten und zutiefst verarmten sephardischen Juden nicht tun wollen. Ein Viertel der 120 000 palästinensischen Arbeiter aus den Besetzten Gebieten, die in Israel gearbeitet haben, sind schon durch sowjetische Juden ersetzt worden.

Simcha Dinitz von der Jewish Agency, die verantwortlich ist für die „Alija" (die Organisierung der Einwanderung), tönt: „Jede Arbeit, die Ahmed machen kann, kann Boris genauso machen." Die Histadrut, der korporatistische Gewerkschaftsbund des „Zionismus der Arbeiterbewegung", gegründet-auf dem alleinigen Prinzip von „Arbeit nur für Juden", verlangt jetzt, daß allen arbeitsfähigen Arbeitslosen unter 30 die Unterstützung gestrichen wird, wenn sie sich weigern, zum Bauarbeiter umgeschult zu werden, eine früher beinahe ausschließlich arabische Domäne.

Nur jedem vierten sowjetischen Einwanderer gelang es, Arbeit zu finden, Hunderte von Frauen sahen sich zur Prostitution gezwungen, von 3000 Wissenschaftlern, die im letzten Jahr angekommen sind, haben bis jetzt nur 160 Arbeit! Eine Immigrantin, seit kurzem im Land, deren Ehemann in Kiew ein Elektroingenieur gewesen war und der jetzt für DM 3,75 pro Stunde in einer Fabrik arbeitete (bis er rausgeschmissen wurde, weil er eine Lohnerhöhung verlangte), beklagte sich: „Wir fühlen uns nutzlos, ausgenutzt und elend."

Und anders als bei der früheren Einwanderungswelle aus der Sowjetunion Anfang der 70er Jahre sind es diesmal nicht Leute, die das orthodoxe Judentum wiederentdeckt haben, oder zionistische Fanatiker, sondern sie sind überwiegend das nichtreligiöse und assimilierte Produkt der sowjetischen Gesellschaft, wobei viele nichtjüdische Ehepartner haben. Nun sind sie in einer Theokratie gelandet, wo die religiöse Rechte zunehmend das Regiment führt. Das ultraorthodoxe israelische Oberrabbinat hat jetzt einen Rabbiner mit der Aufgabe nach Moskau geschickt, „zu entscheiden, wer ein Jude ist und wer nicht". Werden zukünftige männliche Immigranten sich ausziehen müssen, um zu zeigen, daß sie beschnitten sind, wie es die Nazis mit denjenigen machten, die von ihnen verdächtigt wurden, Juden zu sein? Und was werden die Rabbis von Frauen verlangen als Beweis dafür, daß sie jüdisch sind?



Der Spiegel

Pamjat in Moskau: Perestroika bringt den antisemitischen Dreck des Zarismus mit sich

Die Russische Revolution emanzipierte die Juden

Es ist eine schreckliche Ironie der Geschichte, daß die größte Konzentration von jüdischen Überlebenden von Hitlers „Endlösung" in Europa Schachfiguren werden sollen für diese zionistische „Endlösung". Die bolschewistische Revolution von 1917 war ein Leuchtfeuer der Emanzipation für die entrechteten Juden Osteuropas. Russische Juden kämpften hervorragend im Bürgerkrieg gegen die weißen Konterrevolutionäre und übernahmen führende Positionen in der bolschewistischen Regierung. Im Zweiten Weltkrieg spielten Juden eine mutige und herausragende Rolle in der Roten Armee, besonders in den sowjetischen und mit der Sowjetunion verbündeten Partisaneneinheiten, denen es gelang, zehn Prozent der Wehrmacht an der russischen Front zu binden und den deutschen Nachschub und Transport empfindlich zu stören (siehe Reuben Ainsztein, *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe* [Der jüdische Widerstand im von den Nazis besetzten Osteuropa], 1974).

Es ist ein einzigartiges Verbrechen der stalinistischen Bürokratie, daß ein erheblicher Teil dieses wertvollen Bestandteils der multinationalen Gesellschaft der Sowjetunion nun dazu getrieben wird, in die zionistische Todesfalle zu emigrieren. Dies wird die Zukunft der sowjetischen Wirtschaft stark beeinträchtigen: mehr als 53 Prozent der Immigranten kommen aus akademischen Berufen, 13 Prozent sind entweder Wissenschaftler oder Ingenieure.

Fortgesetzt auf Seite 14

Sowjetische Juden...

Fortsetzung von Seite 13

Obwohl Antisemitismus im stalinistischen Rußland zumindest seit den 30er Jahren weit verbreitet war, blieb er reguliert und eher im Untergrund. Aber Gorbatschows marktorientierte Perestrojka hat die rückständigsten Auswüchse des alten Zarismus wieder an die Oberfläche gebracht. Und Gorbatschow hat die Welle des Antisemitismus dadurch ermutigt, daß er den notorischen Antisemiten und Konterrevolutionär Walentin Rasputin in seinen Beraterkreis eingeladen hat, der die Juden in einem Atemzug als die „Mörder Christi" und als die Führer der bolschewistischen Revolution denunziert!

Die für ihre Pogrome berüchtigten Schwarzen Hundertschaften sind unter dem Namen Pamjat zurückgekommen. Ein älterer Jude in Tschernowzy mußte erleben, daß eine Bande in sein Haus einbrach und ihm den Bauch mit einem heißen Bügeleisen verbrannte. Einer Familie in Moskau wurde ihre Wohnung niedergebrannt, wobei eine 33jährige Frau umgebracht wurde; es wurde ein Zettel hinterlassen, auf dem stand: „Juden sollen sterben!" Die Pamjat-Faschisten werden geschützt von und überlappen mit erheblich breiteren Schichten von großrussischen Chauvinisten außerhalb und innerhalb der herrschenden Bürokratie, einschließlich in mittleren und oberen Schichten des Militärs. Der Herausgeber einer offiziellen Militärzeitung, der neulich in der *New York Times* interviewt wurde, erklärte stolz, daß er plane, Auszüge aus den „Protokollen der Weisen von Zion" abzudrucken, diese abgestandene antisemitische Fälschung, fabriziert von der zaristischen Geheimpolizei, um antisemitische Pogrome gegen die Revolution von 1905 anzufachen.

Auf der anderen Seite scheint das Ausmaß der Hysterie und der Furcht, die Hundertausende von Juden zur Flucht aus ihrer Heimat gebracht hat, die sich bis vor kurzem als loyale und patriotische Mitglieder der sowjetischen Gesellschaft angesehen haben, wenigstens teilweise künstlich geschaffen worden zu sein. Anfang letzten Jahres gab es weitverbreitete Gerüchte in der Sowjetunion, daß es am 5. Mai massive Pogrome geben werde. Die Androhung von Pogromen war ein Schlüsselfaktor für das Anschwellen der Auswanderung im großen Stil, aber letzten Endes passierte nichts. Ein Artikel aus Odessa in der *New York Times* vom 3. März 1990 berichtete: „Einige Juden klagen sogar andere Juden an, den augenblicklichen Gerüchten über Pogrome Nahrung zu geben, um den Exodus zu rechtfertigen."

Der israelische Linke Michel Warschawski, der jüngst eine Strafe absitzen mußte für die Veröffentlichung propalästinensischer Literatur, stellte fest: „Die israelischen Emissäre in der Sowjetunion — und ebenso die israelischen Propagandamedien, die sich an die Juden der Sowjetunion wenden — tun alles, was in ihrer Macht steht, um die Bedeutung des Phänomens von sowjetischem Antijudaismus aufzublähen und unter den sowjetischen Juden eine Massenpsychose zu schaffen" *(Against the Current* [Gegen die Strömung], Juli/August 1990). Man muß sich nur daran erinnern, wie der Geheimdienst Mossad in den 50er Jahren dadurch zur letzten größeren „Alija" (Einwanderungswelle) der sephardischen Juden des Nahen Ostens nach Israel beigetragen hat, daß er neben anderen Verbrechen einen Bombenanschlag auf die mit Gläubigen überfüllte Synagoge von Bagdad verübte.

Aber im großen und ganzen ist es nicht der Antisemitismus, nicht einmal die Furcht vor Pogromen, was zur gegenwärtigen Auswanderungswelle sowjetischer Juden führt. Sie gehen ganz einfach, weil sie weggehen *können* und etwas haben, wo sie hingehen können, während das Leben in der Sowjetunion immer unerträglicher wird und die Wirtschaft zusammenbricht. In ihrer großen Mehrzahl würden sie viel lieber in die Vereinigten Staaten auswandern, so wie sie es getan haben, bis Israel einen Deal mit Washington und Moskau geschlossen hat, der die sowjetischen Juden nach Tel Aviv umleitet.

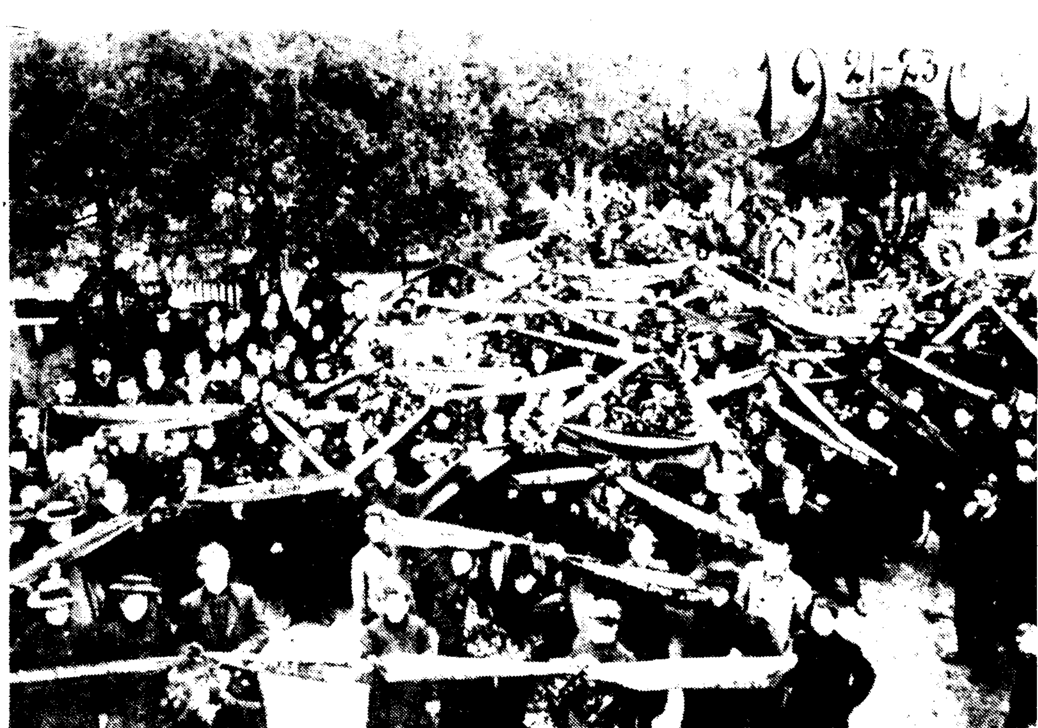
Als Ergebnis dieses Arrangements ist es sowjetischen Juden nicht nur verboten, beim Transit ein anderes Ziel als Israel zu wählen, sondern man zwingt ihnen *automatisch* die israelische Staatsbürgerschaft auf, sobald sie den sowjetischen Luftraum verlassen. Sind sie erst in Tel Aviv gelandet, finden sie heraus, daß sie wirklich „Gefangene Zions" sind, gezwungen, fünf Jahre im zionistischen Staat zu bleiben, es sei denn, sie können das Geld aufbringen (rund DM 9000 pro Kopf), um die Ausgaben für ihre Reise und Ansiedlung „zurückzuzahlen".

Daß die meisten Juden aus der Sowjetunion überallhin sonst gehen würden, nur nicht nach Israel, zeigt sich an der Zahl der Einwanderer nach Deutschland. Die deutsche Regierung drohte der Welle von Flüchtlingen einen Riegel vorzuschieben, indem sie nur 1000 pro Jahr zulassen wollte, aber der Aufruhr, der darauf folgte (Juden die Einreise zu verweigern, wäre keine gute Werbung für das neue „demokratische" vereinigte Vaterland gewesen), zwang Bonn, seine Pläne zurückzuziehen. Sobald diese skandalösen Pläne für einen Judenstopp ans Licht kamen, organisierte die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands am 19. September in Berlin einen Protest mit der Forderung: „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!" Dieser einzige Protest gegen Antisemitismus in Deutschland, den es international gab, wurde auf einer Doppelseite in *Israel Scene* (Dezember 1990), dem Monatsmagazin der *Jerusalem Post,* veröffentlicht.

In der Tat ist es der Zionismus, der mit einheimischem Antisemitismus Hand in Hand gearbeitet hat, wie Jizchak Schamir sehr gut weiß. Während er einer ihrer zentralen Führer war, hat die faschistische Terrororganisation Lehi (die „Stern-Bande") versucht, mit Hitlers „Neuer Ordnung" ein Abkommen auf der Basis zu treffen, daß es für Juden keinen Platz in Deutschland gibt, wobei sie vertraten: „Eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den Zielen der Neuen Ordnung in Europa ist möglich zwischen dem deutschen Herangehen und den wahren nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes."

Heute legen die Zionisten eine ähnliche „Gemeinsamkeit der Interessen" mit Pamjat und ihresgleichen an den Tag, wie es ein Rundbrief des United Jewish Appeal [Vereinigter Jüdischer Appell] klarmachte: „Im Augenblick drohen neofaschistische Organisationen wie Pamjat damit, Pogrome zu verüben, wenn die Juden nicht die Sowjetunion verlassen. ABER DIE AUSWANDERUNG IST GENAU DAS, WAS SOWJETISCHE JUDEN WOLLEN."

Während wir das Recht auf Auswanderung sowjetischer Bürger verteidigen, warnen wir die sowjetischen Juden, daß man sie dazu ausnutzen will, als Sturmtruppen für den Völkermord gegen die Araber zu dienen. Sie werden auf die Gräber ihrer Eltern und Großeltern spucken, die gekämpft haben, um die Bedrohung durch Hitler zu besiegen. Eine Bewohnerin Jerusalems deutschjüdischer Abstammung erinnerte sich schmerzlich an die Pogromnacht 1938, als sie Zeugin der Demonstration anläßlich Kahanes Beerdigung wurde, wo verrückte Gewalttäter schrien: „Tod allen Arabern!", und: „Tod allen linken Juden, die Araber lieben!" Ein Soldat, dessen Kompanie den Befehl hatte, in arabische Häuser einzubrechen und die Dorfbewohner mitten in der Nacht zusammenzuschlagen und auf die Straße zu zerren, sagte:



Vilnius, Polen, 1905: Proletarisch-internationalistische Demonstration polnischer und russischer Sozialdemokraten und des jüdischen Bundes ehren Pogrom-Opfer. Gemeinsamer Klassenkampf palästinensischer und hebräischer Arbeiter könnte den zionistischen Staat von innen sprengen

YIVO Institute

„Ich schwöre, in dieser Nacht sah ich wieder die Nazis."

Es wäre für die sowjetischen Juden viel besser, in ihrem Heimatland zu bleiben und am Kampf für die Wiederbelebung der internationalistischen Wurzeln der Oktoberrevolution teilzunehmen und dabei mit dem multinationalen sowjetischen Proletariat in einer politischen Revolution die kollektivierten Eigentumsformen zu verteidigen. Die sowjetischen Arbeiter müssen die Pamjat-Faschisten von den Straßen fegen beim Kampf gegen alle Geschwüre von großrussischem oder anderem Nationalismus!

Für Arbeiterrevolution, um die zionistischen Schlächter davonzujagen!

Die israelische Wirtschaft mit ihrer schmalen Basis ist ganz einfach unfähig, reibungslos Hunderttausende von neuen Immigranten aufzunehmen. Allein die finanziellen Kosten werden in den nächsten Jahren zig Milliarden Dollar betragen. Schon jetzt hat die herrschende Klasse Israels den Arbeitern gleichzeitig einen Lohnstopp und Steuererhöhungen aufgezwungen, um die Einwanderungswelle zu finanzieren, was zu zahlreichen Streiks geführt hat, einschließlich einer zweiwöchigen Stillegung des Einwanderungsministeriums. In der Vergangenheit haben die zionistischen Herrscher sich immer darauf verlassen, daß ihre amerikanischen Vettern ihre Zeche bezahlen. Aber während der texanische Ölmillionär Bush sehr wohl bereit ist, mit Israel zusammenzuarbeiten, damit sowjetische Juden von den USA ferngehalten werden, ist er nicht gerade glücklich über die überhebliche Schnorrermentalität seiner israelischen Schützlinge.

Das palästinensische arabische Volk, gut ausgebildet, kosmopolitisch eingestellt und in seiner Diaspora im ganzen Nahen Osten und in Europa und Nordamerika verstreut, spielt eine Schlüsselrolle bei der Sprengung des zionistischen Kasernenstaats von innen und beim Brechen des nationalistischen Würgegriffs über die Region. Unter einer internationalistischen Führung können sie eine führende Rolle spielen bei der Vereinigung der arabischen Arbeiter und Bauern und nationalen Minderheiten im revolutionären Klassenkampf und können die hebräischen Arbeiter aufrufen, von ihren verrückten expansionistischen Herrschern zu brechen.

Unglücklicherweise werden die Palästinenser in ihrer Verzweiflung dazu getrieben, im Despoten Saddam Hussein einen potentiellen Retter zu sehen. Frustriert über die bankrotten Appelle der nationalistischen PLO an die westlichen Imperialisten wenden sich viele von ihnen dem reaktionären Fundamentalismus zu, der großen Zulauf bei den moslemischen Massen des Nahen Ostens hat. Und durch Washingtons Invasion im Persischen Golf sind viele palästinensische Arbeiter aus ihrer strategischen Rolle als Arbeiter auf den Ölfeldern vertrieben worden.

Aber während der Krieg mit dem Irak den israelischen Herrschern als das erhoffte Instrument für eine „Endlösung" dient, so kann er auch soziale Eruptionen im ganzen Nahen Osten hervorrufen. Und wenn auch der Großteil der israelischen Bevölkerung im Augenblick unter dem Einfluß der rassistischen Reaktion steht, so bleibt Israel doch eine Klassengesellschaft und ist alles andere als stabil. Der Zustrom sowjetischer Einwanderer hat weitere Risse in der israelischen Gesellschaft hervorgebracht, wobei besonders die unterdrückten sephardischen Juden feststellen müssen, daß sie auf der sozialen Leiter noch eine Stufe tiefer rutschen.

Aber die sephardischen Juden bilden heute den Zulauf für die Parteien der faschistischen extremen Rechten, denn sie sehen als ihre Hauptfeinde die Araber, die sogar noch unterdrückter sind als sie selbst. Es liegt sicherlich in ihrem sozialen und Klasseninteresse, sich mit den palästinensischen Arbeitern im Kampf gegen die israelischen kapitalistischen Unterdrücker zu vereinen. Und sollte sich ein allgemeiner Großbrand im Nahen Osten auf israelischen Boden ausweiten, könnte dies sehr wohl die scheinbare zionistische Geschlossenheit dieses zerbrechlichen Kasernenstaats aufbrechen, was die Möglichkeit für gemeinsamen Klassenkampf eröffnen würde.

Nötig ist eine trotzkistische Partei, die sich an alle Arbeiter und Unterdrückten richten kann auf der Basis ihrer gemeinsamen internationalistischen Interessen, die die nationalen Rechte sowohl des hebräischen als auch des palästinensischen Volkes im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens garantiert. Dies ist der einzige Weg zur Zerstörung der völkermörderischen zionistischen Kriegsmaschinerie. *Jetzt mehr denn je - Verteidigt das palästinensische Volk! Israel raus aus den Besetzen Gebieten!*

Nach Workers Vanguard *Nr. 518, 18. Januar*

Pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht:
Antisowjetische loyale Opposition der PDS

Nachfolgend drucken wir eine Polemik gegen die Gruppe Arbeitermacht/Workers Power ab, die zuerst in der Zeitung der Spartacist League/Britain, Workers Hammer *Nr. 118 (November/Dezember 1990) erschienen ist. Nicht überraschend ist Arbeitermacht sofort nach dem Schlag gegen die litauischen Sezessionisten in Vilnius, die als Schocktruppen für die Zerstückelung der UdSSR agieren, mit geiferndem Antisowjetismus herausgekommen. Der Hauptfeind dieser Sozialdemokraten im Trotzki-Pelz steht in Moskau, und sie stellen dabei selbst die Reaktionen Bonns in den Schatten. Die deutsche Bourgeoisie kann heute, wo immer noch 380000 sowjetische Soldaten in Deutschland stationiert sind, ihren Griff nach dem Baltikum* noch nicht *in solch offenen Parolen äußern wie Arbeitermacht, die „Nieder mit den blutigen Schlachtern von Wilna" schreien, und „Raus mit den sowjetischen Truppen jetzt". Wir fragen uns, ob Arbeitennacht-Mitglieder der PDS auch an der Menschenkette zwischen dem irakischen und sowjetischen Konsulat in Berlin teilgenommen haben, wo Republikaner-Faschisten „Rote Panzer raus" schrien.*

Die Gruppierung antisowjetischer, nach rechts driftender Zentristen um die Zeitung *Arbeitermacht,* das deutsche Organ der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRCI), ist in die PDS eingetreten und will dort eine „Trotzkistische Plattform" aufbauen. Diejenigen, die *Arbeitermacht* kennen, wissen, daß die LRCI die SED-PDS wütend niedermachte und daß sie nicht die kapitalistische Wiedervereinigung, sondern „Stalinismus" als die Hauptgefahr für die Werktätigen in der DDR ansah. Was hat sich also geändert? Offenbar hat die LRCI entschieden, daß die PDS den Rubikon der Sozialdemokratisierung überschritten hat.

Während der entscheidenden Monate vor der Volkskammerwahl am 18. März in der DDR, die den maßgeblichen Wahlsieg für die Kräfte, der kapitalistischen Wiedervereinigung mit sich brachte, ließ sich die Gruppe Arbeitermacht von keinem überbieten im Schreien nach dem Blut der „Stalinisten". Bei jedem entscheidenden Wendepunkt liefen sie den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution hinterher. Jetzt, wo Gysi die Bullen des bürgerlichen Staates in die Parteizentrale einlädt und seine eigenen Genossen ins Gefängnis werfen läßt, um die kriecherische Loyalität der PDS gegenüber der deutschen Bourgeoisie erneut unter Beweis zu stellen, will die Gruppe Arbeitermacht in..die PDS eintreten. Diese Zentristen möchten bei der von. der PDS zusammengezimmerten Volksfront mitkungeln, wo Gysi jetzt an die Grünen und andere appelliert, bei einer neuen „linken Alternative" mitzumachen.

Debatte der SpAD mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)

Lehren des Klassenkampfes 1919-1933

Sonntag, 17. Februar 1991, 14.00 Uhr
Linkstreff
Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65

Darüber hinaus befürwortet die LRCI *auch* eine Stimmabgabe für die SPD, das sozialdemokratische Trojanische Pferd der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR! In der November/Dezember-Ausgabe von *Class Struggle*, der Zeitschrift der Irish Workers Group (IWG, Bündnispartner von Workers Power), lesen wir, daß „die LRCI sich an die Seite von kämpferischen Arbeitern stellen wird, die in Deutschland auf die PDS und die SPD sehen, indem sie mit diesen Parteien gegen die kapitalistischen Parteien stimmen wird... Das heißt, national für die PDS zu stimmen und lokal für PDS-Kandidaten oder die SPD, wo es keinen PDS-Vertreter gibt".

In einer Polemik mit dem Titel „Trotzkismus gegen den stalinophilen Spartakismus" *(Arbeitermacht* Nr. 1, März 1990) fragte die LRCI: „Ist die SED-PDS reformierbar?" und antwortete mit einem vernehmlichen „Nein!" Hier prügelt die LRCI wütend auf einen Pappkameraden ein, denn die SpAD und ihre Vorgänger, die TLD und die Spartakist-Gruppen, hatten nicht die Position, zu versuchen, die SED-PDS zu reformieren. Tatsächlich klagt die LRCI uns dafür an, daß wir versuchen, die Tausenden von Kämpfern zu erreichen, die im Winter *1989/90* mit dem Stalinismus brechen und Kommunisten sein wollten, als die LRCI den Horden zujubelte, die unter der schwarzrotgoldenen Fahne das Stasi-Hauptquartier in Berlin stürmten.

So schreibt *Arbeitermacht* in ihrer Polemik: „Doch was sind die marxistischen Prinzipien, die bei einer taktischen Annäherung an eine reformistische, in diesem Fall stalinistische, Partei beachtet werden müssen? Erstens darf nicht verschwiegen werden, daß eine solche Partei nicht reformierbar ist... Nur wenn offen der Bruch mit der stalinistischen Partei propagiert wird, kann oppositionellen SED-Genossen und -Genossinnen eine konsequente revolutionäre Orientierung vermittelt werden."

Das Schlüsselwort hier ist „stalinistisch". Ist die heutige PDS eine reformistische Partei? Natürlich. Aber *Arbeitermacht* sagt jetzt, in ihrem „Aufruf für die Gründung einer Trotzkistischen Plattform": „Wir verstehen unsere Mitarbeit in der PDS als einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Krise der Linken" *(Arbeitermacht* Nr. 10, 20. Oktober 1990). Nach einem Aufruf zu einem Bruch mit der Partei und ihrer kriecherischen reformistischen Führung sucht man vergebens. Wie Gysi & Co. reden sie über die „Erneuerung" der PDS.

Die „rrrevolutionäre" Unnachgiebigkeit von *Arbeitermacht* gab es nur in der Periode, in der die SED-PDS unter schwerem Beschüß durch die Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien stand *und* der deformierte Arbeiterstaat DDR noch nicht zerstört war. Die antifaschistische Demonstration am 3. Januar 1989 in Treptow war der Wendepunkt, diese machtvolle prosowjetische Mobilisierung von 250000 Menschen hätte zum Ausgangspunkt von Arbeiterwiderstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung werden können. Deswegen hat die Bourgeoisie sie gehaßt, deswegen hat die PDS sich davon nachträglich distanziert.

Arbeitermacht hat behauptet, daß sie Treptow unterstützt hätten. Es wäre auch ihrem „linken" Image schlecht bekommen, die größte antifaschistische Demonstration in der deutschen Geschichte zu denunzieren. Aber die internationale Führung der LRCI erklärt, daß es möglich war, daß „der Staat Provokateure benutzt hat,

um das Vordringen der Republikaner in der DDR zu übertreiben" *(Trotskyist International* Nr. 5, Herbst 1990) — fast Wort für Wort das gleiche, was die reaktionäre Bildzeitung schrieb, die die Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Kriegstoten (der die Demonstration entgegentrat) als „Stasi-Trick" bezeichnete.

Die *Trotskyist International* schreibt weiter: „Es war wesentlich für Revolutionäre, für unabhängige Mobilisierungen der Arbeiterklasse aufzurufen, sowohl gegen die Faschisten wie gegen den Staat." Mit anderen Worten, die LRCI stand tatsächlich *gegen* die Einheitsfront mit der SED-PDS und für ein imaginäres „Drittes Lager", was nichts als eine „linke" Variante der bürgerlichen und sozialdemokratischen Schmutzkampagne gegen Treptow ist. Für die LRCI war der Hauptfeind die Stasi, nicht die Faschisten. Wie bankrott diese Position ist, liegt heute offen zutage, wo die brutalen Angriffe des faschistischen Abschaums gegen Linke, Immigranten und sowjetische Soldaten eskalieren.

Die PDS-Führung brach unter dem Druck der Kampagne gegen Treptow zusammen und schwörte allen derartigen Mobilisierungen ab. (Die auf „Linie England" fixierten Labour-Party-Linken von Workers Power begannen nicht zufälligerweise im April, nach der elenden Kapitulation der PDS vor dem imperialistischen Ansturm zur kapitalistischen Wiedervereinigung, die PDS und die SPD dazu aufzurufen, „ihre Stimmen zu benutzen" als Opposition in der Volkskammer und dort „Gesetzgebung im Sinne der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung zu setzen".) Die Bühne war vorbereitet für Modrows Unterstützungserklärung für „Deutschland, einig Vaterjand" — ein historischer Verrat, der zusammen mit dem grünen Licht Gorbatschows für die kapitalistische Wiedervereinigung den Zusammenbruch des deformierten Arbeiterstaates DDR beschleunigte.

Keine dieser Kapitulationen wird in dem „Aufruf für die Gründung einer Trotzkistischen Plattform" auch nur erwähnt! Und *Arbeitermacht* geht hier nicht einfach nach dem Motto „take it easy with Gysi" vor, sie haben sich *nie* eindeutig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gewandt. Der Artikel in der *Trotskyist International* Nr. 5 läuft auf *Unterstützung* für die deutsche Wiedervereinigung hinaus: Treptow „diente auch dazu, die Linke in ihrer Ansicht zu bestätigen, daß Unterstützung der nationalen Einigung der Unterstützung des Nazismus, eines Vierten Reichs, gleichkam. Diese sektiererische Haltung führte zur Vertiefung des Abgrunds, der bereits zwischen der Massenbewegung und der Linken existierte."

Vermutlich versteht die LRCI unter „Massenbewegung" die Orgien des deutschen Nationalismus, die bei den Demonstrationen in Leipzig stattfanden. Sicher, die „nichtsektiererische" LRCI veröffentlichte im August ein „Aktionsprogramm", abgedruckt in der *Trotskyist International* Nr. 5, in dem sie jaulen: „Nein zu der *undemokratischen* Aufzwingung des Anschlusses" (unsere Hervorhebung). In der Tradition von Kautsky wollte die LRCI einen superdemokratischen Anschluß: „Für freie Wahlen ohne Beschränkungen zu einer gesamtdeutschen konstituierenden Versammlung".

Der dauernde Bezug auf „sowjetische Besatzungstruppen" in den Publikationen der LRCI (eine Sprache, die gewöhnlich von deutschen Faschisten benutzt wird) zeigt nicht nur ihren wütenden Antisowjetismus, sondern auch eine Kapitulation vor dem deutschen Nationalismus. *Arbeitermacht* erhebt dauernd die Forderung: „Fremde Truppen" raus aus Deutschland, wobei sie imperialistische Streitkräfte und die Rote Armee in die gleiche Ecke stellen. Der „Aufruf für die Gründung einer Trotzkistischen Plattform" schlägt sogar vor, daß die PDS eine Kampagne gegen die deutsche Mitgliedschaft in der NATO durchführen soll! Innerhalb wie außerhalb der NATO wäre der deutsche Imperialismus ein Teil des imperialistischen Bündnisses gegen die Sowjetunion. Die Stoßrichtung der Politik der LRCI ist die Verteidigung der „Selbstbestimmung" des deutschen Imperialismus — eine Linie, die sie mit Gysi und Modrow gemein haben.

Kein Wunder, daß die LRCI keine Erwähnung eines Vierten Reichs ertragen kann und mit Begriffen wie „Sektierer", „Karikatur" um sich wirft. Das Vierte Reich ist kein faschistisches Regime, aber seine Kontinuität mit dem Dritten Reich ist offensichtlich. Glaubt die LRCI wie der Reichskanzler Kohl an die „Gnade der späten Geburt" für den deutschen Imperialismus? In Österreich lief ihre Sektion der Sozialdemokratie hinterher, indem sie höflich den Rücktritt des Nazi-Kriegsverbrechers Waldheim forderte.

Die Bourgeoisie hat in ihrem neuen Reich die PDS ins Visier genommen und will sie zerstören. Als Möchtegern-Mitglied dieser Partei fühlt sich *Arbeitermacht* verpflichtet, der Verteidigung der PDS einen Lippendienst zu erweisen, sogar in einer Sprache, die aus dem *Spartakist* abgeschrieben sein könnte (und wahrscheinlich ist). Eine ganz schöne Veränderung für Leute, die dachten,

Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist-Schulungsreihe

Sozialismus und Krieg

- Für die Niederlage von USA und NATO-Imperialisten!
- Verteidigt den Irak!

Donnerstag, 7. Februar 1991, 18.00 Uhr

Das Vierte Reich will das Baltikum wieder „heim ins Reich" holen

- Nieder mit der kapitalistischen/imperialistischen Zerstückelung der UdSSR!
- Für eine sozialistische Sowjetföderation - Zurück zum Weg Lenins und Trotzkis!

Donnerstag, 21. Februar 1991, 18.00 Uhr

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Donnerstag, 7. März 1991, 18.00 Uhr

Alle Schulungen finden im Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz) statt,

Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 17

daß die antikommunistische „Anti-Stasi"-Hexenjagd nicht blutig, nicht gründlich genug war, die dazu aufforderten, „jeden dreckigen Bürokraten und Geheimpolizeiagenten an der Wurzel auszureißen und zu bestrafen, der den DDR-Arbeitern vierzig Jahre lang das Leben zur Hölle gemacht hat".

Obwohl das De-facto-Verbot der PDS im Frühjahr mit einem Gesetz begonnen wurde, das die Parteigelder unter Kontrolle von Treuhändern des Vierten Reichs stellte, interessierte sich *Arbeitermacht* so wenig für diesen Umstand, daß ihnen dies keine Erwähnung in ihrem „Aktionsprogramm" vom August wert war. Dagegen rief die SpAD sofort zu einer Einheitsfront-Verteidigung der PDS auf und sagte, daß eine Weigerung, die Bücher dem bürgerlichen Staat offenzulegen, eine Frage des Prinzips ist.

Am 19. Oktober überfielen die Bullen die PDS-Zentrale, nachdem ihr Schatzmeister versucht hatte zu verhindern, daß Parteigelder in die Hände des bürgerlichen Staates fallen. In einem Flugblatt rief *Arbeitermacht zur* Verteidigung der PDS auf — mit ihrer eigenen Version von „Einheitsfront": Die SPD sollte sich von Pätzold „distanzieren", dem Berliner SPD-Oberbullen, der den Überfall angeordnet hatte. Während Revolutionäre auf die Gefahr hinweisen, die der gesamten Arbeiterbewegung durch diese Razzia droht, und versuchen, die Gewerkschaften zu einer Einheitsfront-Verteidigung der PDS zu gewinnen, verschleiert *Arbeitermacht* die Tatsache, daß die gesamte SPD-Führung die treibende Kraft hinter der Enteignung der PDS ist, und daher ihr Aufruf an die SPD reiner Zynismus.

Arbeitermacht interessierte sich eher für die „undemokratischen Strukturen, die die Handlungen von Pohl und Langnitschke ermöglichten". Sie fordern die Kontrolle des PDS-Vermögens durch „demokratisch gewählte Vertreter der Arbeiter aus den Fabriken". Wenn sich also die „gesamte Klasse" entscheidet, SPD- oder CDU-Vertreter zu entsenden, um in den PDS-Büchern zu schnüffeln, ist das für *Arbeitermacht* in Ordnung! Die LRGI glaubt daran, daß die Vorsilbe „Arbeiter-" eine imperialistische Forderung in eine revolutionäre verwandelt — „Arbeiter-Sanktionen", „Arbeiter-Urabstimmungen" usw. Warum rufen sie nicht zu einer „Arbeiter"-Hexenjagd gegen die PDS auf?

Trotzki schrieb, daß „die historische Krise der Menschheit sich auf die Krise der revolutionären Führung reduziert". Die *Irreführer* der PDS haben wiederholt dem Kampf, Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich zu organisieren, einen Stoß in den Rücken versetzt. Aber das ist es, was die LRCI so anziehend findet! Der LRCI zeigen solche Betrügereien, daß die PDS „mit dem Stalinismus gebrochen hat". Das ist die entscheidende Frage für die LRCI, die den Sturz des Kapitalismus in der Folge der Zerschlagung des Dritten Reichs Hitlers durch die sowjetische Rote Armee für „konterrevolutionär" hält (ganz zu schweigen von der „reaktionären Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts").

Trotzki wies darauf hin, daß die sozialdemokratischen und stalinistischen Reformisten Verräter des Proletariats vom gleichen Schlage sind. Es gibt nur den Unterschied, daß die Stalinisten sich auf die Grundlagen der Oktobererrungenschaften stützten, die Staatsmacht des Proletariats. Die LRCI beweist, daß Stalinophobie im wesentlichen keine Opposition gegen den Stalinismus ist, sondern Opposition gegen die Diktatur des Proletariats an sich. Jetzt, wo die PDS nicht mehr an der Macht ist und die DDR zerstört, da kann auch die LRCI sie unterstützen.

Sie verdienen Gysi, aber die kämpferischen Mitglieder der PDS, die genug von der Bauchkriecherei haben, die gegen das Vierte Reich kämpfen wollen und für eine kommunistische Zukunft, sollten sich mit dem trotzkistischen Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auseinandersetzen.

Nach Workers Hammer *Nr. 118, November/Dezember 1990*

Augenzeugenbericht...

Fortsetzung von Seite 11

Spartakist: Gibt es andere Sachen, die du persönlich beschreiben kannst, die du persönlich gesehen hast, nicht nur der Krieg selbst, sondern auch die Blockade, weil das ein Teil des Krieges war?

Dudin: Was mich am meisten zutiefst beeindruckt hat, ist die Haltung der ganz normalen Menschen. Auf dem Weg zurück ins Hotel gegen 6 Uhr, 6 Uhr 30, traf ich Leute, und zwar immer mehr Leute. Und da haben wir Dutzende von Interviews gemacht, mit Frauen, Mädchen, Männern, Jugendlichen. Wir sagten, ihr wißt, daß doch hier der Krieg begonnen hat. Da sagten sie, wir gehen doch zur Arbeit. Der Bush will, daß unsere Wirtschaft zusammenbricht. Aber wirklich, mit dieser Selbstverständlichkeit, und die haben so eine Ausstrahlung.

Wir sind in die Teestuben gegangen, wo die Leute mit unglaublicher Gelassenheit saßen und ihre Wasserpfeife rauchten und sich darüber unterhielten, natürlich, was jetzt zu tun ist. Die Leute sagen: Wir haben mit den Engländern im Ersten Weltkrieg gekämpft gegen Deutschland und die Türkei für unsere Unabhängigkeit, und die Antwort war, daß England und Frankreich unser Land zerrissen haben. Die Multis, immer wenn sie eine Ölquelle gefunden hatten, suchten sie einen Scheich und schufen dort ein Emirat.

Spartakist: Unsere Losung ist für die Niederlage der US- und NATO-Imperialisten und verteidigt Irak. Es gibt die Forderung für eine Nahost-Friedenskonferenz, wo sich die Imperialisten zusammensetzen, die uns seit Jahren unterdrückt und geteilt haben und Massenmord veranstalten. Was hältst du davon?

Dudin: Ich halte von einem Anschluß des Nahen Ostens durch Artikel 23 des Grundgesetzes absolut nichts. Die Europäer begehen den Fehler, daß sie die Intelligenz anderer Völker etwas geringschätzen. Gehen wir zurück zum Golfkrieg. Die Art und Weise, diese gelungene Mischung von grenzenloser Ignoranz und Herrenmenschenmentalität war die Pressekonferenz von Fitzwater acht Stunden nach Angriffsbeginn. Er steht da, versucht zu lachen — sein Lachen sieht nach Plastik aus — und sagte: „So, der Job ist erledigt, jetzt muß der Irak kapitulieren", hoch bejubelt von seinen Hofberichterstattern. Es war für ihn eine historische Stunde, und es ist Wahnsinn, was diese Leute an Ignoranz demonstrieren, die vermarkten ihre Ignoranz als der Weisheil letzten Schluß.*

Halle
Veranstaltung zum Internationalen Frauentag
„Frauenbefreiung durch proletarische Revolution"
Sonnabend, 9. März, 16.00 Uhr
Halle, Comcenter, Leninalle 70, Raum 617

Wo der BSA herkommt

Healyisten erhielten Kopfgeld

Die antikommunistische Unterdrückung im Irak Ende der 70er Jahre wurde unglaublicherweise von einer Tendenz *unterstützt,* die sich als Trotzkisten verkleidet — Gerry Healys Internationalem Komitee (IK), das in den USA durch David Norths Workers League und in Deutschland durch den Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) vertreten wird. Den baathistischen Henkern stellten sie mit ihrer Erklärung ein Alibi aus: „Hier versucht Moskau ganz klar, in den irakischen Streitkräften Zellen aufzubauen, um das irakische Regime zu unterminieren. Es muß die Konsequenzen akzeptieren" *(Bulletin,* 16. März 1979). Die „Rechtfertigung" der Healyisten für das Massaker an den KPlern war, daß „die Arabische Baathistische Sozialistische Partei des Irak eine hundertfach fortschrittlichere Rolle im Mittleren Osten gespielt hat als der Stalinismus".

Die Spartakisten haben auf die Healy-Tendenz seit langem Lenins Redewendung „politische Banditen" angewandt. 1967 wurden die Healyisten zu Verfechtern einer mystischen „arabischen Revolution", ein Schlachtruf, um das Hinterherlaufen hinter arabischen nationalistischen Despoten zu rechtfertigen. Mitte der 70er Jahre hatten sie sich in eine Presseagentur für den libyschen starken Mann Gaddafi verwandelt, danach in schamlose Apologeten für den antikommunistischen Terror im Irak (siehe „Healyites: Kill a Commie for Quaddafi" [Healyisten: Töte einen Kommunisten für Gaddafi], *Workers Vanguard*


LETTER AND REPLY

THE IRAQ REVOLUTION AND STALINISM

Dear Editor,

This is a straight case of Moscow trying to set up cells in Iraqi armed forces for the purpose of undermining the regime. It must accept the consequences. It ill-behoves Mr. A. and the British

Bulletin

16. März 1979

Healys Gruppe wurde von Nahost-Regimes bezahlt. Zeitung der US-Schwesterorganisation des BSA

Nr. 230, 27. April 1979). Die Details dieser schmutzigen Affäre kamen 1985 ans Licht, nach der spektakulären Implosion des internationalen Healyismus. Healy & Co. bejubelten nicht nur die Ermordung der irakischen KPler, sie fotografierten auch Protestdemonstrationen in Britannien und händigten der irakischen Botschaft Bilder von irakischen Aktivisten aus, die dadurch denunziert wurden, was für sie Verhaftung, Folter und möglicherweise Tod bedeutete.

Wie war es einer Gruppe möglich, die behauptet, für Sozialismus zu stehen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Terror einer kapitalistischen Regierung zu unterstützen? Die Antwort kann man mit einem Wort zusammenfassen: Kopfgeld. Ein Bericht einer Kontrollkommission des IK vom 16. Dezember 1985 dokumentierte, wie ihr „Gründer-Führer" Healy und sein. Hofstaat, darunter die Schauspielerin Vanessa Redgrave, zwischen Libyen und verschiedenen Nahoststaaten hin- und hergeflogen sind — *darunter Irak und Kuwait!* —, um Unterstützungsgelder für ihre teure britische Tageszeitung zu suchen und zu kassieren. (Es sollte festgehalten werden, daß die Implosion des Healyismus nicht durch den Erhalt der Gelder verursacht wurde, sondern erst geschah, als das Geld zu Ende ging.) Die Kontrollkommission, war nicht in der Lage, das gesamte Geld zurückzuverfolgen, weil keine ernsthafte Buchhaltung geführt wurde, aber sie veröffentlichte die Beträge, die sie aufdecken konnte; sie stammten aus verschiedenen Ländern über einen Zeitraum von sieben Jahren, beginnend Mitte der 70er Jahre:

Libyen	£	542 267
Kuwait		156 500
Katar		50000
Abu Dhabi		25 000
PLO		19997
Irak		19697
unidentifizierte und andere Quellen		261702
Summe	£	1 075 163

Im Gegenzug für diese Großzügigkeit, mit der sie ihr Presse-Schaustück am Leben erhielten, füllten Healy & Co. dessen Seiten mit groteskem Minnegesang für eben diese arabischen Diktatoren. Aus der Zeit, als sie den Mord an den irakischen KPlern rechtfertigten, ist hier eine Probe von dem, was sie über die Behandlung der Kurden durch Saddam Hussein zu sagen hatten:

> „Die Irakis werden mit dem Märchen verleumdet, daß die Baathisten ‚Tausende erschossen' hätten und die kurdische Unabhängigkeit verweigerten...
>
> In einer Stellungnahme in [der healyistischen] *News Line* bewertete die Parteiführung kritisch die Anstrengungen der Baath-Partei zur Lösung der kurdischen Frage.
>
> Gleichzeitig verteidigte die [healyistische] WRP die Regierung des Irak gegen die CIA-organisierten Kräfte von General Barsani." *(Bulletin,* 20. April 1979)

Heute behauptet David North zynisch, daß er und andere von Healys loyalen Günstlingen und Speichelleckern nicht gewußt hätten, daß das „IK" gekauft war. Aber wir und andere hatten die Gönnerschaft Gaddafis für Healy jahrelang gebrandmarkt! Als die Fraktionskämpfe ausbrachen, die dem Sturz Healys folgten, schrieb außerdem der Führer der britischen WRP, Cliff Slaughter, einen Brief (14. Januar 1986), der enthüllte, daß der australische Healyist Nick Beams Zehntausende Dollar von Nahostregimes erhalten und die Information an David North weitergegeben hatte, der zustimmte, dies nicht im IK zur Sprache zu bringen (siehe „On Baghdad, and Bagmen" [Über Bagdad und Kofferträger], *Australasian Spartacist* Nr. 138, September/Oktober 1990). *Vorsicht vor diesen käuflichen Provokateuren!*

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 577, *4. Januar*

Krieg gegen Kurden...

Fortsetzung von Seite 9

Nr. 511, 5. Oktober 1990) beschrieben wir, wie die Baath-Partei im Irak als Resultat der Niederschlagung des revolutionären Aufschwungs, der dem 1958er Putsch gegen die von den Briten installierte Monarchie folgte, an die Macht kam. Es entstand die Möglichkeit, die Kurden und alle Unterdrückten hinter der mächtigen, von der KP geführten Arbeiterklasse zu vereinen, um die bürgerliche Ordnung zu stürzen, aber die Irakische Kom-



Le Bolchevik

Ligue Trotskyste de France fordert eine „Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!"

munistische Partei ordnete sich dem nationalistischen Regime von General Kasim unter. Als die KP kapitulierte (auf Anweisung aus Moskau, das den Camp-David-Gesprächen zwischen Chruschtschow und Eisenhower keine Steine in den Weg legen wollte), wurden militante Arbeiter der Repression ausgeliefert und die Kurden ins Lager der traditionellen Stammesführer zurückgetrieben. Als 1963 Kasims nationalistische Rivalen von der Baath-Partei einen Militärputsch organisierten, war das Resultat eine neunmonatige Terrorherrschaft. Baathistische Terrorkommandos benutzten Listen der CIA, um kommunistische Militante aus ihren Häusern zu verschleppen und Tausende zu ermorden.

Die selbstmörderischen Kapitulationen der IKP im Irak waren nur die bittere Konsequenz von Stalins antirevolutionärer Politik, ausgedrückt im Dogma, „Sozialismus in einem Land", nämlich der UdSSR, aufzubauen. Unter diesem nationalistischen Codewort, das darauf hinauslief, sich überall den Kämpfen für Sozialismus entgegenzustellen, mußten sich die chinesischen Kommunisten der bürgerlich-nationalistischen Kuomintang unterordnen, was 1927 zum Massaker in Shanghai unter Tschiang Kai-schek führte. Ebenso wurde der Indonesischen Kommunistischen Partei sowohl von Moskau als auch von Peking geraten, dem Kommando des nationalistischen Führers Sukarno zu folgen, was 1965 das Massaker an einer halben Million Linken zur Folge hatte. Das Ausmaß des Verrats der Kreml-Stalinisten am Marxismus läßt sich daran messen, daß sie seit Jahrzehnten zugunsten von diplomatischen Manövern eine Ausverkaufspolitik gegenüber Schmalspurdiktatoren wie Saddam Hussein betrieben haben, statt die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um sie hinwegzufegen.

Arabischer Nationalismus und antikommunistische Repression

1968 konnten sich die Baathisten durch einen weiteren Militärputsch wieder an die Macht bringen. Saddam Hussein baute einen riesigen Sicherheitsapparat auf, dessen Chef — wie er selbst ein berüchtigter Folterer unter dem vorherigen Baath-Regime — „eine Vorliebe hatte, Verhöre persönlich zu führen und seine Zigarette in den Augen seiner Opfer auszudrücken" (Samir AI Khalil, *Republic of Fear* [Republik der Angst, 1989]). Und wieder wurden die Nationalisten gestärkt durch die Kapitulation der irakischen KP, die sich den Baathisten zu Füßen warf, nur um unter deren Absätzen zertreten zu werden. In den ersten Jahren des Regimes wurden Hunderte von Kommunisten verhaftet und zu Tode gefoltert. Aber als die UdSSR 1972 einen „Freundschafts"-vertrag mit dem Irak schloß, traten zwei KP-Führer in die Regierung ein.

Gestärkt durch sowjetische Waffen und sicher darüber, daß die KP Ruhe hält, begannen die Baathisten im März 1974 einen massiven militärischen Angriff gegen die Kurden. Beinahe ein Jahr lang warf die irakische Armee Napalm- und Phosphorbomben auf kurdische Dörfer und vertrieb Tausende aus ihren Häusern. Aber weil die Kurden erfolgreich standhielten, wandte sich das baathistische Regime an Washington und dessen Verbündeten, den Schah von Iran, um Hilfe zu bekommen. Die US-Imperialisten, denen daran gelegen war, den Irak ins proimperialistische Lager zurückzuholen, waren nur zu willig, dem. baathistischen Regime dabei zu helfen, die Kurden niederzuschlagen. Deshalb ließ die CIA ihren Mann, den feudalistischen „General" Mustafa Barzani, fallen. Iran schloß die Grenze und stellte die Militärhilfe an die von Barzani geführten Aufständischen ein als Gegenleistung dafür, daß der Irak auf seinen Anspruch auf das Ostufer des Schalt AI Arab (das Mündungsgebiet des Tigris), seinem einzigen Zugang zum Persischen Golf, verzichtete.

Mit dem Zusammenbruch des kurdischen Widerstands begannen die Baathisten eine Politik der Zwangs„arabisierung" der kurdischen Gebiete, besonders in den ölreichen nördlichen Regionen Kirkuk und Mosul. Hunderttausende von Kurden wurden nur mit dem, was sie tragen konnten, auf Armeelastwagen verladen, dann transportierte man sie in die Wüstengegend des Südwestens, wo heute rund eine halbe Million Kurden in elenden Konzentrationslagern zusammengepfercht sind. Arabischen Bauern aus dem Süden wurden finanzielle Anreize angeboten, damit sie die verlassenen Landstriche wieder besiedeln.

Nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatte, geriet die Irakische Kommunistische Partei wieder unter das Feuer der Baathisten. Eine wachsende Zahl von KPlern wurde ins Gefängnis geworfen, obwohl zur gleichen Zeit KP-Minister in der Regierung saßen. Den meisten warf man vor, in der Armee politisch aktiv geworden zu sein. Im Mai 1978 wurden mindestens 21 KP-Mitglieder und Unterstützer in der Armee exekutiert, der Anfang einer neuen Orgie des Terrors. Trotzdem gingen die Stalinisten den Weg der Klassenkollaboration bis zu seinem grausigen Ende. Eine Konferenz der kommunistischen

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Parteien der arabischen Länder Ende 1978 verurteilte zwar die Welle der Unterdrückung im Irak, trat aber trotzdem dafür ein, daß „eine progressive arabische Front", die Kommunisten und Baathisten einschließen solle, „unverzichtbar" sei *(Le Monde, 1.* Januar 1979). Nach dem Ausbruch der antikommunistischen Repression klammerten sich die KP-Minister in der Regierung noch ein ganzes Jahr lang hilflos an ihre Ministersessel. Was von der irakischen KP übriggeblieben war, befand sich im Frühjahr 1979 entweder im Exil oder — schätzungsweise 15000 — im Gefängnis.

Die Unterdrückungswelle gegen die irakischen Kommunisten führte bei Organisationen der Arbeiterklasse zu weltweiter Empörung. Die Spartacist Tendenz stellte fest: „Dieser juristische Mord [an den 21 KPlern] war Teil eines massiven Angriffs des bürgerlich-nationalistischen Baath-Regimes auf die Massenpartei des irakischen Proletariats" *(Workers Vanguard* Nr. 230, 27. April 1979). Die Imperialisten protestierten nicht gegen das Gemetzel. Sie verstanden, daß dies Teil einer Wende des Irak zum Westen war — es führte zu engeren wirtschaftlichen Verbindungen, Waffenkäufen und einer gedämpfteren Opposition zum „Friedens"abkommen zwischen Ägypten und Israel. Ein Artikel in der *New York Times* (30. Juli 1978), der das Massaker an den IKP-Mitgliedern erwähnte, trug die Überschrift: „Irak sucht jetzt nach einem gemäßigten Image".

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Bei der Aufteilung des Osmanischen Reichs am Anschluß an den Ersten Weltkrieg wurde das kurdische Gebiet auf vier bürgerliche Staaten verteilt — Irak, Iran, Türkei und Syrien — und die Kurden wurden in allen diesen Staaten grausam unterdrückt. Der Vertrag von Sevres im Jahre 1920, der die imperialistische Aufteilung der „Kriegsbeute" festschrieb, sah die Bildung eines (stark beschnittenen) kurdischen Staates unter dem Mandat der USA vor. Aber die britischen Imperialisten, die fürchteten, daß dies ihre Kontrolle über die Ölprovinz Mosul unterminieren könnte, ließen selbst diese Karikatur von „nationaler Selbstbestimmung" schnell fallen.

Im Iran wurden den Kurden sowohl unter den Schahs als auch den Mullahs selbst die minimalsten nationalen Rechte verweigert. In der NATO-Türkei werden sie offiziell nur „Bergtürken" genannt — schon das öffentliche Benutzen der kurdischen Sprache kann zu Verhaftung, Strafe und Folter führen. Es ist nicht gerade überraschend, daß die USA die Frage der Unterdrückung der Kurden herunterspielen, während sie daran arbeiten, diese Länder in einer militärischen Allianz gegen den Irak zu verbinden. Wie ein irakischer Führer der Kurden jüngst festgestellt hat: „Der Westen vergißt nie eine Gelegenheit, die Kurden zu vergessen" *(Wall Street Journal,* 3. Dezember 1990).

In den 80er Jahren wurde Kurdistan zum Schlachtfeld während des zehn Jahre dauernden reaktionären Grenzkriegs zwischen Iran und Irak. Bagdad führte massive Umsiedlungen von Hunderttausenden durch, um die kurdische nationale Minderheit — 20 Prozent der Bevölkerung — zu zersplittern. Während der Kämpfe im März 1988 um den Grenzort Halabdja starben mehrere Tausend Kurden bei einem Giftgasangriff. Es gibt Hinweise darauf, daß dort sowohl der Irak als auch der Iran chemische Waffen eingesetzt haben könnten. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand mit dem Iran wurden im August dieses Jahres durch eine irakische Offensive 65 000 Kurden über die Grenze in die Türkei getrieben. Es gab internationale Empörung wegen der Behauptung, der Irak setze Nerven- und Senfgas ein, und der US-Senat (eifrig bemüht, sich von Washingtons proirakischer Haltung während des Krieges abzusetzen) beschloß Sanktionen gegen Bagdad, aber es konnten keine klaren Beweise erbracht werden, wie z. B. die Körper von Opfern.

Es wird oft vergessen, daß es außer den vier kapitalistischen Staaten, in denen Kurden leben, noch ein fünftes Land gibt, wo es eine ins Gewicht fallende kurdische Bevölkerung gibt — die Sowjetunion. Eine Konferenz, die im Juli letzten Jahres in Moskau abgehalten wurde, um die Frage der sowjetischen Kurden zu diskutieren, wurde zu einem Anziehungspunkt, der Kurden aus aller Welt zusammenbrachte. 1923 schuf der junge Sowjetstaat eine Autonome Republik Kurdistan, ungefähr zwischen Armenien und Aserbaidschan gelegen — das sogenannte „Rote Kurdistan" —, die „ein Leuchtfeuer für das ganze kurdische Volk" darstellte (Gerard Chaliand, Hrsg., *People Without a Country* [Volk ohne Land], 1980).

Die Bolschewiki waren in der Lage, nationale Differenzen zu durchbrechen, weil sie allen Nationalitäten volle demokratische Rechte anboten. Lenin bestand darauf, daß die UdSSR eine wirklich freie Union von Völkern sein müsse. Um der großen Anzahl von Völkern und deren, unterschiedlicher nationaler Konsolidierung gerecht zu werden, wurde eine Vielzahl von Sowjetrepubliken geschaffen, darunter Unionsrepubliken für voll ausgebildete Nationen, Autonome Sowjetische Republiken für Nationalitäten, genauso wie Autonome Oblaste und Nationalitäten-Okruge für verschiedene Stämme. In Gebieten, die von vielen verschiedenen Völkern gemeinsam bewohnt werden, wie z. B. im Kaukasus, führte dies zu einem komplizierten Schachbrettmuster von autonomen Regionen und schuf damit den internationalistischen Rahmen für die Beziehungen zwischen den Völkern.

Es war gerade die nationale Frage im Kaukasus, die Lenin dazu brachte, den ersten entscheidenden politischen Kampf gegen die sich entwickelnde stalinistische Bürokratie zu führen. Als Stalin versuchte, die Republiken von Georgien, Aserbaidschan und Armenien in eine transkaukasische Föderation zu zwingen, brach Lenin Ende 1922 mit ihm. Lenin schlug Trotzki einen Block gegen Stalins chauvinistische Politik in der Nationalitätenfrage vor und forderte in seinem unterdrückten „Testament", daß Stalin von seinem Posten als Generalsekretär abgelöst werden solle. Die stalinistische Herrschaft wurde zu einem Synonym für großrussischen Chauvinismus, nationale Unterdrückung und Zwangsumsiedlungen.

Fortgesetzt auf Seite 22

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 21

1929 machte die stalinistische Bürokratie der autonomen Republik des „Roten Kurdistan" ein Ende, und in den 30er Jahren wurden viele Kurden aus dem Kaukasus nach Zentralasien deportiert. Heute ist diese Gegend zum Schauplatz von blutigen kommunalistischen Auseinandersetzungen geworden, weil Gorbatschows Politik der ökonomischen Dezentralisierung nationale Rivalitäten nur verstärkt hat.

Das zweite Mal wurde eine kurdische Republik durch den militärischen Verlauf des Zweiten Weltkriegs geschaffen, als die Besetzung des nördlichen Iran durch die sowjetische Armee Ende 1945 zur Gründung autonomer Republiken im iranischen Aserbaidschan und in Kurdistan (der sogenannten Republik von Mahabad) führte. Dort wurde Kurdisch als offizielle Regierungssprache und in den Schulen eingeführt, zum ersten Mal erschienen kurdische Zeitschriften (darunter eine Zeitung für Frauen). Angeführt von Qasi Muhammad, der aus der Oberschicht von Mahabad stammte, und unterstützt von einigen Stammesführern der umliegenden Gegend (darunter auch der ins Exil gegangene Clan der Barsanis aus dem benachbarten irakischen Kurdistan), machte die kurzlebige Republik keine ernsthaften Versuche in Richtung auf eine Landreform. Trotzdem diente sie als Anziehungspunkt für Kurden im Exil aus der Türkei, dem Irak und Syrien, die nach Mahabad kamen, das sie als Kern des kurdischen Befreiungskampfes im ganzen Nahen Osten ansahen.

Aber anders als in Osteuropa, wo Stalin unter dem Druck des imperialistischen Kalten Krieges dazu gezwungen wurde, den Kapitalismus bürokratisch zu stürzen, zog sich die Rote Armee Anfang 1946 aus Iran zurück. Der Kreml hoffte, dadurch Konzessionen für Öl und Gas vom Schah zu bekommen, und fürchtete auch, daß eine soziale Revolution im iranischen Aserbaidschan die Frage der Einheit mit dem sowjetischen Aserbaidschan aufwerfen würde, was die Büchse der Pandora mit weiteren Forderungen nach wirklicher Selbstbestimmung innerhalb der UdSSR öffnen würde. Infolge des sowjetischen Rückzuges brachen die Republiken in Aserbaidschan und Kurdistan zusammen, geopfert auf dem Altar von Stalins vergeblicher Suche nach „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus.

Der Fehlschlag, ein autonomes Gebiet für die Kurden zu schaffen, hat eine zersplitterte Bewegung von kaum noch zählbaren kurdischen nationalistischen Gruppen hervorgebracht, von den vielen Kurdischen Demokratischen Parteien — der KDP des Iran, die mehrere Monate vor der Gründung der Republik von Mahabad ins Leben gerufen wurde; der JCDP (Irak), die von Barsani gegründet wurde, als er aus Mahabad floh; der die Regierung unterstützenden irakischen KDP, in den 70er Jahren als Schatten der herrschenden Baath-Partei gegründet; der KDP der Türkei, die von Barsani-Anhängern in der Türkei gegründet wurde — bis zu einer Vielzahl von anderen eher linkeren Kräften. So zerstritten sie auch sind, kurdische Nationalisten schauen meist immer noch mit Sympathie auf die Sowjetunion.

Die Spartacist Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), hat energisch das Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung hochgehalten. Vor einigen Jahren hatte ein Repräsentant unserer Tendenz die Gelegenheit, sich an eine Konferenz von kurdischen Aktivisten zu richten, die in Mitteleuropa stattfand. Unsere Solidaritätsadresse *(Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984) forderte „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!":

> „Genossen, es ist das großartige historische Beispiel der russischen Revolution gewesen, das dramatisch bestätigt hat, daß in der Epoche des imperialistischen Niedergangs demokratische Rechte und Prinzipien vollständig nur durch das revolutionäre Proletariat an der Macht durchgesetzt werden können... Daß das kurdische Proletariat hauptsächlich in der Diaspora existiert, kompliziert natürlich unvermeidlicherweise eure politischen Aufgaben; aber dies ist ein Problem, vor dem auch schon andere gestanden haben. In der Tat erleichterte der entschiedene Kampf der bolschewistischen Partei für das Recht auf Selbstbestimmung, selbst für die am meisten unterentwickelten der unterdrückten Nationalitäten im zaristischen Völkergefängnis, die Machteroberung des Proletariats in Rußland."

Wir unterstützen die Bildung eines kurdischen Staates, aber weil die Lösung für die Frage der kurdischen Unterdrückung es erfordert, vier reaktionäre bürgerliche Regime zu besiegen, kann man sich dies kaum unabhängig von der sozialistischen Revolution in der ganzen Region vorstellen. Die kurdischen Massen müssen ein Bündnis mit dem arabischen, persischen und türkischen Proletariat anstreben. Saddam Hussein und all die anderen reaktionären Herrscher des Nahen Ostens müssen durch die Werktätigen und Unterdrückten zu Fall gebracht werden, die unter ihrer Gewaltherrschaft leiden müssen. Dies erfordert den Aufbau von Parteien der Arbeiterklasse, die für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen.

Übersetzt nach Workers Vanguard *Nr. 517, 4. Januar*

Litauen...

Fortsetzung von Seite 24

Die PDS reichte der CDU, den Grünen und den Bluthunden von der SPD die Hände bei einer „Menschenkette" in Berlin, die sich mit der Forderung „Keine Gewalt in Litauen und am Golf" von der amerikanischen bis zur sowjetischen Botschaft zog. Diese außerparlamentarische „Große Koalition" setzt obszönerweise Gorbatschows Versuch, die Sowjetunion zusammenzuhalten, auf die gleiche Stufe mit der Massenmordkampagne des amerikanischen Imperialismus gegen Irak. Die „Menschenkette" forderte „Freiheit für das Baltikum" und „Rote Panzer raus aus Litauen", ihr schlössen sich sogenannte „Mahnwachen" vor der sowjetischen Botschaft an, an der sich auch Republikaner beteiligten. Wenn Bundeskanzler Kohl sich die Bundestagsabgeordneten von Rechts bis „Links" anschaut, kann er wie der Kaiser sagen: „Ich sehe keine Parteien mehr, nur noch Deutsche."

„Die Flitterwochen des Westens mit Gorbatschow sind zu Ende", verkündet der britische *Guardian.* Westliche Regierungskreise haben gehofft und erwartet, daß das Gorbatschow-Regime zur Wiederherstellung des Kapitalismus und zur Zerstückelung der Sowjetunion führt. Er hat Osteuropa freiwillig an NATO und EG ausgeliefert. Er stimmte dem Anschluß Ostdeutschlands durch die Frankfurter Bankiers zu einer Zeit zu, als es unter den Arbeitern und Intellektuellen der DDR noch massiven Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gab. Der westliche, besonders der deutsche, Imperialismus kann den Zusammenbruch der UdSSR kaum erwarten, um die Bruchstücke in Einflußbereiche für

koloniale Ausbeutung zu verwandeln.

Seit seiner Unabhängigkeitserklärung letzten März stand das nationalistische Sajudis-Regime in Litauen an der Spitze des Feldzuges zur Zerstückelung der Sowjetunion. Für sich genommen würde die Abtrennung der kleinen baltischen Republiken nicht ernsthaft die militärische und wirtschaftliche Stärke der Sowjetunion beeinträchtigen. Aber Litauen ist zum Testfall geworden für das Auseinanderbrechen der Sowjetunion unter mörderischem Nationalismus und Pogromen jeglicher Art zwischen den verschiedenen Völkerschaften. Als Leninisten und Internationalisten stehen wir für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht jeder Nationalität mit einer Führung, die sich der Konterrevolution *entgegenstellt,* sich aus der Union zurückzuziehen, in dem Maße, wie sie es für richtig hält. In Litauen und den anderen baltischen Republiken wird der Deckmantel der „nationalen Unabhängigkeit" jedoch dazu benutzt, die kapitalistische Restauration zu verhüllen. Und das muß bekämpft werden.

Landsbergis & Co. haben kein Geheimnis aus ihrem Verlangen gemacht, das „unabhängige" Litauen zu einem Anhängsel der NATO und der EG zu machen. Sie haben wiederholt die westlichen Mächte aufgerufen, die sowjetische Regierung wirtschaftlich und politisch zu erpressen. Die Sajudis-Nationalisten schwenken die Flagge des litauischen faschistoiden bürgerlichen Staats der Zwischenkriegsjahre, während sie Denkmäler zerstören, die an die Vertreibung der Nazis durch die Rote Armee erinnern. In den baltischen Staaten besteht ein großer Teil der Bevölkerung aus Menschen, die von den Nationalisten verächtlich als „sowjetische Völker" bezeichnet werden (Russen, Polen, Ukrainer usw.) — fast die Hälfte in Lettland, 40 Prozent in Estland, 20 Prozent in Litauen. Wenn die prokapitalistischen Abspalter Erfolg haben, werden diese ganzen Bevölkerungsteile innerhalb einer Generation verschwunden sein. Kein Wunder, daß Moskau Unterstützung bekommt, sogar enthusiastische Unterstützung, gegen die wütend antidemokratischen und rassistischen baltischen Nationalisten.

Kurz vor dem Zurückdrängen erklärte der neue Sajudis-Premierminister Albertas Simenas seine Absicht, eine wirtschaftliche „Schockbehandlung" nach dem Vorbild des von Solidarnosc regierten Polen durchzusetzen. Die Versuche des nationalistischen Regimes in Vilnius, eine „freie Marktwirtschaft" einzurichten, hat bereits seine Unterstützungsbasis unterminiert. Vor einer Woche gab es große Demonstrationen von ethnischen Litauern, Russen und Polen gegen drastische Erhöhungen der Verbraucherpreise, die dann sofort zurückgenommen wurden. Die vor allem der Arbeiterklasse zugehörigen russischen und polnischen Minderheiten (die etwa 20 Prozent der Litauer ausmachen) wurden wirkungsvoll gegen das antisowjetische nationalistische Regime mobilisiert. Die Armee schlug zu, als Fabriken, Eisenbahnen und der Flughafen von Vilnius von streikenden Arbeitern dichtgemacht wurden, die eine direkte Präsidialregierung aus Moskau forderten.

Gorbatschow hat Landsbergis & Co. beschuldigt zu versuchen, hinter dem Vorhang von demokratischen Losungen ein „bürgerliches Regime" zu errichten. Das ist zweifellos richtig. Aber wie kommt ausgerechnet Gorbatschow dazu, irgend jemanden zu beschuldigen, er wollte zum Kapitalismus zurückkehren? Es ist die erklärte Absicht des sowjetischen Präsidenten, die Sowjetunion in eine Marktwirtschaft umzuwandeln, d. h. in eine kapitalistische Wirtschaft, allerdings nicht so schnell, wie es Jelzin und die Wall Street gern hätten. Ein vor kurzem erlassenes Präsidialdekret gibt ausländischen Investoren das Recht, 100 Prozent von sowjetischen Betrieben zu halten und ihre Profite in harter Währung mit nach Hause zu nehmen. Hunderttausende Hektar Wirtschaftsland sollen an private Bauern verpachtet werden. Die Verbraucherpreise sollen in diesem Jahr um 50 bis 70 Prozent erhöht werden. Und Gorbatschow hat Jelzins Vorschlag angenommen, „sozialistisch" aus der UdSSR zu streichen und sie in die Union der Souveränen Sowjetrepubliken umzubenennen. Wenn Gorbatschow damit durchkommt, ist Litauen in drei oder vier Jahren Teil eines föderalistischen *kapitalistischen* Staats.

Viele der Militärs, die für eine harte Linie und für ein Durchgreifen im Baltikum auftreten und gegen andere sezessionistische Kräfte, sind der Bewahrung der kollektivierten Eigentumsformen nicht stärker verbunden als Gorbatschow. Ihre Appelle an den „Sowjetpatriotismus" sind. oft nichts als ein Deckmantel für großrussischen Chauvinismus, der leicht zu einem Triebwerk für Konterrevolution werden kann. Ein Führer der konservativen stalinistischen Sojus-Fraktion im Kongreß der Volksdeputierten, Oberst Wladimir Petruschenko, redet über „unsere Pläne für die Zukunft eines Großrußland", ein Echo der Sprache des zaristischen Ministers Stolypin.

Seit einiger Zeit sehen die westlichen bürgerlichen Kräfte Boris Jelzin als eine mögliche bessere Alternative zu Gorbatschow. Die Krise um Litauen enthüllt, daß Jelzin ein offener Verräter an der Sowjetunion ist. Er ruft jetzt russische Soldaten dazu auf, sich dem sowjetischen Militärkommando zu verweigern, und fordert Handlungen der UNO, um sowjetische Militäraktionen in den baltischen Republiken zu verhindern. Was will er denn — eine Wirtschaftsblockade der UdSSR oder einen Bombenteppich der US-Luftwaffe auf Moskau und Leningrad?

Bestenfalls wird das Vorgehen gegen die litauische Abspaltungsbewegung der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse ein wenig Zeit verschaffen, um 'durch den Aufbau einer wirklich kommunistischen Führung die Gorbatschows und Jelzins (beides Endprodukte der degenerierten stalinistischen Bürokratie) hinauszuwerfen und das Land der Oktoberrevolution von allen reaktionären nationalistischen Kräften zu säubern, einschließlich der antisemitischen großrussischen Chauvinisten, die sich jetzt als Sowjetpatrioten maskieren. Die Proteste gegen die Preiserhöhungen in Litauen weisen auf wirkliche Möglichkeiten hin, das multinationale sowjetische Proletariat gegen die blutigen Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution zu vereinen. Um den Zerfall der UdSSR inmitten brudermörderischem Nationalismus zu verhindern, ist es notwendig, den *proletarischen Internationalismus* wieder aufzugreifen, der die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki mit Leben erfüllte.

Nach Workers Vanguard *Nr. 518, 18. Januar*

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Telefon:
Westberlin 4 92 78 66

Hamburg
SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Rostock
SpAD, Postfach 9001 HPA
2500 Rostock 1

Halle
SpAD
Comcenter, Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 2663

SPARTAKIST

Nach dem Zurückdrängen der litauischen Separatisten

Imperialisten wollen baltische Staaten an sich reißen

Jeden Tag lesen wir über Abscheulichkeiten und Massaker, die auf der ganzen Welt stattfinden. Das kurdische Volk muß in mehreren Ländern wahrscheinlich jeden Tag 20 Tote beklagen. Im Moment ist das türkische Verlangen nach den Ölfeldern von Kirkuk in den nördlichen, kurdischen Gebieten des Irak von besonderer Bedeutung. Darin werden sie anscheinend von der Führung des neuen deutschen Reichs bestärkt, vorausgesetzt, daß die amerikanische Militärmacht im Persischen Golf gewinnt.

Die deutsche Bourgeoisie will wieder das Baltikum klauen

Die USA feierten ihre kürzliche „Befreiung" Panamas, in der tausend oder mehr Menschen umgebracht wurden, damit sie General Noriega in die Hand bekamen. Das nannte sich „Operation gerechte Sache". Und jetzt stehen wir am Beginn eines neuen größeren Krieges, in dem eine halbe Million amerikanischer Soldaten zusammen mit einigen Hunderttausend von den verbündeten Kriegskumpanen Washingtons aufgestellt sind, um über den Irak herzufallen und seine Bevölkerung abzuschlachten. Das wird natürlich Gerechtigkeit genannt. Wenn dagegen die Sowjetunion versucht zuzuschlagen, um ihre Union der Nationalitäten aufrechtzuerhalten, wird das verbrecherisch genannt.

Es ist dieser Zusammenhang, in dem wir das Vorgehen von Michail Gorbatschow in Litauen und Lettland gegen die rechten, sich von der Union abspaltenden Regierungen von Vytautas Landsbergis und Anatolijs Gorbunow beurteilen. Am 13. Januar übernahmen sowjetische bewaffnete Kräfte mit Panzern die Kontrolle über Radio- und Fernsehstationen in der Hauptstadt Vilnius. Berichten zufolge wurden dabei 14 Personen getötet, darunter ein sowjetischer Soldat. Ein der sowjetischen Zentralregierung loyales Komitee der Nationalen Rettung erklärte zeitweilig, die Macht in der baltischen Republik übernommen zu haben. Seitdem sind weitere sechs Menschen getötet worden, als sowjetische Streitkräfte das Innenministerium in Riga stürmten.

Das Zurückdrängen in Litauen und Lettland kam auf der ganzen Welt auf die Titelseiten und wurde von den westlichen Medien zu einer neuen sowjetischen Greuelgeschichte aufgeblasen. George Bush belehrt Gorbatschow, daß es „keine Berechtigung zur Gewaltanwendung" gegen „die legitimen Regierungen der baltischen Staaten" gab. Die westeuropäische EG droht, ihre 1,5 Milliarden DM Hilfsgelder für die UdSSR einzufrieren. Und westeuropäische vormals stalinistische Parteien wie die- französischen Kommunisten und die PDS haben sich der neuen antisowjetischen Kampagne über das „arme, kleine" Litauen angeschlossen. Die deutschen Imperialisten wollen das Baltikum wieder in ein Reichskommissariat verwandeln, so wie es die Nazis 1941 machten, und die PDS ist ihnen hilfreich zur Seite gesprungen. *Neues Deutschland* schloß sich der antisowjetischen bürgerlichen Medienkampagne an und heulte auf: „Keine Gewalt in Litauen!", während die baltischen Nationalisten versuchen, die Schocktruppen für das Auseinanderreißen der Sowjetunion und die Restauration des Kapitalismus zu sein. Nachdem Modrow, Gysi & Co. die DDR den Frankfurter Bankiers in einer „friedlichen Konterrevolution" ausgeliefert haben, wollen sie ihnen jetzt auch noch östlich der Oder bei ihrem Drang nach Osten helfen.



Vyatkin/Nowosti

Sowjetische Fallschirmjäger letzten April in Litauen

Fortgesetzt auf Seite 22

Nieder mit der kapitalistischen/imperialistischen Zerstückelung der UdSSR! Für eine sozialistische Sowjetföderation - Zurück zum Weg Lenins und Trotzkis!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 84 MÄRZ 1991 50 Pfennig



Stern/Gerhard Kronschroder

Bombenteppich äscherte Zehntausende im Irak ein. Für proletarischen Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg!

Bush jubelt über Massaker im Irak

US/NATO-Sieg am Persischen Golf bedroht die Welt

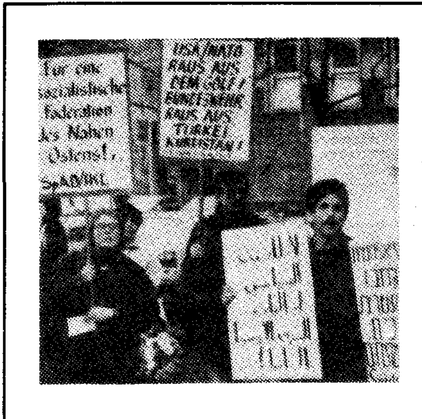
Kohl zielt gen Osten

Der leichte Sieg der US/NATO-Imperialisten in ihrem einseitigen, blutigen Verwüstungskrieg gegen den Irak ist eine tödliche Gefahr für die Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt.

Der US-geführte Krieg gegen den Irak war in erster Linie Ausdruck der sich verschärfenden Rivalität um die imperialistische Neuaufteilung der Welt und damit ein blutrünstiger Eröffnungsschuß für den *nächsten* Weltkrieg. Durch den mörderischen Krieg um die Herrschaft über die Ölvorräte der Welt wollte der US-Imperialismus demonstrieren, daß er immer noch genug Macht hat, den Weltpolizisten zu spielen. Mit ihrem Beitrag machte die deutsche Bourgeoisie den Einsatz, um im Spiel zu bleiben bei der Neuaufteilung der Weltmärkte und Ressourcen, die unvermeidlich zum nächsten globalen Aufflammen führen wird, wie dies bei den ersten beiden Weltkriegen der Fall war. Doch sie war nicht gerade begeistert darüber, das Weltmachtstreben des ökonomisch bankrotten US-Imperialismus am Golf zu finanzieren, geschweige denn militärisch zu unterstützen. Die deutsche Bourgeoisie, die ihr Hauptinteresse Richtung Osten sieht, war daher nur widerwillig bereit, sich massiver am Irak-Krieg zu beteiligen, der letztlich auch gegen sie gerichtet war.

In den USA weidet sich Bush daran, daß der irakische Führer Saddam Hussein „von Ruinen umgeben ist", und ein siegestrunkener Offizier auf dem Feld trompetet Washingtons Botschaft an „den Rest der Welt" hinaus: „Wenn die USA Streitkräfte einsetzen will, dann paßt

Fortgesetzt auf Seite 18



Weg mit Maulkorberlaß für Araber und Kurden!

Siehe Seite 3

Prozeß steht bevor: Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat dem sinistren Wachstum von Hitler-Anbetern und Nazi-Skinhead-Schlägerbanden enormen Auftrieb gegeben. Diese Schocktruppen des Drangs nach Osten bekommen ihre Marschbefehle von Leuten vom Schlage des Republikaner-Führers Carsten Pagel, der davon redet, die „Ostgebiete" heim ins Vierte Reich zu holen. Mittlerweile wurde in Neuruppin eine sowjetische Kaserne von Faschisten angegriffen. Die Faschisten versuchen, die katastrophalen Konsequenzen der Wiedervereinigung im Osten mit Rassenhaß und rassistischem Terror auf ihre Mühlen zu lenken. Republikaner grölen „Deutschland muß deutsch bleiben", während in Sachsen 30 Braunhemden, bewaffnet mit Eisenstangen und Zaunlatten, ein Wohnheim für Asylbewerber verwüsten und dessen Bewohner brutal zusammenschlagen. Pagels Behauptung, sie würden Gewalt vermeiden, wurde letztes Jahr erneut Lügen gestraft; glücklicherweise waren es die Republikaner-Schläger, die den kürzeren zogen, als sie mit Messern türkisch-deutsche Paare in der Berliner U-Bahn angriffen.

Bei der Verteidigung der Antifaschisten von Moabit geht es ganz klar um das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderer Minoritäten auf Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe. Weil Renate Dahlhaus und Michael Philippsen eine antifaschistische Veranstaltung in Berlin-Moabit gegen einen bewaffneten Angriff der Republikaner am 14. Januar 1989 verteidigten, erhielten sie Strafbefehle. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfes" der Republikaner, der durch Einschüchterungsversuche, Provokationen und unverhüllte Gewalt gekennzeichnet war.

Anfänglich wurde gegen acht *Opfer des Republikaner-Angriffs ermittelt.* Das Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit hat bisher über 200 Unterschriften für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten erhalten. Insbesondere erhielten wir Unterstützung und Geldspenden von gewerkschaftlichen, antifaschistischen und Immigrantenorganisationen sowie von Funktionsträgern. Inzwischen wurde das Ermittlungsverfahren gegen sechs der Antifaschisten eingestellt. *Das ist unser Erfolg!*

Jetzt ist aber Michael Philippsen wegen „Körperverletzung" angeklagt und Renate Dahlhaus, weil sie sich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt" habe. Die Anklage basiert auf der Zeugenaussage des notorischen Pagel, der der Anführer des faschistischen Angriffs war. Renate und Michael stehen jetzt vor einem Gerichtstermin am 24. Mai beim Amtsgericht Tiergarten.

Es ist kein Zufall, daß Renate Dahlhaus, Kandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl im letzten Dezember und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, zum Ziel von Nazi-Angriffen und staatlicher Repression wird. Die SpAD steht zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) in vorderster Reihe gegen rassistische Angriffe und die antikommunistische Hexenjagd. Renate war auch eine Sprecherin der SpAD bei der vom KfsV initiierten Protestkundgebung gegen den Maulkorberlaß für Araber und andere Immigranten aus dem Nahen Osten in Berlin am 7. Mai (siehe gegenüberliegende Seite). Für die Selbstverteidigung gegen Faschisten wird Michael auch durch ein Zivilverfahren und Schadenersatzforderungen bedroht. Im Fall von Renate liegt die wirkliche Bedeutung in der Kriminalisierung einer bekannten Antifaschistin und kommunistischen Kandidatin bei den Wahlen.

Wir bedanken uns für eure großzügige Unterstützung, wir brauchen sie weiterhin. Mobilisiert eure Freunde, Kollegen und eure Organisationen. Fordert die sofortige Aufhebung der Strafbefehle und die Rücknahme aller Anklagen gegen die Antifaschisten! Schreibt an Richter G. Schultz, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21. Erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Spendet auf das Konto; Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 20040000, Konto 1348267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286, 2000 Hamburg 11.•

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)330154
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-801, Postgiroamt Frankfurt/Main, BL25O010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 84 **März 1991**

Veranstaltungen der SpAD

Räumt die Kohl/Treuhand-Bande weg durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen! SPD/DGB-Bürokraten knebeln die Arbeiterklasse

Halle
Sonnabend, 6. April, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, Raum 715, Leninallee 70

Berlin
Donnerstag, 11. April, 18.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Berlin
Donnerstag, 28. März, 18.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000, Berlin 65

Weg mit dem Maulkorberlaß für Araber und Kurden!



ND/Burkhard Lange

Am 7. März forderten über 100 Demonstranten in Berlin „Weg mit dem Maulkorberlaß"

„Weg mit dem Maulkorberlaß, keine Abschiebungen!" riefen am 7. März über 100 Demonstranten, darunter viele Araber, Kurden und Türken, bei einer Protestkundgebung vor dem Sitz des Innensenators in Berlin. Initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) hatte eine breite Aktionseinheit zu der Kundgebung aufgerufen, unter anderem Gewerkschaftsvertreter wie die Betriebsräte von Interflug und von Pan Am, der IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Necati Gürbaca sowie der HBV-Vorsitzende Manfred Müller und das Leipziger ÖTV-Kreisvorstandsmitglied Fritz-Walter Springer, der Betriebsrat Nihat Bozkurt, Alisa FUSS, die kurdisch/türkische Organisation Kurtulus semp Berlin, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Arabische Solidaritätskomitee, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der Immigrantinnen- und Flüchtlingsbereich der Alternativen Liste, Ilona Hepp vom Internationalismusbereich der AL, Arbeitermacht und KPD (ML). Solidaritätserklärungen der Partisan Defense Committees in den USA und Britannien (Schwesterorganisationen des KfsV) wurden vorgelesen.

Mit Schäubles Maulkorberlaß werden Immigranten einer brutalen Bespitzelungskampagne ausgesetzt und von Abschiebung bedroht. Während die US/NATO-Imperialisten ihren Bombenterror auf Irak hageln ließen, knebelte Bonn arabische und andere Immigranten aus dem Nahen Osten und verbot ihnen, ihre Empörung über den Massenmord an ihren Völkern auszudrücken. Allein am 16. Januar wurden bei einer stadtweiten Razzia in Berlin die Wohnungen von über 50 Berlinern arabischer Herkunft durchsucht, darunter Mitglieder eines Moscheevereins und ein Imam, mindestens neun irakische Einwanderer wurden verhaftet. Viele der etwa 25000 in Berlin lebenden arabischen Immigranten sind von dem Polizeiterror betroffen, der von rassistischen Aufrufen zur Denunziation und Bespitzelung begleitet ist.

Sa'id Dudin, Sprecher des Arabischen Solidaritätskomitees, stellte bei der Kundgebung fest: „Wir müssen verhindern, daß dieser Maulkorberlaß der Beginn einer Kampagne der Isolierung ist, der Diskriminierung von ausländischen Mitbürgern, und für den weiteren Abbau von demokratischen Rechten in dieser Stadt. Die wahren Terroristen sitzen in den NATO-Stäben, im Pentagon."

Gleichzeitig mit der imperialistischen Verwüstung des Irak und den rassistischen Angriffen hier führt die Bourgeoisie einen ökonomischen Krieg gegen die Arbeiter der Ex-DDR, die zu Millionen auf die Straße geworfen werden, und es gibt massive Angriffe auf den Lebensstandard aller Arbeiter. Ein Reichsbahnarbeiter berichtete auf der Kundgebung von seinen Streikerfahrungen und betonte, wie wichtig der Kampf gegen den rassistischen Maulkorberlaß im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse ist.

Renate Dahlhaus, Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, ging auf faschistische Angriffe gegen sowjetische Kasernen ein und erklärte: „Die Faschisten sind nur das Echo des Drangs der deutschen Bourgeoisie, Deutschland ,judenrein' zu machen, ihres Drangs nach Osten, erneut eine Operation Barbarossa anzufan-

Fortgesetzt auf Seite 4

Solidaritätsgrüße des Partisan Defense Committee

Nachfolgend drucken wir die Grußadresse des Partisan Defense Committee ab, die bei der Protestkundgebung gegen den Maulkorberlaß verlesen wurde. Das PDC ist die amerikanische Schwesterorganisation des KfsV.

Genossen und Freunde, wir senden euch Solidaritätsgrüße für eure Protestdemonstration.

Die Invasion des Irak unter der Führung der USA hat eine weltweite Hetzjagd gegen arabische Völker nach sich gezogen. Zensur, Verhaftungen und brutale staatliche Repression sind in Britannien, Frankreich und Deutschland eine alltägliche Erscheinung. Im Nahen Osten bereiten die Zionisten mit ihrer völkermörderischen Vetreibungskampagne in den Besetzten Gebieten eine „Endlösung" der Palästinenserfrage vor.

In den USA stehen die arabischen Immigranten im Kampf gegen rassistischen Terror und staatliche Verfolgung. Um ihre Irak-Invasion vorzubereiten, hat die Regierung versucht, eine chauvinistische Hysterie aufzupeitschen und Antikriegsaktivisten durch das Schüren einer antiarabischen „Terrorismus"-Furcht einzuschüchtern. Arabische Immigranten in den USA sehen sich Brandanschlägen, tätlichen Angriffen, Morddrohungen und Diskriminierungen ausgesetzt. An den Grenzen wird jeder, der mit einem irakischen oder kuwaitischen Paß in die USA einreisen will, fotografiert und ihm werden Fingerabdrücke abgenommen. In den USA selber müssen arabische Immigranten und Amerikaner arabischer Herkunft in Angst leben, daß das FBI vor der Tür stehen könnte. Bei der Arbeit sind sie rassistischen Beschimpfungen, tätlichen Angriffen und Entlassungen ausgesetzt.

Der blutige Sieg der USA über die irakischen Massen ist eine schreckliche Niederlage für die Werktätigen in der ganzen Welt. Mit seinem riesigen Militäraufgebot, 1000 km von der südlichen Grenze des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats entfernt, stellt der US-Imperialismus eine direkte Bedrohung dar. Für die amerikanische Arbeiterklasse und die unterdrückten Minderheiten bedeutet dies zunehmende Repression, Angriffe auf die Gewerkschaften und rassistischen Polizeiterror. Zehntausende von Irakern wurden ermordet bei dem Versuch der USA, ihre Rolle als Polizist der ganzen Welt wieder zurückzuerobern. In den Innenstädten Amerikas hetzt die Regierung ihre Killerbullen auf Millionen von Obdachlosen, Arbeitslosen und Hungernden. Das Symbol der Reagan-Jahre war die Bombardierung der größtenteils schwarzen MOVE-Gemeinde; dabei sind fünf Kinder und sechs Erwachsene umgebracht worden, um alle, die sich gegen die Regierungspolitik wenden wollen, zu furchtsamer Unterwerfung zu zwingen. Was werden die Bush-Jahre mit sich bringen, wo der US-Imperialismus seinen nächsten Massenmord vorbereitet?

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat zum Wiederaufstieg von faschistischem Terror und offiziellem staatlichen Rassismus geführt - Roma und Cinti, mosambikanische und vietnamesische Arbeiter, alle sind dem ausgesetzt. Im letzten Jahr hat die Regierung versucht, Juden aus der Sowjetunion die Einwanderung zu verbieten; heute ist es die brutale Hexenjagd gegen Araber. Wir fordern von der mächtigen deutschen Arbeiterklasse, die zunehmender Unterdrückung durch das Vierte Reich des deutschen Imperialismus ausgesetzt ist: Steht euren Klassenbrüdern und -Schwestern aus allen Ländern zur Seite! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Stoppt die rassistische Hexenjagd auf Immigranten! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorbs für Menschen aus dem Nahen Osten!

Maulkorberlaß...

Fortsetzung von Seite 3

gen." Sie fügte hinzu: „Wir brauchen eine Arbeiterpartei, die Klasseninteressen vertritt und sich das Ziel setzt, Tribun aller Unterdrückten zu sein."

Der Einheitsfrontprotest fand unter den Losungen statt: „Stoppt die rassistische Hexenjagd gegen Immigranten! Keine Abschiebungen! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorberlasses gegen Leute aus dem Nahen Osten!" Wichtig bei dieser Protestaktion war die Unterstützung durch Gewerkschaftsvertreter, denn es ist besonders die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung, die den Ausschlag gibt für die Verteidigung der Immigranten gegen staatliche Unterdrückung und Naziterror. Beschäftigte der Berliner Flughäfen haben in der Vergangenheit mehrmals Abschiebungen blockiert; sie waren unter den Unterstützern vertreten. Nicht interessiert zeigte sich die deutschtümelnde PDS, die schon bei der Massenabschiebung von polnischen, vietnamesischen und mosambikanischen Arbeitern aus der ehemaligen DDR keinen Finger gerührt hatte.

Das KfsV, eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, deren Zweck den politischen Zielen der SpAD entspricht, stellte in seiner Protesterklärung fest: „Die deutsche kapitalistische Wiedervereinigung hat zu einem Wiederaufleben von faschistischem Terror und zum Anstieg des offiziellen staatlichen Rassismus gegen Immigranten und Asylbewerber geführt, angeführt von Reichskanzler Kohl und von Lafontaines SPD, die eine Pogromhetze gegen Roma und Cinti entfachte." Das KfsV fordert: „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Stoppt die rassistische Hexenjagd — Keine Abschiebungen! Sofortige Aufhebung des politischen Maulkorberlasses!"«

Öffentliche Debatten

Luckenwalde
Debatte zwischen PDS und SpAD
Mittwoch, 20. März, 19.00 Uhr
PDS-Geschäftsstelle Luckenwalde
Dimitroffstr. 16

Halle
Debatte zwischen AG Junge Genossinnen in der PDS und der SpAD
Trotzkismus, was er nicht ist und was er ist
Mittwoch, 20. März, 18.00 Uhr
Jägerplatz 14

Britannien:
„Verteidigung des Irak" verboten





Fotos: Workers Hammer

Spartacist-Genosse Green wird auf Demonstration verhaftet

LONDON — Am 2. Februar wurde ein Unterstützer der Spartacist League/Britain bei einer von der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) organisierten Demonstration gegen den Golf-Krieg in London von der Polizei verhaftet und angegriffen. Der Spartakisten-Block marschierte hinter einem Banner mit den Forderungen: „Besiegt den US-/britischen Imperialismus!" und „Verteidigt den Irak!" Die Polizei drohte, daß jeder, der „Sieg für den Irak" rufen würde, nach dem Gesetz über öffentliche Ordnung verhaftet würde. Genösse Alastair Green wurde von den Polizisten rausgegriffen, nachdem die Demonstranten sich weigerten, ihre Sprechchöre einzustellen.

Während die Demonstration 20 Minuten lang stehenblieb und die empörten Demonstranten forderten: „Laßt ihn frei!", wurde unser Genösse weggeschleppt und schließlich in einen Polizeiwagen geworfen. Im Inneren schlug einer der Beamten, die Green verhaftet hatten, ihm mit einem Helm ins Gesicht; der Genösse wurde am Mund schlimm verletzt. Ihm wird „Behinderung eines Polizeibeamten" und „bedrohliches Verhalten" vorgeworfen.

Zu Beginn der Demonstration vom 2. Februar rückte eine Polizeikette in die Menge vor, um Linke, die ein Banner des „Komitees Hände weg vom Nahen Osten" mit der Forderung „Sieg für den Irak" trugen, unter Androhung der Verhaftung zu zwingen, es herunterzunehmen. Ordner der CND applaudierten lauthals, als das Banner herunterkam. Am Ende der Demonstration wurde das Banner im Hyde Park wieder hochgehalten; die Polizei griff ein, bejubelt von CNDlern, und wieder ging das Banner runter.

Die Spartacist League/Britain war mit ihrem Banner an der Seite eines „antiimperialistischen Kontingents" anderer linker Gruppen (darunter Workers Power, die Workers International League und Unterstützer der Revolutionary Communist Party) marschiert. Später drohte die Polizei nach wiederholten Drohungen und Belästigungen, den nächsten, der „Sieg für den Irak" riefe, zu verhaften, und dann drangen sie ins Kontingent der Spartakisten und griffen sich in grober Weise den Genossen Green.

Die Drohungen gegen die Demonstranten und die Verhaftung selber waren eine direkte Umsetzung der Anweisungen, die die Staatsanwaltschaft ihrer Majestät an diesem Tag an die Polizei ausgegeben hatte. Es wird oft gesagt, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten zusammen mit der Wahrheit zu den ersten Opfern eines Krieges zählen. Deshalb gab es Hauptkammer-„Anhörungen" gegen irakische und andere arabische Einwohner. Diese Tory-Regierung und die Labour-Regierungen davor haben dazu eine verabscheuungswürdige Geschichte vorzuweisen, ob Krieg oder nicht. Um nur einige wenige anzuführen: die Justizskandale bei den Sechs von Birmingham, den Drei von Winchester, den Vier von Guildford, das „Verbot" für Sprecher der Sinn Fein und der Irischen Republikaner, die Razzia und der brutale Angriff auf Demonstranten gegen die Kopfsteuer im letzten März.

Jetzt werden diese Methoden, die gegen streikende Bergarbeiter, gegen Drucker und ihre Unterstützer benutzt wurden, gegen Linke angewandt auf Basis des kriminellen Kriegs gegen den Irak. Und wieder hat sich die britische Regierung auf ihre loyale Opposition verlassen können. Am 12. Januar wurden Spartakist-Demonstranten in Glasgow auf Geheiß der CND und der Militant-Tendenz eingekreist, abgeriegelt und mit Verhaftung bedroht. Am 23. Januar zitierte die Zeitung *Independent* die CND-Führerin Marjorie Thompson, die alle, die für den Sieg des Irak eintreten, als „Agents provocateurs" verleumdete, und den Wunsch äußerte, daß sie sich von den Demonstrationen fernhalten sollten. Und jetzt fangen die Verhaftungen an, auf der Basis von zwielichtigen „Vorwürfen" gegen Linke.

Solche Leute wie der Labour-Linke und Parlamentsabgeordnete Tony Benn und die CND haben die Sanktionen gegen den Irak unterstützt, die das Vorspiel zum Krieg waren. Sie traten für die Vereinten Nationen ein, als Feigenblatt für den gewaltigen Aufmarsch der Truppen, die dann im dreckigen Krieg gegen den Irak entfesselt worden sind. Jetzt hat die Führung der CND — diese „Pazifisten", deren Loyalität in erster Linie der kriegstreiberischen Labour Party von Neu Kinnock gilt — ihren Teil dazu

Fortgesetzt auf Seite 17

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Schluß mit der Hexenjagd! Weg mit Paragraph 218!

Nicht nur, daß jedes Jahr Tausende von Frauen aus Westdeutschland in die Niederlande fahren müssen, um abtreiben zu können. Erregen sie bei ihrer Rückkehr an der Grenze Verdacht (beispielsweise durch Mitführen von Handtüchern und Unterwäsche, oder weil sie als Frau allein am Steuer sitzen), werden sie zur gynäkologischen *Zwangsuntersuchung* eingewiesen und womöglich nach Paragraph 218 vor Gericht gestellt. *Der Spiegel* (4. März) berichtet über Kathrin K., die am Grenzübergang Gronau mit Gewalt ins nahe katholische St.-Antonius-Krankenhaus geschleppt wurde, wo ein „Arzt" ihre Vagina und ihre Gebärmutter nach „Beweisen" durchforstete — die Mengeles des Vierten Reichs in Aktion.

Diese grauenerregende Hexenjagd findet statt im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. SPD-Justizminister Krumsiek denunzierte die Vorwürfe als „Furz der Woche". Laut Max-Planck-Institut ist die Grenze der Ausgangspunkt jeder zweiten Anzeige wegen Abtreibung. Mit der Vehemenz der Inquisition werden die Frauen verfolgt, öffentlich angeprangert und verurteilt; in Westdeutschland werden alle Informationen über Frauen gespeichert, die abgetrieben haben. Die Arbeiterbewegung muß gegen die Schandparagraphen 218/219 kämpfen!

In der Ex-DDR geht die CDU mit ihrer Schmutzkampagne für das „ungeborene Leben" zum Angriff über, während die SPD die Frauen zu erniedrigenden Zwangs„beratungen" zwingen will. Überall in Osteuropa zielt die Konterrevolution gegen das grundsätzliche Recht der Frauen auf Abtreibung, als Teil des Kampfes der Kapitalisten, den Widerstand der Arbeiter zu zerschlagen und die Werktätigen in religiöse, sexuelle und soziale Normen zu zwängen. Das Recht auf Abtreibung und kostenlose Verhütungsmittel, genau wie das Recht auf Arbeit, waren Errungenschaften des ehemaligen Arbeiterstaats DDR, die wir verteidigen. Mit der reaktionären Kampagne dagegen soll die Familie als Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft gestärkt werden, die die Wurzel der besonderen Unterdrückung der Frau ist. Jetzt werden Hunderttausende von Frauen in Ostdeutschland mit ominösen Frauen„schutz"gesetzen von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, Kinderversorgungseinrichtungen werden geschlossen, Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche".

Trotz der grundlegenden Errungenschaften, die die Basis für die materielle Unabhängigkeit der Frau legten, hat die stalinistische Bürokratie mit ihrer Anbetung der „Familie als Keimzelle des Sozialismus" die Unterdrükkung der Frauen nicht beseitigt. Jetzt streiten sich die PDS-Abgeordneten, ob sie eher für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 auftreten sollen oder nur für die obszöne Fristenlösung, die dem Staat das letzte Wort läßt und die Frauen kriminalisiert.

Kommunisten kämpfen dafür, daß Frauen die Last des Haushalts und die Kindererziehung freiwillig auf qualifizierte gesellschaftliche Einrichtungen übertragen können. Nur die sozialistische Revolution kann die Basis für eine Gesellschaft der Gleichheit und des Überflusses schaffen und die Befreiung der Frauen erkämpfen.

KPD (ML): Wahre „Freunde der UdSSR"?

Teilweise hitzig verlief die Debatte „Lehren des Klassenkampfes zwischen 1919 und 1933" zwischen SpAD und Kommunistischer Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) am 17. Februar im Weddinger Linkstreff. Die KPD (ML) sieht sich in der Nachfolge der KPD unter Ernst Thälmann. Wie der Vorsitzende der KPD auf der Veranstaltung erklärte: „Vor zwei Jahren wäre es ganz unvorstellbar gewesen, sich mit Trotzkisten zu unterhalten oder gar Debatten zu führen." Durch den Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und die Krise in Gorbatschows Sowjetunion haben so manche die oft schmerzhafte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Stalinismus begonnen und sich mit dem Programm Lenins und Trotzkis auseinandergesetzt. Andere versuchen jedoch, Leo Trotzki, einen der beiden zentralen Führer der Russischen Revolution, mit Stalins Politik der Klassenkollaboration zu versöhnen. So auch die Genossen der KPD, die zwar anerkennen, daß nur die Spartakisten klipp und klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands kämpften und die Sowjetunion verteidigen — von Polen bis Afghanistan und gegen die baltischen Separatisten —, aber gleichzeitig hält die KPD weiter fest an ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Land".

Als Beispiel des proletarischen Internationalismus der Honecker-Clique wurde die deutsch-sowjetische Freundschaft in der DDR gepriesen. Wie aber die Situation der sowjetischen Soldaten tatsächlich aussah, schilderte eine SpAD-Rednerin mit einem Beispiel aus einem Gleiskombinat. Dort mußten die sowjetischen Soldaten die schwersten, dreckigsten und schlimmsten Arbeiten ausführen, sie erhielten kein Geld, nur schlechte Wurst, die man in einer Extra-Ecke in der Kantine für sie bereithielt. Sie mußten Arbeiten ausführen, die kein anderer tun wollte, so in der Elaste-Abteilung, wo sie im Sommer bei über 50 Grad Celsius schufteten. Die Rednerin beschrieb auch die entsetzlichen Arbeits- und Wohnbedingungen, unter denen vietnamesische Arbeiter in der DDR leben mußten, und endete: „Wo ist da die deutsch-sowjetische Freundschaft, wo ist da der Internationalismus, der muß schon tot gewesen sein zu der Zeit, wo Stalinismus war".

Freundschaft mit stalinistischen Regimen von Ulbricht und Breschnjew ist eben nicht Freundschaft mit der proletarischen Revolution, sondern im Gegenteil eine Versicherung gegen sie. Vom „Freund" und Schönfärber der UdSSR zum Patrioten der eigenen Bourgeoisie ist es kein großer Schritt. Bei der Veranstaltung hatte der Redner der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte ganz plötzlich sogar Buchenwald vergessen, als er die Verbrechen der amerikanischen Bourgeoisie gegen die Verbrechen der deutschen aufrechnete. Ein KPD-Redner trat gegen „Coca-Cola"-Imperialismus auf und denunzierte die amerikanische Arbeiterklasse als korrupt. Doch das Hochjubeln von „Antiamerikanismus", der von der SPD/PDS in die Arbeiterklasse getragen wird, spiegelt in Wirklichkeit nur deutschen Nationalismus wider. Das Vierte Reich braucht diesen Nationalismus, um im „deutschen Interesse" ein neues Unternehmen Barbarossa vorzubereiten. Wer wirklich die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen will, muß zurückkehren zum Weg von Lenin und Trotzki.



Spartakist

Leipzig, 27. Februar: Tausende ÖTV-Gewerkschafter marschieren gegen die Treuhand. Mit „Sozialplänen" wollen SPD- und DGB-Bürokraten die Arbeiterkämpfe gegen kapitalistisches Elend ersticken

Betriebsbesetzungen...

Fortsetzung von Seite 24

die Bundesregierung unter Druck zu setzen, haben IG-Metall-Bürokraten während der Tarifverhandlungen sogar über Betriebsbesetzungen geredet. Aber sie sind als echte Kampfmaßnahmen notwendig. Der Reichsbahnerstreik ist genau zu dem Zeitpunkt von der SPD abgewürgt worden, als Bundesbahner sich anschlössen, weit die Bürokraten von GdED und DGB die Ausweitung fürchteten. Die Ausweitung der ostdeutschen Arbeiterkämpfe auf das machtvolle, organisierte Proletariat im Westen ist jedoch der Schlüssel.

Die SPD tritt für einige Krümel wie die Verlängerung der Kurzarbeit ein, nur um den Widerstand der Arbeiterklasse zu dämpfen. Aber die Arbeiterklasse braucht eine Führung, die Massenstreiks und Betriebsbesetzungen in Ost und West organisiert durch gewählte Streik- und Fabrikkomitees, um gegen Massenarbeitslosigkeit und die um sich greifende Verarmung der Werktätigen zu kämpfen. So wird die Frage gestellt: wer hat die Macht — die Kapitalisten, die nur Massenverarmung und Zerstörung hervorbringen, oder die Arbeiter, die die Räder der Industrie zum Stillstand bringen können, um ihren Lebensunterhalt zu verteidigen.

Schafft die Arbeitsplatzvernichter ab!

Als sich am 13. Februar tausend Interflug-Arbeiter vor der Treuhand versammelten, wurde Tacheles geredet: Mit dem Ruf „Treuhand raus!" versuchten Arbeiter, die Treuhand zu stürmen. Die Lügen des Herrn Kohl haben ausgespielt: „Treuhand = Kohls Mafia" und „Liquidiert die Treuhand" wurde gefordert. Aber eins fehlte: die Treuhand stellt die Große Koalition dar. So ist der verhaßte Detlef Rohwedder SPD-Mitglied, wie auch die ÖTV-Bürokraten am Lautsprecherwagen. In Gesprächen mit den Interflug-Arbeitern haben die Spartakisten vorgeschlagen, sofort eine mobile Streikpostenkette aus allen 1000 Demonstranten zu organisieren und zum Flughafen Tegel in Westberlin zu marschieren, um dort die Arbeiter von Lufthansa herauszubringen und Tegel dichtzumachen. Statt dessen mußten die Arbeiter zwei Stunden bei eiskaltem Wetter herumstehen, um am Ende, wie immer, von den Bürokraten mit leeren. Händen nach Hause geschickt zu werden.

Die Treuhand ist von der Modrow-Regierung gegründet worden, um die DDR-Wirtschaft möglichst glatt den Kapitalisten zu übergeben. Jetzt fordert *Neues Deutschland* die „Demokratisierung" der Treuhand: wenn schon enteignet, dann bitte „demokratisch". Auf jeden Fall ist *ND* (7. März) entschieden gegen eine „Abwicklung der Treuhand", denn: „Ostdeutschland ist noch ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Insofern hat eine Zentrale ihre Berechtigung." Daß die Treuhand Organ einer Regierung ist, die die Interessen von Deutscher Bank, Daimler-Benz, Siemens und BASF vertritt, stört diese Volksfront-Ideologen wenig.

Die Treuhand dirigiert den teuflischen Plan des Kapitals, die Arbeiter im Osten in Massenarbeitslosigkeit zu stürzen, um die Löhne und Sozialleistungen im Westen zu senken, indem die Arbeiter Ost gegen die Arbeiter West ausgespielt werden, besonders gegen die Immigranten, um damit die Einheit der Arbeiterklasse zu zerreißen. Die Lösung ist nicht einfach, die Treuhand zu stürmen, sondern die Arbeiter müssen die Betriebe besetzen, um zusammen mit den Arbeitern im Westen Entlassungen und Stillegungen von Betrieben und Einrichtungen zu verhindern.

Das Bild aus dem „goldenen Westen": Preise steigen, Mieten explodieren, Kohl (versprochen ist gebrochen) greift unverschämt in die Brieftaschen der Arbeiter, um den Golfkrieg und die „Kosten der Einheit" zu finanzieren. „Kosten der Einheit" bedeutet im Klartext Entschädigungen für IG Farben und alte Nazis, während frühere Zwangsarbeiter leer ausgehen sollen.

Fortgesetzt auf Seite 8

Stoppt Nazi-Terror gegen Flüchtlinge!

Am 23. Februar prügelten 30 Nazis in Leisnig, Sachsen, mit Fahrradketten, Zaunlatten, Spaten und Eisenstangen auf fast 60 Asylbewerber ein, unter Rufen wie „Scheiß: Ausländer". Die Asylsuchenden aus Eritrea, Pakistan, Indien und der Türkei fliehen aus dem sächsischen Ort in den Westen nach Hessen. Sie wollen sicher sein vor Nazis, aber auch weg von den täglichen Diskriminierungen und abscheulichen Lebensbedingungen im Gebiet der ehemaligen DDR. Von den Landesregierungen würden sie hinter Elektrozäune und Stacheldraht in Lager gesteckt, ohne Toiletten, ohne Küchen. Einige von ihnen wurden schon gewaltsam in den Osten zurückgeschleppt. Geradezu tragisch ist es, daß viele Flüchtlinge im Westen unterzukommen hoffen, wo für Roma und Cinti, Tamilen und Pakistaner schon jahrelang Lager gebaut wurden, die den „Lebens"bedingungen im Osten ähneln, und wo diese Menschen von der Polizei verfolgt und terrorisiert werden.

Wir Spartakisten rufen dazu auf: *Verteidigt Immigranten gegen faschistische Angriffe! Volle Staatsbürgerrechte, sofort! Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen aus den umliegenden Betrieben müssen den Schutz der Immigranten übernehmen und dem faschistischen Pack eine kräftige Lehre erteilen!* Die braune Nazipest erhebt ihr blutiges Haupt nicht nur gegen Asylsuchende, sondern verstärkt auch gegen sowjetische Soldaten. Die Rotarmisten in Leisnig (fast 2000 Mann stark) sollten sich mit den bewußtesten und entschlossensten Arbeitern verbinden und Schluß machen mit dem blutigen Naziterror. *Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktionen!*

Den Kampf gegen die Rottenhunde des Vierten Reichs zu organisieren ist dringender denn je. Seit dem Schlachtruf „Deutschland, einig Vaterland" verbreiten die Faschisten verstärkt ihren Terror. Aufgrund der offiziellen rassistischen Politik der Regierung, die sowjetischen Juden die Einreise verbietet, und der von Lafontaine (SPD) geschürten Pogromhetze gegen Cinti und Roma vergeht kein Tag, ohne daß türkische Arbeiter oder dunkelhäutige Bürger auf den Straßen Angriffen ausgesetzt sind. Die antikommunistische Hexenjagd auf Linke, Schriftsteller und Bürgerrechtler schafft ein rassistisches Klima, das, bei jetzt fast 5 Millionen Arbeitslosen und bei der Verzweiflung von Millionen Menschen ohne Arbeit und Zukunft, den Nährboden liefert für die Nazis. *Der Spiegel* (11. März) warnt, „daß im Herbst 1991 im Großraum Berlin die Arbeitslosigkeit höher sein werde als im Jahre 1932", ein Jahr, bevor die Nazis an die Macht kamen. Um die Faschisten zu stoppen, sind energische Arbeiteraktionen notwendig, und sie müssen gestoppt werden, solange sie noch *wenige* sind! Aber die PDS fordert jetzt: „die Zuweisung von Flüchtlingen sollte ... ausgesetzt werden" — die Ex-DDR also „ausländerfrei" gemacht werden? Schon unter der Modrow-Regierung begannen die Massenabschiebungen der polnischen, mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter, und die PDS weigerte sich *jetzt*, arabische und kurdische Opfer des politischen Maulkorberlasses zu verteidigen. Nun gießen sie ÖJ ins Feuer der „Empörung" im Westen über den Rassismus im Osten. Dies nutzt die Bourgeoisie zu einer heuchlerischen Kampagne, „40 Jahre Kommunismus" hätten diese schrecklichen Kreaturen hervorgebracht.

Aber die größte antifaschistische Demonstration in der deutschen Geschichte, mit über 250 000 Menschen, fand im Treptower Park in Berlin/DDR am 3. Januar 1990 statt. Diese von den Spartakisten initiierte Einheitsfrontaktion gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals, die von der SED-PDS aufgegriffen wurde, ist ein Beispiel, von dem wir viele brauchen. Wir müssen die Macht der Arbeiterklasse entfesseln, um gegen Rassismus, Antisemitismus und Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen. Für Arbeiteraktionen gegen Naziterror!«

Betriebsbesetzungen...

Fortsetzung von Seite 7

Solange die DDR existierte, versorgten die Kapitalisten Westberlin vom Tropf, ,um strahlende Schaufenster am Kudamm zu halten. Damit ist Schluß; die Zulagen werden gestrichen, Berlin wird auf das Niveau der „neuen Bundesländer" hinuntergedrückt. Konzerne wie SEL, Philips und Leica wollen Tausende entlassen, und nicht nur in Berlin, auch in Hamburg, Aachen usw.

SPD - Trojanisches Pferd der Konterrevolution

Die in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt versprochene Angleichung an die Westlöhne *ab 1994* ist ein zynischer Witz. Bis dahin sollen Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verlieren. Kein Wunder, daß die Arbeiter von Waggonbau Ammendorf und anderen Betrieben diesen Abschluß als Augenwischerei empört abgelehnt haben. Im Westen fordern die Gewerkschaftsbonzen lächerliche 10 Prozent Lohnerhöhung, was noch nicht einmal zum Ausgleich der Steuererhöhungen und der Inflation reicht. Die SpAD fordert: *Gleicher Lohn ßr gleiche Arbeit, jetzt!*

Es ist kein Zufall, daß die SPD als erste Steuererhöhungen gefordert hat, wohl wissend, daß jede D-Mark im Rachen der Kapitalisten mehr Rationalisierung, mehr Arbeitshetze und mehr Arbeitslose bedeutet. Die SPD hat 1914 für die Kriegskredite ihrer eigenen Bourgeoisie gestimmt. Nach dem US/NATO-Massenmord am Golf fordert die SPD jetzt Grundgesetzänderungen, um die Bundeswehr ins Ausland zu schicken — damit das Vierte Reich in Zukunft *im deutschen Interesse* marschbereit ist.

Die SpAD kämpfte für *politische Streiks gegen den Krieg gegen den Irak.* Genau wie bei den Angriffen auf die Werktätigen hier ist es der imperialistische Drang nach Profiten, der zum mörderischen Krieg gegen die irakische Bevölkerung führte. Das haben die Arbeiter der Neptun-Werft in Rostock auch erkannt, als sie bei ihren Demonstrationen gegen die Massenentlassungen gegen den Irak-Krieg protestierten. In Hamburg führte unsere Forderung nach einem eintägigen stadtweiten Streik zum ersten Mal seit Jahren bei einer Vertrauensleutekörper-Sitzung im Hafen zu einer politischen Debatte.

Arbeiterwiderstand muß organisiert werden!

„Das lassen wir nicht mit uns machen!", sagte ein Werftarbeiter und drückte damit die Stimmung von 4000 Arbeitern aus, die am 26. Januar gegen die drohende Stillegung der Neptun-Werft in Rostock demonstrierten. Am 20. Februar sprach ein Hamburger Hafenarbeiter und Spartakist-Unterstützer vor demonstrierenden Arbeitern der Neptun- und Warnow-Werft in Rostock: „Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen und Stillegungen! Schickt Delegationen zu westdeutschen Werften und Häfen! Es gibt keine Grenze mehr! Warum findet diese Aktion nur in Mecklenburg-Vorpommern statt? Frank Teichmüller ist IG-Metall-Vorsitzender in Hamburg. Warum gibt es hier keine Delegation aus Hamburg,



Interflug-Arbeiter kämpfen um ihre Existenz. Spartakisten schlugen vor, mit Streikpostenketten zum Flughafen Tegel zu gehen, um die Solidarität der Lufthansa-Kollegen zu gewinnen

Berliner Kurier

Bremen oder Kiel? Was für eine Politik ist das? Das bedeutet Isolierung, Spaltung und langsames Sterben. Wir brauchen gemeinsame Streiks und Aktionen — in Ost und West, Frau und Mann, Deutsche und Immigranten!"

Um den Kampf zu organisieren, müssen die Arbeiter selbst die besten und entschlossensten Kollegen in Streikkomitees wählen, diese Streikkomitees müssen effektive Streikposten und die Ausweitung des Kampfes organisieren. Denn gegenwärtig wird alles getan, um eine Verbindung der kämpfenden Arbeiter untereinander zu verhindern und so den vereinzelten Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Es müssen Delegationen in die anderen Betriebe geschickt werden, besonders im Westen, und Streik- sowie Besetzungsleitungen müssen miteinander verbunden werden, damit stärkere Betriebe die schwächeren unterstützen können.

Trotzki schrieb 1938 im *Übergangsprogramm*, gestützt auf die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise:

> „Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen die Arbeiter und die Arbeitslosen in der *Solidarität einer gegenseitigen Verantwortung* verbinden. Auf dieser Grundlage würde die gesamte vorhandene Arbeit unter alle vorhandenen Arbeiter aufgeteilt, und so die Länge der Arbeitswoche bestimmt. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie in der alten Arbeitswoche. Die Löhne sollen, bei einem streng garantierten *Minimum*, der Preisbewegung folgen. Für die heutige Periode der Katastrophen ist kein anderes Programm annehmbar... Es handelt sich nicht um einen .normalen' Zusammenstoß zwischen entgegengesetzten materiellen Interessen. Es handelt sich darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Untergang zu bewahren. Es geht um Leben oder Tod der einzigen schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, dann soll er zugrundegehen."

Es geht also um die Macht. Gerade deshalb muß die kämpfende Arbeiterklasse alle Unterdrückten der Gesellschaft um sich scharen: Rentner, denen man Hungerhilfen statt anständige Renten gewährt; Jugendliche, die ohne Zukunft und Ausbildung dastehen. Polikliniken, Krippen und Kindertagesstätten werden zerschlagen. Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche", während kranke Polizeihirne Frauen, die aus den Niederlanden einreisen, „medizinischen Untersuchungen" unterwerfen, um festzustellen, ob sie abgetrieben haben. Gleichzeitig werden selbst die mageren Gelder für Aids-Patienten gestrichen. Die gleichen Heuchler, die den Schandparagraphen 218 verteidigen, muten uns zu, Kirchensteuer zu zahlen. Weg mit beidem!

Die Bourgeoisie von Auschwitz nutzte den Golfkrieg, um ihr rassistisches Ausländergesetz zur Knebelung und polizeilichen Überwachung von Immigranten einzusetzen, die zu den kämpferischsten Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse zählen. Aus den Poren der Gesellschaft kriecht die so ermutigte braune Pest, die im alten Geist die Verzweiflung in Haß auf Immigranten ummünzen will. Die Bosse wollen ein Gefühl von „Deutschen zweiter Klasse" erzeugen, die nur im Kampf gegen eine noch rechtlosere „dritte Klasse" Bestätigung finden können. Sie hoffen, als Urheber des Elends mit heiler Haut davonzukommen, indem sie Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, und Massenarbeitslosigkeit ist für die Nazis ein ertragreicher Boden. Die Arbeiterbewegung darf diesem Abschaum keinen Fußbreit überlassen. Zerschlagt die Faschisten durch Arbeitereinheitsfronten, organisiert gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen, um unsere Kollegen, Immigranten, Asylanten, Jugendliche, sowjetische Soldaten und Asylbewerber zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Wir brauchen eine revolutionäre Partei, die die Kämpfe *aller* Unterdrückten verbindet mit dem Klassenkampf der Arbeiter. Von Anfang an haben wir Spartakisten in den Betrieben und auf der Straße gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und ihre katastrophalen Auswirkungen gekämpft. Wir kämpfen darum, die bewußtesten Arbeiter zu gewinnen und eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die fähig und bereit ist, den Arbeiterwiderstand zu organisieren, um die Macht des Kapitals zu brechen und eine Arbeiterregierung zu errichten. Schließt euch uns an!«

Spartakist-Treffpunkte

Berlin — Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle — Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Proimperialistische „Demokraten", Hardliner und Gorbatschow

Wohin geht die Sowjetunion?

Das Vorgehen Moskaus gegen die baltischen Separatisten, das die westlichen Imperialisten so verärgert hat, fand im Zusammenhang einer Wende des Gorbatschow-Regimes statt, um das zerfallende System zu stützen. Herr Perestroika ruft jetzt zunehmend nach Gesetz, Ordnung und Disziplin, Der KGB wurde instruiert, gegen illegale Profitmacherei und „ökonomische Sabotage" vorzugehen. Armeepatrouillen ergänzen die Polizei bei der Kontrolle der großen Städte.

Es ist klar, daß es eine gewisse Wende gegeben hat. Aber wie entscheidend oder dauerhaft ist sie? Das Zurückdrängen der baltischen Separatisten und die Wende in Richtung Recht und Ordnung sind nur eine *Episode* in der unheilbaren Krise der stalinistischen Herrschaft in der UdSSR. Die bürokratische Kreml-Elite zerfällt und polarisiert sich. Auf der einen Seite gibt es die verhätschelten Kinder von Stalins Apparatschiks, die wie amerikanische oder deutsche Aufsteiger leben möchten. Diese Unterstützer des „freien Marktes" wollen die Fabriken, Bergwerke und Ölfelder, die durch den Schweiß und das Blut der Arbeiter aufgebaut wurden, an Wall Street und die Frankfurter Bankiers ausverkaufen und den Gewinn einstecken. Sie nennen sich „Demokraten".



Raymer/National Geographic

Maifeier auf dem Roten Platz, 1990: Ein pensionierter Offizier der Sowjetarmee tritt antikommunistischem Demonstranten entgegen

Auf der anderen Seite gibt es die stalinistischen Apparatschiks, Militärs und KGB-Leute, die zu den Tagen zurückkehren wollen, als sie die Befehle gaben. Sie appellieren an großrussischen Nationalismus und sogar an üble antisemitische Demagogie. Sie nennen sich „Patrioten".

Was bei der gegenwärtigen ideologischen Polarisierung fehlt, ist die sowjetische Arbeiterklasse. Streiks und Massenproteste gegen die von Gorbatschow geplanten scharfen Preiserhöhungen werden weiter eskalieren. Arbeiterkämpfe zur Verteidigung der sozialen Gleichheit und der Aufbau eines authentischen leninistischen Attraktionspols würden die gegenwärtige Ausrichtung der Kräfte innerhalb der Bürokratie und der Intelligenz zertrümmern. Einige Intellektuelle, die jetzt die „demokratische" Opposition unterstützen, und auch viele sowjetpatriotische Militärs würden auf die Seite der kampfbereiten Massen übergehen. Zur gleichen Zeit würden etliche „Marktwirtschaftler" mit den stalinistischen Hardlinern einen Block bilden, um den Arbeiterwiderstand zu unterdrücken.

Heute fürchten viele sowjetische Werktätige zu Recht, daß der Zerfall der UdSSR blutige nationalistische Auseinandersetzungen entfachen wird (wie jetzt im Kaukasus), während die Überreste Halbkolonien des Imperialismus werden. Der multinationale sowjetische Staat kann nur durch wirkliche Gleichheit und Gerechtigkeit für all seine Völker auf einer sozialistischen Basis erhalten und regeneriert werden. Dafür ist es notwendig, zum proletarischen Internationalismus der Bolschewiki zurückzukehren, die entschieden gegen alle Formen des Nationalismus kämpften, auch und besonders gegen den großrussischen Nationalismus.

Litauische Sajudis an der Spitze der Konterrevolution

Als Leninisten und Internationalisten stehen wir für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Selbstbestimmungsrecht für jede Nationalität mit einer Führung, die *gegen* Konterrevolution ist, sich so weit zurückzuziehen, wie sie es für angemessen hält. Die baltischen Separatisten wollen jedoch eine blutige kapitalistische Konterrevolution herbeiführen. Hinter ihren Appellen für „demokratische" Rechte haben sie eine bösartige *anti*demokratische, tatsächlich rassistische Politik gegenüber den nichtbaltischen sowjetischen Völkern betrieben, die in diesen Republiken leben. Zum Beispiel wurden die Parlamente, die die „Unabhängigkeit" erklärt haben, in einem Wahlgang gewählt, der viele der sowjetischen Bürger ausschloß, die in Litauen, Lettland und Estland leben.

Das Sajudis-Regime von Landsbergis hat am unverhohlensten gezeigt, daß es vorhat, den Kapitalismus auf Grundlage der Verelendung der Arbeiterklasse zu restau-

Kehrt zum Weg Lenins und Trotzkis zurück!
Für eine Sozialistische Union von Sowjetrepubliken!

deren. Das ökonomische Programm von Landsbergis könnte vom *Wall Street Journal* oder vom *Handelsblatt* diktiert worden sein und war es vielleicht auch: Es fordert das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Land, will ausländische Investitionen anlocken und sogar verbieten, Fabriken in Kollektiveigentum zu überführen, Preise sollen auf dem freien Markt entschieden werden.

Genau wie bei der kapitalistischen Konterrevolution stehen die litauischen Nationalisten auch an vorderster Front beim imperialistischen Drang zur Zerstückelung der UdSSR. In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* (11. September 1990) rief Landsbergis die NATO dazu auf, eine neue Kalte-Kriegs-Offensive zu starten: „Wir denken, daß der Westen zu zurückhaltend ist; zu zurückhaltend, weil er keine Komplikationen mit den Sowjets riskieren will. Sie könnten die Sowjets viel stärker zurückdrängen, denn die Sowjets sind am Rande des Zusammenbruchs und ziehen sich von allen Eroberungen zurück, und dieser Rückzug könnte das Baltikum einschließen."



Sowjetbürger vor einer Bank, als die Regierung 50- und 100-Rubelnoten einzog. Perestroika schafft ökonomisches Chaos

Wochenpresse

Das Sajudis-Regime hat gezielt sowjetische Soldaten und Offiziere provoziert, die in Litauen stationiert sind. Sie werden auf der Straße verhöhnt, ihre Kinder werden in der Schule zusammengeschlagen, Denkmäler der Roten Armee, die ihren Sieg über Nazi-Deutschland ehren, werden zerstört. Das Landsbergis-Regime hat sowjetischen Soldaten das Recht auf Wohnraum weggenommen und ihren Kindern das Recht auf Schulbildung. Der Kommandant eines Fallschirmjäger-Regiments, das in Kaunas stationiert ist, stellte die sowjetische Militärintervention in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968, die er verurteilte, der gegenwärtigen Situation in Litauen gegenüber: „Dort haben sie Demokratie niedergeschlagen. Hier gibt es keine Demokratie. Es ist eine wirklich faschistische Diktatur."

Die westlichen bürgerlichen Medien stellen die Gegner der baltischen Abtrennung, die sich jetzt um „Komitees der Nationalen Rettung" organisieren, als einfache Agenten oder Handlanger Moskaus dar. Doch ein großer Teil der Bevölkerung in den baltischen Staaten, die stark in der Arbeiterklasse konzentrierten Russen, Ukrainer, Belorussen und anderen Nationalitäten, würden die ersten direkten Opfer des Drangs zur kapitalistischen Ausbeutung sein. Eine Woche vor dem Zurückschlagen der baltischen Nationalisten in Vilnius Mitte Januar gab es Massendemonstrationen von Russen, Polen und auch ethnischen Litauern gegen den. ursprünglichen Plan des Sajudis-Regimes, Preiserhöhungen um *200 bis 800 Prozent* durchzuführen! Diese Proteste weisen auf die Möglichkeit hin, die multinationale Arbeiterklasse von Vilnius bis Moskau zu vereinen im Kampf gegen die Kräfte der blutigen Konterrevolution.

Gorbatschows gegenwärtige Wende ist nicht einfach eine Reaktion auf die Provokationen der baltischen Sezessionisten. Sie ist auch eine Antwort auf die Kampagne der „demokratischen" Opposition, die jetzt von Boris Jelzin von seiner Machtbasis aus als Präsident der Russischen Republik geführt wird. Jelzin drohte damit, eine eigene Währung herauszugeben und eigene Streitkräfte der Russischen Republik aufzustellen. Nach dem Muster einer ökonomischen Kommission des Weltbank-Kartells (Internationaler Währungsfonds, Weltbank usw.), das der Sowjetunion eine „Schockbehandlung" wie in Polen „empfahl", drohte Jelzin, *90 Prozent* des Beitrags der Russischen Republik für das zentrale sowjetische Budget einzubehalten.

Angesichts der politischen Offensive und Provokationen der von Jelzin geführten „Demokraten" inmitten zunehmender nationalistischer Unruhe und ökonomischem Chaos wandte sich Gorbatschow um Unterstützung an die alten stalinistischen Apparatschiks, die er zuvor abgewertet und sogar beschimpft hatte. Doch Gorbatschows „konservative" Wende ist von ziemlich *begrenztem* Charakter. Seine letzten ökonomischen „Reformen" dienen dazu, die Werktätigen, einschließlich der ärmsten Schichten, für jahrelange gröbste bürokratische Mißwirtschaft zahlen zu lassen.

Am Tag der sowjetischen Armee, dem 23. Februar, versammelten sich nach dem Aufruf eines Sprechers der Streitkräfte mehrere Hunderttausende Menschen auf dem Manegenplatz in der Nähe des Kreml unter der Losung „die Partei und die Armee sind eins". Zu der Demonstration hatte auch die „Sojus" (Union) aufgerufen, eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten russisch-nationalistischer stalinistischer Hardliner. In der allgegenwärtigen Krisenatmosphäre in der Sowjetunion erklärte der Sojus-Sprecher Oberst Viktor Alksnis: „Unsere Nachkommen werden uns verfluchen, wenn wir die Union zusammenbrechen lassen", und warnte vor der Gefahr eines „Bürgerkriegs". Bei seiner Verurteilung derjenigen, die sagen: „Nieder mit dem Imperium", appellierte Alksnis offen an reaktionären russischen Nationalismus, indem er sich auf die „Vorfahren" berief, „die auf dem Schlachtfeld von Borodino gefallen sind", als sie in der zaristischen Armee gegen Napoleon kämpften.

Der Platz und die Nebenstraßen waren eine Flut von Menschen mit roten Bannern. Als Antwort auf den Führer der Russischen Republik, Boris Jelzin, den Liebling der prowestlichen „Demokraten", der letzte Woche provokativ im landesweiten Fernsehen den Rücktritt des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow gefordert hatte, gab es Plakate wie „Verräter Jelzin, tritt ab" und „Jelzin bedeutet Bürgerkrieg". Es gab auch Plakate, die den Krieg der USA gegen den Irak verurteilten, darunter „Bush! Beende das Bombardement und vernichte nicht die Bürger des Irak". Aber neben Bannern mit der Losung „Hände weg von Lenin" gab es auch monarchistische Embleme, und die Demonstration war durchsetzt von offenen Antisemiten, die Plakate hatten mit dem Davidstern direkt neben dem Wort „Feind".

Zunehmend haben sich Militärs als Führer der „konservativen" stalinistischen Kräfte angeboten. Viele westliche Beobachter überlegen sich jetzt, daß Gorbatschow zu einem Gefangenen der Hardliner im Militär geworden

Fortgesetzt auf Seite 21

Rassismus des Vierten Reichs: Immigranten sind Zielscheibe

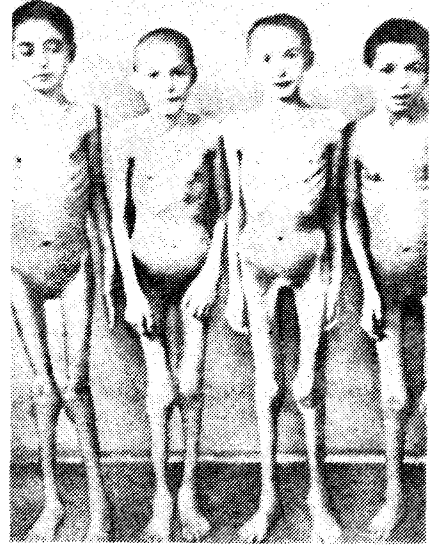
Stoppt die Verfolgung der Roma und Cinti!

Seit Monaten betreibt das Vierte Reich des deutschen Imperialismus eine massive rassistische Kampagne gegen „Flüchtlingsströme" aus dem Osten, die sich besonders gegen Opfer des Nazi-Völkermords richtet, gegen Roma und Cinti. Dabei profiliert sich besonders Lafontaines Sozialdemokratie mit reaktionären Angriffen auf das zumindest auf dem Papier existierende Asylrecht. Gleichzeitig gibt es fast täglich mörderische Nazi/Skinhead-Angriffe auf Flüchtlingslager, in denen die Menschen unter entsetzlichen Bedingungen leben müssen. Allein in den letzten zwei Wochen wurden mehrere der erbärmlichen Lager in der Ex-DDR überfallen, wo Asylbewerber unter unmenschlichen Bedingungen eingepfercht sind. Die Immigranten flüchteten aus Angst um ihr Leben nach Westdeutschland, wo ihnen jetzt die Abschiebung droht.

Jetzt will der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Herbert Schnoor 5000 Roma aus Düsseldorf nach Skopje in Jugoslawien abschieben, wo Deutschland spezielle Gettos für sie errichtet. Der saarländische SPD-Innenminister Läpple fordert die generelle Abschiebung von Flüchtlingen aus Staaten, „in denen sich jetzt demokratische Verhältnisse durchsetzen". Wie schon bei der Konterrevolution in der Ex-DDR, wo sich die SPD als Speerspitze der Konterrevolution erwiesen hat, steht sie in vorderster Front bei dem dreckigen Geschäft, Flüchtlinge in die „Demokratie" Osteuropas zurückzujagen. In Wirklichkeit lebt mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime all der alte chauvinistische, faschistische und antisemitische Dreck wieder auf, und die Roma und Cinti sind unter den ersten Opfern. Nachfolgend drucken wir einen leicht erweiterten Artikel aus *Women and Revolution* Nr. 38, Winter 1990/91, der Zeitung der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

BERLIN — In den letzten Jahren, als sich die stalinistischen Regime in Osteuropa mehr und mehr aufgelöst haben, sind Tausende von Roma über die Grenzen in den Westen gekommen — aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien. Es ist die größte Bevölkerungsverschiebung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei weitem die meisten kommen aus Rumänien; dort bilden die Roma mit über zwei Millionen die stärkste Minderheit nach den Ungarn. Hunderte von Flüchtlingen, die in praktisch allen deutschen Städten Asyl suchen, werden in eilig errichtete „Unterkünfte" eingepfercht — unbenutzte U-Bahnhöfe, leerstehende Kasernen, Schulsporthallen, Zelte. Zum Straßenbild in den Städten gehören jetzt Roma-Familien, die in Bahnhöfen kampieren; Frauen oder Kinder, manchmal mit Musikinstrumenten, die auf stark frequentierten Bürgersteigen betteln. Behörden kommentieren unterkühlt das „Zigeunerproblem": „Wo die alle bleiben, wissen wir auch nicht." Die Roma, in Deutschland Roma und Cinti (die seit Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum leben), werden von der Polizei verfolgt; sie werden von einem Ort zum anderen getrie-





2000 Demonstranten 1979 in Bergen-Belsen verlangen Entschädigung für Roma-Opfer der Nazis. Oben: Cinti und Roma wurden in den KZs in „medizinischen Experimenten" gefoltert

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

ben, zusammengeschlagen und mit Füßen getreten, von mordsüchtigen Skinheads überfallen. In unserer Klassenkampf-Wahlkampagne bei den Bundestagswahlen im Dezember hat die Spartakist-Arbeiterpartei die Forderungen in den Vordergrund gerückt: Stoppt alle Abschiebungen von Roma! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die Roma flüchten aus Osteuropa aus Angst um ihr Leben. Während die stalinistischen Regime zusammenbrechen und die Länder Osteuropas in eine unkontrollierte Marktwirtschaft gestürzt werden, ergießt sich über das ganze Gebiet eine Flut allseitigen Rassismus. Und die Roma trifft dieser Rassismus zuerst und am härtesten. Die bürgerlichen Ideologen feiern den „Tod des Kommunismus", aber die Rückkehr der kapitalistischen Ausbeutung hat auch die Wiederauferstehung all des nationalistischen, antisemitischen, antikommunistischen Abschaums mit sich gebracht, der die Region vor dem Sieg der Roten Armee 1945 dominierte. Der Pogrom-Wahnsinn wendet sich gegen die sehr sichtbaren, historisch geschmähten Roma, die in allen Ländern Europas jahrhundertelang dem Haß ausgesetzt waren. Verleumdet und verteufelt als „Verbrecher", „Parasiten" und „Gesundheitsgefahr", werden die Roma aus den Poren der Gesellschaft der osteuropäischen Länder hinausgepreßt. Es ist nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch, der die Roma vertreibt, sondern mörderische Angriffe auf sie und ihre Kinder, einfach, weil sie Roma sind. So fliehen sie nach Deutschland, und dort werden sie konfrontiert mit der Bigotterie des Vierten Reichs, des Erben von Hitlers Nazi-Reich, das 500000 Roma und Cinti im Holocaust hinschlachtete.

Osteuropa: „Marktwirtschaft" und Rassismus

Die Pogrome werden durch die gegenwärtigen osteuropäischen Regime toleriert. Vor 50 Jahren waren es in Ungarn die faschistischen Milaschi, in Albanien die Balisti, in Kroatien die Ustascha, die Roma und Cinti ermordeten. Heute findet die nationalistisch-rassistische Losung „Rumänien den Rumänen", die von Hitlers Verbündeten Antonescu stammt, neuen Anklang. Für die Ermordung von etwa 300000 Roma ernteten er und seine Eiserne Garde überschwengliches Lob vom „Führer". Die Erben der Eisernen Garde, die faschistoiden Vatra Romaneasca, rufen zu einem neuen „blutigen Kampf gegen die Zigeuner" auf. Im letzten März eilten Roma bei einer blutigen Straßenschlacht einer Gruppe von Ungarn zu Hilfe, die von Nationalisten angegriffen worden war. Aber als die Polizei ankam, verhaftete sie hauptsächlich Roma.

Auch in der CSFR, wo etwa 800000 Roma leben, sind sie immer stärkeren Angriffen ausgesetzt. In Novy Bor in Nordböhmen und in anderen Städten herrscht seit Monaten eine regelrechte Jagd auf Roma. Roma-Kinder werden von Skinheads gejagt und zusammengeschlagen: sie trauen sich nicht mehr in die Schule. Der Prager Staatsanwalt drückte es lapidar aus: „Die Tschechen können die Slowaken nicht leiden, die Mähren die Slowaken nicht und die nicht die Tschechen. Sie haben nur eines gemeinsam: Alle hassen die Zigeuner" *(Der Spiegel,* 3. September 1990). In der Slowakei erhalten Roma-Frauen eine Kopfprämie, wenn sie sich sterilisieren lassen. In vielen Fällen geschieht dies im Kreißsaal ohne ihr Wissen oder ihre Einwilligung. Aus allen Teilen Jugoslawiens (wo es 750000 bis eine Million Roma gibt) gibt es Berichte über gewalttätige Angriffe, blutige Verprügelungen und Ermordungen von Roma durch Faschisten/Skinheads. Und in der serbischen Stadt KurSumlija tat die Polizei eine Reihe von „mysteriösen" tödlichen



Spartakist

Berlin, 19. September 1990: Spartakisten protestieren gegen den Judenstopp des Vierten Reichs

„Unfällen" mit dem Kommentar ab: Es schade nicht, wenn „noch mehr von denen brennen".

Dies ist das wahre Gesicht der „Freiheit vom Joch stalinistischer Unterdrückung", die von den verlogenen bürgerlichen Ideologen so bejubelt wird: Blutgier, die von Ostdeutschland bis Jugoslawien und in der Sowjetunion entfesselt wird, in dem Drang, „freie Marktwirtschaften" zu errichten nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Ohne die Alternative des organisierten Klassenkampfes facht die ökonomische Unsicherheit religiösen, nationalistischen und ethnischen Haß an. Der „freie Markt" fördert diese blutigen Auseinandersetzungen lediglich, so wie er die wirtschaftliche Konkurrenz entlang nationaler und religiöser Linien fördert. Und in allen osteuropäischen Ländern sind die Roma, mindestens vier Millionen an der Zahl, die Allerärmsten: sie haben die niedrigste Lebenserwartung, die höchste Analphabetenrate und die höchste Kindersterblichkeit.

Meistens weigerten sich die stalinistischen Bürokratien in der Vergangenheit, die Roma als offizielle Minderheit anzuerkennen; sie hüllten selbst ihre Existenz in Schweigen und hielten so die Ignoranz — sogar über den von den Nazis verübten Völkermord an den Roma — aufrecht. Stalinistische Pläne, den Roma zu „helfen", ihre nomadisierende Lebensweise zu beenden und sie zu „assimilieren", waren oft einfach Nötigung und taten wenig, um die rückständigen Lebensbedingungen zu lindern. Und trotzdem waren die Roma vor dem offenen, gewalttätigen Rassismus geschützt. In Jugoslawien zum Beispiel gab es Bemühungen, Roma-Kindern Schulunterricht in der eigenen Sprache zu erteilen. Alle überlebenden Roma und Cinti, die innerhalb der Grenzen des ehemaligen ostdeutschen Arbeiterstaates lebten, bekamen 1949 die Staatsbürgerschaft und erhielten, wie alle anerkannten Verfolgten des Faschismus, eine großzügige Ehrenrente. Aber wie wir in *Spartakist* Nr. 73 (3. Juli 1990) schrieben:

> „Die stalinistischen Regime in Osteuropa konnten einiges von dem reaktionären Gesindel, das historisch diese Region geplagt hat, unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen für seine Eliminierung. Wirtschaftliche Autarkie, bürokratisches Herumkommandieren, Nationalismus, die Beschwichtigung des Imperialismus, die durchgehende Fälschung der Geschichte, die Unterdrückung des unabhängigen politischen Lebens der Arbeiterklasse — dies sind die

Fortgesetzt auf Seite 14



Bundeswehr errichtete Zelte in Hagen für Roma-Flüchtlinge aus Rumänien. SPD-geführte Hexenjagd gegen Roma schürt rassistischen Terror in ganz Deutschland

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 13

Merkmale der stalinistischen Regime in der Sowjetunion und Osteuropa gewesen."

Karl Marx bemerkte zwei Jahre, bevor er und Engels das *Kommunistische Manifest* schrieben: Ohne die Entwicklung der Produktivkräfte, die nur möglich ist auf internationaler Ebene, wird nur der Mangel verallgemeinert; der Streit um das Notwendige beginnt wieder, und „die ganze alte Scheiße stellt sich her". Wieder einmal sind die Roma ein Volk, für das es keinen Platz auf dem ganzen Planeten zu geben scheint.

Ganz unten: Die Wurzel der Unterdrückung

Heute zählt man auf der Welt ca. zehn Millionen Roma und Cinti, seßhaft in Großstädten oder umherziehend. Sie werden verfolgt und gedemütigt, bestenfalls am Rande der Gesellschaft toleriert. Erhebliche Verwirrung herrscht über die Geschichte der Roma — vieles davon ist von ihnen selbst gewollt. Sogar das englische Wort „gypsies" [Zigeuner] wird von der irrigen Vorstellung hergeleitet, daß sie aus Ägypten stammen. Generell gibt es Übereinstimmung darüber, daß Roma und Cinti, die eine indogermanische Sprache sprechen, ursprünglich von einer Gruppe nomadisierender Stämme in Nordindien stammen, wahrscheinlich aus dem Indus-Becken. Aus unbekannten Gründen wanderten Gruppen von ihnen in westliche Richtung aus. Vielleicht war es eine zweite Welle, die weiter nach Europa wanderte. Sie erschienen in Europa Ende des Mittelalters, erreichten Serbien im Jahre 1348, den deutschsprachigen Raum zwischen 1414 und 1416, Paris im Jahre 1427 und die britischen Inseln spätestens Anfang des 16. Jahrhunderts.

Sie waren tätig als Zinn- und Eisenschmiede, Pferdehändler, Korbflechter, Musiker, Tänzer und Wahrsager; nach Europa brachten sie ihr musikalisches und künstlerisches Können sowie ihr Wissen in der Metallverarbeitung, das in der vorindustriellen Bauernwirtschaft von unschätzbarer Bedeutung war. Zwar wurden die Roma und Cinti kurze Zeit von den Feudalherren toleriert, doch die Entwicklung zentralisierter feudal-absolutistischer Staaten und später bürgerlicher Nationalstaaten brachte für sie Jahrhunderte von Repression. Gejagt, gefoltert, erhängt wurden die umherziehenden Roma und Cinti, die die Grenzen der sich herauskristallisierenden Staaten nicht respektierten und die sich — manchmal ohne Erfolg — den Versuchen widersetzten, sie in Leibeigenschaft bzw. in Lohnsklaverei zu zwingen (das Romanés-Wort für einen Nicht-Rom ist „Gajo": „Bauer" oder „Tölpel").

Die Juden und die Roma und Cinti haben zwar eine lange Geschichte des Hasses und der Diskriminierung gemeinsam, doch bedeutender als die Ähnlichkeiten sind eher die Unterschiede zwischen ihnen. Abraham Léon, ein belgischer Trotzkist, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde, analysierte die europäischen Juden in seinem historischen Buch *Judenfrage und Kapitalismus* als eine „Volksklasse": Sie überlebten nicht *trotz* einer 600jährigen Geschichte der Verfolgung, sondern *wegen* ihrer ursprünglichen Existenz als eine *Kaste*, die eine spezialisierte und unerläßliche ökonomische Funktion in der Gesellschaft erfüllte. Als Wucherer und Händler lebten die Juden notwendigerweise in seßhaften städtischen Gemeinden; später, als der Aufstieg der industriellen Bourgeoisie ihre spezialisierte Rolle erübrigte, wurden sie eher in die moderne kapitalistische Gesellschaft assimiliert.

Die mächtige europäische Arbeiterbewegung nahm den Kampf gegen den Antisemitismus auf, und viele der größten sozialistischen Führer waren Juden, nicht zuletzt Marx selbst. Doch wie der Triumph des Nazi-Grauens und die Ermordung von sechs Millionen Juden im Holocaust nur allzu klar zeigen, konnten die Juden in der kapitalistischen „Demokratie" keine volle Gleichheit erreichen, und der Antisemitismus florierte.

Man kann zwar die Roma als „Volksklasse" von nomadisierenden Handwerkern charakterisieren, doch ihre Rolle in der Gesellschaft blieb viel marginaler. Noch heute ist ihre ökonomische Nische oft ein Überrest des nachfeudalen ländlichen Marktes: fahrende Handwerker oder Händler von billigen Fertigwaren, Verkäufer bei Volksfesten und Jahrmärkten. Ihre kennzeichnende Kultur, die von Land zu Land große Unterschiede aufweist, hat sich als Kommunikationsmittel und Schutz gegen eine feindliche Umwelt entwickelt. Obwohl viele Roma und Cinti Nomaden sind, ist ihre „fahrende Lebensweise" oft durch Bigotterie und Polizeiterror erzwungen.

Der Kapitalismus hat die Roma und Cinti nur teilweise assimiliert, da dieser Prozeß — viel mehr noch, als es bei den Juden der Fall war — zusammentraf mit der Entwicklung, bei der die Handwerker durch die Maschine ersetzt wurden. Die schon dürftige Beziehung der Roma und Cinti zu der Gesellschaft wurde noch dürfti-

ger, als ihre handwerklichen Berufe wegfielen. In einem rumänischen Dorf mag es immer noch möglich sein, als Kesselflicker auszukommen, aber im allgemeinen bleibt den Roma und Cinti wenig von ihren traditionellen Handwerksberufen übrig außer Pferde- und Schrotthandel.

Die Sprache Romands, das Mittel, mit dem alle Bräuche und Tabus in der komplizierten sozialen Organisation dieses Volkes vermittelt werden, wird nicht oft in schriftlicher Form weitergegeben. Zwei Führer der Berliner Cinti-Union, einer davon ein Überlebender von Auschwitz und Bergen-Belsen, haben in Gesprächen mit uns.betont, daß dies für Roma und Cinti in einer feindseligen und eindringenden Gesellschaft den einzigen Schutz darstellt. Man weiß ja: Als Romands das letzte Mal im Kapitalismus „erforscht" wurde, nämlich im Dritten Reich, hatten die Nazis vor, ihre linguistischen „Studien" in ein Museumsregal abzustellen, zusammen mit dem „Forschungsmaterial", das Dr. Mengele in Formaldehyd konserviert hatte — wie die versteinerten Reste einer ausgestorbenen Tierart.

Die Cinti und Roma im Holocaust

Niemand weiß genau, wie viele Cinti und Roma durch die Nazis vernichtet wurden, aber die Zahl wird auf eine halbe Million geschätzt. Die berüchtigten Nürnberger Rassengesetze von 1935, die die „Rassenhygiene" der Nazis verkündeten, richteten sich gegen „Zigeuner und ihre Bastarde" sowie gegen „Juden und Neger". Die „rassentheoretischen" Verleumdungen der Nazis schrieben den Cinti und Roma die Neigung zum Verbrechen zu; sie wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Dort mußten sie im allgemeinen das schwarze Dreieck „krimineller" oder „asozialer" Elemente tragen; seltener wurden sie mit einem braunen Dreieck oder einem „Z" explizit als „Zigeuner" identifiziert.

Im Januar 1942 beschlossen die Nazis formal, die Juden in der „Endlösung" auszulöschen; sechs Monate später wurde dies auf die Roma und Cinti ausgeweitet. Viele, die in den Lagern starben, waren die Kinder von Ehen zwischen Cinti oder Roma und Juden. Innerhalb von drei Monaten wurden Tausende von Cinti und Roma in die KZs abtransportiert; nach einem Jahr wurde die Aktion als abgeschlossen betrachtet. In den meisten Vernichtungslagern befanden sich zumindest einige Cinti und Roma: Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, Majdanek, Stutthof; aber das größte war Auschwitz-Birkenau, wo es ein besonderes „Zigeunerlager" gab. Dort wurden die Cinti und Roma — mit der Ausnahme von 3000 polnischen Roma, die kurz nach ihrer Ankunft vergast wurden — oft nicht sofort in die Gaskammer geschickt. Man spekuliert, daß sie für die sadistischen Experimente der Nazis benützt werden sollten, bis sie ausstarben (siehe Donald Kenrick und Grattan Puxon, *The Destiny of Europe's Gypsies* [Das Schicksal der europäischen Roma und Cinti]).

Unter unglaublich bestialischen Bedingungen starben innerhalb weniger Monate mehrere tausend an Typhus und anderen Krankheiten. Weitere wurden von Dr. Mengele, dem „Todesengel", bei lebendigem Leib zerstückelt; für seine monströsen Verbrechen im Namen der Nazi-Wissenschaft" bevorzugte er Roma-Kinder. Im August 1944 liquidierten die Nazis dieses Lager in der „Nacht der Zigeuner"; 4000 Cinti und Roma kämpften heldenhaft, als sie zu den Gaskammern geschleppt wurden. Ein Augenzeuge beschrieb die grauenvolle Nacht:

„Bis spät in die Nacht hörte ich ihre Schreie und wußte, daß sie Widerstand leisteten. Die Zigeuner schrien die ganze Nacht... Sie verkauften ihr Leben teuer.

Danach gingen [SS-Kommandant] Bogner und andere durch die Blöcke und zogen Kinder heraus, die sich versteckt hatten. Die Kinder wurden zu Bogner gebracht, der sie an den Füßen ergriff und gegen die Wand schlug...

Wir hörten draußen Schreie wie ‚Kriminelle, Mörder'. Das Ganze dauerte einige Stunden... Am Morgen gab es keine Zigeuner mehr im Lager."

Schätzungsweise 20000 bis 30000 Cinti und Roma wurden nach Auschwitz verschleppt. Der Mut, mit dem sie diesem Horror begegneten, wird von Alexander Ramati bewegend beschrieben in dem Buch *And the Violins Stopped Playing* [Und die Geigen schwiegen], ein Roman, der auf der wahren Geschichte von Roman Mirga und seiner Familie basiert, die in Auschwitz fast vollständig vernichtet wurde.

Der Geist von Hitlers „Rassenhygiene" und vom „Kampf gegen die Zigeunerpest" lebt weiter. 1981 war beim Jahreskongreß der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik in Göttingen unter den eingeladenen Rednern (bis Proteste die Rede verhinderten) die „Professorin" Sophie Erhardt, eine ehemalige „Forscherin" in Hitlers „Zigeunerzentrale" in Berlin. Im Auftrag der Gerichte in Frankfurt am Main üben sich heute zwei „Ärzte" in erniedrigenden „Untersuchungen" von nackten Kindern — Roma, Cinti und Türken.

Rassismus der „Freien Welt"

Die entsetzliche Lage der Roma und Cinti in Westeuropa heute entlarvt auf einen Schlag die grausame Heuchelei der „Freiheit und Demokratie", die die Unterdrückten in einem imperialistischen „europäischen Haus" erwartet. In Britannien machen die „Landfahrergesetze" für Tausende von Roma und irischen Landfahrern das Leben unerträglich; bloß um zu überleben, müssen sie die Gesetze ignorieren. In Frankreich, Belgien und Westdeutschland haben Roma und Cinti besondere Ausweise getragen, wie die schwarzen Wanderarbeiter in Südafrika unter der Apartheid — und wie die Juden unter Hitler. Die Roma werden unaufhörlich von Land zu Land gehetzt. Wo die Kommunen besondere Rastplätze für sie bestimmen, sind diese absichtlich isoliert und schwer zu erreichen, abgeschnitten von der örtlichen Bevölkerung, von Geschäften und Schulen, mit ungepflasterten Wegen, oft ohne fließendes Wasser oder Elektrizität und oft hinter Stacheldraht. Die hygienischen Verhältnisse sind verheerend. Tuberkulose und andere chronische Krankheiten gehören zum Alltag.

Besonders im wiedervereinigten Deutschland hat der siegessichere Nationalismus eine Hysterie entfesselt. Als Tausende von Roma vor der Terrorwelle in Rumänien flohen, die dem Sturz von Ceaucescu Ende 1989 folgte, brüllte die faschistische Presse „Zigeunerinvasion". Der „liberale" *Spiegel* schrie über die „Welle" von asylsuchenden „Zigeunern", die aus den Karpaten nach Deutschland strömten. Dabei wurde als Provokation das Wort „Zigeuner" gewählt, das für jeden Rom und Cinto in Deutschland einen Schlag ins Gesicht bedeutet. Westdeutsche Polizei und andere Behörden haben nie „Roma" oder „Cinti" gekannt, sondern da heißt es immer nur „Zigeuner". Die „Gesundheitsgefahr", die die Roma angeblich darstellen sollen, erweckt Erinnerungen, die das Blut gefrieren läßt: Hitler setzte Zwangssterilisierungen und Zyklon B ein, um das „Problem" zu „lösen".

Überfälle durch Faschisten/Skinheads eskalieren in Ost und West; paramilitärische Gruppen werden gebildet. Gerüchte kursieren, daß „Zigeuner Aids verbreiten", begleitet von Drohungen, die Notunterkünfte niederzu-

Fortgesetzt auf Seite 16

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 15

brennen. Letzten Sommer gab es in Lebach im Saarland wiederholt rassistische Mobilisierungen gegen die etwa 1400 Roma-Flüchtlinge dort, und der Bürgermeister ließ Rathaus und Schwimmbad verbarrikadieren. In Herford kündigten Einwohner die Bildung einer „Bürgerwehr" gegen die Roma an. In Essen berichtete die Polizei, Bürger hätten Skinheads, Möchtegern-SA-Schläger, bezahlt, damit sie Roma-Flüchtlinge überfallen.

Hinter den gefährlichen Mobilisierungen gegen die Roma, wie gegen alle „Ausländer", steht die rassistische Politik der Regierung in Bonn, die noch nicht einmal den in Deutschland geborenen Kindern und Enkelkindern türkischer Immigranten automatische Staatsbürgerschaft gewährt. Als Volksdeutsche gelten für Bonn nur die Nachkommen derjenigen, die vor 1938 deutsche Bürger waren. Viele osteuropäische Volksdeutsche beweisen ihr „Deutschtum" mit einem Wisch, den sie im Berlin Document Center haben ausgraben lassen und der beweist, daß sie ein SS-Mitglied in der Familie hatten. Doch letztes Jahr wurde über 100 deutschen Juden aus der UdSSR der Prozeß gemacht, weil sie geltend machen wollten, daß sie Deutsche sind.

Die Sozialdemokraten sind wieder einmal die Bluthunde für die kapitalistische Reaktion. Im Herbst 1986 beugte sich das Ostberliner stalinistische Regime dem Druck aus Bonn und schottete die Grenzen ab gegen Asylsuchende, die über die DDR nach Westdeutschland reisten. Der Schlag traf Tamilen aus Sri Lanka, Palästinenser und Roma. Zwei SPD-Leuchten verbuchten diesen „Coup": NRW-Ministerpräsident Johannes Rau und Egon Bahr, eine Schlüsselfigur bei der Organisierung der „demokratischen" Konterrevolution in der DDR. Und der inzwischen abgestürzte Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine profilierte sich als Speerspitze der Kampagne „Deutschland den Deutschen", z. B. mit der Forderung, das zumindest verfassungsmäßig verankerte Recht auf Asyl zu zerhacken. Im Saarland initiierte er den Plan, die Roma-Flüchtlinge zu vertreiben: zum Überleben erhalten sie nämlich nur eine kümmerliche Lebensmitteltüte und *kein* Bargeld. Und — wen wundert's? — es hat geklappt, da niemand damit überleben kann.

Bonns „Zigeunerpolitik" ist ein sinistres Echo auf den Dreck der „Rassenhygiene" aus dem Dritten Reich. 1948 übernahm das Bundeskriminalamt Hitlers „Zigeunerkartei". Kriminalpolizeiämter in Städten wie Köln und Frankfurt am Main haben „Zigeunerspezialisten"; eine gängige Abkürzung auf Polizeiformularen in fast allen Bundesländern im Westen ist „ZN" (Zigeunername), der als „Rassenmerkmal" gilt. In den 80er Jahren lebten etwa 50000 Cinti und Roma in Westdeutschland. Obwohl 95 Prozent einen festen Wohnsitz haben, sind sie routinemäßig dem Polizeiterror und Gestapo-artiger lückenloser Überwachung ausgesetzt gewesen.

Von der westdeutschen Regierung wurde bis 1983 die Ermordung der etwa 500000 Cinti und Roma im Holocaust nicht einmal anerkannt. Heute noch weigert sich Bonn, auch nur einen Pfennig Wiedergutmachung an Cinti und Roma zu zahlen, die den Holocaust überlebten — genauso wie an andere als „krankhaft", „kriminell" und „asozial" geltende Elemente wie Homosexuelle und Kommunisten. Obwohl die Cinti auf dem Papier die Anerkennung als deutschstämmig und deshalb das Bleiberecht in Deutschland erkämpft haben, werden ihnen, wie den Roma, in der Praxis nur die „Rechte" von „Untermenschen" gewährt. Wie wir von Cinti in Berlin hörten, geben sich Roma-Kinder oft, wenn sie öffentliche Schulen besuchen, eher als Türken aus — als minimaler Schutz gegen rassistische Bedrohung! Doch die morschen Überreste von Hitlers Terror-Verein SS (deren Mitglieder unter Adenauers unverblümter „Renazifizierungspolitik" in den 50er Jahren zuhauf wieder nach Deutschland kamen) beziehen ihre Renten munter weiter, die von der Bundesbank auch bis in die entlegensten Ecken Südamerikas überwiesen werden.

„Integration": Terror von Köln bis Hamburg

Zwischen August 1986 und Februar 1987 kamen etwa 400 Roma aus Jugoslawien in Köln an; viele suchten einen festen Wohnsitz. Wiederholte Proteste waren notwendig, um zu verhindern, daß die Behörden im Herbst 1988 die Roma in ein eingezäuntes Gelände versetzten, wo früher die Nazis Zwangsarbeiter interniert hatten! Die Polizei überwachte die Roma ständig und führte wiederholte Überraschungsrazzien durch; viele Familien flohen vor Kölns „progressiver" Lösung, die auch ständig weitere Abschiebungen bedeutete. Im letzten April wurde das Eigentum von Familien bei einer Polizeirazzia im Stil der Pogromnacht beschlagnahmt; ihre Wohnwagen wurden verwüstet, Kinder wurden gekidnappt und Erwachsene eingesperrt. Die Kölner Bullen verleumden Roma-Familien als „terroristische Vereinigungen", und Familienmitglieder werden der Verfolgung unter dem berüchtigten §129a ausgesetzt — wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung".

Mehrere Städte, wie z. B. Bochum und das SPD-regierte Hamburg (das die höchste Abschiebungsquote in Deutschland hat), sind dem „Kölner Modell" gefolgt. Im August 1989 besetzten etwa 1500 Cinti und Roma das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme in der Nähe von Hamburg, um für ihre Sache öffentliche Aufmerksamkeit zu erzwingen. Faschisten zerstörten ihre Autos durch Brandanschläge. Am 2. Oktober gab SPD-Bürgermeister Voscherau der Polizei den Befehl, die Cinti und Roma gewaltsam aus Neuengamme zu entfernen. Die Trotzkistische Liga Deutschlands, Vorgängerin der SpAD, beteiligte sich an den Protestdemonstrationen und schickte Voscherau einen Protestbrief, in dem wir schrieben:

> „Dieser Angriff auf ein Volk ohne Heimat, dessen Geschichte die Verfolgung der Staatenlosen symbolisiert, ist eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantenorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Cinti zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!"

Dies wird täglich dringender. Jetzt ist das drakonische neue „Ausländergesetz" in Kraft getreten, und Behörden schieben Flüchtlinge schneller ab, als Richter und Rechtsanwälte einen Deportationsstopp bewirken können. Viele Hunderte von staatenlosen Roma sind akut gefährdet, von Nürnberg über das Ruhrgebiet bis Bremen.

Der einzige Weg: eine sozialistische Zukunft

Es gibt in der Epoche des Imperialismus keine gerechte Lösung, die die Verfolgung der Roma und Cinti aufheben würde. Kapitalistische Politiker schieben den Roma und Cinti selbst die Schuld zu für ihre schwere Lage, da sie kein eigenes Territorium beanspruchen. Aber ein „Romandstan", ein eigener Staat der Roma und Cinti, ist nicht nur absurd — wenige Roma oder

Cinti haben so etwas jemals gewollt. Organisationen wie die Internationale Roma-Union kämpfen für die Anerkennung von Romanes als Sprache sowie der Kultur des Volkes, für Schulunterricht für Cinti- und Roma-Kinder, für volle Rechte für Nomaden, denen gewöhnlich Sozialleistungen und politische Rechte vorenthalten werden. Die Sache der Cinti und Roma muß von der Arbeiterbewegung aufgegriffen werden, die die soziale Macht hat, den Ansturm der kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen. In diesem Kampf, der unter anderem ein Kampf dafür sein muß, demokratische Rechte für dieses historisch geschmähte und verleumdete Volk zu erringen, treten revolutionäre Sozialisten in Lenins Worten auf als *„Volkstribun, ...* der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, ... um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen" (W. I. Lenin, „Was tun?", *Werke* Bd. 5). In ganz Europa ermutigt heute die staatliche Repression gegen die Cinti und Roma die Faschisten, und das unwidersprochene Wachstum dieses Abschaums bedroht *alle* Minderheiten, *alle* Mitglieder der Arbeiterbewegung.

Nach der Bolschewistischen Revolution 1917 wurden die Roma in der Sowjetunion eine anerkannte Minderheit. Ihre Kultur wurde gefördert, Romanes-Wörterbücher und -Grammatikbücher wurden gedruckt und zwei Zeitschriften in Romanes wurden herausgebracht. Die Allrussische Union der Roma, geführt von Alexander Germano, organisierte die Tätigkeit von 30 Künstlerkollektiven in Moskau und 50 Kolchosen. Die größte von diesen, Krikwonow, zählte 70 Familien, die 18800 Hektar bestellten und Pferde an die Rote Armee lieferten. Die Russische Revolution, die ihrem ganzen Wesen nach internationalistisch war, stieß das Tor zur Befreiung der Roma und Cinti auf.

Nachdem die stalinistische politische Konterrevolution die revolutionär-internationalistische Bolschewistische Partei zerschlagen hatte, belebte die schmale Schicht privilegierter Bürokraten das alte chauvinistische Gift wieder. Ethnische und nationalistische Spannungen waren ihnen von Nutzen, um den internationalistischen Geist der sowjetischen Arbeiterklasse zu zerbrechen. So wurde Roman6s unterdrückt (und kurz danach auch Jiddisch), und die ersten bescheidenen, aber historischen Schritte der Roma und Cinti in Richtung Emanzipation wurden verraten.

Wie Abraham Leon schrieb:

„Die nationalen kulturellen und linguistischen Antagonismen von heute sind nichts anderes als die Folgen der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Widersprüche. Mit dem Verschwinden des Kapitalismus wird das nationale Problem seine Schärfe völlig verlieren. Wenn es auch verfrüht wäre, von einer weltweiten Assimilation der Völker zu sprechen, so ist es doch offensichtlich, daß eine globale Planwirtschaft eine beträchtliche Annäherung aller Völker der Welt zufolge hätte."

Es kann in einer vom Kapitalismus dominierten Welt keine wirkliche Gleichheit zwischen Nationen und Völkern geben. In einer solchen Welt sind Beteuerungen über Respekt vor den kulturellen Unterschieden zwischen Völkern eine Lüge aus herablassender Sicht, eine Lüge, die Unterdrückung, Rassismus und das Potential für Völkermord vertuschen soll. Doch in einer internationalen sozialistischen Gesellschaft — einer Welt ohne Staatsgrenzen — wird die Vielfalt menschlicher Kulturen nicht mehr den Vorwand liefern für Verachtung und Gewalt, sondern sie wird Grund zum Feiern sein.«

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

beigetragen, um den Boden zu bereiten für Polizeirepression gegen Linke, die an Antikriegsprotesten teilnahmen.

Das „Komitee Hände weg vom Nahen Osten" hat sich einstimmig für die Unterstützung der Einheitsfrontverteidigung von Alastair Green ausgesprochen. Marxisten haben das Recht zur Organisierung und die Pflicht zur Mobilisierung für Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Abschlachten der arabischen Völker im Interesse von Washingtons Plünderung des Öls. Wir fordern alle in der Arbeiterbewegung und in der Linken auf, gemeinsam mit uns den Angriff des Staates auf uns und andere, die zur Verteidigung des Irak aufrufen, zurückzuschlagen. Wir verlangen, daß alle Anklagepunkte gegen den Genossen Green und die anderen, die bei der Demonstration verhaftet worden sind, sofort fallengelassen werden! Keine Abschiebungen, keine Internierung von Irakern oder Arabern! Besiegt den britischen und US-Imperialismus! Verteidigt den Irak!

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) organisiert eine Kampagne, um den Fall des Genossen Alastair Green der SL/B in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und um Spenden für seine Unterstützung zu gewinnen. Weil Green den Maulkorb ablehnte, wird er ausdrücklich aufgrund der politischen Positionen der SL zum Golfkrieg verfolgt — wegen der Forderung nach der Niederlage der US/NATO-Imperialisten und nach der Verteidigung des Irak. Die Verteidigung des Spartakist-Genossen wird eine Menge Geld kosten. Dieser Kampf ist auch im Interesse all derer, die mit einer ähnlichen Behandlung durch diese widerwärtigen Kriegsverbrecher und ihre örtlichen Kriegshunde rechnen müssen. Das KfsV bittet eindringlich, großzügig für den Verteidigungsfonds zu spenden, und zwar jetzt. Wir bitten auch um Unterstützungserklärungen von Einzelpersonen und Organisationen. Bitte schickt eure Erklärung und euren Scheck an das KfsV, c/o B.Fiedler, Postfach 111748, 2000Hamburg 11, überweist eure Spende auf das Konto: Werner Brand, Stichwort Alastair Green, BfG, Hamburg, BLZ20010111, Konto 2501109300. Oder wendet euch direkt an: Partisan Defence Committee, BCM Box 4986, London WC1N 3XX. Weg mit den Anklagen! Keine Zensur oder Repression durch die Regierung gegen die Linke!«

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 32 36 44

Leipzig
M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Rostock
SpAD
Postfach 9001 HPA
2500 Rostock 1

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 2663

Golf...

Fortsetzung von Seite 1

auf." Der US-Imperialismus „geht stolz" über die Leichen von Zehntausenden Arabern. Er hat der Welt gezeigt, was er für jeden, der aus der Reihe tanzt, auf Lager hat: die „Autobahn des Todes" von Kuwait City zum irakischen Hafen Basra, ein Luftschutzkeller in Bagdad in tausend Stücke gesprengt, Städte verwüstet durch nächtelange Flächenbombardierungen. Ein Arzt, der verzweifelt versuchte, verwundete Kinder mit seinen zerbombten medizinischen Einrichtungen zu behandeln, bemerkte verbittert: „Eure großartigen amerikanischen Soldaten können jetzt nach Hause gehen zu ihren Familien. Sie können ihnen erzählen, daß sie unser Leben und das Leben unserer Kinder zerstört haben. Unser Land gibt es nicht mehr."

Doch nachdem die Imperialisten den Irak verwüstet und dessen Armee zerstört haben, finden sie heraus, daß sie jetzt eine Büchse der Pandora geöffnet haben. Zwei Wochen nachdem Bush die Iraker eindringlich gebeten hatte, Saddam Hussein zu stürzen, schienen die USA ihren früheren irakischen Verbündeten wieder stillschweigend zu unterstützen, als der Iran einen Aufstand im schiitisch dominierten Südirak ausrief. Inzwischen behaupten kurdische Rebellen, die sich vorübergehend mit den Schiiten verbündet haben, sie hielten Teile des kurdisch dominierten Norden, wo sich ein Großteil von Iraks Öl befindet. Wenn die Kurden im Irak schließlich einen unabhängigen Staat abtrennen könnten, wäre das ein Alptraum für das NATO-Land Türkei, wo mehr als zehn Millionen Kurden unter einer unterdrückerischen Diktatur leben müssen.

Jetzt wollen Washington und Wall Street das Amerikanische Jahrhundert wieder aufleben lassen, das aus dem Sieg der USA im Zweiten Weltkrieg hervorging und in Amerikas empfindlicher Niederlage in Vietnam unterging. Aber heute ist nicht 1945. Die USA sind mittlerweile die größte Schuldnernation der Welt, und trotz rosiger ökonomischer Vorhersagen verstärkt sich die Rezession. Japan und Deutschland, die die indirekten Ziele Washingtons in diesem Krieg waren, sind ökonomisch weit dynamischer und besser gerüstet als die USA, deren Industrie von den Kapitalisten in einen gigantischen Schrotthaufen verwandelt wurde.

Die Welt sollte also aufpassen. Wer ist als nächster dran — Kuba, Nordkorea? Es ist nicht allzu schwer, sich vorzustellen, daß der „Wüstensturm" in einen „karibischen Hurrikan" verwandelt wird — eine Blockade von Kuba, der eine erbarmungslose Bombardierung folgt und ein Bodenangriff. Sie haben bereits die UNO antreten lassen, um „Menschenrechtsverletzungen" in diesem kleinen Land zu untersuchen, dessen soziale Revolution immer noch Washington schwer im Magen liegt. Aber das kubanische Volk wird kämpfen, um die sozialen Errungenschaften zu verteidigen, die sie der Mafia-geführten Diktatur und den US-Imperialisten entrissen haben.

Als ein Faktor in der bürgerlichen Politik wurde das „Vietnam-Syndrom" beseitigt. Das haben Bush und seine Generale geschafft. Die Demokraten sind auf der ganzen Linie gefügig gewesen. Aber bei all dem Triumphgeheul ist die Kriegsstimmung bei der Bevölkerung in den USA weiterhin oberflächlich — sie wurde kaum auf die Probe gestellt. Ein Großteil der schwarzen Bevölkerung weigerte sich, die US-Invasion zu unterstützen. Was dem schmutzigen Krieg des US-Imperialismus in Vietnam ein Ende gesetzt hat, waren keine „gewaltfreien" „Friedens"-demonstrationen, sondern der Sieg der Vietnamesen auf dem Schlachtfeld. Das vietnamesische Volk hat den Sieg errungen, weil es für eine soziale Revolution kämpfte. Das irakische Volk dagegen hatte nichts anderes zu seiner Inspiration als den Despoten Hussein, der zwar ein Meister im Krieg gegen seine eigene Bevölkerung ist, aber nicht gegen die Imperialisten.

Und in den USA selbst stehen Schwarze und Werktätige auf der Abschußliste. Viele Schwarze waren unter den Hunderten von Soldaten, die gegen den Krieg waren und denen jetzt Strafen drohen, weil sie sich geweigert hatten, beim Abschlachten von nichtweißen moslemischen Völkern mitzumachen. Die amerikanische Arbeiterklasse, mit ihrem beträchtlichen Anteil von Schwarzen und Hispanics, bleibt die Achillesferse des amerikanischen Imperialismus.

Imperialistische Massenmörder

Der Londoner *Guardian* stellte fest: „Der Kern des Krieges bestand darin, daß eine Militärmaschine, die für die Konfrontation mit der Sowjetunion in Mitteleuropa aufgebaut worden war, nach Saudi-Arabien verlegt wurde, um mit einem Gegner fertigzuwerden, der nicht einmal ein Zwanzigstel der sowjetischen Kapazität oder Offensivkraft hatte." In der Tat wäre dieses einseitige Abschlachten noch vor ein paar Jahren unvorstellbar gewesen, als der Irak ein Schützling Moskaus war und Washington noch die militärische Stärke der Sowjetunion in Betracht ziehen mußte.

Der ganze Krieg war eine Demonstration der Tötungskapazität der USA. Bei all dem Trara über die „Präzisionsbomben" war er doch, soweit man das aufgrund der verlogenen Berichterstattung der vom Pentagon kontrollierten Presse beurteilen kann, überwiegend der gleiche alte Bombenterror wie in Vietnam, mit B-52-Bombern, die. ihre tonnenschweren Lasten aus großer Höhe abwarfen (und die meisten Ziele verfehlten). Die „intelligenten Bomben" funktionierten, aber den Apache-Hubschraubern ging der Treibstoff aus, Sandstürme machten die Laser-Entfernungsmesser unbrauchbar, und ein Großteil der gemeldeten „alliierten" Verluste kam vom eigenen Feuer. Aber darauf kam es nicht an, denn Hussein befahl seinen Truppen nach dem zweiten Tag der Bodenoffensive, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Von den Tausenden der gefallenen irakischen Soldaten starben nur eine Handvoll bei Kämpfen; die meisten wurden offensichtlich von hinten erschossen.

Als Teil ihrer „Neuen Weltordnung" haben die USA vor, im Nahen Osten einen „regionalen Sicherheitspakt" zustande zu bringen, ähnlich wie der kurzlebige Bagdadpakt (CENTO) nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch während die frischgebackenen arabischen Alliierten der USA mehr als bereit sind, weigert sich das zionistische Israel, auch nur ein Lippenbekenntnis abzulegen zu Washingtons Appellen, „Land gegen Frieden" zu tauschen, um die Araber zu besänftigen. Sie sind zuversichtlich, daß der endlose Zustrom von ausländischen Hilfsdollars sowieso weitergehen wird. Der Eintritt der Moledet-Partei, die die Vertreibung aller Palästinenser aus den Besetzten Gebieten auf ihre Fahnen geschrieben hat, in die israelische Regierung ist ein Signal für deren Entschlossenheit, eine völkermörderische „Endlösung" durchzuführen.

Das Verhalten der öltriefenden Herrscher von Kuwait seit Kriegsende wird die verarmten arabischen Massen nur in Wut versetzen. All die Jahre lang haben die Kuwaitjs private Vermögen zusammengerafft, die viele Milliarden betragen, während importierte Arbeitskräfte — hauptsächlich Palästinenser, aber auch andere Araber sowie Menschen aus Bangladesch und von den Philippinen — die ganze Arbeit machten.

Die westlichen Medien trompeteten immer wieder

erfundene „irakische Greueltaten" an Kuwaitis hinaus — wie z.B. Bushs Lieblingsgeschichte, neugeborene Babys seien aus Brutkästen gerissen worden, die sich als glatte Lüge herausstellte; doch die Kuwaitis haben Iraker und Palästinenser, die in ihre Hände fielen, grausam gefoltert und systematisch ermordet. Der Hawaii-Bezirk in Kuwait City, in dem hauptsächlich Palästinenser wohnen, wurde umstellt, dann fielen selbsternannte „Freiheitskämpfer" über das Viertel her, die Hunderte zusammentrieben und wahllos zig Menschen erschossen, während amerikanische Offiziere westliche Journalisten fernhielten.

Es ist das traurige Los des palästinensischen Volkes gewesen, die die technische und soziale Infrastruktur der Golfstaaten und vieler anderer arabischer Regime aufrechterhalten haben, bei jedem Großbrand im Nahen Osten die ersten Opfer gewesen zu sein. Nachdem es durch den zionistischen Massenterror 1947/48 aus seiner Heimat vertrieben worden war, drohen ihm jetzt an jeder Ecke seiner Diaspora Verfolgung und Terror. Trotzdem klammert sich die kleinbürgerlich-nationalistische PLO — ohne jede Perspektive, außer daß sie auf die arabischen Bourgeoisien und die Imperialisten Druck ausübt (durch Betteln) — an einen Despoten nach dem ändern als den erhofften „Erlöser" des palästinensischen Volkes, von Nasser in Ägypten bis zu Saddam Hussein.

Eine gerechte Lösung der nationalen Frage für die Palästinenser, Kurden und die Vielzahl anderer unterdrückter Minderheiten verlangt, daß die Arbeiterklasse im ganzen Nahen Osten das Schicksal der Region bestimmt — und nicht den verschiedenen nationalen/religiösen Bewegungen untergeordnet wird, die nur zu einem endlosen Teufelskreis von Brudermord führen und die Macht des Imperialismus aufrechterhalten. Der Schlüssel ist die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen Führung, die die Werktätigen der Region in gemeinsamem Kampf vereinigen kann, um die nationalen Rechte aller Völker der Region zu sichern. Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken im Nahen Osten!

Rivalität um „Neue Weltordnung": Vorstufe zum Weltkrieg

Das durch den Anschluß der DDR ausgeweitete Vierte Reich des deutschen Imperialismus sieht seine Interessen in erster Linie darin, Osteuropa und die Sowjetunion auszuplündern. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung hat die Bourgeoisie einen Riesenschritt in Richtung eines „vereinigten" Europa unter der Vorherrschaft der D-Mark getan. Das gleiche Ziel hatte das Dritte Reich mit dem „Unternehmen Barbarossa" militärisch zu erreichen versucht.

Gleichzeitig sind die deutschen Kapitalisten nicht bereit, sich in der Türkei und im Nahen Osten völlig das Wasser abgraben zu lassen. Mit 18 Alpha-Jets und Raketen unterstützten sie ihren NATO-Partner Türkei und dessen regionale Machtansprüche und halfen dem Diktator Özal, die kurdischen Aufständischen niederzuhalten.

Weil der von den USA geführte Krieg am Golf sich letztendlich gegen den deutschen Imperialismus richtete, sind bürgerlicher Pazifismus und „Friedens"demonstrationen hier größer gewesen als anderswo in Europa. Doch die weitverbreitete Angst der Bevölkerung vor einem neuen Weltkrieg ist gleichzeitig ein Problem für eine herrschende Klasse mit Weltmachtappetiten, die ihre ökonomische Stärke jetzt auch auf militärischem Gebiet international geltend machen will. Deshalb ist Bonn jetzt so in Eile, die Armee des Vierten Reichs von den Fesseln des Grundgesetzes zu befreien und schlagkräftige Bundeswehr-Einheiten für weltweite Einsätze zu schaffen. Die Bundesmarine ist bereits im Persischen Golf aktiv. Die stramm vaterländische SPD hat für die militärischen Ambitionen des deutschen Imperialismus ihre volle Unterstützung zugesichert, „unter der „Bedingung", daß die Helme vorerst einen blauen (UNO-) Farbanstrich tragen.

Die Führer der nationalistischen „Friedens"bewegung, die Hunderttausende unter der Losung „Kein (deutsches) Blut für Öl" auf die Straßen brachten, waren der verlängerte Arm der Politik der Bonner Regierung. Dies zeigte sich besonders deutlich, als Reichskanzler Kohl nach den Beschwerden des Weißen Hauses anordnete, jeglichen „Antiamerikanismus" zu unterlassen. Einige Tage später schwor bei der Bonner Antikriegsdemo eine ganze Latte von SPD- und Grünen-Sprechern, daß sie nicht antiamerikanisch seien und es niemals gewesen seien.

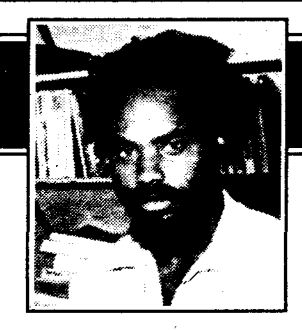
Genauso war es bei der Aufforderung, den „Schulterschluß" mit den zionistischen Schlächtern in Israel zu suchen; während die Bourgeoisie von Auschwitz ihre erste Politikergarde nach Israel sandte und Gasmasken verteilte, mit den Grünen im Schlepptau, stellte die selbsternannte Israel-Lobby der Alt-Neulinken, von Gremliza bis Wolf Biermann, mit ihren flammenden Aufrufen für Kriegskredite dem Vierten Reich einen Persilschein aus. Und die PDS beschwerte sich, daß sie von Süßmuths Israel-Reise ausgeschlossen wurde. Immerhin hatte Gysi als erster dem Bundestag vorgeschlagen, als „lebendes Schutzschild" nach Tel Aviv zu gehen.

Im Osten sieht die deutsche Bourgeoisie ihre Hauptinteressen. Als Kohl und Mitterrand in einer Erklärung festlegten, daß Litauen die Schlüsselfrage sei, tauchten sofort entsprechende Plakate bei den „Friedensdemonstrationen auf, die den Persischen Golf mit dem Baltikum gleichsetzten. Doch nicht nur die notorischen Verteidiger „deutscher Interessen" wie SPD und Grüne schwelgten in Antisowjetismus, es waren gerade die PDS und „linke" Gruppen wie Arbeitermacht, die sich damit hervortaten, den Massenmord der US-Imperialisten gleichzusetzen mit Gorbatschows kläglichen Versuchen, die zerfallende UdSSR zusammenzuhalten.

Jetzt wollen die Kapitalisten die Arbeiter durch noch höhere Steuern bezahlen lassen, und Millionen von Werktätigen in der Ex-DDR stehen vor der totalen Zerstörung ihrer Fabriken und ihrer Zukunft. Mit ihren Abwehrkämpfen, die schon begonnen haben, können sie den Plänen der Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung machen, wenn sie sich mit den Arbeitern in Westdeutschland verbinden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), hat eine klare Seite für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und für die Verteidigung des Irak eingenommen. Wir haben das Recht, unsere Empörung über den Tod von Zehntausenden Irakern herauszurufen, die unter den Trümmern von Basra und Bagdad begraben sind. Während in Deutschland die nationalistische „Friedens"bewegung vor allem nach „Frieden" mit ihrer eigenen großdeutschen Bourgeoisie trachtet, trat die SpAD für unabhängige Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Krieg und für den Boykott von Kriegsgütern ein, die an die US/NATO-Truppen im Nahen Osten verschifft wurden. Wir verteidigen arabische, kurdische und türkische Immigranten gegen die Hexenjagd der deutschen Bourgeoisie und wollen sie im vor uns liegenden harten Klassenkampf für die revolutionäre Führung gewinnen. Der Schlüssel zum Sieg in den kommenden Kämpfen gegen die amerikanische wie die deutsche herrschende Klasse ist die rechtzeitige Schaffung einer internationalistischen Partei der sozialistischen Revolution.«

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Krieg in Babylon

Ein sich ständig wiederholender flatternder Reggae-Backbeat hämmert sich hypnotisierend in das Bewußtsein, unterstreicht den durchdringenden Tenor des Rastafari-Sängers Max Romeo, wenn er zu einem eingängigen Refrain anhebt: „War inna Babylon! War inna Babylon!"

Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit ich den Song gehört habe, diese obskure Anspielung auf ein mystisches kommendes Armageddon.

Aber es ist nicht die jamaikanische Vision, die heute meine Gedanken beherrscht. Vor wenigen Stunden ging die bestürzende Nachricht um den Erdball, daß die Vereinigten Staaten mit einem nächtlichen Angriff auf Bagdad den ersten kriegerischen Schlag gegen das nahöstliche Land Irak geführt haben.

US-Kampfflugzeuge brachten einen tödlichen Regen auf die Wüsten-Hauptstadt, des Landes nieder, den neuzeitlichen Nachfahren des einstmals stolzen Reiches — Babylon.

Es ist nun besiegelt, daß wirklich Krieg herrscht in Babylon.

Das US-Imperium, „New Babylon", hat die Kriegshunde von der Leine gelassen, um die Oberherrschaft über die arabischen Ölfelder sicherzustellen, und hat darüber hinaus seine Neue Weltordnung entfesselt, eine „Ordnung", die auf den ersten Blick sehr viel Ähnlichkeit mit der alten „Ordnung" kolonialer, weißer, kapitalistischer Hegemonie zu haben scheint.

Im Grunde aber enthält diese „Neue Ordnung" keinen der Gegensätze der alten, kein Gleichgewicht der Supermächte, kein besorgtes Bemühen mehr um „Einflußzonen"; denn das Gegengewicht, die gegnerische Supermacht, verliert sich derzeit in ihrem Innern nur in einem wachsenden Chaos.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist wirklich gefährlich nahe dran, weder eine „Union" noch auch nur dem Namen nach „sozialistisch" zu sein — Perestroika (Umgestaltung) auf der ganzen Linie!

Es wird gesagt, daß „Macht kein Vakuum duldet", folglich haben sich die Vereinigten Staaten darangemacht, die durch die sowjetische Selbstbeschränkung entstandene Lücke entscheidend zu füllen.

Egal, wie auch immer der Nahostkrieg ausgehen mag, die Streitkräfte des US-Imperiums werden die arabischen Länder auf Jahrzehnte hinaus besetzen. Sie sind moderne Widerspiegelungen römischer Legionen, Söldner, die gekauft wurden, um die reichen/superreichen Familien der Region vor der anschwellenden Welle arabischer Wut und Demütigung zu schützen, während die Imperialisten der Neuen Ordnung, die Amerikaner, den Platz der Briten einnehmen, die für die alte Ordnung standen.

Die Mehrheit der Truppen, die in die arabische Wüste geschickt wurden, um dort die herrschenden Eliten der Region zu verteidigen, sind selbst Angehörige der Arbeiterklasse oder, leider allzuoft, Angehörige der arbeitslosen Klasse — Leute, die nicht zur Armee gingen, um zu kämpfen, sondern um eines Jobs und einiger Vergünstigungen willen! Wohin werden die Krieger des Westens zurückkehren, wenn die Flammen des Krieges wieder erloschen sind und die Region als „sicher" im Sinne der Interessen der US-Konzerns erklärt worden ist?

Wenn sich die amerikanischen Ölkonzerne angesichts ungehinderter Förderung vor raff- und habgieriger Schadenfreude schütteln und die neuzeitlichen arabischen Paschas erneut ihren Lebensstil dekadenter Opulenz etablieren, werden diejenigen, die sich den Rammen eines von Menschenhand entfachten Feuersturms ausgesetzt sahen und dagegen kämpften, zurückkehren in die menschlichen Höllen des nordamerikanischen Beton-Dschungels, falls sie überleben.

Zum Dank dafür, daß sie die Elite ihres Landes verteidigt haben, erhalten sie ein Leben ohne jede Zukunftsaussicht in den Slums der Innenstädte, ähnlich wie die Bewohner von Sabra & Sehatila, jenen städtischen Dörfern, die isoliert sind inmitten einer Wüste der Verzweiflung.

Wieder einmal werden Afro-Amerikaner gekämpft und ihr kostbares Blut vergossen haben für eine andere Klasse, eine andere Sache, und unfrei bleiben, verbittert und unterdrückt — unfähig, für uns selbst zu kämpfen.

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und anerkannter schwarzer Journalist aus Philadelphia, sitzt in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Wegen seiner politischen Ansichten wurde Mumia mit abgekarteten Beschuldigungen angeklagt und ist jetzt mit dem Tode bedroht, weil er das rassistische kapitalistische System angreift. Mumia schreibt regelmäßig für *Workers Vanguard*, Zeitung der Spartacist League/U.S., sein oben abgedruckter Artikel ist in Nr. 519, 1. Februar, erschienen. Die Übersetzung übernahmen wir in leicht redigierter Form von Agipa-Press in Bremen.

Rettet Mumia Abu-Jamal! Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung: KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, Drawer, Huntingdon, PA 16652, USA.

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 11

ist. Spekulationen über einen Militärputsch zur Wiederherstellung der Ordnung und sogar die Erwartung eines solchen sind im sowjetischen politischen Leben etwas Alltägliches geworden, vom Kreml bis zur Fabrikhalle.

Es wäre jedoch falsch zu denken, daß die Militärkader von Anfang an gegen Gorbatschows Perestroika gewesen wären und sich nach der „guten alten Zeit" von Breschnjew zurückgesehnt hätten. Ende der 70er Jahre kürzte das Breschnjew-Regime die Militärausgaben angesichts einer verlangsamten Wirtschaftsentwicklung, sehr zur Unzufriedenheit der Generale und Admirale. Ein Teil der Militärführung, angeführt vom damaligen Generalstabschef Nikolai Ogarkow, trat öffentlich für eine umfassende Modernisierung der Waffensysteme der UdSSR ein, besonders bei den konventionellen (nicht atomaren) Waffen.

Die Unzufriedenheit der Militärs über die Auswirkungen des wirtschaftlichen Stillstands war einer der Faktoren, der 1985 im Kreml zur Machtübernahme von Gorbatschow und zur Einführung der Perestroika (Umgestaltung) führte. Die Opposition der Militärs gegen Gorbatschow wurde nicht durch seine marktorientierte Wirtschaftspolitik hervorgerufen, sondern vielmehr durch die Auswirkungen seines „Neuen Denkens" in der Außenpolitik, d. h. die Beschwichtigung der NATO-Mächte und die Rückwirkungen, die dies in der Sowjetunion selber hatte. Um die sowjetische Öffentlichkeit auf den einseitigen Abzug aus Afghanistan vorzubereiten, haben Propagandisten aus Gorbatschows Lager ganz bewußt pazifistische und gegen das Militär gerichtete Stimmungen gefördert. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Anfang 1989 hat den westlichen Imperialismus enorm ermutigt und den anschließenden Zusammenbruch der Sowjetmacht in Osteuropa vorbereitet, damit wurden die historischen Auswirkungen des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland rückgängig gemacht. Der letzte Schritt war zu Beginn des letzten Jahres, als Gorbatschow grünes Licht gab für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, was zur Gründung eines mächtigen Vierten Reichs geführt hat, das Europa dominiert.

Die Preisgabe Osteuropas führte auch zu materiellen Entbehrungen für die sowjetischen Truppen, die dort stationiert sind. Der Stabschef der Armee, Michail Moisejew, rief letztes Frühjahr: „Wir werden die Truppen nach Hause bringen, aber niemand hat sich klare Gedanken gemacht, was das kosten wird. Familien werden keine Wohnung und keine Arbeit finden und keine Schule für die Kinder" *(Time, 9.* April 1990). Einige Einheiten, die aus Osteuropa abgezogen worden sind, haben in Zeltlagern leben müssen. Und angesichts des Chaos in der Wirtschaft gibt es auch keine Arbeitsplätze für entlassene Soldaten oder Offiziere.

Gorbatschow und Schewardnadse haben versprochen, daß die Preisgabe Osteuropas das Ende des Kalten Kriegs bedeuten würde und eine neue Ära der friedlichen Zusammenarbeit mit Washington, Bonn und den anderen NATO-Hauptstädten. Statt dessen hat der amerikanische Imperialismus, in der Erkenntnis, daß die sowjetische Führung ihren Kampfeswillen verloren hat, die größte Militärmacht seit Vietnam zum Einsatz gebracht - Invasion der Ölfelder am Persischen Golf und Krieg gegen den Irak. Vor fünf Jahren hätte Washington niemals ein Flächenbombardement gegen den Irak riskiert, einen Schützling der Sowjetunion, aus Angst, damit den dritten Weltkrieg auszulösen. Patriotische sowjetische Offiziere und Soldaten sind zu Recht entsetzt über die katastrophalen Entwicklungen von Mitteleuropa bis zum Nahen Osten.

Von allen Teilen der Bürokratie und Intelligenz spüren die Militärkader am stärksten den Verlust der Sowjetunion an Macht und Einfluß in der Welt. Viele von ihnen sind zutiefst davon überzeugt, daß es das Ziel der Oktoberrevolution war, das rückständige Rußland in eine globale Supermacht zu verwandeln, die den Vereinigten Staaten ebenbürtig ist. Die grundlegende Vision der bolschewistischen Revolution, wie sie Lenin in „Staat und Revolution" skizziert hat, ist ihnen reichlich fremd. Lenin, Trotzki und ihre Genossen sahen den russischen Oktober als den ersten Akt einer internationalen proletarischen Revolution, die zu einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft führen würde durch das Absterben des Nationalstaats.

Diese Vision wurde vom Offizierskorps von Trotzkis Roter Armee geteilt. Die Marschälle Tuchatschewski, Blücher und ihre Kameraden kämpften für einen starken Sowjetstaat als eine Bastion der internationalen proletarischen Revolution. Ihr Ziel war es nicht, Sowjetrußland nur zu einer weiteren Weltmacht zu machen, die jahrzehntelange friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Mächten betreibt. Stalin versuchte, die internationalistischen Traditionen der Roten Armee dadurch auszulöschen, daß er Tuchatschewski, Blücher, Gamarnik (den brillianten jüdischen obersten Politkommissar) und die anderen roten Kommandeure aus dem Bürgerkrieg tötete, genauso wie er die überlebenden Führer der bolschewistischen Revolution tötete. Durch dieses Blutopfer für den „Frieden" mit dem Imperialismus hat Stalin in verbrecherischer Weise die Verteidigung der Sowjetunion sabotiert und Hitlers Überfall erheblich erleichtert.

Damals wie heute benutzte die stalinistische Bürokratie den russischen Nationalismus dazu, den Imperialismus zu besänftigen. Der Unterschied ist heute, daß Stalins Erben, sowohl in Jelzins russischem Parlament als auch in der Armee, selbst deformierte „sozialistische" Elemente des Stalinismus über Bord geworfen haben und nur den großrussischen Nationalismus beibehalten. Während Stalin von der Verteidigung „des sozialistischen Vaterlands" sprach, reden die Sojus-Führer von der Verteidigung „des Vaterlands". Wo Stalin zum „Aufbau des Sozialismus in einem Land" aufrief, bietet der „rote Oberst" Petruschenko „die Zukunft eines großen Rußlands" an.

Damit macht er sich zum Echo der berühmten Erklä-

Fortgesetzt auf Seite 22

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 21

rung des zaristischen Ministers Stolypin nach der Unterdrückung der Revolution von 1905: „Was Sie wollen, ist großer Aufruhr. Aber was *wir* wollen, ist ein Großrußland!" Wenn Petruschenko das Echo von Stolypin ist, so klingen einige seiner „patriotischen" Kumpane wie die zaristischen Schwarzhunderter oder wie ihre geistigen Erben von heute, die russischen Faschisten von Pamjat. Generalmajor Viktor Filatow, Herausgeber des einflußreichen *Militärisch-Historischen Journals*, druckte ein Buch aus dem Jahre 1910 nach, das die russische Armee preist und das empfiehlt, Juden nicht in den Militärdienst aufzunehmen, weil sie angeblich physisch schwach seien und es ihnen an Charakter fehle. General Filatow plante einen Nachdruck der berüchtigten Fälschung der zaristischen Bürokratie, der „Protokolle der Weisen von Zion", als ein authentisches religiöses Dokument „wie die Bibel oder der Koran"!

Während viele Offiziere solch offensichtlichen Wahnsinn von obskurantistischem Rassenhaß sicherlich empörend finden, richtet jetzt die russisch-orthodoxe Kirche - die stärkste Bastion von mittelalterlichem Obskurantismus - Appelle an das Militär und versucht damit, die Armee, die geschaffen wurde, um den Arbeiterstaat zu verteidigen, zu untergraben. Die deutschen Imperialisten, die sich darum bemühten, 1941 die Sowjetunion durch das Unternehmen Barbarossa zu zerstückeln, schicken jetzt Kolonnen von demobilisierten sowjetischen Armeelastern nach Hause, beladen mit deutschen Care-Paketen. Laut *Wremja*, der abendlichen Nachrichtensendung, wurden diese der sowjetischen Armee als ein Geschenk für die russisch-orthodoxe Kirche übergeben!

Appelle an den großrussischen Chauvinismus haben dazu geführt, die multinationale sowjetische Armee zu unterminieren. Sie haben ethnische Blutfehden unter den Soldaten und zwischen Soldaten und Offizieren angestachelt, und sie haben eine große Rolle gespielt beim Anwachsen von pogromistischen „nationalen Milizen" in den Republiken. Die Tatsache, daß Alksnis (zusammen mit Gorbatschow) an der Spitze der ideologischen Kampagne gegen die baltischen Restaurationisten steht, spielt zusammen mit der Reportage des russischen Monarchisten Newzorow direkt in die Hände der baltischen Separatisten, die in verleumderischer Weise die Sowjetunion mit dem zaristischen Imperium gleichsetzen. Offiziere des Militärs, die die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis verteidigen wollen, müssen sich die kommunistischen Internationalisten von Trotzkis Roter Armee zum Vorbild nehmen, nicht die stalinistischen Verbrecher, die die Macht an sich rissen und die frühere revolutionäre Generation ermordeten.

Eine Rückkehr zur stalinistischen Ordnung?

General Filatow zählt Gorbatschow zusammen mit Lenin und Stalin zu den drei brillanten sowjetischen Führern des Jahrhunderts. Doch er sagt, daß Gorbatschow „einen weiteren Berija finden solle. Jetzt haben wir Mittel der Überzeugung, aber keine Zwangsmittel, und das eine kann nicht ohne das andere existieren. Das ist Unsinn." General Filatow und seine Freunde mögen sich nach einer Rückkehr zur stalinistischen Ordnung sehnen. Aber die Bedingungen, die dem Stalin-Regime der 30er und 40er Jahre zugrundelagen, und die ganz anderen Bedingungen, die dem Breschnjew-Regime der 70er Jahre zugrundelagen, existieren in der Sowjetunion heute nicht und können nicht wieder geschaffen werden.

Filatow, ein Hardliner und ein Mann des Militärs, reduziert wie die prowestlichen „Demokraten" das Stalin-Regime auf den Terror eines Polizeistaats, personifi-

Sowjetische Piloten sagten Njet zu deutschen Raketen

Am 8. Februar landete ein gechartertes sowjetisches Frachtflugzeug auf dem Köln-Bonner Flughafen, um ein deutsches „Roland"-Flugabwehrsystem und dessen Bundeswehrbesatzung an Bord zu nehmen. Aber als die sowjetischen Piloten herausbekamen, daß die Fracht in den Südosten der Türkei gebracht werden sollte, zum Einsatz im Krieg gegen den Irak, weigerten sie sich zu starten. Der Kapitän weigerte sich auch, mit dem sowjetischen Botschafter zu sprechen. Am folgenden Wochenende gab es stündlich Berichte im Radio, während das Flugzeug auf der Startbahn stand. Die Kohl-Regierung bestand darauf, daß sie schließlich gute D-Mark bezahlt hätte, um das riesige Antonow-Transportflugzeug zu mieten, eines der wenigen Flugzeuge, das groß genug ist, um die „Roland" aufnehmen zu können. Aber am Samstag erklärte Gorbatschow, daß Moskau über die amerikanischen Militäroperationen nicht glücklich sei, und am nächsten Tag stellte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS offiziell fest, daß von nun an sowjetischen Flugzeugen nicht mehr erlaubt wird, Waffen in Krisengebiete zu transportieren.

Sofort nach Bekanntwerden der Aktion der sowjetischen Piloten gab die SpAD folgende Solidaritätserklärung heraus:

BERLIN, 8. Februar - Die SpAD feiert die Weigerung sowjetischer Piloten, für die Bundeswehr Roland-Raketen nach Diyarbakir zu fliegen, ins türkische Kurdistan. Die von der NATO gestützte und bei der Bevölkerung verhaßte Özal-Diktatur hat sich eifrig in den massenmörderischen US/NATO-Krieg gegen die irakische Bevölkerung gestürzt, mit eigenen Plänen für die Ölfelder von Kirkuk und Mosul. Die Luftwaffeneinheit in der Türkei ist Teil der Mobilen Eingreiftruppe der NATO, ein gegen die Sowjetunion gerichteter Stoßtrupp. Die Kohl-Regierung hat die Türkei zum Bündnisfall erklärt, was die Frage eines direkten Eingreifens der Bundeswehr zusammen mit dem Rest der NATO aufwirft.

Die Verteidigung des Irak gegen den mörderischen Imperialismus stellt sich direkt, aber die Sowjetunion hat erst die von den USA befohlene UN-Blockade unterstützt, um den Irak auszuhungern, dann die Massaker der USA/NATO. Dieses imperialistische Abenteuer, um das Pentagon zum Weltpolizisten zu machen und um die Bodenschätze der Region zu plündern und umzuverteilen, gefährdet die Sowjetunion selbst und bringt die Welt einem Weltkrieg näher. Der US-Kriegsminister Cheney erklärte, daß das Land des Oktober der Feind Nummer Eins bleibt. Wir sagen: „Versenkt die US- und NATO-Imperialisten im Golf! Verteidigt den Irak!". Eure mutige Aktion ist eine konkrete Maßnahme der Verteidigung der Sowjetunion wie des Irak gegen den Imperialismus und eine Inspiration für die internationale Arbeiterklasse.

ziert durch Berija. Stalin jedoch appellierte an das enorme Reservoir von *sozialistischem Idealismus,* der durch die Oktoberrevolution geschaffen worden war, und beutete es aus. Selbst unerschütterliche AntiStalinisten, die die 30er Jahre durchgemacht haben, wie der humanistische Schriftsteller Anatolij Rybakow, erzählen von dem Enthusiasmus, mit dem sich Arbeiter, arme Bauern und linke Intellektuelle in die- Industrialisierungskampagne und in die Kollektivierung der Landwirtschaft stürzten. „Sozialismus in einem Land" war eine Lüge, aber es war eine Lüge, an die kommunistische Aktivisten damals fest geglaubt haben. Nikita Chruschtschow, der Typ des Arbeiters, der in den 20er Jahren zum Parteifunktionär wurde, erinnert sich an 1930:

> „Als Stalin sprach, dachte ich mir: ,Hier ist ein Mann, der weiß, wie er unsere Gedanken und Energien auf die Hauptziele lenkt, die Industrialisierung unseres Landes und die Sicherung der Undurchdringlichkeit der Grenzen unseres Heimatlandes gegen die kapitalistische Welt; das Wohlergehen des Volkes ist offensichtlich in festen Händen.'" (Khrushchev Remembers, 1970)

Im Zweiten Weltkrieg und danach konnte Stalin den sowjetischen Patriotismus der Massen mobilisieren. Ende der 40er Jahre widmeten sich die Arbeiter und Kollektivbauern dem Wiederaufbau ihres vom Krieg verwüsteten Landes. Das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion wurde in fünf Jahren wieder erreicht.

Doch nach Stalins Tod Anfang 1953 konnte die Kreml-Oligarchie nicht länger durch eine Kombination von politischer Massenmobilisierung und Polizeistaats-Repression (d. h. Totalitarismus) herrschen. Der Versuch, dies zu tun, hätte zu einer Revolte der Bevölkerung geführt, so wie es damals in Osteuropa geschah (1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn). Unter Chruschtschow und mehr noch unter Breschnjew versuchte sich die sowjetische Führung bei der Bevölkerung beliebt zu machen, indem sie Konsumgütern den Vorrang gab. Die einseitige Konzentration auf die Schwerindustrie während der Stalinzeit machte es für seine Nachfolger relativ leicht, die Produktion von Konsumgütern durch die Verlagerung der Investitionen schnell zu steigern. Aber von Mitte der 70er Jahre an senkte das Breschnjew-Regime die industrielle Investitionsrate, um mit der amerikanischen Aufrüstung mithalten zu können, ohne den Lebensstandard zu reduzieren. 1980 waren die sowjetischen Industrieanlagen relativ zum Weltstandard veralteter als zehn Jahre vorher.

Kein geringer Teil der äußeren Stabilität, deren sich das Breschnjew-Regime erfreute, war durch den heroischen revolutionären Krieg der Vietnamesen bezahlt worden, die das Feuer des amerikanischen Imperialismus abbekamen. (Heute schuften die Kinder dieser Helden in unbeschreiblicher Armut als Immigranten in der Sowjetunion.) Der Zusammenbruch des weltweiten Booms der Ölpreise Anfang der 80er Jahre signalisierte den Zusammenbruch der stalinistischen Ordnung ä la Breschnjew.

Der Kurs auf eine „Marktwirtschaft" war eine reaktionäre Antwort auf die *objektive Sackgasse* der sowjetischen Wirtschaft nach sechs Jahrzehnten von Parasitentum und Mißwirtschaft der Bürokratie im Namen des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land". Mächtige Elemente der Bürokratie und der Intelligenz sahen keinen anderen Weg, um Produktivität und Effektivität zu steigern, als die Peitsche der Konkurrenz des Marktes (die Peitsche eines weiteren Berijas hätte nichts gebracht).

Natürlich haben die sowjetischen Werktätigen große Angst vor der Perspektive eines Übergangs zu einer „Marktwirtschaft". Die am meisten verhaßte und verachtete Klasse von Leuten in der heutigen UdSSR sind die preistreiberischen kleinkapitalistischen Unternehmer („Kooperativisten") und die „Sowbour"-Parteibürokraten, die jetzt die Kollektivwirtschaft ausplündern, wo sie nur können, um ihren Einstieg in die neue Klasse von Eigentümern zu finanzieren. Eine Umfrage, die im *Wall Street Journal* (2. Januar) erschien, zeigt, daß nur *fünf Prozent* der sowjetischen Bevölkerung dafür eintreten, den Markt die Preise bestimmen zu lassen, während 75 Prozent wenigstens bei einigen Konsumgütern und Dienstleistungen Kontrollen beibehalten wollen. Sowjetische Werktätige wollen unbedingt ihre Arbeitsplätze erhalten, einen stabilen Lebensstandard beibehalten und ein Konsumniveau wie vor der Perestroika wiederherstellen.

Sie wollen jedoch nicht zurück zur bürokratischen Kpmmandowirtschaft und den polizeistaatlichen Kontrollen der Breschnjew-Ära. Im Sommer 1989 traten die Kohlebergarbeiter im Donbass in der Ostukraine und im Kuzbass in Sibirien in den Streik und nahmen diese Regionen effektiv in die eigene Hand. Seitdem hat es zahlreiche Streiks und Arbeitskämpfe gegeben, viele davon organisiert durch die offiziellen Gewerkschaften, die nicht länger unter strenger bürokratischer Kontrolle stehen. Im Dezember forderte eine Konferenz von 3000 Betriebsdirektoren in Moskau ein Streikverbot für drei Jahre. Wenn die Armee und Polizei eingesetzt werden, um streikende Arbeiter und ihre Gewerkschaften zu unterdrücken, dann werden die „Gesetz-und-Ordnung"-Hardliner viel von der Sympathie verlieren, die sie jetzt in der Bevölkerung haben als Reaktion auf das vorherrschende politische und wirtschaftliche Chaos.

Die sowjetischen Werktätigen müssen verstehen, daß sowohl die „demokratischen" Intellektuellen als auch die „patriotischen" Obristen die Produkte der endgültigen Degenerierung der reaktionären und parasitären stalinistischen Bürokratie sind. Beide sind Feinde und Unterdrücker des Proletariats im Interesse des Weltkapitalismus, die „Demokraten" aus Jelzins Lager direkter und bewußter. Es ist höchste Zeit, daß das multinationale sowjetische Proletariat zu seiner eigenen Verteidigung gegen die Kräfte der kapitalistischen Restauration auftritt und dabei alle Flügel der Bürokratie hinwegfegt.

Es ist das schreckliche Erbe dieser Bürokratie, daß die Errungenschaften der Oktoberrevolution, hauptsächlich die kollektivierte Planwirtschaft — die den größten Sieg des Proletariats in der Geschichte darstellt — in Scherben liegen. Die privilegierte Nomenklatura hat die sowjetische Wirtschaft jahrzehntelang ausgeplündert und unterminiert. Jetzt bereiten sie den Todesstoß vor: Die Parasiten sabotieren immer offener die Wirtschaft, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu lahmen, und reißen sich alles unter den Nagel, um sich einzukaufen in die Spitze einer neuen Ordnung von direkter imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft über die sowjetischen Völker. Sowjetische Arbeiter: Jede Position muß verteidigt werden gegen die parasitäre Bürokratie und die sich sammelnden Kräfte der bürgerlichen Mafias!

Die Stalinisten haben ungeheure Verbrechen begangen, von den sowjetischen Werktätigen große Opfer verlangt und ihnen endlose Lügen erzählt, alles im Namen des „Kommunismus". Aber in den bevorstehenden Klassenschlachten zur Verteidigung der Werktätigen ist es das internationalistische Programm von Lenins Bolschewiki, fortgeführt durch die trotzkistische Linke Opposition in den 20er Jahren und durch die Vierte Internationale, die 1938 gegründet wurde — und die Internationale Kommunistische Liga heute —, das den Weg vorwärts weisen muß.

Nach Workers Vanguard *Nr. 520 (15. Februar) und Nr. 521 (1. März)*

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

SPARTAKIST

Räumt Treuhand und Kohl-Regierung weg!



ND/Ulli Winkler

Rostock, 20. Februar: 35 000 Arbeiter protestieren gegen Massenentlassungen und Vernichtung der Werften

Betriebsbesetzungen, Massenstreiks, Ost und West, jetzt!

Die deutsche Bourgeoisie hat große Reden darüber geführt, wie sie die DDR einfach schlucken würde. Jetzt fürchtet sie, daß sie daran ersticken kann. Die Erinnerung an Reichskanzler Kohls Versprechen vom letzten Jahr, daß es keinem schlechter gehen würde, provozierte vor kurzem bei einer ÖTV-Demonstration wütende Buhrufe. Bonn und die Frankfurter Bankiers trudeln wegen der Ex-DDR in die Krise.

SPD/DGB-Bürokraten knebeln Arbeiterklasse

Das „D-Mark-Wunder" bedeutet jetzt über drei Millionen Arbeitslose, massive Stillegungen von Betrieben und ganzen Regionen. Der Interflug-Betriebsratsvorsitzende Siegfried Suchowski stellte treffend fest, es sei anscheinend „politischer Wille, nichts bestehen zu lassen, was an eine ehemalige DDR erinnern könnte". Der ehemalige Arbeiterstaat wird von der kapitalistischen Marktwirtschaft verwüstet, und die Arbeiter sollen für alles bezahlen.

Am 27. Februar demonstrierten über 100000 Arbeiter in verschiedenen Städten der Ex-DDR, darunter 50000 Metaller, die vor dem Erfurter Landtag Ministerpräsident Duchac vom Rednerpult pfiffen, als diesem zur Massenarbeitslosigkeit nur die bis zum Erbrechen wiederholte Geschichte von „40 Jahren SED-Diktatur" einfallen wollte. In Leipzig demonstrierten über 10000 ÖTVler, in Halle besetzten Tausende Arbeiter die Leninallee. Auch im Mansfelder Revier brennt es, dort machen die Bergleute mobil, nachdem die Treuhand die Stillegung der Kupfer-Silber-Hütte Hettstedt und die Entlassung von 15000 Kalibergleuten angekündigt hat. In Berlin blokkierten 3000 Kurzarbeiter vom Werk für Fernsehelektronik den Verkehr, und mehrere tausend Metaller demonstrierten in Köpenick/Oberschöneweide. Die Elektrophysikalischen Werke in Neuruppin, die ERMIC GmbH in Erfurt und die Chip-Fabriken in Erfurt-Südost wurden besetzt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei betont, daß in dieser Krise ein Programm für einheitlichen, energischen Klassenkampf, in Ost und West, dringend notwendig ist. Um

Fortgesetzt auf Seite 7

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 85 APRIL 1991 50 Pfennig



Spartakist

Montagsdemo in Leipzig, 8. April. Spartakist-Losung brachte Wut der Arbeiter auf den Punkt: „Treuhand, Große Koalition von SPD/JCDU/FDP gegen die Arbeiter". Gegen klassenkämpferische Parolen der SpAD rief IG-Metall-Lautsprecherwagen zu Burgfrieden auf

Räumt Treuhand/Kohl-Regierung weg!

Die Betriebe in Arbeiterhand!

In Ostdeutschland brennt es. In den letzten Wochen gab es einen dramatischen Umschwung in der Stimmung der Arbeiterklasse. Ende Februar demonstrierten Hunderttausende von Arbeitern in mehreren Städten der ehemaligen DDR gegen Massenarbeitslosigkeit. In Erfurt und Neuruppin gab es die ersten Betriebsbesetzungen. Die Leipziger Montagsdemonstrationen wuchsen bis zum 25. März von 10 000 auf 80 000 an. Nachdem Rohwedder am 1. April abgewickelt wurde, wiegelten die SPD- und DGB-Bürokraten massiv ab, und nur 30000 demonstrierten. Dort gab es keine Tränen für Rohwedder. Die Arbeiter wollen *kämpfen.* Heute ist nicht mehr das Schwarz-Rot-Gold zu sehen, das letztes Jahr die nationalistischen Montagsdemos dominierte. Jetzt sieht, man überall die roten Banner von IG Metall und ÖTV. Wir brauchen Betriebsbesetzungen und Massenstreiks in Betrieben, wo die Arbeiter ihre soziale Macht einsetzen können.

Für die Arbeiter ist Helmut „Keinem wird es schlechter gehen" Kohl heute nur ein Lügner und Wahlbetrüger. Als er sich am 7. März nach Erfurt wagte (wo die CDU letzten März eine satte Stimmenmehrheit erhielt), flüchtete er vor einem Eierhagel ins Landtagsgebäude. Die Banner in Leipzig und anderswo fordern „Arbeit statt Verkohlung". Aber nicht nur im Osten ist er unbeliebt. In Rheinland-Pfalz erntete er beim Wahlkampf Buhrufe.

Die Treuhandanstalt ist bei allen besonders verhaßt. Seit sie die Demontage der VEBs vorantrieb, ist die Zahl der Arbeitslosen in der Ex-DDR von 50000 vor einem Jahr auf über drei Millionen gestiegen. Als die Polizei vergeblich nach den Rohwedder-Attentätern fahndete, kursierte der Witz, daß die Polizei ein Problem hat — 17 Millionen Verdächtige. Aber der verfehlte Weg des individuellen Terrors kann nichts gegen den Ansturm des

Fortgesetzt auf Seite 22

US/NATO-Imperialisten hinter Husseins Gemetzel an Kurden

Siehe Seite 8

Enzensberger, Biermann, Wallraff, konkret

„Wiedergutmacher" für das Vierte Reich

Siehe Seite 10

Demonstriert am 24. Mai!

Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit!

Am 24. Mai findet um 11.00 Uhr im Amtsgericht Tiergarten in Berlin die Verhandlung gegen die Antifaschisten von Moabit statt. Zwei Opfer, Renate Dahlhaus und Michael Philippsen, sind angeklagt wegen Nötigung und Körperverletzung. Grundlage dafür sind Aussagen des berüchtigten Carsten Pagel, Chef der Berliner Republikaner, und seiner „Kameraden". Bei der Verteidigung der Antifaschisten von Moabit geht es um das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderer Minderheiten auf Selbstverteidigung gegen Nazi-Angriffe. Weil Renate und Michael sich gegen einen bewaffneten Angriff der Republikaner verteidigten, sollen sie jetzt vor Gericht. Was ihnen passiert, kann allen passieren.

Am 14. Januar 1989 zeigte die Trotzkistische Liga Deutschlands (Vorläuferorganisation der SpAD) ein Video über die erfolgreiche Massenmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen in Philadelphia/USA, die am 5. November 1988 die Provokationen der Ku-Klux-Klan- und Skinhead-Faschisten stoppte. Die Veranstaltung fand in Berlin-Moabit statt, wo viele Immigranten leben, in einem Restaurant, das dafür bekannt ist, daß sich dort Antifaschisten und Linke treffen.

Später am Abend, als alle im Lokal zusammensaßen, provozierten Republikaner die Gäste, schwangen an der Fensterfront des Lokals Plakate. Als Mitglieder und Unterstützer der TLD und andere Gäste hinausgingen, um gegen diese Störung zu protestieren, wurden sie von den Republikanern gewalttätig angegriffen. Die Plakattruppe, geführt von Carsten Pagel, hatte eine „Etappenmannschaft", die auf die Antifaschisten losging, einer mit einer Pistole bewaffnet und ein weiterer mit Kamera. Alle Gäste zogen sich in das Lokal zurück, um die anderen (vorwiegend Immigranten) zu warnen und für ihre Sicherheit zu sorgen. Kurze Zeit darauf stürmte Polizei ins Lokal, zusammen mit einem Stoßtrupp Republikaner, und nahm Personalien auf. Einige Wochen später erhielten acht Antifaschisten eine Anklage wegen Landfriedensbruch. Gegen sechs der Angeklagten wurden inzwischen die Ermittlungen eingestellt. Dies war der Erfolg der Kampagne des Komitees für die Antifaschisten: Über 200 Organisationen und Einzelpersonen haben die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gefordert.

Jetzt ist aber noch Michael Philippsen wegen „Körperverletzung" angeklagt, und Renate Dahlhaus, weil sie sich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt" habe. Es ist kein Zufall, daß Renate Dahlhaus, Kandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl im letzten Dezember und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, zum Ziel von Nazi-Angriffen und staatlicher Repression wird. Antifaschisten sollen eingeschüchtert werden, damit sich keiner mehr gegen Nazis wehrt!

Der Pistolenmann am 14. Januar 1989 war ein gewisser Handschumacher. Er schrieb ein paar Monate später, nachdem er vom damaligen Chef der Republikaner, dem Bullen Andres, gewaltsam rausgeschmissen worden war, über die Partei der Republikaner: „Regelmäßig hört man jedoch von Prügelszenen, Verleumdungen, Strafverfahren, Bedrohung und ‚kriminellen Methoden'... In der Tat ist das der normale Alltag bei den Reps" *(Berliner Morgenpost,* 22. Juni 1989). Daß hinter rassistischen Plakaten Gewalt lauert, ist klar, wenn man sieht, *wie* diese Typen bewaffnet an ihr Gewerbe gehen.

Ihr „Wahl"spot „Spiel mir das Lied vom Tod" führte vier Monate später zur Ermordung von Ufuk Sahin, IG-Metall-Mitglied und Arbeiter, ermordet von einem rassistischen Schwein, das den Republikanerspot als Anregung nahm. In ihrem „Wahlkampf' zwei Jahre später hetzten sie gegen Roma, Cinti und türkische Immigranten („Berlin bleibt deutsch"). Dies bewog ihre „Kameraden", ihre Reden umzusetzen. Im November 1990 wurde Ayhan Öztürk in der S-Bahn von Republikanern, diesmal mit Messern, angegriffen. Glücklicherweise konnte Ayhan sich wehren. Selbst das Gericht geht derzeit eher von Notwehr aus. Wir alle müssen dafür sorgen, daß Ayhan Öztürks Recht auf Selbstverteidigung durchgesetzt wird!

Daß Handschumacher am 14. Januar 1989 zum „Plakatieren" eine Gaspistole mit sich führte, ist kein Zufall. Dies ist die bekannte Methode aller faschistischen Banden in Deutschland, ob Republikanerabspaltungen wie Deutsche Allianz oder FAP-Skinhead-Banden. Bei den faschistischen Angriffen sieht man Gaspistolen, Gummiknüppel und Messer. Gewalttätigkeit, Rassismus und Antisemitismus sind Kennzeichen der Republikaner. Carsten Pagel hetzte im Berliner Abgeordnetenhaus so sehr gegen sowjetische Juden wegen „ungerechtfertigter Bevorzugung", daß ihm das Wort entzogen wurde.

Jetzt sitzen diese Faschisten schon wieder in den Startlöchern, angeblich für die Kommunalwahlen 1992. Originalton Carsten Pagel: „Wir müssen nicht nur die Alliierten und die Sowjets zum Teufel jagen, nein, auch die fünfte innere Besatzungsmacht — den heimlichen Berliner Bürgermeister Heinz Galinski und seinen Anhang ... Wenn wir erstmal an der Macht sind, werden Leute wie die antideutsche TV-Hetzerin Lea Rosh nichts

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
Vierte Internationalisten)
REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer
Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)330154
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430
Nr. 85 April 1991

Französischer Vietnam-Verteidiger gejagt

Hände weg von Georges Boudarel!

Der blutige imperialistische Sieg im Golf-Krieg hat den reaktionären Kräften in Frankreich großen Vorschub geleistet. Jetzt starteten die Faschisten eine massive Hetzkampagne gegen Georges Boudarel, Philosoph an der Jussieu-Universität in Paris.

Boudarel kämpfte vor 40 Jahren in Vietnam mit den Kräften der Viel Minh gegen den französischen Kolonialismus. Daß er zu den Viet Minh überging, war ein mutiger Akt der internationalistischen Solidarität. Und heute betont er immer noch, daß er diesen Kampf „an der Seite des vietnamesischen Volkes" nicht bereut *(L'Express,* 21. März). Weil er als politischer Kommissar in einem Viet-Minh-Lager für französische Kriegsgefangene diente und sie über das Übel des französischen Kolonialismus aufzuklären versuchte, wird er heute angeklagt. In einem frechen Versuch, die Rollen von Henkern und Opfern zu vertauschen, wurden rechtliche Schritte gegen ihn eingeleitet wegen „Verbrechen gegen die Menschheit": genau die Anklage, die gegen Vichy-Polizeichef und Nazikollaborateur René Bonsquet erhoben worden ist.

Am 27. März versuchten knapp tausend Faschisten von Le Pens Nationaler Front und Royalisten der Action Franchise, die Jussieu-Uni zu stürmen mit Rufen wie „Boudarel Mörder!" Etwa 30 Faschisten, mit Helmen und Baseballschlägern ausgerüstet, verbrannten in Rouen am selben Tag linke Literatur, grölten Nazilieder und überfielen Studenten, unter auch ihnen Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF), die eine Kundgebung zu Boudarels Verteidigung vorbereiteten.

Im Pariser Vorort Sartrouville wurde am 26. März ein 18jähriger „Beur" [nordafrikanischer Immigrant der zweiten Generation] aus nächster Nähe von einem Polizisten erschossen. Wütende Beurs gingen gegen Polizei und Bürgermeister auf die Straße. Die LTF hat zu Massenmobilisierungen der Arbeiterbewegung aufgerufen, um die faschistische Offensive zu stoppen. So trat auch die klassenkämpferische Verteidigungsorganisation Comité de défense sociale (CDDS) an Gewerkschaften, Minderheiten und andere Gruppen heran, um für eine Einheitsfrontaktion in Rouen unter den Losungen „Stoppt die Faschisten! Hände weg von Georges Boudarel!" zu mobilisieren.

Die Gewerkschaften der Bau-, Chemie- und Elektroarbeiter in der Normandie griffen den CDDS-Aufruf positiv auf. Aber wo es darauf ankommt, in Rouen selbst, entschieden die Gewerkschaften, nicht zu mobilisieren. Dies wird aber die Konfrontation nur hinausschieben. Während die „Linke" im Fall Boudarel hin- und herschwankte, verteidigt ihn die LTF ohne Wenn und Aber. Im Aufruf zu einer antifaschistischen Mobilisierung in Rouen schrieb das CDDS:

> „Hunderttausende Gewerkschafter demonstrierten gegen den imperialistischen Krieg im Irak. Mobilisierungen, die auch nur einen Bruchteil dieser Kräfte vereinigen, könnten die Faschisten zurück in ihre Löcher jagen — wenn die Erfahrung und Organisierung der Gewerkschafter angewandt werden, um diesem Ungeziefer, wenn es auftauchen sollte, die Lektion zu erteilen, die es so reichlich verdient."«

---

mehr zu sagen haben" *(Berliner Zeitung,* 18. März). Diese Drohung Carsten Pagels gilt uns allen, wenn er meint, daß die Republikaner ihre „bürgerliche Betulichkeit" ablegen müssen. Faschisten sind Mordhetzer. Von Göttingen, wo Skinheads einen jungen Bundeswehrsoldaten ermordeten und ein FAP-Führer mit einer Axt auf eine Studentin einschlug, bis Dresden, wo Skinheads den 28jährigen Mosambikaner Jörge Gomondai aus der Straßenbahn in den Tod stießen, legen die Faschisten ihre blutige Spur. Der rassistische Aufmarsch in Frankfurt/ Oder am 8. April, als Nazi-Banden brutal gegen Polen vorgingen, zeigt erneut die Notwendigkeit, entschieden und organisiert gegen den faschistischen Mob vorzugehen.

Auf der Leipziger Montagsdemo am 8. April verurteilten die Arbeiter scharf die Angriffe an der polnischen Grenze, und ein Faschist wurde gestoppt, als er seinen Dreck loswerden wollte. In Dresden demonstrierten letzte Woche Tausende Bürger gegen den rassistischen Mord. Sie alle wollen verhindern, daß die Nazis triumphieren. Ein Freispruch für die Antifaschisten von Moabit kann ein ermutigendes Zeichen setzen, für alle, die das Recht haben müssen, sich gegen diesen Abschaum zu verteidigen. Daß dies bitter notwendig ist, zeigt die brutale Ermordung von Jörge Gomondai.

Die Verteidigung der Antifaschisten kostet Geld! Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 20040000, Konto 1348267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286, 2000 Hamburg 11. Kommt alle zum Prozeß am 24. Mai: um 10.30 Uhr Kundgebung vor dem Amtsgericht Tiergarten. Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Auswahl der bisherigen Unterstützer

Die Unterzeichner fordern die Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar 1989 eingeleiteten Verfahren bzw. die Aufhebung der Strafbefehle und die Rücknahme aller Anklagen gegen die Antifaschisten.

Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V.*, Hamburg; Gianni Bombaci, CGIL-Gewerkschaftssekretär*. Milano. Italien; Comite de defense sociale (CDDS), Frankreich; Demokratische Frauenorganisation Irans, Hamburg; Devrimci Isci, Hamburg; Hermann L Qremliza, Herausgeber Konkret, Hamburg; Grün-Alternative Liste (GAU) Mitgliederversammlung, Hamburg; Dr. Ludger Held, Dozent am Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte*, Duisburg; Kamerun Komitee e.V., Hamburg; Serge Klarsfeld, Frankreich; Komitee für soziale Verteidigung (KfsV); AH Kurtuldu, IGM*. BR Hauni Bergedorf*, Hamburg; Ernest Mandel, Belgien; Farzad Narimany, Komitee gegen den Golfkrieg*, Hamburg; Peggy Parnass, Schriftstellerin; Partisan Defense Committee (PDC), USA; Unabhängige Homosexuelle Alternative e.V. (UHA e.V.). Hamburg; Verein der Demokraten aus der Türkei und Umbegung. Hamburg; Verein der Menschenrechte in der Türkei, Ankara; Freie Deutsche Jugend.

Berlin: Alternative Liste (AL); Antifaschistisches Aktionsbündnis, Moabit; Anti Fasist Genclik (Antifaschistische Jugend von Halkevi); Cinti-Union Berlin; Demokratik Isci Birligi, Demokratischer Arbeiterbund; Egit, Demokrat* (kurdische Zeitschrift); Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus; Necati Gürbaca, IGM-Gewerkschaftssekretär"; Stephan Hermlin; Ellis Huber, Präsident der Ärztekammer*; Kommunistische Partei Deutschlands; Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR); Gerhard Leo, Mitglied des Präsidiums des Komitees der Widerstandskämpfer der DDR*; Mehmet Özkan, IGM*, BR*; Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen; Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin; Käthe Reichel, Schauspielerin; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (WN/VdA).

*** Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation**

Veranstaltung des KfsV

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit

Video-Vorführung: Wir stoppten den Ku Klux Klan in Philadelphia!

Donnerstag, 16. Mai, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Polen: Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Angriffe!

Der folgende Artikel wurde von unseren Genossen der Spartakusowska Grupa Polski, sympathisierende Gruppe der Internationalen Kommunistischen Liga, geschrieben.

Arbeiter in Polen:
- Zerschlagt die Faschisten!
- Verteidigt das Abtreibungsrecht der Frauen!
- Nieder mit Antisemitismus und Rassismus gegen Roma!
- Kämpft für die revolutionäre Einheit der polnischen, deutschen und sowjetischen Arbeiter!

Die Spartakisten waren von Anfang an gegen kapitalistische Restauration in Polen. Heute erfahren die Arbeiter in Polen am eigenen Leibe, was Kapitalismus bedeutet: Elend und Arbeitslosigkeit, Angriffe auf das Recht der Frauen auf Abtreibung, Anstieg von Antisemitismus und Rassismus, Anwachsen von Antisowjetismus und Faschismus.

Aber die polnischen Arbeiter haben begonnen, gegen die „Schockbehandlung" des IWF und der deutschen Banken zu kämpfen, die ihnen die prokapitalistische Solidarnosc-Regierung aufgezwungen hat. In den letzten Wochen sind Zehntausende zu nationalen Demonstrationen gekommen, zu denen der ehemals offizielle stalinistische Gewerkschaftsdachverband OPZZ aufgerufen hatte, der jetzt die größte Gewerkschaft in Polen ist. Die Führung der OPZZ rief zu diesen Demonstrationen mit folgenden Forderungen auf: Stoppt die Arbeitslosigkeit; Weg mit den Hungerlöhnen und den europäischen Preisen; Keine Schließungen der Kindergärten, Apotheken und Krankenhäuser. Die OPZZ agitiert auch gegen eine neue Unternehmenssteuer, die zu mehr Arbeitslosigkeit führen würde. Aber sie haben keine einzige Forderung gegen die Restauration des Kapitalismus.

Es ist nicht überraschend, daß die Führung der OPZZ die Arbeiter nicht dazu auffordert, gegen die prokapitalistischen Kräfte zu kämpfen. Bei der Präsidentschaftswahl im Dezember letzten Jahres riefen sie dazu auf, sowohl für den stalinistischen Kandidaten als auch für einen der Kandidaten von Solidarnosc zu stimmen! Sie halten die jetzigen Demonstrationen während der Arbeitszeit ab, ohne die Arbeiter zum Streik aufzurufen, damit sie die Zahl der Arbeiter begrenzen können, die mit Bussen in die Städte kommen, und um eine strikte Kontrolle über die Demonstrationen zu behalten.

Aber die Arbeiter gehen auf die Straße und bleiben der Arbeit fern, weil sie gegen die Armut, die schrecklichen Lebensbedingungen und die Bedrohung ihrer Existenz ankämpfen wollen. Im Gegensatz zu der OPZZ-Demo in Warschau vor einigen Wochen konnte man bei der Demo in Lodz am 23. März keine polnischen Nationalfahnen sehen. Es gab Banner „Unterstützt OPZZ" und Plakate der einzelnen Betriebe. Mehr als die Hälfte der über 10 000 Demonstranten waren Frauen, zum Teil, weil die Hauptindustrie in diesem Gebiet die Textilfabriken sind. Gerade bei vielen Gruppen von Arbeiterinnen, älteren wie jüngeren, war die Stimmung am kämpferischsten.

Die Spartakusowska Grupa Polski marschierte mit zwei Plakaten: „SGP gegründet — Baut eine trotzkistische Partei auf — Gegen die kapitalistische Konterrevolution" und „Arbeiter müssen für die Verteidigung des Abtreibungsrechts der Frauen kämpfen". Die Genossen der SGP stießen auf interessierte Zustimmung und konnten viele *Platforma Spartakusowców* verkaufen. Eine Frau sprach uns an, weil sie besonders unsere Forderung zum Recht auf Abtreibung gut fand, und sagte, daß sie natürlich gegen den Kapitalismus ist. Eine Gruppe von Frauen schrie, daß die Mieten jetzt so hoch sind, daß sie nicht einmal mehr Brot kaufen können.

Ein hoher Teil der Frauen arbeitet ganztags, viele davon als qualifizierte Arbeitskräfte, sehr viele im Transportwesen. Der Durchschnittslohn beträgt 700000 Zloty im Monat (das entspricht rund 120 DM). Es gibt zwar offiziell gleichen Lohn für gleiche Arbeit, aber man findet die Frauen meist auf geringer bezahlten Arbeitsplätzen. Sogar vor 1980 und jetzt immer stärker sind die Bauernfrauen genauso unterdrückt wie in jedem unterentwickelten kapitalistischen Land. Nur die gesetzlichen Errungenschaften (kostenlose legale Abtreibung usw.) haben geholfen, das harte Leben der Bauernfrauen zu erleichtern, und jetzt ist selbst dies bedroht.

Auf dem Land und in den Kleinstädten gibt es praktisch keine vom Staat organisierte oder auch nur private Kinderbetreuung. In den großen Städten verlangen die staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen jetzt unerschwingliche Preise — in Warschau zum Beispiel einen Betrag von 500000 Zloty pro Kind und Monat, das sind rund zwei Drittel eines durchschnittlichen Lohns. Abtreibung ist immer noch eine der Hauptmethoden der Familienplanung in einem Land, in dem das Niveau der Sexualerziehung sehr niedrig ist aufgrund der Aktivitäten der machtvollen katholischen Kirche. Nur elf Prozent der polnischen Frauen benutzen moderne Empfängnisverhütungsmittel.

Angriffe auf die Arbeiterdemonstrationen haben jetzt angefangen. Während der OPZZ-Demo in Lodz gab es eine Straßenblockade gegen Arbeiterbusse, landesweit organisiert von der Land-Solidarnosc und angekündigt im nationalen Radio. Gegen Ende der Demonstration in Lodz, als die Demonstranten dicht gedrängt auf der Straße vor dem Sitz des Bürgermeisters standen (viele Arbeiter waren schon gegangen), gab es eine gefährliche Provokation von Faschisten.

Fünf oder sechs ziemlich betrunkene Jugendliche mit einem kleinen Plakat „Nieder mit Middowicz" (der Vorsitzende der OPZZ) standen am Rand der Demonstration und schrien „Oi, oi, oi", den mörderischen faschistischen Kampfruf, der ihren Terror gegen ihre geplanten Opfer begleitet. Die Faschisten bewegten sich in Richtung auf das Rathaus, und niemand unternahm etwas gegen sie. Die Spartakisten versuchten, andere Demonstranten und Linke zu organisieren, um die Nazis mit einer Einheitsfrontaktion rauszuwerfen und dafür zu sorgen, daß sie nie wieder Arbeiterdemonstrationen bedrohen. Aber es gab eine kriminelle Passivität bei den offiziellen Organisatoren der Demonstration. Ein Mitglied der stalinistischen Gruppe Proletariat antwortete uns sogar, daß sich darum schon die Polizei kümmern würde!

Faschisten sind eine tödliche Gefahr für die Arbeiterbewegung. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie wachsen und verzweifelte Jugendliche rekrutieren auf der Basis von vergiftendem polnischen Nationalismus. Wir brauchen Einheitsfrontaktionen, die sich vor allem auf die Arbeiterklasse stützen, um die Faschisten zu zerschlagen! *Trybuna*, die Zeitung der früheren stalinistischen Füh-

rung in Polen, die sich jetzt Sozialdemokraten (SDRP) nennen, berichtete über die faschistischen Angriffe, indem sie diesen Abschaum als „kleine Antiprotestgruppe" bezeichnete, die weniger laut als die Demonstranten gewesen seien.

Die stalinistischen Irreführer haben kein Konzept für den Kampf gegen die Faschisten, weil sie keine Alternative zum prokapitalistischen Kurs von Solidarnosc haben. Die Arbeiter brauchen eine wirkliche revolutionäre Partei, in der Kontinuität der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki. Wir sagen den bewußtesten Arbeitern: Wir müssen eine trotzkistisch-leninistische revolutionäre Partei schmieden!

Dafür haben wir bei den OPZZ-Demos interveniert, während der größte Teil der polnischen „Linken" sie aus Prinzip boykottiert hat, weil sie sie als stalinistisch ansehen. Wir kämpfen für Arbeiterwiderstand gegen das Wüten der kapitalistischen Austerität in ganz Osteuropa.

Die Spartakusowska Grupa Polski ist Teil einer internationalen leninistischen trotzkistischen Organisation und kämpft für wirklichen Internationalismus. Jetzt gehen die Arbeiter in Ostdeutschland auf die Straße gegen die Konsequenzen des kapitalistischen Anschlusses, und schon müssen die Arbeiter in Polen und der UdSSR die Erfahrung machen, was ein kapitalistischer Markt bedeutet. Sie müssen gemeinsam dagegen kämpfen. Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!

Protest in New York: Solidarnosc/Walesa gegen Frauenrechte

Vor der New Yorker Stadthalle schlössen sich Genossen der Spartacist League/U.S, am 25. März einer Protestdemonstration gegen den polnischen Präsidenten Lech Walesa an und forderten: „Für das Recht auf kostenlose Abtreibung!", „Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!" und auf polnisch „Schlagt die Angriffe auf das Recht auf Abtreibung zurück!"

Bereits in Washington war Walesa einige Tage vorher mit einer Protestkundgebung „begrüßt" worden, zu der die National Organization for Women [Nationale Organisation für Frauen] und Catholics for a Free Choice [Katholiken für eine freie Entscheidung] aufgerufen hatten. Auf Plakaten forderten die Demonstranten unter anderem: „Nicht die Kirche, nicht der Staat, Frauen müssen selber über ihr Schicksal entscheiden" und „Walesa — Marionette des Papstes".

Es ist ein Beleg für die äußerst reaktionäre frauenfeindliche Politik von Walesa und seiner Solidarnosc-Regierung, daß sich solche bürgerlichen feministischen Organisationen gezwungen sahen, öffentlich gegen einen Mann zu protestieren, dessen ansonsten „noblen Kampf für Demokratie" sie weiterhin schamlos unterstützen. In Wirklichkeit ist Walesa nie irgendeine Art von „Demokrat" gewesen, und die frauenfeindliche, gegen Abtreibung gerichtete Politik von Solidarnosc, die jetzt in aller Brutalität in Polen umgesetzt wird, war bereits vor einem Jahrzehnt offensichtlich für jeden, der nicht vom Antikommunismus verblendet war.

Im September 1981 demonstrierte die Spartacist League in New York unter der Losung „Stoppt die Solidarnosc-Konterrevolution" und charakterisierte sie als „gelbe Gewerkschaft für CIA und Banken". In *Women and Revolution* (Frühjahr 1982), Zeitung der Frauenkommission des ZK der SL/U.S., veröffentlichten wir einen Artikel über „Solidarnosc: eine Männerwelt", und wiesen auf die vom Klerus geführte Antiabtreibungskampagne hin. Auf der Titelseite dieser Ausgabe ehrten wir Rosa Luxemburg, die polnische jüdische Revolutionärin, die von Solidarnosc nur geschmäht wird.

Heute will Solidarnosc das völlige Verbot von Abtreibungen durchsetzen (selbst im Fall von Vergewaltigung!), während ein Gesetzentwurf im polnischen Parlament den Beginn von Leben mit der Befruchtung fest-



Workers Vanguard

Spartakisten in New York protestieren gegen Lech Walesa. Kapitalistisches Regime von Solidarnosc ist frauenfeindlich und arbeiterfeindlich

setzen und bereits Föten gesetzliche Recht verleihen will; selbst Empfängnisverhütung würde vollständig verboten werden. Die polnische Regierung will jetzt Scheidungen unmöglich machen für jeden, der in der katholischen Kirche getraut wurde.

Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski (Spartakist-Gruppe Polens) haben in der ersten Ausgabe ihrer Zeitung einen Artikel abgedruckt mit dem Titel: „Zerschlagt die Angriffe auf das Abtreibungsrecht!" Im Kampf für die Regeneration der revolutionären Tradition der polnischen Arbeiterklasse ist die Frage der Frauenbefreiung von zentraler Bedeutung: „Die Spartakusowska Grupa Polski tritt ein für die vollständige Trennung von Kirche und Staat, sie hält die Familie für die Hauptinstitution der Unterdrückung der Frau und verbreitet die Forderungen nach kostenloser Kinderbetreuung rund um die Uhr und für das Recht auf kostenlose Abtreibung. Die Frage der Frauenbefreiung ist untrennbar verbunden mit der sozialistischen Revolution."

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Polnische Frauengruppen kämpfen um Abtreibungsrecht

Nachfolgend drucken wir eine Erklärung, die uns von den polnischen Frauengruppen Pro Femina (c/o Hanna Jankowska, Panska 5/144, 00-124 Warschau, Polen) und Demokratische Frauenunion (Elektoralna 13, Warschau, Polen) übergeben wurde.

Unsere Aktivitäten begannen im April 1989 mit einem breiten öffentlichen Protest gegen die Kriminalisierung der Abtreibung. Nach dem Gesetzentwurf, der dem Parlament vorgelegt wurde, könnte jede Frau, wie auch jeder Arzt, der ihr hilft, angeklagt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Spontan begannen viele unabhängige Gruppen, vor allem Studentengruppen, Unterschriften zur Unterstützung ihrer Protesterklärungen und Petitionen an das Parlament oder das Ministerium für Gesundheit und Sozialversorgung zu sammeln. In Polen wurde eine neue Frauenbewegung geboren. Eine der neuen Gruppen ist unsere Pro Femina Association.

Die Pro Femina Association wurde am 6. Juni 1989 gegründet und am 15. November 1989 offiziell registriert. Die Gruppierung umfaßt sowohl Frauen als auch Männer.

Die Vertagung des obengenannten Gesetzentwurfs war der erste Erfolg für den organisierten Bevölkerungswillen. Aber die Schlacht um die Abtreibung geht immer noch weiter.

Im Dezember 1989 hatte eine Gruppe von 37 Senatoren das Parlament angerufen, die Debatte über das Gesetz zum Schutz der Ungeborenen wiederaufzunehmen. Ein neuer Entwurf wurde im Sommer 1990 vorbereitet und vom Senat in seiner Plenarsitzung am 29. September 1990 mit 50 Stimmen gegen 17 angenommen, 5 Senatoren enthielten sich. Zwei Tage vorher war der Entwurf von der Senatskommission für Menschenrechte abgelehnt worden.

Der neue Entwurf hält fest, daß Ärzte oder andere Personen, die Abtreibungen durchführen, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden können. Er erlaubt Abtreibung nur im Fall von Vergewaltigung oder einer *direkten* Bedrohung des Lebens der Mutter. Keine sozialen oder wirtschaftlichen Indikationen! In der Realität unseres Landes bedeutet das, daß viele Frauen auf selbst ausgelöste Abtreibungen und Hinterstuben-Schlächter zurückgreifen werden. Und Gruppen gegen das Entscheidungsrecht der Frauen wollen auch empfängnisverhütende Mittel und säkularen Sexualunterricht verbieten.

Wir arbeiten für den Schutz der Reproduktionsrechte, des Rechts auf Privatsphäre, des Rechts, selbst zu entscheiden. WIR BRAUCHEN DEINE SOLIDARITÄT UND UNTERSTÜTZUNG.

Protest gegen rassistische Disco-Ausschlüsse

„Weg mit den rassistischen Disco-Ausschlüssen gegen Immigranten und Homosexuelle", riefen die Teilnehmer einer Protestkundgebung am 3. April vor der Hamburger Disco „Madhouse". Etwa 50 Demonstranten waren dem Aufruf zu diesem Protest gefolgt, der vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) initiiert und von Gewerkschaftern, linken und Immigranten-Organisationen unterstützt worden war.

Gemeinsam protestierten Unterstützer von Rahe Kargar, dem Weltverband der Solidarität Iranischer Frauen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) und der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) sowie Gewerkschafter aus dem Hafen und Immigranten, die rassistischen „Selektionen" ausgesetzt sind.



Demo gegen Disco-Ausschlüsse von Immigranten und Homosexuellen

Gegen die Disco-Ausschlüsse in Hamburg gab es in den letzten Wochen eine Welle der Empörung. Auf der Kundgebung erklärte Bernd Fiedler, Sprecher des KfsV: „Ein paar hundert Arbeiter aus dem Hafen und ein paar hundert entschlossene Gewerkschafter aus anderen Hamburger Betrieben, hinter denen Tausende von Kollegen stehen, können dafür sorgen, daß Immigranten und Homosexuelle die Disco ihrer Wahl besuchen können." Ein Hafenarbeiter machte seiner Empörung über die rassistischen Angriffe auf Immigranten Luft und sagte: „Vor 50 Jahren haben die Hafenarbeiter in den Niederlanden einen Generalstreik mit in Gang gesetzt. Und worum ging es dabei? Die-

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

ser Streik war gegen die Verschleppung von Juden durch die Nazis. Und das ist unser Vorbild heute."

Der SpAD-Sprecher Sven Beckmann wies auf die dringend notwendige Verbindung der Kämpfe der Rostocker und Hamburger Hafenarbeiter hin: „Die Bourgeoisie will einen Keil zwischen ostdeutsche, westdeutsche und eingewanderte Arbeiter treiben." Und er warnte vor Illusionen in ein Antidiskriminierungsgesetz, wie es die SPD vorschlägt: „Gerade die SPD, und nicht nur in Hamburg, hat einiges an rassistischem Terror zu verantworten." Die Verfolgung von Roma und Cinti und der Hamburger Rekord an Abschiebungen sind nur zwei Beispiele. Die Spartakisten fordern volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Keine Abschiebung von sowjetischen Juden!

Die Bourgeoisie von Auschwitz will ein „judenreines" Deutschland, nur benutzt sie statt Vernichtung heute Judenstopp und Abschiebung. 300 sowjetische Juden, die über Israel nach Berlin gekommen sind, wurden vom Berliner CDU/SPD-Senat zuerst mit Abschiebung bedroht, jetzt werden sie aus den Wohnheimen geschmissen und selbst ihre magere Sozialhilfe soll gestrichen werden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei initiierte zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) im letzten September eine Protestkundgebung „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs". Am 22. März rief das KfsV in einer Protesterklärung zu einer breiten Mobilisierung der Gewerkschaften, Immigranten, Asylsuchenden, der antifaschistischen und jüdischen Organisationen auf, um die sowjetischen Juden zu verteidigen und ihre Abschiebung zu verhindern.

Der israelische Botschafter in Bonn behauptet, nur Israel sei die „natürliche Heimstätte" der sowjetischen Juden. Das erweiterte deutsche Reich, Nachfolger von Hitlers Drittem Reich, stimmt zu und spielt jetzt den Schutzpatron der zionistischen Schlächter, um sich an der imperialistischen Umverteilung im Nahen Osten nach dem US/NATO-Massenmord im Irak zu beteiligen. Wie einer der jüdischen Flüchtlinge erklärte: „Wir wollen aber nicht in den besetzten Gebieten angesiedelt werden, wollen uns nicht zum Instrument der israelischen Besetzungspolitik machen lassen" (*Tagesspiegel,* 21. März). Sie wollen in Deutschland bleiben, und es ist unsere Pflicht, sie zu verteidigen.

Der Berliner Staatssekretär für Gesundheit und Soziales Armin Tschoepe rechtfertigte die Abschiebepolitik: „Ich will nicht durch Weichherzigkeit die Schleusen öffnen und in der Bevölkerung einem Antisemitismus Vorschub leisten." In klassischer Weise wird Antisemitismus mit der Anwesenheit von Juden in einem „christlichen Land" begründet, und als Lösung wird deren Verschwinden gefordert. Tschoepe ist Mitglied der SPD, genau wie Oskar Lafontaine und Johannes Rau, deren Beitrag zum großdeutschen Nationalismus darin bestand, eine ungeheuerliehe rassistische Kampagne gegen Roma und Cinti zu entfachen, die ebenfalls Opfer des Dritten Reichs waren. Die Spartakisten sagen: Stoppt die Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

In der Russischen Revolution spielten Juden eine herausragende Rolle, viele beteiligten sich während der bolschewistischen Herrschaft unter Lenin und Trotzki enthusiastisch daran, eine neue, auf Räten basierende Gesellschaft aufzubauen, deren Grundlage Internationalismus und die Gleichheit der Völker war. Es ist kriminell, daß heute durch soziale Armut und Antisemitismus, geschürt von Gorbatschows Perestroika, viele Juden dazu gedrängt werden, aus dem Land der Oktoberrevolution zu fliehen.

Die Zerstörung der Wirtschaft der ehemaligen DDR durch die kapitalistische Wiedervereinigung kann für die Nazi-Braunhemden einen fruchtbaren Boden bereiten. Fast täglich werden in Ostdeutschland Immigranten und sowjetische Soldaten angegriffen. Für Arbeiterverteidigungsgruppen vor Immigranten-Wohnheimen! Die sowjetischen Arbeiter müssen Pamjat zerschlagen! Stoppt die Abschiebung von sowjetischen Juden!

Boston - 1500 fordern: „Stoppt Nazi David Duke!"

Wütende Demonstranten riefen am 28. März: „Stoppt den KKK-Hitlerjünger David Duke!" Gewerkschafter, schwarze, weiße, hispanische und asiatische Schüler und Studenten, haitianische Immigranten, Schwule, Juden, Katholiken und Sozialisten protestierten gegen das Auftreten dieses Organisators von Rassenterror. Sie machten kämpferisch klar: das Lynchseil und das brennende Kreuz des Klanterrors darf nicht nach Boston eindringen.

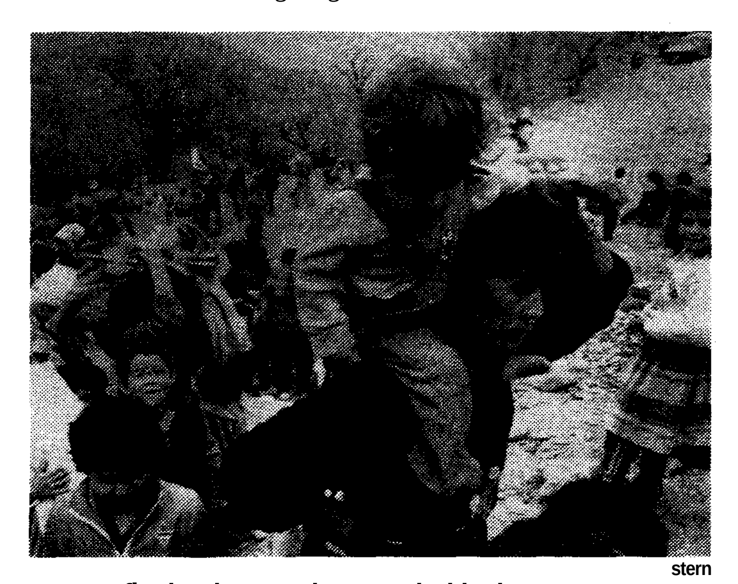
David Dukes „Programm" ist *Völkermord an der Mehrheit der Bevölkerung.* Heute versteckt er — genau wie Schönhuber und die Reps — seine Nazi-Montur und das Hakenkreuz unter einem Nadelstreifen-Anzug. Als Student in Louisiana war er Hitlerjünger, dann wurde er zum „Imperial Wizard" des Ku Klux Klan. Für ihn ist der Holocaust ein „Mythos". In seinem „Abgeordnetenbüro" vertrieb er Nazischriften. Duke hat eine private „Klan-Grenzschutztruppe" organisiert, um Arbeiter aus Mexiko und Lateinamerika zu vernichten.

Bei der Demo, initiiert vom Partisan Defense Committee, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, sagte Len Meyers von der Spartacist League: „Hitler hat in den 20er Jahren mit einer Handvoll Leute in einem Bierkeller angefangen; er ging auch nicht einfach weg." Nelson Johnson, Pfarrer in Greensboro, North Carolina, sagte: „Ich bin unter den Überlebenden eines Massakers 1979, das von Mitgliedern des Ku Klux Klan und der Nazipartei in Greensboro angerichtet wurde. Fünf meiner Freunde hatten nicht soviel Glück wie ich; sie wurden an diesem Tag umgebracht."

Spartacist-Sprecherin Alison Spencer betonte: „Jeder von uns ist heute abend hier in einem fundamentalen Akt der Selbstverteidigung. Faschisten wachsen wie ein Krebsgeschwür und ernähren sich von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und rassistischem Polizeiterror, die im System des Kapitalismus verwurzelt sind. Jetzt ist die Zeit für die Arbeiterklasse, ihre eigene Klassenkampf-Arbeiterpartei aufzubauen, die den Kampf für die Freiheit der Schwarzen auf ihr Banner schreibt, um die integrierte Arbeiterbewegung zu führen, damit Faschisten wie David Duke wieder in ihre Rattenlöcher zurückgejagt werden."«

US/NATO-Imperialisten hinter Husseins Gemetzel an Kurden

Nicht einmal einen Monat, nachdem die kurdischen Rebellen ihre rotgrüne Flagge im irakischen Kurdistan gehißt hatten, sind sie jetzt auf der Flucht vor der Armee Husseins, des starken Mannes der Baathisten. Hundertausende von kurdischen Flüchtlingen strömen in Richtung türkische und iranische Grenze. Sie werden nicht nur von irakischen Kampfhubschraubern bedroht, die über sie hinwegfliegen, sondern auch vom Feuer



stern

Massenflucht der Kurden vor irakischem Terror

türkischer Grenztruppen. Ein Flüchtling empörte sich: „Als die Iraker kamen, fingen sie an, alle Kurden und Türken umzubringen. Einfach nur schießen, schießen, schießen durch die Regierung. Die USA sind schuld daran."

Kaum einen Monat, nachdem George Bush den Sieg in seinem Blitzkrieg am Persischen Golf verkündete, ist Washington jetzt allgemein verhaßt. Nicht nur bei den Hinterbliebenen der mehr als 100000 Soldaten, die abgeschlachtet wurden, und bei der Zivilbevölkerung, die das gnadenlose Bombardement der irakischen Städte überlebt hat — sondern auch bei den Schiiten und Kurden, die sich in Erwartung amerikanischer Unterstützung gegen das baathistische Regime erhoben haben.

Wir haben von Anfang an gesagt, daß dieser verbrecherische Krieg nichts mit Selbstbestimmung oder Demokratie zu tun hatte, sondern der imperialistischen Vorherrschaft der USA über die Region und die Welt diente. Kurz nach Kriegsende stellten wir fest, daß „die USA ihren früheren irakischen Verbündeten wieder stillschweigend zu unterstützen [schienen]" *(Spartakist* Nr. 84, März). Jetzt „sagen Beamte des Weißen Hauses, daß sie weder die Kurden noch die Schiiten triumphieren sehen wollen" *(U.S. News & World Report,* 1. April).

Wie wir letzten Monat feststellten, ist das baathistische Regime offensichtlich viel geschickter darin, gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen als gegen die imperialistischen Invasoren Widerstand zu leisten. Saddam weigerte sich, einen Großteil seiner Armee und seiner Waffen zur Verteidigung des Irak gegen die imperialistische Invasion einzusetzen, statt dessen rettete er, was er nur konnte, um die Kurden und Schiiten anzugreifen. Während amerikanische Aufklärungsflugzeuge in der Luft kreisten, bombardierten irakische Hubschrauber kurdische Städte, eroberten Kirkuk zurück und trieben die Aufständischen zurück auf die Grenze zu. „Wir haben diesen Leuten nie irgendwelche Versprechungen gemacht", sagte ein Sprecher des Weißen Hauses.

So ist das kurdische Volk wieder einmal das Opfer von imperialistischem Doppelspiel geworden. Wie ein kurdischer Führer es formuliert hat: „Der Westen läßt nie eine Gelegenheit aus, die Kurden zu vergessen." Ein von den Imperialisten inszenierter Sturz des baathistischen Regimes in Bagdad würde die Rechte des kurdischen Volkes kein Jota fördern, sondern nur eine genauso mörderische, vielleicht fügsamere, Diktatur errichten, auf den Leichen von weiteren Zehntausenden von Arabern und Kurden. Doch ein wirklicher Kampf für die Selbstbestimmung des unterdrückten kurdischen Volkes hätte revolutionäre Auswirkungen im ganzen Nahen Osten.

Das ist der Grund dafür, daß türkische Soldaten auf Kurden schießen und die Özal-Regierung ihre Truppen im Grenzgebiet stationieren will, unter der Hoheit einer von der UNO aufgestellten „Schutztruppe". Die beim EG-Sondergipfel von Major, Mitterrand und Kohl forcierte Einrichtung einer UN-„Schutzzone" für Kurden würde ein Bantustan oder ein Konzentrationslager wie für die Palästinenser in den Besetzten Gebieten schaffen und die Befreiung der Kurden weiter verhindern. Unter dem UN-Feigenblatt hat auch der imperialistische Massenmord an der irakischen Bevölkerung stattgefunden.

Jetzt rufen Grüne und SPD zum Einsatz der Bundeswehr als „Blauhelm"-Truppen der UNO auf. Mit Rückendeckung der Bundeswehr bei NATO-Manövern der Schnellen Eingreiftruppe hat die türkische Armee schon in der Vergangenheit Massaker an der kurdischen Bevölkerung durchgeführt. In Deutschland werden türkische und kurdische Flüchtlinge weiterhin in den Tod abgeschoben. Und die Hexenjagd gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) geht mit dem Düsseldorfer Schauprozeß weiter. Der Berliner SPDler Harry Ristock fordert inzwischen imperialistische Investitionen, „anstatt Lebensmittel aus Flugzeugen abzuwerfen". Das „Wundermittel" D-Mark in die Ölfelder, nach Kirkuk und Mossul unter dem Schutz der Bundeswehr?

Die Internationale Kommunistische Liga stellte die Forderung „Für die Niederlage der US/NATO-lmperialisten! Verteidigt den Irak!" ins Zentrum unserer Agitation gegen den mörderischen Krieg der USA und der NATO gegen die irakischen Menschen. Wir betonten, daß eine Niederlage der Imperialisten die Werktätigen des Nahen Ostens dazu ermutigen würde, ihre eigenen reaktionären Herrscher — auch Saddam Hussein — durch revolutionären Klassenkampf davonzujagen. Gleichzeitig wiederholten wir unsere langjährige Position, den kurdischen Kampf für einen unabhängigen Staat zu unterstützen.

Doch manche von denen, die die Knute der baathistischen Unterdrückung erlebt haben, fanden es schwierig, zu verstehen, daß man den Irak verteidigen mußte. Ein kurdischer Militanter hat uns geschrieben, daß unsere Forderung „bedeutet, daß ihr der Regierung des Irak Militärische Unterstützung' gebt. Es gibt keinen Kurden, der die Regierung des Irak verteidigen würde." Wir

Fortgesetzt auf Seite 19

Blutgeld des BSA-Führers

Lenin nahm Gold von den Deutschen. Leo Trotzki war ein Agent des Mikado. „Die Spartakisten — Spitzel für das FBI". Die erste Verleumdung wurde 1917 in Rußland von selbsternannten Sozialisten und anderen Elementen verbreitet, die das imperialistische Blutbad des Ersten Weltkriegs fortsetzen wollten, die zweite stammt von Stalin und die letzte von der Workers League von David North, der amerikanischen Schwesterorganisation des Bundes Sozialistischer Arbeiter (BSA). In der *Neuen Arbeiterpresse* (22. Februar), Zeitung des BSA, kann man lesen: „Während amerikanische Bomben auf Bagdad niederregnen, verwendet ‚Spartacist' für die irakische Regierung dieselben Ausdrücke wie die Bush-Regierung ... ‚Spartakist' reiht sich auf dem ‚linken' Flügel in die bürgerliche Medienfront ein, die Saddam Hussein dämonisiert und Haß gegen das irakische Volk verbreitet".

Die Kriegstreiber im zaristischen Rußland, die Lenin beschuldigten, ein deutscher Agent zu sein, versuchten zumindest, dieser Verleumdung eine politische Fassade zu geben mit dem Verweis auf Lenins Opposition gegen das imperialistische Rußland und gegen den Krieg. Aber die Beschuldigung der Workers League, die Spartakisten hätten die Verteidigung des Irak unterminiert, während der US-Imperialismus den Tod auf Bagdad regnen ließ, ist solch eine schamlose Lüge, daß selbst die zaristischen Schmierfinken der „Protokolle der Weisen von Zion" erröten würden.

Mit unseren Bannern bei Antikriegsdemonstrationen, in den Überschriften des *Spartakist,* in Reden bei Demonstrationen — die SpAD kämpfte direkt und unverhohlen für die Niederlage der Imperialisten und für die militärische Verteidigung des Irak (nicht ohne auf die Verbrechen des Hussein-Regimes gegen die werktätigen Massen des Irak hinzuweisen). Wir versuchten, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und mit politischen Streiks gegen den Krieg ihre soziale Macht ins Feld zu führen. Und was hatte der BSA anzubieten? Während amerikanische Bomben auf Bagdad regneten, sammelte der BSA Unterschriften gegen den Krieg, die sich „an die Führung der Einzelgewerkschaften und des DGB" richteten. Und ihre amerikanische Schwesterorganisation Workers League machte eine Kampagne für eine „demokratische" Volksabstimmung über den Krieg!

Bei der in amerikanische Fahnen gehüllten „Antikriegs"-demonstration am 26. Januar in Washington sind die Anhänger von North hinter einem Banner gelaufen, auf dem stand: „Stoppt den Krieg gegen den Irak — Laßt das Volk abstimmen über den Krieg". Dies ist elendiger Sozialpazifismus der schlimmsten Sorte, der an die imperialistischen Schlächter appelliert, ihrem völkermörderischen Krieg gegen das irakische Volk eine etwas demokratischere Fassade zu verpassen. Zu dem Zeitpunkt *unterstützte* die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung Bushs Krieg!

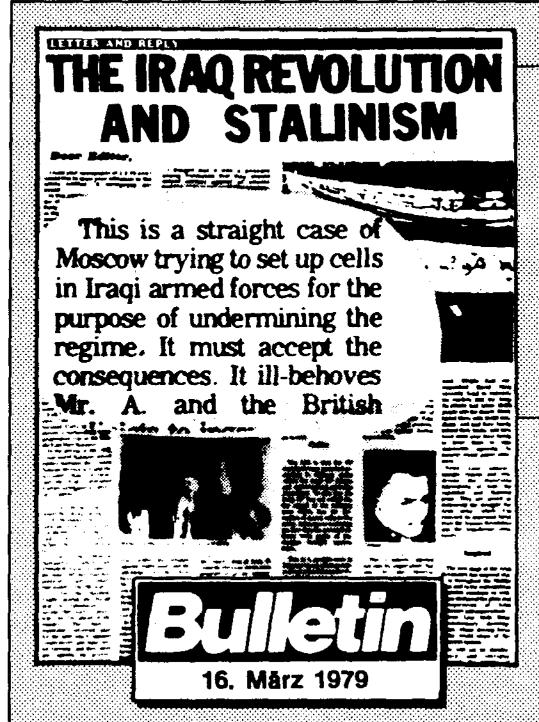
Verbrechen und ihr Lohn

Was dem BSA und der Workers League wirklich den Schaum vor den Mund treibt, ist das einzige Thema, das ihnen am Herzen liegt — schnöder Mammon, so dreckig, wie er eben kommt. Anfang des Jahres haben wir einen kurzen Artikel gebracht mit dem Titel „Wo der BSA herkommt: Healyisten erhielten Blutgeld" *(Spartakist* Nr. 83, Februar), der im Detail darlegte, wie Gerry Healys Internationales Komitee (IK) von einer ganzen Reihe von despotischen Regimes im Nahen Osten Geld bezogen hat, darunter Saddam Husseins Irak. Und wir wiesen darauf hin, daß die Healyisten 1978 in krimineller Weise xlie Ermordung von Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei *bejubelt* haben.

Die Workers League unter der Führung von David North — des gegenwärtigen Vertreters von unverbesserlichem Healyismus auf diesem Planeten — schreit auf wie ein angestochenes Schwein. Das *Bulletin* und die *Neue Arbeiterpresse* verleumden unsere Aufdeckung, daß ihre direkten und unmittelbaren Vorgänger auf der Lohnliste von buchstäblich jedem Scheich und militärischen Bonapartisten im Nahen Osten gewesen sind, als einen Versuch, „dem FBI einen Vorwand dafür zu liefern, die Workers League mit falschen Beschuldigungen zu kriminalisieren".

Die Anhänger von David North haben nun wahrlich eine elastische Sichtweise ihrer eigenen Geschichte — ähnlich ihrer Beziehung zu jeder anderen Frage marxistischer Prinzipien oder proletarischer Moral. Wir haben die Workers League schon vor mehr als zehn Jahren als schamlose Verteidiger von weißem Terror im Irak bloßgestellt. Zu dem Zeitpunkt war Saddam Hussein noch ein *Schützling* des US-Imperialismus, der ihn mit Militärhilfe und Geheimdienstinformationen versorgte. (Wie wir

Fortgesetzt auf Seite 17


LETTER AND REPLY

THE IRAQ REVOLUTION AND STALINISM

This is a straight case of Moscow trying to set up cells in Iraqi armed forces for the purpose of undermining the regime. It must accept the consequences. It ill-behoves Mr. A. and the British

Bulletin

16. März 1979

Libyen	£	542 267
Kuwait		156 500
Katar		50 000
Abu Dhabi		25 000
PLO		19 997
Irak		19 697
Unidentifizierte und andere Quellen		261 702
Summe	£	1 075 163

abgedruckt in *Workers News*, April 1988

Im Angebot: antikommunistische Hetzer, antisowjetische Hexenjäger, Verleumder des antifaschistischen Kampfes. SPD ist Trojanisches Pferd der Konterrevolution, BSA ihr Stallbursche

Enzensberger, Biermann, Wallraff, konkret

„Wiedergutmacher" für das Vierte Reich

Mit dem Anschluß der Ex-DDR versucht der deutsche Imperialismus, aus der „Nische" herauszukommen und wieder eine Weltmachtrolle zu erobern. Reichskanzler Kohl will die Jahrzehnte hinter sich lassen, in denen die BRD, nach der Formel Helmut Schmidts, ein „wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg" war. „Mit der Vereinigung Deutschlands", so Kohl zum 3. Oktober, „wachsen auch international neue Pflichten zu". Ähnliche Anliegen haben die Grünen und Sozialdemokraten, die in der „Friedensbewegung der 80er Jahre den Abzug „fremder Truppen" von deutschem Boden verlangten. Kurz gesagt, Regierung und „Opposition" wollen das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs rückgängig machen. Mit Kohls Parole einer „gesamteuropäischen Friedensordnung" stimmen sie überein — d. h. Ausdehnung der deutschen Vorherrschaft nach Osteuropa, mit D-Mark statt mit der SS.


AP

Bitburg, 1985: Kohl und Reagan stehen stramm vor SS-Gräbern

Was aber kam, war der Golfkrieg, der die Bonner Regierung und die „Friedens"bewegung in Verlegenheit brachte. Denn die herrschende Klasse Deutschlands erkannte von Anfang an, daß dieser Krieg nicht um nationale Selbstbestimmung, kollektive Sicherheit oder auch nur um Öl im engeren Sinne geführt wurde. Es ging vielmehr darum, daß der wirtschaftlich heruntergekommene US-Imperialismus, befreit von den Fesseln einer möglichen sowjetischen Intervention, seine militärische Stärke ausspielen wollte. Zuerst einmal, um einen ehemaligen Freund der „Freien Welt", den aufmüpfig gewordenen Tyrannen Saddam Hussein, in seine Schranken zu weisen. Aber es ging auch darum, die amerikanische Vormacht gegen den aufstrebenden deutschen und japanischen Imperialismus wiederherzustellen, indem die USA ihre Hand auf den Ölhahn legte.

Für das erweiterte deutsche Reich (das Vierte, wenn man zurück zu Otto I. geht) war die US/NATO-Invasion des Golfs eine Ablenkung von seinem Hauptvorhaben — ein neuer *Drang nach Osten*, um die DDR zu verschlingen, Osteuropa auszuplündern und die Sowjetunion zu zerstückeln. Der Widerwille der Herrschenden, in den Golfkrieg verwickelt zu werden, spiegelte sich in den Antikriegsdemonstrationen in Deutschland wider, die viel größer und nationalistischer waren als anderswo in Europa. Die deutsche „Friedens"bewegung war in hohem Maße eine Verlängerung der Regierungspolitik, über das Medium der öko-kapitalistischen Grünen und der schwarzrotgoldenen Sozialdemokraten (SPD *und* PDS).

Nicht nur als sozialpazifistische „Friedens"stifter profilierten sich deutsche Linke, sondern auch als sozialpatriotische *Kriegstreiber*, als Bonn sich entschied, daß sie sich nicht völlig raushalten könnten, wenn sie bei der Nachkriegsverteilung der Beute mitmachen wollten. Für den imperialistischen Angriff auf den Irak, der unter dem Feigenblatt der Vereinten Nationen geführt wurde, mußte Bonn einen Großteil der Kosten übernehmen. Sie verlegten auch ein paar Alpha-Jets und Bundeswehreinheiten in die Türkei, um ihrem Bündnispartner Özal dabei zu helfen, die rebellische kurdische Bevölkerung zu unterdrücken. Und die deutsche Bourgeoisie unternimmt die Vorbereitungen für Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Operationsbereichs.

Das Vierte Reich mußte sich zwar von den USA und von Britannien massive Kritik gefallen lassen, weil es diesmal so zurückhaltend war. Trotzdem bereitete es sich darauf vor, in der Zukunft imperialistische Kriege um die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ressourcen zu führen, unter Bundesadler statt Hakenkreuz. So sagte Rudolf Augstein, was Helmut Kohl dachte: „Dies ist nicht unser Krieg, der nächste wird es vielleicht sein" *(Spiegel, II.* Februar).

Die Schreibtischtäter des Vierten Reichs

Also gab Kohl der „Friedens"bewegung ihren Marschbefehl, damit es *nächstes Mal* heißen wird: „Deutsche an die Front". Im Vorfeld der Bonner Großdemonstration vom 26. Januar, zu der DGB sowie SPD, Grüne und PDS aufgerufen hatten, erklärte Kohl, es dürfe keinen Antiamerikanismus geben. Und prompt erklärte bei der Demonstration ein Redner nach dem anderen, daß er nicht antiamerikanisch sei. Danach schrumpften die Demonstrationen zusammen, als die massiven Terrorbombardierungen des Irak fortgesetzt und verschärft wurden.

Gleichzeitig diente die inszenierte Kampagne, sich über deutsche Waffenlieferungen an den Irak aufzuregen, der herrschenden Klasse dazu, bei der Unterstützung von Israel, Amerikas Verbündetem, mitzuhalten. Eine Bundestagsdelegation aller Parteien, mit den Grünen im Schlepptau, aber unter Ausschluß der PDS, wurde nach Israel geschickt, zusammen mit einer Milliarde D-Mark Militärhilfe. Dazu gehörte auch eine Batterie Patriot-Abwehrraketen, womit Israel sich gegen Angriffe von chemischen Waffen made in Germany verteidigen sollte, die nie stattfanden. Die deutsche Bourgeoisie versuchte wieder einmal, das zu erreichen, was Reagan und Kohl mit ihrem Kniefall vor den SS-Gräbern in Bitburg versucht hatten: Versöhnung mit der Nazi-Vergangenheit.

Wie Ingrid Strobl treffend formuliert hat: „Im Namen Israels und im Namen der Opfer des deutschen Völker-

mordes an den Juden bemüht sich der wiedervereinigte Kriegsgewinnler Deutschland gerade um eine vollständige Souveränität" (*konkret*, April). Aber da Strobl und ihre Freunde Willy Brandts „Nord-Süd"-Rhetorik übernehmen, sehen sie nicht, daß der *deutsche* Imperialismus heute in erster Linie vorhat, nach *Osten* zu marschieren.

Zur gleichen Zeit haben faschistische Stoßtruppen für das neue Reich zum „Sieg für Hussein" aufgerufen, weil er von Deutschen produzierte Waffen benutzte, um Juden umzubringen, und gegen Deutschlands historische imperialistische Rivalen kämpfte. Nach Bitburg gab es einen dramatischen Anstieg von großdeutschem Nationalismus und offiziellem staatlichen Rassismus, faschistische Angriffe gegen Immigranten, Juden und Linke. Jetzt dekretiert das Vierte Reich einen „Judenstopp" für sowjetische Juden und will die aus Israel geflüchteten Juden „zurück" ins zionistische Lager abtransportieren.

Aber reihenweise behandelten sozialdemokratische und Öko-„Linke" den Golfkrieg, als wäre es ihr Weg nach Damaskus, und standen Schlange, um ihr glühendes Bekenntnis zum „demokratischen" Imperialismus abzulegen. Großdeutscher Nationalismus ist bei ihnen nichts Neues, aber zum ersten Mal konnten sie mit wehenden Fahnen und „reinem Gewissen" für das „vereinte Vaterland" in die Schlacht ziehen. Aus „Vergangenheitsbewältigung" wird Vergangenheitsvergewaltigung, um Schluß zu machen mit der peinlichen Geschichte des deutschen Imperialismus. Was revisionistische Historiker wie Nolte und Fest nicht zustande gebracht haben, haben sich jetzt Prominente der alten Neuen Linken wie Hans Magnus Enzensberger, Wolf Biermann und Hermann L. Gremliza vorgenommen. Das Stichwort sollte lauten: „Wir sind eine Volksfront" mit der Bourgeoisie von Auschwitz.

Enzensberger gab die Richtung vor mit seinem *Spiegel-Aufsatz* (4. Februar): „Saddam = Hitler". Auf der anderen Straßenseite in Hamburg brachte *Die Zeit* (1. Februar) eine Stellungnahme von Wolf Biermann: „Damit wir uns richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf." Enzensberger schafft die endgültige Relativierung des Dritten Reichs und des Holocaust: „Dieses Fortleben beweist, daß wir es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben." Enzensberger „verallgemeinert" die obszöne Doktrin der „Kollektivschuld", daß alle Deutschen für den Völkermord verantwortlich seien. Dadurch werden die Nazi-Kriegsverbrecher amnestiert, die die Befehle gegeben haben und die die Profite aus der Sklavenarbeit eingestrichen haben.

Schlußfolgerung, nach Enzensbergers Logik: Hussein habe gezeigt, daß die ganze Menschheit schuldig sei. Deswegen soll man, den „neuen Pflichten" einer Weltmacht entsprechend, den wirklichen Völkermord gegen den Irak bejubeln, der von den NATO-Verbündeten mit deutschem Geld und deutschem Transport verübt worden ist.

Genauso unverblümt charakterisiert Gremliza „seinen Krieg": „Es geht den USA und ihren nördlichen Verbündeten ganz platt um ‚unser Öl' und um das, was George Bush die ‚Neue Weltordnung' nennt" (*konkret*, März). „Zum Glück!" ruft der Kriegsliedermacher Biermann aus. „Ja, ich bin froh, daß es solche zuverlässig-miesen Interessen gibt. Israel stünde sonst allein da. Saddam würde den Judenstaat auslöschen, wenn nicht heute, dann morgen mit einer deutsch-französisch-britischen Atombombe."

Aber wer war hier wirklich von der Vernichtung bedroht, und wer und was wurde wirklich ausgelöscht? Nicht Saddam Hussein, sondern Jizchak Schamir, der frühere Terroristen-Chef der Stern-Bande, verfügt über das einzige Atomwaffenarsenal des Nahen Ostens, mit



Landau/Jerusalem Post

18 Jahre Gefängnis wegen Warnung vor Israels Atomwaffenarsenal. Freiheit für Mordechai Vanunu!

bis zu 200 Sprengkörpern, vor denen der israelische Nukleartechniker Mordechai Vanunu die Welt mutig gewarnt hat. Vierzehn Menschen wurden bei Scud-Raketen-Angriffen auf Israel getötet. Nach Aussage des US-Generals Schwarzkopf wurden mehr als 100 000 irakische Soldaten massakriert. Wie viele Zehntausende irakischer Zivilisten wurden von der „Flächenbombardierung" der B-52 umgebracht? Und wenn es um Völker der Region geht, die von Auslöschung bedroht sind, dann in erster Linie Palästinenser und Kurden, die wirklich zu den Verlierern im Golfkrieg zählen.

Hier geht es überhaupt nicht um das Existenzrecht des jüdischen Volkes im Nahen Osten, sondern um die Weltmacht„rechte" des neuen deutschen Reiches. Biermann bezieht sich demagogisch auf die Großväter der heutigen Friedensdemonstranten, die damals im Sportpalast „Jaaaa!" geschrien haben, als Goebbels gefragt hat: „Wollt ihr den totalen Krieg?" Aber jetzt sind es Enzensberger, Biermann, Gremliza u. a., die „Jaaaa!" sagen zum Massenmord in der Wüste. Diese „linken" Kriegstreiber teilen zweifellos die Gefühle der Sozialdemokraten, die am 4. August 1914 den Kriegskrediten für ein früheres Reich zugestimmt haben. Wie es ein gewisser Konrad Hänisch damals ausgedrückt hat, durfte man zum ersten Mal seit Jahrzehnten „aus *vollem Herzen,* mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen … in den *brausenden Sturmgesang:* Deutschland, Deutschland über alles!" (zitiert nach: Carl E. Schorske, *Die große Spaltung: Die deutsche Sozialdemokratie 1905-1917).*

So war es auch am 9. November 1989, als die Berliner Mauer geöffnet wurde und die Grünen mit den anderen Parteien im Bundestag aufgestanden sind, um das Deutschlandlied aus voller Kehle zu singen.

„Friedens"bewegung auf dem Kriegspfad

Die Führer der „Friedens"bewegung waren zu Recht erbost über die Salven, die Enzensberger & Co., diese Kreuzritter des Vierten Reichs, auf sie abschössen. Schließlich hatten die Grünen und die PDS zusammen mit der SPD die UN-Sanktionen unterstützt, unter deren Deckmantel die USA und NATO ihre Streitkräfte für die massenhafte Zerstörung des Irak mobilisierten. Sie wünschen sich einen „vernünftigen" Imperialismus, es soll „kein [deutsches] Blut für Öl" fließen, statt dessen soll die Bevölkerung des Iraks ausgehungert werden, bis sie sich unterwirft. Aber der Imperialismus, die Todes-

Fortgesetzt auf Seite 20

Proimperialistische „Demokraten", Hardliner und Gorbatschow

Wohin geht die Sowjetunion?

Nach sechseinhalb Jahrzehnten stalinistischer Herrschaft taumelt die Sowjetunion in Richtung Katastrophe. Der Zusammenbruch der Wirtschaft wird begleitet vom Anwachsen der Kräfte, die auf eine kapitalistische Konterrevolution zuarbeiten und blutige nationalistische Auseinandersetzungen schüren, während die zerstrittenen und zerfallenden Teile der Bürokratie sich untereinander mit Bürgerkrieg bedrohen.

Die Arbeiterklasse muß für echte Sowjetmacht kämpfen

Der Präsident der Russischen Republik, Boris Jelzin, der augenblickliche Anführer der prowestlichen Kräfte für eine offene Restauration des Kapitalismus (die sogenannten „Demokraten"), hat Gorbatschow zum Rücktritt aufgefordert und die Übergabe der politischen Macht an die Regierungen der Einzelrepubliken verlangt. Gorbatschow, der sich jetzt auf die Unterstützung der Bürokraten alter Schule und auf Militärs stützt, antwortete darauf, daß dies „auf einen Konfrontationsweg bis zum Bürgerkrieg" führen wird.

Mittlerweile treibt das Land in immer schnellerem Tempo auf das Chaos zu. Drei Viertel aller Fleischläden in Moskau sind leer, weil andere Republiken die Lieferungen eingestellt haben. Die Polizei in Tomsk setzt Tränengas ein, um Frauen in Einkaufsschlangen zu „beruhigen". Während die bürgerlichen Mafias und viele Intellektuelle für sich reichlich vorgesorgt haben, leben Bergarbeiter und ihre Kinder in Kasachstan mit Rationen von der Hand in den Mund.



Wide World

Christian Rakowski (links) mit Leo Trotzki 1927: Führer der Linken Opposition gegen stalinistische bürokratische Degenerierung der Sowjetunion. Sie kämpften für die Rückkehr zum leninistischen Internationalismus

In den nichtrussischen Republiken droht der Anstieg von antisowjetischem Nationalismus die UdSSR auseinanderzureißen und die Überbleibsel zu Neokolonien von Wall Street, Frankfurt und Tokio zu machen. Die sezessionistischen Regierungen im Baltikum wollen sich der kapitalistischen „freien Welt" anschließen, während die große und überwiegend proletarische russischsprachige Bevölkerung in dieser Region sich nationaler Unterdrükkung und Vertreibung ausgesetzt sieht. In Georgien hat das rabiat nationalistische Regime in Tbilissi ein mörderisches Pogrom gegen die ossetische Minderheit angezettelt. Gorbatschows Referendum vom 17. März über den Erhalt der Union hat nichts entschieden. Nur die multinationale sowjetische Arbeiterklasse kann die blutige Zerstückelung ihres Landes verhindern, die mit der Restauration des Kapitalismus einhergehen würde.

Die sowjetische Arbeiterklasse ist bis heute gefangen im politischen Rahmen von sich befehdenden Fraktionen der Bürokratie und Intelligenz. So streiken jetzt Kohlebergarbeiter in der östlichen Ukraine und in Sibirien, um verzweifelt ihren drastisch sinkenden Lebensstandard zu verteidigen. Zur gleichen Zeit unterstützen Führer der vor kurzem gegründeten Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter — die direkte Verbindungen zum amerikanischen Imperialismus haben — Jelzins Forderung nach Gorbatschows Rücktritt und nach der Übergabe tatsächlicher wirtschaftlicher Macht an die (prokapitalistischen) Regierungen der Einzelrepubliken.

Die sowjetischen Werktätigen haben mehr als genug Gründe, sich gegen die von der Regierung veranlaßten massiven Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln und Angriffe auf ihren Lebensstandard zu wehren. Doch gerade in der jetzigen überhitzten Atmosphäre in der Sowjetunion müssen die Arbeiter sich in acht nehmen vor den politischen Banditen und „Arbeiterführern", die sie als Schachfiguren im rücksichtslosen Machtkampf für konterrevolutionäre Zwecke benutzen wollen.

Diese Leute sind erbitterte Feinde der sowjetischen Arbeiterklasse. Sie wollen die machtvollen sowjetischen Bergarbeiter als Rammbock benutzen für offen konterrevolutionäre Kräfte, deren Sieg die Zerstörung jeglicher sozialer Errungenschaften bedeuten würde, die die sowjetischen Arbeiter als Ergebnis der kollektivierten Wirtschaft haben.

Die kürzlich gegründete Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (NPG), die zu den jetzigen Streiks aufgerufen hat, hat nach eigener Aussage nur 80000 Mitglieder. Die NPG wurde im vorigen Oktober im Donbass-Gebiet bei einem Kongreß von Delegierten aus

Kehrt zum Weg Lenins und Trotzkis zurück! Für eine Sozialistische Union von Sowjetrepubliken!



Demagoge Jelzin will sowjetische Bergarbeiter für eigene Machtambitionen ausnutzen und für Machtübergabe an prokapitalistische Regierungen der Einzelrepubliken. Mit revolutionärer Führung kann die Arbeiterklasse kapitalistische/ nationalistische Kräne besiegen!



Independent

verschiedenen Bergbaugebieten gegründet. Ihr Ziel ist laut ihrem Programm-Entwurf, „die Rechte und Interessen der Arbeiter zu verteidigen ... unter den Bedingungen der Marktwirtschaft" und für höhere Löhne zu kämpfen „in Übereinstimmung mit dem Marktpreis der Arbeitskraft". Mit anderen Worten, sie akzeptieren die Rückkehr der kapitalistischen Ausbeutung und verurteilen die Arbeiter im voraus zu Löhnen, die vom kapitalistischen Markt diktiert werden.

Eine Resolution, die beim Kongreß eingebracht wurde, rief zu einer „internationalen Konferenz über Gewerkschaftsrechte und Freiheiten" auf und lud besonders die amerikanische AFL-CIO, die polnische Solidarnos'6 und andere „demokratische Gewerkschaften" ein, während sie die offiziellen sowjetischen Gewerkschaften ausschloß. Doch Lech Walesas Solidarnosc zwingt jetzt den polnischen Arbeitern brutale kapitalistische Austerität im Dienste des Internationalen Währungsfonds auf. Solche „freien Gewerkschaften" bringen nicht Reichtum, sondern Suppenküchen.

Es ist keineswegs so, daß alle Bergarbeiter im Umkreis der NPG eine Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion wollen. Viele haben einfach den Glauben daran aufgegeben, daß sie den Ansturm der Marktkräfte stoppen können, der von Teilen der Bürokratie vorangetrieben wird, angefangen mit Gorbatschow, und sie versuchen, ihre eigenen Bereiche und Interessen so gut wie möglich zu verteidigen. Andere geben sich der Illusion hin, daß der kapitalistische Markt irgendwie von der Arbeiterklasse „kontrolliert" werden könnte. Und noch weit mehr Bergarbeiter bleiben der NPG fern, weil sie den Markt gutheißt.

Was es den Jelzin-Leuten und anderen proimperialistischen Kräften möglich macht, Einfluß bei Teilen der Bergarbeiter und anderen sowjetischen Arbeitern zu gewinnen, ist der völlige Bankrott der gegenwärtig bestehenden Alternativen, die sich für eine Verteidigung der Planwirtschaft aussprechen. Was die Sowjetunion heute dringend benötigt, sind wirkliche Bolschewiki. Den Werktätigen droht in diesem Jahr eine heraufziehende Katastrophe, und genau wie 1917 ist ein revolutionäres Programm notwendig, um dagegen zu kämpfen.

Die sowjetischen Werktätigen müssen die falsche Gegenüberstellung von „Demokraten" und „Patrioten" durchschneiden, die beide Produkte der endgültigen Degeneration der reaktionären und parasitären stalinistischen Bürokratie sind. Beide sind Feinde und Unterdrücker der Arbeiterklasse im Interesse des Weltkapitalismus. Die Arbeiterklasse muß die politische Macht in die eigenen Hände nehmen und die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse wiederaufbauen.

Für zentralisierte Wirtschaftsplanung unter Arbeiterdemokratie

Die Stagnation der sowjetischen Wirtschaft während der letzten Jahre von Breschnjew wurde unter Gorbatschow von bürokratischem Chaos abgelöst. Sowohl die Zentrale als auch die Regierungen der Unionsrepubliken haben das Land mit immer wertloseren Rubeln überschüttet, während die staatlichen Läden leer sind. Die chemische Industrie arbeitet nur mit einem Bruchteil ihrer Kapazität. Stahlhütten können keinen Koks bekommen, Maschinenfabriken bekommen keinen Stahl. In der größten Lkw-Fabrik der Welt, in Wolgograd, steht das Hauptband still, weil es an Zulieferungen fehlt. Und jetzt versteigern die USA lukrative Ölkonzessionen im Beringmeer, die der frühere Außenminister Schewardnadse abgetreten hatte.

Die gleichen Apparatschiks, die jahrelang die kollektivierte Wirtschaft zugrunde gerichtet haben, *plündern* jetzt die staatlichen Unternehmen aus, um sich in eine neue Bourgeoisie einzukaufen als Juniorpartner von Wall Street und Frankfurt. Unabhängige Arbeiterkomitees müssen in den Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Betrieben gegründet werden, um bürokratische Sabotage und Privatisierungsversuche zu verhindern.

Fortgesetzt auf Seite 14


Ogonjok

Großrussische Pamjat-Faschisten stürmen Moskauer Wahlversammlung der Volksdeputierten, Januar 1989

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 13

Solche Arbeiterkomitees können die Basis sein für *Sowjets,* die in ihre Reihen Kollektivbauern einbeziehen, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten und Offiziere der Roten Armee, Rentner, Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft, die Kommunisten sein wollen, und auch die wenigen Mitglieder der Intelligenz, die ihre korrupten Appetite überwinden können und die Sache der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen. In diesen Sowjets darf es keinen Platz geben für die neuen Parasiten und Ausbeuter, genausowenig wie für ihre Ideologen und Unterstützer innerhalb der Bürokratie. Die Arbeiter und ihre Verbündeten werden selber entscheiden, durch ihre freie Abstimmung, welche Parteien sie als Sowjet-Parteien anerkennen. Wir treten ein für eine Regierung, die sich auf Sowjetdemokratie gründet, wie sie die Oktoberrevolution 1917 errichtet hat. Das werden keine Schwatzbuden sein wie die augenblicklichen gesetzgebenden Körperschaften, für die die sowjetische Bevölkerung nur gesunden Abscheu übrig hat, sondern Organe, die direkt den Willen der Werktätigen umsetzen.

Die „demokratischen" Agenten der kapitalistischen Konterrevolution nutzen den allgemeinen Widerwillen gegen die stalinistische bürokratische Herrschaft aus, um ein parlamentarisches Regierungssystem wie im Westen anzupreisen. In den wirtschaftlich privilegierten kapitalistischen Ländern von Westeuropa, Nordamerika und Japan, deren Herrscher Hunderte von Millionen verelendeter schwer arbeitender Menschen in der sogenannten Dritten Welt ausplündern, dient Parlamentarismus als „demokratische" Verschleierung für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Die wirkliche Basis der bürgerlichen Herrschaft selbst in den reichsten kapitalistischen Gesellschaften ist jedoch die Furcht der Arbeiter, daß sie und ihre Familien auf der Straße liegen werden und sich aus Mülltonnen ernähren müssen, wenn ihre Arbeitskraft für diejenigen, die die Produktionsmittel besitzen, keinen Wert mehr hat.

Wir sind gegen einen Wettbewerb zwischen vereinzelten Betrieben, der notwendigerweise größere Ungleichheit nach sich zieht und die soziale Solidarität der Arbeiterklasse unterminiert, Aus den gleichen Gründen lehnen wir das syndikalistische Programm von Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe ab (wofür prokapitalistische Kräfte zynisch die Werbetrommel rühren, um eine Marktwirtschaft einzuführen) und fordern statt dessen eine zentralisierte Organisierung durch eine Arbeiterregierung. Demokratisch gewählte Fabrikkomitees sollten in den einzelnen Betrieben die Arbeitsbedingungen kontrollieren. Sie könnten den Plan in Abstimmung mit den Arbeitern anderer Fabriken diskutieren. Sie könnten unfähige und korrupte Direktoren ihres Postens entheben und wirkliche Arbeitsdisziplin erreichen, die auf sozialistischem Bewußtsein und auf Richtlinien beruht, die die Arbeiterkollektive festlegen und durchsetzen.

In einem größeren Rahmen könnten wirkliche Sowjets eigenständig die Entscheidungen fällen, was subventioniert werden soll. Die Kräfte des Marktes werden zum Beispiel nie eine angemessene Kinderbetreuung sicherstellen. Die Sowjetunion könnte ohne weiteres die beste medizinische Versorgung der Welt haben, weit besser als die durch Klasseninteressen bestimmte Versorgung, die man (d. h. einige wenige) in kapitalistischen Ländern bekommen kann. Indem sie das kriminelle Chaos bei der Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte mit eiserner Hand beseitigt, könnte eine Regierung von Sowjets ohne weiteres das Land mit eigenem Getreide versorgen und hätte noch genügend für den Außenhandel übrig, um die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion mit japanischen Videorekordern und Qualitätsstrumpfhosen zu versorgen. Und solch eine revolutionäre Regierung würde die Unterstützung für Länder wie Vietnam und Kuba *ausweiten,* die vom wirtschaftlichen Würgegriff des Imperialismus bedroht sind.

Wie Trotzki 1932 geschrieben hat: „Nur durch das Zusammenwirken dieser drei Elemente, der staatlichen Planung, des Marktes und der Sowjetdemokratie, kann eine korrekte Wirtschaftsführung der Übergangsepoche erreicht werden." Die höchste Sowjetkörperschaft sollte über einen Plan entscheiden, der die grundlegende Richtung der Wirtschaft festlegt: das Niveau und die Struktur der Ausgaben für Industrieinvestitionen, das Militär, Wohnungsbau, Schulen, Krankenhäuser usw. Die Produktion von Konsumgütern sollte die Marktbewegungen in Betracht ziehen, damit die Menge der einzelnen Güter und Dienstleistungen fortwährend an die Nachfrage angepaßt wird. Demokratisch organisierte Konsumentenkooperativen sollten über Preise und Qualität der Produkte wachen.

Für proletarischen Internationalismus

Unter den prominenten ideologischen Gegnern von westlichem Kapitalismus sind Stalin-Apologeten wie Nina Andrejewa und slawophile Reaktionäre wie Walentin Rasputin. Unsere unversöhnliche Opposition gegen eine Restauration des Kapitalismus hat *nichts gemeinsam* mit „Kasernenhofsozialismus" oder einer Sehnsucht nach der traditionellen patriarchalischen russischen Gesellschaft. Trotzkisten betonen eindeutig, daß nur die Sozialisierung der Produktionsmittel die materielle Basis bereiten kann für wirkliche nationale und sexuelle Gleichheit, für das größte Maß an individueller Freiheit, d. h. die Freiheit,

seine jeweiligen Fähigkeiten in vollem Maße zu verwirklichen.

Wir kämpfen für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichheit aller sowjetischen Völker. Ganz besonders müssen wir alle Auswüchse von Antisemitismus bekämpfen, der heute in Rußland wahrlich als „Sozialismus der dummen Kerls" dient, um den Klassenhaß weg von seinen gerechtfertigten Zielen hin zu Sündenböcken umzuleiten. Die neuen Schwarzhundertschaften von Pamjat und der Rest des faschistischen Abschaums müssen durch Aktionen der Arbeiterklasse zerschlagen werden. Wenn nicht, werden diese Pogromisten ihren blutigen Terrorismus auf das ganze Land ausweiten.

Die junge Sowjetrepublik öffnete die Tür für die Befreiung der Juden und nationalen Minderheiten, und sie zollten dem Tribut, indem sie sich den revolutionären Kämpfen anschlössen, um die Grundlage zu legen für eine gerechte Gesellschaft. Von der sowjetischen Literatur über die Wissenschaften und Militärtechnologie bis zur Roten Armee war der Beitrag jüdischer Bürger von unschätzbarem Wert. Seit Jahren versuchen die Imperialisten und Zionisten, der Sowjetunion die qualifizierte jüdische Bevölkerung zu rauben. Jetzt beteiligen sich Gorbatschow und russisch-nationalistische Antisemiten an dem Versuch, die Juden aus der Sowjetunion in die zionistische Todesfalle Israel zu vertreiben und damit die kreativen Kräfte der Sowjetunion zu schwächen. Beim Kampf für die Wiederherstellung des Bolschewismus in der Sowjetunion ist es wichtig, daran zu erinnern, daß das bolschewistische Zentralkomitee, das die erste erfolgreiche Arbeiterrevolution der Geschichte durchgeführt hat, überproportional aus Juden und ethnischen Minderheiten bestand.

Wir treten ein für die soziale Gleichheit der Frauen, die nur durch das Recht auf kostenlose und sichere Abtreibung und qualifizierte Kinderbetreuung erreicht werden kann, und für eine größere Teilnahme der Frauen an der Führung der Gesellschaft. Im Kampf gegen mittelalterliche Vorstellungen a la Solschenizyn verteidigen wir das Recht auf individuelle Freiheit des Sexuallebens (z. B. Homosexualität und Pornographie). Der junge Sowjetstaat schaffte die Gesetze gegen Homosexualität ab. In gleicher Weise treten wir gegen politische und künstlerische Zensur und andere Auswüchse kleinlicher Polizeityrannei auf.

Die Oktoberrevolution und die Gründung der Sowjetunion war möglich, weil die Bolschewiki die Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten gegen ihren gemeinsamen Feind *vereinten:* gegen die zaristische Autokratie, die Gutsbesitzer, Kapitalisten, ausländischen Imperialisten und gegen kleinbürgerliche Nationalisten aller Art. Bolschewistischer Internationalismus wurde beispielhaft verkörpert durch Vorkämpfer wie den Armenier Stepan Schaumjan, den Führer der Kommune von Baku, die sich auf Aserbaidschaner, Armenier und russische Ölarbeiter stützte, und wie Christian Rakowski, den Veteranen der Revolution, der in Rumänien geboren wurde, die erste bolschewistische Regierung in der Ukraine anführte und später ein Führer der Linken Opposition wurde.

Um den Zerfall der UdSSR durch brudermörderischen Nationalismus zu verhindern, ist es notwendig, den proletarischen Internationalismus Wiederaufleben zu lassen, der das Handeln der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki bestimmte. Wir treten ein für die demokratische Reorganisierung der Sowjetunion und für das Recht jeder Nationalität mit einer Führung, die *gegen* die Konterrevolution auftritt, sich soweit zurückzuziehen, wie sie es für notwendig hält. Wir bekämpfen ganz entschieden die kapitalistische Konterrevolution



Spartakist

Berlin, 22. Dezember 1990: Spartakisten demonstrieren während Übergabe eines sowjetischen Ehrenmals ans Vierte Reich

selbst da, wo sie versucht, sich mit dem Feigenblatt „nationale Unabhängigkeit" zu bemänteln, wie jetzt in den baltischen Republiken.

Es ist notwendig, die Arbeiter politisch zu bewaffnen gegen die Lügen von Gorbatschow & Co., daß die Kapitalisten dieser Welt, von Washington bis zu den Herrschern des neuen Vierten Reichs, zu Freunden und Rettern der Bevölkerung der Sowjetunion geworden seien. Der Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkriegs im Jahre 1914 hat gezeigt, daß sowohl das kapitalistische System wie der Nationalstaat zu Fesseln der Produktivkräfte geworden waren. In der imperialistischen Epoche ist Kapitalismus untrennbar verbunden mit Militarismus und Kriegen für die Verteilung und Neuverteilung der Weltmärkte und Ausbeutungszonen.

Die Oktoberrevolution hat die Kette des Imperialismus an seinem schwächsten Glied gebrochen, nämlich in Rußland. Nicht weniger als 14 imperialistische Armeen fielen über den gerade geschaffenen sowjetischen Staat her, im Bündnis mit den Weißen Armeen und zu deren Unterstützung. Lenin erkannte, daß der bolschewistische Sieg im Bürgerkrieg nur eine zeitweilige Atempause verschafft hatte. Er hat unermüdlich die Wahrheit verbreitet, daß nur die *proletarische Weltrevolution* den sowjetischen Arbeiterstaat retten kann. Aus diesem Grund hat Lenin, zusammen mit Trotzki und anderen Internationalisten, die Kommunistische Internationale gegründet, den Anziehungspol für die revolutionärsten Arbeiter und für idealistische linke Intellektuelle von Nordamerika bis zum Fernen Osten.

Stalin pervertierte und liquidierte die Kommunistische Internationale dann im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land", ein reaktionäres und utopisches Programm für die *Niederlage* von Revolutionen weltweit und letztlich in der Sowjetunion selber. Stalins weltweite Klassenzusammenarbeit in den 30er Jahren — erst der

Fortgesetzt auf Seite 16

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

Versuch, eine „Volksfront" gegen Nazideutschland mit den „demokratischen" imperialistischen Mächten von Britannien und Frankreich zusammenzuzimmern, dann der Nichtangriffspakt mit Deutschland — schuf die Grundlage für Hitlers Unternehmen Barbarossa. Zwanzig Millionen sowjetische Bürger wurden umgebracht bei der Verteidigung ihres Landes und der Befreiung ganz Europas vom Alptraum des Nazismus. Die darauf folgende Bedrohung der UdSSR durch den atomar gerüsteten amerikanischen Imperialismus brachte den Kreml dazu, in Osteuropa auf der Grundlage der Zerstörung des Dritten Reichs durch die Rote Armee bürokratisch deformierte soziale, d. h. antikapitalistische, Revolutionen als Verteidigungsmaßnahmen durchzuführen.

Jetzt haben Gorbatschows elendige Kapitulationen vor dem militärischen und diplomatischen Druck des Imperialismus, angefangen mit dem Abzug aus Afghanistan, dazu geführt, daß die Nachkriegsordnung auseinanderfällt. Die Intervention in Afghanistan, obwohl von Breschnjew aus engbegrenzten Gründen der militärischen Verteidigung durchgeführt, eröffnete die Möglichkeit, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker des enorm rückständigen Afghanistan auszuweiten. Wir unterstützten die Intervention der Roten Armee und verurteilten den Rückzug als eine tödliche Gefahr für die afghanischen Massen, in erster Linie für die vom Schleier befreiten Frauen, und auch für die UdSSR selber.

Statt den Imperialismus zu beschwichtigen, hat der Rückzug aus Afghanistan den NATO-Hauptstädten das Signal gegeben, daß die sowjetische Regierung den Willen zum Kampf verloren hat. Es wäre viel besser gewesen, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen, als ihn jetzt innerhalb der Grenzen der Sowjetunion selbst bekämpfen zu müssen! Der Rückzug der sowjetischen Führung aus Afghanistan und die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung ermöglichten dem US-Imperialismus die Invasion im Persischen Golf, um die Kontrolle über die Ölreserven der Welt zu erringen, und den Einsatz des Pentagon-Arsenals an Massenvernichtungswaffen bei der Zerstörung des Irak, eines früheren Bündnispartners von Moskau. Dies hat den Imperialisten noch mehr Auftrieb gegeben, für die die UdSSR weiterhin das Hauptziel bleibt. Die Trotzkisten treten ein für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion — die seit Jahrzehnten von Stalin und seinen Erben im Kreml geschwächt und verraten worden ist — gegen die Kräfte des kapitalistischen Imperialismus.

Die Verteidigung und Regeneration der Sowjetunion muß verbunden werden mit der Perspektive der sozialistischen Revolution weltweit. Die kapitalistische Entwicklung selber hat eine internationale Arbeitsteilung hervorgebracht. Deshalb setzt der Kampf um die Versorgung der sowjetischen Massen mit den guten Dingen des Lebens — sowohl materiell als auch kulturell — die Teilnahme an der Weltwirtschaft voraus. Und das bedeutet die Ersetzung des Weltmarktes, der von den Imperialisten dominiert wird, durch eine international geplante sozialistische Wirtschaft. Eine Planwirtschaft, eingeführt auf der Basis der weltweiten Produktivkräfte und unter der Kontrolle von demokratischen Arbeiterräten, hätte der Menschheit die Kriege, den Holocaust, das Elend, den Hunger und die Bedrohung durch die atomare Vernichtung seit einem halben Jahrhundert ersparen können.

Jahrzehntelang hat die unterdrückerische, korrupte und parasitäre Oligarchie im Kreml fälschlicherweise den historischen Deckmantel von Lenins bolschewistischer Partei für sich in Anspruch genommen. In Wirklichkeit war es die trotzkistische Linke Opposition, die das revolutionäre Programm des Roten Oktober bewahrt und weitergeführt hat. Stalin war der Totengräber der bolschewistischen Partei, deren überlebende Kader er in den großen Säuberungen der 30er Jahre umbringen ließ. Es ist dringend notwendig, eine neue bolschewistische Partei in der Sowjetunion aufzubauen, die die militantesten, klassenbewußtesten Arbeiter mit den marxistischen Intellektuellen verbindet, die sich konsequent der Sache der Arbeiterklasse verpflichtet haben. Nur unter der Führung einer solchen authentisch kommunistischen Partei, Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, können die sowjetische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Überbleibsel der degenerierten stalinistischen Bürokratie hinwegfegen und die Kräfte der Restauration des Kapitalismus besiegen und damit die Basis für eine sozialistische Zukunft legen.

Nach Workers Vanguard *Nr. 522, 15. März*

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 510655
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 32 36 44

Leipzig
M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Rostock
SpAD
Postfach 9001 HPA
2500 Rostock 1

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 2663

BSA...

Fortsetzung von Seite 9

im Artikel „Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke", *Spartakist* Nr. 83, Februar, beschrieben, benutzten die Baathisten bei ihrem ersten antikommunistischen Blutbad Namenslisten, die *vom CIA* zur Verfügung gestellt worden waren.) In unserem letzten Artikel stellten wir auch fest, daß genau zu dieser Zeit Healy & Co. Tausenderbeträge von den anderen Bündnispartnern des amerikanischen Imperialismus, *den kuwaitischen Emiren,* einsackten!

Die Workers League und der BSA haben wahrscheinlich guten Grund, sich wegen ihrer Verbrechen Sorgen zu machen; aber Ärger mit dem FBI zu bekommen kommt ganz unten auf der Liste (wenn sie überhaupt auf irgendeiner Liste des FBI stehen). Schließlich haben die Healyisten dieselbe Straßenseite beackert wie der amerikanische Geheimdienst! 1979 druckte das *Bulletin* von North Artikel aus Healys *News Line* nach, in denen die Ermordung von 21 Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei durch die Regierung Husseins bejubelt wurde. Das *Bulletin* (30. März 1979) druckte aus *News Line* sogar ein irakisches Kommunique nach mit der grotesken Überschrift: „Wo die Irakische Kommunistische Partei unrecht hatte."

Nach dem Bericht der Kontrollkommission des Internationalen Komitees von 1985 — hinter dem sich das *Bulletin* als Beweis der eigenen Unschuld zu verstecken sucht — haben die Healyisten vom Irak Ende der 70er Jahre eine Summe von rund £ 20 000 erhalten. Und diese Summe kann nur die Spitze des Eisbergs sein, wenn man in Betracht zieht, daß die Untersuchung des IK über die Finanzbeziehungen ihrer Organisation zum Nahen Osten durch die Schuldigen selber durchgeführt wurde.

Das *Bulletin* und die *Neue Arbeiterpresse* bestreiten nicht, daß sie der Ermordung der kommunistischen Arbeiteraktivisten im Irak zugejubelt haben. Sie jammern nur darüber, daß die Workers League und das Internationale Komitee nicht gewußt hätten, daß Healys Workers Revolutionary Party (WRP) für dieses und andere Verbrechen bezahlt worden ist. Sie behaupten, daß dies „ohne Zustimmung oder Wissen des Internationalen Komitees" geschehen sei. Wenn die Anhänger von North beteuern, nichts gewußt zu haben, ist das ungefähr so glaubwürdig wie Bushs und Reagans Proteste, sie hätten keine Ahnung davon gehabt, daß ein anderer Verbrecher namens North, Vorname Oliver, den Contragate-Waffen- und Drogenhandel aus dem Keller des Weißen Hauses heraus organisiert hat.

Healys finanzielle Verbindungen zu arabischen Regimes waren ein berüchtigter Skandal in der Linken. Vom Zeitpunkt an, als die WRP im Mai 1976 ihre Tageszeitung *News Line* herausbrachte, war es klar, daß Healys Organisation Geld von Muammar Gaddafis libyschem Regime bekam. Nicht einmal drei Monate zuvor hatte die WRP ihre vorherige Zeitung *Workers Press* eingestellt, nach Monaten öffentlicher Appelle, Geld zu spenden für einen Notfonds für die Zeitung. Und dann kam mit großem Getöse eine neue, aufwendig gemachte vierfarbige Tageszeitung heraus, voll mit Artikeln, die den libyschen Diktator rühmten, und mit „Sonderberichten" aus Tripolis. Wo kam nur das Geld her, in dieser Geschichte des wundersamen plötzlichen Reichtums?

Bereits im Mai 1977 veröffentlichten wir einen Artikel unter der Überschrift „Die Healyisten, Gaddafis Botenjungen", der die Schlußfolgerung zog, „selbst ein flüchtiger Blick darauf, wie *News Line* jahrelang den ölreichen Kräften um Gaddafi um den Bart gegangen ist, legt die Überlegung nahe, daß in der Tat etwas sehr faul ist im Staate Dänemark". Zwei Jahre später organisierten wir Proteste vor Veranstaltungen der Workers League mit Plakaten, auf denen stand: „Workers League — Presseagenten für die libysche Diktatur!" und „Die Healyisten: von politischen" Banditen auf der Linken zu Zuhältern für Gaddafi".

1980 bemerkte dann Sean Matgamna, der Herausgeber der britischen Zeitschrift *Sodalist Organiser*, daß die WRP „von einer oder mehreren arabischen Regierungen" subventioniert worden sein muß. In einem Racheakt, der auf die Zerstörung von Matgamnas Organisation abzielte, reichte daraufhin die WRP (unter der Anleitung der Jet-Set-Schauspielerin Vanessa Redgrave) eine Verleumdungsklage gegen Matgamna ein, weil er scharfsinnig und ausgesprochen wahrheitsgetreu diese prinzipienlosen politischen Banditen, Gangster und Kultanhänger entlarvt hatte. Interessanterweise ist die einzige Passäge in Matgamnas Artikel, die in der Verleumdungsklage nicht aufgegriffen wurde, die *zentrale* Beschuldigung, daß die Healyisten finanziell von bürgerlichen arabischen Regimes unterstützt worden sind.

Jetzt schreibt die *Neue Arbeiterpresse,* daß infolge der Untersuchung der Kontrollkommission das Internationale Komitee mit der Unterstützung der Workers League die WRP für ihre „prinzipienlosen Beziehungen mit Teilen der kolonialen Bourgeoisie mit dem Ziel, Geld zu erhalten" verurteilt habe. Aber was haben sie denn für prinzipienlos gehalten? Ganz offensichtlich nicht, als Presseagenten für Gaddafi aufzutreten (zur Feier des „Zehnten Jahrestags der libyschen Revolution" schickte die WL ein Telegramm an Gaddafi, in dem sie seine fortschrittliche sozialistische Politik bejubelten), und auch nicht das Bejubeln der Ermordung der irakischen Kommunisten. Norths „Verteidigung" ist, daß Healy es für Geld gemacht hätte, während die Workers League es ganz umsonst getan hat! Aber stimmt das überhaupt?

Wer hat das Geld bekommen?

Nachdem die Kontrollkommission des IK ihren Bericht abgeliefert hatte, stellte 1986 Cliff Slaughter, ein weiterer von Healys ehemaligen engsten Kumpanen, allen Mitgliedern der WRP in einem Brief die Frage:

> „Hat nur die WRP finanzielle Unterstützung von der einen oder anderen bürgerlichen nationalen Regierung im Mittleren Osten bekommen? Welche anderen Sektionen erhielten noch etwas?
> Steht es nicht fest, daß die australische Sektion 1983 eine Summe (von Zehntausenden Dollars) erhalten hat?
> Stimmt es etwa nicht, daß Genösse Beams diese Angelegenheit dem IK und den Delegierten der WRP verschwiegen hat, daß er es aber *sehr wohl* wenigstens einigen der Delegierten berichtet hat, die die Suspendierung der WRP unterstützten, ganz sicher an Genossen North? Das ist es, was abgelaufen ist.
> Zum Schluß: Stimmt es nicht, daß die Genossen North und Beams sich darüber geeinigt haben, daß diese Angelegenheit nicht im IK behandelt werden sollte, weil sie es nicht für einen ‚Klassenverrat' hielten? Welche Unterschiede haben sie in dieser Angelegenheit gemacht zwischen dem Klassenverrat der WRP — worauf die Begründung der Suspendierung der WRP vom IK ohne förmliche Anklage und ohne Anhörung basiert wurde — und den Aktionen zugunsten der SLL (Australien)?"

Slaughters Vorwürfe gegen North' Abdeckung seines

Fortgesetzt auf Seite 18

BSA. ..

Fortsetzung von Seite 17

Spezi Nick Beams, dem Führer der australischen Socialist Labour League, klingen nach (eigennütziger) Wahrheit. Einen Monat nach Slaughters Brief scheint sich das Zentralkomitee der SLL gezwungen gesehen zu haben, Beams eine Rüge auszusprechen, weil er dem IK verschwiegen hatte, daß er Geld von arabischen Regimes erhalten hat. Weitere Informationen kamen vom ehemaligen SLL-Führer Phil Sandford, der enthüllte, wie ein weiterer führender australischer Healy-Mann von Healy eins aufs Dach bekam, weil er versucht hatte, in dessen irakischem Revier zu wildern, um 100000 Dollar für eine Druckpresse aufzutreiben (siehe „Some Political Bandits at the End" [Einige politische Banditen am Ende], *Spartacist,* englische Ausgabe Nr. 43/44, Sommer 1989). Sandford berichtet, daß ihre Beziehungen zu Libyen viel einträglicher gewesen sind.

Aber hat North in dieser üblen Angelegenheit wirklich nur die Rolle gespielt, Beams abzudecken? Jedenfalls nicht nach einem Brief, den Healys enger Spießgeselle Tony Banda am 23. Januar 1986 an das Zentralkomitee der amerikanischen Workers League schrieb. Als Antwort auf Vorwürfe, daß führende Mitglieder der WRP im Anschluß an den Sturz Healys sich weigerten, den Mitgliedern der WRP Dokumente des IK zur Verfügung zu stellen, schreibt Banda:

> „Gerade dies finde ich äußerst interessant, daß Ihr den Punkt aufbringt, wo Ihr doch durch Eure Günstlinge praktisch die gesamte Diskussion über Healyismus unterdrückt habt... Es ist wie beim Dieb auf dem dichtgedrängten Marktplatz, der schreit, .Haltet den Dieb', um von seinen eigenen Missetaten abzulenken. Im Norden macht sich Mr. Scheinheiligkeit mit schlappen 90000 aus dem Staub, während sein Helfershelfer/Komplize sich mit weiteren 25000 in den Süden absetzt. Ist das Eure revolutionäre Moral? Ist das Eure Version von Internationalismus?" (abgedruckt in *Fourth International,* Herbst 1986)

Tony Bandas Verurteilung von Mr. Scheinheiligkeit North nach dem Motto „wir waren alle Gauner" beschreibt die zynische Qualität von diesem Zerwürfnis unter Dieben.

Als es den Anschein hatte, als ob Healy das ganze Geld aus dem Nahen Osten einsackte, scheinen ganz offensichtlich die anderen aus seiner Bande wie hungrige Haifische losgestürmt zu sein, um nur ja auch einen Teil des Blutgeldes abzubekommen. Wie wir immer wieder festgestellt haben, hat keiner von Healys Nachfolgern gegen die brutalen Verrätereien ihrer Organisation protestiert, die sie machten, um an das Geld der bürgerlichen Regierungen im Nahen Osten zu kommen. Erst als dieser Geldstrom ausblieb, gingen sie daran, Healy loszuwerden.

Laut einem Finanzbericht von Corin Redgrave vom 8. Oktober 1985 wurde 1984/85 praktisch keine Miete oder Ratenzahlung fristgerecht bezahlt. Gerichtsvollzieher haben überall gepfändet, in der Parteidruckerei in Runcorn, in den Buchläden der Partei und bei einer Gelegenheit sogar in der Parteizentrale in Clapham. Anfangs hat die WRP versucht, das ganze Desaster ihrem Finanzapparat in die Schuhe zu schieben. Aber im Sommer 1985 wurde es offensichtlich, daß das ganze stinkende Gebäude, das Healy zurechtgezimmert hatte, im Begriff stand zusammenzukrachen. Gut geschult durch ihren Gründer-Führer gingen Healys langjährige Spießgesellen daran, sich wie Wölfe an die Gurgel zu gehen.

North wollte sich unbedingt zum neuen Führer ausrufen und setzte die Kontrollkommission des IK für seine eigenen zynischen Machtambitionen ein. Jetzt behaupten *Bulletin* und *Neue Arbeiterpresse,* daß die Teilnahme der Workers League an dieser Kommission sie von der Verantwortung für alle Verbrechen befreit. Nichtsdestotrotz haben sie es eigenartigerweise vorgezogen, noch nicht einmal die Ergebnisse dieser stark zensierten und ihrer eigenen Rechtfertigung dienenden Untersuchung über die schmutzigen Finanzpraktiken des IK zu veröffentlichen.

Der Bericht der Kommission wurde in großer Eile zusammengestellt, und dies lag nicht einfach daran, daß Healy & Co. angeblich die Buchhaltungsunterlagen der WRP beiseite geschafft hatten. Es wurde keinerlei Versuch gemacht, Vorwürfen nachzugehen, daß auch andere Sektionen des IK Geld genommen hatten. Die Namen von führenden Mitgliedern der WRP, die nicht mit Healy abgezogen waren, wurden aus dem Bericht rausgestrichen. North benutzte die Ergebnisse, um die Überbleibsel von Healys WRP aus dem Weg zu schaffen. Slaughters Rumpf-WRP wurde von der Mitgliedschaft suspendiert, und North ernannte sich selbst zum König des übrig gebliebenen healyistischen Müllhaufens.

Der Bund Sozialistischer Arbeiter und die Workers League versuchen, sich als trotzkistisch auszugeben, und von Zeit zu Zeit, wenn es ihnen in den Kram paßt, können sie ganz orthodox klingen. Wir haben schon vor zwanzig Jahren gesehen, was die Healyisten wirklich sind, als wir sie öffentlich als „politische Banditen" kennzeichneten, deren Positionen nach ihren jeweiligen Appetiten und fragwürdigen Vorteilen maßgeschneidert sind. Im Verlauf ihrer weiteren Degeneration wurden sie pure Banditen und schlimmeres.

Und was Spitzel und dergleichen anbelangt: Für eine Handvoll Petrodollars haben die Healyisten in London eine Demonstration gegen Hussein fotografiert und diese Fotos der irakischen Botschaft ausgehändigt! Für Geld haben sie die Ermordung von irakischen KP-Mitgliedern bejubelt. Einer von Healys Geldeintreibern in Bagdad war kein anderer als Alex Mitchell, der zusammen mit North „Sicherheit und die Vierte Internationale" zusammengeschmiert hat — jene sinistre Kampagne, um die Führung der amerikanischen Socialist Workers Party als Agenten des FBI und der GPU zu verleumden!

Während Mitchell inzwischen für die kapitalistische Presse in Australien schreibt, gebraucht North seinen Bleistift immer noch für neue Folgen der „Sicherheit". Nachdem sie ein Vermögen dafür ausgegeben haben, die kapitalistischen Gerichte in den USA mittels des berüchtigten WL-Provokateurs Alan Gelfand dazu zu bringen, die SWP als von FBI-Agenten kontrolliert zu erklären, haben die North-Leute eine internationale Kampagne als Denunzianten für den staatlichen Repressionsapparat des US-Imperialismus inszeniert, die dazu geführt hat, daß jetzt der junge SWPler Mark Curtis aufgrund von erfundenen Vergewaltigungsvorwürfen *zu 25 Jahren* Gefängnis verurteilt wurde. Warum bloß sollten die Bullen einen ihrer eigenen Agenten ins Gefängnis schmeißen?

Und warum behauptet die Workers League, daß sie befürchtet, das FBI sei hinter ihnen her? Auf den ersten Blick sollte die US-Regierung doch zufrieden sein mit ihrer Arbeit. Und was die arabischen Diktatoren angeht, die Scheichs und Obristen, denen die Healyisten das Geld aus der Tasche gezogen haben — zweifellos mit der Behauptung, daß das IK eine Organisation mit Masseneinfluß sei, die ihnen zur Seite stehen könne —, es kann schon sein, daß die sich zu Recht hintergangen fühlen, von Rachegefühlen gar nicht zu reden.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 523, 29. Man*

Kurden...

Fortsetzung von Seite 8

möchten diesem Militanten antworten: ja, die gegenwärtige Regierung des Irak ist ein Feind des kurdischen Volkes, *so wie alle ihre Vorgänger, alle bürgerlichen Nachbarregime und alle imperialistischen Mächte.*

„Der Feind meines Feindes ist mein Freund", ist nicht immer eine gute Maxime. Jahrzehntelang haben sich verschiedene kurdische Gruppen entweder den Imperialisten untergeordnet oder den angrenzenden kapitalistischen Regimen, die zwar mit ihren direkten Unterdrükkern verfeindet sind, selber aber ihre eigenen kurdischen Minderheiten nicht weniger unterdrücken. Keines dieser Regime wird irgendwo ein unabhängiges Kurdistan tolerieren: Für die nationale Befreiung der Kurden müssen wir alle bürgerlichen Unterdrückerregime wegfegen und gegen die imperialistischen Mächte kämpfen, die sie stützen.

Als proletarische Internationalisten haben wir unverblümt die Wahrheit gesagt über das brutale Unterdrükkerregime der Baathisten, so in unserem Artikel „Das blutige Regime des irakischen Herrschers — Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke" *(Spartakist* Nr. 83, Februar). Doch angesichts des neokolonialen Krieges der USA/NATO war es notwendig — ja, sogar für irakische Kurden —, den Irak zu verteidigen, nicht zuletzt deshalb, weil ein verstärkter imperialistischer Würgegriff über die Region das Joch, das seine lokalen Satrapen ihren unterworfenen Völkern aufhalsen, sogar noch verstärken würde — ob Saddam Hussein an der Macht bliebe oder nicht. Eine bessere Parole ist hier: „Der imperialistische Feind meines lokalen Feindes ist kein Freund, sondern der größere und tödlichere Feind."

Was ist das Ergebnis der Niederlage des Irak gegen die US-geführte imperialistische Allianz? Genau an dem Tag, an dem die USA ihren Waffenstillstand verkündeten, startete der NATO-Staat Türkei die größte Offensive der letzten Jahre gegen die Kurden, blutige Streifzüge und Massenverhaftungen im ganzen türkischen Kurdistan. Özal stationierte weitere 100 000 Mann in den kurdischen Bezirken an der irakischen Grenze. Die Türkei wie auch der Iran haben einen unabhängigen kurdischen Staat kategorisch abgelehnt, selbst auf irakischem Gebiet.

Natürlich nutzten die Kurden den geschwächten Zustand des Regimes in Bagdad aus, um für ihre eigenen Interessen loszuschlagen. Aber wo konnten sie hoffen, Verbündete zu finden für ihren Kampf? Die Arbeiterklasse im Irak und in der ganzen Region ist durch den Sieg der Imperialisten demoralisiert worden, um sie herum ist nichts als Tod und Verwüstung. Doch die Führer des kurdischen Aufstands haben nicht auf die Arbeiter im Irak als Verbündete gesetzt, sondern vielmehr auf die USA.

Jalal Talabani, der Führer der Patriotischen Front Kurdistans (PUK), vergeudete keine Zeit und flog sofort nach der US-Kriegsmobilmachung nach Washington. Zu Beginn des Aufstands trafen sich kurdische Führer aus dem Irak mit dem brutal antikurdischen Regime von Turgut Özal und versprachen, „daß sie keine Rebellion unter ihren Brüdern in der Türkei anstacheln würden". Um ihre Forderungen für Washington, Ankara und Teheran zurechtzustutzen, haben die Führer des Kurdenaufstands nicht einmal behauptet, für Unabhängigkeit zu kämpfen, sondern nur für „Autonomie" in einem „demokratischen" (oder nicht so demokratischen) Irak.

Als konsequente Gegner jeder nationalen Unterdrükkung verteidigen wir Marxisten das Recht der Kurden, sich Waffen und Unterstützung von allen Seiten zu verschaffen. Aber die Kurden haben eine bittere Geschichte von „Führern", die den Kampf für ein unabhängiges Kurdistan dazu benutzen, sie zu Kanonenfutter zu machen für die Ziele der einen oder anderen imperialistischen oder regionalen Macht. Inzwischen kapitulieren sogar selbsternannte „marxistische" Gruppen wie die Guerilla-Anhänger der iranischen Komala und der PKK vor den kurdischen Grundbesitzerklassen, durch Volksfrontappelle an die „patriotischen Grundbesitzer".

Der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), Barzani, stammt aus einer wohlhabenden Familie von Grundbesitzern. Sein Vater, Mullah Mustafa Barzani, war in den 70er Jahren dafür berüchtigt, ein direkter Agent der CIA, des Schahs von Iran und des zionistischen Israels zu sein, die alle die Kurden dazu benutzten, den baathistischen Irak unter Druck zu setzen. Später dann schloß der Schah ein Geschäft mit Saddam Hussein. Barzani und die Kurden wurden fallengelassen, auf Gedeih und Verderb dem baathistischen starken Mann ausgeliefert, ganz so wie jetzt Barzani Junior.

Diese Praktiken gab es beileibe nicht nur bei Barzani. In den 60er Jahren kämpften die Streitkräfte von Talabani zusammen mit der irakischen Armee gegen die Unterstützer von Barzani. In den 80er Jahren tat sich Barzani mit Chomeinis Iran zusammen, nicht nur gegen den Irak, sondern auch gegen iranische kurdische Gruppen, während die iranische KDP (eine andere Gruppe gleichen Namens) sich zusammen mit Bani Sadr und den Mudschaheddin, ehemaligen Chomeini-Anhängern, hinter das irakische Regime stellte. Inzwischen wird die PKK — die in den letzten sieben Jahren sowohl gegen die türkische Armee einen Guerillakrieg geführt hat als auch gegen alle anderen kurdischen Linken, die mit ihr nicht übereinstimmten — von Assads Syrien unterstützt.

Kurdische Militante müssen die bitteren Lehren aus der Vergangenheit ziehen und mit der schmutzigen Geschichte von Nationalismus und Klassenkollaboration brechen. Unter der Führung von bolschewistischen Parteien, die sich der trotzkistischen Perspektive der permanenten Revolution verpflichtet haben, können die kurdischen Werktätigen eine entscheidende Rolle spielen bei der Befreiung aller Werktätigen der Region.

1958/59 waren die kurdischen Ölarbeiter der Kern der Irakischen Kommunistischen Partei, die eine bedeutendende revolutionäre Gelegenheit im Nahen Osten vertat, indem sie den Kampf der Arbeiter einer Volksfront mit dem bürgerlich-nationalistischen General Kassem unterordnete. Und als in diesem Januar eine Welle von Antikriegsprotesten durch das türkische Kurdistan ging, mit der Forderung „Freiheit für Kurdistan", drohte eine militante Streikwelle der Bergarbeiter in der Türkei das Land an den Rand eines Bürgerkriegs zu bringen.

In Grüßen an eine Konferenz von kurdischen Militanten 1984 in Europa zeigte ein IKL-Vertreter die Alternative zur Geschichte des Verrats durch die Nationalisten:

> „Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden...
>
> Die Lösung für die Unterdrückung der kurdischen Massen kann nur in der ganzen Region stattfinden. Dies schließt die Zerschlagung von vier reaktionären bürgerlichen Regimes ein... Wir wissen: Der Kampf für eine vereinigte sozialistische Republik Kurdistan wird geformt werden durch die zukünftige Entwicklung des revolutionären Proletariats der ganzen Region in Richtung auf eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens."

Nach Workers Vanguard *Nr. 524, 12. April*

Wiedergutmacher...

Fortsetzung von Seite 11

agonie des Kapitalismus, ist nicht „vernünftig", und das Blutvergießen für die „Neue Weltordnung" war für die USA und ihre Verbündeten sogar noch wichtiger als das Öl.

Trotzdem haben die Grünen und Günter Wallraff, der Liebling der SPD, ihre Palästinensertücher eingemottet und zusammen mit der PDS besondere Wallfahrten nach Israel unternommen, um zu beweisen, daß auch sie nicht antiisraelisch sind. Nicht, daß ihnen das viel eingebracht hätte. Als der Pressesprecher der Grünen Christian Ströbele, erklärte: „Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels", hat dies einen politischen Sturm ausgelöst, nicht nur in Israel, sondern auch unter den Öko-Nationalisten hier.

Mit dem Fiasko der Grünen vor Augen, hatte sich die Delegation der PDS vorgenommen, nur kein Aufsehen zu erregen. Trotzdem bekam sie, angeführt vom Vorsitzenden Gysi, der daheim selber zur Zielscheibe von empörenden antisemitischen Angriffen geworden ist, einen feindseligen Empfang. Weshalb? Weil die ehemalige DDR die „Kollektivschuld" für den Nazi-Holocaust ablehnte. Und dies zu Recht. Der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat wurde aufgebaut durch die Enteignung der Kapitalistenklasse, die Hitlers Machtergreifung finanziert hatte. Honecker selber saß zehn Jahre lang in Gefängnissen des Dritten Reichs. Die Naziregierung wurde nicht von den „demokratischen" Imperialisten, sondern von der Roten Armee gestürzt. Aus diesem Grund haßten die Kapitalisten und ihre Meute die ehemalige DDR, und deshalb haben wir Trotzkisten sie verteidigt.

Mit der Übernahme der obszönen Doktrin von der „Kollektivschuld" für den Nazi-Holocaust und der Zustimmung zu „Wiedergutmachungs"-Zahlungen an Israel signalisierte DDR-Regierungschef und PDS-Führer Modrow seine Bereitschaft, die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz zu verschenken. Westdeutschland hat Milliarden D-Mark als „Wiedergutmachung" an Israel bezahlt als Blutgeld für einen Persilschein, während unter Konrad Adenauer und seinen Nachfolgern Hitlers Gefolgsleute wieder die führenden Positionen in der Wirtschaft und im Staatsapparat einnahmen. Unsere Beschreibung der vergrößerten BRD als Viertes Reich zeigt die *unleugbare Kontinuität* (auch juristisch) dieses imperialistischen Staats zu Hitler-Deutschland auf.

Aber sobald die SpAD vom Vierten Reich spricht, löst das ein lärmendes Geschrei von Reformisten und Opportunisten wie PDS, KPD, Arbeitermacht und dubiosen Elementen wie BT und BSA aus. Wen wundert es, daß diejenigen, die kein eindeutiges „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung über die Lippen brachten, jetzt das Objekt ihrer Kapitulation beschönigen wollen?

Israel: Blutige Falle für Juden

Die deutsche Linke kann sich keine andere Lösung der Palästinenser-Frage vorstellen als eine nationalistische. So laufen einige dem Zionismus hinterher, andere dem palästinensischen Nationalismus, manche erst dem einen und dann dem anderen und manchmal beidem zur gleichen Zeit. Entweder wird das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser oder das der Hebräer geleugnet.

Ein groteskes Beispiel für diese nationalistische Haltung findet man in der März-Ausgabe der kleinen Zeitung *Arbeitermacht,* wo die „Kollektivschuld" auf das ganze hebräischsprachige Volk angewandt ist: „Tausend Scud-Raketen auf Tel Aviv können nicht wettmachen, was den Palästinensern in 40 Jahren angetan wurde!" Es ist verständlich, wenn palästinensische Jugendliche auf den Dächern ihrer Häuser in den Besetzten Gebieten Husseins Scud-Raketen bejubelten. Aber „tausend" Scud-Raketen? Dies ist nichts anderes als Befürwortung von Massenmord an Tausenden von unschuldigen Zivilisten, auch wenn *Arbeitermacht* sich dann später von Nationalisten und Fundamentalisten zu distanzieren versucht, die „die israelischen Juden wiederum vertreiben und vernichten" wollen. Und in der Tat verneint *Arbeitermacht* jegliche nationale Rechte für Hebräer im Nahen Osten.

Diese Art nur leicht verschleierter nationalistischer Rhetorik wird all denen bekannt vorkommen, die die erz-antisowjetischen Positionen der Gruppe Arbeitermacht kennen, die z. B. die reaktionären baltischen Nationalisten als „demokratisch" bejubeln, während diese Russen, Ukrainern, Juden und anderen nationalen und ethnischen Minderheiten die Bürgerrechte verweigern. Sie bezeichnen die Rote Armee dort genauso wie in Ostdeutschland als „Besatzungsmacht". Und ihre Schwesterorganisation in Österreich amnestierte den ehemaligen Wehrmachtsoffizier Waldheim für seine Nazi-Verbrechen und folgte nur dem Beispiel der SPÖ, die den Staatspräsidenten höflich (und vergebens) um Rücktritt bat.

Arbeitermacht mag die Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS vorziehen, aber im Vierten Reich kommen solche Leute, die die Ex-DDR „SBZ" nennen, die „Russen raus aus dem Baltikum" schreien und die „tausend Scuds" als ungenügende Vergeltung an der jüdischen Bevölkerung Israels ansehen, eher aus dem Lager jener Typen mit rasierten Schädeln, die Hakenkreuze tragen.

Nur durch den grauenhaften Nazi-Holocaust, der sechs Millionen Juden vernichtete, und durch die Tatsache, daß die imperialistischen „Demokratien" die Grenzen für jüdische Immigranten dicht machten, wurde der Zionismus von einer Sekte zu einer Massenbewegung, die im Nahen Osten eine neue hebräischsprachige Nation schaffen konnte. Hat diese hebräischsprachige Nation ein Recht auf Selbstbestimmung? Natürlich! Hatte sie das Recht, es auf Kosten der palästinensischen arabischen Nation auszuüben, indem sie den zionistischen Staat Israel schuf? Natürlich nicht! Lenin trat für das Recht der Polen auf Selbstbestimmung ein, aber nicht für ihr „Recht", dabei Juden, Ukrainer, Belorussen u. a. zu unterdrücken.

Wie Zypern und Nordirland war Palästina ein Erbe der „Teile-und-herrsche"-Politik des britischen Imperialismus. Wenn zwei Völker *geographisch das gleiche Gebiet* beanspruchen, kann innerhalb eines *kapitalistischen* Rahmens die „nationale Befreiung" des einen nur durch die nationale Unterwerfung des anderen durchgesetzt werden. Für diese Völker hat Trotzkis Permanente Revolution eine besondere Bedeutung: Nur durch eine *sozialisti-*

Treffpunkt nach der IG-Metall-Demo

Mittwoch, 17. April 1991
Cafe Egon Erwin Kisch
Unter den Linden/Ecke Schadowstraße
(nur eine Minute vom Kundgebungsort entfernt)

Treffpunkt gegenüber KWO

Gaststätte „Zum Feierabend"
Wilhelminenhofstr. 60, Berlin Schöneweide
Am 16. April, 30. April und 14. Mai
von 15.00 - 16.00 Uhr

KPD: Ein Schritt vorwärts...

Der Gleichklang der „Friedens"bewegung während des Golfkriegs mit der offiziellen Regierungspolitik des Vierten Reichs war nicht zu übersehen — ihr Hauptinteresse galt dem „Frieden" mit der eigenen Bourgeoisie. So appellierte die PDS — von Anfang an eifrige Verfechterin der UN-Hungerblockade'— an den deutschen Imperialismus, weil eine „Supermacht nicht aus ihrer Super-Verantwortung entlassen werden" darf *(Neues Deutschland,* 21. September 1990). Und die DKP forderte: „Die Bundesregierung soll das politische Gewicht unseres Landes für sofortige Verhandlungen über eine friedliche Lösung in die Waagschale werfen" (L/Z, 8. Februar).

Von diesem Nationalismus á la „am deutschen Wesen soll die Welt genesen" hob sich die Position der mit der DKP kooperierenden KPD positiv ab, die zur Verteidigung des Irak aufrief: „Die Haltung von Kommunisten kann demzufolge keine defätistische, keine neutrale, sondern sie muß die einer Verteidigung des Irak sein!" *(Die Rote,* 26. Januar). Ein Schritt in die richtige Richtung — aber dann findet es die KPD offenbar doch zu verlockend, sich an die nationalistische „Friedens"-bewegung anzuhängen: „Zwingt die Kohl-Regierung zum Rückzug der deutschen Truppen!" Glaubt auch die KPD an einen „friedensfähigen" deutschen Imperialismus, den man nur „zwingen" muß?

Die KPD möchte sich haarscharf links von der DKP „positionieren", die ihrerseits gerade noch links von der PDS sein möchte, die gerade etwas links von der SPD sein möchte, dem offiziellen „sozialen" Flügel des deutschen Imperialismus.

Aber mit ihrem Aufruf zur Verteidigung des Irak begibt sich die KPD auf dünnes Eis. Denn bei der nationalistischen „Friedens"bewegung war dies ganz und gar nicht populär; nicht nur einmal wurde das Banner der Spartakisten von „friedensbewegten" Demonstranten angegriffen. Wenn die KPD aus der syphilitischen Kette des Reformismus ausbrechen will, die sie an die DKPPDSSPD und an die CDU fesselt, könnte sie am Ende (oh Schreck!) bei den Spartakisten landen.

Die KPD behauptet, „die objektiv antiimperialistische Seite der Politik Iraks ist entscheidend". Doch Saddam Hussein hat jahrelang die Unterstützung des CIA für die Ermordung von Kommunisten und Kurden erhalten. Nach dem imperialistischen Überfall hat er große Teile seiner Militärmaschine gerettet, um sie für das Gemetzel an den Kurden einzusetzen. Für Kommunisten hat die Verteidigung des Irak *nichts zu tun* mit der politischen Unterstützung Saddam Husseins und der irakischen Bourgeoisie — ein mörderischer antisemitischer Haufen, der der US-Bourgeoisie in die Quere kam bei ihrem Kampf um die Aufteilung der Welt gegen die aufstrebenden imperialistischen Konkurrenten Deutschland und Japan.

Für uns ist der proletarische Internationalismus die Grundlage für die Verteidigung des Irak gegen den Imperialismus, weil wir für die Niederlage der Imperialisten und besonders „unserer eigenen" Bourgeoisie eintreten. Deshalb haben wir Kommunisten die Niederlage der US-Imperialisten in Vietnam aus vollem Herzen begrüßt, während die KPD jammert: „Laßt es nicht soweit kommen wie in Vietnam".

Die KPD hat sich in den letzten Monaten auf einem sehr anderen Terrain als dem proletarischen Internationalismus bewegt, von ihrer „teutschen Zeitung" im letzten Sommer bis zum Versuch, bei der Hexenjagd gegen die PDS im Herbst „auf dem Rechtswege" mit abzusahnen.

Wir haben auch nicht vergessen, daß die KPD sich weigerte, eine klare Stellung gegen die kapitalistische Wiedervereinigung einzunehmen. Wenn die KPD vorwärts gehen will in Richtung des kommunistischen Internationalismus, haben wir eine Menge zu besprechen. Oder will sie vom stalinistischen „Sozialismus in einem Land" zum sozialdemokratischen Nationalismus kriechen und weiter die Illusion verbreiten, man könnte wirklichen Frieden erreichen, ohne konsequent für den Sturz der Bourgeoisie zu kämpfen?

Wir sagen mit Lenin: „Zusammen mit den Opportunisten und Sozialchauvinisten kann man keine wirklich internationale proletarische Politik treiben, kann man keine Aktion gegen den Krieg propagieren und die Kräfte hierfür sammeln" (Lenin, „Was weiter?", *Werke* Bd. 21). Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg kann nur auf internationalistischem Programm geführt werden.«

---

sehe Revolution, die die Grundlage für eine Gesellschaft der Zusammenarbeit statt gegenseitiger Konkurrenz herstellt, kann wirkliche Demokratie und nationale Emanzipation erreicht werden. Alles andere ist eine Lüge.

Für eine wirklich demokratische Erfüllung der gerechten Forderung des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung — und nicht nur ein Bantustan in den Besetzten Gebieten — ist eine Revolution der *Arbeiterklasse* nötig: zumindest muß der rassistische Festungsstaat Israel ebenso von innen zerstört werden wie das genauso künstlich geschaffene haschemitische Königreich am Jordan. Dazu ist es notwendig, die hebräischsprachige *Arbeiterklasse* vom chauvinistischen Gift des Zionismus zu brechen sowie die palästinensischen werktätigen Massen vom arabischen Nationalismus. Und die Zeit wird knapp.

Trotzki hat 1938 davor gewarnt, daß Palästina zu einer Todesfalle für Juden werden würde. Israels Herrscher scheinen diese Prophezeiung erfüllen zu wollen. Dringend notwendig ist eine multinationale revolutionäre Arbeiterpartei, die dafür kämpft, daß das Volk der palästinensischen Araber und das hebräische Volk das Recht auf Selbstbestimmung im Rahmen der politischen Macht der Arbeiterklasse realisieren kann, in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

Die Internationale Kommunistische Liga trat unzweideutig für die Niederlage des US/NATO-Imperialismus und für die Verteidigung des Irak ein. In Deutschland verlangte die SpAD: „Bundeswehr raus aus der Türkei und dem Mittelmeer!" Wir kämpften für Arbeiterstreiks gegen den Krieg gegen den Irak und für Gewerkschaftsboykotte von Kriegsmaterial, das für die imperialistische Allianz bestimmt war. In der Tradition von Lenin und den Bolschewik! haben wir versucht, die sich vertiefende Krise des Kapitalismus, verschärft durch den imperialistischen Krieg, dazu auszunutzen, die Arbeiter zum Klassenkrieg gegen ihre eigene Bourgeoisie zu mobilisieren.

Mit zunehmendem Widerstand der Arbeiterklasse gegen die katastrophalen Auswirkungen der Restauration des Kapitalismus könnte dem wirtschaftlichen Blitzkrieg des deutschen Imperialismus das gleiche Schicksal blühen wie dem Unternehmen Barbarossa der Nazis. Nur die internationale sozialistische Revolution kann die Menschheit von der Bedrohung durch neue imperialistische Kriege und atomare Vernichtung bewahren.«

Betriebe in Arbeiterhand...

Fortsetzung von Seite 1

Kapitals auf die ostdeutschen Arbeiter ausrichten. Jetzt beruft die Bourgeoisie aus ihrem unerschöpflichen Vorrat an solchen Typen Birgit Breuel in die Treuhand-Spitze, eine Schülerin von Milton Friedman, dem Architekten der „Schockbehandlung" von Pinochets Chile bis Solidarnosc Polen. Das „Vermächtnis" des SPDlers Rohwedder heißt: Bis zum Sommer soll praktisch *die Hälfte* aller Beschäftigten arbeitslos sein.

Sogar Bundesbank-Chef Pöhl nennt die Währungsunion vor einem Jahr ein „Desaster". CDU-Ministerpräsidenten im Osten beschweren sich über die Verwüstung der Wirtschaft. Noch gibt es nationalistische Appelle wie „Keine Deutschen zweiter Klasse" und Plakate für „Einheit auch in der Lohntüte". Doch die Stimmung wendet sich scharf gegen die Wiedervereinigung selbst. So versucht die SPD, als Speerspitze der Hexenjagd gegen die Stasi, die Schuld an dem Schlamassel der SED in die Schuhe zu schieben. Als der Leipziger SPD-Bürgermeister am 25. März das gleiche versuchte, wurde er ausgebuht.

Bisher wurden die Demos von den SPD-geführten Gewerkschaften organisiert. Aber den Bürokraten entgleitet die Kontrolle. Vergeblich suchten sie eine Gelegenheit, um die Montagsdemo abzublasen. In ihren Trauerreden zu Rohwedder tönten SPD-Chef Vogel und IG-Metall-Boß Steinkühler erst recht wie kolonialistische Eindringlinge, die keinerlei Interesse an der Verteidigung der Werktätigen der Ex-DDR haben. In Berlin konnte die IG-Metall-Spitze nur durch massive Wahlmanipulation den Tarifabschluß durchdrücken. In der Waggonfabrik Ammendorf haben Arbeiter die Metall-Bürokraten aus dem Betrieb geschmissen.

Wut und Verzweiflung drücken sich allgemein aus. Seit der Wiedervereinigung ist die Geburtenrate um die Hälfte gesunken und die Zahl der Abtreibungen in die Höhe geschossen. Selbstmordzahlen sind doppelt so hoch wie vor einem Jahr. In den brechend vollen Arbeitsämtern gibt es täglich aggressive Zwischenfälle. Als der letzte Wartburg vom Band rollte, lief ein verzweifelter Arbeiter schreiend durch die Halle; peinlich berührt standen die Bürokraten vor laufenden Fernsehkameras.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist fast so hoch wie 1932, ein Jahr vor Hitlers Machtergreifung. Faschisten überfallen sowjetische Soldaten und Armee-Einrichtungen, Immigranten und Asylsuchende. Die Nazis rekrutieren im Osten aggressiv. Das Potential für ihr Anwachsen hat sich zwar bis jetzt nicht in eine faschistische Massenbewegung umgesetzt, aber die Herrscher halten sie in Reserve. Sie können jetzt durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen gestoppt werden! Um dieses Übel endgültig wegzuräumen, müssen die Arbeiter die Macht erobern.

Auf einem Plakat bei der Montagsdemo Anfang März hieß es: „40 Jahre lang hatten wir theoretischen Unterricht im .Kapital'. Jetzt haben wir das Praktikum." Die Frauen werden von dem fortschreitenden Zusammenbruch der Wirtschaft im Osten am härtesten getroffen. Zusammen mit Immigranten werden sie als erste gefeuert, „unrentable" Betriebskindergärten werden zugemacht. Besonders die vielen alleinerziehenden Mütter verlieren ihre relative Unabhängigkeit und werden runtergedrückt auf den Status von Sozialhilfeempfängern. Nachdem 91 Prozent der Frauen in der ehemaligen DDR berufstätig waren, wollen sie überwiegend nicht zurück zur Plackerei der Hausfrau.

Mit dem kapitalistischen Anschluß von Ostdeutschland siegte die Konterrevolution. Dies war ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse weltweit. Doch nun findet der Klassenkampf im ausgeweiteten deutschen Reich statt. Heute, wo die Arbeiter die Konsequenzen des Anschlusses begreifen, gibt es wichtige Möglichkeiten für revolutionäre Trotzkisten.

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist die einzige Organisation, die ohne Wenn und Aber „Nein!" sagte zur kapitalistischen Wiedervereinigung. SED/PDS und ihre Trabanten (wie Vereinigte Linke und KPD) sagten „jein" zum Anschluß und gaben die Errungenschaften der DDR preis, die die Arbeiterklasse erreicht hatte. Ulbricht und Honecker wollten den Arbeitern weismachen, man könne „Sozialismus in einem halben Land" aufbauen — die Mauer müsse nur hoch genug sein, die kontrollierenden Sicherheitskräfte groß genug. Als dies aber zusammenbrach — angesichts der riesigen wirtschaftlichen Macht der BRD — verschenkten die SED-Bürokraten den ganzen Laden einfach an die westlichen Bosse, nachdem sie jahrelang ihre Ausverkaufspolitik betrieben und die Arbeiter politisch geknebelt hatten.

In Leipzig forderte Steinkühler den Rücktritt von Kohl und Waigel. Dann forderten SPD und IG-Chemie-Boss Rappe (der selbst in der Treuhand sitzt) die Treuhand auf, Entschädigungen früherer Betriebsbesitzer voranzutreiben. Angeblich sollte das die Investitionen im Osten beschleunigen. Die SPD will die „neuen Bundesländer" als Sprungbrett benutzen für die Ausweitung des deutschen Kapitals weiter ostwärts. Und „Entschädigung" heißt: Milliardensummen an die ehemaligen IG-Farben-Bosse, die früheren Besitzer von Buna und Leuna, die an den Nazi-Vernichtungslagern fett wurden. Aber die Kapitalisten investieren nicht, obwohl die Bundesregierung schon 100 Milliarden D-Mark in den Osten gepumpt hat. Trotz des nationalistischen Geredes ist die Devise der Bosse immer noch: Profite über alles.

Jetzt heißt es, daß die empfindlichen Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht nur für ein Jahr gelten, sondern bleiben werden. Die SPD will „Runde Tische" und „konzertierte Aktion", um die Massenentlassungen gemeinsam zu verwalten und den Staatsapparat im Osten zu stärken. Und die DGB-Spitze will einen „Solidaritätsfonds" einrichten, damit die Arbeiter im Westen mit einem Teil ihrer Tariflöhne die ökonomische Demontage mit subventionieren müssen.

Die PDS ruft zur „Demokratisierung" der Treuhand auf. Gegen Forderungen, die Treuhand „abzuwickeln", liest man im *Neuen Deutschland* (7. März): „Nun muß man das Kind nicht gleich mit dem Bade ausschütten". Sie ruft auf zu einem politischen Block mit den SPD- und CDU-Länderregierungen im Osten; diese sollen ein Mitspracherecht erhalten bei der Verwaltung der Anstalt für die kapitalistische Auflösung der ehemaligen VEBs, Diese groteske reformistische „Lösung" ist kaum zu überbieten. Doch die Arbeitermacht-Gruppe hat es geschafft, dürftig verschleiert mit „linker" Rhetorik. In einem gemeinsamen Aufruf mit der Kommunistischen Plattform in der PDS, zur PDS-Demo vom 23. März gegen die Treuhand, schrieb sie unter der Überschrift „Haut der Treuhand auf die Finger": „Die Treuhand muß unter Kontrolle der Werktätigen gestellt werden!" Egal wer im „Aufsichtsrat" sitzt, die Treuhand vertritt die Interessen von Deutscher Bank, Daimler-Benz, Siemens und BASF! Aber das kümmert diese Volksfront-Ideologen des zweiten Aufgusses überhaupt nicht.

Im Gegensatz zu diesen Träumereien der Klassenzusammenarbeit hat die SpAD immer wieder dazu aufgeru-

fen, gegen den Drang der Kapitalisten, das Proletariat zu atomisieren und alles zu zerstören, was an die DDR erinnert, gemeinsamen kämpferischen Arbeiterwiderstand zu leisten und ihn auf den Westen auszuweiten. Im März schrieben wir im *Spartakist* Nr. 84:

„Die SPD tritt für einige Krümel wie die Verlängerung der Kurzarbeit ein, nur um den Widerstand der Arbeiterklasse zu dämpfen. Aber die Arbeiterklasse braucht eine Führung, die Massenstreiks und Betriebsbesetzungen in Ost und West organisiert durch gewählte Streik- und Fabrikkomitees, um gegen Massenarbeitslosigkeit und die um sich greifende Verarmung der Werktätigen zu kämpfen. So wird die Frage gestellt: wer hat die Macht."

Angesichts der Wirtschaftskatastrophe, die die Existenz des Proletariats in Ostdeutschland bedroht, sind die Kämpfe der Arbeiter notwendigerweise defensiv. Mehr noch, sie haben es mit einer imperialistischen herrschenden Klasse zu tun, die gerade einen wichtigen Sieg errungen hat. Doch es ist dringend notwendig, zu kämpfen. Und die einzigen Waffen gegen die wuchernde Massenarbeitslosigkeit sind Klassenkampfaktionen, die in der explosiven Lage in der Ex-DDR zur Doppelherrschaft am Ort führen könnten. Wir brauchen keine Betriebsräte, Organe des Burgfriedens, sondern demokratisch gewählte Arbeiterkomitees, um die Kämpfe zu organisieren. Aus diesen können sich delegierte Versammlungen ganzer Städte und Regionen entwickeln, die die Verbündeten der Arbeiter — Frauen, Arbeitslose, Rentner, Jugendliche — in den Kampf einbeziehen. Die Frage ist: Wer soll herrschen — diejenigen, die den sozialen Reichtum geschaffen haben, oder diejenigen, die ihn jetzt zerstören?

Die deutsche Bourgeoisie ist nicht allmächtig: im Augenblick haben die Bonner Politiker, die Frankfurter Bankiers und ihre SPD-Lakaien das Gefühl, daß sie den Mund ein bißchen zu voll genommen haben. Sie verlängern das Kurzarbeitergeld und verschieben zum zweiten Mal die geplanten Mieterhöhungen, weil sie eine Explosion der Arbeiterkämpfe fürchten. Doch die deutschen Herrscher sind zweifellos bereit, in großem Umfang mörderische Gewalt anzuwenden gegen alles, was ihre Herrschaft in Frage stellt: das war die Botschaft beim massiven Einsatz von Westbullen gegen die Hausbesetzer in der Mainzer Straße in Berlin.

Die dramatische Besetzung eines Schlüsselbetriebs könnte die Arbeiter im ganzen Land elektrisieren. Entscheidend ist die Ausweitung von Arbeiteraktionen auf den Westen, wo sie die Kapitalisten hart treffen werden. So forderte die SpAD letzten Dezember, den Streik der ostdeutschen Eisenbahner auf die Bundesbahn auszuweiten. Zwei Abteilungen von Hamburger Eisenbahnern traten in den Streik. Kurz darauf bliesen die Bürokraten den Streik ab, weil die akute Gefahr bestand, er könne sich auf das ganze Land ausweiten. Gerade jetzt sind im Westen harte Metall-Tarilverhandlungen im Gange. Trotz allen Geredes über die fetten, gut bezahlten westdeutschen Arbeiter: der gemeinsame Kampf ist kein Wunschtraum.

Kämpferische Arbeiteraktionen in Deutschland werden mächtige internationale Auswirkungen haben. Während die innerimperialistischen Rivalitäten zunehmen, hoffen die deutschen Herrscher, durch ökonomische Durchdringung erfolgreich zu sein, wo die Wehrmacht-Panzer versagten: Deutschlands Hinterland um die Ölfelder von Baku und Tjumen und um die Kohlenbecken vom Donbass und Kusbass zu erweitern und einen riesigen sowjetischen Markt zu erschließen. Streikende sowjetische Bergarbeiter fordern den Kreml politisch heraus, wobei viele sowjetische Arbeiter heute glauben, die Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft sei unumgänglich. Im Nachbarland Polen hat die kapitalistische Regierung von SolidarnoSC-Führer Walesa Massenelend gebracht, und Werftarbeiter in Gdansk streiken aus Verzweiflung für schnellere Privatisierung. Aber die ostdeutschen Arbeiter spüren am eigenen Leib die Verwüstung, die die Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft mit sich bringt. Kämpferische Massenstreiks, Betriebsbesetzungen und andere Aktionen zur Verteidigung der Arbeiterklasse werden Schockwellen aussenden bis zum Ural und darüber hinaus.

Der Schlüssel dazu ist eine internationalistische leninistisch-trotzkistische Partei, die die Kämpfe der Arbeiter führen und alle Unterdrückten verteidigen kann. Die Spartakist-Arbeiterpartei hat- als einzige die Wahrheit gesagt über die verheerenden Folgen des kapitalistischen Anschlusses. Seine Auswirkungen bekommt jetzt jeder zu spüren. Auch heute sagen wir Trotzkisten die Wahrheit: Nur die Machtergreifung der Arbeiter kann der Katastrophe ein Ende setzen. Der *Spartakist* muß zum kollektiven Organisator der Kämpfe der Werktätigen und aller Unterdrückten werden. Baut *Spartakist-Leserkreise* auf! Schließt euch uns an! Gerade die Rekrutierung von kommunistischen Kämpfern in Schlüsselbetrieben ist heute besonders dringend notwendig. Nur so kann eine revolutionäre Führung für die kommenden Kämpfe aufgebaut werden. Wie Trotzki vor über 50 Jahren sagte: die Krise der Menschheit ist die Krise der revolutionären Führung. Von der Lösung dieser Krise hängt es ab, ob die ostdeutschen Werktätigen und ihre Kinder — und die Werktätigen in Europa insgesamt — eine Zukunft haben werden.«

Veranstaltungen der SpAD

Berlin

Räumt die Kohl/Treuhand-Bande weg durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen!
SPD/DGB-Bürokraten knebeln die Arbeiterklasse
Donnerstag, 2. Mai, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65

Halle

Imperialistische „Neue Weltordnung" - Schritt zum neuen Weltkrieg
Sprecher: Jan Norden, Herausgeber von Workers Vanguard. Zeitung der SL/U.S.
Sonnabend, 18. Mai, 16.30 Uhr
Comcenter Halle, Raum 717, Leninallee 70

Leuna

Räumt die Kohl/Treuhand-Bande weg durch Massenstreiks und Betriebsbesetzungen!
SPD/DGB-Bürokraten knebeln die Arbeiterklasse
Dienstag, 23. April, 18.00 Uhr
Jugendklub Odeon, Straße der Arbeit 9

Verteidigt die Frauenrechte! Weg mit §218/219! Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
Sprecherin: Marjorie Stamberg,
Mitglied des ZK der Spartacist League/U.S.
Dienstag, 14. Mai, 18.00 Uhr
Jugendklub Odeon, Straße der Arbeit 9

SPARTAKIST

Wer hat uns belogen?





Wir sind ein Volk
1:1 PDS

Wer hatte recht?

Die Spartakist-Arbeiterpartei sagte klipp und klar:
Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

Geht es Dir jetzt besser als zuvor?

Kapitalismus bringt:

Millionen Arbeitslose, Wohnungsnot, Armut,
Frauenunterdrückung, rassistische Hetze und Krieg

Marktwirtschaft ist nicht sozial, sondern brutal
Statt Wirtschaftswunderland kommt Zusammenbruch

Die Spartakisten haben die Wahrheit gesagt

Jetzt heißt die Parole:
Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sofort!

Verhindert Entlassungen durch Betriebsbesetzungen,
Massenstreiks Ost und West, jetzt!

Räumt Kohl-Regierung und Treuhand weg!
Die Betriebe, die wir gebaut haben, in Arbeiterhand!

Bildet Arbeiterräte! Für eine Arbeiterregierung!
Der Schlüssel: eine bolschewistische Partei wie die Lenins und Trotzkis

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 86 MAI 1991 50 Pfennig

Deutsche/polnische Spartakisten bei Feier zum 8. Mai

Rote Armee zerschlug Nazi-Regime

Am 5. Mai führten die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und die Spartakusowska Grupa Polski (SGP) eine Veranstaltung durch zum Thema: „Die Rote Armee zerschlug das Naziregime! Für Arbeitermobilisierung gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus!" Die Veranstaltung zur Feier des Sieges der Roten Armee in Deutschland am 8. Mai 1945 fand im Klub der Kaserne eines sowjetischen Armeestützpunktes südlich von Berlin statt. Die Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) sprachen dort vor 300 sowjetischen Offizieren und Unteroffizieren. Nach den Referaten von Renate Dahlhaus von der SpAD und einem Genossen der SPG gab es eine Diskussion.

An der Veranstaltung nahmen auch einige kurdische Freunde und ein Vietnamese teil, der als Soldat in Saigon gegen den US-Imperialismus gekämpft hatte und der zusammen mit vietnamesischen Arbeitskollegen vor

Fortgesetzt auf Seite 14



Yevgeni Khaldei

1945: Sowjetische Soldaten in Wien. Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger starben im Kampf gegen Hitler-Faschismus

Deutsche, kurdische Linke flehen Deutsches Reich an

NATO-Blauhelme bauen KZs für Kurden

Unter dem Feigenblatt von UN-Sanktionen machten die US/NATO-Imperialisten mobil für den Massenmord am Golf. Zunächst bombardierten sie den Irak zurück ins Mittelalter, als Bush seine „Neue Weltordnung" mit den Leichen der irakischen Bevölkerung pflasterte. Dann verleiteten sie die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden zu einem Aufstand, der zu einem blutigen Rachefeldzug gegen die Aufständischen führte (siehe *Spartakist* Nr. 85, April). Genausowenig wie die USA wollen deren NATO-Verbündete, vor allem das wiedervereinigte Vierte Reich oder Özals Türkei, ein unabhängiges Kurdistan oder auch nur eine „autonome" kurdische Region innerhalb des Irak, die die von den Imperialisten auferlegte „regionale Stabilität" des Nahen Ostens stören würde.

Von den vier Millionen Kurden im Irak wurden mehr als zwei Millionen ins Exil getrieben, von denen eine Million in den Iran flüchteten und schätzungsweise 700 000 im Grenzgebiet zwischen dem Nordirak und der Türkei hängenblieben. Etwa die Hälfte, so wird geschätzt, sind kleine Kinder. Flüchtlingshelfer berichten, daß jeden Tag einige hundert, vielleicht tausend Flüchtlinge sterben, und diese Zahl wird sich dramatisch erhöhen, wenn Masern, Cholera und andere Seuchen um sich greifen. Die Fernsehnachrichten zeigen täglich Bilder von Müttern, die ihre Kinder in flache Gräber betten. Was die Medien immer noch nicht zeigen, ist die grauenhafte Verwüstung, die über die 17-Millionen-Bevölkerung des Irak gebracht worden ist — durch die *Terrorbombardierung der USA und NATO.* Im ganzen Land ist die Bevölkerung von Hungersnot und Epidemien bedroht.

Die „Neue Weltordnung" ergreift Kurdistan

Die Internationale Kommunistische Liga und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfen für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden. Der Kampf für die nationale Befreiung dieses unterdrückten Volkes muß antiimperialistisch, proletarisch-revolutionär und internationalistisch sein. Die Grenzen, die der Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 17

Faschisten verprügeln Polen, sie wollen neues Auschwitz

Arbeiter: Mobilisiert jetzt! Stoppt die Nazi-Angriffe!

Wir drucken hier eine Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) ab, die am L Mai in Berlin, Hamburg und Halle verteilt und an Gewerkschafter gegeben wurde. Das KfsV engagiert sich für die Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen.

Die Angriffe von Deutsch-Nationalen, Hitler-Anhängern und ähnlichem Abschaum auf polnische Besucher empören die Arbeiter in ganz Deutschland und Polen. Auf der Leipziger Montagsdemo am 8. April verurteilten die Arbeiter scharf die Angriffe an der polnischen Grenze, und ein Faschist wurde gestoppt, als er seinen Dreck loswerden wollte. Als der mosambikanische Arbeiter Jörge Gomondai von rassistischen Skinheads in Dresden ermordet wurde, kamen Tausende zu einem Trauermarsch, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Jetzt ist die Zeit, daß die Gewerkschaften, die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, gemeinsam mit ihren antifaschistischen Verbündeten diesen faschistischen Dreck wegfegen, denn kleine antifaschistische Gruppen allein können den rassistischen Terror nicht stoppen. Das KfsV und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands rufen auf zu Einheitsfrontaktionen, um die Nazis jetzt zu stoppen!

Diese Nazi-Angriffe finden nicht in einem Vakuum statt. Der „Fall" der deutsch-polnischen Grenze hat wenig zu tun mit Reisefreiheit und viel zu tun mit der „Freiheit", Polen in eine wirtschaftliche Kolonie der EG unter der Vorherrschaft der D-Mark zu verwandeln. Die polnischen Stalinisten haben ihr Land an die Frankfurter Banken verpfändet und die Honecker-Nachfolger haben ihres an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Das Vierte Reich der deutschen Kapitalisten hat die ehemalige DDR verwüstet. Unter der Solidarnosc-Regierung hat die „Schockbehandlung" des IWF eine rapide Verelendung mit sich gebracht, und in Ostdeutschland werden Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen. Antisemitismus, Chauvinismus und rassistischer Terror nehmen in dem Maße dramatisch zu, wie sich auf beiden Seiten der Grenze die Lebensverhältnisse drastisch verschlechtern. Die Rote Armee, die Hitlers Reich zerschlagen hat, sieht sich jetzt täglich antisowjetischen und faschistischen Angriffen ausgesetzt. In Polen und in der BRD gehen Kirche und Staat gegen Abtreibungsrechte und gegen Einrichtungen der Kinderversorgung vor.

Mit dem Aufheben der antipolnischen Visa-Einschränkungen am 8. April hat die deutsche Bourgeoisie wieder einmal ein großes Geschrei über eine drohende „Einreisewelle" von Millionen „Schwarzhändlern", „Schiebern" und „Schmugglern" aus Polen angezettelt. Der Innensenator des Berliner CDU/SPD-Senats Heckelmann kündigte als Sofortmaßnahmen gegen den „polnischen Ansturm" mobile polizeiliche Eingreiftrupps, Park- und Halteverbotsschilder und verlängerte Bürozeiten des Landeseinwohneramtes zwecks Ausweisung an. Vor Ostern hat der Berliner Senat mit der Kohl-Regierung arrangiert, daß polnische Bürger bei Ausweisung einen entsprechenden Vermerk in ihren Paß bekommen, damit sie nicht zurückkommen können.

Aber der „Ansturm" fand gar nicht statt. Viele Polen können es sich nicht mehr leisten, eine Reise nach Deutschland zu machen, viele sind eingeschüchtert durch den offiziellen staatlichen Rassismus in Verbindung mit faschistischem Terror. Die Nazis hatten schon Wochen vorher angekündigt, daß sie polnische Besucher angreifen würden. Viele waren darüber empört, daß die Polizei es zuließ, daß bewaffnete faschistische Schlägerbanden in den Straßen von Frankfurt/Oder, Guben, Görlitz und anderen Grenzstädten Nacht für Nacht stundenlang wüten konnten, und erst eingriff, *nachdem* Besucher zusammengeschlagen und beschossen worden waren. Die anhaltenden Angriffe haben sogar zu Regierungsprotesten aus Warschau geführt. Aber die faschistischen Schocktruppen des deutschen Revanchismus haben grünes Licht aus Bonn und Berlin.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist heute höher als am Vorabend von Hitlers Machtergreifung. Wenn das mächtige deutsche Proletariat die Nazis zerschlagen hätte, als sie noch klein waren, dann hätte es Auschwitz und das Unternehmen Barbarossa nicht gegeben. In Grenzstädten wie Eisenhüttenstadt, Cottbus und Frankfurt/Oder arbeiten polnische und deutsche Arbeiter Seite an Seite, und ihnen allen droht Verelendung und rassistischer Terror. Aber die katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Restauration sind schon auf verzweifelten Widerstand der Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Oder gestoßen, auf Großdemonstrationen, Streiks und militante Betriebsbesetzungen. Und im Land der Oktoberrevolution, wo im Augenblick Millionen sowjetische Arbeiter im Streik sind, stellt sich ganz direkt die Alternative: kapitalistische Konterrevolution oder proletarische politische Revolution.

Jetzt müssen die Arbeiter der IG Metall, der IG Bergbau, die Textilarbeiterinnen, Reichsbahner und die anderen mächtigen Gewerkschaften alle Feinde des rassistischen Terrors in Einheitsfrontaktionen zusammenbringen, deren Kern die Macht der organisierten Arbeiterbewegung ist, um die Faschisten jetzt zu stoppen.

Kontaktiert das Komitee für soziale Verteidung, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11.«



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51., Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 86 Mai 1991

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ





Spartakist

Leipzig, 27. Februar; Hamburger Werftbesetzung 1983. Frauen und Immigranten: Vorkämpfer im Klassenkampf

Stoppt die Massenverelendung!

Arbeiter in West und Ost: Setzt eure Macht ein!

In Deutschland häufen sich soziale Spannungen und Krisenzeichen, in Ost und West, unten bei den Beherrschten, aber auch oben bei den Herrschern. Was letzten Oktober noch als Erfüllung des nationalen Schicksals gefeiert wurde, die kapitalistische Wiedervereinigung,

DGB/SPD-Bürokraten wollen Arbeiter lähmen

und dann bei der Reichstagswahl im Dezember Nachhall fand, wird jetzt als risikoreiches Wagnis gesehen. Zwischen Elbe und Oder breitet sich Massenarbeitslosigkeit aus und eine explosive Mischung von Kampfbereitschaft, Verzweiflung, Wut. Zehntausende Arbeiter waren bei den wiederaufgeblühten Leipziger Montagsdemos im März und April, aber gleichzeitig greifen mörderische Faschisten polnische Besucher, Immigranten und sowjetische Soldaten an. Im Westen verliert der ehemalige Siegeskanzler eine Landtagswahl nach der anderen (wie gerade in seinem Heimatland Rheinland-Pfalz, wo zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten sozialdemokratisch gewählt wurde), während Hunderttausende sich an Warnstreiks beteiligten.

Überall wird Helmut Kohl als „Lügenkanzler" beschimpft. „Wohlstandslüge" heißt es in der ehemaligen DDR, „Steuerlüge" in der alten BRD. Am 11. Mai machte er noch ein betrügerisches Versprechen: das Chemie-Dreieck von Sachsen-Anhalt solle als Industriestandort erhalten bleiben. Aber nur ein paar Tage davor war bekannt geworden, daß die Treuhandanstalt hier den „Abbau" von 104000 ehemaligen Arbeitsplätzen auf knapp 13000 vorsieht! Die Bonner Politiker haben ihre Fernsehauftritte gerade bei den Großbetrieben inszeniert wie in Buna und dem Bitterfelder Werk, die sie planieren wollen. Aber am Marktplatz von Halle hat Kohl die Empörung seiner Opfer hautnah verspürt. Nachdem er mit Eiern und Tomaten bombardiert worden war, während Jugendliche und Rentner versuchten, des Kanzlers Kleider zu zerfetzen, rastete der Zweizentner-Rowdykanzler völlig aus und versuchte vergeblich, seine Untertanen zu verprügeln. Und als er sich dann nach zweistündiger Geheimberatung mit dem Stadtrat aus einer Hintertür des Rathauses davonstehlen wollte, schlugen die Bullen auf die Demonstranten los.

„Auf dem Markt ‚kochte' die Szene", schrieb die *Mitteldeutsche Zeitung* (11. Mai). Aber nicht nur dort. Drei Tage vorher zogen 2500 Arbeiter der Neptun-Werft, die mit der „Zusammenlegung" mit der Warnow-Werft mit dem Aus bedroht sind, gegen angekündigte Massenentlassungen auf die Straße. Auch im Westen wirkt sich der wirtschaftliche Angriffsfeldzug des Kapitals aus. Wirtschaftsminister Möllemann hat die Katze aus dem Sack gelassen: auch im Ruhrgebiet soll es Massenentlassungen geben. Die Möglichkeit für vereinten Klassenkampf in Ost und West liegt auf der Hand. So traten Anfang Mai die Arbeiter bei Blohm & Voss in Hamburg in Warnstreik, gerade in dem Betrieb, der die Aufträge der Neptun-Werft übernehmen will.

Heute wird von einer möglichen „Großen Koalition" geredet, die der Bourgeoisie die Vernichtungsarbeit erleichtern soll. Aber die Große Koalition existiert schon: in der Treuhand, deren erste zwei Vorsitzende (Gohlke, dann Rohwedder) SPD-Mitglieder waren. Während Vogel und Lafontaine mit Kohl am „Runden Tisch" plaudern, sitzt DGB-Vorsitzender Meyer im Treuhand-Verwaltungsrat. IG-Metall-Chef Steinkühler predigt effektivere „Sanierung" der Betriebe durch eine „Industrie-Holding" und notfalls Verstaatlichungen wie in

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Arbeiter West und Ost...

Fortsetzung von Seite 3

England. Unnötig: die Treuhand ist schon die größte staatliche Holding der kapitalistischen Welt. Aber dieser Staat und seine Behörden dienen ausschließlich den Interessen des Kapitals. So „verwalteten" SPD und DGB auch im Westen jahrzehntelang Massenentlassungen — von der Saar über das Ruhrgebiet bis zur Wasserkante. Diese Handlanger des Kapitals waren auch die Vorreiter der kapitalistischen Konterrevolution, und sie sind noch immer die eifrigsten antikommunistischen Hexenjäger.

In dieser widersprüchlichen nach-konterrevolutionären Situation gibt es große Gefahren für die Werktätigen, die sich in der Defensive befinden, aber auch wichtige Möglichkeiten, sich zu wehren. Die deutsche Bourgeoisie ist international in einer Position der Stärke, doch zu Hause ist sie gelähmt durch die Wirtschaftskrise, die sie selber ausgelöst hat. Die deutsche Arbeiterklasse hingegen besitzt eine unermeßliche Kraft, wenn sie nun auf die Beine kommt. Die massiven Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, die faschistischen Überfälle, die Hexenjagd gegen „Rote" und der Feldzug gegen die Frauenrechte können durch gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West zurückgeschlagen werden. Haupthindernis dazu ist das offensichtliche Führungsvakuum der Arbeiterklasse *im Kampfe.* Die dringend notwendige klassenkämpferische Führung zu schmieden, dies hat sich die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands als Aufgabe gestellt.

Die Schlüsselfrage der proletarischen Führung stellt sich jetzt unmittelbar. Auf der Leipziger Demonstration am 8. April erlebten die Anwesenden einen heißen politischen Kampf zwischen den Spartakisten und den IGM-Bürokraten. Als die SpAD zu „Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen" aufrief, antwortete der Lautsprecher der IG Metall: „Bleibt auf dem Teppich, Kollegen. Wir können nicht streiken." Als wir riefen: „Eins, zwei, drei, vier — keinen Kohl und Treuhand hier! Fünf, sechs, sieben, acht — Arbeiter an die Macht!" erwiderte der Steinkühler-Wagen: „Die Arbeiter wollen keine Macht, sondern Arbeit." Aber genau darum geht es. Um Arbeit und eine würdige Existenz zu sichern, müssen die Werktätigen um die Staatsmacht kämpfen — wie das SpAD-Banner sagte: „Räumt die Treuhand/Kohl-Regierung weg — Die Betriebe in Arbeiterhand!"

Krise der proletarischen Führung

Nichts fürchten die DGB-Bonzen so sehr wie die Einheit der ost- und westdeutschen Arbeiter *im Kampf.* Deshalb *sabotieren* sie zielbewußt die eigenen Mobilisierungen. Daher war in letzter Zeit keiner mehr daran interessiert, bei einem neuen „DGB-Ritual" im Kreis herumzumarschieren und das Geschwätz der Bonzen anzuhören. Nachdem die Leipziger Demos im April abflauten, mobilisierte die IG Metall am 17. April in Berlin nur 35000 Metaller, einen Bruchteil dessen, was angekündigt war. Und am 1. Mai blieb man im ganzen Land lieber zu Hause. Doch die Arbeiter wollen kämpfen, und trotz wiederholten Ausverkaufs, zuerst durch die Stalinisten und dann durch die Sozialdemokraten, haben die ostdeutschen Arbeiter in den ersten Reihen gestanden. So waren es am 17. April bei VW Wolfsburg Kollegen aus dem Osten, die dafür sorgten, daß von dort Busse zur Berliner IG-Metall-Demo fuhren.

Die Tarifrunde in der Metallindustrie konnten die IG-Metall-Bürokraten kaum schnell genug drosseln. Bei den ersten Warnstreiks am 2. Mai gingen in vielen Betrieben 90 bis 100 Prozent der gesamten Belegschaft auf die Straße — weit mehr als nur die IGM-Mitglieder. Daraufhin wurden die meisten der für den nächsten Tag geplanten Warnstreiks gestrichen. Bald war alles vorbei, fast bevor es angefangen hatte. Die Metaller-Chefs feierten den Abschluß von 6,7 Prozent mehr Lohn als einen „Erfolg", weil er „ohne einen langen Arbeitskampf' durchging.

Kohl und Konsorten sind zwar in ganz Deutschland zutiefst diskreditiert. Auch im Westen hat sich die Stimmung unter den Arbeitern nach links verschoben, obwohl sie dort größtenteils immer noch unter dem Einfluß der SPD stehen. Im Osten jedoch, wo die Stimmung äußerst gereizt ist, sind die SPD und ihre PDS-Handlanger sehr schnell dabei, Kämpfe auszuverkaufen. Doch haben SPD und DGB sehr wenig Glück gehabt beim Ausbau einer sozialdemokratischen Basis und eines Organisationsrahmens. Weil den Arbeitern die DGB-Spitzen und ihre kapitalistische Politik zum Halse heraushängen, kehren viele den Gewerkschaften selbst den Rücken.

Gleichzeitig aber stoßen wir Trotzkisten auf großes Interesse an unserer revolutionären Politik. Die Arbeiter haben auch viele Fragen. Wir bieten kein betrügerisches Patentrezept an, um nach den Regeln des Kapitalismus die Betriebe zu sanieren. Um die Arbeitsplätze zu verteidigen, bieten wir ein *Kampfprogramm* an. Und zwar nicht nur für das Gebiet der ehemaligen DDR. Die Auswirkungen von kämpferischen Betriebsbesetzungen und Massenstreiks in Deutschland werden sofort nach Polen und in die Sowjetunion übergreifen.

Kämpfen, ja, aber wie?

Die Lüge, die „Marktwirtschaft" (Kapitalismus) werde Wohlstand mit sich bringen, ist schon auf bitterste Weise enthüllt. „1991 wird der Tiefpunkt sein", „wir haben schon die Talsohle erreicht", „man muß durch ein Tal der Tränen gehen" — wer glaubt noch dran? Und jeder weiß, daß die ostdeutschen Betriebe nicht nur aus Konkurrenzgründen stillgelegt werden, sondern auch, um alles auszurotten, was an den ehemaligen ostdeutschen (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaat erinnert..

Als ein „Argument" gegen den Kampf kommt die Resignation: Was kann man eigentlich tun, es ist halt alles pleite. Aber es geht nicht darum, sich den Spielregeln des Kapitalismus zu fügen. So wird alles verloren gehen. Es handelt sich darum, einen *politischen* Kampf zu führen, nach der Definition Lenins, daß die Politik der konzentrierte Ausdruck der Wirtschaft ist. In diesem Kampf muß die Arbeiterklasse in erster Linie ihre tatsächliche Macht mobilisieren.

Für Betriebsbesetzungen und Massenstreiks gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen! Dies hat die SpAD immer wieder betont. Und dann? Wenn die Leuna- oder Buna-Arbeiter das Werk besetzen, um Entlassungen zu verhindern — würden Treuhand und Bonner Politiker nicht ruhig zusehen, weil sie nichts verlieren und sich noch die Subventionen ersparen? So mögen sie denken im Haus der Ministerien, aber solch eine Betriebsbesetzung wird schlagartig die Aufmerksamkeit und Sympathie der ganzen deutschen Arbeiterklasse wecken. Und man kann auch mit aktiver Solidarität rechnen, *immer wenn man versucht, sie zu mobilisieren und zum gemeinsamen Kampf aufzurufen.* Wenn z. B. eine Delegation zu

ARBEITERPRESSEKORRESPONOENZ

BASF in Kohls Heimatstadt Ludwigshafen geschickt wird, und die Arbeiter dort in den Streik treten zusammen mit ihren ostdeutschen Kollegen, würde das einen enormen Druck ausüben, auf die Profite der Konzerne wie auch auf das Handeln der konzerneigenen Politiker.

Unmöglich? Unsinn. Als die Reichsbahner im Dezember streikten, hat die SpAD zur Ausweitung des Streiks auf die Bundesbahn aufgerufen. Beim Verteilen in Hamburg stieß unser Flugblatt auf großes Interesse. Und tatsächlich haben dort zwei Abteilungen in Solidarität die Arbeit niedergelegt (was die Führer der GdED und die Eisenbahn-Bosse aufe äußerste entsetzte). Und schauen wir uns die Lage bei den Häfen an. Wenn die Treuhand versucht, die Arbeiter der Neptun- und Warnow-Werft auf die Straße zu setzen, so wie sie es mit den Autoarbeitern von Eisenach gemacht hat, müssen sofort Delegationen an alle Ostsee- und Nordseehäfen geschickt werden, von Stralsund bis Bremerhaven, um zu gemeinsamen Streikaktionen aufzufordern. Konkret sollten zwischen Hamburg und Rostock schon jetzt die Verbindungen zu Blohm & Voss etabliert werden.

Um eine kräftige politische Streikaktion führen zu können, muß man in die Offensive gehen. Die aktive Teilnahme aller ehemaligen Mitarbeiter des Kombinats ist notwendig — alle Kurzarbeiter und Arbeitslosen müssen zurückgerufen werden. Nicht nur der eigene Betrieb muß besetzt werden, sondern Massenarbeitermärsche müssen organisiert werden, und Massenstreiks mit Hilfe der benachbarten und verwandten Betriebe. Breite Schichten können durch Unterstützungsmaßnahmen (gemeinsame Küche, Geldsammlungen) in den Kampf hineingezogen werden. Man muß auch den Gegner im eigenen Lager angreifen: nicht die Treuhand „demokratisieren" (PDS) oder unter vermeintliche „Arbeiterkontrolle" stellen (wie es diverse Pseudolinke wollen), sondern sie stürmen und dann die Geschäftsbücher offenlegen, um damit die skandalöse „Untreue" und die „Seilschaften" dieser Vernichtungsbehörde des Kapitals zu beweisen.

Um die Arbeitslosen anzusprechen, muß die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände gefordert werden, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Ost und West, Männer und Frauen, eingewanderte und einheimische Arbeiter. Um dies praktisch durchzuführen, müssen die Arbeiter ein gewerkschaftliches Einstellungsbüro verlangen und durchsetzen. Natürlich kann dies der Bourgeoisie nur durch erbitterten Kampf abgerungen werden, die ganz gut versteht, daß solche Errungenschaften nicht den „Gesetzen" des Marktes entsprechen und daher eine echte sozialistische Planwirtschaft erfordern. Und wir brauchen dazu ein Programm öffentlicher Arbeiten, auf Basis des höchsten gewerkschaftlich vereinbarten Lohnniveaus. Während die Regierung mit Zehntausenden von Entlassungen bei Post und Bahn droht, wird die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung damit einverstanden sein, daß sofort massive Verbesserungen beim Transport- und Fernmeldewesen notwendig sind.

In den Worten Lenins muß die revolutionäre Partei auch Volkstribun sein und sich für alle Unterdrückten einsetzen. Das heißt, aktiv für die Verteidigung der eingewanderten Kollegen gegen die zunehmenden mörderischen faschistischen Angriffe zu kämpfen. Die SpAD hat diese internationalistische Pflicht immer wieder betont und versucht, sie in die Tat umzusetzen.

Auch muß die Arbeiterbewegung besonders die Frauen verteidigen, die als erste von Entlassungen betroffen sind. Die entsetzliche Lage der Lohnsklavinnen aus Thüringen und Sachsen, die jeden Tag Hunderte von Kilometern für einen Hungerlohn bei Quelle zurücklegen, und sich dafür um Schlaf und Gesundheit bringen, sollte zum Kampfthema für die Arbeiterklasse in ganz Deutschland werden. Um die werktätigen Frauen davor zu bewahren, aus dem öffentlichen Leben getrieben zu werden, müssen die kostenlosen Kinderkrippen verteidigt werden, und wo sie schon „abgewickelt" sind, verlangen wir ihre Wiedereröffnung. Ohne solche Einrichtungen wird es z. B. für alleinerziehende Mütter unmöglich sein, auszukommen. Mit einer unglaublich frechen Kampagne gegen „Krankfeiern" haben die Kapitalisten jetzt selbst das elementare Recht auf Lohnfortzahlung bei Krankheit aufs Korn genommen, gleichzeitig werden die Polikliniken vernichtet. Kostenlose Abtreibung auf Wunsch, als Teil einer umfassenden, qualifizierten und kostenlosen medizinischen Versorgung für alle, ist ein Grundrecht für die Frau, zu der die Arbeiterbewegung stehen muß.

Hier geht es nicht um Teilkämpfe, sondern um den Erhalt des ostdeutschen Proletariats überhaupt, in erster Linie um die Opfer von besonderer Unterdrückung. Einer der positiven Werte, die sich die Werktätigen der ehemaligen DDR angeeignet haben, ist ein empfindliches Verständnis von Gleichheit und Gerechtigkeit. So traten in letzter Zeit beim Westberliner Betrieb Bosch-Siemens ehemalige DDR-Arbeiter dafür ein, die Fließbandgeschwindigkeit zu vermindern, weil sie für die (meist türkischen) Frauen schädlich war. Die Kollegen meinten, es gäbe jetzt Demokratie, und man könnte sagen was man will. Was es aber gibt, ist Kapitalismus, und für ihr aufrechtes Bemühen sind sie gnadenlos entlassen worden!

Das Grundsätzliche jedoch bleibt die Frage der Führung. Aktionen wie Betriebsbesetzungen und Massenstreiks werden niemals von der kapitalverschwägerten Gewerkschaftsbürokratie erfolgreich geführt werden. Dafür braucht man gewählte Streikkomitees, die bei Ausweitung der Kampfmaßnahmen in Arbeiterräte einmünden können. Und allem voran muß es eine konsequent revolutionäre Arbeiterpartei geben, die für die Interessen der Gesamtheit der Werktätigen und der Unterdrückten kämpft, im internationalistischen Geist des Kommunismus von Lenin und Trotzki.

Die SpAD hat die Wahrheit gesagt. In den Herbst-Tagen 1989 kämpften wir für eine proletarisch-politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen. Wir haben die SPD als „Trojanisches Pferd" der Konterrevolution gebrandmarkt, als die keimende politische Revolution im deutschen Nationalismus erstickte. Und bei den Volkskammerwahlen im März 1990 sagten einzig und allein die Spartakisten „Nein!" zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Heute bekräftigen wir nochmals: Die Arbeiter brauchen eine wirkliche Arbeiterregierung, die für den authentischen Sozialismus kämpft. Wir brauchen ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!«

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Aus dem Hamburger Hafen: Organisiert die Nichtorganisierten! (Und warum SPD/DKP das nicht tun)

Seit der Zerschlagung der Industrie im Osten arbeiten im Hamburger Hafen „Feste", „Unständige" und „Pendler" Seite an Seite zu Hafentarifen und Tarifen zweiter Klasse zusammen. Mit Zustimmung der SPD-Gewerkschaftsirreführung karren die Bosse täglich *Hunderte* Arbeiter aus Mecklenburg-Vorpommern heran und zahlen ihnen zu niedrige Löhne und Sozialleistungen. Die Hamburger Hafenbosse sagen offen, daß sie die „Unständigen" und Pendler als Streikbrecher einsetzen wollen.

Wir Spartakisten sind im Hafen bekannt dafür, daß wir für Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Stillegungen im Osten und Westen kämpfen. Das steht jetzt auf dem Spiel bei der Neptun-Werft in Rostock. Wir fordern die sofortige Festeinstellung aller „Unständigen". Die Gewerkschaft muß diese Arbeiter als Mitglieder organisieren. Sie muß die Arbeitsplätze aller eingewanderten Arbeiter verteidigen und volle Staatsbürgerrechte für sie verlangen.

Was aber macht der „linke" Handlanger der Gewerkschaftsbürokratie und Hamburger Hafenbosse, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), dagegen? Die geschrumpften Stalinisten sitzen gern in Betriebsräten, wo man geregelt die „Geschäftsgeheimnisse" bewahrt und die „Friedenspflicht" verteidigt. Da betreiben sie die sehr beliebte Taktik der Bosse, die Arbeiterklasse entlang nationaler oder Ost-West-Linien zu spalten.

Zum 1. Mai gab es eine Ausgabe der DKP-Betriebszeitung für den Hamburger Hafen *Kiek Ut.* Auf der Titelseite werden „Arbeit für alle!" und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" gefordert. Aber der Inhalt der Zeitung war genau das Gegenteil zu ihrer schönen Verpackung. Hier gab es einen Artikel mit dem Titel „Keine Chance für Aushilfsarbeiter?" Die DKP-Antwort läuft einfach darauf hinaus: „Keine Chance." Sie wandte gegen unsere Forderung (ohne die SpAD zu benennen) nach Festeinstellung aller Arbeiter einschließlich Aushilfsarbeitern ein, daß dies „ausgesprochen schwierig" sei. Woher sie diese Weisheit nehmen: „Nach Aussage der Geschäftsleitung"! Die Bosse reden, die DKP-Bonzchen plappern nach.

Die DKP jammert: „Die Hafenunternehmer wollen sich ein Heer moderner Lohnsklaven halten." Darauf antwortet sie: „Festeinstellung unserer Kollegen, die seit Jahren Seite an Seite mit uns arbeiten." Und was passiert mit den Hunderten Kollegen, die als sogenannte „Unständige", als Pendler und andere „Aushilfskräfte", die *jetzt* Seite an Seite mit uns arbeiten? Darunter sind viele Kollegen, denen als Iraner, Polen oder andere Immigranten fast alle Rechte vorenthalten werden. Und auch diejenigen, deren Arbeitsplätze bei LPGs und VEBs in Mecklenburg-Vorpommern vernichtet wurden. Die DKP ist einverstanden mit den ÖTV-Bonzen, die nichts im Hafen unternehmen, um diese Kollegen zu organisieren. Stattdessen werden sie als Konkurrenz betrachtet, die besser wieder zurück in die Heimat gehen oder hinter der jetzigen „sozialen Mauer" im Osten verschwinden sollte. Damit will sich die DKP für ihr *(Kiek Ut* zufolge) „friedliches, humanistisches, sozial verpflichtetes neues Deutschland einsetzen". Diejenigen, die den Arbeiterwiderstand gegen das kapitalistische Großdeutschland organisieren wollen, sollen sich lieber der SpAD anschließen.

Gegen Nazi-Angriffe und Lohnsklaverei

Solidarität mit unseren vietnamesischen Kollegen!

BERLIN - 6.30 Uhr an einem Morgen im April, Warschauer Bahnhof, Alltag. Die meisten Narva- und Reichsbahn-Arbeiter arbeiten schon, Angestellte sind noch unterwegs. Am Bahnhof lungern drei junge Nazis in neuen Stiefeln und amerikanischen Fußball-Jacken herum. Drei Kollegen aus Vietnam, schon arbeitslos oder zum Billiglohn beschäftigt, verkaufen Zigaretten, einfach um zurechtzukommen. Die Faschisten fangen an, die Vietnamesen zu schikanieren. Offensichtlich warten die Nazi-Schweine auf die Zeit zwischen den Zügen, wenn keine Fahrgäste vorbeigehen, um die Kollegen verprügeln oder die Treppen hinunterstoßen zu können.

Zufällig kommen zwei Spartakisten vorbei, das Kräfteverhältnis ändert sich, und die mögliche tödliche Provokation ist beendet. Der Zigarettenverkauf läuft bis Ende der Berufsverkehrszeit unbehindert, einem Nazi wird die Hand in der S-Bahn-Tür eingeklemmt. Die vietnamesischen Kollegen gehen diesmal unverletzt nach Hause. Doch was wir brauchen, um mit dem täglichen Terror Schluß" zu machen, sind Arbeitermobilisierungen wie die antifaschistische Massenkundgebung im Januar 1990 im Treptower Park, um die Nazis daran zu erinnern, daß sie sich am besten nicht aus ihren Löchern trauen.

Am gleichen Abend nach der Provokation am S-Bahnhof gab es im Nordosten Berlins einen Überfall von 40 bis 60 Faschisten auf ein vietnamesisches Wohnheim, wo viele Gleisbauer wohnen. Die vietnamesischen Bahnarbeiter und ihre Familien haben ihr Zuhause erfolgreich verteidigt. Aber die deutschen „Betreuer" riefen die Polizei an. Die Bullen durchsuchten das Wohnheim, danach fehlten um die 700 D-Mark. Gegen die Faschisten braucht man keinen solchen „Schutz", sondern Arbeiterverteidigungsgruppen, organisiert von deutschen und eingewanderten Arbeitern, zum Beispiel von der Reichsbahn, die die Wohnheime gemeinsam verteidigen.

Ein anderes Berliner Wohnheim wurde Ende April in der Nacht von vier Nazis angegriffen. Sie drangen gewaltsam und bewaffnet in ein verschlossenes Zimmer ein, verwüsteten es und verletzten einen Kollegen mehrmals mit dem Messer. Als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, suchten zwei Nazis das Weite, die beiden anderen erhielten eine verdiente Lektion. Es ist obszön, daß die Faschisten denken, sie könnten ohne Probleme ein Haus überfallen. Diese dummen „Herrenmenschen" wissen nicht, daß die Vietnamesen recht gut ausgebildet sind; sie haben wohl noch nichts über die heroische Geschichte des vietnamesischen Volkes und über seine siegreichen Schlachten gegen die Imperialisten 1954 in Dien Bien Phu und 1975 in Saigon gehört.

Gegen drohende faschistische Angriffe am Tag von Hitlers Geburtstag half das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) am 20. April bei der Verteidigung eines Reichsbahner-Arbeiterwohnheims. Genossen aus verschiedenen Ländern organisierten eine gemeinsame Nachtwache mit den vietnamesischen Bewohnern. Die Arbeiter waren von der Polizei aufgefordert worden, zwei Tage

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

lang zu Hause und weg vom Fenster zu bleiben und nichts gegen die Faschisten zu unternehmen. Im Fall eines Angriffs sollten nochmals die Bullen angerufen werden. Viele Bewohner betonten dagegen, daß sie natürlich bereit stehen, um sich zu verteidigen.

Während der Nacht zeigten wir unser Video über die erfolgreiche Arbeitereinheitsfront 1988 in Philadelphia, USA: „Der Klan wird nicht in Philadelphia marschieren". Eine solche Einheitsfrontaktion ist jetzt dringend notwendig, besonders weil die Faschisten relativ schwach und isoliert sind und die deutsche Bourgeoise im Moment nicht auf sie setzt. Doch sie sind gefährlich und müssen gestoppt werden, wie es sich an der polnischen Grenze, bei sowjetischen Kasernen und bei den Wohnheimen zeigte.

Danach haben unsere Gastgeber das vietnamesische Video „Spezial-Agent Saigon" gespielt und übersetzt. Es war angenehm, einmal einen Film zu sehen, wo die amerikanischen Militärs die Bösewichte sind, und wo der Sturz Saigons als Sieg für die internationale Arbeiterklasse gezeigt wird. Glücklicherweise blieben die Faschisten an diesem Abend fern, obwohl in anderen deutschen Städten Nazi-Überfälle stattfanden.

Mit der Zerschlagung der Industrie in der Ex-DDR wurden als erstes die Kollegen aus Polen, Mosambik und Vietnam gefeuert. Viele sind bereits abgeschoben worden. Soweit vietnamesische und andere eingewanderte Arbeiter ihre Arbeitsplätze halten konnten, versucht die Bourgeoisie, sie als Billiglohn-Arbeitskräfte zu benutzen. Zwar wurden Immigranten schon in Honeckers DDR in krimineller Weise gerade für schwere und dreckige Arbeit eingesetzt und in möglichst isolierten Wohngettos untergebracht. Aber damals kostete ein Zimmer im Arbeiterwohnheim 30 Mark; jetzt zahlen viele schon 250 D-Mark für ein Bett. Dies geht von einem Durchschnittslohn von brutto 750 D-Mark ab. Nach Versicherungen und Steuer bleiben monatlich vielleicht 400 D-Mark zum Leben. Für viele vietnamesische Kollegen, besonders Frauen, sieht es noch schlimmer aus.

Gegen die Massenverelendung *aller* Arbeiter fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sofort, auf der Basis von Westlöhnen. Wir fordern die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit und volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Schulter an Schulter mit ihren deutschen Kollegen können Immigranten eine wichtige Rolle spielen, um die notwendigen Betriebsbesetzungen und Massenstreiks zu organisieren und mit der rassistischen Hetze Schluß zu machen.



Der Spiegel

Vietnamesische Arbeiterinnen schuften für Hungerlöhne. Gewerkschaften: Organisiert Frauen, Immigranten! Löhne auf Westniveau, keine Abschiebungen!

Wir Spartakisten verteidigen unsere vietnamesischen Kollegen gegen faschistische Angriffe und Lohnsklaverei. Dies ist kein Zufall: Wir waren die einzigen, die klipp und klar „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagten, die für alle Arbeiter katastrophale Lebensbedingungen gebracht hat. Wir sind Trotzkisten und kämpfen deshalb als Internationalisten für die soziale Arbeiterrevolution in den kapitalistischen Ländern und für proletarische politische Revolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten wie der Volksrepublik Vietnam und der Sowjetunion, die wir gegen die Konterrevolution verteidigen. Im Geist Ta Thu Thaus und Hunderter von den Stalinisten ermordeten vietnamesischen Trotzkisten wollen wir eine trotzkistische Partei in Vietnam aufbauen sowie vietnamesische Kommunisten, Frauen und Männer, zur Führung einer revolutionären Partei in Deutschland gewinnen. Das ist der einzige Weg zu Arbeiterdemokratie und echtem Sozialismus hier und im Fernen Osten, in der Sowjetunion und weltweit.

Spartakist-Veranstaltungsreihe im Juni

17. Juni 1953: Ansatz zur proletarisch-politischen Revolution
Sie wollten nicht Adenauer, sondern eine Metallarbeiterregierung!

Redner: Reinhard Hartwig
SpAD-Bundestagskandidat in Halle und Mitglied des Zentralkomitees

Berlin
Donnerstag, 13. Juni, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
(U-Bahn Nauener Platz)

Halle
Samstag, 15. Juni, 16.00 Uhr
Joliot-Curie-Platz 29, Klubraum
Halle 4020

Hamburg
Freitag, 21. Juni, 19.00 Uhr
Curio-Haus
Rothenbaumchaussee 13
2000 Hamburg 13

Leipzig
Montag, 17. Juni, 19.00 Uhr
Kinder- und Jugend-Villa, Raum 24
Karl-Tauchnftz-Straße 3

Leuna
Dienstag, 25. Juni, 19.00 Uhr
Jugendklub „Odeon"
Straße der Arbeit 9

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Stoppt die Verfolgung von kurdischen und türkischen Linken!

Freiheit für die PKK!

Seit Ende 1989 werden Mitglieder der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in einem Mammutverfahren vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht ungeheuerlicher staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Dieses abgekartete Spiel, aufgezogen mit Anklagen nach dem berüchtigten Paragraphen 129a, ist in der Presse als „größter Terroristenprozeß in der Geschichte der BRD" bekannt. Die Hauptanklage? Eine angebliche „terroristische Vereinigung in und bei der PKK", der die Angeklagten angehören sollen. Die wirkliche „terroristische Vereinigung" ist aber der deutsche Kapitalistenstaat. Mit diesem Schauprozeß, basierend auf einem zutiefst antidemokratischen Gesetz, will Bonn für seinen NATO-Verbündeten und Untertanen Türkei die Drecksarbeit tun. Alle PKK-Anhänger müssen sofort freigelassen werden!

Vor dem Prozeß sorgte der Staat dafür, daß die PKK-Anhänger in der Presse vorverurteilt wurden. Die Prozeßlandschaft läuft selbst Stammheim den Rang ab. Bis Februar 1990 wurden die ursprünglich 19 Angeklagten während der Verhandlungen hinter Plexiglas gesperrt. Mehrere Sicherheitsschleusen, unzählige Stahltore, ein nur unterirdisch erreichbarer Verhandlungsbunker — die Opfer könnten vielleicht „ausbrechen". Die Richter sind offensichtlich befangen. Oberstaatsanwalt Senge sagt einem Angeklagten offen ins Gesicht: „Sie kennen mich nicht? Alle Kurden kennen mich. Ich bin euer Jäger". Völlig unglaubwürdige „Kronzeugen" wurden gekauft und von ihren staatlichen Souffleurs ausgehalten. Den Verteidigern wurden Unterlagen und Übersetzungen vorenthalten, die Verteidiger selbst wurden bespitzelt.

Als das Prozeß-Chaos mit ausufernden Pannen nicht mehr zu verheimlichen war, schlug Generalstaatsanwalt Rebmann Anfang letzten Jahres die Änderung der Strafprozeßordnung vor: man sei hierzulande mit solchen Verfahren „überfordert". Bonn solle nicht auf das Urteil warten müssen, sondern „ausländische Terroristen" abschieben können, sobald Anklage gegen sie erhoben worden ist! Für kurdische Linke der sichere Tod in Özals Folterkellern.

An der irakischen Grenze baut die Bundeswehr ein eigenes Kurden-Lager auf, während die von ihr ausgebildeten türkischen Soldaten sterbende kurdische Flüchtlinge foltern. In Düsseldorf sollen kurdische Linke auf dem „Rechts"wege zerstört werden. Die „Verbrechen", wegen der die PKK-Anhänger in deutsche Knaste geworfen und vor deutsche Gerichte gezerrt wurden? Noch nicht einmal in Deutschland sollen sie begangen worden sein, sondern *in der Türkei* gegen die *türkische* Armee — die von der NATO bis an die Zähne bewaffnet worden ist.

Als Kommunisten haben wir grundlegende politische Differenzen mit der Politik der PKK, die wir als nationalistisch und zerstörerisch ablehnen. Doch beim Düsseldorfer Prozeß geht es darum, daß der Befreiungskampf der Kurden selbst abgeurteilt werden soll.

Jahrelang empörten sich Bürgerrechtler und diejenigen, die um den Abbau demokratischer Rechte besorgt sind, über den Paragraphen 129a. Als er in den 70er Jahren gegen die deutsche RAF benutzt wurde, war der Aufschrei berechtigterweise groß. Doch heute, wo er der ganzen kurdischen und türkischen Linken das Genick brechen soll, ist es seltsam still geworden um 129a unter bürgerlichen Liberalen sowie unter selbsternannten „Linken", vor allem aus SPD und Grünen.

Dieser berüchtigte Paragraph wurde weiter verschärft mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" vom 1. Januar 1987, um den Zuständigkeitsbereich der Bundesanwaltschaft auf andere Staaten auszuweiten. Dagegen hatte die BRD-Justiz noch wenige Jahre davor die Strafverfolgung der faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann nach Paragraph 129a abgelehnt, weil diese angeblich eine „Auslandsvereinigung" mit Sitz in Frankreich war. Mit der TREVI-Kooperation der NATO (Zusammenschluß gegen „Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt"), bei der die deutsche Bourgeoisie federführend ist, werden Bullen und Bundesanwälte „grenzübergreifend" eingesetzt.

Nun hat am 19. März in Düsseldorf das Gericht erklärt, dieser Monsterprozeß soll für acht der verbleibenden 16 Angeklagten wegen „geringfügiger Vergehen" eingestellt werden. Ähnlich soll in einem parallelen Prozeß in Celle das Verfahren gegen zwei von vier PKK-Angeklagten eingestellt werden; die übrigen Anklagen bleiben. Der bürgerliche Staat hat bei der PKK nichts zu richten! Die Arbeiterbewegung und all diejenigen, die es mit dem Kampf um bürgerliche Rechte ernst meinen, müssen die Verteidigung der PKK gegen die Repressalien des Staates zu ihrer Sache machen. Weg mit Paragraph 129a! Weg mit allen Anklagen — sofortige Einstellung aller Verfahren — sofortige Freiheit für die PKK!

Britannien: Kriegszensur gegen Verteidiger des Irak zurückgeschlagen!

Auf dem Höhepunkt des blutigen Bombenterrors der US/NATO-Imperialisten gegen den Irak wollte der britische Staat alle zum Schweigen bringen, die eine Seite mit den irakischen Opfern bezogen. Alastair Green, Unterstützer der Spartacist League/Britain, war am 2. Februar bei einer Demonstration gegen den Golfkrieg in London von Polizisten verhaftet und mißhandelt worden. Der Grund: die Spartacisten und andere hatten sich geweigert, ihre Parolen für die Niederlage des US-/britischen Imperialismus und für die Verteidigung des Irak fallenzulassen (siehe *Spartakist* Nr. 84, März). Jetzt hat die weitverbreitete Unterstützung für Alastair Green durch Gewerkschafter, Immigrantenorganisationen und Linke gegen diese skandalöse politische Zensur dazu geführt, daß alle Anklagen gegen den Genossen fallengelassen wurden. Dies ist ein wichtiger Erfolg der Arbeiterbewegung!

Aber die Verhaftung von Alastair Green war nicht der einzige Fall. Eine Demonstration der Black People Against War in the Gulf (Schwarze gegen den Golfkrieg) am 20. Februar wurde von der Polizei verboten, und elf Demonstranten wurden verhaftet, weil sie „USA Mörder" riefen. Wir fordern, daß auch in diesem Fall die Anklagen sofort fallengelassen werden!

Jugoslawien am Zersplittern, Albanien auf des Messers Schneide

Ein neuer Balkankrieg im Entstehen?

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde geschaffen durch den Sieg von Joseph Broz Titos kommunistischer Partisanenbewegung, den diese im Zweiten Weltkrieg über die nazideutsche Besatzungsarmee, über die von ,den Nazis unterstützten kroatischen Ustascha-Faschisten und über die serbischen monarchistischen Tschetniks errang. Aber heute ist Jugoslawien bedroht durch Massaker zwischen den einzelnen Völkern, denn die konkurrierenden Nationalismen reißen das Land in Stücke bei ihrem obszönen Wettrennen, sich wieder dem kapitalistischen Weltmarkt anzuschließen. Letzte Woche gab es in der Stadt Borovo Selo einen blutigen Zusammenstoß zwischen serbischen Milizen und kroatischer Polizei, bei dem es ein Dutzend Tote und zig Verletzte gab. Als sich die Kämpfe in der Bevölkerung ausweiteten, tönte der kroatische Präsident Franjo Tudjman: „Der Krieg hat begonnen."

Die Spannungen sind schon seit Wochen auf einem Höhepunkt; die reicheren nördlichen Republiken Serbien und Slowenien — mehr westlich orientierte, traditionell römisch-katholische Gebiete, wo bei den Wahlen im letzten Jahr antikommunistische Nationalisten die Regierung übernommen haben — haben ihre eigenen Milizen bewaffnet und praktisch ihre Unabhängigkeit von der Bundesregierung erklärt. Gegen sie stellt sich Serbiens Slobodan Milosevic, Führer der Überreste der Kommunistischen (jetzt Sozialistischen) Partei, der in dieser Republik dadurch an der Macht bleibt, daß er serbischen Nationalismus hochgepeitscht hat. In den letzten Wochen hat die Bundesarmee — direkter Nachfahre von Titos Partisanen — wiederholt interveniert, um die mörderischen Feuergefechte in Kroatien zwischen Polizei und rebellischen serbischen Milizen zu ersticken, und die Einheit mit „der Mutter-Republik" gefordert.

Die Situation wird weiter angeheizt durch den Zusammenbruch der grotesken und primitiven stalinistischen Herrschaft im benachbarten Albanien, das ebenfalls jederzeit in einem Bürgerkrieg explodieren könnte. Dazu kommen noch die ständigen Unruhen in Bulgarien und Rumänien und die Ausweitung von nationalistischen Konflikten nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und infolge der eskalierenden Krise in der Sowjetunion.

Manche rechten Kräfte im Westen lecken sich schon die Finger bei der Aussicht, die volle Kontrolle über den Balkan zurückzukriegen. „Jugoslawien: Auseinanderfallen tut gut", erklärt eine Kolumne im *Wall Street Journal* (8. März). Der *U.S. News & World Report* (1. April) bemerkt, daß „die erneuten Unruhen auf dem Balkan sogar als Wegbereiter dienen könnten für die Zerschlagung der Sowjetunion, wo die Krise der Republiken in größerem Maßstab derjenigen Jugoslawiens ähnelt". Doch andere sind besorgt. „Der Balkan, wieder einmal das Pulverfaß Europas", war die Überschrift in der italienischen Tageszeitung *La Repubblica* (4. Mai).

Der gewaltsame Zerfall Jugoslawiens könnte einen neuen Balkankrieg auslösen und sogar die Großmächte hineinziehen. Zum Beispiel erheben sowohl Bulgarien als auch Griechenland Gebietsansprüche auf Makedonien. Kroatiens antikommunistischer Führer Tudjman hat offen an den US-Präsidenten Bush und den britischen Premierminister John Major appelliert, sie sollten seinen Abspaltungsversuch gegen die jugoslawische Bundesarmee unterstützen. Der US-Imperialismus — aufgeplustert durch seinen Sieg im Krieg am Persischen Golf und im Glauben, die Sowjetunion sei jetzt am Boden — könnte versucht sein, die „Neue Weltordnung" auf den Balkan auszudehnen. Jedes Schulkind in Europa weiß, daß ein wilder Terrorakt eines serbischen Nationalisten in Bosnien 1914 das Massenmorden des Ersten Weltkriegs auslöste.



AP

Belgrad: Demonstranten rufen „Jugoslawien" und nach „Armee"; sie tragen Bilder des Internationalisten Lenin, aber auch von Milosevic, übler Demagoge und serbischer Nationalist

Das titoistische Jugoslawien zerfällt

Jugoslawien in seiner ursprünglichen Form war ein direktes Ergebnis dieses Krieges. Es wurde 1918 gegründet als Teil der imperialistischen Neugliederung Europas durch Präsident Wilson. Mit einem serbischen König an der Spitze wurde Jugoslawien schnell zerfressen vom Konflikt zwischen den römisch-katholischen Kroaten, die zum Reich der Habsburger gehört hatten, und den griechisch-orthodoxen Serben, die sich schon früher vom Osmanischen Reich losgerissen hatten. Kroatische Nationalisten bildeten die Ustascha, die im Zweiten Weltkrieg für die Nazis eine Marionettenregierung stellte und Hunderttausende von Serben, Juden und Roma ermordete.

Die kommunistischen Partisanen unter Tito (dessen Vater Kroate und dessen Mutter Slowenin war) konnten die Arbeiter und Bauern Jugoslawiens gegen die nazideutschen Streitkräfte wie auch gegen sämtliche einheimischen völkermörderischen Nationalisten mobilisieren. Nach dem Krieg wurde daher der Kapitalismus in Jugoslawien durch eine eigenständige soziale Revolution gestürzt, anders als im übrigen Osteuropa, wo die bürgerliche Ordnung durch die sowjetische Rote Armee zerschlagen wurde, als sie die Nazi-Wehrmacht zurücktrieb. Dies gab dem Tito-Regime die enorme Autorität bei der Bevölkerung, mit Stalin 1948 zu brechen und seinen eigenen unabhängigen „jugoslawischen Weg zum Sozialis-

Fortgesetzt auf Seite 10

Balkan...

Fortsetzung von Seite 9

raus" zu verkünden. Dennoch war Jugoslawien, wie die osteuropäischen „Volksdemokratien", von Anfang an ein Arbeiterstaat, der durch eine stalinistische bürokratische Herrschaft *deformiert* war. Und darin liegt der Grund für seinen derzeitigen Zerfall.

Im nationalistischen Rahmen des Stalinismus ging das Tito-Regime bei der Errichtung einer wirklich multinationalen Föderation ungefähr so weit, wie es konnte.



Bundeskomitee für Information, Belgrad

Opfer der von Nazis unterstützten Ustascha-Faschisten im Zweiten Weltkrieg

Aber die nationalen Trennungslinien konnten auf der Basis des Aufbaus des „Sozialismus" in einem relativ rückständigen Balkanland nicht überwunden werden. Die wirtschaftliche Dezentralisierung und der „Marktsozialismus", die Tito zu seinem Markenzeichen machte, haben die Unterschiede zwischen den Republiken und Regionen sogar noch verstärkt. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Slowenien *zehnmal* so hoch wie in Kosovo, wo hauptsächlich Albaner leben! Zusätzlich zum „Marktsozialismus" war Jugoslawien auch das erste Land, das seine kollektivierte Wirtschaft an die westlichen Bankiers verpfändete, die jetzt das Land mit einem brutalen Austeritätsprogramm auspressen. Allein im Februar mußten *7000* staatseigene Unternehmen Konkurs anmelden.

Während das Tito-Regime innerhalb Jugoslawiens die nationalen Gegensätze zu überwinden suchte, nahm es gegenüber seinen Nachbarn auf dem Balkan eine nationalistische Haltung ein. Tito und seine Mitstreiter setzten sich für die Erhaltung der Staatsgrenzen ein, die im Versailler Vertrag 1918 von den imperialistischen Siegermächten festgelegt worden waren. Daher zankten sich die Belgrader Stalinisten mit Bulgarien über Makedonien und verweigerten Jugoslawiens Albanern das Recht auf Selbstbestimmung. Trotzdem hielt das Tito-Regime, gestützt auf die Organisierung und die Autorität des Partisanensieges, Jugoslawien als einen Vielvölkerstaat auf Grundlage des Kollektiveigentums zusammen. Doch mit dem Ableben der Partisanengeneration, signalisiert durch Titos Tod 1980, ist der ganze alte nationalistische Dreck wieder hochgekommen.

Heute stehen die prowestlichen kroatischen und slowenischen Nationalisten an der Spitze der Kräfte, die Jugoslawien zerstückeln wollen. Doch der Zerfallsprozeß wurde durch den wachsenden serbischen Nationalismus in Gang gesetzt, mit dem Aufstieg von Slobodan Milosevic (seine Anhänger nennen ihn „Slobo"). Das Milosevic-Regime in Serbien wird in den westlichen bürgerlichen Medien gewöhnlich als die letzte stalinistische Bastion in Osteuropa hingestellt und gebrandmarkt. Aber Milosevic hat auf seine Art entscheidend mit dem titoistischen System gebrochen und es angegriffen.

„Slobo" und der Anstieg des serbischen Nationalismus

Tito wollte die traditionelle nationale Loyalität und Feindschaft dadurch überwinden, daß er einen weitergehenden panjugoslawischen Nationalismus förderte. Er versuchte, die Vorherrschaft der serbischen Republik einzuschränken, indem er der von Albanern bevölkerten Region Kosovo Autonomie gab und auch der Vojvodina mit ihrem hohen ungarischen Bevölkerungsanteil. Im Gegensatz dazu kam Milosevic an die Macht, indem er antialbanischen serbischen Chauvinismus schürte. Er hat sich offen mit der serbischen orthodoxen Kirche verbündet und gleichzeitig das Andenken an Tito schlechtgemacht.

Seit Anfang der 80er Jahre forderten die Albaner — die drittgrößte nationale Gruppe in Jugoslawien —, daß Kosovo den vollen Status einer Republik erhält, so wie Serbien oder Kroatien. Diese albanische Agitation wurde massiv unterdrückt, und 1989 beseitigte Milosevic noch das bißchen, was von der Autonomie der Region übriggeblieben war, bei seiner Kampagne für ein Großserbien. Die gegenwärtige Krise der stalinistischen Herrschaft in Albanien kann die Kosovo-Frage nur anheizen. Bei dem Ungewissen Stand der Dinge stellt sich direkt die Frage der Vereinigung des albanischen Volkes. Als proletarische Internationalisten fordern wir das Recht auf Selbstbestimmung für das albanische Volk im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Balkans.

Anders als die nationalistischen Führer in Kroatien und Slowenien hat Miloseviö nicht seine Absicht erklärt, den Kapitalismus sofort wiederherzustellen. Aus diesem Grunde wird er in der westlichen Presse als jemand abgestempelt, der „immer noch Kommunist" ist. Aber dieser ehemalige Chef der jugoslawischen Staatsbank hat schon lange erklärt, daß er für einen Übergang zu einer „Marktwirtschaft" ist; und in den letzten paar Jahren hat er als Agent von Wall Street und Frankfurt gedient, als er Serbiens Werktätigen harte Entbehrungen aufzwang.

Um die Wahlen im letzten Dezember zu gewinnen, nahm Milosevic eine mehr „populistische" Haltung zur Wirtschaft ein und pumpte Millionen Dinar in kriselnde Staatsunternehmen. Doch seitdem ist das Geld ausgegangen. In Staatsbetrieben werden die Löhne zwei bis drei Monate zu spät überwiesen, und selbst dann ist die Überweisung nur ein Bruchteil dessen, was dem Arbeiter zusteht. Ein junger Maschinist in einem Belgrader Motorenwerk beschwerte sich: „Vor den Wahlen war alles in Ordnung. Wir kriegten unser Geld. Danach haben sie uns vergessen" (Londoner *Guardian*, 22. März).

Die wirtschaftliche Verzweiflung hat der rechten Opposition gegen Milosevic Auftrieb gegeben, die von Vuc Draskovics Serbischer Erneuerungsbewegung angeführt wird. Draskovic identifiziert sich mit den monarchistischen Tschetniks, die von Titos Partisanen niedergeschlagen wurden, und verlangt einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der Monarchie! Mitte März veranstalteten Draskovic-Anhänger mitten in Belgrad gewalttätige Proteste, auf die Milosevic mit einer Mi-



Stahlarbeiter in Montenegro 1988. Gemeinsamer Klassenkampf unter wirklicher kommunistischer Führung kann Nationalismus und Zerfall Jugoslawiens verhindern

Horvat Picture Group

schung aus Unterdrückung und Zugeständnissen reagierte. Es ist keineswegs undenkbar, daß sich Milosevic und Draskovic über ein Programm von großserbischem Nationalismus einigen können.

Machtprobe in Kroatien

Während Draskovic die serbischen monarchistischen Tschetniks wieder ins Leben rufen will, kommen die neuen Führer in Kroatien auf die Ustascha-Faschisten zurück. Der kroatische Präsident Franjo Tudjman ist ein ehemaliger General und Universitätsprofessor, der in seinen Schriften die Ustascha-Regierung reinwäscht und sie beschreibt als „den Ausdruck der historischen Bestrebungen der kroatischen Nation nach ihrem unabhängigen Staat". Unter Tudjman trägt eine neu formierte „Sonderslcherheitseinheit" das rot-weiß karierte Wappen der wiederbelebten Ustascha auf ihren Mützen. Eine seiner ersten Handlungen nach seiner Wahl im letzten Jahr war es, den Platz für die Opfer des Faschismus in der Hauptstadt Zagreb umzubenennen ... jetzt ist es der Platz der kroatischen Giganten.

Dies alles hat natürlich die Serben in Kroatien — 15 Prozent der Bevölkerung der Republik — alarmiert, für die die völkermörderischen Greueltaten der Ustaschi noch in lebendiger Erinnerung sind. Ein SOjähriger Lehrer in Petrinja erinnert sich an seine Kindheit, wo „ich zusehen mußte, wie mein Haus abbrannte, und ich möchte gern meinem Sohn das gleiche Schicksal ersparen" *(San Francisco Chronicle,* 12. April). Aus solchen serbischen Dörfern in Kroatien rekrutierte Tito viele Kämpfer für die kommunistischen Partisanen. Und jetzt, wo in Zagreb die antikommunistischen kroatischen Nationalisten wieder an der Macht sind, machen die.serbischen Gemeinden einen offenen Aufstand.

Für eine Sozialistische Balkan-Föderation

Die einzige Kraft, die Jugoslawien noch zusammenhält, ist die Bundesarmee, deren Offizierskorps zu 70 Prozent aus Serben besteht. Als Verteidigung in letzter Minute gründeten Armeegeneräle Anfang dieses Jahres die Kommunistische Liga — Bewegung für Jugoslawien, mit dem Spitznamen „Partei der Generäle". Ein Dokument, das von der Politischen Hauptverwaltung der Armee herausgegeben wurde, gelobt:

„In Jugoslawien ist der Sozialismus weder am Ende noch auf den Knien. Obwohl er einen hohen Preis bezahlt hat, hat er es geschafft, den ersten Schlag der antikommunistischen Welle von Hysterie zu überstehen. Es ist die reale Möglichkeit gewahrt worden, das Land als eine föderative und sozialistische Gesellschaft zu erhalten." (Londoner *Guardian, 2.* Februar)

Zum jetzigen Zeitpunkt würden proletarische Internationalisten die jugoslawische Bundesarmee gegen das konterrevolutionäre kroatische Regime militärisch unterstützen. Aber die stalinistischen Militärkader können Jugoslawien nicht erhalten, besonders da die Armeeführung empfänglich ist für serbischen Nationalismus, wie ihn der üble Demagoge Milosevid verkörpert. Die Armee kann höchstens die Kräfte der kommunalistischen Massaker eine Zeitlang abwehren und Zeit gewinnen für die Entstehung eines *proletarischen* Pols. Dieser allein kann die Entwicklung aufhalten, die Hals über Kopf auf einen neuen Balkankrieg zusteuert.

Daß eine solche Möglichkeit existiert, wurde vor ein paar Wochen demonstriert, als 700000 serbische Textil-, Metall- und Lederarbeiter einen eintägigen Proteststreik gegen das von den westlichen Bankiers angeordnete Austeritätsprogramm durchführten. Ihnen schlössen sich 10000 Bergleute in Bosnien an. Dies war der größte Arbeiterprotest seit dem Zweiten Weltkrieg. Was in Jugoslawien dringend gebraucht wird, ist eine wirkliche kommunistische Partei, die den ökonomischen Widerstand der Arbeiter gegen die Kräfte des mörderischen Nationalismus und gegen deren imperialistische Paten hinlenken kann zum Kampf für eine sozialistische Balkan-Föderation.

Aber Sozialismus kann nicht isoliert aufgebaut werden in den relativ rückständigen Balkanländern. Tatsächlich ist der mächtige Druck des kapitalistischen Weltmarkts ein Hauptgrund für den Zerfall Jugoslawiens und auch für das nationalistische Zerreißen der Sowjetunion. Das Schicksal Jugoslawiens ist eindeutig verknüpft mit dem der Sowjetunion und dem Europas. Wie Trotzki bei einer Diskussion mit seinen griechischen Unterstützern Anfang der 30er Jahre schrieb: „Eine revolutionäre Perspektive ist unmöglich ohne eine Föderation der Balkanstaaten, die offensichtlich hier nicht haltmachen wird, sondern sich vielmehr ausweiten wird zu einer Föderation der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa."

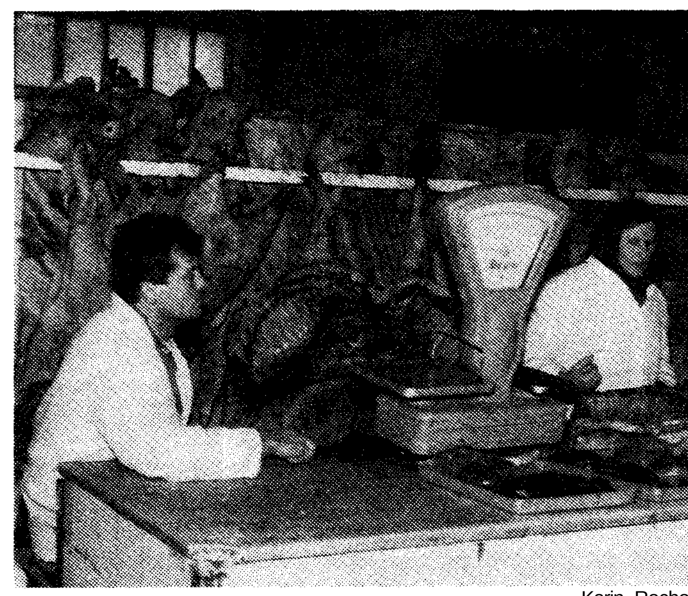
Nach Workers Vanguard *Nr. 526, 10. Mai*

Sowjetische Arbeiter: gegen Verelendung durch „freien Markt"

UdSSR schlittert ins Desaster



Hans-Jürgen Burkard



Karin Rocholl

Sowjetische Bürger müssen stundenlang Schlange stehen vor halbleeren staatlichen Geschäften (links), während die verhaßten Kooperativen vollgestopft sind mit Waren, die keiner bezahlen kann

„Ich mache mir jetzt große Sorgen, wie ich überhaupt meine Kinder ernähren soll", klagte eine Mutter von zwei Kindern. Am 2. April sind die Preise für Brot, Fleisch, Mehl und Reis verdreifacht worden. Bei Milch, Eiern und Tee verdoppelten sie sich. Eine Schuluniform für Kinder, die bisher 12 Rubel gekostet hatte, kostet jetzt 62. Der langerwartete und lange befürchtete Schock der „Preisreform" — zentraler Kern des von Gorbatschow verkündeten „Übergangs zur Marktwirtschaft" — traf die Werktätigen mit voller Wucht.

Zwei Tage später fingen die erwarteten Massenstreiks und Proteste an. In Minsk, der Hauptstadt Belorußlands, strömten Zehntausende von Arbeitern aus den Auto-, Traktoren-, Motorenwerken und anderen Betrieben und marschierten zur Stadtmitte. Vom Podest eines Lenin-Denkmals herab forderten die Sprecher Lohnerhöhungen als Ausgleich der Preiserhöhungen und den Rücktritt von Gorbatschow. Seit Anfang März waren etwa ein Drittel der sowjetischen Kohlenbergwerke im Streik, viele Millionen Arbeiter beteiligten sich am 27. April an Warnstreiks und Protestaktionen.

Gorbatschows Regierung hat zwar versprochen, als Ausgleich die Löhne, Renten, Stipendien und das Kindergeld soweit anzuheben, daß es kein allgemeines Absinken des Lebensstandards gibt. Aber angesichts des offensichtlichen Zusammenbruchs der sowjetischen Wirtschaft sind solche Versprechen unglaubwürdig und werden auch nicht geglaubt. Die staatliche Planungsbehörde Gosplan schätzt für dieses Jahr einen Rückgang des Nationalprodukts um 12 Prozent, nach einem Rückgang von 3 Prozent im Vorjahr. Jakow Urinson, ein Wirtschaftsforscher von Gosplan, prophezeit düster: „Ich sehe einen Abgrund vor uns — wirtschaftlich, politisch und sozial —, eine Rückkehr zu den schrecklichen Zeiten, die unser Land in der Vergangenheit durchmachen mußte" (*Independent* [London], 11. März).

Die sowjetischen Werktätigen können den Sturz in diesen Abgrund verhindern, aber nur, wenn sie alle Flügel der zerfallenden stalinistischen Bürokratie wegfegen — die Apparatschiks und militärischen Hardliner, die „Zentristen" um Gorbatschow und die offen prokapitalistischen „Demokraten" um Boris Jelzin — und die politische Macht in die eigenen Hände nehmen. Mehr als alles andere enthüllen die Preiserhöhungen auf drastische Weise, daß alle diese miteinander im Streit liegenden Kräfte Feinde der Arbeiterklasse sind.

Die „patriotischen" Apparatschiks und Obristen, die den „Demokraten" vorwerfen, sie seien Agenten des Imperialismus (was sie sind), werden Gorbatschow im Namen von „Ruhe und Ordnung" gegen die Arbeiter unterstützen, um einen starken, von Rußland dominierten Staat zu bewahren. Die Anhänger des „freien Marktes" werfen Gorbatschow vor, daß er die Wirtschaft ruiniert, doch sie kritisieren die Preiserhöhungen nur, weil sie ihnen nicht weit genug gehen. Sie fordern eine Aufhebung jeglicher Preiskontrolle durch die Regierung ohne Ausgleich. Jelzin bringt jetzt im Parlament der Russischen Republik wieder den „500-Tage"-Plan zur Rückkehr zum Kapitalismus ein, in dem die Privatisierung der Wohnungen, der Landwirtschaft und von 70 Prozent der Industrieunternehmen gefordert werden.

Die Organisierung des Widerstands der Arbeiter gegen die Preiserhöhungen kann die Basis für *Sowjets* werden, die die Arbeiter vereinen mit den Kollektivbauern, den Soldaten und Offizieren der Roten Armee, den Rentnern, unterdrückten Minderheiten und anderen, die die Sache der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen. Um für wirkliche Sowjetmacht kämpfen zu können, muß eine neue bolschewistische Partei geschmiedet werden, die die Arbeiterklasse führen kann gegen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution und der blutigen nationalistischen Auseinandersetzungen.

Gorbatschow und Jelzin: Endprodukte der stalinistischen Degeneration

Der Abstieg der UdSSR ins wirtschaftliche Chaos geht einher mit dem Zerfall der stalinistischen bürokrati-

sehen Elite. Die Sowjetunion ist im Augenblick an der Spitze politisch gelähmt, da die zwei Hauptfraktionen, die beim Zerfall der Kreml-Oligarchie entstanden sind, sich gegenseitig ausbalancieren. Die Propagandisten für Jelzin und viele westliche Kommentatoren stellen den Konflikt so dar, als ob er zwischen den Befürwortern von kapitalistischer Demokratie und den Verteidigern eines wieder aufpolierten „Kommunismus" (d. h. Stalinismus) geführt würde.

Es steht außer Frage, daß die „Demokraten" Agenten der Wall Street, der Londoner City und der Frankfurter Banken sind. Vor kurzem mußte Gennadi Filschin, einer von Jelzins Top-Beratern, als stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Republik zurücktreten nach einem Finanzskandal, der ganz klar das wahre Programm und die Herren dieser Bande offenbarte. Filschin soll einen Deal über den Import von Konsumgütern im Wert von 140 *Milliarden Rubel* mit einer zweifelhaften britischen Firma, der Dove Trading International, abgeschlossen haben. Diese Rubel wären dann von den westlichen Investoren dazu benutzt worden, um die Fabriken, Bergwerke und anderen Unternehmen in Staatsbesitz aufzukaufen. Das Abkommen wurde von der sowjetischen Zentralregierung zu Fall gebracht.

Aber auch die Gorbatschowisten haben vor, die Sowjetunion in eine kapitalistische Marktwirtschaft zu verwandeln, wenn auch in langsamerem Tempo und zum Nutzen von unterschiedlichen Elementen der bürokratischen Elite. Juri Prokofiew, ein führender Anhänger Gorbatschows, Parteichef von Moskau und Mitglied des Politbüros der KPdSU, erklärte: „Wir müssen den Weg Japans und Südkoreas gehen" *(Financial Times* [London], 5. Februar). Prokofiew zählte sogar Pinochets Chile zu den Modell-Ländern, wo „entwickelte Marktstrukturen innerhalb kurzer Zeit geschaffen wurden"! Mit anderen Worten, die Gorbatschowisten wollen ein korporatistisches System einführen, wenn nötig durch massive polizeistaatliche Unterdrückung.

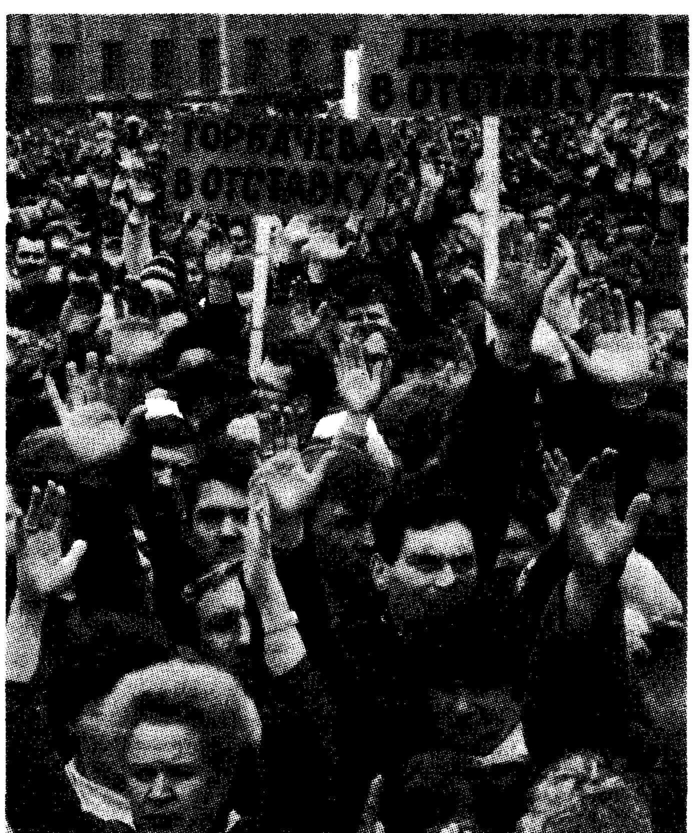
Jelzin findet Anklang, weil er eine radikale Alternative zur jetzigen unerträglichen Situation verspricht. Aber die Masse der sowjetischen Werktätigen ist gegen die Auswirkungen eines Kapitalismus des „freien Marktes" und fürchtet sie geradezu. Das amerikanische *Wall Street Journal* (2. Januar) veröffentlichte eine Umfrage, bei der nur 5 *Prozent* der sowjetischen Bevölkerung dafür sind, daß der Markt die Preise bestimmt. Leningrader Arbeiter haben sich nach Berichten geweigert, Geschäfte, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe zu räumen, die vor kurzem von der Stadtverwaltung, die Jelzin unterstützt, privatisiert worden sind.

Die sowjetischen Werktätigen müssen unbedingt verstehen lernen, daß die Kräfte um Jelzin Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Nicht der Kommunismus hat das gegenwärtige wirtschaftliche Chaos hervorgebracht, sondern die stalinistische *Perversion* des Kommunismus, die jahrzehntelang bürokratische Mißwirtschaft und Parasitentum hervorbrachte. Eine Rückkehr zum Kapitalismus würde für die sowjetischen Werktätigen noch größeres Elend bedeuten.

Die sowjetischen Arbeiter brauchen die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration nicht am eigenen Leibe durchzumachen. Der Widerstand gegen die Preiserhöhungen kann der Beginn sein zu einer *proletarischen Gegenoffensive* gegen die Kräfte des Elends des „freien Marktes".

Für sozialistische Planung unter Arbeiterdemokratie

Das letzte Mal hat die Kreml-Bürokratie die Preise für Lebensmittel und andere Konsumgüter *1962* unter



East News Sipa

Minsk: Empörte Arbeiter demonstrieren gegen Preiserhöhungen und fordern Gorbatschows Rücktritt

Chruschtschow angehoben. Damit provozierten sie eine Welle von Protesten und Streiks, die zumindest in einem Fall (Nowotscherkassk im ukrainischen Donbass) mit einem entsetzlichen Blutbad durch KGB-, Polizei- und Armee-Einheiten niedergeschlagen wurden. Als Breschnjew ein paar Jahre später Chruschtschow stürzte, hat er versucht, keinen sozialen Unfrieden aufkommen zu lassen, indem er die Konsumgüterpreise auf dem Niveau von 1962 einfror.

Während jedoch die sowjetische Wirtschaft Mitte der 70er Jahre stagnierte, wurden die Löhne und Gehälter und die staatlichen Ankaufspreise für Staatsgüter und Kolchosen weiter angehoben. Der immer größer werdenden Schere zwischen den offiziellen Preisen und den Produktionskosten versuchte man Herr zu werden durch permanent ansteigende Subventionen, die durch eine Aufblähung der Geldmenge finanziert wurden. In den letzten Jahren unter Breschnjew, die gekennzeichnet waren durch weitverbreitete Korruption, wurden immer mehr Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter auf den Schwarzmarkt umgeleitet oder nur unter der Hand verkauft. Aber unter Gorbatschows Perestroika sind die Waren aus den staatlichen Läden völlig verschwunden und nur noch auf privaten Märkten zu haben, zum 10- oder 20fachen des offiziellen Preises.

Es fing damit an, daß die Schwarzhändler unter dem irreführenden Namen „Kooperativisten" legalisiert wurden, was eine enorme Ausweitung ihrer Aktivitäten nach sich zog. Betriebsleiter plünderten ihre Betriebe, Warenlager und Geschäfte, und verschoben Güter, die im staatlichen Sektor produziert worden waren, an ihre Partner in den Privatmärkten. Die reale wirtschaftliche Macht geht über an die „Mafia", wie sie in Rußland genannt wird — eine Mischung aus korrupten Apparatschiks, privaten Geschäftemachern und richtigen Gangstern. Zu Beginn des Jahres berichtete der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Preiskommission, daß die Kosten

Fortgesetzt auf Seite 14

UdSSR...

Fortsetzung von Seite 13

für die Produktion und Verteilung der Konsumgüter 25 Prozent höher sind als die staatlichen Einnahmen durch ihren Verkauf. Die sowjetische Regierung subventioniert praktisch die Preistreiberei der Mafia!

Die Perestroika hat auch zum Auseinanderbrechen der sowjetischen Wirtschaft entlang nationaler und regionaler Linien geführt. Republiken, Regionen, ja selbst Städte führen Wirtschaftskriege gegeneinander: Es werden Handelsbarrieren aufgerichtet, Zölle erhoben, eigene Währungen eingeführt, der Verkauf an Menschen von außerhalb wird untersagt. Währenddessen wandern viele sowjetische Juden, die einen bedeutenden Anteil der technischen und wissenschaftlichen Kader ausmachen, aus Angst vor antisemitischen Pogromen aus. Der prominente Ökonom Nikolai Schmeljew, ein Propagandist der „freien Marktwirtschaft", beklagt, daß die Situation „an die Zeit des Mittelalters erinnert". Der wirtschaftliche Nationalismus und die kommunalistischen Blutbäder (wie das Pogrom, das Georgier zur Zeit an der ossetischen Minderheit verüben) sind *untrennbar* verbunden mit dem Feldzug für eine Restauration des Kapitalismus, wofür Schmeljew einer ihrer führenden Ideologen ist.

Wie Trotzki 1938 im Übergangsprogramm forderte, sollten demokratisch gewählte Verbraucherkomitees über Qualität und Preise der Waren wachen. Und Körperschaften der Sowjets können demokratisch entscheiden, welche Sozialleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden (z. B. medizinische Versorgung, Kinderbetreuung und Ausbildung) und welche bestimmten Einzelgüter man subventionieren sollte (zum Beispiel Kinderbücher, um damit das Lesen zu fördern).

Solch eine Rationalisierung des Preis- und Finanzwesens der Sowjetunion ist nur möglich im Rahmen einer allumfassenden sozialistischen Wiederbelebung der Wirtschaft. Dazu müssen alle Formen von bürokratischer Verschwendung und von Parasitentum abgeschafft werden. Das bedeutet einen radikalen Anstieg der Produktivität durch wissenschaftliche Planung und, was nicht weniger bedeutsam ist, durch eine erneuerte Disziplin und Hingabe der Werktätigen, die wissen, daß sie für sich und ihre Kinder wirklich eine bessere Zukunft aufbauen. Dazu ist es jedoch notwendig, das System des Kollektiveigentums zu verteidigen.

Um von der augenblicklichen Situation von Chaos und Elend zu einem wirklich sozialistischen System zu kommen, ist eine *proletarische politische Revolution* notwendig, die die degenerierten Überbleibsel der Kreml-Bürokratie stürzt und alle Kräfte zerschlägt, die geradewegs auf eine blutige Konterrevolution zusteuern — die Wall-Street-„Demokraten" um Jelzin, die reaktionären Nationalisten im Baltikum, im Kaukasus und der Ukraine und die großrussischen Chauvinisten, die sich die Maske von sowjetischen „Patrioten" aufsetzen.

Die bürokratisierte Anarchie von Gorbatschows Perestroika hat dem Wachstum all dieser arbeiterfeindlichen Kräfte Vorschub geleistet. Aber jetzt eröffnet der Widerstand der Arbeiter gegen die Preiserhöhungen eine *entscheidende Möglichkeit,* der ganzen politischen Situation eine Wende zu geben. Die Sowjetunion kann entlang der Linie polarisiert werden: für oder wider die Interessen der Werktätigen — ob die Lebenshaltungskosten der Kontrolle der Mafia und der westlichen Finanziers unterworfen sein werden oder durch das demokratische Mandat der Gesellschaft entschieden werden.

Unter einer revolutionären Führung — einer wiedergeschmiedeten bolschewistischen Partei, die auf den Prinzipien von Lenin und Trotzki aufgebaut wird — kann die sowjetische Arbeiterklasse wieder ihr wirkliches kommunistisches Erbe beanspruchen. Genau wie die Oktoberrevolution die kapitalistische Welt erschüttert hat, genauso wird die Wiedererrichtung von Sowjetmacht in der Sowjetunion die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse in den Kernländern des Imperialismus inspirieren, und damit einer weltweiten kommunistischen Ordnung den Weg öffnen.

Nach Workers Vanguard *Nr. 524, 12. April*

Rote **Armee...**

Fortsetzung von Seite l

kurzem einen Skinhead-Überfall auf ihr Berliner Wohnheim zurückgeschlagen hat. Am 20. April (Hitlers Geburtstag) hielt die SpAD gemeinsam mit den vietnamesischen Kollegen in dem Wohnheim Wache für den Fall eines weiteren faschistischen Angriffs (siehe Seite 6).

Zum Abschluß der Veranstaltung legten mehrere sowjetische Offiziere und Soldaten gemeinsam mit polnischen, deutschen, amerikanischen, kurdischen und vietnamesischen Genossen einen Kranz nieder zu Ehren der Rotarmisten, Männern und Frauen, die bei der Zerschlagung der Geißel des Nazismus ihr Leben ließen. Nachfolgend drucken wir die Rede der SpAD und Auszüge aus der Präsentation des Genossen der SGP an die Sowjetarmisten ab.

Rede von Renate Dahlhaus für die SpAD

Liebe Genossinnen, Genossen und Freunde,

wir begrüßen euch, Genossen, die ihr Jahr für Jahr auf eurem Posten gestanden habt gegen den NATO-Imperialismus. Der 8. Mai 1945 war ein entscheidender Tag für die Menschheit. Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime und beendete damit die Hölle auf Erden für Millionen von Menschen. Dies war wahrhaft proletarisch-internationalistisch. Ohne den Kampf eurer Väter, Mütter und Großeltern wären wir heute nicht hier. Als das sowjetische Ehrenmal in Westberlin am Brandenburger Tor geräumt wurde von der Roten Armee, hatte ein erfahrener Genösse aus unserer amerikanischen Sektion den Gedanken, vielleicht sollten wir euch sagen: Rote Armee, auf Wiedersehen, vielleicht brauchen wir euch bald wieder.

Unsere Partei ist stolz darauf, die Treptower Demonstration am 3. Januar 1990 initiiert zu haben. Es war die größte antifaschistische Demonstration, mit über 250000 Menschen zu Ehren der Roten Armee gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals. 20 Millionen Sowjetbürger gegen die Nazibarbarei dürfen nicht umsonst gestorben sein. Aber Genossen, gerade das wird jetzt in Frage gestellt, seit fast zwei Jahren.

Wir begrüßten die Rote Armee in Afghanistan und sagten nach dem Abzug der Roten Armee: besser wäre es gewesen, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen, als jetzt in der Sowjetunion. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Anfang 1989 hat den westlichen Imperialismus enorm ermutigt und den anschließenden Zusammenbruch der Sowjetmacht in Osteuropa vorbereitet. Dies hat zur Gründung eines mächtigen Vierten Reichs geführt, das Europa dominiert.

Aber es waren sowjetische Piloten, die am 8. Februar Njet sagten und damit verhinderten, daß deutsche Roland-Raketen in den Südosten der Türkei gebracht werden konnten. Ihre mutige Aktion war eine konkrete Maßnahme zur Verteidigung der Sowjetunion sowie des

Irak gegen den Imperialismus und damit eine Inspiration für die internationale Arbeiterklasse. Der imperialistische Sieg gegen den Irak bedeutet Völkermord an den Kurden und die Stärkung der imperialistischen Bourgeoisie, die versucht, die Sowjetunion ökonomisch zu unterminieren. Der Kampf gegen eine neue imperialistische Weltordnung — ob in den Farben des amerikanischen, des deutschen oder des japanischen Imperialismus — steht heute auf der Tagesordnung. Damit haben wir gewaltige Aufgaben vor uns und vielleicht nicht viel Zeit. Wir Trotzkisten nennen uns selbst die Partei der Russischen Revolution, weil wir die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 verteidigen und ausweiten wollen. Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse war immer verbunden mit der Sowjetunion. Das Streben von Lenin und Trotzki war vom Beginn der Oktoberrevolution an, die Revolution auszuweiten und Hilfe zu erhalten durch die deutsche Revolution.

Stalinismus ist ein Produkt der nicht gelösten Aufgaben der internationalen Arbeiterrevolution, angefangen mit der deutschen Revolution 1923. Dies ermöglichte die Eroberung der Sowjetunion durch die Stalinisten, indem sie die Arbeiterdemokratie zerstörten und das nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Lande" aufstellten. Dies trug zehn Jahre später bei zur Kapitulation der von Stalin/Thälmann geführten KPD gegenüber den deutschen Faschisten. Dann folgte Stalins Volksfrontpolitik, bei welcher der proletarische Kampf um die Macht abgewürgt wurde zugunsten diplomatischer Bündnisse mit den Imperialisten.

Die Lehren zu ziehen aus der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands heißt für uns, eine kapitalistische Restauration der Sowjetunion nicht zuzulassen. Was die sogenannten Errungenschaften der Marktwirtschaft sind, bemerkt ihr täglich ebenso wie wir. In letzter Zeit häufen sich faschistische Angriffe auf sowjetische Bürger, ein Offizier in Rathenow und ein junger Soldat in Wittstock wurden brutal ermordet. Sowjetische Bürger berichten uns von Nazischmierereien in ihren Häusern und von Demolierungen ihrer Autos.

Jetzt haben wir in Deutschland 5 Millionen Arbeitslose, Abtreibungsverbot für Frauen, Schließung von Kinderkrippen und von Polikliniken. Der nationalistische Taumel von „Deutschland einig Vaterland" setzt sich um in rassistischen Terror gegen Arbeiter aus Polen, Mosambik und Vietnam. Roma und Cinti werden vertrieben und sowjetische Juden sollen nach Israel abgeschoben werden.

Wir in der Spartakist-Arbeiterpartei kämpften für die politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie in der DDR zu stürzen, und gegen die kapitalistische Vereinigung von Deutschland. Diese Schlacht wurde verloren, aber der entscheidende Kampf wird in der Sowjetunion sein. Heute versuchen wir, Werktätige in Ost- und Westdeutschland dafür zu mobilisieren, daß sie gegen die katastrophalen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration kämpfen. Tatsächlich gibt es die Arbeiterdemonstrationen in Leipzig und jetzt Streiks im Westen. Wir hoffen, daß das Echo dieser Kämpfe in der UdSSR gehört wird. Heute erzählen uns Freunde, daß die sowjetischen Werktätigen mehr interessiert sind an Brot, als über politische Revolution zu sprechen. Aber der einzige Weg, um die Brotversorgung zu sichern und Prosperität für die Massen zu erreichen, ist die politische Revolution der Arbeiter. Kapitalistische „Marktwirtschaft" bringt Suppenküchen in Polen und Arbeitslosenschlangen in Deutschland.

Die stalinistische Bürokratie, und an ihrer Spitze Gorbatschow und Jelzin, bereiteten den Weg vor zur kapitalistischen Restauration in Deutschland, wie sie es heute tun in der Sowjetunion. Dies gilt auch für die sogenannten Patrioten, auch wenn sie sich vielleicht in der Zeitfrage unterscheiden.

Wenn wir heute von Arbeitermobilisierung gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus sprechen, dann deshalb, weil das Vorbild die Oktoberrevolution von 1917 ist, die mit zaristischen Pogromen an Juden Schluß machte, die Kapitalisten enteignete und eine Räteregierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern errichtete.

Wir unterstützen die Vision von Trotzkis Roter Armee. Die Marschälle Tuchatschewski, Blücher und ihre Kameraden kämpften für einen starken Sowjetstaat als eine Bastion der internationalen proletarischen Revolution. Ihr Ziel war es nicht, Sowjetrußland zu einer weiteren Weltmacht zu machen, die jahrzehntelang friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Mächten betreibt. Stalin versuchte, die internationalistischen Traditionen der Roten Armee dadurch auszulöschen, daß er Tuchatschewski, Blücher, Gamarnik (den brillanten jüdischen obersten Politkommissar) und die anderen roten Kommandeure aus dem Bürgerkrieg tötete, genauso wie er die überlebenden Führer der bolschewistischen Revolution tötete. Durch dieses Blutopfer für den „Frieden" mit dem Imperialismus hat Stalin in verbrecherischer Weise

Fortgesetzt auf Seite 16

Stoppt mörderische Nazi-Angriffe!

In den letzten Tagen gab es in Berlin und Umgebung massive faschistische Angriffe von mörderischen Nazi/Skinheadbanden. Der schlimmste Fall war der Angriff auf zwei sowjetische Touristen in der Straßenbahn in Berlin, wo Faschisten unter den Rufen „Ausländer raus" mit einem Messer von hinten auf sie einstachen. Eines der Opfer ist lebensgefährlich verletzt und liegt jetzt auf der Intensivstation. Bei Königs-Wusterhausen griffen 40 Nazis sowjetische Soldaten und ihre Familien an. In Strausberg und am Müggelsee wurden Dutzende Menschen von dem braunen Pack geschlagen und verletzt. Weitere Nazi-Überfälle gab es in Köpenick und Weißensee. Erinnert euch an die Treptower Massendemonstration gegen Nazis! Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft zu Arbeitereinheitsfront auf, um das braune Nazi-Pack zu zerschlagen. Solidarität mit den sowjetischen Genossen Soldaten!

Rote Armee...

Fortsetzung von Seite 15

die Verteidigung der Sowjetunion sabotiert und Hitlers Überfall erheblich erleichtert. Und dann die stalinistische Lüge über den 8. Mai als Sieg der „Anti-Hitler-Koalition", aber jeder hier weiß: es war die Rote Armee und nicht die imperialistischen Mächte von den USA bis Britannien.

Im gleichen Atemzug, als er die Komintern formal auflöste, nahm Stalin der Roten Armee den stolzen Namen weg, weil dieser Name für internationalistischen Kommunismus stand.

Heute ist die Sowjetarmee nicht die Armee Lenins und Trotzkis, und es gibt hier Appelle an den großrussischen Chauvinismus, die dazu führen, den multinationalen Charakter der sowjetischen Armee zu unterminieren. Es gibt ethnische Blutfehden unter den Soldaten und zwischen Soldaten und Offizieren, und dies spielt eine große Rolle beim Anwachsen von pogromistischen „nationalen" Milizen.

Nationalismus ist die Waffe des Feindes. Die UdSSR muß internationalistisch werden, oder es wird sie vielleicht nicht mehr geben. Die Existenz der Sowjetunion steht auf dem Spiel.

Soldaten und Offiziere des Militärs, die die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis verteidigen wollen, müssen sich die kommunistischen Internationalisten von Trotzkis Roter Armee zum Vorbild nehmen, nicht die stalinistischen Verbrecher, die die Macht an sich rissen und die frühere revolutionäre Generation ermordeten.

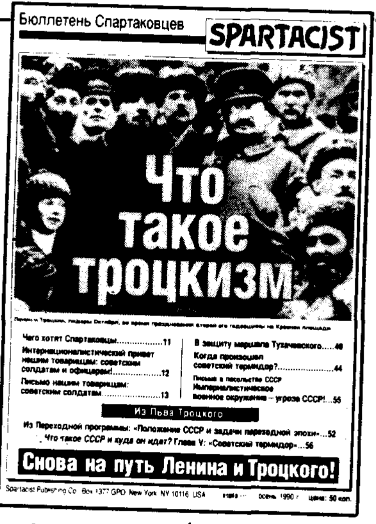
Genossen, als proletarische Internationalisten wissen wir, daß die Bourgeoisie von Auschwitz gestoppt werden muß wie auch die Imperialisten von Washington bis Tokio. Dazu brauchen wir eine kommunistische Internationale, wie sie von Lenin und Trotzki bis 1924 geführt wurde. Die SpAD, als deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), kämpft hier für die Mobilisierung der Arbeiter gegen das Vierte Reich und seinen Rassismus und Antisemitismus! Für ein rotes Rätedeutschland, das sich bedingungslos verpflichtet zur Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse! Für Arbeitermobilisierungen gegen Chauvinismus, Pamjat und Antisemitismus! Für eine Regierung wie die von Lenin-Swerdlow, auf der Basis von Arbeiterdemokratie! Was wir brauchen in der Sowjetunion ist eine Partei im Geiste Lenins und Trotzkis, die kämpft für eine echte Sozialistische Union von Sowjetrepubliken! Vorwärts zur Vierten Internationale!

бюллетень
Спартаковцев № 1

Пишите нам
для получения
дальнейшей
информации
и оформления
соответственной
оплаты в рублях

Цена: 50 копеек
или эквивалент
в другой валюте

50 Kopeken
DM 2,-
oder jede beliebige
andere Währung



Наш адрес:
SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19

Rede des Genossen der Spartakusowska Grupa Polski

Ich kam hierher aus Polen. Vor zwei Tagen besuchten wir einige sowjetische Offiziere. Sie werden bald in die Sowjetunion zurückkehren. Jetzt nennt man sie „Besatzer". Später wird man ihre leeren Wohnungen im Fernsehen zeigen, um den Antisowjetismus zu verschärfen. All dies geschieht unter einer Solidarnosc-Regierung.

Im Herbst 1981 rief die IKL, früher die internationale Spartacist Tendenz, zu Recht dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!" Damals unterstützte die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse die reaktionäre nationalistische und klerikale Bewegung, die in die Richtung ging, den Kapitalismus zu restaurieren. Es war das größte Verbrechen der stalinistischen Bürokratie, daß sich das polnische Proletariat, das historisch eng mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden war, nach zig Jahren bürokratischer Herrschaft hinter die Parolen des Kalten Krieges stellte, den der amerikanische Imperialismus gegen die UdSSR führte. In der Zeit ihrer Herrschaft tötete die Bürokratie die politische Aktivität des Proletariats und trieb es in die Arme der klerikalen Reaktion und des Imperialismus.

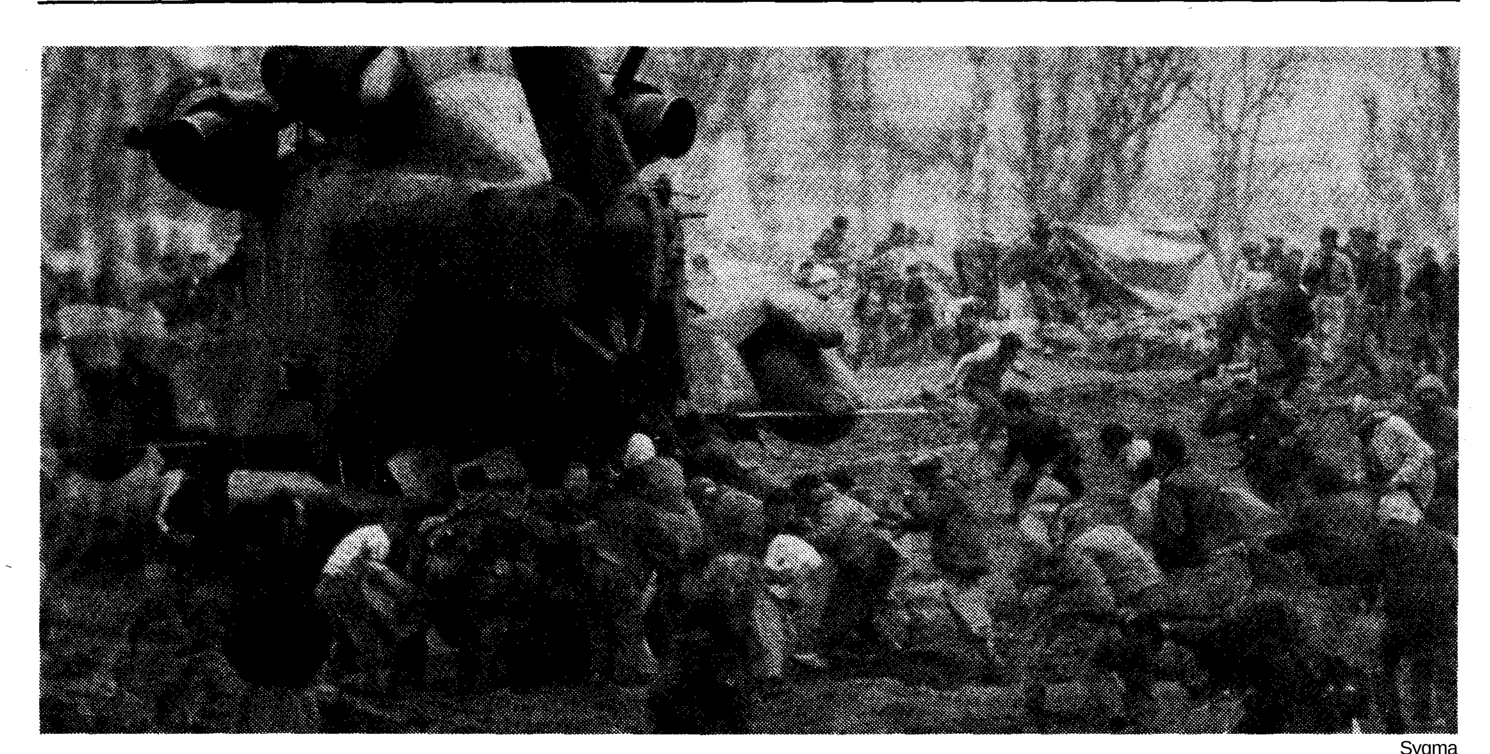
Wir Spartakisten ehren die 600000 Soldaten der Roten Armee, die im Kampf für die Befreiung Polens von den Nazis starben. Die polnischen Trotzkisten wollen die besten Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung wiedererwecken, im Kampf gegen den nationalen Chauvinismus. Diese Traditionen sind verkörpert durch Rosa Luxemburg, einer polnischen, jüdischen Kommunistin und Führerin des revolutionären deutschen Proletariats.

Heute löst sich in der Sowjetunion die Kreml-Bürokratie auf und polarisiert sich. Wie wir in ***Workers Vanguard*** geschrieben haben: „Auf der einen Seite gibt es die verhätschelten Kinder von Stalins Apparatschiks, die wie amerikanische oder deutsche Aufsteiger leben möchten. Diese Unterstützer des .freien Marktes' wollen die Fabriken, Bergwerke und Ölfelder, die durch den Schweiß und das Blut der Arbeiter aufgebaut wurden, an Wall Street und die Frankfurter Bankiers ausverkaufen und den Gewinn einstecken. Sie nennen sich .Demokraten'.

Auf der anderen Seite gibt es die stalinistischen Apparatschiks, Militärs und KGB-Leute, die zu den Tagen zurückkehren wollen, als sie die Befehle gaben und jeder kuschte, als niemand ihr Recht auf eine Datscha in Frage stellte, auf eine ZIL-Limousine und die anderen Privilegien der herrschenden Kaste (die Nomenklatura). Sie appellieren jetzt an großrussischen Nationalismus und sogar an üble antisemitische Demagogie. Sie nennen sich ‚Patrioten'.

Was bei der gegenwärtigen ideologischen Polarisierung fehlt, ist die sowjetische Arbeiterklasse. Obwohl die Oktoberrevolution aus dem politischen Bewußtsein der Massen verdrängt ist, sehen sie die wirklichen Errungenschaften des Oktober als garantiert an: das Recht auf Arbeit, billige Lebensmittel, subventionierten Wohnraum, kostenlose medizinische Versorgung und Schulen für ihre Kinder. Diese Errungenschaften werden aber von allen Flügeln der Bürokratie angegriffen.

Es ist möglich, daß beide Flügel sich vereinen im Kampf gegen die Arbeiter. Beide sind Feinde und Unterdrücker der Arbeiterklasse im Interesse des Weltkapitalismus. Die Arbeiterklasse muß die politische Macht in die eigenen Hände nehmen und die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse wiederaufbauen."«



Sygma

Bewaffnete Imperialistische „Schutz"truppen zielen auf hungernde kurdische Flüchtlinge an türkisch-irakischer Grenze. NATO-Truppen raus!

Kurden...

Fortsetzung von Seite 1

gezogen hat, und die Regime, die vom Imperialismus abhängig sind, müssen zerschlagen werden. Aber die Führer des jüngsten kurdischen Aufstandes wie Talabani und Barsani setzen darauf, durch Bushs „Wüstensturm" an die Macht getragen zu werden. Und jetzt verhandeln diese „Führer" wieder in Bagdad mit dem Kurden-Schlächter Hussein über eine Schein-Autonomie.

Die NATO-Mächte beuten die verzweifelte Lage der kurdischen Flüchtlinge aus, in die sie sie erst gebracht haben, und stellen dies in obszöner Weise als „humane" Hilfeleistung dar. *Die Zeit* (26. April) höhnt auf der Titelseite: „Während bei politischen Seminaren in New York und Berlin Mitglieder der westlichen Allianz sich noch immer in düsteren Betrachtungen über deutsche Unzuverlässigkeit und Drückebergerei beim Golfkrieg ergehen, werden in Bonn immer neue Hilfsaktionen für die Opfer dieses Krieges beschlossen."

Hier geht es nicht um „Hilfsaktionen für die Opfer", sondern um die Verteilung der Beute aus diesem blutigen Krieg, und das wiedervereinigte Deutsche Reich will dabei nicht leer ausgehen. Wie die *Süddeutsche Zeitung* vom 25. April schrieb: „Eine Brigade Luftlander im Iran wäre nichts anderes als ein *showpiece*, um gegenüber Washington zu demonstrieren, daß Bonn sich diesmal nicht drücken will." Wenn Außenminister Genscher auf die Karte des Nahen Ostens blickt, sieht er — frei nach Bismarck über Afrika — ein von der D-Mark dominiertes Europa, das dem militärischen Riesen USA gegenübersteht, der wirtschaftlich bankrott ist.

Die Flüchtlingslager, in denen jetzt Tausende von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten patrouillieren, würden nichts weiter sein als Konzentrationslager oder ein Bantustan, um die kurdische Bevölkerung zu kontrollieren, selbst wenn sie später an UN-„Friedenstruppen" übergeben werden. Das Weiße Haus hat bereits seine Absicht klargestellt, die kurdischen Kämpfer zu unterdrücken, und die *taz* (2. Mai) berichtet: „Doch inzwischen lassen sie auf Wunsch der Alliierten ihre Waffen in den Bergen zurück." Die sogenannte Schutzzone hat nichts damit zu tun, die kurdische Bevölkerung zu schützen, sondern vielmehr damit, die Kurden und den Ölreichtum der Region zu kontrollieren. Wie ein UN-Flüchtlingsfunktionär sagte, wird die kurdische Bevölkerung das „Schlimmste der West Bank, des Gaza-Streifens und von Beirut" durchmachen. Vielen kurdischen Flüchtlingen ist das klar, und sie würden lieber in den Bergen sterben oder sonstwohin gehen, als das NATO-KZ zu betreten.

Die zwölf Außenminister der EG haben beschlossen, die imperialistische Präsenz unter die blauen Helme einer „UN-Polizeitruppe" zu stecken. Aber selbst der handzahme UN-Generalsekretär Perez de Cuellar beschwerte sich, daß die Einrichtung der „Schutzzone" die irakische Souveränität verletzt. Und der sowjetische Wissenschaftler Kiwa Maidanik kommentierte: „Wir brauchen nur daran zu denken, was morgen mit Kuba geschehen könnte, und übermorgen vielleicht mit uns, der Sowjetunion" (*taz*, 7. Mai).

Aber das ist es gerade, was die Imperialisten reizt. Genscher hat als Vertreter der Bourgeoisie von Auschwitz die Abhaltung eines „Nürnberger Prozesses" gegen Saddam Hussein vorgeschlagen. Er hob die „historische Bedeutung" der UN-Resolution hinsichtlich der irakischen Kurden hervor und trompetete: „Mißachtung der Menschenrechte ... kann nicht mehr als innere Angelegenheit eines Staates behandelt werden". Genschers französischer Kollege Dumas wurde noch deutlicher, er trat für eine „Pflicht zur Einmischung" ein.

Was deutsche „Einmischung" bedeutet

Bonn will den Vorwand der Flüchtlingslager benutzen, um Bundeswehr-Truppen in den Irak und die Türkei zu

Fortgesetzt auf Seite 18

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Kurden...

Fortsetzung von Seite 17

schicken (wo sie nur ein paar Hundert Kilometer von der sowjetischen Grenze stehen würden). Die SPD war der Vorreiter dabei, die Kurden zu benutzen, um den Einfluß des deutschen Imperialismus als Weltmacht im Nahen Osten auszudehnen. Wie Freimut Duve, SPD-Mitglied im Auswärtigen Bundestagsausschuß, in der *taz* (5. April) schrieb: „Wenn es ein solches UNO-Kommando [im irakischen Kurdistan] schon gäbe, wäre dies auch die Stunde der Beteiligung deutscher Soldaten." Der Abgeordnete von Bündnis 90/Grüne, Gert Poppe, rief dazu auf, „das Embargo gegen den Irak solange aufrechtzuerhalten, bis das Rückkehrrecht der Flüchtlinge unter dem Schutz von UNO-Sicherheitstruppen durchgesetzt sei" *(Süddeutsche Zeitung,* 18. April). Und die Abgeordneten der PDS/Linke Liste verlangten in einem Brief an Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth: „Schwerpunkt der deutschen Politik müsse es sein, ihren Einfluß vor allem auf die NATO-Partner USA und Türkei einzusetzen, ‚um die bestehenden Konflikte der Region einer friedlichen Lösung zuzuführen ...'" *(Neues Deutschland, 6.* April).

Die Anführer der deutsch-nationalistischen „Friedens"bewegung, SPD, Grüne und PDS, verlangten nur, „den Sanktionen eine Chance zu geben", also die irakische Bevölkerung bis zur Unterwerfung auszuhungern, bis Infektionskrankheiten ihren Tribut fordern. „Kein deutsches Blut für Öl", bitte, solange nur halbverhungerte Kinder und alte Leute an Durchfallerkrankungen wie Cholera sterben. Jetzt verlangen diese „Linken", daß die UN-Sanktionen *aufrechterhalten bleiben,* um den Kurden zu „helfen".

Wie der deutsche Imperialismus wirklich seinen „Einfluß für eine friedliche Lösung" benutzt, wie es die deutschen Sozialchauvinisten der PDS verlangen, wurde kürzlich vom halbamtlichen Fernsehsender ARD in der Sendung „Monitor" gezeigt. In den 80er Jahren stellte MBB Sonderanfertigungen von Kampfhubschraubern zur Bekämpfung von Partisanen und „zivilem Ungehorsam" her, die Saddam Hussein zu Massakern an kurdischen Dörfern einsetzte, und nahm irakische Militärs zu mörderischen „Vorführungen" ins irakische Kurdistan mit. Bonn pumpte 5 Milliarden DM in die türkische Armee und Polizei, die den über 12 Millionen Einwohnern Türkisch-Kurdistans eine grausame militärische Terrorherrschaft aufzwingen. Und das Terrorkommando des Bundesgrenzschutzes GSG 9 trainierte und drillte die berüchtigten SEF-Todesschwadronen des türkischen Militärs, die dort eingesetzt werden.

Es ist *diese* Armee, die jetzt Flüchtlinge aus dem irakischen Kurdistan niederschießt, wenn sie türkischen Boden betreten. Von den 60 000 kurdischen Flüchtlingen, die 1988 aus dem Irak in die Türkei flohen, leben heute nur noch 27 000. Ihre verzweifelte Lage wird in einem Bericht von Anwälten des türkischen Menschenrechtsvereins geschildert: „Hinter Stacheldraht, umgeben von schwerbewaffneten Armee-Einheiten, nahe am Verhungern, von Seuchen und Krankheiten heimgesucht und unter ständiger Androhung ihrer Auslieferung an den Irak, werden sie gehalten wie Kriegsgefangene. Die Zelte im Lager Kiziltepe sind zerfetzt. Übergriffe von Soldaten sind an der Tagesordnung... Die Mehrzahl der Kinder ist inzwischen gestorben" *(Die Zeit,* 12. April).

Kurdische Linke mit den Kompradoren-Nationalisten

Die „Monitor"-Sendung gab auch einen Eindruck davon, wie das Vierte Reich die hier lebenden 400 000 Kurden und ihre Familien behandelt. So behauptet das Auswärtige Amt, daß die Kurden in der Türkei nicht als Gruppe verfolgt werden; somit können kurdische Asylsuchende systematisch in die türkischen Todeszellen abgeschoben werden. Da beim NATO-Partner Türkei Kurden nicht als „Volksgruppe" anerkannt werden, wird auch in der BRD ihre Sprache nicht an öffentlichen Schulen unterrichtet, und sie kann auch nicht im Umgang mit Behörden und in rechtlichen Angelegenheiten benutzt werden. Kurdische Vornamen für kurdische Kinder werden in Deutschland nicht anerkannt, sie müssen statt dessen türkische Namen bekommen, die von Ankara abgesegnet sind.

Der kurdischen Linken ist dies nichts Neues, aber trotzdem appellieren sie gerade an den deutschen Imperialismus, der sich als „Blauhelme" der UNO verkleidet. Am 20. April, als Faschisten in mehreren Städten Deutschlands Überfälle verübten, um Hitlers Geburtstag zu „feiern", demonstrierten KOMKAR und andere kurdische Organisationen in Köln zusammen mit der CDU und SPD. Ihre Politik ist es, an den Rechtsnachfolger von Hitlers Drittem Reich zu appellieren: „Stoppt den Völkermord!"

Diese Gruppen standen beiseite, als die USA und ihre NATO-Verbündeten unter dem Deckmantel der UNO Völkermord an den Völkern des Irak verübten. Im Gegensatz dazu hat die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga davor gewarnt, daß ein Sieg der US/NATO-Imperialisten eine historische Niederlage für die Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt bedeuten würde. Deshalb haben wir gesagt: „Für die Niederlage des US-Imperialismus! Verteidigt den Irak!" KOMKAR hat hingegen die internationale Aufmerksamkeit, die die Kurden als Konsequenz des US/NATO-Blitzkriegs gefunden haben, als „Blitzerfolge der kurdischen Bewegung" bejubelt *(Informationsbulletin Kurdistan* Nr. 36, April).

Die iranisch-kurdische Organisation Rahe Kargar zeigte ein besseres Verständnis davon, worum es im Golfkrieg ging, als sie schrieb: „Die US-Kontrolle über ein Gebiet, das den Großteil der Ölversorgung Westeuropas und Japans abdeckt, ist wichtig, um weiterhin die Vorherrschaft der USA über ihre Verbündeten sicherzustellen und um eine ungerechte wirtschaftliche Ordnung zu errichten, die es ermöglicht, den Reichtum der Ölländer auszuplündern." Sie hat auch ansatzweise verstanden, daß der US/NATO-Krieg im Golf auch gegen die Sowjetunion gerichtet war und etwas mit der Krise des Stalinismus zu tun hatte; früher sei „solch ein riesiger Militäraufmarsch der USA in der Nähe der sowjetischen Grenze schwer vorstellbar gewesen" *(International Rahe Kargar,* Februar 1991). Aber auch sie weigerten sich, eine klare Position zur Verteidigung des Irak gegen die USA/NATO einzunehmen. So landen sie bei einer Position, die sich nicht von KOMKAR unterscheidet, und fordern die blutrünstigen imperialistischen Plünderer dazu auf, „durch diplomatische und friedliche Mittel; durch die Einberufung einer internationalen Konferenz" die „Golfkrise" zu lösen.

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) dagegen schrieb:

> „Die einzig richtige Haltung, die alle diese Kräfte einnehmen können, ist, den imperialistischen Hegemonialkrieg mit den Befreiungskämpfen der Völker, den revolutionären Kämpfen zu beantworten. Der Widerstand des Saddam-Regimes gegen die USA verschafft entgegen seinen eigenen Zielen und Absichten den Befreiungskämpfen der Völker bessere Bedingungen." *(Kurdistan Report,* Februar/März)

Das klingt zwar gut, aber die PKK weigerte sich genau-

so, eine Seite gegen das imperialistische Abschlachten im Irak zu beziehen. So schlössen sie Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei von einer Demonstration in Berlin wegen unserer Position zur Verteidigung des Irak gegen die Imperialisten aus.

Die PKK, die in Deutschland einen gewissen Anhang bei kurdischen Arbeitern hat, hat als einzige linke Gruppe bei den landlosen Bauern im türkischen Teil Kurdistans so etwas wie eine Massenbasis, wo ihr der Guerillakrieg gegen die verhaßte Armee der Özal-Diktatur und ihre Kampagne von Landbesetzungen eine beträchtliche Autorität eingebracht hat. Sie ist die einzige kurdische nationalistische Gruppe, die nicht einfach vor den Imperialisten im Nahen Osten gekrochen ist. So steht die PKK auch im Mittelpunkt einer brutalen Hexenjagd, die das Vierte Reich gegen kurdische und andere Linke aus dem Nahen Osten führt (siehe „Freiheit für die PKK", auf Seite 8 in dieser Ausgabe).

Aber ihr Terrorismus richtete sich nicht nur gegen den Klassenfeind, sondern auch gegen linke Opponenten und gegen Dissidenten in ihrer eigenen Partei und gegen ganze kurdische Dörfer. Die PKK vertritt einen beschränkten *türkisch*-kurdischen Nationalismus; sie glaubt wirklich an die „Nichteinmischung" in die Politik der kurdischen Bewegungen in anderen Ländern. So schweigt die PKK über die Behandlung von Minderheiten besonders in Syrien und dem von Syrien besetzten Teil Libanons, weil General Assad ihnen Basislager zur Verfügung stellt. Im Irak hat sie sich mit der Kurdischen Demokratischen Partei unter der Führung des feudalen Großgrundbesitzer-Clans der Barsanis verbündet, die in der Vergangenheit vom Schah, der CIA und dem Mossad finanziert worden sind, und die derzeit die Unterstützung der persischen chauvinistischen Ajatollahs haben, die selber die iranischen Kurden verfolgen.

Der Barsani-Clan ist im Augenblick mit seinen Rivalen, den Talabanis, in einer „Kurdischen Front" verbunden, die noch in dem Glauben gegründet wurde, daß Bushs „Wüstensturm" ihnen die Macht zutreiben würde. Und deshalb hat jetzt die PKK die „Nationale Front" unter „Vorsitz des Genossen Celal Talabani" in die Arme geschlossen. Sie beklagten sich nur bitter darüber, daß Talabani sich in ihr Revier „eingemischt" hat, als er in Ankara mit Özal geheime Abmachungen traf über eine sogenannte „Autonomie" für türkische Kurden. Aber die PKK hat ihren eigenen utopischen Plan für einen „Waffenstillstand" mit den Schlächtern aus Ankara.

Der Stalinismus mag in ganz Osteuropa und der Sowjetunion zusammenbrechen, aber die PKK hängt immer noch am stalinistischen Dogma der „Revolution in Etappen". Deshalb charakterisiert sie die Diktatur Özals als „faschistisch", um eine klassenkollaborationistische Volksfront mit der bürgerlichen Opposition aufzubauen; dafür haben sie sogar ihre eigene „Nationale Befreiungsfront Kurdistan" (ERNK) gegründet. Sie haben kein Konzept einer vereinigten leninistischen proletarischen Avantgardepartei, die den Kampf für die nationale Befreiung Kurdistans mit dem Kampf des türkischen *und kurdischen* Proletariats im Westen der Türkei und mit dem Kampf der Werktätigen in Iran, Irak und Syrien verbindet. Wenn sie sich auch selber für „Marxisten-Leninisten" halten, ähneln sie doch viel eher den russischen Narodniki, die Lenin aufs schärfste politisch bekämpfte, aus deren Reihen er aber auch viele gute Kommunisten gewann, um die bolschewistische Partei aufzubauen.

Als die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands vor kurzem an einer Demonstration teilnehmen wollte, zu



Spartakist

Berlin, 20. April: Organisatoren der Demo „gegen Völkermord" appellieren an imperialistische Völkermörder und reißen deshalb Spartakist-Plakat für Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan runter

der kurdische Organisationen in Berlin aufgerufen hatten, angekündigt als Protest gegen den Völkermord im Irak, wurden unsere Genossen ausgeschlossen, weil wir ein Plakat trugen mit der Forderung: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!". Und das sogar, obwohl ein kurdischer Aktivist das Plakat ergriff, hochhielt und erklärte: „Ich bin stolz darauf, es zu tragen, denn ich bin ein Kommunist." Aber die Organisatoren dieser Demonstration waren mehr daran interessiert, Appelle an Reichskanzler Kohl und Bush zu richten, als sich an die Werktätigen und Unterdrückten des Nahen Ostens zu wenden.

Seit diesem Ausschluß hat es einige Kontroversen und Äußerungen des Bedauerns von kurdischen Linken gegeben, die wissen, daß die Genossen der SpAD unerschütterlich für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpfen, gegen faschistischen Terror und offiziellen staatlichen Rassismus. So initiierte das Komitee für soziale Verteidigung in Berlin eine Einheitsfrontdemonstration gegen den rassistischen Maulkorberlaß des Innensenators für Menschen aus dem Nahen Osten.

Es ist wichtig, zu erkennen, daß die imperialistische Vorherrschaft und Ausbeutung des Nahen Ostens auf Kompradoren-Regimes und der Zerstreuung und Unterdrückung der Kurden und Palästinenser beruht. Die PKK verleugnet aber das Selbstbestimmungsrecht für das hebräischsprachige Volk. Aber eine wirklich demokratische Lösung für die Palästinenser erfordert es, daß das zionistische Israel von *innen* her besiegt wird durch eine revolutionäre Allianz der unterdrückten palästinensischen Werktätigen mit einem Teil des hebräischen Proletariats.

Das stark sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt zum größten Teil in der Diaspora. Sie nehmen vor allem in der deutschen Arbeiterbewegung einen strategischen Platz ein und können daher eine Schlüsselrolle spielen, besonders als Teil einer revolutionären Avantgardepartei, und den Kampf für die nationale und soziale Befreiung des Nahen Ostens in die imperialistischen Zentren tragen. Für proletarische Revolution von Ankara und Tel Aviv bis Bagdad und Teheran! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens!«

Ernest Mandels „Vereinigtes Sekretariat": Kapitulation „in Permanenz"

Am Wochenende des 27./2S. April fand in Köln eine „Zentrale Delegiertenkonferenz" (ZDK) der VSP („Vereinigte Sozialistische Partei") statt. Während die realen Fragen wie der Kampf gegen die Verelendung der ostdeutschen Arbeiterklasse und die Ambitionen des erstarkten deutschen Imperialismus keine Rolle spielten, quälte sich die Konferenz durch die Frage, ob Politik Spaß macht und ob man ein Frauen-ZK haben sollte, wenn es eh nichts zu sagen hat.



Spartakist

Ernest Mandel mit seinem Genossen Jakob Moneta, lange Jahre Sprachrohr der IG-Metall-Bürokratie, jetzt im PDS-Vorstand

Die VSP entstand vor vier Jahren aus der Fusion von Mandels Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und ratlosen Ex-Maostalinisten von der antisowjetischen KPD/ML, die mit dem Niedergang der maoistischen Organisationen Ende der 70er Jahre im Lager der offenen NATO-Unterstützer gelandet waren. Von Anfang an wiesen wir auf den antisowjetischen Charakter dieser „Vereinigung" hin, die nur unter Ausklammerung aller zentralen politischen Fragen möglich war. Tabu waren: die trotzkistische Position der Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und Konterrevolution, besonders was die DDR betraf, und natürlich Trotzki und die Vierte Internationale. Dies markierte die Rechtswende der ehemaligen VS-Sektion GIM, die mit dem Auflodern des neuen Kalten Kriegs eingeleitet worden war.

Heute steht die VSP wieder vor einer Spaltung. Und — große Überraschung — es sind die alten Fragen, die die Organisation.zerreißen: die Russische Frage, konkret die Konterrevolution in der DDR. Die Mehrheit würde zur Feier der deutschen Einheit am liebsten Champagner entkorken und sieht jede Erwähnung von „revolutionärer Partei" und „Internationale" als Provokation an. Darin unterscheidet sie sich nicht von der Matti-Fraktion in Mandels französischer Parade-Sektion LCR, der die „deutsche Selbstbestimmung" über alles ging.

Auf der Konferenz rief der ehemalige Redakteur der IG-Metall-Zeitung und langjährige VS-Unterstützer Jakob Moneta dazu auf, seinem Beispiel zu folgen und in die PDS einzutreten, um Gysi zu helfen, das revolutionäre Programm zu finden. Im Ernst. Winnie Wolf („Kein deutsches Blut für Öl") bekannte, daß er bei seiner begeisterten Unterstützung von Solidarnosc in Polen die jetzige reaktionäre Entwicklung nicht vorhersah. Wer würde jemandem mit solch gestörtem Wahrnehmungsvermögen folgen? Es ist kein Wunder, daß Jakob Moneta und Teile der Gruppe Revolutionäre Sozialistinnen (GRS), die exklusiv für die Arbeit in Ostdeutschland gegründet wurde, den Weg in die PDS fanden, nachdem diese sich für „Deutschland, einig Vaterland" ausgesprochen hatte.

Mandel behauptet zwar, daß seine deutschen Genossen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung waren, aber in der Realität waren seine mit den antisowjetischen Maoisten vereinigten Anhänger weggetaucht oder unterstützten wahlweise die Vereinigte Linke und später die PDS. Manuel Kellner, der jetzt für die Minderheits-Plattform in der VSP auftritt, forderte in *Inprekorr*, Mai 1990, einen „Bevölkerungsentscheid zur Wiedervereinigung" und schrieb: „Wir wollen wirkliches Selbstbestimmungsrecht, welches die fünf Millionen in der BRD lebenden Einwanderinnen und Einwanderer einschließt, denen keinerlei Mitentscheidungsrecht eingeräumt wird." Die Immigranten, denen Kellner großzügig „Mitentscheidungsrecht" bei der Schaffung des Vierten Reichs einräumt, werden sich fragen, was ihnen das „Selbstbestimmungsrecht" des deutschen Imperialismus brachte.

Für alle, die genug haben von prinzipienlosen Blökken und ewiger Kapitulation und die eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse aufbauen wollen, drucken wir hier das Flugblatt ab, das wir auf der VSP-Konferenz verteilt haben.

Trotzkismus bedeutete nicht nur eine systematische Kritik und Analyse der Ereignisse in der Sowjetunion seit 1924, sondern war auch die Verkörperung des revolutionären *Programms* der Bolschewiki Lenins. Mit ihren geringen Kräften kämpften die Trotzkisten dafür, die sozialistische Weltrevolution zu bewahren und voranzutreiben. Trotzkis Kampf für eine neue, revolutionäre kommunistische Internationale erforderte scharfe Polemiken gegen verschiedene Strömungen — viele waren vom Trotzkismus angezogen aufgrund ihrer eigenen Schwierigkeiten mit den Stalinisten und Sozialdemokraten, ohne in der Lage zu sein, aus ihrem Mißtrauen gegenüber den beiden Massenparteien der damaligen Arbeiterbewegung revolutionäre Konsequenzen zu ziehen.

Seitdem haben diverse zentristische Hochstapler den Namen des Trotzkismus mit einer Politik gefüllt, die durch ihre eigenen Schwankungen und durch Kapitulationen vor den verräterischen Irreführern der werktätigen Massen bestimmt ist. Von allen Bewohnern dieses Sumpfes ist der Führer des Vereinigten Sekretariats (VS) Ernest Mandel sicherlich der vielseitigste, was seine Anpassung an andere „revolutionäre" Führungen und fremde Klassenkräfte angeht.

Auf den erneuerten Antisowjetismus der Imperialisten reagierten die Mandelianer mit einer prompten Kehrtwendung weg von ihrer früheren prostalinistischen Bewunderung — die sogar die Entschuldigung für den Mord an vietnamesischen Trotzkisten einschloß. Sie liefen den Eurokommunisten nach und verteidigten prowestliche sowjetische „Dissidenten" im Namen einer „sozialistischen" Demokratie. Die „Sozialisten", denen sie nachrannten, waren die NATO-Sozialdemokraten, insbesondere Mitter-

rands erbittert antikommunistische Volksfrontregierung in Frankreich, zu deren Wahl das VS seit der Gründung der Union der Linken 1972 aufgerufen hat.

Die Slogans von gestern, „Ho, Ho, Ho Tschi Minh", wurden durch „Solidarität mit Solidarnosc" ersetzt, als sich die Mandelianer in die Frontlinie der Kalten-Kriegs-Sozialdemokratie zur Unterstützung der Konterrevolution in Polen einreihten. Mandel nannte Solidarnosc „die besten Sozialisten der Welt" und bejubelte die „trotzkistischen" Berater von Walesa, wie Jacek Kuron. Gegen Ende der 80er Jahre verkündigte Mandel jedoch, er hätte seinen „letzten Brief an Kuron geschrieben, der inzwischen als Minister für Arbeit in der Solidarnos'c-Regierung diente und aus dieser Position heraus die Kämpfe der polnischen Arbeiter gegen die brutale Austeritätspolitik und klerikale Reaktion unterdrückte, Teil des Solidarnosc-Programms für kapitalistische Restauration.

Auf einer Versammlung in Montreal im Oktober 1989 erklärte Mandel: „Ich spreche nicht mit Ministern" (wir müssen annehmen, daß er auch nicht mit einem führenden Mitglied des VS spricht, das vor kurzem im Schweizer Kanton Zug in einem gemeinsamen Wahlkampf mit den Grünen zum Minister für Justiz und Polizei gewählt wurde). Aber warum will Mandel nicht mit Kuron sprechen? Er hat auch die Verbindungen zu Peter Uhl nicht abgebrochen, der ein Mitglied der kapitalistisch-restaurativen Regierung Vaclav Havels in der CSFR ist. Was ist also schlecht an Kuron, der als Minister für Arbeit in einer Solidarnosc-Regierung gerade ein Anliegen vollendet, das das VS ein Jahrzehnt lang verfochten hat?

Die Antwort ist: Das war damals, und heute ist heute. In der opportunistischen Vorgehensweise, die das VS immer geleitet hat, gibt es keine Vergangenheit — die gesamte Weltgeschichte wird auf das reduziert, was gerade ihre momentane Linie ist. Zur Abdeckung ihrer zurückliegenden Verbrechen und Untaten benutzen sie den immer passenden Titel einer „neuen Weltrealität".

Mandel hat seine Zukunft hinter sich

In diesen Tagen versucht Mandel, sich mit der „Perestroika"-Intelligenzia in der Sowjetunion zu arrangieren. In Deutschland hat er ähnliche Appetite gegenüber den sozialdemokratischen Überbleibsel des früheren stalinistischen Regimes in der DDR, die jetzt unter dem Namen PDS firmieren.

Dies ist einfach die Fortsetzung der Politik, die die Mandelianer gegenüber den Ereignissen im ehemaligen Arbeiterstaat DDR verfolgten, nachdem das Honecker-Regime zusammenbrach. Unter der Behauptung, sich gegen „jegliche kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands" zu stellen, rief Mandel nach einer „politisch fähigen Avantgarde", um „den Weg für den Sieg und die Konsolidierung der politischen Revolution zu öffnen". Die „Avantgarde", die er unterstützte, war die Vereinigte Linke — einer der diversen linken Satelliten der PDS, die vor dem Ansturm auf die kapitalistische Wiedervereinigung kapitulierten und den Volksfront-Traum verkauften, daß die Wiedervereinigung ein „menschliches Antlitz" haben könne.

Die Internationale Kommunistische Liga war die einzige Organisation, die mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für eine politische Revolution gegen die stalinistischen Irreführer kämpfte. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfte gegen eine Flut von imperialistischen Lügen, als die westdeutschen Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Lakaien eine wütende Kampagne entfachten, die DDR in die Wiedervereinigung zu treiben. Unsere Warnungen über die Konsequenzen des Anschlusses wurden von den Stalinisten, den Sozialdemokraten und ihrer Gefolgschaft als Unsinn abgetan. Jetzt sind die schlimmsten Voraussagen wahrgeworden, und mehr als 50 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung bereuen offen ihre Unterstützung für die Wiedervereinigung.

Jetzt, wo die westdeutschen Imperialisten die Wirtschaft in Ostdeutschland vollständig abwickeln und in ein Hinterland für die Expansion des Vierten Reichs verwandeln, erklären die Mandelianer, daß dies „die Richtigkeit unseres entschlossenen Widerstands gegen die kapitalistische deutsche Wiedervereinigung" bestätigt! Diese völlige Schamlosigkeit ist nichts neues. Angesichts des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 gegen die stalinistische Bürokratie in der DDR rief Mandel diese Bürokratie zur Selbstreform auf. Jetzt geht es zurück in die Zukunft, wo die Mandelianer in die PDS kriechen, zu den ausgebrannten Überresten der früheren stalinistischen Bürokratie.

Mandels Kinder suchen ihn heim

Mandel mag in der Lage sein, seine Karriere als vielgesichtiger Opportunist fortzuführen — etwa wie ein Grippe-Stamm, der sich durch dauernde Mutationen dem Druck seiner Umgebung anpaßt. Aber für einen bedeutenden Teil der VS-Kader und Mitglieder, die von Mandel im letzten Jahrzehnt in der Kapitulation vor der Kalten-Kriegs-Sozialdemokratie geschult wurde, scheint die Maske einfach in das Gesicht eingewachsen zu sein.

Als die Berliner Mauer fiel und das Honecker-Regime zusammenbrach, stellte sich ein ganzer Flügel des VS offen auf die Seite der kapitalistischen Konterrevolution, im Namen der „Selbstbestimmung" für die „deutsche Nation"! Im Dezember 1989 stimmten volle 25 Prozent der ZK-Mitglieder der französischen Ligue Communiste ReVolutionnaire — der arg angekratzten früheren Vorzeigesektion des VS — für eine Erklärung, die im wesentlichen feststellte, daß „das Recht auf die deutsche Einheit bedingungslos gilt".

Obwohl Mandel erklärte, daß der Aufruf für die „bedingungslose Wiedervereinigung Deutschlands" eine „völlig reaktionäre Position" darstellte, war das für ihn kein Grund, sich von den Vertretern dieser Position im VS zu trennen. Warum sollte er auch? Die Erhebung des „Selbstbestimmungsrechts" über alle proletarischen Klassenprinzipien, besonders wenn es um die Errungenschaften der Oktoberrevolution geht, ist eine seit langem gepflegte Position des VS. Die Bewunderung der Man-

Fortgesetzt auf Seite 22

Mandel...

Fortsetzung von Seite 21

delianer für die baltischen Nationalisten, die unter dem Deckmantel der „Unabhängigkeit" die brutale kapitalistische Restauration ansteuern, geht so weit, daß das VS einen Artikel in seiner Zeitschrift *International Viewpoint* (18. September 1989) druckte, der die estnischen Nazis, die „Waldbrüder", als „Freiheitskämpfer" im „Kampf gegen den Stalinismus" verherrlicht!

Mittlerweile spricht der französische VS-Führer Gerard Filoche alias Maiti, der ursprüngliche Autor des Aufrufs zur bedingungslosen Wiedervereinigung Deutschlands, Gebete am Grab von Karl Kautsky. In einem Artikel mit der Überschrift „Champagner und Demokratie", abgedruckt in Pierre Broues Zeitschrift *Le Marxisme Aujourd'hui* (März 1991) feiert Filoche die Ereignisse in Osteuropa und fordert, daß die früheren stalinistischen Herrscher vor Gericht gestellt werden „wie die Nazis in Nürnberg"! Filoche verhöhnt das trotzkistische Programm der politischen Revolution als „idealistisches und ultralinkes Schema" und fordert einen „Kampf bis zum Sieg" gegen den Stalinismus, „so daß die Demokratie sich ausbreiten und auf der ganzen Welt herrschen kann als Vorbedingung für jegliche sozialistische Revolution"!

Und dann gibt es noch den Fall von Alan Benjamin, ehemaliger Redakteur der amerikanischen Zeitung *Socialist Action.* In seinem Freudentaumel über die deutsche „Einheit" bezeichnete Benjamin die sowjetischen Truppen als Armee der „imperialistischen" Besatzung! (siehe *Socialist Action,* Mai 1990, wo Benjamin erklärt, daß die deutsche Arbeiterklasse „der Besatzung von vier imperialistischen Armeen unterworfen war"). Benjamin und seine Anhänger wurden kürzlich von Socialist Action ausgeschlossen. Nicht wegen ihrer Politik, sondern weil sie an einer Konferenz von Pierre Lambert in Barcelona teilnahmen. Kein Wunder, daß sich Benjamin zu Lamberts Organisation hingezogen fühlt. Die Lambertisten setzen Stalinismus und Imperialismus als Feinde der Arbeiterklasse gleich — in absolutem Gegensatz zu Trotzkis Analyse der stalinistischen Bürokratie als eine unbeständige und widersprüchliche *Kaste,* deren Herrschaft gleichzeitig von den kollektivierten, proletarischen Eigentumsformen abhängt, wie sie das Ergebnis des Drucks des Weltimperialismus ist und ihn widerspiegelt.

Für die Wiedergeburt von Trotzkis Vierter Internationale!

Wegen des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und ihrem beschleunigten Zerfall in der Sowjetunion schreien die Imperialisten über den „Tod des Kommunismus". Der „Theoretiker" im State Department trieb es weiter und erklärte „das Ende der Geschichte". Dieses Jahr fing mit dem Krieg im Persischen Golf an, in dem die Imperialisten den Tod auf die irakische Bevölkerung regnen ließen — ein imperialistisches Abenteuer, wie es aus jedem klassischen marxistischen Lehrbuch über das Funktionieren des kapitalistischen Systems hätte stammen können.

In Deutschland hat die Vereinigte Sozialistische Partei (mit Maoisten der KPD/ML fusioniertes Überbleibsel der deutschen VS-Sektion) versucht, sich während des Golfkriegs als bester Vertreter der nationalistischen „Friedens"bewegung zu profilieren, unter der Losung: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg", und: „Keine deutschen Soldaten an den Golf. Damit sprachen sie solchen „Antiimperialisten" wie Reichskanzler Kohl aus dem Herzen, der genauso gut begriff, daß der imperialistische Krieg gegen den Irak ein Kampf um die US-Vorherrschaft der Welt war und damit letztlich auch gegen den imperialistischen Konkurrenten Deutschland gerichtet. Um alle Zweifel auszuräumen, daß die VSPler wirklich von enthusiastischen Anhängern der „arabischen Revolution" zu loyalen Kritikern der imperialistischen „Demokratien" geworden sind, ließen sie keine Gelegenheit aus, um zu beteuern, daß es ihnen „nicht um eine Parteinahme für Saddam Hussein geht". Damit meinten sie nicht politische Unterstützung, sondern ihre Weigerung, im Irak-Krieg militärisch Seite gegen die Imperialisten zu beziehen. Wirkliche Trotzkisten dagegen kämpften für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und verteidigten deshalb den Irak.

Solange das System von kapitalistischer Unterdrükkung, Ausbeutung und Krieg die Welt beherrscht, wird der Klassenkampf weitergehen. Der Kampf für die Errichtung einer auf Vernunft basierenden, egalitären sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Klassenherrschaft des Proletariats wird immer notwendiger für das Überleben der Menschheit. Vor fünfzig Jahren, im Schatten des heraufziehenden zweiten imperialistischen Krieges, bemerkte Trotzki mit wachsender Eindringlichkeit, daß die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Weltrevolution überreif sind, aber daß zur Zertrümmerung des dekadenten Imperialismus die authentisch revolutionäre Führung an der Spitze des Proletariats fehlt.

Trotzki beharrte auf der Notwendigkeit „einer Partei, einer Partei, und nochmals einer Partei"; dies ist nur noch dringender geworden. Doch es ist genau die Schmiedung von trotzkistischen Parteien, die Ernest Mandel ein Leben lang an andere „Führungen" verraten hat.«

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Leipzig
M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Rostock
SpAD
Postfach 9001
2500 Rostock 1

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 32 36 44

Torgelow
SpAD
Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Veranstaltung der SpAD in Halle

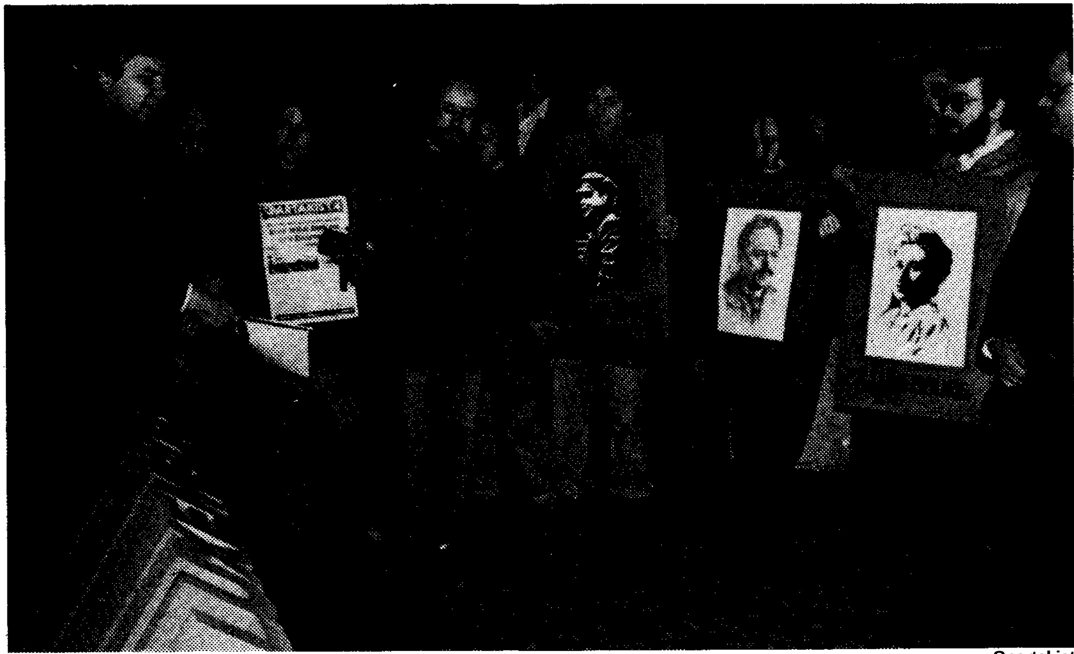
Imperialistische „Neue Weltordnung" - Schritt zum neuen Weltkrieg

Sprecher: Jan Norden, Herausgeber von Workers Vanguard, Zeitung der SL/U.S.
Samstag, 18. Mai, 16.30 Uhr
Comcenter Halle, Raum 717, Leninallee 70

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55



Berlin, Januar 1989: Rosa-Luxemburg-Mahnmal am Landwehrkanal. Renate Dahlhaus (3.von links) und Michael Philippsen (4. von links), angeklagte Antifaschisten

Spartakist

Liste von bisherigen Unterstützern der Antifaschisten von Moabit

Die Unterzeichner **fordern die** Einstellung **aller aufgrund** der Republikaner-Provokation vom **14.** Januar **1989** eingeleiteten Verfahren **bzw.** die Aufhebung der Strafbefehle und die Rücknahme aller **Anklagen** gegen **die** Antifaschisten. **Wir** möchten betonen, **daß** die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit den Erklärungen **des** Komitees übereinstimmen.

Mumia Abu-Jamal, schwarzer **Journalist** und politischer Gefangener in **der** Todeszelle, **Huntingdon, USA; Volker Alberti, VVN-BdA*,** Hamburg; **Jörg Alpers,** Hamburg; **Antifaschistisches Plenum** Saar, **Saarbrücken; Inge Arft, GAL*,** Hamburg; **Didier-Daniel Aurol,** Lehrer und Gewerkschafter, Frankreich: Otto **Baidur, IGM*,** Eckemförde; Hartmut **Bangsow, Sprecher** der **Antifa e. V.*,** Rostock; **Ulrich Beher, ÖTV*,** Frankfurt; Stefan **Behrens,** Hamburg; Esther Bejarano. Vorsitzende **des Auschwitz-Komitees** in der Bundesrepublik Deutschland **e. V.*,** Hamburg; **Giovanni Bertolini,** Sekretär **des Centro Culturale Concetto** Marchesi*, **Milano,** Italien; **Roswitha Bethge,** Hamburg; **Blamu-Jatz-Orchestrion,** Weimar; **Gianni Bombaci, CGIL-Gewerkschaftssekretär*,** Milano, **Italien;** Wolfgang Brauer, Hamburg; Lutz **Brütt, DKP*,** Hamburg; **Rolf** Burgard, Landessekretär **WN-BdA*.** Hamburg; **Luigi Cipriani,** Abgeordneter der **Democrazia Proletaria*,** Italien: **Comité de defense sociale (CDDS),** Frankreich; Annette **Cremmeu, SNESUP*,** Frankreich; **CUT-Chile,** Hamburg; DDR-Komitee für **Menschenrechte; Dr.** Peter **Degkwitz,** DKP-Bezirksvorstand **Hamburg*; Demokratische Frauenorganisation Irans,** Hamburg; **Devrimci Isci** Hamburg; Jutta **Ditfurth,** Die **Grünen*;** Ernst **Duschinski, IGM*, WN-BdA*, Gesellschaft BRD-CCCP*, DKP*, Kiel; Thomas** Ebermann, Hamburg; Gertrud Ehrenreich, **SPD-OV-Vorsitzende Ehndorf*; Hans-Jürgen** Eisermann, Stellvertretender **OV-Vorsitzender** der **DPG** Kiel* , Achterwehr; **Gisela** Eisner, **P.E.N.-Club*,** Schriftstellerverband*. München; **Fahimeh Farsaie, Schriftstellerin,** Köln; **Frente Patriótico** Manuel **Rodriguez,** Hamburg; Wolfgang **Gehrcke,** Hamburg; **Adrian Geiges,** Journalist Dortmund; Hermann **L Gremliza,** Herausgeber Konkret, Hamburg; **Michael Grill,** Hamburg; **Franco Grisolia,** Nationaler Vorstand Democrazia **Proletaria*,** Nationalkomitee der **CGIL*,** Italien; **Grün-Alternative Liste (GAL)** Mitgliederversammlung, Hamburg; **Grün-**Alternative **Liste (GAL)** Universität Göttingen; Gruppe Arbeiterinnenstandpunkt, Österreich; **Zihni** Gülgen, **DG B-Kreisvorstandsmitglied** Flensburg*; Rudolf **Haase, PDS*, Luckenwalde; Frank** Haferburg. Vorsitzender der Basisorganisation **PDS Luckenwalde*;** Eric-Holger **Hanisch, IGM*, BR*.** VKL Philips **GmbH Hamburg*; Helge** Harms, **DAG-Gewerkschaftssekretär*,** Hamburg; Dr. Ludger **Held,** Dozent **am** Steinheim-Institut für **deutsch-jüdische** Geschichte*, Duisburg; **Andreas Hertel,** Frankfurt; **Jockl** Hoffmann, **ÖTV*,** Hamburg; **infobüro für** gefangene, Hamburg; **Info-Büro zum Hungerstreik,** Hamburg; **Kay Iversen, IGM*,** VKL Stock Guss **GmbH*.** Neumünster; **Matthias** Jank, Vorsitzender der Schiedskommission **der PDS Luckenwalde*; Johanna Jawinski, Antifa-Bund Rostock*;** Hanno **Jensen. IGM-Vertrauensmann*, Süderbrarup;** Kamerun Komitee **e. V.,** Hamburg; **Alex** Kanne, Hamburg; **Serge Klarsfeld,** Frankreich; Kollektiv **des Buchladen Gegenwind.** Hamburg; Komitee für soziale Verteidigung (KfsV); **Igor Kondracheff,** Frankreich; **Marlene Koppe,** Mitglied **der** Deputation **für** Bildung der **SPD Bremen*; Jürgen Körösi, IGM*, BR Sauer*, Hohenwestedt;** Joachim Kroll, **DKP*.** Hamburg; **Anja** Kuhr, **GAL*,** ehemaliges Mitglied der **Bürgerschaft,** Hamburg; **Kürekci.** ÖTV*. Flensburg; **Ali Kurtuldu, IGM*, BR** Hauni **Bergedorf*,** Hamburg; **Antje** Lange, Neuenhagen; Matthias **B.** Lauer, **SOdZDL*,** Neunkirchen; **Dr.** Gerda Lederer, Hamburg; **Adi Loose, SPD*,** Neumünster; Lutte **Ouvrière,** Frankreich; Holger Lüttich, Intern. **Sekretariat,** Prov. Komitee für eine revolutionäre Jugendinternationale, deutsche **Sektion*; Ernest** Mandel, Belgien; **Michael Martensen, IGM-OJA Hamburg*; Noel Matoff,** Fotografin, Hamburg; **Peter** Mecklenburg, Referent für **Justiz** und Inneres **der** GAL-Fraktion **Hamburg*; Eliseo Morales,** Frankfurt; **Joseph Moshe,** Hamburg; **Farzad Narimany,** Komitee gegen den **Golfkrieg*,** Hamburg; **Angelika** Noack, Hamburg; **Joachim Nowock,** Hamburg; **Willy van Ooyen, Arbeitsausschuß** der **DFU*, Frankfurt;** Prof. **Dr.** Norman **Paech,** Hamburg; Tina **Pahl,** Frankfurt; **Holger** Pape. **ÖTV*,** Hamburg; **Peggy Pamass,** Schriftstellerin, Hamburg; Partisan **Defense Committee (PDC),** USA; **PDS, AG Junge** Genossen **Luckenwalde; PDS-Kreisorganisation Fürstenwalde;** Volker Paters, IGM*. **BR NWBM*,** Neumünster; Klaus **Petersen, DGB*, VKL*,** Flensburg; Harro **Pusch, GAL-Hamburg*; Maria Radi,** Köln; **Kai Reiflin,** Vorsitzender der **WN Altona*;** Sonja Reimer. Hamburg; Kurt Reinhold, Hamburg; **Angelika** Reuter, **VVN*, GEW*, RCU*,** Hamburg; Revolutionär Kommunistische **Uga (rkl),** Österreich; Augusto **Rocchi, Sekretär** der Metallarbeitergewerkschaft **FIOM/CGIL Milano*,** Italien; Günther Rohr, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau **1*; Frank Rupertus,** Bübingen; Günther Schmidt, **IGM*,** Hamburg; Thomas **Schönberger, GAL-Hamburg*; Werner** Schröder, Geschäftsführender Vorstand **WN-BdA Hamburg*;** Peter **Schutt,** Schriftsteller, Hamburg; Peter **Schwanewilms, GAL-Landesvorstand*,** Hamburg; **H. Sowa,** Hamburg; Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands **(SpAD); SPD** Ortsverein Bremen-Mahndorf; Janko Stankovic, **IGM*, Hamburg;** Günther **Steffens, DAG*,** Hamburg; Andreas Steiner, **Halle;** Petra **Stengert, Gewerkschaftsangestellte,** GdED*, Neumünster; Mauro **Tassetto, Anarchico*,** Italien; Rainer **Trampert,** Hamburg; Türkische **Sosyal** Demokraten **in** Hamburg; Luise Tyroller, Hamburg; **Unabhängige** Homosexuelle Alternative **e.** V. **(UHA),** Hamburg; **José M. G.** Ventura, Hamburg; Verein der Demokraten aus der Türkei und Umgebung, Hamburg; Verein der **Menschenrechte in** der Türkei, Ankara; **Felix** Walder, **Schweiz;** Kornelia Wehlau, **PDS-Kreisvorstand*,** Luckenwalde; Angelo Wehrli, Wirtschaftsreferent der **GAL-Fraktion*,** Hamburg; Vera Weißfuß, **PDS*,** Leipzig; **Siegfried** Wied, **IGM*, BR Sauer-Sundstrand*,** Neumünster; **Jean Wolff, KPF*, Freundschaftsgesellschaft** Frankreich-DDR*; **Ulrich Wunderlich, PDS*, DSF*,** Trebbin; Eberhard **Zamory, VVN*,** Hamburg.

Berlin: Alternative Liste **(AL);** Alternative Liste, **Bereich** Immigrantinnen und Flüchtlinge; Andenbuch; **Werner** T. **Angress,** emeritierter amerikanischer Professor; **ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des** Bündnis **gegen Faschismus,** Rassismus und Sexismus; Antifaschistisches Aktionsbündnis Moabit; Anti Fasist **Genclik** (Antifaschistische Jugend); Aouni, Dozent an **der FU** Berlin; **Ausländerinnenreferat des AStA TU-Berlin;** Autonome **Antifa-Gruppe Ost-Berlin;** Bildungs- und **Aktions-Zentrum** Dritte Welt e.V.; Dr. Peter Brandt, **ÖTV*, SB*,** Privatdozent **für** Geschichte und freier Publizist; **Andre** Brie, stellvertretender Vorsitzender der **PDS*;** Buchladen Prinz **Eisenherz;** Buchladen **am Savignyplatz;** Cinti-Union **Berlin;** Demokratik **Isci Birligi** (Demokratischer **Arbeiterbund); Sa'id** Dudin, Journalist; Egit, Demokrat* (kurdische Zeitschrift); **Martin** Germer; Gewerkschaft Wissenschaft der Humboldt-Universität zu **Berlin;** Gewerkschafterinnen **gegen** Rassismus und **Faschismus;** Gruppe IV. Internationale; **Necati Gürbaca, IGM-Gewerkschaftssekretär*;** Joachim **Habeck;** Stephan **Hermlin;** Rita **Hilt; Ellis** Huber, Präsident der Ärztekammer **Berlin*;** Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V. **(IBKA); Horst Jäckel; Inge** Kampelmüller; Kirche von Unten; Kommunistische **Partei** Deutschlands (Marxisten-Leninisten); **Ismail** Kosan, **AL-Ausländerbereich*;** Jürgen **Kuczynski;** Kurdischer Arbeiterverein **(KOMKAR);** Helmut Kusch, **SEW*;** Gerhard Leo, Mitglied **des** Präsidiums **des** Komitees **der** Widerstandskämpfer der **DDR*; Uwe Leuschner,** Zentralrat **der FDJ*; Irmgard Liebelt; Tekta-Mamed** Med; Moses **Yartey Mensah; Gabriela Mevers;** Moabiter Times, Stadtteilzeitung; Heiner Müller; Peter **Müller;** Nationale **Mahn- und** Gedenkstätte Sachsenhausen; Claudius Naumann, **ÖTV*;** Joachim Otto; **Mehmet Özkan, IGM*, BR*; Pan Am** (ÖTV) Vertrauensleute; **Partiya Rizgariya Kurdistan** Berlin; Käthe **Reichel,** Schauspielerin **am** Deutschen Theater; Aiexandra Rossberg, Hilfsstelle **für** ehemalig rassisch **Verfolgte*; Hilde Rubinstein, P.E.N.-Club*; Heinz** Schröder, **1.** Vorsitzender **der VVN/Verband** der **Antifaschisten*;** Herbert Schröder; Schwarze Rose; Sozialistische Initiative **Reinickendorf;** Sozialistische Jugend **Deutschlands - Die Falken,** Kreisverband Tempelhof; Sozialistischer Schülerbund Berlin; Martin Stuber; **Thomas Teo;** Martina **Thiel; TKP/M-L** (Hareketi); Dr. Gerburg **Treusch-Dieter,** Dozentin; Annette **Tschernig, PDS*;** Türkenzentrum; Verein iranischer Flüchtlinge e.V.; Vereinigung der Verfolgten **des Naziregimes (VVN/VdA);** Holger **Wendt,** SSB*, **Falken*, Jusos*, AG** Antifa **des AStA*;** Winfried Matthias; Benito **Wogatzki,** Vorstandsmitglied **des Schriftstellerverbandes der DDR*;** Brigitte Ziegler, **Betriebsräte-** und Vertrauensleutekörperleitung*.

* Organisationsname nur zum **Zweck** der Identifikation

SPARTAKIST

Demonstriert am 24. Mai! Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit!

Am 24. Mai 1991 wird im Amtsgericht Tiergarten ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten stattfinden, weil sie sich am 14. Januar 1989 gegen einen bewaffneten Überfall der Republikaner auf ein von Immigranten und Linken besuchtes Restaurant in Moabit verteidigt haben. Vorher hatte die Trotzkistische Liga Deutschlands (Vorläuferorganisation der SpAD) eine Veranstaltung abgehalten und ein Video gezeigt über die erfolgreiche Massenmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen und anderen Minderheiten in Philadelphia/USA im November 1988, die die Provokationen des Ku Klux Klan und von Nazi-Skinheads stoppte. Grundlage der Anklagen gegen die Spartakist-Kandidatin bei der Bundestagswahl Renate Dahlhaus und Michael Philippsen sind die Aussagen des berüchtigten Landesvorsitzenden der Republikaner, Carsten Pagel, der auch den Überfall anführte. Anfänglich wurde gegen acht Opfer des Überfalls ermittelt. Dank der Unterstützung durch über 200 Organisationen, Gewerkschaftern und Persönlichkeiten (siehe Seite 23) wurde das Verfahren gegen sechs Antifaschisten eingestellt. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfes" der Republikaner, der gekennzeichnet war durch Einschüchterung, Provokationen und unverhüllte Gewalt: Auf den „Todeslied-Wahlspot" folgte der rassistische Mord an dem türkischen IG-Metall-Mitglied Ufuk Sahin. Man muß das Recht haben, sich gegen faschistischen Terror zu verteidigen! Fordert: Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit! Weg mit allen Anklagen gegen Antifaschisten! Freispruch für Ayhan Öztürk! Stoppt den rassistischen Terror gegen Juden, Roma und Cinti, Polen und Sowjets! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!



Berliner Morgenpost 17. März 1991

Republikaner planen Aufbau eines „rechten Umfeldes"

Statt Endzeitstimmung prägte trotziges Nach-vorne-Schauen den ersten B... Landesparteitag der Republi... nen Wi... tenhau... de Cars... gab, b... Trend... ihren... tik ur... wand... „im... chen... Ar... extr...

...stärkt und die „bürgerliche Betulichkeit" abgelegt werden.
So müsse nach Pagels Meinung die Partei dafür ...

tageszeitung 25. Oktober 1990

Reps gegen Juden

Eklat im Einigungsausschuß / Pagel spielte ethnisch, religiös und rassisch Verfolgte gegeneinander aus.

Berlin. Zu einem Eklat kam es bei der gestrigen Sitzung der Einheitsausschüsse beider Stadt...

...tät, sondern darum, die Deutschen am ... chichte ... ihren ... nple- ... huß- ... PD) ... ort, ... sion ... reli- ... ein- ... ohn ... ten ... en. ... ro- ... er

Spartakist April/Mai 1989

12 SPARTAKIST

Stoppt die Republikaner! Zerschlagt die Nazi-Gefahr!

Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten!

Kommt zahlreich!
Kundgebung am Freitag, 24. Mai, 10.30 Uhr
Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91

Solidaritätsveranstaltung:
Donnerstag, 16. Mai, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstr. 6 (U-Bahn Nauener Platz)

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 87 JUNI 1991 50 Pfennig

Organisiert Massenstreiks, Betriebsbesetzungen, Generalstreik!

Jetzt reicht's! Arbeiter, schlagt zurück!



Spartakist

Kampfbereite Metallarbeiter am Berliner Alexanderplatz fordern: Treuhand abwickeln! Statt Steinkühler & Co. brauchen sie eine klassenkämpferische Führung, um zu gewinnen

BERLIN, 11. Juni — Unter den Industriearbeitern im Osten wächst die Kampfstimmung. Warnstreiks von Bus- und Lkw-Fahrern in Sachsen, Empörung in Ostberlin gegen drohende Privatisierung und Bettenabbau in Krankenhäusern. Stinksauer war die Reaktion beim Werk für Fernsehelektronik, als Tausende von Entlassungen angekündigt wurden. „In den Betrieben stehen die Zeichen auf Sturm", warnte die *Berliner Zeitung*. Manager und Betriebsräte zittern vor der befürchteten Sturmflut von Arbeiterkämpfen. Vor neun Monaten, bei der formellen Einverleibung des ehemaligen Arbeiterstaats DDR in die kapitalistische BRD, schrieben wir: „Nach großdeutschem Rausch kommt Arbeiterwut" (*Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990). Mit dem Kapitalismus kam dann die Massenarbeitslosigkeit, und Wut gibt es jetzt überall im DDR-Gebiet. Es gilt, sie zu organisieren, und vor allem, eine Führung zu schmieden mit einem Klassenkampfprogramm zur Verteidigung der Arbeitsplätze.

Der 30. Juni ist von den zynischen DGB-Bonzen als „Großflugtag" im Osten angekündigt worden. Hunderttausende von Arbeitern sollen dann oder kurz danach

Fortgesetzt auf Seite 6

Imperialistische „Neue Weltordnung": Schritt zum neuen Weltkrieg

Wir drucken hier leicht redigiert das Referat von Jan Norden, Herausgeber von Workers Vanguard, *Zeitung der Spartacist League/U.S., das er bei einer Diskussionsveranstaltung der SpAD am 18. Mai in Halle gehalten hat.*

Ungefähr neun Monate lang wurde das Weltgeschehen vom sogenannten „Golfkrieg" dominiert, von seiner Vorbereitung und den unmittelbaren Auswirkungen. Es handelte sich nicht um ein Ringen um die Kontrolle des Persischen (oder Arabischen) Golfs; es war ein imperialistischer Vernichtungskrieg, der von den USA geführt wurde, die sich rühmen, jetzt die einzige „Supermacht" auf Weltebene zu sein, und der gegen das ehemalige Kolonialland Irak gerichtet war. Als „casus belli" oder Anlaß diente die irakische Eroberung von Kuwait, aber das eigentliche Kriegsziel der Vereinigten Staaten war die Hegemonie oder Vormacht auf der ganzen Erdkugel.

In seiner Rede vor der UNO im letzten September hatte der amerikanische Präsident Bush von einer „Neuen

Fortgesetzt auf Seite 12

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Organisiert die Unorganisierten! Für die Festanstellung aller „Unständigen"!

Hamburg ist ein Dreh- und Angelpunkt für die deutschen Kapitalisten. Im Kampf gegen die Zerstörung der Arbeitsplätze im Osten und gegen die Zerstörung der gewerkschaftlichen Errungenschaften der Arbeiter im Westen können die Hamburger und Rostocker Hafen- und Werftarbeiter gemeinsam eine ausschlaggebende Rolle spielen, damit die Arbeiterklasse wieder von der Defensive in die Offensive kommt.

Die sogenannten „Unständigen" — Pendler aus Mecklenburg, Immigranten und Arbeiter ohne Fachausbildung — werden vom Gesamthafenbetrieb (GHB) als Lohnsklaven zweiter Klasse benutzt, und damit muß Schluß gemacht werden. Wir müssen für die sofortige Festanstellung aller Arbeiter kämpfen und sie als Gewerkschaftsmitglieder gewinnen, wenn sie noch nicht eingetreten sind. Für die Organisierung der Unorganisierten!

Jetzt hat der GHB-Boß Mantey verfügt, daß Kollegen aus Nicht-EG-Ländern nicht mehr als „Unständige" arbeiten dürfen. Diese Verschärfung der rassistischen Diskriminierung unserer eingewanderten Kollegen muß vom Tisch! Der Boß Mantey hat wie alle seinesgleichen kein Recht, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Die Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, daß alle Arbeiterinnen und Arbeiter hier gleiche Rechte haben, unabhängig von ihrem Geburtsort oder der Nationalität ihrer Eltern. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Das alles hat nichts mit der „Solidarität" zu tun, die uns die regierenden Christ- und Sozialdemokraten immer predigen, wenn sie uns ans Portemonnaie wollen. Sondern wir brauchen die Kollegen aus dem DDR-Gebiet und die Immigranten für den gemeinsamen Klassenkampf. Zum Beispiel für kräftige Massenstreiks und Betriebsbesetzungen am 30. Juni, wenn auf einen Schlag Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen arbeitslos werden sollen.

Doch die Führung der ÖTV hat auch auf betrieblicher Ebene im Hamburger Hafen kein Interesse, ihre „vertrauensvolle Zusammenarbeit" und „Friedenspflicht" mit den Hafenbossen zu gefährden. Sie sehen die Organisierung der „Unständigen" und Pendler zu Recht als Bedrohung ihrer Karriere als Arbeiterverräter, die auch auf der Spaltung der Hafenarbeiter in zwei Klassen, Ständige und Unständige, beruht. Schließlich bringen die Kollegen aus der DDR Ideale über Gleichheit mit, und die Kollegen aus anderen Ländern Erfahrung im Klassenkampf.

Als Unterstützer der SpAD bei der ÖTV-Mitgliederversammlung am 3. Juni einen Antrag stellten für eine gewerkschaftliche Rekrutierungskampagne der „Unständigen", verhinderte die Versammlungsleitung (identisch mit dem SPD/DKP/BWK-Betriebsrat) die Abstimmung. Doch viele der anwesenden Kollegen haben während der lebhaften Diskussion darüber gezeigt, daß sie sich nicht davon abhalten lassen werden, hier aktiv zu werden.

Die Bourgeoisie will die Arbeiter spalten und stellt die Pendler und Immigranten als Bedrohung angeblicher „Privilegien" dar. Doch die meisten Kollegen verstehen, daß es um gemeinsamen Kampf geht, nachdem die Hafen-Barone im letzten Jahrzehnt ein Drittel aller Hafen-Arbeitsplätze vernichtet haben und jetzt versuchen, die Rekord-Umschläge (auf Kosten Rostocks) ausschließlich mit „Unständigen" unter billigen Tarifbedingungen abzudecken. Doch was als „Allmächtigkeit" der Hafen-Bosse anmutet, ist in Wirklichkeit ihre Achillesferse. Gerade das haben die Arbeiter Ende Januar gezeigt, als sie am Burchardkai durch einfache Verweigerung von Überstunden und „Dienst nach Vorschrift" den ganzen Container-Umschlag durcheinanderbrachten. Damit wurde der SPD-Hafenboss Helmut Kern gezwungen, das vorgelegte Sklavenschichtsystem (10-Stundentag und Wochenendarbeit) fallenzulassen. Die Rekord-Umschläge im Hamburger Hafen ermöglichen machtvolle und erfolgreiche Streiks für die Fest- und Neuanstellung von mindestens 2000 Kollegen, sofort, und gleichen *Lohn* für gleiche Arbeit!

SPARTAKIST



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 87 Juni 1991

Hoch die Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlug!

Der Zweite Weltkrieg war, was die beteiligten kapitalistischen Länder angeht, ausnahmslos ein imperialistischer Krieg. Die Arbeiter aller Länder hatten in diesem Krieg ein Land zu verteidigen: die Sowjetunion. *Trotz der Politik Stalins schlugen die sowjetischen Arbeiter das Unternehmen Barbarossa zurück, Leningrad trotzte 900 Tage der Nazi-Belagerung. Die Sowjetunion ist wieder in großer Gefahr,*

Damals wie heute kämpften die Trotzkisten für die Verteidigung der Errungenschaften des Oktober. In seiner Rede zum 25. Jahrestag der Russischen Revolution sagte der Gründer und langjährige Führer der amerikanischen Trotzkisten James P. Cannon zu Hitlers Überfall auf die Sowjetunion:

„Ich sage euch, die ganze Welt ist überrascht worden, auch Stalin, der in die Rote Armee nicht mehr Vertrauen hatte als in die sowjetische Ökonomie, als in die revolutionären Kräfte der Arbeiter im allgemeinen. Die Trotzkisten wurden nicht überrascht. Trotzki sah voraus, daß der imperialistische Angriff auf die Sowjetunion Wunder an proletarischem Enthusiasmus und an Kampffähigkeit in der Roten Armee entfesseln würde. Das konnte er deshalb, besser als andere, weil er verstand, daß die große Antriebskraft der siegreichen Revolution nicht aufgebraucht war. Die Rote Armee, bejubelt von der Welt, ist eine Armee, die durch eine Arbeiterrevolution geschaffen wurde."

„Speeches for Socialism"

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Faschistischer Terror, staatliche Repression

Arbeiterbewegung muß Homosexuelle verteidigen!

BERLIN, 7. JUNI — Tausende demonstrierten heute, um gegen die Welle von faschistischen Angriffen gegen Homosexuelle zu protestieren. Hauptsächlich Lesben und Schwule, sowie Jugendliche, zusammen mit einem kleinen Block von Spartakisten, Arbeitern und Immigranten, marschierten durch Friedrichshain bis zum Lichtenberger Bahnhof. Die SpAD marschierte unter dem Banner: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!" Am Bahnhof wurde die Demo von 30 Faschisten angegriffen. Fünfzehn der Demonstranten vorne, die sich gegen die Nazis verteidigten, wurden festgenommen. Wir fordern: Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten!

Entzündet wurde die Wut der Demonstranten wegen des bewaffneten Nazi-Überfalls auf ein schwul-lesbisches Fest am 25. Mai im Garten des Mahlsdorfer Gründerzeitmuseums, wo zwei Frauen durch Gaspistölen im Gesicht verletzt wurden. Zwei Tage später kündigten Vertreter des Berliner Senats an, daß der Staat das Haus klauen will, das Charlotte von Mahlsdorf gehört, dem beliebten 63jährigen Transvestit und Museumsdirektor.

Dieses Mal waren genug Demonstranten dabei, um die Gefahr faschistischer Angriffe auf den Demonstrationszug zu reduzieren, trotz der gefährlichen Marschroute quer durch enge Gassen in Lichtenberg. Der Sektoralismus des schwul-lesbischen Bündnisses, das die Demo veranstaltet hat, ist eine selbstmörderische Politik, die zu einer schweren Niederlage hätte führen können. Ein Vertreter des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) war aus einem Organisationstreff ausgeschlossen worden, weil er eine „heterosexuelle politische Organisation" vertritt und für die Mobilisierung der Gewerkschaften eintrat. Die Organisatoren der Demonstration zeigten auch gefährliche Illusionen in die Polizei, die Sturmtruppen des Blitzangriffs auf die Mainzer Straße, von denen nicht wenige Mitglieder der faschistischen Republikaner sind.

Dieser Sektoralismus ist entstanden, weil die Verräter von SPD/DGB sich geweigert haben, auch nur einen Finger zu krümmen, um den faschistischen Terror gegen Immigranten, Homosexuelle und andere Minderheiten zu stoppen. Auch haben sie nicht gegen den Kahlschlag des SPD/CDU-Senats im Gesundheitswesen gekämpft, der besonders für AIDS-Kranke die Streichung von lebenswichtigen Versorgungsmaßnahmen bedeutet. Die deutsche Linke — mehr deutsch als links —, insbesondere die PDS, boykottierte überwiegend die Demonstration.

Das KfsV und die SpAD hatten kurzfristig versucht, die breitestmögliche Teilnahme an der Demo zu mobilisieren, vor allem die schweren Bataillone der Arbeiterbewegung wie IG Metall, ÖTV und Reichsbahner, eingewanderte Arbeiter und andere linke Parteien wie PDS. Im Flugblatt des KfsV heißt es:

> „Jetzt ist die Zeit, daß die Gewerkschaften, die Millionen von Arbeitern hinter sich haben, ihre Macht gegen die Faschisten entfesseln. Ein gutes Beispiel zeigt uns die Einheitsfront-Mobilisierung von Auto- und Stahlarbeitern, zusammen mit Schwarzen und Schwulen in Chicago 1982, die eine Nazi-Provokation gegen den Gay Pride Day stoppte."

Anti-Sex-Feministen, die Schulter an Schulter mit den bigotten, reaktionären Kräften von Kirche und Staat stehen, griffen unser Plakat „Weg mit der Zensur gegen Pornographie!" an — gerade wo Nazis sich zu „Weißen Rettern" ernennen, um Sex-Shops kleinzuschlagen.



Spartakist

Leninistische Partei, Volkstribun aller Unterdrückten

Bei sexuellen Beziehungen, die auf Einwilligung beruhen, hat sich der bürgerliche Staat nicht einzumischen! Auf der Demo haben wir gerufen: „Bullen, Pfaffen, Richter, raus aus dem Schlafzimmer!", „Weg mit den Paragraphen 175 und 218/219!" und „Milliarden DM für AIDS-Forschung!" Der Kampf gegen die Anti-Sex-Bigotterie des kapitalistischen Staats, wie der Kampf gegen die zunehmende Verelendung, die der Anschluß mit sich bringt, muß sich darauf stützen, die soziale Kraft der organisierten Arbeiterbewegung zu mobilisieren.



Der Spiegel

Nach der brutalen Ermordung des Mosambikaners Jörge Gomondai in Dresden schlössen sich 12 000 Menschen einem Trauermarsch gegen Rassismus und Nazi-Terror an. Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern und Immigranten, die die eingewanderten Kollegen und ihre Wohnheime schützen, können den faschistischen Angriffen ein Ende setzen!

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Stoppt Massenabschiebungen durch Arbeitermobilisierung

Viertes Reich bedeutet „Flüchtlinge raus". Der 1. Juli — Jahrestag der Währungsunion — ist nicht nur der Tag, an dem der Kahlschlag der ostdeutschen und der Steuerüberfall auf die westdeutschen Werktätigen beabsichtigt ist, sondern auch der Tag der Massenabschiebungen. Das am 1. Januar in Kraft getretene „Ausländergesetz" for-



Neues Deutschland

Berlin: Demonstranten und heroischer türkischer Pilot verhindern Abschiebung eines Kurden

dert, daß Flüchtlinge, deren Asylbegehren abgelehnt wurde, sofort abgeschoben werden können.

Bei den rassistischen Ausländerbehörden werden mehr als 90 Prozent der Asylersuchen abgelehnt. Dem Abschiebungsgesetz werden auch fast alle eingewanderten Arbeiter im Osten zum Opfer fallen. Vor dem Fall der Mauer lebten in der DDR 60000 Vietnamesen, heute sind es noch 12 000 bis 14 000. Davon sind 80 Prozent arbeitslos; besonders die vietnamesischen Studenten und Lehrlinge sind ab dem 1. Juli von Ausweisung bedroht.

Bis zum 30. Juni könnten einzelne Bundesländer für Flüchtlinge aus „Krisengebieten" ein „Duldungspapier" ausstellen und dadurch die Abschiebung verschieben. Unter diesen Flüchtlingen sind Kurden, Tamilen aus Sri Lanka, Frauen und Linke aus dem Iran, Palästinenser aus dem Libanon und sowjetische Juden. Das Bundesinnenministerium beziffert ihre Zahl auf über 300000. Ab dem 1. Juli werden sie zur Zielscheibe für Schäubles Ausweisungskampagne, um in den Staatsterror und die faschistische Gewalt ihrer Heimat zurückgeschickt zu werden. Die SPD-regierten Länder, besonders Nordrhein-Westfalen und Lafontaines Saarland, haben sich schon zum Vorreiter der Völkervertreibung gemacht mit Sammellagern für Asylsuchende und Massenabschiebungen von Roma und Cinti. Der gesetzliche „Rechtsstaats"terror gegen Immigranten und Asylanten entfacht Naziterror: Bonn schickt Kurden in die Todeszellen der Türkei, während Skinhead-Schlägerbanden eingewanderte Arbeiter im Osten Deutschlands ermorden.

Das ist keine Überraschung, weil der deutsche Imperialismus und seine NATO-Verbündeten in vielen unterdrückten Ländern die staatlichen rassistischen Mörder ausbilden und bewaffnen. Im Nordirak haben sie KZs für Kurden gebaut, während sie gleichzeitig eine „Festung Europa" aufbauen. Aber dennoch appellieren viele der sogenannten „Linken" zusammen mit ihrem Vorbild SPD an diese imperialistischen Mörder, sich ihre Blauhelme aufzusetzen und für „Menschenrechte" zu kämpfen.

Das verschärfte Abschiebungsgesetz richtet sich auch gegen die eingewanderten Arbeiter in Westdeutschland, die in den letzten 30 Jahren an der vordersten Front des Klassenkampfes standen. So wie die Politik der Massenverelendung im Osten ist es ein Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse zu schwächen und einzuschüchtern. Vor kurzem initiierte das Komitee für soziale Verteidigung zusammen mit der SpAD eine Einheitsfrontaktion gegen den rassistischen Maulkorberlaß gegen arabische Immigranten. Am 18. Mai protestierten mehr als 100 Menschen in Berlin gegen die Abschiebung eines türkischen Kurden, und zusammen mit dem heroischen Einsatz des türkischen Piloten wurde die Abschiebung verhindert. Jetzt ist es an der Zeit, daß die Arbeiterbewegung diese rassistischen Massenabschiebungen stoppt! Weg mit Schäubles Abschiebungsgesetz! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!!

Spartakist-Veranstaltungsreihe im Juni

17. Juni 1953: Ansatz zur proletarisch-politischen Revolution
Sie wollten nicht Adenauer, sondern eine Metallarbeiterregierung!

Redner: Reinhard Hartwig, SpAD-Bundestagskandidat in Halle und Mitglied des Zentralkomitees

Leipzig Montag, 17. Juni, 19.00 Uhr
Kinder- und Jugend-VILLA, Raum 24
Karl-Tauchnitz-Straße 3

Hamburg Freitag, 21. Juni, 19.00 Uhr
Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13
2000 Hamburg 13

Leuna Dienstag, 25. Juni, 19.00 Uhr
Jugendklub „Odeon"
Straße der Arbeit 9

Arbeitermacht: Treu zur Treuhand

In der jüngsten Ausgabe ihrer Zeitung *arbeitermacht* (Nr. 18, Mai) greift die „Trotzkistische Tendenz in der PDS", die besser „Reformistische Tendenz in der Treuhand" heißen sollte, unter dem Titel „Ultralinke Helfershelfer" die SpAD-Forderung an: „Räumt Kohl-Regierung und Treuhand weg! Die Betriebe, die *wir* gebaut haben, in Arbeiterhand!"

Nun ist die Treuhand sicher die meistgehaßte Institution Ostdeutschlands, doch während die Arbeiter in Leipzig „Treuhand abwickeln" riefen und am Berliner Alexanderplatz tausend Interflug-Arbeiter „Liquidiert die Treuhand" forderten, schafften es die aufrechten Arbeitermacht-Tendenzler nur zu einem kuriosen „Arbeiterkontrolle über die Treuhand".

Die PDS, die dieses Anschlußinstument zur Welt gebracht hat, sagt jetzt: „Schaut der Treuhand auf die Finger". In trauter Eintracht mit Gysi/Modrow fordert die Arbeitermacht gemeinsam mit der Kommunistischen Plattform „Haut der Treuhand auf die Finger" (in der Überschrift), und „Schaut der Treuhand auf die Finger" (im Text). Aber was soll all dieses Fingerfummeln mit der Abwicklungsbehörde des bürgerlichen Staats? Sie wollen die Konterrevolution unter „Arbeiterkontrolle" stellen. Daß Arbeitermacht ganz gut weiß, was sie tut, kann man an ihrem „Aufruf zur Gründung einer revolutionär-kommunistischen Fraktion in der PDS!" erkennen, wo sie fordert: „Alle Betriebe unter Treuhandbesitz sollen unter Arbeiterkontrolle gestellt werden". Das heißt aber gerade, die Betriebe in Arbeiterhand zu nehmen und die Treuhand wegzuräumen.

In ihrem Artikel „Der wirkliche Treuhand-Skandal" gab selbst Arbeitermacht zu, daß die Treuhand ein Instrument „zur Vernichtung des Volkseigentums durch Privatisierung und Betriebsstillegung" ist, ja sogar „Werkzeug kapitalistischer Restauration". Aber anscheinend muß man ein „ultralinker" Spartakist sein, um daraus die Konsequenz zu ziehen, die Arbeiterwut gegen die Treuhand mit der Forderung nach Betriebsbesetzungen und Massenstreiks in Ost und West zu verbinden. Für Arbeitermacht dagegen ist

> „einzig die Forderung nach Arbeiterkontrolle über die Treuhand imstande, den ausweglosen Widerspruch zu vermeiden, in den alle geraten, die schlicht und einfach die ersatzlose Abschaffung der Treuhand fordern. Wenn die Treuhand morgen ersatzlos aufgelöst wird, was passiert dann? Der unmittelbare Bankrott aller Treuhandbetriebe mangels Zahlungsfähigkeit, die Entlassung aller Beschäftigten auf einem [sic] Schlag!" (*arbeitermacht* Nr. 18)

Rohwedder selig hätte den Arbeitern die Treuhand-Bande nicht besser schmackhaft machen können! So wird die Treuhand faktisch als Rettungs- statt Vernichtungsinstrument eingestuft, wobei die Grenzen und Regeln der kapitalistischen Marktwirtschaft als unantastbar akzeptiert werden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei hat von Anfang an gewarnt, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution ist. Heute sehen wir die SPD in Aktion: in der Treuhand, zuerst mit dem SPDler Reiner Gohlke und dann seinem Nachfolger Rohwedder. Der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe ist Mitglied dieses Vernichter-Vereins wie auch der DGB-Vorsitzende Meyer, der im Treuhand-Verwaltungsrat sitzt. Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer basteln dort mit an der antikommunistischen Hexenjagd, an Massenentlassungen und der Verelendung der ganzen Bevölkerung.

Doch genau an sie wendet sich Arbeitermacht und fordert: „Zwingen wir die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, den Generalstreik zu organisieren!" Betriebsräte aber heißen Klassenkollaboration; das genaue Gegenteil von einem wirklichen Generalstreik. Arbeitermacht hofft auf die sozialdemokratischen „Arbeiterleutnants" des Kapitals, die als konterrevolutionäre Agenten agieren und „zu Hause" ihre Posten halten, weil sie kräftig bei der Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit mithelfen. Wir dagegen vertrauen auf den Klassenkampf und stehen mit den Arbeitern bei den Leipziger Demos (Jg. 1991), die auf ihren Plakaten schrieben: „Gegen Kahlschlag: Treuhand sofort abwickeln! Stoppt die Vernichtung von Arbeitsplätzen!"«

Schaut Arbeitermacht auf die Finger

AUFRUF
ZUR GRÜNDUNG EINER
TROTZKISTISCHEN PLATTFORM
IN DER



20. Oktober 1990

arbeitermacht
TROTZKISTISCHE TENDENZ IN DER PDS
März 1991

AUFRUF ZUR GRÜNDUNG
EINER
REVOLUTIONÄR-
KOMMUNISTISCHEN
FRAKTION IN DER PDS !
April 1991

Jeden Monat ein neues Angebot - was folgt als nächstes? Würdest du einen gebrauchten Trabant von solchen Schwindlern kaufen? Nachtrabpolitik heißt: Manövrieren ist alles, das Programm ist nichts. Trotzkisten dagegen halten am revolutionären Programm fest

Helfershelfer der Hexenjäger

Kurz vor Redaktionsschluß verteilte Arbeitermacht eine Hetzschrift gegen den Berliner PDS-Führer Adolphi, die direkt dem Arsenal der Super Stasi-Hetzer der SPD entstammt. Sie fordern seinen Rücktritt und die Säuberung der PDS-Führung von allen Angehörigen des früheren MfS und eine „freiwillige und allgemeine, rückhaltlose" Gesinnungsschnüffelei. Sie schließen sich der Hexenjagd an, die den FDGB und jetzt Hundertausende Arbeitsplätze zerstört. Starker Tobak, doch nicht verwunderlich für diese Leute, die die sowjetische Armee eine „Besatzungsmacht" nennen und fordern: „Keine fremden Truppen mehr in Deutschland" (*arbeitermacht-Materialien* „Kritik und Phrase"). Solche „SBZ"-Antikommunisten haben nichts mit Trotzkismus gemein, der für die Verteidigung der DDR kämpfte und sich konsequent der antikommunistischen Hexenjagd entgegenstellte.

Arbeiter, schlagt zurück...

Fortsetzung von Seite l

auf die Straße fliegen. „Treuhand entläßt 417000", brüllt die Super-'-Schlagzeile. Und das sind nur die Metaller, die besonders hart in der Brandenburger Stahlindustrie (Hennigsdorf, Brandenburg, Eisenhüttenstadt) getroffen werden. Sogar die Reichsbahner sind bedroht. Laut dem Mecklenburgischen Ministerpräsidenten stehen dreiviertel der Ostsee-Werften vor dem Aus. Ab 1. Juli werden



dpa

Hallenser Salat: Kohl und Eier - Weg mit dem Geier!

im DDR-Gebiet Subventionen, Kurzarbeit und Kündigungsschutz gestrichen. Die Kohl/Treuhand-Bande will in diesem Jahr weitere 1,4 Millionen Arbeiter ihrer Arbeitsplätze berauben. Das bedeutet, fast die Hälfte aller ostdeutschen Werktätigen sollen Ende 1991 ohne Arbeit sein.

Die Bosse wollen die enormen Kosten für den Anschluß der DDR auf die Arbeiter abwälzen. Und die Rechnung wird auch im Westen fällig: Zehntausende in Zechen und Schwerindustrie im Ruhrgebiet sollen fliegen. Zudem kommen dicke Steuererhöhungen, die bei der Mehrwert- und Benzinsteuer besonders den kleinen Mann treffen. Und nach der üblen Propagandakampagne gegen „Krankfeiern" wollen sie Krankenversicherung und Arbeitsverträge unterminieren. Die Arbeiter aber dürfen, müssen, werden das nicht hinnehmen! Heute steht die Existenz der ostdeutschen Arbeiterklasse auf dem Spiel, und gleichzeitig steht bei westdeutschen Arbeitern zum ersten Mal seit Jahrzehnten weniger auf dem Lohnzettel. Die Wohlstandslüge des Kapitals fliegt auf. Die Spartakist-Arbeiterpartei sagt: *Jetzt ist die Zeit für harten Arbeitskampf in Ost und West! Massenstreiks gegen Massenentlassungen! Besetzt die Betriebe, die Bosse sollen fliegen! Nicht „Großflugtag", sondern Generalstreik!*

Die Gewerkschaften haben die notwendige soziale Macht, um die ungeheuerlichen Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen, ÖTV und IG Metall allein zählen fast fünf Millionen Mitglieder. Aber die kapitalhörige DGB-Bürokratie wird alles tun, um Klassenkampf zu vermeiden. Wie kann es also losgehen? Ein richtiger Generalstreik könnte von regionaler Basis aus starten; ganze Industriegebiete stehen vor dem Ruin. Eine Woche nach den Eierwürfen auf Kohl in Halle kam seine Rache dafür: anstatt wie versprochen das Chemie-Dreieck als Industriestandort beizubehalten, soll alles verwüstet werden. Von den vier Großbetrieben Leuna, Buna, Bitterfeld und Wölfen werden am Jahresende von den jetzigen 74000 nur noch 16000 Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der Braunkohlebergbau wird praktisch stillgelegt, und eine ganze Reihe von weiteren Betrieben wird kaputtgehen. Energische Kampfmaßnahmen, um diese Zerstörungspläne zu stoppen, würden schnell breite Unterstützung finden.

Es handelt sich um einen *politisch gesteuerten* Rachefeldzug, um das ostdeutsche Proletariat zu zerstückeln. Aber die schweren Bataillone der Arbeiterklasse bleiben immer noch weitgehend intakt. Dies wird vielleicht die letzte Möglichkeit sein, sie zu mobilisieren. Anknüpfend an den Kampftraditionen der mitteldeutschen Arbeiter in den 20er Jahren könnten zum Beispiel die Leuna-Arbeiter das riesige Betriebsgelände besetzen. Ein Demonstrationszug in Richtung Halle könnte über Merseburg und das Buna-Werk marschieren, dann an der Ammendorfer Waggonfabrik vorbei bis zum Hallenser Marktplatz, wo der Reichskanzler ein Zeichen der Wut der DDR-Bevölkerung direkt im Gesicht zu spüren bekam. Und nicht nur dort: in Berlin-Schöneweide können Tausende von Arbeitern von WF, TRO und KWO leicht zusammenkommen, um sich dann auf den Weg ins Zentrum zu machen. Es geht darum, diese geballten Konzentrationen von Arbeitermacht *politisch* zu mobilisieren, gerade weil es ihnen an *wirtschaftlicher* Macht fehlt.

Der Funke kann vom Osten ausgehen, aber er muß unbedingt nach Westen überspringen, wo die deutsche Arbeiterbewegung ihre Macht zum Ausdruck bringen kann. Wie im letzten Dezember können die Reichsbahner dabei eine wichtige Rolle spielen, um ihre Kollegen bei der Bundesbahn zu kämpfender Solidarität aufzufordern, zu einem gemeinsamen Streik. Delegationen von streikenden ostdeutschen Metallarbeitern sollten sofort nach Wolfsburg, Köln, Rüsselsheim und Stuttgart geschickt werden, wo die westdeutschen Autohersteller auf Hochtouren arbeiten. Aber auch umgekehrt: kämpferische Hafenarbeiter in Hamburg und Bremen sollen die Initiative ergreifen, um den Rostocker Kollegen zu Hilfe zu kommen. Mit sich rasch ausbreitenden Massenstreiks würde sich der Druck zur Mobilisierung der ganzen Arbeiterbewegung steigern. Aber der Generalstreik ist kein Allheilmittel. Dringend notwendig sind *gewählte Streikkomitees* und *Arbeiterräte,* um die Kontrolle aus den Händen der Bonzen zu reißen.

Die DGB-Spitzen können nicht genug darüber einseifen, wie sehr die Basis doch mit ihren Ausbeutern in einem Boot säße und wie machtlos sie angeblich sei. Gerade jetzt, wo die Entlassung einer halben Million Metaller Schlagzeilen macht, zieht Franz Steinkühler ein Volksfront-Medienspektakel ab, um Kohl das Eigelb vom Gesicht zu wischen. Die IG-Metall-Bonzen gaben selbst die Verhandlung über Kurzarbeitregelung und Kündigungsschutz auf. Ihre Antwort auf Massenentlassungen ist: flächendeckende Arbeitslosenbüros im Osten aufzumachen! Der große Renner für IGM- und ÖTV-Bürokraten sind die „Sanierungsgesellschaften", die niemand „qualifizieren", sondern Arbeiter durch sinnlose „Beschäftigungen" aus dem Verkehr ziehen sollen. Sonst könnten sie auf „dumme Gedanken" kommen — in den Streik treten und gemeinsam zurückschlagen.

Wenn die organisierte Arbeiterbewegung einmal auf die Beine kommt und anfängt, harte defensive Kämpfe zu führen und ihre Interessen durchzusetzen, wird dieser Kampf sehr schnell an die Grenzen des ganzen kapitalistischen Systems stoßen. Sobald die Basis der IG Metall die Arbeit niederlegt und auf die Straße geht, ist schon die Machtfrage gestellt. Zur Zeit hängt Helmut Kohl in den Seilen und es geht im ganzen bürgerlichen Lager ziemlich durcheinander: Koalitionengerangel in Bonn, Gerüchte von Partnertausch der FDP von schwarz zu „rot", Führungswechsel in der SPD. Dies ist kein schlechter Zeitpunkt für die Arbeiter, den Kampf aufzu-

nehmen. Aber um die notwendigen Kämpfe zum Sieg zu führen und nicht nur einige SPD-Größen in die Ministersessel zu hieven (mit Genscher als Kanzler und Jobkiller Möllemann immer noch am Wirtschaftssteuer!), brauchen wir eine echt leninistische Partei, die den Klassenkampf konsequent zu führen weiß.

Stichtag: 1. Juli

Streiks und Besetzungen gegen Entlassungen und Betriebsschließungen werden gegen den Widerstand der Streikbrecher und Büttel des Kapitals in der Arbeiterbewegung, wie Steinkühler, Rappe und Wulf-Mathies, organisiert werden müssen. Sobald es zum Kampf kommt, entdecken ostdeutsche Arbeiter, was die HDWler bei der Besetzung der Werft in Hamburg 1984 sagten: „Wir hätten das Betriebsratsbüro gleich mitbesetzen sollen." Eine klassenkämpferische Führung könnte *jetzt* ein paar dringend notwendige Siege buchen, um die Arbeiter aus ihrer Verzweiflung zu reißen und ihnen das Bewußtsein zurückzugeben, daß diese Klasse die Zukunft in die eigenen Hände nehmen kann:

• Die Reichsbahner zeigten den Weg mit ihrem Streik im Dezember. Er wurde von Eisenbahnern im Westen solidarisch begrüßt, aber genau als Hamburger Bundesbahner in Streik traten, würgten die Bürokraten den Kampf ab. Jetzt ist die Schonzeit vorbei, und die Kündigungswelle soll rollen. Die mutwillige Verwüstung der ostdeutschen Wirtschaft heißt, daß heute fast ein Drittel weniger Fracht mit der Bahn befördert wird. Wir brauchen mehr und bessere Verkehrsverbindungen im Osten. Die Stillegung von fast der Hälfte der Strecken und 50000 Entlassungen unter Ex-Bullenminister Zimmermann können gestoppt werden! Notwendig ist ein kompromißloser Streik in ganz Deutschland.

• Die Werftarbeiter im Westen machten Ende Mai den ersten Schritt, um dem Ansturm der kapitalistischen Herrscher zu begegnen. Als Möllemann am 21. Mai die Streichung der Subventionierung der Werften verlangte, ein Vorschlag, den Schiffbau in ganz Deutschland dichtzumachen, gingen gleich am nächsten Tag 10000 Metaller auf die Straße statt in die Frühschichten. Heute will die Treuhand den Schiffbau in Rostock zerstören. Notwendig ist ein *gemeinsamer Kampf in Häfen und Werften,* der *alle* Betriebe an der Nordsee- und Ostseeküste einschließt, von Emden, Bremen und Hamburg bis Wismar, Stralsund und Rostock. Ein Kampf von ÖTV und IGM kann die Vernichtungspläne der Bosse stoppen. Die Betriebe im DDR-Gebiet dürfen nicht erwürgt werden, während die Häfen im Westen wie wild expandieren und die Aufträge nur den West-Werften zugesteckt werden. 350000 Arbeiter aus dem Osten fahren zur Arbeit in den Westen. Schluß mit der spalterischen Einstellungspraxis der Hafen-Bosse! Organisiert die Pendler und „Unständigen"! Feste Einstellungen für alle bei höchsten Tarifgruppen! Die Arbeit in allen Häfen muß auf alle Hände aufgeteilt werden — alle Einstellungen unter Kontrolle der Gewerkschaften!

• 600000 Öffentlich Bedienstete im Osten werden zum Freiwild erklärt. Ein finsteres antikommunistisches Klima von Polizeistaat-Angst soll geschaffen werden, um die Arbeiter einzuschüchtern und zu disziplinieren. Und viele haben die Nase voll von der SPD-gesteuerten Jagd auf Kommunisten, von Stasi-Gesetzen und Verfassungsschutz-Amoklauf, der jetzt sogar die Krankenhäuser erfaßt. In der letzten Woche demonstrierten Lehrer in Halle gegen die Hexenjagd, die besonders an Universitäten und Schulen entfacht wird. Die DGB-Bonzen heulen am lautesten mit, aber die Gewerkschaften haben die Macht, damit aufzuräumen!

• Frauen und Immigranten haben die Entlassungen zuerst und am härtesten getroffen; über 80 Prozent der eingewanderten Kollegen im Osten sind schon arbeitslos. Täglich steigen Terrorangriffe auf Immigranten an, verübt von den faschistischen „irregulären Truppen" des Kapitals. Bonns Politik per „Ausländergesetz" ist Teil der allgemeinen Hexenjagd: „Duldung" statt Asylrecht, Verdrängung von Immigranten aus den Betrieben, massenhafte Abschiebungen. Schluß mit dem ganzen rassistischen Ansturm! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Die Arbeiterbewegung muß fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Dringend notwendig sind jetzt integrierte, von den Gewerkschaften organisierte Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen und Selbstverteidigungsgruppen, um die Wohnheime der eingewanderten Kollegen zu schützen und die Faschisten zu stoppen! Viele eingewanderte Industriearbeiter im Westen sind erfahrene Kader, erprobt in harten proletarischen Kämpfen und ein Schlüssel zum Aufbau einer neuen proletarischen Führung. Der Kampf um volle Staatsbürgerrechte für Immigranten würde die dringend notwendige Einheit aller Teile der Klasse schmieden, um Siege für *alle* zu erringen.

• Die Kindertagesstätten und Horte im Osten sollen massenweise geschlossen werden, wenn die staatlichen Subventionen am 1. Juli auslaufen. Die Offensive gegen das Recht der Frauen auf Abtreibung läuft mit Volldampf. Frauen im Osten sollen zurück an Heim und Herd getrieben werden, wie im Westen. Heuchlerisch werden sie im Namen des „Schutzes" der Frau vor Nachtarbeit aus ganzen Industriezweigen hinausgedrängt. Weitet die wirklichen Schutzmaßnahmen auf alle Arbeiter aus! Die organisierte Arbeiterbewegung muß für die Rechte der Frauen kämpfen! Eine entschlossene, klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften müßte *jetzt* Aktionen organisieren, um die Kinderbetreuungseinrichtungen im Osten zu erhalten und im Westen auszubauen. Weg mit den Paragraphen 218/219! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Kurz gesagt: Wir brauchen eine Führung, die ein Kampfbündnis schmieden kann von Arbeitern Ost und West und besonders denen, die am härtesten getroffen werden und die die Herrscher des Vierten Reichs auseinanderhalten wollen: Frauen, Immigranten und die Kollegen, die schon arbeitslos sind. Vor allem müssen sie organisiert und in diese Kämpfe direkt einbezogen werden. Nazi/Skinhead-Banden versuchen, jugendliche Arbeitslose als Rekrutierungsbasis zu benutzen. Zielscheibe sind Immigranten, Schwule, Linke, letztendlich streikende

Fortgesetzt auf Seite 8

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Diskussionsveranstaltung mit Video-Vorführung:

„Wir stoppten den Ku Klux Klan in Philadelphia!"

Leipzig
Mittwoch, 10. Juli, 19.00 Uhr
Kinder- und Jugend-VILLA, Raum 24
Karl-Tauchnitz-Straße 3

Halle
Sonnabend, 20. Juli, 16.00 Uhr
Joliot-Curie-Platz 29/30, Klubraum

Arbeiter, schlagt zurück...

Fortsetzung von Seite 7

Arbeiter. Der Kampf gegen den Faschismus muß von der organisierten Arbeiterklasse geführt werden.

Brecht den Würgegriff von SPD/DGB!

Um die proletarische Basis von der SPD wegzubrechen, muß eine alternative, *revolutionäre* Führung die Sozialdemokraten in harten politischen Konfrontationen *im Kampf* entlarven. Seitdem sie am 4. August 1914 endgültig ins Lager der Bourgeoisie überging, spielt diese Verräter-Partei nach wie vor die alte Sessel-Polonaise: vom Betriebsrat zum Aufsichtsrat zur Ministerriege. Aber weil die Arbeiter keine wirkliche Alternative hatten, ist die SPD ihre traditionelle Partei im Westen geblieben.

Klassenkämpferische Aktivisten in den Betrieben im DDR-Gebiet können heute im politischen Kampf um den Weg aus der Misere das Gehör beachtlicher Teile der Arbeiter finden, denn keine politische Kraft hat das Führungsvakuum seit dem Kollaps des Stalinismus gefüllt. Die PDS-Führung, die zuerst den damaligen Arbeiterstaat DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hat und dann dafür sorgte, daß die eigenen Parteikassierer ins Gefängnis geworfen wurden, bastelt jetzt an einem Parteiprogramm, um sich als Marktwirtschaftsbekenner an die Bourgeoisie anzubiedern. Diese Zyniker zerbrechen sich den Kopf darüber, wie man die Kapitalisten zu Investitionen ermuntern kann; die SPD wollen sie mit ihrem Gefasel über „Mitbestimmung" übertrumpfen. Aber große Teile ihrer Basis ziehen nicht mit. Sie wollen nicht die „besseren" SPDler sein; sie verstehen sich als Linke und suchen einen Weg vorwärts. Gegen die arroganten SPD/DGB-Bürokraten und ihre Maulkorb-Betriebsräte, Vollzugsorgane der Hexenjagd in den Betrieben, hat sich Haß und Verachtung ausgebreitet. Die Grünen haben den Arbeitern sowieso nichts vorzuschlagen außer „Mut", den Gang zum Sozialamt anzutreten.

Als Spitzenreiter der Konterrevolution im Osten haben die Sozialdemokraten den Mund recht voll genommen, und trotz ihres neuen smart-nationalistischen Vorsitzenden Engholm sind die Parteibonzen zerstritten und besorgt. Vor einem Jahr warf die Bourgeoisie die SPD verächtlich beiseite. Heute ernten die SPD/DGB-Spitzen Lob von Kohl für ihre Dienste an die Kapitalisten, die die Ost-Wirtschaft in Scherben schlagen. Eine informelle Volksfront regiert, in der die SPD fast alle Länderregierungen im Westen stellt und praktisch ein Vetorecht in Bonn hat. So wurde Waigels Steuerprogramm von der SPD gestoppt, doch nur, um einige kosmetische Korrekturen auszuführen und *noch größere* Investitionszulagen für die Kapitalisten auszuhandeln.

Die Atmosphäre ist seit Wochen angespannt, an der Küste genau wie im industriellen Süden in Großbetrieben wie Leuna, Buna, Wölfen und Bitterfeld. Unter der Wucht der Angriffe am 1. Juli könnten sich die ausbrechenden Kämpfe sehr schnell zu einem Generalstreik ausweiten. Aber diese Losung wie eine Ikone aufzustellen, ohne reale Kämpfe, die zusammengefaßt und ausgeweitet werden können, ist pseudokämpferische Spielerei. Die SPD-Satelliten wie „Arbeitermacht" und der dubiose BSA tun dies. Diese selbsternannten „Linken" machen den Bock zum Gärtner und fordern obszönerweise, die DGB-Führung solle einen Generalstreik organisieren und einen Marsch auf Berlin (bzw. Bonn) organisieren. Doch jeder weiß: die verräterische DGB-Führung arbeitet offen im feindlichen Lager, um Kämpfe zu verhindern und die Arbeiter zu verkaufen.

Geschlossener Arbeiterwiderstand in Deutschland würde den Arbeitern Osteuropas bei ihren Kämpfen gegen die kapitalistische Restauration einen mächtigen Auftrieb geben, bis hin zur Sowjetunion. Das proletarische Gespenst geht um, Helmut Schmidt warnt vor den „großen Gefährdungen" der Entwicklung in der UdSSR und Osteuropa: „Auch uns Deutsche kann der Teufel holen". Inzwischen bereiten die Kapitalisten und ihre SPD-Leutnants heute ihre „Festung Europa" vor; und das heißt die Vorbereitung eines dritten Weltkriegs: zuerst deutsche Soldaten in Blauhelmen, dann die WEU-„Pufferrolle", um „Krisenherde in Osteuropa zu erstikken". Heute ist es dringender denn je, daß die Arbeiter ihre eigene Führung organisieren und eine internationalistische Partei aufbauen, die für die Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse kämpft.

Für eine Arbeiterregierung, die auf Räten basiert!

Der Braunkohlebergbau im Osten soll sterben, doch nicht, weil die Kapitalisten einen sinnvollen Aufbau der Energiewirtschaft vorhaben, sondern weil sie die Arbeiterschaft der ostdeutschen Reviere zerstören wollen. Auch die subventionierten Steinkohlezechen im Ruhrgebiet sollen sterben; die Bosse wollen alles über Bord werfen, was ihre Profite schmälert, weil sie eine günstigere Ausgangsposition für 1992, für die DM-Dominanz in ganz Europa suchen. Nach den brutalen Gesetzen des „freien Markts" spielen sie westdeutsche gegen polnische und südafrikanische Kumpel aus, die für einen Hungerlohn arbeiten, sowie Ost gegen West, deutsche gegen sowjetische Arbeiter.

Genau dies geschah bei einer Betriebsversammlung der Filmfabrik Wölfen am 6. Juni, wo der Betriebsrat und die Bosse Massenentlassungen ankündigten: bis Ende 1993 sollen von bisher über 11000 nur noch 600 Arbeiter übrigbleiben! Dort versuchte ein Vorstandssprecher, die Wut der Arbeiter abzulenken und der Sowjetunion die Schuld für den Niedergang von ORWO in die Schuhe zu schieben, weil diese keine Verträge mehr unterzeichne. Doch mit dem DM-Anschluß hat sich das wiedervereinigte Vierte Reich eine Basis für seinen wirtschaftlichen Drang nach Osten verschafft, um die wirtschaftlichen Beziehungen Osteuropas völlig zu zerstören und die Sowjetunion mit DM-Devisen auszubluten und zu erpressen.

Die Politik der Spartakist-Arbeiterpartei fand bei den Arbeitern von Wölfen großen Anklang: „Besetzt ORWO, marschiert auf MIBRAG und auf Bitterfeld, jetzt!" und „Für gewählte Streikkomitees, um den Streik zum Sieg zu führen!" Während der Betriebsrat seine Hetze gegen die Stasi betrieb, diskutierten wir mit den Arbeitern darüber, wie wir die Verzweiflung der Arbeiter überwinden und die Entlassungspläne der Kapitalisten zurückschlagen können.

Zahlreiche moderne Industriebetriebe in der DDR, die ihre Produktion überwiegend im Westen verkauften (bei Leuna sogar 70 Prozent), sowie gut funktionierende Dienstleistungsbetriebe wie Interflug werden aus reiner politischer Rache kleingeschlagen. Tatsächlich sind Milliardenbeträge heute notwendig für infrastrukturelle Investitionen, um die kaputtgefahrene Wirtschaft im DDR-Gebiet zu sanieren und in Ost und West eine auf rationaler Basis aufzubauen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Aber die Kapitalisten sind mit ihrem krisengeschüttelten System nur imstande, die Wirtschaft weiter zu desorganisieren und Kriege und Zerstörung hervorzubringen. Die Arbeiter brauchen eine wirkliche Arbeiterregierung — ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!«

Amerikanische Trotzkistin in Leuna

Arbeiter: Kämpft für die Rechte der Frauen!

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einer Rede von Marjorie Stamberg, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., sowie aus der Diskussion bei einer Spartakist-Veranstaltung zum Thema „Verteidigt die Frauenrechte - Weg mit Paragraph 218! Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!", die am 23. April in Leuna stattfand.

Es war Marx, der bemerkt hat, daß man eine Gesellschaft an der Stellung der Frau darin messen kann. Ich denke, dies ist ein guter Standard, den man anwenden kann. In diesem Zusammenhang ist es auffällig, daß als Teil der Wiedervereinigung die ersten Opfer die Immigranten und die Frauen sind. Der empörende Paragraph 218 soll jetzt überall im Lande Geltung haben, und wie ich das sehe, nachdem ich den *Spartakist* gelesen habe, stoppen deutsche Grenzer westdeutsche Frauen, die von den Niederlanden zurückkommen, und durchsuchen ihr Gepäck, um herauszufinden, ob sie eine Abtreibung hatten. Einige wurden sogar zu römisch-katholischen Krankenhäusern gebracht, wo sie gezwungen wurden, sich einer Untersuchung ihrer Gebärmutter zu unterziehen.



Workers Vanguard

Lehrerstreik in Chicago 1987: Frauen, Minderheiten an Frontlinie des Klassenkampfs. Streikposten überquert man nicht!

So ist die Frauenfrage eine brennende Frage in ganz Deutschland heute. Sogar bürgerliche Zeitungen wie *Der Spiegel* müssen zugeben, daß die Frauen die großen Verlierer der Wiedervereinigung sind. Unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und international die Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpften und kämpfen immer noch, um die sozialen Errungenschaften in der ehemaligen DDR zu verteidigen als Teil des Kampfes für die Arbeiterrevolution in ganz Deutschland.

Heute abend will ich hauptsächlich über die Frauenbewegung in den USA sprechen und über meine eigenen Erfahrungen darin. Ich möchte betonen, daß dies grundsätzlich eine Klassenfrage ist. Viele der Errungenschaften, die in den letzten beiden Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten erkämpft wurden, kamen vor allem den Frauen der Oberschicht zugute, und was wir heutzutage haben, ist diese groteske Situation, daß Frauen als weibliche Krieger am Golfkrieg teilgenommen haben. Diese Frauen meldeten sich freiwillig, um einer imperialistischen Armee zu dienen bei der Zerstörung des Lebens der irakischen Bevölkerung, und dabei haben sie zum Beispiel Wasserwerke bombardiert, so daß jetzt die irakischen Kinder an Cholera sterben.

Ich möchte ein wenig über die Geschichte der Frauenbewegung in den USA reden. Es gibt zwei wichtige Perioden: die erste war um die Jahrhundertwende, es ging um die Frage des Wahlrechts und den Kampf der Suffragetten, und die zweite war die explosionsartige Entwicklung der Frauenbewegung in den 60er Jahren. Als Marxisten schauen wir uns die ökonomische Basis dieser Entwicklung ,an und die Vorbedingungen für den Eintritt der Frauen in das soziale Leben. Ende des letzten Jahrhunderts zog die Ausweitung der Fabriken große Mengen an Frauen in die Produktionsarbeit; in den Vereinigten Staaten führte das zu den großen Organisierungskampagnen [der Gewerkschaften] für Frauen in der Textilindustrie. Zum Beispiel im Jahre 1908: nach dem Marsch der Arbeiterinnen in New York City rief Clara Zetkin den Internationalen Frauentag in Solidarität mit diesen Arbeiterinnen von New York aus. 1911 war ein Feuer in einer großen Textilfabrik der Ausschlag für den Kampf gegen das Ausbeutersystem und für den Achtstundentag.

Wir machen jetzt einen großen Sprung in die 60er Jahre (und überspringen ein Stück Geschichte), wo wir die zweite Welle des Kampfes für Frauenrechte und große Veränderungen hatten. Die ökonomische Grundlage dafür war der Fortschritt, der durch die Industrialisierung der Hausarbeit gemacht wurde — nicht Sozialisierung, sondern Automatisierung, und das ist sehr wichtig. Man hatte jetzt Geschirrspüler, Waschmaschinen, Staubsauger, Fertiggerichte, und inzwischen auch Mikrowellenherde; bei uns in den USA gibt es das zwar noch nicht, aber ich weiß, daß man in Frankreich schon per Computer einkaufen kann. Clara Zetkin sagte, daß die Massenproduktion von Artikeln des täglichen Gebrauchs die Produktion im Haushalt überflüssig machen würde. Um 1960 herum gab es keinen Grund mehr für die Frauen,

Fortgesetzt auf Seite 10

Rechte der Frauen...

Fortsetzung von Seite 9

zu Hause zu bleiben. Ein weiterer Faktor war, daß Frauen jetzt Zugang zu höherer Bildung hatten.

In dieser Zeit gab es in den USA auch eine Reihe von sozialen und politischen Explosionen; und weil die USA politisch ein sehr rückständiges Land sind, hatten diese Bewegungen die Züge von radikal-demokratischen Bewegungen, nicht von sozialistischen Bewegungen. Es gab die Bürgerrechtsbewegung für die Gleichberechtigung der Schwarzen, es gab die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam, und aus diesen beiden ist die Frauenbewegung gewachsen.

Über diese Entwicklung möchte ich aus sehr persönlicher Erfahrung über die meiner Meinung nach erste Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten sprechen, die sich „Red Stockings" („Rote Strümpfe") nannte, in radikaler Anlehnung an „Blue Stockings", was der Spitzname der Suffragetten war. Eine Reihe dieser Gruppen entstand, weil die radikale Studentenbewegung, die Neue Linke, sich zu dieser Zeit absolut weigerte, die Unterdrückung der Frau anzuerkennen. Damals wurde gesagt, wenn eine Frau wegen der Unterbringung ihrer Kinder Probleme hatte, zu einem Treffen zu kommen, oder wenn sie ein wenig scheu war und sich nicht traute, auf einer Sitzung etwas zu sagen, daß sie persönliche Probleme habe und warum sie nicht zu einem Psychiater ginge. Die Frauen in der Neuen Linken wurden es satt, diejenigen zu sein, die den Kaffee kochten und die Telefonanrufe machten, während die Männer ihre Reden hielten und die Entscheidungen fällten.

Es gab also eine echte Basis für die Frauenbewegungen, obwohl einiges daran recht absurde Formen annahm, was im nachhinein recht unausgereift aussieht. Das waren Debatten wie „Nimm keine Kosmetika" oder „Trag keinen BH", mit der Rechtfertigung, daß wir nicht an der Konsumgesellschaft teilnehmen wollten, die Frauen wie angenehme Waren behandelte. Und ich glaube, das Ereignis, das damals am meisten durch die Presse ging, war die Störung der Miß-America-Wahl 1969; die Miß America war das Symbol für die Barbie-Puppe, die das Abbild der amerikanischen Frau sein sollte. Und dann will ich euch noch erzählen von der „Weathermen"-Gruppe, einer militanten radikalen Fraktion der Neuen Linken. Ihr Slogan zur Frauenbefreiung war „Zerschlagt die Familie!", und der Weg, wie du aus der Kernfamilie ausbrechen solltest, war, jede Nacht mit einem anderen Typen zu schlafen. Dies ist nicht gerade das Programm für die Frauenbefreiung, und überhaupt ist die Vorstellung, die Familie zu zerschlagen, grotesk, denke ich. Es war Engels, der schrieb, daß die Familie die Grundeinheit für die Unterdrückung der Frauen ist. Sie ist die soziale Basis und die Grundfeste des kapitalistischen Systems. Das Prinzip ist, die Frauen in ihrem Heim isoliert zu halten, sie zu atomisieren, was die Frauen sehr konservativ und besorgt um ihr privates Hab und Gut macht, so daß sie nicht solche Dinge machen wollen wie herauszugehen und zu streiken, oder andere Dinge, die das System ins Wanken bringen. Gleichzeitig aber erfüllt die Familie wichtige soziale Funktionen, wie die Erziehung und die Fürsorge für die Kinder, aber sie kann nicht einfach zerschlagen werden: sie muß ersetzt werden. Die Familie muß überwunden, überflüssig gemacht werden, so daß diese sozialen Funktionen von anderen Stellen erfüllt werden können.

Zur Zeit der Frauenbewegung entwickelte sich sehr schnell der Trend, sie an die Arbeiterklasse heranzubringen. Unsere Frauengruppe in Oakland/Kalifornien, wo ich damals lebte, war eines der Zentren dieser Entwicklung. Wir wußten, die Arbeiterklasse hat Macht, und wenn wir irgendetwas ändern wollten, mußten wir zur Arbeiterklasse gehen. Wir gründeten die Gruppe „Oakland Women's Liberation" [Frauenbefreiung Oakland]. Oakland/Kalifornien ist historisch ein sehr wichtiger Ort. Es ist ein Zentrum von Arbeitern und Schwarzen, die Heimat der Black Panther Party und von vielen radikalen Studentengruppen. Unsere Gruppe wurde sehr schnell sehr groß. Wir hatten mehrere hundert Mitglieder, und wir machten alles mögliche wie Frauengesundheitskollektive, Gruppen zur Steigerung des Bewußtseins und Anleitung zum Kampf am Arbeitsplatz. Und als wir beschlossen, in die Arbeiterklasse zu gehen, suchten wir uns die Telefongesellschaft aus, denn damals waren so gut wie alle Beschäftigten im Amt Frauen. Und das hatte einen guten Grund, denn sie waren bereit, für minimalen Lohn zu arbeiten, sie waren leicht einzuschüchtern, sie waren die einzigen, die gezwungen waren, die paternalistische Art des Bosses zu ertragen. Ich wünschte, ich hätte mehr Zeit, euch davon zu erzählen, denn ich habe neun Jahre dort gearbeitet. Da sind lange Reihen von Frauen, die an den Schaltpulten sitzen, man durfte nicht miteinander reden, man mußte um Erlaubnis bitten, um auf die Toilette gehen zu können. Sie behandelten einen wie Schulmädchen. Ein weiterer Ort, wo wir arbeiteten, war eine Flaschen- und Kartonfabrik von Owens Illinois. Wir wußten es zwar schon, aber dort haben wir regelrecht gesehen, daß das, was an erster Stelle kommt, die Klassenfrage ist. Wir arbeiteten drei Jahre in diesen Fabriken, und wir gewannen eine Menge neuer Freunde, aber es war auffallend, daß wir politisch sehr isoliert waren von den anderen Frauengruppen und den meisten in der Linken. Die anderen Frauengruppen mochten uns nicht, weil wir sagten, daß der Kapitalismus der Hauptfeind ist und nicht die Männer; und die stalinistischen Gruppen mochten uns nicht, weil wir sagten, daß die Familie das Grundelement der Unterdrückung der Frau ist. Die Stalinisten glorifizierten die Familie. Sie hatten sogar den Slogan „Die Familie als kämpfende Einheit für den Sozialismus", und sie machten Propaganda für „Kinder, Küche, Kirche", ... vielleicht ohne „Kirche". Zu jener Zeit hielt ich nicht viel vom Trotzkismus, da ich mehr im stalinistischen Milieu zu Hause war und darüber nicht nachdenken wollte.

1969 trat eine der Gewerkschaften (in der wir nicht

organisiert waren) in unserer Fabrik in Streik. Unsere Gruppe wußte, daß unsere Gewerkschaft zwar auch streiken wollte, aber erst eine Woche später. Wir wußten, es ist ein gemeinsamer Kampf, und sobald sie mit dem Streik anfingen, weigerten wir uns, die Streikposten zu durchqueren, und schlössen uns den Streikposten an, um den Streik zu unterstützen. Aber viele Kolleginnen gingen durch die Streikpostenkette und zur Arbeit, und es machte uns wirklich wütend, daß sie, als sie den Streik brachen, feministische Argumente benutzten, um ihr Verhalten zu rechtfertigen. Sie sagten: wir sind die am meisten Unterdrückten, oder: diese Männer haben noch nie für Frauen gekämpft, oder: diese Weißen haben noch nie für Schwarze gekämpft, warum sollten wir ihren Streik unterstützen? Uns standen die Haare zu Berge bei diesen Argumenten, denn wir hatten immer gesagt, daß es keinen Widerspruch zwischen Feminismus und Sozialismus gibt; und hier wurde die eine Ideologie benutzt, um die andere zu unterlaufen! Ich erzähle euch diese Geschichte, weil sie sehr plastisch den Unterschied zwischen Feminismus und dem wirklichen Kampf für die Frauenbefreiung zum Ausdruck bringt.

Auszüge aus der Diskussion

Vera: Mir scheint, daß ihr zweierlei wollt. Natürlich, ihr verteidigt die DDR. Wir hatten eine ganze Reihe von lobenswerten Einrichtungen. Es war aber schwierig für eine Frau, voll berufstätig zu sein, weil die Kindereinrichtungen andere Öffnungszeiten hatten. Dadurch, daß die Frau gezwungen war, zu Hause zu bleiben und sie das Kind betreute — nicht der Mann —, blieb sie beruflich auf der Strecke, so daß letztendlich auf ganz kaltem Wege bei der Führung in den Wirtschaftsorganisationen bis hinauf ins ZK und zur Regierung die Frauen kaum vertreten waren. Es war für den Staat unbedingt wichtig, daß die Frau arbeitete. Und über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig. Aber die Frau hatte die volle Last des Haushalts, der Kindererziehung. Alles das hemmte die Frau letztendlich. Das heißt nicht, daß wir das Gute, das da war, aufgeben möchten, daß man um das Gute nicht kämpfen muß und es nicht erhalten muß. Aber man muß die Partei dafür aufbauen.

Simone: Was mich stört, jetzt, nachdem wir wieder Kapitalismus haben, nach der Wiedervereinigung: vorher waren wir eigentlich ein kinderfreundlicher Staat, was wir jetzt absolut nicht mehr sind. Wer kann es sich leisten, Kinder zu erziehen, wenn er keine Arbeit hat? Es kostet vom Prinzip her alles, was wir bisher hatten: die Kinderversorgungseinrichtungen werden unheimlich teuer, die Schulspeisung usw. Die Frauen müssen aus der Schichtarbeit raus, die werden einfach nicht mehr gesehen. Ich war mal in einem Stahlbetrieb: die Frauen dort müssen auch raus, die wollen sie einfach nicht mehr haben.

Jan: Ich glaube, wir müssen uns über den Umfang dessen, was jetzt in Deutschland gegen die Frauen gemacht wird, im klaren sein. Das ist die größte Zurückdrängung der Frauenrechte in der Geschichte. Der Kapitalismus muß die Familie stärken, um die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Und das sehen wir heute, im DDR-Gebiet sieht man das so klar wie nirgendwo sonst auf der Welt. Sie müssen die Frauen aus der Arbeit herausdrängen, aus dem öffentlichen Leben, und ans Heim ketten, um die Werktätigen unter Kontrolle zu haben. Denn sonst gäbe es sehr große Teile der Bevölkerung, die — obwohl sie ein bißchen eingeschüchtert wären von der Wiedervereinigung — immer noch einen großen Sinn von Gleich-



stern

Hamburg: Frauen an der Spitze der militanten HDW-Werftbesetzung 1983

heit und Gerechtigkeit hätten. Und dies müssen sie loswerden; sie sollen überzeugt werden, daß es unmöglich ist, daß die Frauen wirklich gleiche Rechte haben. All diese Sachen haben nichts mit einem Kohl zu tun. Es wäre genau so, wenn es die Sozialdemokraten wären, die in Bonn sitzen oder in Berlin.

Wir wollen Frauen zur revolutionären Aktivität gewinnen, damit sie eine besondere Rolle in der Partei spielen, die sie im Stalinismus nie wirklich hatten; und auch, weil wir damit einen sehr wesentlichen Bestandteil des Trotzkismus erklären können, nämlich unser Verständnis des Stalinismus, der auf der Basis des proletarischen Eigentums sich aufbaute, aber im Gegensatz dazu stand. Und es war dieser Gegensatz, der bestimmte, daß Stalin schon 1935 die Rechte auf Abtreibung, Rechte auf Ehescheidung zurückgedrängt hat. Und daß in den letzten Jahren der DDR, nach einer Periode, wo die Frauen aufgefordert waren, an dem neuen Staat teilzunehmen, sie auf Konsumismus und nicht auf den Kommunismus orientiert wurden.

Klaus: Es geht um das Recht auf Abtreibung. Auch ich bin für dieses Recht. Ich bin aber gleichzeitig der Meinung, daß die in der DDR gehandhabte Fristenlösung doch eine recht vernünftige Lösung ist. Einmal tritt ja mit fortschreitender Schwangerschaft mit nachfolgender Abtreibung die Gefahren gesundheitlicher Schädigung der Frau immer mehr in den Vordergrund. Und man muß auch einmal den Punkt sehen, wo aus einem Fötus ein Mensch wird, ein Lebewesen, das Recht auf Leben besitzt.

Ich habe jahrelang Schichten gemacht. Wenn ich früh um fünf die jungen Mütter mit ihren Kleinstkindern gesehen habe, die rausmußten — bei jedem Wetter, bei Schnee, Regen. Auch finde ich, daß das Verbot der Nachtarbeit für Frauen einmal eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse war. Daß es für falsche Zwecke eingesetzt wird, ist auf einem anderen Blatt geschrieben. Und wie gesagt, es ist mir selbst schwergefallen, und wenn ich gesehen habe, wie manche Kolleginnen gekämpft haben, um die Nacht zu überstehen unter den gegebenen Umständen, dann würde ich unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ein Verbot der Nachtarbeit oder zumindest ein Recht auf Ablehnung der Nachtarbeit für Frauen durchaus begrüßen.

Karl-Heinz: Was dieser Genösse gesagt hat gegen die

Fortgesetzt auf Seite 21

„Neue Weltordnung"...

Fortsetzung von Seite 1

Weltordnung" gesprochen, von einer vermeintlichen Friedensordnung, bei der die üblichen internationalen Umgangsregeln anmaßenden Dritte-Welt-Diktatoren aufgezwungen werden und die Vereinten Nationen ihren ursprünglichen Auftrag erfüllen können. Viele kleinbürgerliche Linke meinten einen Widerspruch darin zu sehen,



D. Hudson/Sygma

„Todesstraße" nach Basra - Imperialistische Massenmörder bombardierten Irakis auf dem Rückzug

daß diese zweite Auflage des „Völkerbundes", die sich zum Weltfrieden bekennt, als Kriegsinstrument der USA dient. Aber genau das war die Mission der UNO, als sie 1945 gegründet wurde als Dachorganisation für eine *„pax americana"*. Zumindest von amerikanischer Seite aus sah man das so. Daß Stalin darunter die Erweiterung der Kriegsallianz zwischen den USA und der UdSSR verstand, war sein Mißverständnis, wie sich bald im Koreakrieg herausstellte, als die UN-Flagge als Aushängeschild für das amerikanische Expeditionskorps diente.

Der Golfkrieg war nicht so sehr die Mutter, sondern eher das Stiefkind aller Schlachten. Vom Start- bis zum Endschuß dauerte er 44 Tage, der Bodenkrieg war auf 100 Stunden begrenzt. Obwohl das Pentagon fortwährend vom irakischen Heer als der viertgrößten Armee der Welt sprach, war diese technologisch den Amerikanern zumindest um zehn Jahre unterlegen, so daß die Iraker ihre Gegner nicht einmal sichten konnten. Amerikanische Piloten prahlten, es sei ein „Truthahnschießen". Als „Nintendokrieg" wurde er oft bezeichnet, ein großangelegtes Videospiel. Und als Fernsehspielfilm wurde er präsentiert: Die Zuschauer konnten die „Präzisionsbombardierung" miterleben, wo „kluge" Waffen ihre Ziele mit hundertprozentiger Genauigkeit trafen. Freilich sah es in Wirklichkeit ganz anders aus. Wären sie nur präzise auf militärische Objekte gerichtet gewesen, dann wäre nicht einmal ein Zehntel der 100000 Flugmissionen nötig gewesen, um alle auf ihrer Abschußliste stehenden Einrichtungen und Einheiten zu zerstören.

Nein, es war ein kaltblütiges Massaker. Bei den „alliierten" Truppen soll es nur 182 Tote gegeben haben seit dem letzten August, ein Großteil davon irrtümlich getroffen von den eigenen oder verbündeten Streitkräften. Das ist weniger, als an einem normalen Wochenende in den Vereinigten Staaten bei Autounfällen sterben. Aber auf irakischer Seite soll es schätzungsweise 100000 militärische Tote gegeben haben und weitere 35000 Tote unter der Zivilbevölkerung. Von „chirurgischen Operationen" war vielfach die Rede, aber das einzige, was man als antiseptisch beschreiben könnte, war die Auswahl der Kriegsbilder für das Fernsehen und die Druckmedien. Immer wieder diese Düsenjäger, die bei Morgensonne starteten, aber nur *zwei* tote irakische Soldaten.

Es war grausam, schrecklich. Um nur ein Beispiel zu nennen: als die A-10- und F-15-Jets vom Flugzeugträger *Wisconsin* am letzten Tag des Krieges starteten, um über die sogenannte „Todesmeile" auf der Autobahn nördlich von Kuwait zu fliegen, wurde wiederholt die Wilhelm-Tell-Ouvertüre über die Schiffslautsprecher gespielt. Ich weiß nicht, ob ihr das Fernsehprogramm kennt, aber dies ist in den Vereinigten Staaten als die Begleitmusik für den „Lone Ranger" bekannt — dieser maskierte Cowboy auf dem schneeweißen Pferd, der in Selbstjustiz mit seinen Pistolen Gerechtigkeit austeilt, Räuber und Schurken niedermetzelt usw. Und dann haben diese Piloten *stundenlang*, über 18 Stunden lang, diese einzige Strecke bombardiert und mit Maschinengewehren *alles* getötet, was sich noch bewegen konnte. Kein Fehler, keine Ausschreitung, das war absichtlicher Massenmord; so wie die Bombardierung der berühmten Babymilchfabrik und des sogenannten „Bunkers" von Al Amarrhiya in Bagdad. Sie wußten von vornherein, daß Frauen und Kinder da waren — es waren die Familien von hohen Militärs, und dies war als Einschüchterungsmaßnahme gedacht. Die Doktrin der „Schrecklichkeit" hat das Pentagon zusammen mit dem Blitzkrieg von Nazideutschland übernommen. Das Ziel war es, anderen möglichen Feinden beizubringen, daß Amerika sie erbarmungslos niedermetzeln würde. Und auch ihre neuen Waffen wollten sie ausprobieren und zur Schau stellen. Militärisch war das alles überflüssig, weil Saddam Hussein den bedingungslosen Rückzug aus Kuwait schon befohlen hatte.

Im Golfkrieg hatte die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) von Anfang an gegen die imperialistische Invasion gekämpft. Als viele bürgerliche Liberale und Sozialdemokraten die UN-„Sanktionen" befürworteten, sagten wir klipp und klar, daß dies nur eine Vorstufe des Angriffs war, und wir riefen dazu auf: „Brecht die Blockade gegen den Irak!" Als der Angriff dann unmittelbar bevorstand, haben wir als Kampflosung ausgegeben: „Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten - Verteidigt den Irak!" Wir haben damit die Lehren von Lenin aus dem Ersten Weltkrieg befolgt: Den imperialistischen Krieg kann man nur mit Klassenkrieg beantworten. So haben wir zu Arbeiterstreiks gegen den Krieg aufgerufen und z. B. im Hamburger Hafen versucht, das in die Tat umzusetzen.

Die meisten Linken hingegen sind einer „sozialpazifistischen" Politik gefolgt, indem sie sich weigerten, gegen ihre „eigene" Bourgeoisie zu kämpfen und auf der Seite des halbkolonialen Irak gegen die imperialistischen Massenmörder zu stehen. Stattdessen sind sie mit populistischen Parolen herumgelaufen wie „Kein Blut für Öl!". In den USA sagten wir, daß diese Losung eigentlich „kein *amerikanisches* Blut für Öl" hieß. Und tatsächlich, sobald es sich herausstellte, daß nur wenige US-Soldaten sterben würden, ist die sogenannte „Friedensbewegung" *einfach verschwunden*, mitten in der Schießerei. Ähnliches hat die Spartakist-Arbeiterpartei in Deutschland über die einheimischen Reformisten gesagt, und dann hat Winfried Wolf von der VSP wortwörtlich „Kein deutsches Blut für Öl" gesagt. Wie auch damals, als die SpAD, einzig und allein, „Nein!" sagte zur kapitalistischen Wie-



Workers Vanguard

San Francisco - Amerikanische Spartakisten demonstrierten am 26. Januar: Für die Niederlage des US-Imperialismus! Verteidigt Irak! Für politische Arbeiterstreiks gegen den Krieg!

dervereinigung Deutschlands, da sagten diese Pseudotrotzkisten „Jein". Na gut, alles klar.

Also zum Thema. Die erzkonservative Londoner Zeitschrift *Economist* (23. Februar) hatte eine treffende Überschrift: „Neue Weltordnung: Was ist neu? Welche Welt? Wer gibt die Order?" Nun, weil dies in dem Magazinteil „Amerikanischer Überblick" stand, konnte der Leser die Antwort vermuten. Bei Kriegsbeginn, in seiner Rede zur „Lage des Bundes" vor dem US-Kongreß, sprach der Präsident Bush von der „Notwendigkeit amerikanischer Führung". Seine Befürworter sprechen jetzt von einer „unipolaren Welt", die sich auf „amerikanische Macht und amerikanischen Willen" stützt. Vor einem Jahrzehnt hat das Weiße Haus eher von einer „Dreiecks"- *(trilateraleri)* Allianz gesprochen, zusammen mit Japan und „Westeuropa, geführt (mehr oder weniger explizit) von einem vereinten Deutschland" *(Economist).* Die sogenannte „NWO" aber soll „mehr oder weniger explizit" von den USA geführt werden.

Was hat sich inzwischen geändert? Zuerst einmal, daß die Herrscher der Vereinigten Staaten glauben, ihre eigene Fessel losgeworden zu sein. Die Sowjetunion legt zur Zeit dem uneingeschränkten Gebrauch von „amerikanischer Macht und amerikanischem Willen" kein Hindernis in den Weg. Und die lähmende Erinnerung an die Schmach der Niederlage in Vietnam, so glauben sie, sei jetzt überwunden. „Mein Gott, wir haben uns für immer vom Vietnam-Syndrom entbunden", jauchzte der normalerweise zurückhaltende Bush sofort nach Ende des Golfkriegs. Oder nochmals in einer Grußrede an die Soldaten: „Das Gespenst Vietnam ist für immer im Wüstensand der arabischen Halbinsel begraben."

Lassen wir das „für immer" momentan beiseite. Tatsache ist: Von den bürgerlichen Politikern wird sich für einige Zeit keiner trauen, auch nur eine minimale Opposition gegen das nächste vom Weißen Haus und vom Pentagon angeordnete militärische Abenteuer zu leisten. Aber das heißt *nicht*, daß bei der amerikanischen Bevölkerung die Angst weggefegt wurde vor einem mörderischen, langwierigen und vor allem verlorengehenden Krieg, vor einem „Sumpf", in den man unaufhaltbar sinkt. Trotz der hohen Prozentzahlen an Popularität für Bush und seinen Krieg, trotz dieser ekelhaften gelben Schleifen, die Unterstützung für „die Jungs" zeigen sollen, ist die Welle des Patriotismus äußerst dünn.

Das hat sich sofort gezeigt, als die ganze Geschichte mit den Kurden losging. Obwohl fast niemand in den Vereinigten Staaten vorher von dieser jahrzehntelang unterjochten Nation wußte (vielleicht auch Bush nicht), wurde sofort verstanden, daß die Kurden von den USA zu dem Aufstand verlockt worden sind. Man war sehr sensibel gegenüber dem Widerspruch zwischen der „Völkerrechts"rhetorik von Bush und den Hunderttausenden verhungernden Flüchtlingen in den Bergen. Zwar hat Washington diese Lage ausgenutzt, um unter dem Deckmantel von „humanitärer Hilfsaktion" KZs für Kurden aufzubauen, den Norden Iraks zu besetzen, vielleicht in der Absicht, die Grundlage für ein kurdisches Bantustan zu legen — all das wird der Sache eines unabhängigen Kurdistans nur schaden. Aber viele erkennen schon einen neuen Sumpf.

Vietnam war ein Sieg!

Bush sprach in seiner Rede zur Lage des Bundes erneut von einem „amerikanischen Jahrhundert". Wir Spartakisten haben gesagt, und sagen es auch heute noch, daß dieses „amerikanische Jahrhundert" nach kaum 25 Jahren in den Reisfeldern von Vietnam versunken ist. Und das auch „für immer". Denn es handelt sich nicht nur um „Willen" und militärische Macht, sondern auch um die Wirtschaft. Und der wirtschaftliche Unterbau der amerikanischen Macht war schon vor 20 Jahren abgesackt. US-Präsident Lyndon Johnson wollte „Butter und Kanonen" gleichzeitig haben, d. h. den Vietnamkrieg ohne Steuererhöhungen finanzieren. (Wie auch im letzten Jahr die Bundesregierung von Helmut Kohl den Anschluß der ehemaligen DDR ohne neue Steuergelder vollziehen wollte.) Aber er konnte es nicht, und im August 1971 mußte sein Nachfolger Richard Nixon den Goldstandard aufgeben, d. h. die Stützung der amerikanischen Währung durch reale Werte — so daß seitdem das grüne Papier sich nur auf die Glaubhaftigkeit der US-Regierung stützt, genauso wie, sagen wir, der nicaragua-

Fortgesetzt auf Seite 14

„Neue Weltordnung"...

Fortsetzung von Seite 13

nische Cordoba. Freilich kann Washington den Gläubigern viel mehr Glaubhaftigkeit auftischen, einerseits wegen seiner militärischen Macht und andererseits, weil dann, wenn die USA untergeht, die gesamte kapitalistische Weltordnung zusammenkracht.

Nebenbei bemerkt, auf dem Dollar-Schein liest man „In God We Trust", also „Wir vertrauen auf Gott", was jetzt eigentlich „Wir vertrauen auf den Dollar" heißen sollte. Und auch gibt es dort so eine komische ägyptische Pyramide mit dem allsehenden Auge, *„novus ordo seclorum"* (neue Ordnung der Welt), so daß man annehmen kann, daß Bush sich vielleicht nicht nur von Adolf Hitler inspirieren ließ mit seiner „Neuen Ordnung", sondern auch von dem einst so mächtigen Dollar.

Ich möchte hier auch einen nur kleinen Abstecher machen zur Frage von Vietnam. Während der 80er Jahre, unter Reagan also, bei Demonstrationen über Zentralamerika hauptsächlich, war eine Lieblingslosung der reformistischen Linken: *„No more Vietnams!"* (Nie wieder Vietnam!) Die amerikanische Bourgeoisie wollte aber auch keine Wiederholung dieses Debakels, der erste verlorene Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Bush versprach, daß der Golfkrieg „kein neues Vietnam" sein würde, das sich in die Länge ziehen würde mit vielen (amerikanischen, versteht sich) Kriegsopfern. Als die Antigolfkriegs-Demonstrationen im Januar durch Washington zogen, hat die *Navy Times*, so eine Betriebszeitung für die professionelle Kriegsmarine, eine Karikatur gedruckt mit zwei Kästen. Auf der einen Seite -Friedensdemonstranten, von denen die Parole „Nie wieder Vietnam" ausging, und auf der anderen das Pentagon, und über ihm dieselbe Losung. Ein guter Beweis also für den patriotischen und bürgerlichen Inhalt dieser Losung. (Sie war auch der Titel von einem Band der Memoiren von Nixon.) Die Spartacist League, amerikanische Sektion der IKL, sagte hingegen, im Sinne des revolutionären Internationalismus: „Vietnam war ein Sieg! Zwei, drei, viele Niederlagen für den Imperialismus!"

Also, wir sprachen von der Wirtschaft und der „Neuen Weltordnung". Bush sagt, er will, daß die UNO ihre ursprüngliche Aufgabe erfüllt. Und was war das? Natürlich wurde damals bei ihrer Gründung in San Francisco im Mai 1945, zur Zeit des Sieges über Hitlerdeutschland, sehr viel gesprochen von der Umschmiedung von Waffen in Pflugscharen. Viel offener sprach sich George Kennan aus, bekannt als Architekt des Kalten Krieges, als er 1948 schrieb:

> „Wir haben ungefähr 50 Prozent des Welteigentums, aber nur 6,3 Prozent der Weltbevölkerung... Unsere wirkliche Aufgabe in der nächsten Periode ist es, einen Verhaltensrahmen zu entwerfen, der es uns ermöglichen wird, diese Position aufrechtzuerhalten... Um das zu tun, müssen wir mit Sentimentalität und Wunschträumen fertig werden. Wir sollten aufhören, von solchen unklaren und ... unrealen Zielen zu sprechen wie Völkerrechten, dem Anheben des Lebensstandards und Demokratisierung. Der Tag wird bald kommen, wo wir mit unverblümten Machtkonzeptionen handeln müssen."

Damals hatten also die USA ungefähr die Hälfte der Gesamtproduktion der kapitalistischen Welt. Heute sieht es gänzlich anders aus. Die Vereinigten Staaten produzieren zur Zeit ungefähr 26 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts der IWF-Länder. Das hat sich im Jahrzehnt des Reaganismus nicht wesentlich geändert. Aber bei den Spitzentechnologien hat sich der Verfall der amerikanischen Industrie fortgesetzt. Im Jahre 1980 kontrollierten die Amerikaner 73 Prozent des Weltmarkts in diesen Bereichen. Acht Jahre später waren es nur 42 Prozent. Bei den Halbleitern gab es während der gleichen Zeitspanne einen Rückgang von 60 auf 36 Prozent. Am Welthandel mit Werkzeugmaschinen halten die USA nur noch 7 Prozent. Und in einem Punkt ist dieses wirtschaftlich größte Land der kapitalistischen Welt der ehemaligen DDR gleich. Jetzt haben beide keine nennenswerte mikroelektronische Industrie. Ich denke an Robotron, an EAW, an Stern-Radio in Berlin, die versucht haben, Radios und Fernsehgeräte aus dem Westen nachzubauen. In den USA heute werden keine Radios, keine Fernsehgeräte und auch keine Mikrowellenherde gebaut. Alle kommen aus dem Fernen Osten oder Mexiko. Interessant, nicht?

Es gibt verschiedene Ursachen, aber das Resultat ist, daß die Vereinigten Staaten durch die wirtschaftliche Konkurrenz von Seiten seiner (bisherigen) imperialistischen Verbündeten bedroht sind. Und die USA wollen diese Machtverhältnisse mit militärischen Mitteln ändern. Der amerikanische Imperialismus wollte mit dem Golfkrieg die Hand an den Ölhahn kriegen, um ihn nach Bedarf abdrehen zu können. Und deshalb waren die Westeuropäer, mit dem größer gewordenen deutschen Reich voran, nicht gerade begeistert über diesen Krieg, wie auch die Japaner, obwohl diese viel mehr Öl vom Nahen Osten einführen als die USA.

In den 80er Jahren haben japanische Investoren die riesigen Lücken im amerikanischen Bundeshaushalt finanziert, während Westdeutschland ständig einen sehr großen Handelsbilanzüberschuß gegenüber den USA hatte. Jetzt aber nicht mehr. Das deutsche Kapital ist vorwiegend um den Anschluß der DDR bemüht, was bis zu anderthalb Billionen, also 1500 Milliarden D-Mark kosten könnte. Die Japaner fürchten einen finanziellen Zusammenbruch zuhause, wo der Nikkei-Index im letzten Jahr fast 50 Prozent seines Gesamt(papier)werts verlor und Grundstückspreise durch Spekulation so hochgetrieben worden sind, daß ihr Gesamt(papier)wert viermal so groß ist wie der der USA. Die Blase droht zu

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 32 36 44

Leipzig
M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Rostock
SpAD
Postfach 9001
2500 Rostock 1

Torgelow
SpAD
Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

platzen. In dieser Situation konnte Washington seine imperialistischen (Noch)-Verbündeten und die Marionettenstaaten der arabischen Halbinsel davon überzeugen (was eigentlich viel mehr wie „zwingen" aussah), 54 Milliarden Dollar für den Golfkrieg auszuzahlen. Zum Schluß konnte das Pentagon damit einen Gewinn verbuchen, wegen der kurzen Dauer des Krieges und weil die meisten Waffen und Munition aus dem Inventar kamen. Aber dieser Ausnahmefall wird sich nicht wiederholen. Der *Economist (9.* März) meint: „Manche werden angezogen, andere abgestoßen von der Karikatur einer neuen Weltordnung, die dies mit sich bringen kann. Amerika haut jedem Land auf den Kopf, das sich nicht gehorsamst meldet, erpreßt seine reichen Freunde, um den Überfall zu bezahlen, bekommt eine leise Zustimmung von den Polizisten bei der UNO und sagt, die UdSSR solle sich nicht einmischen. Solche *Hybris* (ungefähr Anmaßung) ist zu erwarten."

Viele westeuropäische Staatsmänner (darunter sind Ausbeuter und Kriegstreiber zu verstehen) und Publizisten (also ihre Sprachrohre) zählen sich zu denjenigen, die daran Anstoß nehmen. Der Engländer Martin Walker schreibt im Londoner *Guardian* über die „Fehlerscheinung des neuen imperialen Rom" und fürchtet, daß jetzt, „wo die Aufmerksamkeit des Weißen Hauses auf den Golf fixiert ist, die große Gefahr besteht, daß sich der Kalte Krieg in Handelskriege verwandelt." Also, nach dem Wüstenkrieg kommt Würstchenkrieg oder so was. Schon zweimal in den letzten Monaten ist es zu harten Zusammenstößen zwischen den USA einerseits und Westeuropa und Japan andererseits gekommen. Im Dezember kam es zum Krach über die europäischen Agrarsubventionen bzw. die amerikanische Forderung, daß Hunderttausende von westeuropäischen Bauern (und Rechtswählern) untergehen, damit Washington seine Handelsbilanz ausgleichen kann. Und dann, vor ein paar Wochen, wollte die amerikanische Federal Reserve Bank die Bundesbank dazu zwingen, ihre Zinssätze zu senken. Vom Bundesbank-Vorsitzenden Pöhl haben sie ein glattes „Nein" bekommen.

Viertes Reich: „Unser Mittlerer Osten beginnt hinter dem Bug"

Und in Anbetracht der programmierten Vollendung der Europäischen Währungsunion Ende 1992 beginnen die USA jetzt eifrig, ihren eigenen Gemeinsamen Markt Nordamerikas aufzubauen, zuerst mit Kanada und jetzt mit dem bevorstehenden Freihandelspakt mit Mexiko. Die kanadische, amerikanische und mexikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga widersetzen sich diesem Versuch des amerikanischen Imperialismus, seine Macht auszuweiten zuungunsten des Selbstbestimmungsrechts von Mexiko und gegen die Interessen der Werktätigen aller Länder. Gleichzeitig kritisieren wir schärfstens den chauvinistischen Protektionismus der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie, die versucht, amerikanische Arbeiter gegen ihre mexikanischen und kanadischen Klassenbrüder und -Schwestern zu stellen.

Gerade in Deutschland aber gibt es die größte Opposition zu den Kriegsplänen der Amerikaner und hat es auch die größten Antikriegsdemonstrationen gegeben, die aber gleichzeitig am nationalistischsten waren. Das heißt also, wenn in den Vereinigten Staaten manchmal auch bei den Antikriegsbewegungen ihre gelben Bänder zu sehen waren, gab es in Deutschland eine direkte Verbindung von der Regierung bis hin zur Straße, über SPD und PDS. Also zum Beispiel im Kanzleramt, nach einem Telefonanruf des Herrn Bush, der ziemlich verärgert war über diese große Demonstration Mitte Januar, hat Bun-



Der Spiegel

Kohl ruft, „Friedens"bewegung folgt. „Kein deutsches Blut" diesmal, sondern D-Mark

deskanzler Kohl entschieden, es soll keinen Antiamerikanismus geben. Daraufhin, also mit zwei Tagen Abstand, gibt es bei einer großen Friedenskundgebung in Bonn überall Schilder zu sehen: „Ich bin nicht Antiamerikaner, ich bin gegen den Krieg." Dies ist nicht nur bei den Demonstranten zu sehen, sondern auch innerhalb der herrschenden Klasse. Und so kann man in letzter Zeit in einem Artikel von Theo Sommer in der *Zeit (22.* März) folgendes lesen. Er schreibt, daß Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts Bismarck von vielen Seiten bedrängt wurde, für das Deutsche Reich mehr und mehr Kolonien zu erwerben. Als ein prominenter Freund ihm eine Landkarte von Afrika zeigte, erwiderte der Reichskanzler: „Ihre Karte von Afrika ist sehr schön. Aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich. Und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika." So der Reichskanzler Bismarck, und Theo Sommer sagt dazu: „Sein Satz jedoch, das ist meine Karte von Afrika, ließe sich durchaus auf die heutige Situation der Bundesrepublik ummünzen. Unser Naher Osten liegt zwischen Elbe und Eisenhüttenstadt, unser Mittlerer Osten beginnt hinter dem Bug. In dieser Prioritätensetzung sollten wir uns nicht beirren lassen."

Auf englisch hat er das noch klarer ausgedrückt, indem er sagte: „Die Voreingenommenheit mit Problemen wie dem Golf darf unsere Aufmerksamkeit nicht von der zentralen Aufgabe der nächsten zwei Jahrzehnte ablenken. Und das heißt, wir müssen den Osteuropäern helfen, aus dem Gefängnis ihrer Nachkriegsmisere herauszu-

Fortgesetzt auf Seite 16

„Neue Weltordnung"...

Fortsetzung von Seite 15

kommen. Ostdeutschland, Osteuropa und die Sowjetunion, alle brauchen unsere Unterstützung" *(Manchester Guardian Weekly,* 29. April). Also, wenn Theo Sommer von Unterstützung spricht, so wie George Bush über humanitäre Hilfe für die Kurden spricht, da muß man sich genau ansehen, was damit gemeint ist. Das heißt, daß jetzt



Bourgeoisie von Auschwitz tritt „aus der Nische"

die deutschen Imperialisten ihren Blick ganz streng nach Osteuropa und auf die Sowjetunion richten wollen. Sie wollen die Sowjetunion zusammenschlagen, aber diesmal friedlich, also D-Mark statt Panzer. Weil es mit Panzern nicht ging. So denken diese Leute.

Und das ist es, was der Kanzler Kohl meinte, als er z. B. am 3. Oktober von einer „Friedensordnung" redete. Und wenn also linke Kräfte, z. B. wie die PDS, von einer europäischen Friedensordnung sprechen, dann ist das so wie die Frage der Losung zu Vietnam in den Vereinigten Staaten. In Wirklichkeit ist diese Losung nicht nur dem Pazifismus der breiten Massen zuzuschreiben, sondern auch den Interessen der deutschen Bourgeoisie, die jetzt zielgerichtet gegen den Osten vorgehen will, aber „friedlich", nicht weil sie friedlich gesinnt ist, sondern weil es kriegerisch nicht geht. Deshalb.

Obwohl die Bourgeoisie nach dem Zusammenbruch des Stalinismus überall den „Tod des Kommunismus" feierte und meinte, den Kalten Krieg gewonnen zu haben, jetzt habe die Geschichte aufgehört — sechs Monate hinterher haben wir Krieg, haben wir eine sehr ernsthafte Rezession usw. Also, die Geschichte geht weiter, der Klassenkampf geht weiter, und diese Widersprüche können nicht mit der Hand weggewischt werden. Und wohin sie gehen, ist in Richtung eines dritten Weltkriegs. Der Papst — dieses antikommunistische, konterrevolutionäre Symbol und treibende Kraft für die Zerstörung der sozialen Errungenschaften in ganz Osteuropa und besonders in seinem Heimatland Polen — hatte richtig gesagt, daß die Nachkriegsordnung sich in eine Vorkriegsordnung wandelt.

Dann ist die Frage, was tut man in dieser Vorkriegsordnung. Und wie wir zur Verteidigung der Errungenschaften der DDR gestanden haben, so müssen wir um so geschlossener zur Verteidigung der riesigen Errungenschaften der Oktoberrevolution in der Sowjetunion stehen. Obwohl die sowjetische stalinistische Bürokratie in allen ihren Flügeln — ob man von Gorbatschow oder von Jelzin oder von dem sogenannten patriotischen Flügel der Bürokratie spricht — alle schnell oder langsam in den Kapitalismus überzugehen gedenken. Wir Trotzkisten, deren erster Führer von Stalin 1940 in Mexico-City getötet worden ist, wir stehen, wie damals am Anfang des Zweiten Weltkriegs, zur Verteidigung der Sowjetunion, bedingungslos. Bedingungslos heißt, daß wir die Sowjetunion verteidigen trotz ihrer Führung, die eine konterrevolutionäre Politik auf internationaler Ebene betreibt.

Was wir sagen, ist, daß man zurückkehren muß zum Internationalismus von Lenin und Trotzki. In einer Zeit, wo es z. B. in Lateinamerika jetzt überall Cholera gibt, wo es in den Vereinigten Staaten zumindest 3 Millionen Obdachlose gibt — in dieser Zeit ist es nicht eine Träumerei, von sozialistischer Weltrevolution zu sprechen. Man kann nicht sagen, es wird von heute auf morgen getan, aber vorbereiten kann man sie. Und wenn also Saddam Hussein nicht recht hatte, als er den Golfkrieg als Mutter aller Kriege bezeichnete, können wir doch sagen, daß der Krieg immer noch als Mutter der Revolution dienen kann. Z. B. im sowjetischen Zentralasien, wo die fünf Republiken — von deren Bevölkerung ein großer Teil islamischer Herkunft ist — eine gemeinsame Erklärung schrieben, wo sie sagten, daß sie auf Seiten des Volkes des Irak standen. Es gab auch Versuche, Freiwilligen-Kontingente in diesen Republiken zu organisieren, die bis zu 20000 Eingeschriebene bekommen haben. Ich bin sicher, daß das Bewußtsein zu dieser Frage nicht von Internationalismus im strikten Sinne beherrscht wurde, aber es zeigte, daß sich etwas bewegte innerhalb der Sowjetunion. Und es gab dazu in Nordafrika einen Generalstreik in Marokko mit 300000 Leuten.

Und in Deutschland kann man sagen, daß es sehr schnell nach dem Ende des Golfkriegs zu diesem Wiederaufleben der Montagsdemos in Leipzig kam, aber diesmal nicht mit den schwarzrotgoldenen Fahnen, sondern mit Fahnen der Gewerkschaften. Also das hat sich geändert. Und man kann zurück an die Zeiten von 1914 denken; zu Beginn des Ersten Weltkriegs waren die Kriegsgegner unter den Sozialdemokraten äußerst isoliert. Aber nach zwei Jahren gab es Antikriegsdemonstrationen in Berlin, 1917 schon die Oktoberrevolution in Rußland. Und deshalb betonen wir, obwohl die jetzigen Entwicklungen auf einen dritten Weltkrieg zugehen, gibt es immerhin ein großes Hindernis, woran die Imperialisten nicht vorbeigehen können, und das ist die Sowjetunion. Wir Spartakisten haben immer gesagt, daß für das Schicksal Europas der Bund zwischen den deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeitern der Schlüssel ist. Wir haben heute bei uns einen Genossen aus unserer polnischen Gruppe, der Spartakusowska Grupa Polski, und wir können auch das Beispiel von Rosa Luxemburg erwähnen, die Führerin der deutschen Spartakisten in den Kriegsjahren war, eine jüdische Kommunistin, die in Polen geboren wurde, die eine leitende Rolle sowohl in Deutschland als auch in Rußland spielte. Wir lassen uns von diesem Internationalismus leiten, und wir hoffen, daß alle hier uns auf diesem Weg begleiten, weil es sonst keinen Weg zum wirklichen Weltfrieden gibt. Denjenigen, die behaupten, daß mit UN-Resolutionen der Frieden zu erkämpfen ist, darf man nicht glauben. Irak ist der Beweis: Ihr Pfad führt hin zum imperialistischen Krieg, zur mörderischen Zerstörung. Es gibt nur diesen revolutionären Weg in eine Zukunft von wirklicher Freiheit und Gerechtigkeit für die Werktätigen, für alle Unterdrückten und für die große Mehrheit der Menschheit. Danke schön.«

Jetzt im Klartext - BT zur Verteidigung der UdSSR: „Nein, danke!"

Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie

Als im Herbst 1989 die schnell anwachsende Protestwelle in der DDR die Honecker-Regierung zu Fall brachte, löste dies Schockwellen in der ganzen Welt aus. Die stalinistische Bürokratie in der DDR wurde in ihren Grundfesten erschüttert, der Imperialismus drängte kräftig vom Westen her. Alles stand auf dem Spiel. Wie wir wiederholt betonten, stellte sich die Frage: welche Klasse wird herrschen — „entweder die Errichtung oder Wiedererrichtung von Arbeiterräten als Instrumente der Arbeitermacht, statt der stalinistischen Bürokratien — oder kapitalistische Konterrevolution". So hieß es im Flugblatt „Gründet Spartakist-Gruppen!" (1. Dezember 1989) von der Trotzkistischen Liga Deutschlands.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) und ihre deutsche Sektion, die TLD, haben nicht nur die Alternativen scharf aufgezeigt. Wir haben unsere Tendenz weltweit mobilisiert, die Kräfte bis aufs äußerste angestrengt, um in die Ereignisse in der DDR zu intervenieren. Genossen aus fast allen Sektionen der IKL reisten auf eigene Kosten nach Deutschland, Parteigelder wurden massiv eingesetzt, ein Lenin-Luxemburg-Liebknecht-Fonds sammelte Spenden von Freunden zur Unterstützung der Arbeit der Trotzkisten in der DDR. Unsere Herausgabe von Propaganda wurde enorm gesteigert: in den „heißen Tagen" von Dezember 1989 und Anfang Januar 1990 erschien der *Spartakist* wöchentlich, und wir brachten fast täglich die *Arbeiterpressekorrespondenz* heraus und verkauften sie im ganzen Territorium der DDR (mit Auflagen bis zu 50 000 Exemplaren). Erstmals in der Geschichte haben wir Millionen Exemplare trotzkistischer Propaganda in einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat verbreitet.

Die TLD rief auf zur Gründung von Spartakist-Gruppen, um diejenigen in der DDR an uns zu ziehen, die für eine wirkliche kommunistische Partei eintreten wollten, um eine sozialistische Welt aufzubauen. Wir haben die Notwendigkeit von Arbeitereinheitsfrontaktionen gegen die wachsende deutschnationale Gefahr propagiert und dann, nachdem das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park von Nazis geschändet wurde, in die Tat umgesetzt. Von den Spartakisten initiiert, dann von der SED-PDS aufgegriffen, war die Kundgebung am 3. Januar 1990 die größte antifaschistische Mobilisierung der deutschen Geschichte: 250 000 kamen, um die Faschisten zu bekämpfen, und zu Ehren der Roten Armee, die das Hitler-Regime zerschlagen hatte. Während die Bourgeoisie den Druck hochschraubte, um der DDR den Garaus zu machen, wurde die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. Sie nahm an der eilig vorgezogenen Volkskammerwahl vom 18. März teil mit der Hauptlosung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!"

Daß wir und die gesamte Arbeiterklasse eine schwerwiegende Niederlage erlitten haben, als die rasant voranschreitende imperialistische Offensive allen Widerstand überrollte, liegt auf der Hand. Daß es bei unserer Intervention auch wirkliche Schwächen gegeben hat, sagen wir ohne Umschweife. Und doch waren wir Spartakisten die einzigen, die klipp und klar „Nein!" sagten zur kapitalistischen Wiedervereinigung und konsequent dagegen kämpften. Und als dann bei der Volkskammerwahl die D-Mark siegte, sagten wir die bittere Wahrheit und sprachen von einem „Sieg für ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus" *(Arprekorr* Nr. 29, 27. März 1990).

Dies bedeutete nicht, daß wir daraufhin aufgegeben haben. Im Gegenteil, die Spartakist-Arbeiterpartei hat gegen den Anschluß der DDR auf Schritt und Tritt Widerstand geleistet. Zur Reichstagswahl vom 2. Dezember sind wir nochmals zu einem Klassenkampf-Wahlkampf angetreten, unter der Parole: „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!" Und wir haben die SpAD als Kern der dringend notwendigen revolutionären leninistisch-trotzkistischen Partei aufgebaut. Gerade dies hat die sogenannte Bolschewistische Tendenz (BT), die jetzt in Deutschland als Gruppe Spartakus (GS) auftritt, in Rage versetzt. In dieser ganzen Periode großer Ereignisse war die BT ausschließlich darauf ausgerichtet, die SpAD und IKL zu verleumden. Ihre fast pathologische Fixierung auf die Zerstörung unserer Organisation ist auch in ihrem neuen Bulletin zu erkennen: „Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung", das die GS/BT soeben herausgebracht hat, ihre erste Publikation seit einem Jahr.

Die BT ist ein Sammelsurium von ungleichartigen Elementen, von denen die meisten Anfang der 80er Jahre aus den Sektionen unserer (damaligen) internationalen Spartacist Tendenz ausgeschieden sind. Ihre Gemeinsamkeit bestand gerade darin, daß sie beim Ausbruch des zweiten Kalten Krieges heftige Bauchschmerzen über die brennende Frage der Verteidigung der UdSSR hatten, besonders über Afghanistan und Polen. Zehn Jahre später sind sie immer noch dabei, ihr antisowjetisch geprägtes Zerrbild von unserer trotzkistischen Politik als eine verschmierte Durchschlagkopie des Spartakismus anzubieten. So soll diese neue Broschüre dazu dienen, die „sektiererische" Irrelevanz der SpAD und IKL zu beweisen. Wenn dem aber so wäre — weshalb dann 53 Druckseiten darüber vergeuden? Und warum haben sie sich gerade den Namen „Gruppe Spartakus" auserkoren — doch nur, weil die Unterstützer der SpAD überall in der DDR als die Spartakisten bekannt sind! Und nicht nur dort: unsere Arbeit in der DDR hat eine Schlüsselrolle gespielt bei den Fusionen, die die IKL letztes Jahr in Kanada, Irland, Mexiko und Polen durchführen konnte.

Wir haben verschiedene Schriften der BT über uns selbst herausgebracht, in unserer englischsprachigen Publikationsreihe *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League.* Die neueste Nummer davon liegt jetzt in deutscher Sprache vor *(Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen).* Unseres Wissens hat keine andere Tendenz der Linken eine solche Sammlung von Texten aus der Feder ihrer Opponenten über sich veröffentlicht. Aus ähnlichen Gründen der politischen Prophylaxe wollen wir hier das neueste Schmähdokument der BTler erläutern.

Politische Revolution in der DDR?

Es gibt in der neuesten BT-Hetzpropaganda gegen die SpAD/IKL die üblichen Märchen über den angeblichen

Fortgesetzt auf Seite 18

Antispartakisten...

Fortsetzung von Seite 17

„Horror des internen Lebens" der IKL, aber als Beleg dafür drucken sie eine Auswahl von internen Dokumenten ab, die höchstens beweisen, daß die Spartakisten die Gewohnheit haben, intern genauso wie extern klar auszusprechen, was sie meinen.

Dann ist die Rede davon, wir hätten bis zum März 1990 behauptet, daß eine politische Revolution in der DDR im Gange sei. Dabei sollen wir nicht imstande sein zu erklären, „wie sich organisch aus einer proletarischen politischen Revolution eine soziale Konterrevolution entwickeln konnte". Zuerst einmal stammen die drei diesbezüglichen Zitate von uns alle aus dem *Dezember 1989*. Damals entwickelte sich tatsächlich eine politische Revolution gegen den Stalinismus, und wir haben das auch gesagt. Daß wir aber die konterrevolutionäre Gefahr wegen Wunschträumen verkannt hätten, wird schon in der ersten Nummer der *Arbeiterpressekorrespondenz* widerlegt, mit der Überschrift „Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!" Der Leitartikel begann: „Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen."

Zu ihrer eigenen politischen Linie meinen diese Schwindler jetzt, es hätte „die *Möglichkeit* einer proletarischen politischen Revolution wie auch der sozialen Konterrevolution" existiert. Damals aber haben sie diese *Möglichkeit"* glatt verneint. Kein Zufall: weil aus ihrer Sicht von Anfang an alles eindeutig nach rechts ging. Um den „imaginären" Inhalt einer politischen Revolution zu bekräftigen, sind sie auch gezwungen, alle Entwicklungen in diese Richtung zu verschweigen oder zu verneinen. Die Demonstrationen von SED-Mitgliedern am 10. November und 2. Dezember 1989 vor dem ZK-Gebäude, wo Genossen Losungen wie „Kein Ausverkauf der DDR!", „Zurück zu Lenin!" und „Wir sind die Partei!" trugen, kommen im BT-Bulletin nicht vor. Auch nicht Banner bei der Massenkundgebung am 4. November wie zum Beispiel: „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien!" Über die Bildung eines Soldatenrats beim Dzierzynski-Regiment, oder über die Tatsache, daß die Soldaten *Arbeiterpressekorrespondenz* lasen, als sie das MfS-Gebäude in der Normannenstraße umzingelten: nichts. Fakt ist, der Aufruf der TLD in der ersten Nummer von *Arprekorr* (7. Dezember 1989), „Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!", wurde bei NVA-Einheiten weit verbreitet und war ausschlaggebend bei der Gründung von Soldatenräten, besonders im Norden der DDR.

Wir haben Interviews und Informationen über diese Räte abgedruckt *(Arprekorr* vom 14. und 21. Dezember 1989). Aber unsere Beobachtung, „jetzt blühen solche Räte in verschiedenen Orten der DDR auf *(Arprekorr*, 4. Januar 1990), wird im BT-Bulletin verlacht. Dieser Satz bezog sich besonders auf den Soldatenrat in Beelitz und auf den vergeblichen Versuch seiner Vertreter, bei der Treptower Kundgebung am 3. Januar das Wort zu ergreifen. Die BT-Zyniker mögen dies ignorieren oder dessen Bedeutung herunterspielen — die stalinistische NVA-Führung aber durfte sich diesen Spaß nicht leisten. Als der Soldatenrat in Beelitz zum Streik aufrief, hat sie die Entscheidung getroffen, *die Armee praktisch aufzulösen.* Die Soldatenräte waren zwar von Anfang an widersprüchlich und wurden rasch von „nur gewerkschaftlichen" Forderungen dominiert, aber die BT-Clowns sind so sehr von Haß gegen die IKL getrieben, daß sie sogar über die Existenz der Rätebewegung *lügen müssen.*

Neben der Verbreitung von Lügen haben die GIVIs damals auch noch die Losung „Nein zur Regierung Modrow - Hauptgefahr für die DDR!" aufgestellt. Merkwürdig, daß die SPD fast der gleichen Auffassung war.

„Debakel" im Treptower Park?

In einer der absurdesten Behauptungen in dieser unverschämten Lügenbroschüre beschreibt die Gruppe Spartakus die Mobilisierung am sowjetischen Ehrenmal als „Das Debakel der SpAD in Treptow"!! Trotzkisten haben eine Arbeitereinheitsfrontaktion initiiert, die dann mit Teilnahme der SED-PDS zu einer riesigen Kundgebung wurde; die Trotzkisten der TLD und der Spartakist-Gruppen haben zum ersten Mal vor einer Viertelmillion Menschen in einem deformierten Arbeiterstaat gesprochen (und wurden über Radio und Fernsehen in die ganze DDR übertragen); und der ekelhafte BT-Haufen versucht, auf diesen .eindrucksvollen, historisch überaus wichtigen Erfolg zu pissen!

Und warum? Weil unsere Reden durch Pfiffe und Zwischenrufe hartnäckig unterbrochen wurden. Die BTler treten als kleindeutsche DDR-Nationalisten auf, wenn sie meinen, „die Massen" hätten „zurecht" aufgeschrien, weil unsere Genossin Renate Dahlhaus das Wort „Ostdeutschland" aussprach. Quatsch. Die Störung wurde von einen Kern von harten Stalinisten ausgelöst, die penetrant versuchten, die Trotzkistin mit Rufen von „DDR, DDR" niederzuschreien. Und sie haben sofort mit ihrer Störtaktik begonnen, als sie von der „SED-Diktatur" sprach; daß diese untauglich sei, die wirtschaftliche Verschwendung zu überwinden. Und gerade diese Aussage will die BT als Beweis anführen für eine vermeintliche „„SED-Einheit'-Linie" der TLD (zusammen damit, daß wir vom Zusammenbruch des „Machtmonopols der SED" sprechen)! Dümmer geht's nimmer.

An weiteren dümmlichen Verdrehungen über Treptow fehlt es nicht. So wird behauptet, daß die TLD/Spartakist-Gruppen in Treptow „nichts über die Notwendigkeit von *Arbeitermilizen"'* gesagt hätten, trotz unserer wiederholten Aufrufe zur Bildung von Arbeiterräten (was von den Stalinisten auch ausgepfiffen wurde). Noch eine Lüge. Sie verschweigen absichtlich, daß unser Aufruf „Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!", von dem 130 000 Exemplare vor Ostberliner Betrieben, auf der Straße und bei der Kundgebung verteilt wurden, als erste Losung hatte: „Für gemeinsame Arbeitermilizen unter der Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten!" Aber dann kommen sie schließlich zum Hauptverbrechen der Spartakisten: wir hätten den Aufruf *‚auch an die Sozialdemokratie"* (ihre Hervorhebung) richten sollen! Jetzt ist die Katze aus dem Sack.

Später kommen anderthalb Druckseiten über „Die Phobie der SpAD gegenüber der Sozialdemokratie". Darin werden unsere „rituelle[n] Wiederholungen von Schlagwörtern wie ‚Bluthunde der SPD'" und die Bezeichnung der SPD als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution" als „unsinnig" abgestempelt. Gerade diese Losung hat eine Hetzkampagne der Sozialdemokraten gegen die Antifaschisten ausgelöst. SDP-Sprecher Markus Meckel hat unser Flugblatt am Runden Tisch (8. Januar) hochgehalten und von der SED verlangt, dieser Einheitsfrontaktion abzuschwören, und dann behauptet, solche Kundgebungen gegen Faschisten dienten nur dem Wiederaufleben der Stasi. Dann wurde in der Springer-Presse die faschistische Schändung in Treptow als „Nazi-Trick der SED" bezeichnet; die Verleumdungswelle ging durch alle kapitalistischen Medien. Es war der Auftakt zur Zersetzungskampagne der Bourgeoisie gegen die DDR. Auch der „linke" Schwanz des Trojanischen Pferdes SPD, die BT eingeschlossen, war entsetzt über die gewal-

tige Kampfdemonstration in Treptow und die wichtige Rolle der Trotzkisten.

Die GS erfindet sogar einen „wachsenden Einfluß der SPD in der DDR-Arbeiterklasse", um unseren Treptower Aufruf anzugreifen, weil wir nicht an diese imaginären sozialdemokratischen Arbeiter appelliert haben. Aber die SDP hatte damals wenig Einfluß in den Betrieben und überhaupt keine Arbeiterbasis in der DDR. Dies ist bis heute so geblieben, wie führende SPD-Sprecher zugeben. Die SDP-Führer waren vor allem Pfarrer und Anwälte, die zusammen mit den bürgerlichen „Demokraten" am Runden Tisch saßen, von wo aus sie den Einmarsch ihrer „Genossen" Pöhl (Bundesbank) und Rohwedder (Treuhand) vorbereiteten, die dann die Ausplünderung der DDR organisierten und eine Hexenjagd gegen SED und Stasi entfachten. Bei den damaligen Montagsdemos in Leipzig und Berlin marschierte die SDP neben deutschnationalen Skinheads und sang „Deutschland, einig Vaterland". Und ausgerechnet an diese Adresse hätten wir, laut BT, Appelle für antifaschistische Aktionen richten sollen!

Betriebsräte und Bluthündchen des Vierten Reichs

In den letzten zwei Jahrzehnten gab es einen gefährlichen Wiederaufschwung des deutschen Nationalismus, für den die GIVIs eifrige Apologeten waren. Also ist die GS entsetzt, wie auch ein Großteil der nationalistischen deutschen Linken vom BSA bis zur KPD, daß wir den wiedervereinigten deutschen Imperialismus „Viertes Reich" nennen. *„Die SpAD identifiziert tendenziell die BRD mit dem Faschismus"*, heißt die Anklage. Keineswegs. Die GS/BT aber will der Bourgeoisie von Auschwitz einen Persilschein ausstellen. Die BRD ist nicht nur der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs, fast der ganze Staatsapparat und das sonstige führende Personal der herrschenden Klasse wurde durch das Renazifizierungsprogramm von Adenauer übernommen. Als „hysterische Propaganda" gilt ihnen unser Artikel über Kohls Nazi-Gönner Fritz Karl Ries, „Wessen Kreatur ist Helmut Kohl? Der Mann, der Führer sein möchte" (*Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990). Die GS/BT beschwert sich sogar über unseren Satz: „Was Hitler mit der Wehrmacht nicht gelungen ist, wollen sie gegenwärtig mit der D-Mark schaffen."

Weil das Wort „Viertes Reich" den Eindruck erwecke, „daß wir schon im Faschismus leben", so die GS/BT, lenke es angeblich von der Notwendigkeit ab, die faschistischen Banden zu zerschlagen. Abermals Lüge. Diese absurde Behauptung erscheint in einem GS-Flugblatt vom November 1990, knapp zwei Wochen, nachdem die SpAD als Bestandteil ihres Klassenkampf-Wahlkampfs eine Einheitsfrontaktion von 1000 Antifaschisten in Halle initiiert hatte. Sie sagen auch kein Wort zu unserem Kampf, die eingewanderten Arbeiter in der DDR zu verteidigen, die wehrlos dem deutschen Chauvinismus ausgesetzt sind, außer daß sie unsere Grüße an die Werktätigen aus Mosambik, Vietnam, Kuba und Polen und auch an die sowjetischen Soldaten verächtlich abtun.

Die Ergänzung zur angeblichen Phobie gegenüber der Sozialdemokratie soll unser „Abstentionismus" gegenüber den Betriebsräten sein. Die GS/BT nimmt daran Anstoß, daß wir sagen: „Westdeutschlands Betriebsräte sind schlicht und einfach Organe der Klassenkollaboration", und daß wir darauf hinweisen, daß in der DDR der Ruf nach Betriebsräten oft dazu diente, „ein Programm für die Restauration des Kapitalismus zu verschleiern" (*Spartakist* Nr. 68, 1. März 1990). Logischerweise erwähnt das Bulletin der GS nicht, daß Treuhand und SPD über die Betriebsräte jetzt überall im DDR-Gebiet den Abbau von Millionen von Arbeitsplätzen organisieren. Es wird behauptet, die Betriebsräte seien schlechthin „Produkt der deutschen Revolution von 1918 — 1923" und die Beteiligung an diesen „Räten" — wo „Arbeitnehmervertreter" gesetzlich verpflichtet sind, durch „Friedenspflicht" Streiks abzuwürgen und Betriebsgeheimnisse wie z. B. Entlassungen geheimzuhalten — sei das „ABC der revolutionären Betriebsarbeit", um sie „wieder" unter die Kontrolle der Belegschaften zu bringen.

Wieso wieder? Die Betriebsräte waren ein Produkt der *Niederlage* der deutschen Revolution von 1918 — 1923. Der Spartakusbund bzw. die KPD forderte damals wie die Bolschewiki in Rußland, daß die *Arbeiter- und Soldatenräte* die Macht übernehmen sollten. Statt dessen haben des Kaisers Sozialdemokraten die Räte unter ihre eiserne Kontrolle gebracht, damit Ebert und Scheidemann die Deutsche Revolution enthaupten konnten. Die Niederlage wurde im Betriebsrätegesetz von 1920 kodifiziert, wo die „Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke" zur Aufgabe der Betriebsräte erklärt wurde. Als Zehntausende von Arbeitern zum Reichstag marschierten, um gegen diesen Gesetzentwurf zu protestieren, hat der Bluthund Noske nochmals die Maschinengewehre auf die Arbeiter gerichtet und sie niedergemetzelt. Dennoch gewann die KPD durch ihre Fusion mit dem linken Flügel der USPD einen erheblichen Einfluß in den Betriebsräten.

Deshalb argumentierte Trotzki 1923 und auch Anfang der 30er Jahre dafür, sich der Betriebsräte als Grundlage für die revolutionäre Aktion zu bedienen, statt künstliche Sowjets zu errichten, die dann sofort vom Staat angegriffen würden. Die westdeutschen Betriebsräte von *heute* sind aber *nicht* direkte Produkte dieser Periode. Zwischen der Weimarer und der Bonner Republik gab es das Dritte Reich, von dem die GS/BT nichts hören will und in dem alle Organisationen der Arbeiterklasse zerstört wurden. Die jetzigen Betriebsräte sind Ausdruck der Tatsache, daß die Streikwelle der ersten Nachkriegsjahre durch die Unterwerfung der Gewerkschaften unter den bürgerlichen Staat abgewürgt wurde, und sie sind das Produkt von Adenauers Betriebsverfassungsgesetz von 1952. Diese Betriebsräte wurden von der SPD in die DDR exportiert, um den Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses zu paralysieren. Unsere Rolle als Trotzkisten muß es sein, die Arbeiter politisch für die bevorstehenden Klassenkämpfe zu bewaffnen: „Für gewählte Streikkomitees, um Massenstreiks zu organisieren und auszuweiten, und für Betriebsbesetzungen in Ost und West!"

Trotzkismus gegen Antisowjetismus

Hinter all diesen Anschuldigungen der GS/BT steht ihr Haß auf die Sowjetunion. Höhnisch schreibt sie von der SpAD/IKL als der „selbsternannten ‚Partei der russischen Revolution'". „Illusionen der IKL in den Militärflügel der Bürokratie" heißt die Anklage. Sie empören sich, daß wir nach der Naziändung des Treptower Ehrenmals einen Brief an den „Genossen General" Snetkow richteten. Die „Internationalistischen Grüße an unsere Genossen, die, sowjetischen Soldaten und Offiziere", trafen ihren Nerv: „‚Druschba' rief dagegen die IKL, und erhob das Glas auf das Wohl der stalinistischen Militärbürokraten." Aus unseren Bemerkungen, daß die Rote Armee sich im Oktober 1989 nicht für ein Blutbad gegen die Werktätigen benutzen ließ und daß sie jahrzehntelang als Bollwerk gegen imperialistische

Fortgesetzt auf Seite 20

Antispartakisten...

Fortsetzung von Seite 19

NATO-Drohungen auf ihrem Posten Wache stand, lesen diese antisowjetischen Antispartakisten heraus, wir würden die „arbeiterfeindliche Rolle des sowjetischen Militärs" ignorieren. „Die Militärbürokratie", fügen sie hinzu, „muß durch die politische Revolution *zerschlagen* werden" (unsere Hervorhebung).

Die BTler setzen in der Praxis die sowjetische Armee einem kapitalistischen Heer gleich. Sie behaupten, die Spartakisten „unterschlagen in krimineller Weise, daß es eine *Blutlinie* zwischen den einfachen Soldaten und ihren Offizieren gibt ..." Aber gerade diese scharfe Trennungslinie zwischen Offizierskaste und Mannschaften gibt es in den Armeen von bürokratisch degenerierten bzw. deformierten Arbeiterstaaten eben *nicht.* Im Juni 1989 haben sich in China nicht nur die Soldaten, sondern auch die Befehlshaber der 38. Armee geweigert, gegen die Bevölkerung von Peking vorzugehen; deshalb mußten die Oberstalinisten andere Einheiten heranziehen, um ihr grausames Massaker zu verüben und die Werktätigen niederzumetzeln. In Ungarn ist die Armee 1956 fast vollständig auf die Seite der aufständischen Arbeiter übergegangen. In der NVA wie auch in der sowjetischen Armee, so können wir aus eigener Erfahrung bekräftigen, gibt es unter den Offizieren zahlreiche aufrichtige Kader, die für den Sozialismus kämpfen wollen.

„Gegen alle Fraktionen der Bürokratie", sagt die BT. Trotzki aber schrieb im „Übergangsprogramm": „Sollte sich erweisen, daß die ‚Fraktion von Butenko' mit Hitler im Kriegsbündnis ist, dann würde die ‚Fraktion von Reiss' die UdSSR vor einer Militärintervention sowohl im Land als auch im Weltmaßstab verteidigen. Jeder andere Kurs wäre Verrat." Die Widersprüche im Offizierskorps spiegeln die ganze Widersprüchlichkeit der stalinistischen Bürokratie wider, deren Privilegien auf den Grundlagen der proletarischen Eigentumsformen basieren. Aller Erfahrung nach wird in einer politischen Revolution diese schmale Schicht *zusammenbrechen.* Die Pflicht von Revolutionären ist es, die besten Elemente davon für den Kommunismus zu gewinnen.

Immer wieder werfen die BTler der SpAD/IKL ihre angeblichen „stalinophilen Sentimentalitäten à la .unser Arbeiterstaat'" vor, und auch „unsere VEBs", „unsere Wirtschaft". „‚Verteidigt die Errungenschaften unseres Arbeiterstaats!' prangte es von der Spartakist-Titelseite am 20. März 1990", schreiben die BTler hysterisch. Das bringt sie wirklich auf die Palme. „Bevor die Arbeiterklasse der DDR von ‚ihrem' Arbeiterstaat sprechen konnte, fehlte ihr eine ganze Kleinigkeit", fügen sie hinzu. Die Werktätigen der DDR haben, so die BTs, „aus guten Gründen eine gänzlich andere Haltung zu ‚ihrem' Staat" gehabt. Nun, die Mehrheit der Werktätigen hat für die kapitalistische Wiedervereinigung gestimmt, besonders für die konservative „Allianz für Deutschland" des Reichskanzlers Kohl. Das schätzen wir nicht als „gute Gründe" ein, sondern als katastrophal falsches Bewußtsein, für das die Stalinisten wegen ihrer jahrzehntelangen bürokratischen Willkürherrschaft die Verantwortung tragen.

Stimmt es, daß die Werktätigen einen deformierten Arbeiterstaat nicht als „ihren Staat" ansehen dürfen? Leo Trotzki war nicht dieser Meinung. Im Gegenteil, in seiner Schrift „The Soviet Economy in Danger" (Die Sowjetwirtschaft in Gefahr, Oktober 1932) schrieb der bolschewistische Führer:

> „Wir akzeptieren den Arbeiterstaat, so wie er ist, und wir behaupten: ‚Dies ist unser Staat.' Trotz seines Erbes von Rückständigkeit, trotz Hunger und Trägheit, trotz der Fehler der Bürokratie und sogar Scheußlichkeiten müssen die Arbeiter in aller Welt ihr zukünftiges sozialistisches Vaterland rückhaltlos verteidigen, das durch diesen Staat dargestellt wird."

Dieser Satz war nicht eine konjunkturelle Bemerkung, sondern ein Grundpfeiler von Trotzkis Haltung zur UdSSR. Fünf Jahre später, bei den Verhandlungen der Dewey-Kommission über die Anklagen der Moskauer Prozesse, hat Trotzkis Anwalt Albert Goldman diese Broschüre unter den Beweismaterialien als einen der wichtigsten Belege seiner Verteidigung der UdSSR angeführt.

Diesen Gedanken hat Trotzki auch als letztes Wort im letzten politischen Kampf seines Lebens wiederholt:

> „Der Arbeiterstaat muß so aufgefaßt werden, wie er in dem unbarmherzigen Laboratorium der Geschichte entstanden ist und nicht wie ein ‚sozialistischer' Professor ihn sich vorstellt, der nachdenklich mit dem Finger in der Nase bohrt. Es ist die Pflicht der Revolutionäre, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte entstellt sein mag. Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen." („Bilanz der finnischen Ereignisse", 25. April 1940, in *Verteidigung des Marxismus)*

Die UdSSR, auch unter Stalin, ist immer noch eine Diktatur des Proletariats, die Arbeiterklasse ist die herrschende Klasse, die stalinistische Bürokratie ein parasitärer Auswuchs, der im Gegensatz zu den proletarischen Wirtschaftsgrundlagen steht — so die Analyse Trotzkis, die logischerweise zu seinem Programm der Verteidigung von „unserem Staat" und der Planwirtschaft führt. Aber laut GS/BT sollten Trotzkisten „sich an ökonomischen Streiks, wo immer möglich, beteiligen" ... mitten in einer imperialistischen Zersetzungskampagne, als der Erhalt der kollektivierten DDR-Wirtschaft auf dem Spiel stand. Deshalb gab es fast keine rein wirtschaftlichen Streiks. DDR-Arbeiter demonstrierten fast immer nach Schichtende, um die Produktion nicht zu lahmen; die BTler dagegen „lehnen jegliche Verantwortung für die verstaatlichte Wirtschaft ab, solange die Arbeiter politisch nicht entscheiden können, wie diese in ihrem wie im Interesse der gesamten Bevölkerung zu organisieren ist."

Also meint die GS/BT: „Ohne *Arbeiterdemokratie* und sozialistische Räteregierung ... ist die in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten erfolgte Enteignung der Kapitalistenklasse nicht zu verteidigen." Wir haben also hier die Verallgemeinerung der zahlreichen sozialdemokratischen Ansätze in diesem Bulletin. Zu dem Zeitpunkt, als es galt, alles zur Verteidigung der Errungenschaften und der Existenz der DDR zu unternehmen, haben sich diese Antispartakisten dieser Verantwortung entzogen und haben damit jeden vermeintlichen Anspruch auf den Trotzkismus aus dem Fenster geworfen. Der Aufruf und die Beteiligung der Spartakisten an der Treptower Arbeitereinheitsfrontaktion soll ein „Debakel" gewesen sein, man sollte sich besser an die sozialdemokratischen Hexenjäger und Statthalter der Deutschen Bank wenden, die „Militärbürokratie" der NVA und der sowjetischen Armee sei zu „zerschlagen", alle Verantwortung für die Wirtschaft wird „abgelehnt", und da es zur Zeit keine Rätemacht gibt, war die DDR und ist die UdSSR „nicht zu verteidigen". Und damit ist Schluß.

Wir Spartakisten können uns rühmen, trotz aller Unzulänglichkeiten, im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands auf unserem Posten gestanden zu haben. Nur durch diesen ersten Schritt kann man vorwärts gehen im Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei, die in die Entscheidungskämpfe in der Sowjetunion und weltweit erfolgreich eingreifen will.«

Rechte der Frauen...

Fortsetzung von Seite 11

Nachtbeschäftigung einer Frau: Wenn er im Leuna-Kombinat arbeitet, weiß er ja genau, wieviele Werktätige in den Schichten Frauen sind, und daß wir ohne unsere Frauen im Leuna-Kombinat im Schichtbetrieb nicht auskommen. Es ist ungerecht den Frauen gegenüber, denen die Nachtarbeit zu verbieten. Ich arbeite im Kombinat, entschuldigt bitte: in der AG. Aber ich weiß, wenn wir unsere Frauen nicht hätten, könnten wir unsere Arbeit nicht alleine machen. Und die Frauen machen eine sehr gute, qualifizierte Arbeit. Und ich kann nicht sagen, daß unsere Frauen Schlafmützen sind, bloß weil sie gegen früh um fünfe müde werden. Deswegen sage ich: Nichts gegen die Frauenarbeit in einem Schichtbetrieb.

Herbert: Ich habe selbst Schichtarbeit gemacht, Dreischicht, und Nachtschicht ist wirklich eine tierische Sache, und es ist nichts daran, was schön ist. Und deshalb sind wir eigentlich auch nicht dafür. Aber in manchen Bereichen ist es notwendig. So wäre es zum Beispiel ein Fortschritt, Geschäfte zumindest abends länger offen zu haben, oder die ganze Nacht offen zu haben. Dann kann man den Leuten eben den entsprechenden Freizeitausgleich geben. Dann gibt es bei Nachtschicht eben nur drei Arbeitstage in der Woche. Es gibt genügend Arbeit in diesem Lande, und es gibt genügend Leute, sie zu tun. Das ist die Frage der Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände. Und das, was die Kapitalisten machen im Moment mit dem Verbot der Nachtarbeit für Frauen, ist einfach die Belegschaft von Leuna, Buna usw. zu reduzieren: also die Frauen fliegen als erste raus. Das ist die Realität. Und deswegen sind wir gegen das Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

Reiner: Zur Nachtarbeit: Es geht nicht darum, die Auswirkungen der Nachtarbeit zu bekämpfen, indem man die Frauen aus der Nachtarbeit rauswirft. Es geht darum, daß die Bedingungen geschaffen werden, daß sie Nachtarbeit machen kann, ohne daß sie irgendwelche körperlichen Schäden davonträgt. Das wird aber der Kapitalismus nicht machen. Er wird immer darauf aus sein, soviel Profit rauszuholen aus den Arbeitern wie möglich. Da interessiert ihn die Gesundheit nicht. Wenn er kaputtgemacht worden ist, fliegt er raus. Dann liegt er auf der Straße. Und dann kommt man vielleicht wieder dazu, daß diese Frau schwanger wird, und weil sie auf der Straße liegt, kann sie es «ich nicht leisten, ein Kind zu kriegen, dann ist sie vielleicht schon im fünften Monat, und sie muß dann die Wahl haben, entweder abzutreiben oder das Kind verhungern zu lassen. Nicht in Form von irgendwelchen Verboten, die die Frauen diskriminieren. Es gibt Gesetze, angeblich zum Schutz der Frauen: sie sind im Prinzip die Ausgrenzung der Frau, die Diskriminierung der Frau, die Unterdrückung der Frau.

Simone: Eine Frau wird nie eine Abtreibung im achten Monat machen, wenn es nicht aus gesundheitlichen Gründen irgendwie notwendig ist; nur wenn die Frau eine Krankheit hat, die dem Kind übertragbar ist. Eine Abtreibung wird vom Prinzip her in den ersten Monaten gemacht, und diese kostet den Frauen heute DM 1000, was uns vorher nichts gekostet hat.

Jan: Zur Frage der Abtreibung im achten Monat. Wir sprechen hier vom Recht oder Unrecht des Staates, sich hineinzumischen. Für die Frau und für den Arzt ist das eine Entscheidung, die sie machen müssen. Aber wenn es der Staat entscheidet, das gibt ihm eine Macht über die Frau, die er behaupten will, um die Frau zu unterdrücken. Die Frage ist einfach, ob der Staat sich dort einmischen darf. Und wir verneinen das. Denn sie sagen, daß es zum Schutz des Lebens ist, aber es ist nicht dazu, es ist zur Kontrolle der Frauen.

Und zur Frage der Frauenarbeit. Es wird oft behauptet, daß das schädlicher ist für die Frau. Aber der Hauptgrund dafür ist, daß man annimmt, daß die Frau dafür verantwortlich ist, die Kinder morgens zu betreuen oder sowas, sie in die Schule zu bringen und dann abzuholen. Wenn es wirklich ein gutes System von Kinderbetreuung gäbe, dann würde das die Frauen nicht besonders schädigen. Darum gehts. Und das ganze Gerede gibt es deshalb, um den Leuten, die arbeiten, Vorbehalte gegen alles das einzureden, was doch ein elementares Recht sein sollte.«

Moabit...

Fortsetzung von Seite 24

„Grüße aus der ehemaligen DDR. Die kapitalistische Konterrevolution schafft in unserem Land Massenarbeitslosigkeit", sagte er, „verringert die Lebensbedingungen und ist eine der Voraussetzungen für die rassistische Hetze und Neofaschismus. Ein ganzes Land wird abgewickelt." In Verteidigung der Genossen Dahlhaus und Philippsen fügte er hinzu: „Wir kämpfen für den Freispruch aller und für die Anerkennung des Rechts auf Selbstverteidigung." Michael Philippsen dankte den Demonstranten für ihre Unterstützung, die schon dazu geführt hatte, daß die Anklagen gegen sechs der ursprünglich acht Angeklagten fallengelassen wurden. Er sei „auch stolz darauf, daß ich damals mithelfen konnte, diese bewaffnete Provokation der Republikaner gegen ein von Immigranten und Linken besuchtes Restaurant zurückzuschlagen", sagte er. Er rief auf zu „Arbeitermassenmobilisierungen, Arbeiteraktionen, Schutz von Schwulen- und Lesbenkneipen, zum Schutz von Wohnheimen unserer immigrierten Kollegen und Kolleginnen".

Renate Dahlhaus, SpAD-Kandidatin bei den Bundestagswahlen letzten Dezember, hielt fest: „Wenn 1933 die organisierte Arbeiterbewegung von KPD und SPD geschlossen in Masseneinheitsfrontaktionen gekämpft hätte gegen die Faschisten, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. 20 Millionen Sowjets hätten nicht sterben müssen, 6 Millionen Juden hätte man nicht vergast, und eine Million Roma und Cinti hätte man in den Konzentrationslagern nicht brutal erschlagen können. Es geht darum, neue Hitlers zu verhindern". Sie erinnerte an die Mobilisierung von 250000 Antifaschisten am 3. Januar 1990 im Treptower Park, initiiert von den Spartakisten und aufgegriffen von der SED-PDS, die einen machtvollen Protest darstellte gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals für die siegreiche Rote Armee, die den Hitler-Faschismus zerschlug.

Bewaffnete Provokation in Moabit

Der faschistische Angriff in Moabit geschah im Januar 1989, während des Westberliner Wahlkampfs, der durch wütende Provokationen, Einschüchterung und Gewalt durch die REPs gekennzeichnet war. Auf den rassistischen, immigrantenfeindlichen „Wahlspot" der REPs, der mit der Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod" unterlegt wurde, folgte kurz darauf der rassistische Mord an dem türkischen Metallarbeiter Ufuk Şahin. Am 14. Januar 1989 zeigte die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD), Vorgängerin der SpAD, in einem Moabiter Restaurant ein Video über die Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen,

Fortgesetzt auf Seite 22

Antifaschisten von Moabit im Spiegel der Presse



Prozeß wegen Befangenheit geplatzt

Berliner Zeitung
25./26. Mai 1991

Zeuge gegen Renate D. und Michael P. aussagen. Die beiden sind nach einer tät... mit Rep... Körperv... angekla...

REP-Chef mit Leibgarde zum Prozeß

BERLINER MORGENPOST
25. Mai 1991

Er sollte als Zeuge im Prozeß gegen zwei Angeklagte aussagen, denen

Justiznachwäsche zu einem Überfall durch REP's

BerlinerLinke:
19. Woche, Mai 1991

Republikaner-Chef kam zu Prozeßbeginn mit Leibgarde

Der Morgen
25./26. Mai 1991

Durch einen Geheimgang und ...tern betrat ...vorsitzende Carsten Pa... ...al B 136 im ...garten. Er sollte als Zeuge im Prozeß gegen zwei Antifaschisten aussagen, die nach einer tätlichen Auseinanders... Anhängern ... 1989 wegen ...

Am Freitag beginnt in Moabit ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten

Alles lief nach sorgfältig eingefädeltem Szenarium

Neues Deutschland
23. Mai 1991

PETER KIRSCHEY

Richterin erklärt sich selbst für befangen

Antifa-Prozeß am ersten Verhandlungstag vertagt / »Republikaner«-Chef Pagel erschien mit Bodyguard

die tageszeitung
25. Mai 1991

Moabit...

Fortsetzung von Seite 21

die zwei Monate vorher den Ku Klux Klan und Skinheads in Philadelphia gestoppt hatte. Nach der Vorführung belästigten REPs aggressiv Restaurant-Gäste und schwenkten rassistische Plakate vor den Fenstern. Als Unterstützer der TLD und andere Gäste hinausgingen, um diese Störung zu unterbinden, wurden sie von den Faschisten gewalttätig angegriffen. Eine Unterstützerin der TLD erhielt einen Fußtritt an den Kopf und mußte im Krankenhaus behandelt werden.

Zusätzlich zu der von Carsten Pagel angeführten faschistischen „Plakattruppe" erschien plötzlich ein Schlägertrupp der REPs. Einer war mit einer Pistole bewaffnet (die sich später als Gaspistole herausstellte), ein anderer mit einer Kamera. Ihre Absicht war klar: Einschüchterung, Gewalt und Fallenstellerei. Zwei oder drei Minuten nachdem die Linken-in das Restaurant zurückgekehrt waren, um die Gäste zu warnen, trampelte der Sturmtrupp herein, jetzt begleitet von sechs bis acht Funkstreifenpolizisten, die offensichtlich in Bereitschaft gestanden hatten. Die Gäste riefen bei diesem Angriff „Es stinkt" und „Faschisten raus!" Die Polizei fing an, die Namen der Anwesenden aufzunehmen.

Jetzt sind es die Opfer anstatt der faschistischen Täter, die vor Gericht stehen. Die ursprüngliche Anklage „Landfriedensbruch" durch Zusammenrottung wurde fallengelassen. Aber Michael Philippsen wird wegen „Körperverletzung" verfolgt und Renate Dahlhaus wegen ihrer Verteidigung gegen einen Nazi-Angriff, in der sie nach der Anklage die Faschisten „zu einer Unterlassung genötigt" hat.

Konterrevolution und Nazi-Terror

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat den Banden von hitlerverehrenden Sturmtruppen und Nazi/Skinhead-Schlägern einen enormen Auftrieb gegeben, besonders auf dem Gebiet der früheren DDR. Sie bekommen ihre Marschbefehle von Leuten wie Pagel, der zu einer zweiten Revolution in Ostdeutschland aufruft, „die nicht so unblutig verlaufen wird wie die letzte". Bevor die REPs ihre Sitze im Abgeordnetenhaus verloren, war Pagel dort für seine antisemitischen Tiraden bekannt. In den vergangenen Monaten hat es eine Schwemme von ähnlichen faschistischen Angriffen gegeben, darunter wiederholte Mobilisierungen von Nazi-Banden an den Grenzübergängen an der Oder, wo polnische Touristen zusammengeschlagen wurden und Busse von und nach Polen mit Steinhageln empfangen wurden.

Am 9. Mai, dem „Vatertag", gab es eine Orgie faschistischer Gewalt in und um Berlin. Etwa 60—70 Skinheads terrorisierten Ostberliner in einem beliebten Seerestaurant in Köpenick, während eine andere Bande von Faschisten eine Party in Strausberg angriff, dem früheren Hauptquartier der NVA. Dies ist auch der Tag, der in der Sowjetunion als Tag des Sieges der Roten Armee über den Hitler-Faschismus gefeiert wird, und die heutigen Nazis warfen sich besonders auf sowjetische Ziele. Dutzende Faschisten provozierten und bedrohten sowjetische Soldaten bei einer Kaserne nahe Königs Wusterhausen, und einem sowjetischen Touristen wurde in einer Straßenbahn in Hohenschönhausen ein Messer in den Rücken gestoßen.

In dieser Nacht überfiel eine Gruppe von REPs ein Ferienheim in Zittau, in dem 40 sowjetische Kinder, Überlebende von Tschernobyl, zu einem mehrwöchigen Kuraufenthalt waren. Der örtliche REP-Führer stürmte das Gebäude mit einer Schlägerbande, die Fackeln trug und „Sieg Heil" und „Ausländer raus" schrie. Die Faschisten warfen Scheiben ein und schlugen den sowjetischen Betreuer nieder, der die Kinder verteidigte. Am

Wochenende davor lauerte eine Nazi-Jugendbande vor einer Disco namibischen Arbeitern auf und verfolgte sie bis zu ihrem Wohnheim, wo sie ihre Räume verwüstete, die Bewohner zusammenschlug und zwei Afrikaner von einem Balkon im vierten Stock warf und schwer verletzte.

Die Faschisten sind nichts weiter als die Stoßtrupps für den offiziellen Staatsterror, der mit den kürzlich verabschiedeten Gesetzen gegen Immigranten und durch Wellen von Ausweisungen zum Ausdruck kommt. Nicht nur Kohls Christdemokraten haben sich auf das Anfachen von Ausländerhaß gestürzt, sondern genauso die Sozialdemokraten. Der SPD-Kanzlerkandidat a. D. Oskar Lafontaine versuchte seine Wahlkampagne zu stärken, indem er als Ministerpräsident des Saarlandes Roma und Cinti aus einem Lager in Lebach vertrieb. Und die Bundesrepublik schiebt fast täglich Kurden in die Türkei ab, in Gefängnis, Folter und Tod. Am Sonntag, dem 18. Mai, wurde ein Versuch vereitelt, einen kurdischen Linken vom Berliner Flughafen Tegel abzuschieben, durch eine Mobilisierung von Linken und Immigranten und durch die mutige Aktion des türkischen Piloten, der nicht zuließ, daß die deutschen Behörden den Flüchtling in das Flugzeug warfen.

Und wieder einmal zielt das Vierte Reich auf Juden, setzt den Einwanderungsstopp für sowjetische Juden („Judenstopp") wieder in Kraft und bedroht die 269 sowjetischen Juden mit Abschiebung, die während des US/NATO-Massakers im Irak aus Israel geflohen waren. Bonn möchte, daß sie nach Israel zurückkehren, um als Kanonenfutter für die zionistische „Endlösung" der palästinensischen Frage in den Besetzten Gebieten zu dienen. Im vergangenen September initiierten SpAD und KfsV eine Protestdemonstration in Berlin mit der Forderung: „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!"

Während die Faschisten Mut fassen, hat die Empörung über die Nazi/Skinhead-Gewalttaten zu Protesten geführt. Auf den Montagsdemos in Leipzig im März und Anfang April wurden die chauvinistischen antipolnischen Angriffe an der Odergrenze von Arbeitern scharf verurteilt, die gegen die rapide wachsende Arbeitslosigkeit demonstrierten. In Dresden, wo der Mosambikaner Jörge Gomondai im April in einer Straßenbahn brutal ermordet wurde, gingen 12000 Menschen im Protest auf die Straße. In ihrer Rede auf der Versammlung vor dem Gericht sagte Renate Dahlhaus, daß die Faschisten gestoppt werden müssen, und daß dazu die Werktätigen sich organisieren müssen, um „endlich den Reichtum selber zu verwalten, die Wirtschaft aufzubauen, selber zu planen. Nämlich eine humane Gesellschaft, in der Rassismus, Chauvinismus, Ausbeutung, Frauenunterdrückung vorbei sind, weil es kein Privateigentum mehr gibt, sondern weil wir die Macht in Arbeiter- und Soldatenräten organisiert und konzentriert haben".

Der Kampf zur Einstellung der Verfahren gegen die Antifaschisten von Moabit geht weiter, und wir brauchen weiter eure Unterstützung. Der Prozeß kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderer Minderheiten steht auf dem Spiel, sich gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Wir bitten unsere Leser um Mithilfe: Schickt Telefaxe, Telegramme oder Briefe an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91,1000 Berlin 21, Fax-Nr. (Westberlin) 39 79-2010, um gegen die bedrohliche Provokation zu protestieren und die sofortige Einstellung der Verfahren zu fordern. Fragt um Unterstützung bei euren Freunden, in eurer Gewerkschaft, in eurer Schule. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an: Komitee für die Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286, 2000 Hamburg 11. Die Verteidigung kostet auch sehr viel Geld, und jeder Beitrag hilft! Spendet an das Konto Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, Konto-Nr. 13 48 267, BLZ 200 400 00. Die erfolgreiche Verteidigung von Renate Dahlhaus und Michael Philippsen wäre ein Sieg für alle Antifaschisten!«



Spartakist

PDS-Sprecher Andre] Hermlin auf Verteidigungsdemo

Berliner Kurier im Stil von Goebbels' Großer Lüge

An den Redakteur
Berliner Kurier am Morgen

Berlin, den 3. Juni 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Artikel des *Berliner Kurier am Morgen* vom 25. Mai 1991 unter der Überschrift „Demonstranten bedrohten den Republikaner-Chef wird fälschlicherweise behauptet, daß der Republikaner-Führer Carsten Pagel am 24. Mai von Demonstranten vor dem Amtsgericht Tiergarten mit „Pfiffen, Buh-Rufen, erhobenen Fäusten" empfangen wurde. Richtig ist, daß die Kundgebung von hundert Teilnehmern, „Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit! Stoppt die Republikaner!", geordnet, kämpferisch und demokratisch war. Pagel wurde dabei niemals gesichtet und niemals von dieser Kundgebung „bedroht".

Diese falschen Behauptungen sollen den provokativen Eintritt Pageis in den Gerichtssaal rechtfertigen; von Leibwachen begleitet erschien er durch einen für Untersuchungshäftlinge vorbehaltenen Eingang. Ebenso sollen hier die Befangenheitsanträge der Verteidiger unterminiert werden. Die Angeklagten, Bundestagskandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands Renate Dahlhaus und Michael Philippsen, stehen vor Gericht, weil sie sich im Januar 1989 verteidigten gegen einen bewaffneten Angriff seitens der Republikaner auf einen bekannten Treffpunkt in Moabit für Antifaschisten, Immigranten und Linke.

Hochachtungsvoll, Werner Brand

SPARTAKIST

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

REP/Polizei-Provokation im Gericht

BERLIN, 24. Mai - Am Beginn des Prozesses gegen Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und den SpAD-Unterstützer Michael Philippsen starteten die Faschisten und ihre staatlichen Beschützer eine finstere Provokation. Der Haupt„zeuge" Carsten Pagel, Berliner Führer der Nazi-Republikaner, marschierte mit einem Leibgarde-Trupp von drei kräftigen Männern durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal. Dieser Eingang, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist, steht unter Kontrolle der Polizei. Auf den Protest der Anwälte der angeklagten Antifaschisten hin weigerte sich Richterin Müller, die Identität der „Leibgarde" bekanntzugeben und verteidigte sie als Maßnahme „zum persönlichen Schutz" des Nazi-Führers Pagel.

Renate Dahlhaus und Michael Philippsen stehen wegen des „Verbrechens" vor Gericht, sich im Januar 1989 gegen pistolenschwenkende REPs verteidigt zu haben, die nach einer antifaschistischen Versammlung einen beliebten Treffpunkt für Immigranten und Linke im Berliner Arbeiterviertel Moabit bedroht hatten.



Spartakist

Michael Philippsen und Renate Dahlhaus vor dem Amtsgericht Tiergarten

Auf diese Provokation hin stellten die Anwälte Jens Brückner und Rüdiger Jung Befangenheitsanträge wegen der besonderen Behandlung des Nazis Pagel und wegen der Weigerung der Richterin, auf einen größeren Gerichtssaal auszuweichen, um die zahlreichen Unterstützer der Antifaschisten teilnehmen zu lassen. Die Befangenheitsanträge wurden schließlich vom Gericht anerkannt, die Verhandlung wurde bis zur Entscheidung durch einen anderen Richter vertagt. In einem Bericht über den Prozeß fragte *Neues Deutschland* (25. Mai) über die mysteriöse Leibgarde: „Wer waren diese Männer, die sich anonym auf Zeugenplätzen niederließen? Waren es Verfassungsschutz, Leibgarde oder Polizisten in Zivil? ... Das Geheimnis blieb gewahrt."

Die Anwälte der beschuldigten Antifaschisten erklärten, daß sie in ihrer ganzen Praxis in der Bundesrepublik noch nie solch ein Spektakel gesehen hätten. Aber ein 70jähriger Treptower Antifaschist bemerkte dazu nach dem Prozeß: „Genauso hat es die SA in Breslau gemacht"! Die REP-Faschisten sind berüchtigt für ihre Überlappung mit der Polizei. Pageis Vorgänger als Berliner Gauleiter der REPs, Bernhard Andres, war ein Bulle, und große Teile der Bereitschaftspolizei unterstützten die REPs bei den Wahlen 1989. Diese Nazis (Neo- wie nicht so) setzen mörderischen Terror gegen Linke, Juden, Immigranten und andere ein und versuchen dabei, den Staat gegen ihre Gegner und Opfer zu benutzen. Aber im Moabiter Gerichtssaal kamen sie mit diesem dreisten Zusammenspiel nicht unwidersprochen durch.

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten über hundert Antifaschisten ihre Solidarität mit den Angeklagten. Darunter waren kurdische, türkische, vietnamesische und iranische Immigranten, antifaschistische Veteranen, 20 Schüler und eine Delegation von zehn Antifaschisten aus Halle. Außerdem nahmen Vertreter teil von Halkevi, Kurtulus, der autonomen iranischen Frauenbewegung, von Rizgari, der PDS (einschließlich aus Lichtenberg und Luckenwalde), der Antifa Treptow, der KPD *(Roter Morgen),* der Gruppe Spartakus, der autonomen Kommunisten, vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) und der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Andrej Hermlin stellte für den PDS-Landesvorstand Berlin auf der Kundgebung fest, daß viel mehr hätten kommen sollen. „Und ich denke auch, daß das etwas widerspiegelt, das in Deutschland eine gewisse Tradition hat, nämlich die Verharmlosung frecher faschistischer Gefahr." Er wies auf den dramatischen Anstieg von Angriffen der Neo-Nazis hin, besonders in Brandenburg, und auf die „Arbeitslosenzahlen, die die dunkelsten Prognosen bei weitem übertreffen. Die Partei, die ich hier vertrete, die PDS, wird wahrscheinlich in die Geschichte eingehen als die Partei der Verharmloser. Wir haben ja so verharmlost- Wir haben ein Arbeitslosenheer von 10 Millionen zu befürchten, ... schon jetzt ist das Anlehnungsbedürfnis von vielen sehr weit entwickelt. Man sehnt sich nach einer starken Hand". „Es wäre schon eine bittere Geschichte", sagte er, „wenn sich Nazis vor Gericht durchsetzten als die wahren Schuldigen gegen die Unschuldigen. Das darf nicht sein."

Ein Sprecher der PDS Luckenwalde überbrachte

Fortgesetzt auf Seite 21

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 88 JULI 1991 50 Pfennig

Nationalistischer Krieg und Konterrevolution zerreißen Jugoslawien

Viertes Reich will den Balkan wieder beherrschen



AP

In Split greifen kroatische Nationalisten einen Soldaten an. Kräfte der kapitalistischen Restauration reißen Jugoslawien auseinander

Das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens, schon lange vorhergesagt und schon lange vorbereitet, hat begonnen. Ende Juni erklärten die wohlhabenderen nördlichsten Republiken, Slowenien und Kroatien — traditionell römisch-katholisch und mehr westlich ausgerichtet —, ihre Unabhängigkeit. Dies führte zu tagelangen scharfen Kämpfen zwischen slowenischen Milizen und der jugoslawischen Bundesarmee. Eine Feuerpause und der Abzug der Bundesarmee aus Slowenien kann die Machtprobe höchstens für ein paar Monate verschieben. Inzwischen greifen die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den kroatischen Behörden und aufständischen serbischen Bevölkerungsgruppen um sich, die zu Recht um ihre Existenz fürchten unter dem rechtsgerichteten nationalistischen Regime in Kroatiens Hauptstadt Zagreb.

Die westlichen Imperialisten haben in den letzten 15 Jahren Jugoslawien ökonomisch ausgeblutet; jetzt benutzen und manipulieren sie die Kräfte des lokalen Nationalismus im Dienste der kapitalistischen Konterrevolution. Der kroatische nationalistische Führer Franjo Tudjman reiste nach Bonn, wo er um „die Entsendung einer Friedenstruppe" ansuchte; die serbische Zeitung *Politika* verglich dies mit dem Empfang des Ustascha-Führers Ante Pavelic durch Hitler im Zweiten Weltkrieg in Berlin. Besonders das deutsche Vierte Reich giert nach der Herrschaft über den Balkan, indem es für die Abspaltung Sloweniens und Kroatiens eintritt. Gleichzeitig schreibt die Pariser *Le Monde* (4. Juli): „Nachdem Deutschland seine Einheit und Souveränität wiedererlangt hat, ist es heute entschlossen, ohne Komplexe eine wichtige Rolle in einer Region zu spielen, zu der es immer enge Beziehungen unterhalten hat." Und der *Manchester Guardian Weekly* (14. Juli) hatte die Überschrift „Phantom des Vierten Reichs".

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wird jetzt von den gleichen Kräften zerrissen, die im Zweiten Weltkrieg von Titos kommunistischen Partisanen besiegt wurden — den brudermörderischen Nationalisten Kroatiens und Serbiens und ihren imperialistischen Paten. Der prowestliche jugoslawische Liberale Aleksa Djilas (Sohn des ex-kommunistischen Dissidenten Milovan Djilas) schrieb vor kurzem:

> „Der gleichzeitige Feldzug der Partisanen gegen Besatzer, Kollaborateure und kroatische, serbische sowie andere nationalistische Extremisten machte es den Kommunisten nach dem Krieg möglich, als die einzige einigende Kraft zu erscheinen und sogar von vielen Nicht-Kommunisten Unterstützung zu bekommen. Ihr föderales System nach dem Krieg war ein unumkehrbarer Schritt hin zur nationalen Gleichheit zwischen den Nationen, die Jugoslawien bilden." *(The Contested Country: Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919-1953* [Das umkämpfte Land: jugoslawische Einheit und kommunistische Revolution, 1919—1953], 1991)

Leider war er *nicht* unumkehrbar. Die Jugoslawische Revolution war von Anfang an durch den Stalinismus deformiert. Und jetzt, wo die Generation der Partisanen

Fortgesetzt auf Seite 3

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Gegen den Kahlschlag von Kohl/SPD/Treuhand:

Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei

Vor einem Jahr besiegelte die Währungsunion die kapitalistische Konterrevolution. Die rachsüchtigen Imperialisten in Bonn rammten eine feindliche Übernahme des deformierten Arbeiterstaats durch, und das Vierte Reich rückte an die polnische Grenze vor. Die Arbeiterklasse, ohne eine revolutionäre Führung, blieb passiv und war

Ein Jahr kapitalistische Konterrevolution

so zu einer historischen Niederlage verurteilt. Die Treuhand feierte den ersten Jahrestag des Sieges des deutschen Kapitals über die Arbeiter mit dem Befehl, eine weitere halbe Million Industriearbeiter im DDR-Gebiet auf die Straße zu werfen.

Heute geht es um die Existenz des ostdeutschen Proletariats, und die Arbeiter wehren sich verzweifelt bei dem Versuch, ihr Überleben irgendwie zu sichern. Vor dem 1. Juli brodelte es im ganzen Osten. Zehntausende Arbeiter streikten gegen den „Großflugtag" und besetzten mehrere Betriebe. Am 5. Juli bestreikten Reichsbahn-Lokführer Fernzüge und öffentliche Nahverkehrszüge, aber nur für zwei Stunden. Am selben Tag demonstrierten Zehntausende Metaller. In Rostock, wo am 30. Juni bei der Neptun-Werft das letzte Schiff vom Stapel lief, gingen 10000 Arbeiter auf die Straße und mauerten die Tür der Treuhand-Niederlassung zu.

Im Westen gingen seit Ende Juni Bergarbeiter sowie Werftarbeiter an der ganzen norddeutschen Küste wiederholt auf die Straße gegen das FDP/CDU/SPD-Streichtrio. Bergleute bewarfen Möllemann mit Eiern, trugen am 12. Juli einen „Möllemann"-Sarg durch Düsseldorf und verbrannten in Bergkamen seine Puppe. Olympia-Arbeiter demonstrierten vor Daimler in Wilhelmshaven gegen drohende Massenentlassungen.

Doch statt die reale Möglichkeit zu Massenstreiks in Ost und West Ende Juni zu nutzen, sind diese spontan auflodernden Kämpfe vereinzelt geblieben und liefen sich einfach tot. Warum? Weil die SPD/DGB-Bürokraten an der Spitze die Gewerkschaften in Ost und West im Würgegriff haben und dazu benutzen, die Arbeiter zu disziplinieren und der Kohl/Treuhand-Bande unterzuordnen.

Nach nur zwei Stunden hatten die Bürokraten den Warnstreik der Lokführer praktisch ohne Ergebnis ausverkauft und abgeblasen. Bei Metall und ÖTV haben sie die Kämpfe gegen die Zerstörung ganzer Industriezweige aufs Abstellgleis gelenkt und in ein Gerangel mit der Treuhand über illusorische „Beschäftigungsgesellschaften" (BGs) und „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (ABMs) umgebogen. So *spalten* sie die Arbeiter bewußt und mobilisieren auf engstirnigster Basis nur *einen Teil* derjenigen, die noch arbeiten. SPD-„Spezialisten" bezeichnen die „BGs" unverblümt als „Taschenspielerei". Für einige wenige Arbeiter gibt es ein paar Monate lang „Beschäftigung" zum Niedrigstlohn (z. B. als Wohngeldabrechner) und dann — die Straße. Statt zuzulassen, daß Jugendliche, Ältere, „Überqualifizierte" und Frauen gefeuert werden, würde eine revolutionäre Führung sie aktiv in den Kampf einbeziehen.

Heute gibt es im niedergehenden Imperialismus objektiv keinen Raum für ernsthafte und dauerhafte Reformen. Bei den defensiven Kämpfen in Deutschland heute geht es um die historischen Interessen von Millionen Arbeitern. Wie Trotzki sagte: Die Krise der Menschheit ist die Krise der revolutionären Führung, die die Macht der organisierten Arbeiterbewegung entfesseln würde.

Deshalb kämpft die SpAD dafür, die bewußtesten Kämpfer für unser revolutionäres Programm zu gewinnen. Wir kämpfen dafür, eine Arbeiterpartei in der Tradition der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki aufzubauen, eine Partei, die als Volkstribun alle Unterdrückten vereinen und zukünftige Kämpfe unter dem proletarischen Banner zum Siege führen kann. Obwohl die Arbeiter im Osten schwere Schläge einstecken, haben die Arbeiter im Westen keine Niederlage im Kampf erlitten. Sie besitzen eine enorme soziale Macht, die die Kollegen im Osten zu erneuten Kämpfen mitziehen kann.

Nach dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)330154
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ5O010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 88 **Juli 1991**

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Bericht von der Filmfabrik Wolfen

Job-Killer Treuhand schlägt zu - Wehrt Euch!

Am 9. Juli kam der IG-Chemie-Vorsitzende und Mitglied der Treuhand Rappe still und heimlich zur Filmfabrik Wölfen. Dort versuchte er, die Chemie-Vertrauensleute dafür zu gewinnen, ORWO-Arbeiter während der von Rappe inszenierten Stillegung ihres Betriebes ruhig zu halten, während über 10000 der 11000 Arbeiter fliegen sollen. Der SPD-Gewerkschaftsbürokrat und seine Kumpel im ORWO-Betrügsrat sorgen sich, weil die Arbeiter ihnen den ABM-Schwindel nicht abkaufen, mit dem angeblich 2500 Arbeiter vorübergehend während der Demontage des Betriebes „beschäftigt" werden — bis sie vollends auf der Straße sitzen. Im Gegenteil, sehr viele Arbeiter haben das Programm der Spartakisten zur Bekämpfung der Massenentlassungen und Betriebsschließungen offensichtlich ernstgenommen und überlegen, wie man ORWO besetzen und den Kampf zu anderen Chemie-Betrieben ausbreiten kann.

Am gleichen Tag verteilten wir 2500 Offene Briefe an die Arbeiter mit der Überschrift „Job-Killer Treuhand schlägt zu — Wehrt Euch!", und 164 Filmfabrik-Arbeiter kauften *Spartakist* Nr. 87 vor dem Betriebstor. Die Hälfte waren Frauen, die unter den ersten Opfern der Massenentlassungen sind (insgesamt wurden schon mehr als 300 Exemplare dieser Ausgabe in Wölfen verkauft). Mehrmals haben wir gehört: „Eigentlich habt ihr recht", und: „Es sind handfeste Sachen drin".

Wie wir in unserem Offenen Brief feststellten: „Der Betriebsrat will die Sorge und die Wut der Arbeiter kanalisieren in die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd und in einen Haß auf die Sowjetunion, als Ablenkung von den wirklichen Feinden." Weil die Spartakisten die Wahrheit sagen, griff ein tollwütiger Herr Krause vom Betriebsrat sogar *Spartakist*-Verkäufer tätlich an und renkte einem Genossen den Arm aus. Und jetzt ist der Betriebsrat sogar zur Polizei der Bosse gerannt, um Anklage gegen uns zu erheben. Doch Provokation und Einschüchterung wird die Arbeiter nicht daran hindern, unsere Zeitung zu lesen und sich mit dem Programm der Spartakisten für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich auseinanderzusetzen.

Bei der Filmfabrik fehlt nur ein Funke, um eine Besetzung zu entfachen. Das wissen auch Breuels Kammerdiener wie Krause im Betriebsrat. In der Monitor-Fernsehsendung über den Eifer der Treuhand, die Riesenfabrik zum Diskont-Preis an zwielichtige Gestalten zu verkaufen, konnte man *Spartakist* in der Mappe des Betriebsrats sehen. Die *Mitteldeutsche Zeitung* vom 11. Juli druckte eine Meldung aus dem Betriebsrat, die „die Versuche der Spartakist-Arbeiterpartei" angriff, „einen Keil zwischen die gewählten Interessenvertreter und die Belegschaft zu treiben und Betriebsratsmitglieder als .Schläger im Interesse der Treuhand' zu diffamieren". Doch während die Blauen Briefe vorbereitet werden, wird es für die Arbeiter immer offensichtlicher, daß die sozialdemokratischen Arbeiterverräter die katastrophale Zerstörung des Chemie-Dreiecks durchdrücken wollen, wogegen die Spartakisten mit den Arbeitern kämpfen: Schmeißt die Betrüger raus! Wählt Streikkomitees, jetzt! Wie wir im Offenen Brief schrieben, „denkt daran, daß Wölfen nicht allein steht. Die Chemiearbeiter in Bitterfeld, Buna und Leuna sind auch die Zielscheibe bei diesem Versuch, das ganze Gebiet zu verwüsten." Besetzt die Betriebe und weitet den Kampf auf MIBRAG, Bitterfeld, Leuna und Buna aus!

Die Zeit ist sehr knapp. Tausende Arbeiter kennen das Spartakist-Programm; viele geben uns recht. Trefft euch deshalb jetzt mit uns, um zu diskutieren, wie wir uns wehren können und wie wir die revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen können, die wir brauchen, um unsere Existenz zu verteidigen. Der Offene Brief an die Arbeiter der Filmfabrik Wölfen kann über die Redaktionsadresse bestellt werden.«

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite l

dahingeht und die titoistische Bürokratie zerfällt, sind die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus mit aller Macht zurückgekehrt.

Kroatiens neuer Führer Franjo Tudjman, ein ehemaliger General und Geschichtsprofessor, ist ein berüchtigter Apologet für das kroatische faschistische Ustascha-Regime während des Krieges, das unter dem Schutz der Nazi-Wehrmacht Hunderttausende von Serben, Juden und Roma getötet hat. Serbische Irreguläre, die jetzt gegen Tudjmans Polizisten kämpfen, nennen sich „Tschetniks", nach den serbischen monarchistischen Freischärlern, die kroatische Dorfbewohner niedergemetzelt und die kommunistischen Partisanen überfallen haben.

Nur der Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei kann die neue Welle von völkermörderischen Massakern abwehren, die wieder einmal die Völker Jugoslawiens bedrohen.

Seit ein paar Monaten befindet sich Kroatien in einem schwelenden Bürgerkrieg, der immer wieder zwischen bewaffneten serbischen Bevölkerungsgruppen und dem nationalistischen Regime Zagrebs aufflammt. Die Serben in der Republik stellen 10 Prozent der Bevölkerung und sind in der Region Krajina die Mehrheit. Serbiens starker Mann Slobodan Milosevic — einst stalinistischer Parteiboß, der zum nationalistischen Demagogen wurde — verlangt, daß diese Region ein Teil Großserbiens werde, wenn Kroatien sich von Jugoslawien abspaltet. Und Milosevic hat heimlich mit dem kroatischen Führer Tudjman darüber verhandelt, die Grenzen neu zu ziehen und unter anderem Bosnien-Herzegowina mit seiner überwiegend moslemischen Bevölkerung aufzuteilen.

Als slowenische. Milizen die Grenzposten übernahmen, die jugoslawische Fahne herunterrissen und ihre eigene hißten, schickte die Armee Panzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen, um die Kontrolle über die internationalen Grenzen zurückzuerobern. In diesem Augenblick traten die europäischen Bourgeoisien auf den Plan, um als die Herren über Jugoslawiens Schicksal zu wirken. Am 30. Juni verkündete eine Delegation der EG ein Waffenstillstandsabkommen. Slowenien und Kroatien

Fortgesetzt auf Seite 4

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 3

sollten die Ausführung ihrer Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate aufschieben, gleichzeitig würden die Einheiten der Bundesarmee in ihre Kasernen zurückkehren. Der Stabschef der Armee, Blagoje Adzic, der 1942 zusehen mußte, wie seine ganze Familie von der Ustascha massakriert wurde, erklärte: „Wir werden diesen Krieg zu Ende führen." Doch inzwischen hat sich die Armee aus Slowenien zurückgezogen.

Jeder behauptet, für eine friedliche Lösung zu sein, und jeder weiß, das Auseinanderbrechen Jugoslawiens wird eine sehr blutige Angelegenheit sein. Westliche Politiker und die bürgerlichen Medien beklagen jetzt das Wiederaufleben von „primitivem" Nationalismus auf dem Balkan. Aber die Konterrevolution in Jugoslawien und in ganz Osteuropa wird dirigiert von den ach so zivilisierten Männern der Wall Street und in Washington, Brüssel und Frankfurt.

Westlicher Imperialismus und Konterrevolution in Jugoslawien

Da die ständig wechselnde kollektive Präsidentschaft gelähmt ist, blieb als Leitfigur nur der Ministerpräsident Ante Markovic von der Zentralregierung übrig. Seit Markovic Anfang 1989 das Amt antrat, ist er für die westlichen Banker der Hauptagent im blutenden Jugoslawien gewesen. Die Industrieproduktion ist in den letzten 18 Monaten um 30 Prozent gefallen, über ein Viertel der 20000 Betriebe des Landes sind zahlungsunfähig, die Arbeiter sind seit Wochen nicht bezahlt worden, und 20 Prozent der Arbeiterschaft sind arbeitslos. Bar jeder Unterstützung bei der Bevölkerung im eigenen Land besteht die gesamte politische Strategie von Markovic darin, die westlichen Mächte davon zu überzeugen, daß sie Jugoslawien als Ganzes in eine Neokolonie der EG verwandeln. Markovic ist genauso erpicht auf die Restauration des Kapitalismus wie die Sezessionisten in Ljubljana und Zagreb.

Vor ein paar Monaten sprachen die Generäle, die im Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien organisiert sind, immer noch davon, Jugoslawien als eine „sozialistische Gesellschaft" zu erhalten. Doch inzwischen scheint ein entscheidender Teil der militärischen Führung bereit zu sein, das Land in einen Vasallen des Imperialismus zu verwandeln, solange es ein einheitlicher Staat bleibt.

Die Hauptsorge der westlichen Herrscher besteht jedoch nicht einfach darin, daß eine Balkanisierung schlecht fürs Geschäft ist. Sie besteht darin, daß der Zerfall Jugoslawiens zu einer Welle ethnischer Blutfehden und nationalistischer Grenzkriege in Osteuropa führen wird. Bulgarien und Griechenland erheben schon lange Ansprüche auf Makedonien. Das neue, rechtsgerichtete Regime in Albanien könnte durchaus in Kosovo intervenieren, wo die albanische Mehrheit von Serbien brutal unterdrückt wird. Ein Grenzkrieg zwischen Serbien und Kroatien über Krajina könnte den ähnlichen Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien über Transsylvanien wieder entfachen. Und die Abspaltung von Slowenien und Kroatien wird die slowakischen Separatisten in der Tschechoslowakei kräftig ermutigen. (Die Slowakei von Monsignore Tiso war im Zweiten Weltkrieg wie das Ustascha-Kroatien ein klerikal-faschistischer Marionettenstaat Nazi-Deutschlands.)

Im Land der Südslawen leben die verschiedenen Völker überhaupt nicht in geographisch zusammenhängenden Gebieten, sondern vielmehr stark miteinander vermischt, wobei es noch dazu viele Ehen zwischen ihnen gibt. Nationale Abspaltung und kapitalistische Restauration werden dort eine blutige Angelegenheit sein. Zweifellos wird man die wichtigsten Auswirkungen von Jugoslawiens Zerfall in der multinationalen Sowjetunion spüren, wo die baltischen Nationalisten bis zum Siedepunkt angeheizt werden. Dies käme zu einem Zeitpunkt, der die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten in Verlegenheit brächte; denn Gorbatschow hat gerade einen wichtigen Schritt hin zur völligen Restauration des Kapitalismus getan. Ein neues Gesetz erlaubt es, daß die sowjetische Industrie an Privatgesellschaften verkauft wird, auch und gerade an ausländische Unternehmen.

Westliche Finanzleute und Industrielle würden gern eine geordnete Restauration des Kapitalismus in Osteuropa sehen. Aber die Kräfte der Konterrevolution, die von der Ostsee bis zur Adria auf dem Vormarsch sind, sind *untrennbar verbunden* mit brudermörderischem Nationalismus. Und die Konterrevolution in Osteuropa hat auch den Konkurrenzkampf *zwischen* den Imperialisten verschärft, der darum geht, wer diesen halben Kontinent beherrschen und ausbeuten wird.

Deutsches Viertes Reich giert nach der Herrschaft über den Balkan

Die westeuropäischen Bourgeoisien stürzten sich auf die Jugoslawien-Krise, um sich gegenüber Washington zu behaupten. Ein paar Tage, nachdem Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, zerbrach Deutschland die Einheitsfront der westlichen Diplomatie, die für den Erhalt Jugoslawiens war. Kanzler Helmut Kohl erklärte, die Präsenz der jugoslawischen Bundesarmee in Slowenien und Kroatien sei „völlig unannehmbar". Außenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte, wenn es nach ihm ginge, würde die EG die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkennen. Und Volker Rühe, Generalsekretär der regierenden Christdemokraten, rief dazu auf, „das Selbstbestimmungsrecht von Slowenien und Kroatien anzuerkennen". Diese Forderung wird von Norbert Gansei, dem Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten, sogar noch lauter hinaustrompetet.

Die neuentdeckte Begeisterung der deutschen Herrscher für „Selbstbestimmung" in Osteuropa hat natürlich ihre westeuropäischen Partner wie Spanien aufgeregt, die starke unterdrückte nationale Minderheiten haben, die nach Unabhängigkeit verlangen. Wenn die Kroaten sie haben, warum nicht die Basken und die Korsen? Es ist obszön, wenn Kohl & Co. über die „Rechte von Minderheiten" predigen, während superausgebeutete türkische und jugoslawische „Gastarbeiter" in Deutschland wie Dreck behandelt werden und von Neonazi-Terroristen überfallen werden, deren Markenzeichen der großdeutsche nationalistische Wiedervereinigungswahn ist. Wenn Kohl, Genscher und die Sozialdemokraten das Wort „Selbstbestimmung" in den Mund nehmen, dann ist es nur eine Formel für ein neues von Deutschland beherrschtes Reich in Osteuropa.

In Deutschland war die nationalistische sozialdemokratische Linke der Vorreiter für eine vom Vierten Reich beherrschte Pax Europa in Jugoslawien. Die SPD griff die Kohl-Regierung dafür an, daß sie nicht stärker und früher für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens interveniert hat. Der ehemalige „Trotzkist" und inzwischen zum großdeutschen „Außenpolitik"-Redakteur der *Frankfurter Rundschau* gewandelte Karl Grobe greift in einem passend betitelten Kommentar „Es geht ums Ganze" *(FR*, 28. Juni) Washington und die EG als Breschnewisten an, weil sie die separatistischen Bewegungen in Jugoslawien und in der Sowjetunion nicht aggressiv genug unterstützen.

Genauso attackierte der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi im Bundestag den „Schlingerkurs" Bonns und tönte, der legale Nachfolgestaat des Dritten Reichs habe in Jugoslawien nicht genug „zur Beruhigung der Situation beigetragen" *(Neues Deutschland,* 4. Juli). Am 20. Juni forderte *ND* gar in lyrischen Worten: „Zum anderen sollten die Deutschen ihren Einfluß geltend machen, um die zarten Pflanzen der neuen europäischen Institutionen zum Blühen zu bringen." Am nächsten Tag erklärte ein weiterer *ND*-Kommentar, daß die KSZE nicht nur die Konflikte in Jugoslawien, der Sowjetunion oder Zypern lösen sollte, sondern „auch das Kurdenproblem in der Türkei." Im Klartext: Die D-Mark-dominierte Festung Europa als Startrampe zur Weltpolitik. Aber die schwarz-rot-goldene PDS-Fahne mit Taube statt Reichsadler löste sich bald in Rauch auf. Das *ND* vom 8. Juli mußte zugeben, daß ein Dr. Ernst Friedrich Jung zum neuen KSZE-Exekutivsekretär bestellt worden ist, der für seine Verteidigung der Nazi-Richter berüchtigt ist. Bei einem Prozeß gegen einen antifaschistischen Historiker erklärte er, ein Beamter sei „weder zum Widerstand noch auch nur zum sofortigen Widerspruch gegen geplanten Massenmord verpflichtet".

Die ehemalige Habsburger Reichshauptstadt Wien spielte von Anfang an eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung Sloweniens und Kroatiens. Doch dies war nicht genug für die österreichischen Günstlinge Ernest Mandels, die Sozialistische Alternative, die fordert: „Anerkennung von Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten durch die österreichische Bundesregierung." Schamlosigkeit ist noch eine Untertreibung, um diese Helfershelfer von Waldheim zu beschreiben. Gleichzeitig werden im südlichen Kärnten, dessen Landeshauptmann (jetzt stellvertretender Landeshauptmann) Jörg Haider international Schlagzeilen machte mit seiner Lobpreisung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs", Vereine gegründet, die Slowenien „heim ins Reich" holen wollen. Ihre Kontinuität im Balkan ist verkörpert in dem österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Kurt Waldheim, der als Stabsabwehroffizier der Wehrmacht in Zusammenarbeit mit Ustascha-Kräften verantwortlich war für die blutige Ausrottung Zehntausender jugoslawischer Partisanen.

Die Herren von den Frankfurter Banken und den Fabriken an der Ruhr glauben, daß sie mit der Wiedervereinigung letztes Jahr die Niederlage des Dritten Reichs im Zweiten Weltkrieg rückgängig gemacht haben. In Jugoslawien wollen sie Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg rückgängig machen. Ein Mitglied der christdemokratischen „Untersuchungs"kommission, die vor kurzem nach Ljubljana und Zagreb, (in deutschen Zeitungen Laibach und Agram genannt!) fuhr, war Otto von Habsburg, der 78jährige Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn!

Vor 1914 waren Slowenien und Kroatien Provinzen des morschen Habsburger-Reichs, das der untergeordnete Partner des Zweiten Deutschen Reichs war. Serbien, damals eine unabhängige Monarchie, erhob Anspruch auf die Gebiete des Balkans, über die Habsburg herrschte, und schaute auf das *zaristische* Rußland als seine Schutz-Großmacht. Es war das Attentat auf den österreichischen Thronerben, offenbar durch einen serbischen Nationalisten in Bosnien, das den ersten imperialistischen Weltkrieg auslöste.

Nach Deutschlands Niederlage wurde Jugoslawien von den siegreichen Westmächten unter der Herrschaft der serbischen Monarchie gegründet. In der Zeit zwischen den Weltkriegen war das Jugoslawien von König Alexander ein Satellitenstaat von Frankreich und Britannien. Als Reaktion darauf baten die kroatischen Nationalisten der Ustascha das faschistische Italien und später Nazi-Deutschland um Unterstützung; sie wurden an die Macht gebracht, als Hitlers Wehrmacht 1941 den Balkan überrannte.

Der Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland und der Kampf der kommunistischen Partisanen legten die Grundlage für den Wiederaufbau Jugoslawiens als eine vergesellschaftete Wirtschaft auf einer wirklich föderalen Basis. Da Tito durch eine Revolution an die Macht gekommen war, die von breiten Massen getragen wurde, war er in der Lage, mit Stalin 1948 zu brechen und Jugoslawien als einen „unabhängigen" „national-kommunistischen" Staat zu regieren, wobei er zwischen Washington und Moskau einen Zickzack-Kurs verfolgte.

Nur Kommunismus kann mörderischen Nationalismus besiegen

Es war jedoch unmöglich, den Sozialismus in einem relativ rückständigen Balkanland aufzubauen. Wirtschaftlich wurde der bürokratisch deformierte jugoslawische Arbeiterstaat stark abhängig vom Export seiner überschüssigen Arbeitskräfte ins kapitalistische Europa, besonders nach Westdeutschland. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 traf die jugoslawische Wirtschaft besonders hart. Wie andere osteuropäische stalinistische Regime reagierte Tito damit, daß er sein Land an die Bankiers von Wall Street und Frankfurt verpfändete. Da die jugoslawische Wirtschaft durch die Schuldendienste ausgezehrt wurde, wuchsen die Kräfte des nationalistischen Revanchismus schnell an.

Die Grundlage der Jugoslawischen Revolution von 1941—1945 lag, trotz ihrer stalinistischen Deformation, in dem gesamten vorherigen Kampf der Kommunisten gegen Nationalismus, besonders gegen den damals mächtigen serbischen Nationalismus.

Vor anderthalb Jahrzehnten schrieben wir:

> „Jetzt sind sogar die großen Errungenschaften der Jugoslawischen Revolution selbst — der Sturz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Überwindung der blutigen nationalistischen Konflikte, die das bürgerliche Jugoslawien plagten — dadurch bedroht, daß die Bürokratie (zum größten Teil gegen ihren eigenen Willen) zentrifugale Kräfte fördert. Die Bedingungen kommen zusammen für einen blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien; und dieser wird vielleicht, angesichts der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen, in die Form eines Kampfes für ‚nationale Befreiung' gehüllt. Dies ist das Erbe des Titoismus, des Stalinismus ‚mit menschlichem Antlitz'. Es ist ein Erbe, das die arbeitenden Massen überwinden müssen durch den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei, die in der Lage ist, eine proletarische politische Revolution zum Sturz der Tito-Bürokratie durchzuführen und dadurch die Bedingungen zu schaffen für die internationale Ausweitung der Revolution." („Die nationale Frage in Jugoslawien", *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1975)

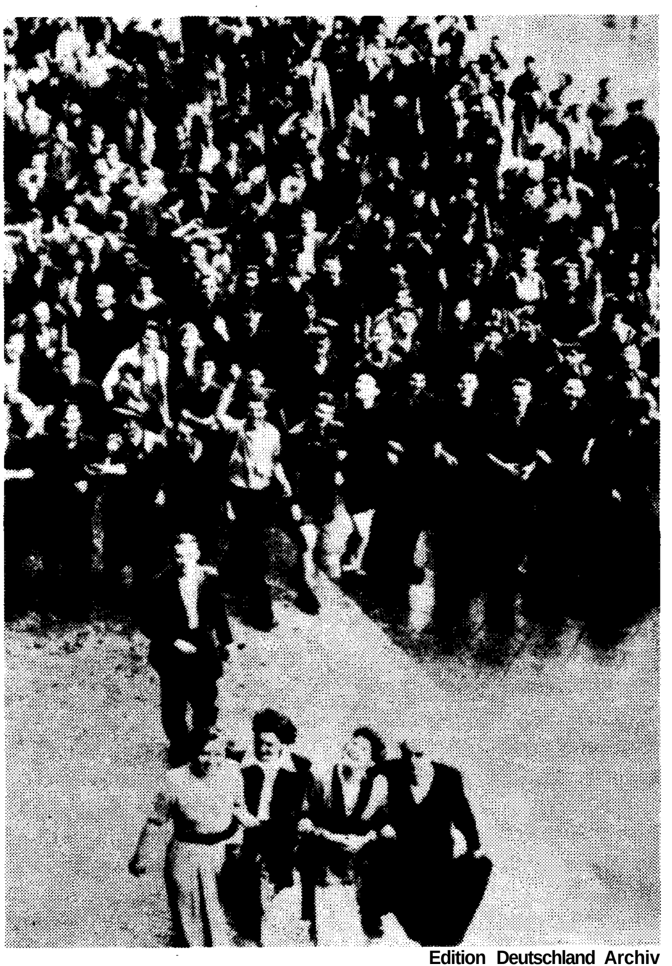
Heute sind die Völker von Jugoslawien und ganz Osteuropa konfrontiert mit rücksichtsloser Unterdrückung und Ausbeutung von seiten der wieder auflebenden bürgerlich-nationalistischen Kräfte, die vom amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus manipuliert werden. Nur eine Rückkehr zum proletarischen Internationalismus, zu den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, kann die Arbeiter und Bauern Osteuropas — vom Balkan bis zum Baltikum — vor einer neuen Welle von kommunalistischen Massakern und nationalistischen Kriegen bewahren.

Nach Workers Vanguard *Nr. 531, 19. Juli*

17. Juni 1953: Ansatz zur proletarisch-politischen Revolution

Nachfolgend drucken wir in gekürzter Fassung und leicht überarbeitet das Referat ab, das Reinhard Hartwig, SpAD-Bundestagskandidat in Halle und Mitglied des Zentralkomitees der SpAD, im Juni auf Veranstaltungen in Leipzig, Halle, Berlin und Hamburg gehalten hat.

Jahrelang wurde den Arbeitern in der DDR eingeimpft, daß am 17. Juni 1953 ein konterrevolutionärer Putschversuch stattfand. So bezeichnet das Zentralkomitee der SED auf seiner 14. Tagung am 21. Juni 1953 den Arbeiteraufstand in der DDR als „faschistische Provokation", für die „westliche Agentenzentralen" verantwortlich gemacht werden. Die westdeutsche Bourgeoisie und die SPD machten den 17. Juni sogar zum Wahrzeichen ihres Revanchismus, zu einem Feiertag des deutschen Imperialismus, an dem er jahrzehntelang unverhohlen seine Besitzansprüche auf seine im Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete zum Ausdruck brachte. Wir Trotzkisten sagen aber, der 17. Juni 1953 war ein Aufstand der Arbeiter der DDR gegen die stalinistische Bürokratie, ein Aufstand für ein rotes Rätedeutschland, für die revolutionäre Einheit des deutschen Proletariats. Es war kein prokapitalistischer „Volksaufstand" am Tag „X", sondern eine fast ausschließlich von Arbeitern der DDR getragene Rebellion in Berlin und anderen Industriegebieten der DDR gegen die stalinistische Bürokratie.



Edition Deutschland Archiv

17. Juni 1953: Ostberliner Arbeiter in Westberlin. DDR-Arbeiter forderten: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus"

Anfang 1945 befreite die sowjetische Armee große Teile Osteuropas und auch Ostdeutschland vom Hitler-Faschismus. Aber diese Armee war nicht mehr die Rote Armee von Lenin und Trotzki. Sie war als bewaffneter Arm der stalinistischen Kreml-Bürokratie gekommen, mit dem ausschließlichen Ziel, ihre Grenzen mit Pufferzonen im Vorfeld gegen ein zweites „Unternehmen Barbarossa" zu sichern. Die einzige wirksame Methode zur Verteidigung der Sowjetunion wäre die Ausweitung der Revolution auf ganz Europa gewesen. Es war ein Verbrechen der Stalinisten, daß mit ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Land" der Kapitalismus in Westeuropa wieder aufgebaut wurde. So beteiligten sich die Kommunisten in Frankreich und Italien an den kapitalistischen Regierungen und verrieten die damaligen Kämpfe der Arbeiter um die Macht, indem sie diese an die Kapitalisten übergaben. Gleichzeitig wurden in der Sowjetischen Besatzungszone alle spontan entstandenen antifaschistischen Komitees und Ansätze von Arbeiterräten durch die Ulbricht-Gruppe aufgelöst und durch stalinistische Administrationen ersetzt.

Der durch die Rede Churchills in Fulton, USA [März 1946] eingeleitete Kalte Krieg und die aktive antisowjetische Politik des US-Imperialismus zwang die stalinistische Kreml-Bürokratie in den osteuropäischen Ländern zur Durchführung einer Revolution von oben. An der Spitze dieser Staaten stand keine bürgerliche Partei, sondern eine bürokratische Kaste, welche ihre Machtpositionen gegen die Arbeiterklasse verteidigen mußte. Nachdem 1952 Stalins Angebot der Wiedervereinigung auf „neutraler" Grundlage an Adenauers Vorhaben der Westintegration Deutschlands gescheitert war, wurde der „Aufbau des Sozialismus" mit allen Mitteln vorangetrieben. Dementsprechend stellte die 2. Parteikonferenz der SED [Juli 1952] fest, daß „die politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen ... soweit entwickelt seien, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden" sei.

Gleichzeitig wurde der Aufbau bewaffneter Streitkräfte, die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft und eine noch schnellere Entwicklung der Schwerindustrie beschlossen. 1953 war die SED-Bürokratie mit für sie unlösbaren Problemen konfrontiert. Die großangelegte amerikanische Marshallplan-Hilfe und die dadurch weitaus besseren Startbedingungen in der BRD, einschließlich des höheren Lebensstandards, hatten neben einer verfehlten Politik (z. B. die Zwangskollektivierung) eine massive Fluchtbewegung Hunderttausender Arbeitskräfte zur Folge. Zwar hatte sich die ökonomische Lage der Arbeiter in den Nachkriegsjahren nach den ersten Erfolgen ständig verbessert, blieb aber spürbar hinter der im Westen zurück. Eine willkürlich geplante Schwerindustrie und eine Finanzkrise machten den Fünfjahrplan

Sie wollten nicht Adenauer, sondern eine Metallarbeiterregierung

unerreichbar. Dies alles führte dazu, daß sich die Lage der Arbeiter weiter verschlechterte.

Auftakt zum 17. Juni

In dieser Situation entschloß sich die stalinistische Bürokratie zu äußersten Maßnahmen. So wurden die Preise für Zucker, Wurstwaren usw. in den HO-Läden drastisch erhöht, und nicht in der Produktion Tätige (Rechtsanwälte, Selbständige u.a.) erhielten ab dem ersten Mai keine Lebensmittelkarten. Der Nutzen dieser Maßnahmen war aber gering. Bereits im April/Mai gab es in einigen Betrieben die ersten Streiks gegen die schlechte Versorgung und die Normerhöhungen. So z. B. in Eisleben die Schlackensteinhersteller, im VEB Fimag Finsterwalde, im VEB Elektromaschinen Finsterwalde, im EAW Treptow, Nagema KMS und anderen. In den meisten Fällen wurden die Arbeiter, welche in den Streikkomitees tätig waren, verhaftet.

Der Tod Stalins im März hatte die sowjetische Regierung (wie auch alle anderen stalinistischen Regierungen) in eine Krise der Ungewißheit gestürzt. Die neue Parteiführung in Moskau riet ihren deutschen Genossen, den harten Kurs zu mildern, da die Sowjetunion nicht in der Lage war zu helfen. Doch Ulbricht und seine Parteigänger setzten sich darüber hinweg und verschärften die administrativen Maßnahmen. So beschloß das ZK der SED am 14. Mai 1953 eine Resolution gegen destruktive Aktivitäten „der bürgerlichen Elemente und des ganzen aufrührerischen Packs von Trotzkisten, Zionisten, Freimaurern, Verrätern und moralisch verkommenen Individuen" mit der Aufforderung an den Ministerrat, die Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent zu erhöhen.

Dementsprechend veröffentlichte die Regierung der DDR am 28. Mai 1953 ein Dekret, mit dem die Produktionsnormen um 10 Prozent erhöht wurden. Dieses Dekret stieß bei vielen Arbeitern auf heftigen Widerstand. So berichtete z. B. am 29. Mai 1953 das SED-Organ *Freiheit* des Bezirkes Halle von einer bereits am 16. April durchgeführten Vollversammlung der Arbeiter der Zeitz-Fabriken, wo die Arbeiter einen wahren Aufstand gegen die geplanten Normerhöhungen entfachten. Ein Arbeiter brachte die Stimmung der Arbeiter auf den Punkt: „Genossen, was sich heute bei uns abspielt, ist für einen Arbeiter eine Schande. 70 Jahre nach dem Tod von Karl Marx müssen wir noch über die elementarsten Lebensbedürfnisse diskutieren. Wenn Karl Marx das hören würde, würde er sich im Grabe umdrehen."

Die Kreml-Bürokratie verfolgte den harten Kurs der SED-Bürokratie mit Sorge. Semjonow, seit Ende Mai 1953 Chef der sowjetischen Hohen Kommission in Berlin, erstattete in Moskau Bericht und kam mit der Nachricht zurück, daß erstens keine Hilfe aus der Sowjetunion zu erwarten ist, die angesichts der Ausblutung des Landes durch den Faschismus selbst Probleme hatte, die Bevölkerung zu ernähren. Zweitens sollte die Politik des „Neuen Kurses" die Linie Ulbrichts vom „verschärften Klassenkampf' ersetzen.

Dem Druck der Kreml-Bürokratie nachgebend, beschloß das Politbüro der SED am 9. Juni ein Kommuniqué, demzufolge „in nächster Zeit ... eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern."

Nach der typischen Zick-Zack-Methode der stalinistischen Führung sollten jetzt Abstriche am Schwerindustrialisierungsprogramm zugunsten der Förderung der Konsumgüterproduktion vorgenommen werden. Gleichzeitig wurden Zugeständnisse gegenüber den Bauern, den Handwerkern, der Intelligenz und den Mittelschichten gemacht. Allen wurden Zugeständnisse gemacht, nur den Arbeitern nicht; die Normerhöhungen wurden beibehalten. Während bei den anderen Gesellschaftsschichten die Lebensbedingungen verbessert wurden, wurden die der Arbeiter weiter verschlechtert. Stefan Heym gibt in seinem Roman *Fünf Tage im Juni* die Stimmung der Arbeiter treffend wieder:

> „Alles ist nur ein Irrtum gewesen, erfahre ich, und wir haben den neuen Kurs, und jeder kriegt sein Geschenkchen, die Bauern ihre Höfe, die Ladenbesitzer ihre Lebensmittelkarten, für jeden ist was da — nur nicht für den Arbeiter, dem werden die Normen noch erhöht. . .“

Bereits am 8. Juni 1953 hatten Arbeiter des Blocks 40 der Stalinallee (zum überwiegenden Teil SED-Mitglieder) eine Resolution abgefaßt und „an den Präsidenten *unserer* Regierung, Genösse Otto Grotewohl, und an den Generalsekretär *unserer* Partei, Genösse Walter Ulbricht" gerichtet. Diese Petition wird nicht beantwortet. Im Gegenteil: am 10. Juni treten die neuen Normen in Kraft. Bereits an diesem Tag kommt es zu Streiks, so z. B. in Hennigsdorf. Am 15. Juni kommt es auf der Baustelle Friedrichshain zu einem Teilstreik. Am Morgen des 16. Juni 1953 spricht man auf allen Baustellen der Stalinallee von diesem Streik.

Die Bauarbeiter aus Friedrichshain beschließen, eine Delegation zu Otto Grotewohl und Walter Ulbricht zu schicken, um über die Normerhöhungen und die damit verbundenen Lohneinbußen zu verhandeln. 300 Bauarbeiter des Blocks 40 der Stalinallee brechen ebenfalls auf, um ihre Kollegen zu unterstützen. Zunächst marschierten sie zu anderen Baustellen im Umkreis, um die Kollegen dort für die Demonstration zu gewinnen. Beträchtlich angewachsen, zog der Demonstrationszug zum FDGB-Haus. Zweck dieser Demonstration war zu diesem Zeitpunkt die Rücknahme der Normerhöhungen.

Bald waren es 2000 demonstrierende Arbeiter, bald 6000. Als der Demonstrationszug vor dem Regierungssitz ankam, forderten sie Grotewohl und Ulbricht auf zu sprechen. Doch die SED-Führung war paralysiert. Von der Regierung hatte einzig Industrieminister Selbmann den Mut, vor die Arbeiter hinzutreten. „Du bist kein Arbeiter, sieh dich doch an!", „Wir wollen Ulbricht und Grotewohl!", „Nicht ihr, wir sind die wahren Kommunisten", riefen ihm jedoch die Arbeiter entgegen.

Im Gegensatz zur Solidarnosc 1981 kämpften die Arbeiter in der DDR für den Sozialismus, wie auch die Arbeiter 1956 in Ungarn und Polen. In Ungarn zeigte sich 1956 noch deutlicher, daß die stalinistische Bürokratie in einem deformierten Arbeiterstaat eine parasitäre Kaste und keine herrschende Klasse ist. Im Herbst gab es in Ungarn Ansätze zu einer politisch-proletarischen Revolution gegen den Stalinismus. Es wurden Fabrikkomitees und Arbeiterräte gebildet. Die stalinistische Bürokratie brach zusammen, und führende Stalinisten gingen auf die Seite der Arbeiterklasse über. Wie zum Beispiel der Polizeichef von Budapest oder Pal Maléter, Kommunist und Oberst der ungarischen Streitkräfte, welcher die militärische Führung des Arbeiteraufstandes übernahm.

In der DDR gab es keine Zeit für die stalinistischen Bürokraten, sich zu entscheiden, auf welcher Seite sie stehen. Zwar gingen viele untere Parteifunktionäre und auch Volkspolizisten auf die Seite der Arbeiter über, es gibt aber kein Beispiel für einen höheren Funktionär, der dies tat. Bald schon blieben die demonstrierenden Arbeiter nicht bei den ökonomischen Forderungen stehen.

Fortgesetzt auf Seite 8

17. Juni 1953...

Fortsetzung von Seite 7

So forderten z. B. die Arbeiter vor dem Regierungssitz:

• Sofortige Senkung der Normen um 10 Prozent

• Sofortige Preissenkung für Grundnahrungsmittel und lebensnotwendige Gegenstände, die in der HO verkauft werden. Jene Führer, die schwere Fehler begangen haben, müssen gehen

• Die Partei und die Gewerkschaft muß demokratisiert werden

• Das Land muß durch freie und geheime Wahlen vereint werden, und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen muß gesichert werden.

Um 14.00 Uhr trat Minister Selbmann ein zweites Mal vor die demonstrierenden Arbeiter und gab die Rücknahme der Normerhöhungen bekannt. Kurz darauf marschierten die Arbeiter zurück zu ihren Arbeitsplätzen. Auf dem Rückmarsch trafen die Arbeiter auf Lautsprecherwagen. Dabei stellte sich heraus, daß die Normen noch nicht zurückgenommen waren, sondern das Politbüro dem Ministerrat dies nur vorgeschlagen hatte. Die Arbeiter waren verwirrt und empört. Sie besetzten einen der Lautsprecherwagen und wollten nun *ihre* Meinung äußern. Ein Sprecher rief die Arbeiter dazu auf, daß alle Arbeiter sich am kommenden Morgen am Strausberger Platz treffen sollten, und rief zum Generalstreik auf. Die Streiks und Demonstrationen am 16. Juni blieben weitgehend auf die Bauarbeiter und auf Ostberlin beschränkt. Aber die Nachricht von den Streiks und der Demonstration in Berlin breitete sich schnell in der gesamten DDR aus.

Was geschah am 17. Juni 1953 wirklich?

Am Morgen des 17. Juni hatten sich die Arbeiter in fast allen Ostberliner Betrieben versammelt, Streikkomitees wurden gebildet. In der gesamten DDR gab es spontane Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Fabrikkomiteegründungen. 28000 Arbeiter in den Leunawerken, 18000 in Buna, 12000 in Wölfen, 12000 in Hennigsdorf und Arbeiter in Halle, Bitterfeld, Leipzig, Jena, Gera, Görlitz und Magdeburg beteiligten sich an den Streiks und Demonstrationen. Oftmals wurden die Demonstrationen abgehalten unter Absingen von traditionellen Arbeiterkampfliedern. In allen Industriestandorten kommt es zu Solidaritätsbewegungen, Streiks und Demonstrationen.

Der Demonstration in Berlin schlössen sich auch die Arbeiter aus Hennigsdorf und die Arbeiter der Reichsbahn-Bauunion in Veiten an. 30 000 Arbeiter marschierten diszipliniert durch den Westteil von Berlin und riefen die Westberliner Arbeiter auf, sich den Streiks anzuschließen, unter der Losung „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!"

Ein wichtiges Zentrum des Streiks außerhalb von Berlin war Leuna. Die Leuna-Arbeiter haben in ihrem Kampf eine große Tradition: Leuna war im Ersten Weltkrieg ein wichtiges Zentrum der Spartakusgruppe von Karl und Rosa und die Hochburg der jungen KPD. Die Märzkämpfe 1921 waren ein Höhepunkt im revolutionären Kampf der Leuna-Arbeiter. Während des Faschismus war Leuna eines der wichtigsten Zentren des antifaschistischen Widerstandskampfes. Als hier am 17. Juni der Streik ausbricht, geben die Arbeiter über den Werkfunk Anweisungen, wie der Streik zu organisieren ist. Eine Delegation von 1500 Arbeitern wird nach Berlin entsandt und überbringt den streikenden Berliner Arbeitern eine Grußbotschaft.

Auch in Wölfen wird der Werkfunk durch die streikenden Arbeiter besetzt. Die Forderungen der 12000 streikenden Arbeiter in Wölfen zeigen, daß es den Arbeitern nicht um eine Restauration des kapitalistischen Systems ging. Neben der Forderung nach Senkung der Normen und der Preise forderten sie zum Beispiel eine Neuwahl des Sekretariats der SED-Betriebsleitung. Kennzeichnend für alle Streiks ist, daß die Arbeiter diszipliniert und geschlossen aufmarschierten. Die Arbeiter demonstrierten diszipliniert unter der Führung der gewählten Streikkomitees meist von den Betrieben ins Stadtinnere, wo oftmals die Rathäuser und andere Dienststellen besetzt wurden.

Dies alles geschah meist in den Vormittagsstunden des 17. Juni. Aber bereits hier zeigte sich, daß den Arbeitern eine Führung fehlte. Nach den ersten Aktionen der Arbeiter zeigte sich eine gewisse Ratlosigkeit unter ihnen. Die Streikkomitees waren oftmals durch Arbeiter gebildet worden, welche zufällig in der Nähe der Tribünen oder der Mikrofone standen. Zum Aufruf zum Streik reichte es bei ihnen, doch um ihn zum Erfolg zu führen, fehlte ihnen ein klares Programm.

Versuche, die Streikkomitees auszuweiten und zu zentralisieren, waren spontan und unkoordiniert und eher eine Ausnahme. Es wurde kein Versuch unternommen, wichtige Knotenpunkte der Wirtschaft, Verwaltung und Kommunikation zu besetzen. Eine Ausnahme bildete Dresden, wo Arbeiter das Hauptpostamt stürmten.

Insgesamt wurde in 272 Städten der DDR gestreikt. Über 450000 Arbeiter beteiligten sich an den Streiks am 17. Juni. In Berlin waren es 150000, in Halle nahmen 70000—80000 an den Massendemonstrationen teil. Hier zeigte es sich bereits, daß die Demonstrationszüge nicht nur aus Arbeitern bestanden. Waren am Vormittag des 17. Juni hauptsächlich Arbeiter auf der Straße und verliefen die Demonstrationen in der Regel ruhig und diszipliniert, änderte sich dies nach den Mittagsstunden. Zu diesem Zeitpunkt beteiligten sich an den Demonstrationen zunehmend andere Kräfte, kleinbürgerliche Schichten, die Hoffnung schöpften für eine Rekapitalisierung, Jugendliche, aber auch reaktionäre Kräfte, die Morgenluft witterten. Diese sind die Hauptakteure in Berlin bei der Plünderung von Geschäften, Brandstiftungen und anderen Vandalenakten. Das wird auch dadurch unterstrichen, daß beim bewaffneten Vorgehen der Volkspolizei unter den 16 Getöteten 11 Bewohner Westberlins sind und nur einer zu den Streikenden zählte.

In den Vormittagsstunden hatten die Arbeiter nur die Entlassung bestimmter ihnen namentlich bekannter Kollegen und Mitarbeiter gefordert, die bei den vorhergehenden Streiks verhaftet werden waren — allenfalls die Entlassung aller politischen Gefangenen. Oftmals wurden im Zusammenwirken mit dem Gefängnispersonal die vorhandenen Unterlagen durchgegangen und nur die Kollegen befreit. Am Nachmittag änderte sich dies völlig. Aufgeputschte Demonstranten stürmten die Gefängnisse, und alle Gefangenen wurden freigelassen. Neben den Kriminellen wurden auch Faschisten befreit. So wie zum Beispiel in Halle die KZ-Aufseherin Dorn, die später wegen ihrer Verbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Es mangelte an revolutionärer Führung

Immer deutlicher zeichnete sich seit den Mittagsstunden des 17. Juni die fehlende Führung der Arbeiter ab. Nach den Großkundgebungen zogen die Arbeiter in den meisten Fällen zurück zu den Betrieben, wie zum Beispiel die 8000 Arbeiter aus Wölfen, die nach der Kundgebung in Bitterfeld diszipliniert nach Wölfen zurückmarschierten. Als gegen 14.00 Uhr in mehreren Städten

durch die sowjetischen Kommandeure der Ausnahmezustand bekanntgegeben wurde, waren vielerorts die Arbeiter bereits auf dem Rückmarsch in ihre Betriebe oder nach Hause. Das Eingreifen der Sowjetarmee war in vielen Fällen nicht die Wende, sondern der Schlußpunkt. Überwiegend kann man zeitgenössischen Berichten entnehmen, daß die sowjetischen Soldaten vorsichtig und zurückhaltend gewesen sind. Beispielsweise hatte in Halle die sowjetische Armee den Platz schon Stunden vor Ende der Kundgebung abgeriegelt. Trotzdem ließ sie die Teilnehmer der Kundgebung zu Zehntausenden auf dem Hallmarkt zusammenströmen und ihre Kundgebung abhalten; erst nach deren Ende wurde der Platz geräumt.

In den meisten Fällen wurde durch die Sowjetsoldaten in die Luft geschossen, wie auch außer in Berlin nirgends die Arbeiter oder andere Demonstranten Angriffe auf die Sowjetarmee initiierten. Immer deutlicher zeigte sich, daß es nach der Rücknahme der Normerhöhungen in den Demonstrationen keinen einigenden Willen mehr gab.

Baut eine leninistische Partei auf!

Um den Aufstand siegreich gestalten zu können, bedurfte es einer revolutionären Partei, wie es die Bolschewiki 1917 waren. Am 17. Juni fehlte diese Führung mit ihrem revolutionären Programm, die in der Lage gewesen wäre, die Streikkomitees von Organen des Arbeiteraufstandes zu Organen der Staatsmacht zu machen und den stalinistischen Machtapparat zu zerschlagen und durch Organe der Arbeiterinacht zu ersetzen. Arbeiterdemokratie, nicht bürgerlicher Parlamentarismus, sollte die Parteien umfassen, die sich, gewählt von Arbeitern, zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung bekennen. In ihrem Programm hätte eine trotzkistische Partei gefordert:

• Für Gewerkschaften, unabhängig von bürokratischer Kontrolle, gestützt auf die Verteidigung der sozialistischen Eigentumsformen
• Für Streikrecht
• Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Verteilung und Außenhandel
• Für eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung.

Zwar gab es viele Arbeiter, die auf die SPD setzten, was auch in den politischen Forderungen der Berliner Arbeiter zum Ausdruck kommt. Auch in Magdeburg hofften viele Arbeiter auf die SPD. Eine ihrer Losungen war zum Beispiel: „Wir verhandeln nicht mit Ulbricht und Adenauer, sondern nur mit Ollenhauer!" (damaliger SPD-Vorsitzender). Diese Losung zeigte die Hoffnung der Arbeiter auf die Scheinpolitik der SPD gegen eine Westintegration der BRD. Noch deutlicher wird dies in der Forderung der Arbeiter:

> „Man soll nicht mehr warten, bis die Bonner Regierung die Initiative zur wirklichen deutschen Wiedervereinigung ergreift. Die DDR-Regierung muß sofort beginnen, die Barrieren, die die beiden Deutschland voneinander trennen, niederzureißen. Das Land muß durch geheime, allgemeine und freie Wahlen vereinigt und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen gesichert werden."

„Freie Wahlen in ganz Deutschland!" war eine in den 50er Jahren beliebte Forderung der Sozialdemokraten, denn durch die bankrotte Politik des Stalinismus in der DDR konnte sie hier auf Unterstützung hoffen.

Es bestand 1953 eine reale Chance für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands. Doch die SPD zeigte einmal mehr ihre konterrevolutionäre Politik. So würgte sie jegliche Bestrebungen der Westberliner Arbeiter ab, ihre Kollegen im Ostteil zu unterstützen und den Kampf für eine proletarische Revolution im Westen zu führen. Nach dem Motto: „Die objektiven Bedingungen sind noch nicht reif, verhinderte sie, im Dienste des deutschen Kapitals stehend, ein Ausweiten der Kämpfe nach Westen. (Wie sich die Zeiten doch gleichen!) Doch um siegreich zu sein, mußte der Kampf nach Westen ausgeweitet werden.

Am 17. Juni 1953 erlitt die Arbeiterklasse eine politische Niederlage. Dennoch kam die stalinistische Bürokratie nicht umhin, auf den Aufstand einzugehen. So wurden nach dem 17. Juni hohe Parteifunktionäre in die Betriebe entsandt, mit der Aufgabe, die Arbeiter zu beruhigen. So zum Beispiel Ulbricht in den Leunawerken am 24. Juni und Grotewohl im Transformatorenwerk in Berlin-Oberschöneweide. Auch wurden die Löhne der Arbeiter am 23. Juli erhöht, und die Preise für viele Produkte wurden gesenkt. Auch die Sowjetunion reagierte. Aus Angst vor weiteren Aufständen der Arbeiter war die stalinistische Bürokratie gezwungen, den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig wurde aber auch gegen die Parteimitglieder innerhalb der SED vorgegangen, die die Handlungen der Arbeiter befürworteten oder gar unterstützten. So wurde zum Beispiel der Justizminister der DDR, Max Fechner, seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen, weil er die Streiks der Arbeiter als deren verfassungsmäßiges Recht verteidigt und den streikenden Arbeitern Straffreiheit zugesichert hatte.

Im Geist des 17. Juni 1953 hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bzw. ihre Vorgängerin, die Trotzkistische Liga Deutschlands, gemeinsam mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), deren Sektion wir sind, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft. Als einzige Partei hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kompromißlos gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Als Hans Modrow die PDS in den deutsch-nationalen Taumel „Deutschland, einig Vaterland" führte, waren wir die einzigen, die dagegen ankämpften. Für die Arbeiterklasse kann es nur ein Vaterland geben, und das kann nur ein sozialistisches sein.

Heute, wo alle sogenannten linken Parteien vor dem kapitalistischen Staat oder der konterrevolutionären SPD-Führung zu Kreuz kriechen, ist es dringender denn je, der Arbeiterklasse eine revolutionäre Perspektive zu geben. In der Tradition von Lenin und Trotzki, von Karl und Rosa kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für den Aufbau einer kommunistischen Partei, die den Arbeitern eine Führung im Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sieg des Sozialismus geben kann.i

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

— Bertolt Brecht, Sommer 1953

Hexenjagd im Vierten Reich gegen DDR-Schriftsteller

Warum sie Angst haben vor Christa Wolf

Von Marianne Clemens und Amy Rath

Mit einem Kesseltreiben haben die Kulturgeier einen antikommunistischen Rachefeldzug gegen die weltberühmte Schriftstellerin Christa Wolf geführt. Seit Juni 1990, als ihr Buch *Was bleibt* erschien, gab es einen Sturm von Rufmord und literarischer Diffamierung gegen sie. Wolfs Werke sind in 20 Sprachen übersetzt worden; in einem Land nach dem anderen (u. a. in Westdeutschland, wo ihre Werke seit Jahren eine breite Leserschaft haben und von den Kritikern gepriesen wurden) erhielt sie literarische Auszeichnungen und Preise mit großem Prestigewert, viele wollten sie für den Nobel-Preis vorschlagen. Und plötzlich, wenn es nach den Literaturpäpsten von Helmut Kohls Viertem Reich geht, wird „ihr schriftstellerischer Rang weit überschätzt"; sie „interessiert nicht als künstlerischer Fall".

Im Grunde genommen hat dieser Kulturkampf wenig zu tun mit Wolfs Wert als Künstlerin. Denn Christa Wolf verkörpert alles, was der deutsche Imperialismus verabscheut — eine viel beachtete Schriftstellerin aus einem stalinistisch regierten Land, eine Frau, eine Sozialistin, eine Antifaschistin, die über Deutschlands Vergangenheit schreibt —, und deswegen ist sie zu einem Symbol geworden, das demontiert werden soll, wie Hammer und Zirkel von den Häuserfassaden. Die Diffamierung von Christa Wolf und anderen prosozialistischen DDR-Schriftstellern dient als wichtiger Bestandteil der ideologischen Rechtfertigung für eine Säuberung von Kommunisten und ehemaligen Kommunisten aus allen Schichten der Gesellschaft der ehemaligen DDR. Wolf ist stellvertretend nicht nur für das kulturelle Erbe der DDR, sondern auch für die Schicht von prosozialistischen Intellektuellen, die gegen das Honecker-Regime waren und die nie zum kapitalistischen Westdeutschland überliefen, weder in ihrer Person noch in ihren Ideen.

Jetzt will der deutsche Imperialismus das Andenken an diese aufrichtigen Sozialisten auslöschen, zusammen mit dem Andenken an die Kommunisten und Antifaschisten, die die DDR auf den Trümmern von Hitlers Reich aufbauten. Dies gehört zu dem Versuch von Bonn, jedes Überbleibsel des ehemaligen deutschen deformierten Arbeiterstaats auszulöschen. Die Hexenjäger verwischen ihre Spuren mit der ekelerregenden „revisionistischen" Anschauung der deutschen Geschichte, die den Nazi-Völkermord mit der Lüge „Stalin schuf Hitler" entschuldigt. Der deutsche Kapitalismus übernahm das, was von Hitlers Reich übrig blieb, direkt in die westdeutsche Staatsstruktur — dazu gehörten viele der leibhaftigen „Ex-Nazi"-Beamten. Aber die ideologischen Weichensteller denken, sie könnten die unermeßliche Schuld für die faschistische Vergangenheit dadurch der ehemaligen DDR zuschieben, daß sie den antidemokratischen Mißbrauch und die bürokratische Korruption des stalinistischen Staatsapparats mit Hitlers „Endlösung" gleichsetzen.

Obwohl noch niemand Christa Wolfs Bücher auf dem Marktplatz verbrannt hat, hat die Hexenjagd gegen sie, ihre Ideen und im allgemeinen gegen Sozialisten aus der DDR tatsächlich hierzulande viel Angst an die Oberfläche gespült, denn in Deutschland hat niemand vergessen, daß die letzte groß angelegte Hexenjagd gegen Kommunisten unter Hitler exekutiert wurde. In den Worten



Die SPD-geführte Hexenjagd ist Teil der Rache der Bourgeoisie für die Zerschlagung Nazi-Deutschlands durch die Rote Armee. Das Vierte Reich verfolgt die PDS und will jeden Funken der kulturellen Kreativität und Entwicklung zerstören, die trotz der Zwangsjacke der stalinistischen Zensur in der DDR blühte

von Heinrich Heine: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht." Die Diffamierung von Christa Wolf steht als Symbol für das, was vielen anderen blühen soll: von prominenten Schriftstellern wie Günter Grass bis hin zu kommunistischen Arbeitern und Beamten. So ist dies mit einer Frage von viel entscheidenderer Bedeutung und historischer Tragweite verknüpft: dem Drang der Kapitalisten, die Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben einfach auszulöschen, wo sie potentielle Führer des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus darstellen.

Deutsche Arbeiter kämpfen gegen die Verwüstungen der Wiedervereinigung

Jetzt, wo die deutschen Kapitalisten die DDR verschlungen haben, demontieren sie im Osten die ganze Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Bonner Regierung legt die ehemaligen staatlichen Fabriken still, entläßt Hunderttausende, radiert das vergesellschaftete System von Kinderbetreuungseinrichtungen und bezahlten Mutterschaftsleistungen aus, das den Frauen in der DDR erhebliche Unabhängigkeit gab. Und in jedem Bereich der Gesellschaft — von den Betrieben bis zur akademischen Welt — sind die ersten, die ihre Arbeitsplätze verlieren, die Hunderttausenden Mitglieder (gegenwärtige oder ehemalige) der SED/PDS. Als die Auswirkungen des Anschlusses zu greifen begannen, verflog der Rausch der „schnellen D-Mark", die den versprochenen Wohlstand bringen sollte, die treibende Kraft bei den Wahlen im März 1990, die in die kapitalistische Konterrevolution mündeten. Im April 1991 sackte Kohls CDU bei den Meinungsumfragen ab; gleichzeitig schüttelten Streiks das DDR-Gebiet, und Demonstrationen gegen Massenarbeitslosigkeit kochten in den Städten über.

Bei all der wachsenden Ernüchterung unter den deutschen Arbeitern, überwiegend im Osten, befindet sich die Intelligenz im Westen in einem Zustand großer nationalistischer Erregung: sie vibriert so richtig über den „Tod des Kommunismus". Diese Schicht befindet sich überwiegend unter den Fittichen der SPD: die liberale/sozialdemokratische Hamburger *Zeit* ist in der letzten Periode das Flaggschiff von Kaltem Krieg, Hexenjagd und imperialistischen Hardlinern gewesen. *Die Zeit* trommelte mit am lautesten, um deutsche Unterstützung für den dreckigen US-imperialistischen Krieg im Persischen Golf herbeizuwerben. Für die Sozialdemokraten — die politischen Enkelkinder von Ebert, Scheidemann und Noske, den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg — hat der deutsche Nationalismus selbstverständlich Vorrang vor irgendwelchen Rechten der Arbeiterklasse. Für sie sind die historischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats DDR — kostenlose Gesundheitsversorgung, bezahlbare Mieten, die größere Unabhängigkeit der Frauen, kostenlose Ausbildung, Arbeit für alle in einer vergesellschafteten Wirtschaft — nichts. Wir Trotzkisten kämpften dafür, die historischen Errungenschaften der DDR zu verteidigen, und gleichzeitig kämpften wir für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistischen Bürokraten rauszuwerfen.

In der Zeit nach der kapitalistischen Wiedervereinigung spielten die Sozialdemokraten in der Tat die Rolle, die sie versprochen hatten: sie bildeten als Trojanisches Pferd für kapitalistische Wiedervereinigung die Speerspitze der Konterrevolution im Osten, getarnt als die liberalen „Freunde" der Arbeiterklasse. Sie versuchen, praktisch ohne Erfolg, für sich eine Basis unter den kämpferischen Arbeitern aufzubauen, und auch, mit erheblich mehr Erfolg, die SED/PDS-Lehrer an führenden Universitäten wie Humboldt mit Berufsverbot zu belegen und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst zu säubern. Die westdeutsche Justiz (die nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende von Nazi-Richtern übernahm) hat die Richter der ehemaligen DDR als „ungeeignet" für die Richterbank erklärt; Tausende von Richtern, Anwaltsgehilfen und anderen Justiz-Angestellten sind jetzt Sozialhilfeempfänger. In der unablässigen Jagd auf Rote müssen Lehrer, Polizisten, Busfahrer, Journalisten und sogar Opern-Bühnenarbeiter akribische Untersuchungen ihrer Überzeugungen und ihrer Vergangenheit über sich ergehen lassen.



Der Spiegel

Christa Wolf auf der Kundgebung am Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989

Kunst und Literatur in der DDR

Deutschlands größte Schriftsteller wurden unter Hitler in die Emigration gezwungen, unter ihnen (der konservative) Thomas und (der linke) Heinrich Mann, Arnold Zweig und viele andere. In der Tat hätten die meisten von ihnen Bände schreiben können über die Kostprobe westlicher „Demokratie", die ihnen Joseph McCarthy und J. Edgar Hoover verabreichten — und manche wie Stefan Heym schrieben auch Bände darüber. Zahlreiche exilierte Schriftsteller, unter ihnen Bertolt Brecht, Anna Seghers und Stefan Heym, kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück — nach Ostdeutschland. Veteranen der Weimarer Republik, wie Brecht beispielsweise, hegten wenig Illusionen über die westdeutsche „Demokratie".

Trotz der nervtötenden politischen Konformität unter Ulbricht/Honecker genoß die DDR ein lebendiges kulturelles und intellektuelles Leben: das stalinistische Regime subventionierte Literatur und Künste in großem Stil. Die staatliche Zensur konnte den eindrucksvollen künstlerischen und literarischen Ausdruck genausowenig verhindern wie interessante kulturelle Auseinandersetzungen — das alles koexistierte allerdings mit hirnverbranntem stalinistischen Kitsch. Künstler waren eine privilegierte Schicht der Gesellschaft: In der Bevölkerung war man stolz auf sie, man schätzte sie; andererseits nahm man ihnen aber auch ihre Privilegien übel. (Die weltberühmte Sportlerin und Olympia-Siegerin Katarina Witt ist beispielhaft: man bewunderte ihr Talent, bejubelte sie als Symbol des Nationalstolzes und beneidete ihren Sonderstatus.)

Die „Literaturkritiker" des Vierten Reichs, die nur so triefen vor Selbstgefälligkeit und kleinlichem Triumph, tun die Leistungen dieser ganzen Generation als Müll ab. Und bei der Schlammschlacht über die neue „entar-

Fortgeselzt auf Seite 12

Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 11

tete Kunst" im Literaturteil der überregionalen Zeitungen ist es nicht stehengeblieben. In den ersten Tagen nach der Währungsunion im Juli 1990 gab es auf den Müllhalden in der DDR Berge von Büchern; dabei dachten viele mit Schrecken an die Bücherverbrennung der Nazis. Schallplattenläden vernichteten praktisch ihr ganzes Sortiment an DDR-Aufnahmen, um den Weg freizumachen für Musik „überlegener Qualität" von dem „freien Markt" des Westens. Gestrichen wurden die staatlichen Subventionen sogar für Zirkusse — deren Aufführungen auffallend frei waren von Brutalität gegenüber den Tieren, das Markenzeichen für den Zirkus im Kapitalismus —, und Tierbetreuern bleibt nichts anderes übrig, als mit ihren Lamas, Kamelen und Pferdchen auf der Straße zu betteln. Orchester, Museen, Tanz- und Theatertrupps werden im ganzen DDR-Gebiet aufgelöst, abgesehen von ein paar Aushängeschildern. Das New York Philharmonie sahnte Kurt Masur ab, aber Tausende von engagierten Musikern sind arbeitslos.

Der Aufschrei über Was *bleibt*

Im Kontext der allgemeinen Hexenjagd-Atmosphäre ist die bevorzugte Zielscheibe der DDR-feindlichen Ideologen Christa Wolf gewesen — eine der bekanntesten lebenden Schriftsteller aus der DDR, Mitglied der SED seit 40 Jahren und Autorin von *Kindheitsmuster,* einem meisterhaften Roman über ein junges Mädchen, das in Hitler-Deutschland aufwächst. Wolfs Leistungen sollen als das Machwerk einer Mitläuferin der korrupten stalinistischen Bürokraten abgetan werden. Als bequemer Vorwand dient, daß ihr Roman *Was bleibt* ihr erstes Buch war, das sich explizit mit der eigenen Erfahrung mit staatlicher Zensur und Einschüchterung befaßte. Die Substanz der Beschwerden seitens der Kritiker? Wolf hätte das Buch 1979 veröffentlichen sollen — als „Sensation" und Enthüllung der Korruption und der Mißbräuche der DDR-Regierung. Sie wäre ein Held gewesen, weint *Die Zeit.* Daß sie aber zehn Jahre mit der Veröffentlichung gewartet hat, „beweist", daß sie „schuldig" war, nichts als eine „Staatsdichterin", nichts als eine karrieresüchtige Apologetin für Honeckers Verbrechen.

Wie die meisten von Wolfs Büchern ist *Was bleibt* autobiographisch; es setzt sich mit Ereignissen in ihrem Leben nach der Affäre um Wolf Biermann im Jahre 1976 auseinander. Biermann — Dichter, Liedermacher und damals links-stalinistischer Kritiker der DDR-Regierung (die ihn seit Mitte der 60er Jahre unter Hausarrest gehalten hatte) — wurde nach einem öffentlichen Konzert in Westdeutschland ausgebürgert. Diese bürokratische Ungeheuerlichkeit war Teil einer allgemeinen Repressionswelle gegen Dissidenten; es gab u. a. eine Regierungsumbildung, Reiner Kunze wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, weil er eine Sammlung von Erzählungen im Westen veröffentlicht hatte, die kritisch gegenüber der DDR waren. Im Proteststurm gegen Biermanns Ausbürgerung ergriffen Christa Wolf und elf weitere Schriftsteller — u. a. Stefan Heym und Wolfs Ehemann Gerhard — die Initiative und riefen das SED-Politbüro auf, den Fall neu zu überdenken. Dafür wurde

Einige Gedanken zu Christa Wolf

Für mich ist der eigentliche Punkt in der sogenannten Vergangenheitsbewältigung in beiden deutschen Staaten zu suchen, der offensichtliche Streitpunkt ist die unterschiedliche Entwicklung nach 1945. Für Christa Wolfs Generation waren diese Jahre prägend, besonders in ihrer politischen Entwicklung, da es nun galt, einen neuen, einen besseren Staat durch eigener Hände Arbeit aufzubauen. Wichtig war dabei die Entnazifizierung, vorgenommen von einer Handvoll Antifaschisten und Kommunisten, welche entweder aus den KZs zurückkehrten oder aus der Emigration. Bereits hier beginnt die unterschiedliche Entwicklung, und man spürt beim Lesen ihrer Bücher immer wieder ein kleines bißchen Stolz, „dabeigewesen zu sein".

Für mich ist das 'eine DDR-typische Eigenschaft, die eigentlich zum großen Teil bis in meine Generation übermittelt werden konnte, nicht nur durch Staatsdoktrin, sondern unter anderem auch, weil gerade solche Bücher existierten.

Für uns war es immer wieder ein Fest, wenn wir eine neue Ausgabe im Buchladen „unter dem Ladentisch" kaufen konnten. Ich fragte mich, wann wird sie einen wirklichen Erfolg und Einfluß bei uns, für uns haben, denn es war unzweifelhaft, daß sie nicht gegen unseren Staat, sondern für ihn argumentierte, gegen diese andere deutsche Mißgeburt.

Jeder DDR-Bürger, der für eines ihrer Bücher stundenlang unterwegs war, rechnete immer mit DDR-bezogener Literatur, geschrieben von einer Frau, die ganz genau weiß, wo sie lebt und warum gerade dort, und der es nie im Traum einfallen würde, den souveränen Staat zu verleugnen... Ich möchte ihre Bücher nicht missen, da sie bei allen Querelen und Schwierigkeiten, die für uns hier so typisch waren, unser Land immer wieder in einem doch so sympathischen und liebenswerten Licht darstellten, so daß man wenigstens die Hoffnung auf Besserung *hier* nicht aufgab.

Man kann also auf jeden Fall davon ausgehen, daß sie nicht für Antikommunisten geschrieben und publiziert hat, sondern, vermute ich, gerade auch für die Leute, denen heute noch ein eiskalter Schauer den Rücken runter läuft, wenn sie sehen, daß man in den westlichen Medien bei Nachrichtensendungen ganz selbstverständlich die deutschen Namen für polnische Städte benutzt.

Wenn man sie zu einer staatstragenden Dichterin machen bzw. umfunktionieren will, sollte man sich vorher erst auf eine genaue Begriffsbeschreibung einigen. Wenn es darum geht, daß sie auch im westlichen Ausland in der Lage war, unser Land angemessen zu repräsentieren (was die bestimmte Ideologie nunmal nicht ausschließt), dann kann man diese Bezeichnung nicht unbedingt verwerfen. Wenn es aber darum geht, daß sie bei bestimmten Entscheidungen unserer Obersten nur genickt, gelächelt und geklatscht hat, dann sollte man als Kritiker schleunigst sich ein anderes Thema für die Rezension suchen, denn nun wird es offensichtlich, daß es nicht um den Verriß bloßer Literatur, sondern um politische Unduldsamkeit geht, welche, geschickt getarnt, aber ein und derselben Hysterie entsprungen sind.

Ramona
8. April 1991

Christa Wolf, die sich der Beschuldigung der Illoyalität gegenüber dem Staat gegenübersah, vom Schriftstellerverband offiziell gerügt, und anschließend verlor sie ihren Sitz im Vorstand. Ihr Mann verlor die Mitgliedschaft sowohl im Schriftstellerverband als auch in der SED.

Wolf mußte außerdem feststellen, daß sie von der gefährlichen und verhaßten Stasi beobachtet wurde — auf auffällige Weise und offensichtlich in der Absicht, sie einzuschüchtern. Mit ihrer Erfahrung in dieser finsteren Zeit, ihrer Angst und Wut, befaßt sich *Was bleibt:*

> „Schuhe überstreifen, Mantel an, die Tür doppelt, am liebsten, wenn es möglich wäre, dreifach verschließen, so wenig das, wie ich ja wußte, im Ernstfall nützen würde, denn mindestens ein-, wahrscheinlich aber zweimal hatten im vorigen Sommer jene jungen Herren oder deren Kollegen mit einer Spezialausbildung im Türenöffnen unsere Wohnung in unserer Abwesenheit aufgesucht, ... so daß [sich] ... am nächsten Tag die Profilsohle eines Männerschuhs, Größe 41/42, deutlich auf einigen Türschwellen und auf dem dunklen Parkett im Mittelzimmer abgedrückt hatte... Außerdem haben im Bad die Scherben des Wandspiegels im Waschbecken gelegen, ohne daß sich für diesen Tatbestand eine natürliche Erklärung hätte finden lassen. Wir mußten also davon ausgehen, daß die jungen Herren ihren Besuch in unserer Wohnung gar nicht verheimlichen wollten."

Zum Schluß gibt es eine schauerliche Schilderung einer öffentlichen Lesung durch die Autorin: es wird ihr klar, daß die Besucher handverlesen waren und daß ihre Unterstützer — die Leser, die so begeistert ihre Bücher aufgegriffen hatten — von der Polizei geschubst und weggetrieben wurden.

Was bleibt spiegelt die Stimmung wider innerhalb erheblicher Teile der Bevölkerung, die sich als Sozialisten ansahen, die aber den Weg vorwärts blockiert sahen. Das Buch behandelt dasselbe Thema, das den meisten Werken Wolfs in den letzten 20 Jahren zugrunde liegt: die zunehmenden Schwierigkeiten eines Menschen, der sich der Aufgabe gegenübersieht, kommunistische Überzeugung mit der stalinistischen Wirklichkeit unter einen Hut zu bringen. Die „hilflose Wut", die die Kritiker angeblich unerklärlich finden, ist die natürliche Reaktion einer isolierten Sozialistin auf ein Regime, das nicht in Richtung Sozialismus steuert, sondern dabei ist, zum völligen Stillstand zu kommen.

Der Platz der Frau

Sobald das Buch erschienen war, gingen die „Kritiker" an die Arbeit. Marcel Reich-Ranicki, Westdeutschlands „Literaturpapst", brach den Stab für Christa Wolfs Exkommunizierung, und die Kritiker leierten der Reihe nach gehässige, personalistische, frauenfeindliche „Rezensionen" herunter. Die großen literarischen Kanonen der einflußreichen liberalen *Zeit* und der konservativen *Frankfurter Allgemeine* schmissen sich zuerst ins Zeug; das Gros der übrigen Presse sprang auf den fahrenden Zug. Monatelang verurteilten sie Wolfs Werke, ohne sie zu diskutieren, und kotzten unisono unbegründete politische Beschuldigungen gegen die Schriftstellerin, die Frau und ihren Charakter heraus.

Die Erfahrungen von Frauen sind ein großes Thema von Christa Wolf — und diesen würdigen Herren der Belletristik macht es überhaupt nichts aus, in frauenfeindliche Bigotterie hinabzusteigen, um einen ekelerregenden Angriff ad feminam zu fahren. Mit Schaum vor dem Mund zog die sogenannte linke Zeitschrift *titanic* über eine „unansehnliche Autorin" her: „Meinst Du, sie würde im Minirock mit durchsichtiger Bluse wesentlich schärfer aussehen?" *Die Zeit* spottete: „Die Frau gerät in Panik." Sie „‚weinte'. Es bleibt uns nichts erspart." „Ach ja, diese anmutige Melancholie ... diese zarte Entsagung." „Mit süßer Wehmut beschwört sie die Natur ... oder das unbeschädigte Leben ... oder die Wonnen eines leckeren Frühstücks." Die Überschrift im *Spiegel* (25. Juni 1990): „Selbstgemachte Konfitüre" — der Artikel ist eine einzige Reihe von Beleidigungen. Der *stem* überschrieb einen Artikel „Gesamtdeutsche Heulsuse". Soll dies nun das Urteil gegenüber jedem sein, der meint, daß Frauen mehr als nur Kinder, Küche, Kirche zusteht?

Diese käuflichen Schreiberlinge schaffen es, ein eindrucksvolles Tohuwabohu von rachsüchtigen Gereiztheiten, Selbstwidersprüchen und Lügen zustande zu bringen: Ihre Werke sind „überschätzt", „sentimental". Sie lief nicht zum Westen über, wo sie als Schriftstellerin „Unterkunft" hätte finden können. Ihre Werke wurden „politisch", nicht „ästhetisch" beurteilt. Sie und alle anderen, die in der DDR geblieben sind, waren „schuldig" — alle „Mitverantwortliche dessen, was dort geschehen ist".

Prosozialistische Dissidentin in der DDR

Nach Meinung dieser literarischen Gauner hätte Christa Wolf nur eine Wahl gehabt: entweder Honeckers Apologet zu sein oder sich vor dem Imperialismus zu prostituieren. (Vielleicht haben sie sich einen deutschen Aufguß des obskurantistischen zaristischen Wahnsinnigen Aleksandr Solschenizyn vorgestellt: Suchen sie nach einem faschistischen Romantiker des wahren Volkes, der jenes reine arische Blut besingt, jene tiefen Bindungen mit des neuen Reiches Blut und Boden preist?) Laut Sozialdemokraten gibt es keine Alternative zu diesen abscheulichen Optionen. Tatsächlich aber hatte Christa Wolf jahrelang die Funktion einer prosozialistischen Kritikerin des DDR-Regimes, innerhalb der Grenzen ihrer eigenen liberal-stalinistischen Perspektive und hauptsächlich durch ihr künstlerisches Schaffen. Besonders in ihren Schriften über Frauen lassen sich Tragödie und schmerzhafter Pessimismus aus der Kluft ableiten zwischen den kommunistischen Idealen wirklicher Gleichheit einerseits und der Realität eines stalinistisch beherrschten deformierten Arbeiterstaats andererseits, der in einem Meer des Imperialismus stranguliert wurde.

Fortgesetzt auf Seite 14

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70
Halle 4020, Telefon: Halle 29055

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4927866

Halle SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022

Rostock SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 13

Wegen der Begrenzung ihrer Weltsicht war Wolf nicht in der Lage, diese Kluft zwischen dem Idealen und dem Realen politisch zu verstehen. Nach ihren politischen Ansichten — die man vielleicht am ehesten mit dem Programm der Sozialdemokratie vor 1914 vergleichen könnte — reichte das kollektivierte Eigentum plus die Emanzipation der Frau aus, um die Dinge „besser zu machen". Da die Klassenfrage in der DDR „gelöst" worden sei, könnte nicht die Gesellschaft einfach fortschreiten hin zu Marx' Vorstellung der klassenlosen Gesellschaft, ausgedrückt in dem Satz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"? Doch die Klassenfrage kann nicht in einem einzigen kleinen Gebiet in einer vom Imperialismus dominierten Welt „gelöst" werden. „Sozialismus in einem Land" (im Falle der DDR in einem Drittel Land) und „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus sind historische Unmöglichkeiten. Wie Marx und Lenin klar aussprachen: Erst der materielle Überfluß liefert die notwendige Basis für die Emanzipation der Gesellschaft und für eine internationale Gemeinschaft des Intellekts. Und dies kann nur im Rahmen des Kampfes zum weltweiten Sturz des imperialistischen Systems passieren, und nur dadurch kann eine globale Arbeitsteilung errichtet werden.



Der Spiegel

Berlin, 1933 — „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen"

In ihrer künstlerischen Tätigkeit war Christa Wolf in denselben Widersprüchen verfangen, die sie so ausdrucksvoll in ihren Werken ausmalte: im Willen, den Sozialismus zu verteidigen (der für sie die Verteidigung der DDR bedeutete), und im Wissen, daß etwas sehr schief lief. Sie sah es als Prinzip an, nie etwas im Westen zu veröffentlichen, das sie nicht auch in der DDR drucken lassen konnte. Sie befürchtete, daß sie von Antikommunisten benutzt werden könnte (besonders mitten in der Kalten-Kriegs-Hysterie Ende der 70er und in den 80er Jahren), und sie sah für sich deshalb nur eine Option: innerhalb des begrenzten Rahmens der DDR zu arbeiten. Im Gegensatz zu zahllosen „Dissidenten", die sich verkauften und prostituierten (Biermann erhob einen Lobgesang auf das imperialistische Gemetzel im Irak), war für Christa Wolf das wichtigste, ihre Verbindungen mit ihrer prosozialistischen Leserschaft in der DDR aufrechtzuerhalten — diejenigen, die kilometerweit zu reisen bereit waren, um ein Exemplar ihres neuesten Buchs „unter dem Ladentisch" zu finden. Wie eine Genossin von uns sagte:

> „Jeder DDR-Bürger, der für eines ihrer Bücher stundenlang unterwegs war, rechnete immer mit DDR-bezogener Literatur, geschrieben von einer Frau, die ganz genau weiß, wo sie lebt und warum gerade dort, und der es nie im Traum einfallen würde, den souveränen Staat zu verleugnen... Ich möchte ihre Bücher nicht missen, da sie bei allen Querelen und Schwierigkeiten, die für uns hier so typisch waren, unser Land immer wieder in einem doch so sympathischen und liebenswerten Licht darstellten, so daß man wenigstens die Hoffnung auf Besserung *hier* nicht aufgab."

Christa Wolf schrieb gerade für diejenigen, denen heute noch ein eiskalter Schauder den Rücken runter läuft, wenn sie sehen, daß die Nachrichtensendungen im Westen deutsche Namen für polnische Städte benutzen.

Kein Ort, nirgends: Christa Wolfs künstlerisches Schaffen

Wolfs Romane waren nicht gerade das, was das Honecker-Regime gern hören wollte. Wie sie kurz und bündig sagt: „Literatur ... drückt die Spannung zwischen den ... Hoffnungen und Sehnsüchten des einzelnen ... und seiner Gesellschaft aus" (Interview mit Christa Wolf, 1975). Zwar war sie ursprünglich eine Befürworterin des „sozialistischen Realismus" gewesen, der stalinistischen „Theorie" von proletarischer Kunst, aber Wolf brach damit auf recht spektakuläre Weise. 1968 veröffentlichte sie ihren ersten großen Roman, *Nachdenken über Christa* T., die Geschichte einer gestorbenen Frau, so wie sich ihre Bekannte an sie erinnert, und geschrieben in einem empfindsamen Stil, der Gefühlen und Gedanken freien Lauf läßt. Er erzählt von Freundschaft, Tod und der Krise der Erwartungen. Die erste Auflage wurde eingestampft: Wolf wurde nicht wieder als Kandidat im Zentralkomitee der SED aufgestellt. Später — nachdem Erich Honecker dem „sozialistischen Realismus" auf dem SED-Parteitag 1971 abgeschworen hatte — wurde das Buch unter großem Beifall wieder aufgelegt.

Die Politik ist oft ein wesentlicher Faktor, der Wolf zum Schreiben motiviert und der die Gestaltung ihrer Werke bedingt. Wenn die antikommunistischen Literaturkritiker an Wolfs Schriften ernsthaft interessiert wären, müßten sie wissen, daß sie 1977 ein Buch „über" die Biermann-Affäre schrieb: *Kein Ort, nirgends,* ein imaginäres Treffen zwischen zwei längst toten romantischen Dichtern, der längst vergessenen Karoline von Günderrode und dem verewigten Dramaturgen Heinrich von Kleist. Sie schrieb das Buch, um „die Voraussetzungen von Scheitern zu untersuchen, den Zusammenhang von gesellschaftlicher Verzweiflung und Scheitern in der Literatur. Ich hab damals stark mit dem Gefühl gelebt, mit dem Rücken an der Wand zu stehn und keinen richtigen Schritt tun zu können" *(Die Dimension des Autors).* Das Buch drückt die erstickende Verzweiflung zweier entfremdeter Menschen aus, die spüren, daß sie bei der Suche nach Gerechtigkeit und individueller Freiheit scheitern werden.

Wolf begann die Arbeit an *Kassandra,* als sie anfing, sich für die Ursprünge des Krieges zu interessieren. Sie stand unter dem bedrückenden Eindruck während der ersten Jahre von Reagans Krieg der Sterne, daß dieser Irrsinnige eine atomare Weltkatastrophe auslösen könnte. *Kassandra* ist die faszinierende Neugestaltung der Geschichte des Trojanischen Krieges, gesehen von Wolf als Triumph der patriarchalischen griechischen über die auf Mutterrecht basierende trojanische Gesellschaft. Während eines Besuchs in Griechenland und hinterher unternahm

Wolf ein intensives Studium der griechischen Mythologie und der Ursprünge der Frauenunterdrückung, u. a. anhand von Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.* In den vier Erzählungen, die den Roman *Kassandra* begleiten, drückt sie die häufig anzutreffende feministische Ansicht aus, daß das Patriarchat die Quelle des imperialistischen Krieges sei. Aber diese Illusion verdirbt keineswegs *Kassandras* brillante Neubelebung der altertümlichen Gesellschaft.

Störfall beschreibt einen Tag, an dem der Bruder der Autorin sich einer heiklen Gehirnoperation unterziehen muß und an dem der Fallout von Tschernobyl anfängt, auf die DDR niederzüregnen. In der Novelle gibt es reichlich Panik und technologiefeindliches Utopiedenken, gemischt unter herrliche Prosa und lyrische Emotion. In diesem Sinne ist das Buch ein erstrangiger Kandidat für die Art und Weise marxistischer Analyse, wie sie Leo Trotzki in *Literatur und Revolution* beschrieb. Ein marxistischer Kritiker

> „,inkriminiert' dem Dichter keineswegs die Gedanken und die Gefühle, die dieser zum Ausdruck bringt, sondern stellt sich Fragen von viel tieferer Bedeutung: Welcher Ordnung der Gefühle entspricht die gegebene Form eines künstlerischen Werkes in allen ihren Besonderheiten? Welcher Art ist die soziale Bedingtheit dieser Gedanken und Gefühle? Welchen Platz nehmen sie innerhalb der historischen Entwicklung der Gesellschaft, der Klasse ein?"

Weil für Wolf die Klassenfrage in der DDR im wesentlichen gelöst war, geht sie bei ihrer scharfen Kritik in bezug auf die Stellung der Frau und bei ihrer Besorgnis über die Umwelt von unterschiedlichen Voraussetzungen aus, im Vergleich zu den bürgerlichen Feministen und Öko-Freaks im kapitalistischen Westen. Für Wolf ist die Überlegenheit der Einrichtungen für Frauen in der DDR selbstverständlich, und trotz ihrer kassandraartigen Ansichten über die Gefahren moderner Technologie akzeptiert sie die Tatsache, daß die Gesellschaft die überwiegende Mehrheit der Menschen mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs versorgen kann, weil Industrieproduktion, Atomkraftwerke und so weiter dies möglich machen. In *Störfall* zeichnet Wolf auf recht brillante Weise ein Bild der erstickenden Angst der liberal-stalinistischen DDR-Intelligenz — die in einem Drittel eines Landes „gefangen" ist, entweder vom atomaren Fallout oder von den ätzenden Dämpfen schwelender Braunkohle vergiftet, wohnhaft auf genau dem geographischen Gebiet, das im Atompilz zu verglühen bestimmt ist, sollten die US-Imperialisten ihren Erstschlag starten.

Kindheitsmuster

Kindheitsmuster ist Christa Wolfs eindrucksvollstes Werk. Es ist auch am stärksten von autobiographischen Zügen geprägt und wurde teilweise als Selbstentdeckungsreise geschrieben: „Jetzt, obwohl es unmöglich ist", will die Erwachsene das Kind „kennenlernen".

Wolf ist 1929 in einer deutschsprachigen Kleinstadt in Ostpreußen, jetzt ein Teil von Polen, geboren worden. Sie ist im Dritten Reich — wo sie begeistertes BDM-Mitglied war — großgeworden, und sie sah als 16jähriger Flüchtling die Niederlage des Faschismus durch die Rote Armee, das traumatischste Ereignis ihrer Jugend. Als die DDR 1949 gegründet wurde, fing sie als 20jährige an, den Marxismus zu studieren, eine der wichtigsten Erfahrungen ihres Lebens. Aber *Kindheitsmuster* hört 1947 schroff auf, bevor Wolf für den Marxismus gewonnen wurde; das Buch beansprucht keine ideologischen Patentrezepte oder Patent„antworten", sondern spricht die Fragen des Lebens unter den Nazis an: „Wie war es möglich, und wie war es wirklich?" Wie sie in einem Interview 1975 sagte:

> „Ein wenig stört mich, daß viele unserer Bücher über diese Zeit enden mit Helden, sie sich schnell wandeln, mit Helden, die eigentlich schon während des Faschismus zu ziemlich bedeutenden und richtigen Einsichten kommen, politisch, menschlich. Ich will keinem Autor sein Erlebnis bestreiten. Aber mein Erlebnis war anders. Ich habe erlebt, daß es sehr lange gedauert hat, bis winzige Einsichten zuerst, später tiefergehende Veränderungen möglich wurden."

Statt dessen zeigt Wolf die Veränderungen, die die Geschichte mit sich gebracht hat: Die Erzählung der Vergangenheit, die das Leben von „Nelly" (Wolf als Mädchen) beschreibt, ist verflochten mit der Gegenwart, die auch Lenka, die 14jährige Tochter der Erzählerin, einschließt, deren Bewußtsein sich völlig von Nellys unterscheidet.

Mit einem scharf umrissenen Bild der „kleinen Menschen" in Nazi-Deutschland demoliert der Roman die Lüge der „Kollektivschuld": wenn überhaupt, dann sind Nellys Eltern gegen Hitler. Allein können sie nicht viel machen, aber sie versuchen, Anstand und Menschlichkeit zu wahren, während sie darin aufgehen, ein Auskommen zu verdienen, zwei Kinder großzuziehen und schließlich ihre Familie zu retten. Der Roman zeigt, daß nicht „alle Deutsche" Faschisten waren, und, ähnlich wie das großartige Buch *Versteckt,* macht er dies anschaulicher, als es jede Erklärung der historischen Tatsachen mittels marxistischer Analyse jemals könnte.

Bürgerliche Alleswisser in aller Welt schreien über „die Schuld der Deutschen" und verleumden „alle Deutschen" als schuldig an Hitler, wenn sie keine heroischen Aktionen gegen die Nazis ergriffen. Aber Marxisten verstehen, daß es wesentliche Bruchpunkte in der Weltgeschichte gibt. In dem wirtschaftlich am Boden liegenden Deutschland der 20er Jahre war die stabile bürgerliche Demokratie spürbar keine Alternative — die Gesellschaft *polarisierte* sich rasch zwischen der mächtigen Arbeiterbewegung und den Faschisten, die unter arbeitslosen ehemaligen Soldaten und der ruinierten Kleinbourgeoisie in großer Zahl rekrutierten. Nach der Niederlage der proletarischen Aufstandsversuche und nachdem die revolutionäre Bewegung enthauptet wurde, gaben entscheidende Teile der Bourgeoisie — die vor dem Gespenst des Kommunismus noch immer schreckliche Angst hatten — 1932/33 ihre Unterstützung den Nazis unter Hitler. *Sie sind diejenigen, die für Hitlers Machtergreifung verantwortlich sind!* Hitler wurde zum Kanzler gemacht, und die Schläger der Nazi-Sturmtruppen wurden einfach mit dem bürgerlichen Staatsapparat und den Streitkräften *zusammengeschweißt.*

Die stalinisierten deutschen Kommunisten weigerten sich, Trotzkis dringenden Warnungen zu folgen und eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zu bilden, um die Nazis zu zerschlagen, als es dafür noch Zeit gab. Sie waren unter den ersten Opfern der Nazis. Nach 1933 hatten „normale Menschen" die Wahl: das Leben direkt aufs Spiel zu setzen, um einzelne Juden und andere, die im Fadenkreuz des Dritten Reichs waren, zu retten (manche taten dies auch), oder den Nazi-Gesetzen zu gehorchen. Wolfs Roman untersucht das Leben von Menschen, die keine Helden waren, und wie sie lernten zu denken — und nicht zu denken —, als Preis dafür, daß sie am Leben blieben unter einem Regime, das andere Menschen Unaussprechlichem unterzog.

Kindheitsmuster brachte viele Deutsche in Verlegenheit — diejenigen, die die rassistische Dreckschleuderei, die „Euthanasie"-Programme, die „Kristallnacht" akzep-

Fortgesetzt auf Seite 16

Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 15

tierten; die Arisierer, die etlichen Millionen Nazi-Sympathisanten und aktiven Nazis, die am 8. Mai 1945 zu wiedergeborenen „Antifaschisten" wurden; all diejenigen, die über die Viehwaggons, die Konzentrationslager, die Massenvernichtung Bescheid wußten — diejenigen, die 40 Jahre lang den kollektiven Gedächtnisverlust vorzogen, der Westdeutschland dominierte. Sie können die schneidenden Szenen nicht ertragen wie die, als Nellys Familie einem verhungerten, halbtoten KZ-Überlebenden begegnet. Als er der Familie erzählt, daß er im KZ saß, weil er Kommunist war, erwidert Nellys Mutter: „Aber deshalb allein kam man doch nicht ins KZ":

„Wie zu sich selbst sagte er, ohne Vorwurf, ohne besondere Betonung: Wo habt ihr bloß alle gelebt.

Natürlich vergaß Nelly den Satz nicht, aber erst später — Jahre später — wurde er ihr zu einer Art von Motto."

Kindheitsmuster ist Wolfs Antwort auf den KZ-Häftling. Und nur Christa Wolf hat sie schreiben können — nur eine DDR-Sozialistin (wie partiell auch immer ihr Verständnis des Marxismus unter dem Druck der stalinistischen Deformationen sein mag). Ihre prosozialistischen Überzeugungen gaben ihr den Abstand und das Verständnis, um ihr kreatives Talent und ihre Phantasie befreien zu können zum Schreiben dieses Buches.

Die „Kinderkrankheit" Auschwitz abwerfen

Die Kritiker des Vierten Reichs tun diesen großartigen Roman ab mit ihrer üblen angeblichen Suche nach einer „neuen" „Ästhetik", die nicht „moralisch", sondern „ästhetisch" urteilt und die geläutert ist von (der ach so schrecklichen) „Politik". Diese neue „Ästhetik" weist eine entschiedene Ähnlichkeit mit des Kaisers neuen Kleidern auf — als die hochgestochene Deckung für den Spott und Hohn, der auf DDR-Schriftsteller und ihre Verteidiger wegen ihrer Politik gehäuft wird. Die Hexenjäger stufen Günter Grass, das PEN-Präsidium, Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR, den Tübinger Professor Walter Jens und zahlreiche andere in die „Unmündigkeit" herunter: die deutschen Schriftsteller einer ganzen Generation in Ost und West werden als ästhetisch ärmlich und unreif bezeichnet, weil sie nur noch an Auschwitz denken konnten. Gleichzeitig lautet die Anklage: „Keiner ist frei von Schuld", wenn es um die Verbrechen des Stalinismus geht, „die zweite deutsche Katastrophe" des Jahrhunderts. Nach 45 Jahren glauben die historischen Revisionisten, sie könnten das Grauen des Holocaust unter einer rasenden antikommunistischen Hetze gegen den DDR-Stalinismus begraben:

„Der Kampf ist endlich ausgestanden. Erst jetzt ist das Verhängnis, das 1933 begann, an sein wirkliches Ende gekommen... Die Unterschiede im Vergleich zur Naziherrschaft, so wesentlich sie auch sind, erscheinen aus der Perspektive der Opfer als unwesentlich." *(Die Zeit,* 27. Juli 1990)

Solchen himmelschreienden nationalistischen Dreck verbreiten diese aufgeblähten Apologeten der Bourgeoisie von Auschwitz und Babi Jar; der Unterschied zu dem Gegeifere der Faschisten über die „Auschwitz-Lüge" ist wahrlich nicht groß.

Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!

Die Fundamente der DDR wurden gelegt, als nach 1945 die faschistische Bourgeoisie ausgemistet wurde; zum Teil aus diesem Grund gab es in der DDR tiefergehende revolutionäre Veränderungen als in anderen osteuropäischen Ländern unter dem Stalinismus. Seitdem 1948 der Kapitalismus im Osten abgeschafft wurde, war Deutschland ein entlang der *Klassenlinie* geteiltes Land; die mächtige deutsche Bourgeoisie starrte unerbittlich über die Grenze, lockte mit dem Katzengold des kapitalistischen „Wohlstands" und bedrohte die Existenz der deformierten Arbeiterstaaten selbst. So war die SED, im Gegensatz zu den meisten stalinistischen Parteien in Osteuropa, eine Partei Hunderttausender Werktätiger, die sich dessen bewußt waren, daß die DDR gegen die westdeutsche Reaktion verteidigt werden mußte. Im übrigen Osteuropa, wie z. B. in Titos Jugoslawien, drückte sich der Nationalismus des „liberalen" Stalinismus in den Appetiten der Bürokratie nach größerer Unabhängigkeit aus; so spielte sie Moskau und Washington gegeneinander aus. In der DDR aber gab es diese Option nicht; dort war der liberale Stalinismus vom Pazifismus durchdrungen und eher durch Illusionen in „Sozialismus in einem Lande" und „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus an das Ulbricht/Honecker-Regime gebunden.

Dissidente Intellektuelle waren in der DDR eine häufige Erscheinung, und sie waren zutiefst in der SED und im kulturellen Leben der DDR verwurzelt. So waren es im Oktober und November 1989, als die politische Revolution aufkeimte, eher die Intellektuellen und Künstler, die die wachsende Desillusionierung der Massen über den Stalinismus zum Ausdruck brachten, während die Arbeiter als eine aktive, organisierte, selbstbewußte Kraft im Kräftemessen fehlten.

Unter dem Stalinismus spielten Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler eine große Rolle im politischen Leben und gehörten zu denen, die hartnäckig versuchten, an ihren kommunistischen Idealen festzuhalten. Der erfahrene Kommunist Markus Wolf, den Bonn immer noch liebend gern hinter Gitter bringen möchte, ist hierfür beispielhaft. Sein Vater war ein kommunistischer Arzt, der in der Weimarer Republik heroisch für das Recht der Frau auf Abtreibung kämpfte. Die Familie brachte Musiker, Künstler und Schriftsteller hervor; Markus' Bruder Konrad, der angesehene Filmemacher, verfilmte zwei von Christa Wolfs Romanen. Doch viele in der Intelligenz waren Anhänger nicht des Marxismus, sondern einer zusämmengebastelten, idealistischen Theorie (die vielleicht am besten von Stefan Heym artikuliert wurde), daß in der DDR die Schriftsteller und Intellektuellen eine neue und entscheidende Rolle bei den historischen Ereignissen zu spielen hätten, weil sie begrenzten, aber realen Zugang zu einem Kanal kritischer Ausdrucksmöglichkeiten hatten.

Christa Wolf war eine von vielen Intellektuellen, die „Für unser Land" unterschrieben, die Erklärung vom 28. November 1989. Dies war eine typische, der Volksfrontpolitik entsprungene DDR-nationalistische Phantasie: als ob der „Sozialismus in einem Drittel Land" lediglich weniger Bürokraten und mehr „menschliches Antlitz" brauchte, um erfolgreich zu sein. Dort sieht die Welt so aus: es gibt keine Klassen, nur „das Volk" der DDR und „einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik" in Westdeutschland. Die Initiative der Intellektuellen wurde von breiten Teilen der Bevölkerung begrüßt, aber ungeachtet ihrer leidenschaftlichen Beschwörung einer Vision des Sozialismus: die Schicht der Intellektuellen konnte nichts weiter anbieten als eine Variante der Gorbatschowschen „revolutionären Erneuerung" und eine vage „sozialistische Alternative" zum kapitalistischen Westen. Die Ereignisse fegten rasch an ihrer beschränkten politischen Perspektive vorbei.

Die keimende politische Revolution schwoll im Spät-

winter 1989 zu einer euphorischen Welle an. Die Bürokratie, altersschwach und gelähmt, konnte auf alte Art und Weise nicht mehr regieren und zerbröselte offensichtlich. Die Massen wurden dadurch vorangetrieben und hatten das Vertrauen in ihre Herrscher völlig verloren. Es gab ein Führungsvakuum, doch die Tatsache, daß in jenen Tagen ungetrübte Entschlossenheit und ein Sinn für soziale Gerechtigkeit alles andere überwog, sah man Anfang Januar in Berlin daran, daß eine Viertelmillion Menschen in den Treptower Park strömte, um gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren.

Daraufhin legte sich der deutsche Imperialismus ins Zeug, um das Vakuum auszufüllen und die potentiell revolutionäre Lage zum Entgleisen zu bringen: ein konzertierter Feldzug im Eiltempo wurde gestartet — D-Mark-Propaganda, wirtschaftliche Sabotage und Panikmache. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 signalisierte die Konsolidierung der Konterrevolution.

Ohne eine *leninistische Avantgardepartei*, die für ein Programm des revolutionären Internationalismus gekämpft hätte, konnte die im Entstehen begriffene politische Revolution nicht erfolgreich sein: letztendlich hätten entweder die Arbeiter die Macht übernehmen müssen, oder die kapitalistische Konterrevolution mußte aufsteigen. Die Alternative war kraß gestellt: entweder ein Deutschland von Arbeiterräten zu errichten und die korrupte, nationalistische stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, oder bei lebendigem Leibe gefressen zu werden — von den Imperialisten, die die schreckliche Verelendung und Ausbeutung der Arbeiter in der DDR und darüber hinaus im Schilde führten. Das entscheidende Element, das in der DDR fehlte, war weiterhin die Avantgarderolle der Arbeiterklasse.

Die Internationale Kommunistische Liga war die einzige Tendenz, die tatsächlich mit allen Mitteln gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands kämpfte. Wir warnten vor dem reißenden Strom imperialistischer Lügen und sahen voraus, daß es Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf Frauen und eingewanderte Arbeiter sowie das Anwachsen faschistischer Kräfte geben würde. Zu den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 führte die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands eine Kampagne unter der Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung — für ein Arbeiterrätedeutschland!" Unser Manifest zum Wahlkampf erklärte:

> „Der Stalinismus hat seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen! ... Heute kann ein entschlossener Kampf der Arbeiter in der DDR der Funke sein für BRD-Arbeiter, die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen und den Weg zu eröffnen für wirklichen Klassenkampf, um die Macht: *soziale Revolution* im Westen."

Obwohl der kapitalistische Anschluß eine bittere Niederlage für das internationale Proletariat war, ist der Kampf in Deutschland nicht vorbei. Aktionen im Klassenkampf gegen die rasant steigende Massenarbeitslosigkeit könnten auf lokaler Ebene explodieren, so daß entschlossene Arbeiter ihre Macht den herrschenden Mächten entgegenstellen könnten. Doch das entscheidende Schlachtfeld ist die Sowjetunion, wo wirtschaftliches Chaos, nationalistischer Groll und kapitalistisch-restaurative Kräfte — angestiftet von der Gorbatschowschen Bürokratie mit ihren Plänen, wirtschaftliche Probleme durch die Wiedereinführung des Privateigentums und der kapitalistischen Ausbeutung zu „lösen" — die weitere Existenz dieses degenerierten Arbeiterstaats gefährden.

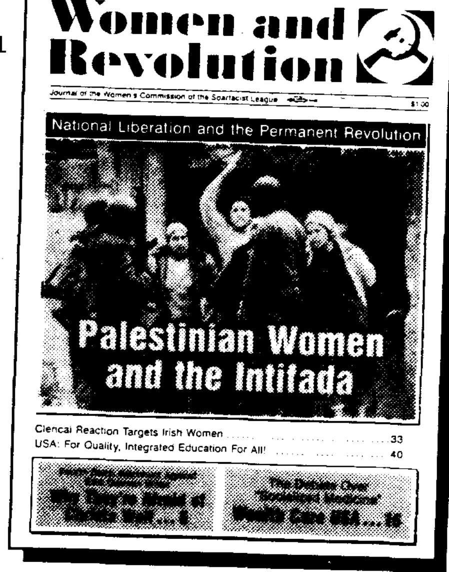
Für internationale sozialistische Revolution!

Christa Wolfs literarisches Schaffen sprach das zutiefst empfundene Streben der DDR-Massen nach Sozialismus an sowie die Krise der Erwartungen, als diese Hoffnungen in weite Ferne rückten:

> „Da aber die Zukunft immer vor uns hergeschoben wurde, da wir sahen, sie ist nichts weiter als die Verlängerung der Zeit, die mit uns vergeht, und erreichen kann man sie nicht — da mußte eines Tages die Frage entstehen: *Wie* werden wir sein? *Was* werden wir haben?
> Obwohl zum Innehalten die Zeit nicht ist, wird einmal keine Zeit mehr sein, wenn man jetzt nicht innehält. Lebst du jetzt, wirklich? In diesem Augenblick, ganz und gar?
> Wann, wenn nicht jetzt?"

Christa Wolf zeigte eine zunehmende Abneigung gegen die unkritischen Mietlinge des Regimes; stur ließen die sich von der Kluft zwischen den großen Dingen, die man für „die Zukunft" versprach, und der Wirklichkeit andererseits nicht beeindrucken. Wolf wollte, daß sich ihre Gesellschaft wenigstens in die Richtung der Realisierung dessen bewegte, was da versprochen worden war. Aber „Sozialismus in einem Land" ist ein stalinistischer Wunschtraum in einer Welt, die letztendlich vom Imperialismus beherrscht wird: imperialistischer Militarismus und kapitalistischer Weltmarkt üben erbarmungslosen Druck auf die Gesellschaftsordnung derjenigen Länder aus, wo die bürgerliche Herrschaft gestürzt wurde. Trotz großartiger Errungenschaften war die DDR auf halbem Wege zwischen kapitalistischer Tyrannei und Sozialismus steckengeblieben. Wenn die Arbeiterklasse den Imperialismus vom Erdball einmal weggefegt hat, so wird die Basis für eine neue sozialistische Kultur gelegt worden sein. Diese Kultur wird die künstlerischen Errungenschaften vergangener Gesellschaften in den Schatten stellen und völlig neue zwischenmenschliche Beziehungen schaffen. Dem Aufbau dieser Welt haben wir uns verschrieben in der Internationalen Kommunistischen Liga.

Übersetzt aus Women and Revolution *Nr. 39, Sommer 1991*



Revolutionäre Arbeiterpartei...

Fortsetzung von Seite 2

platzte auch der stalinistische Wunschtraum des „Sozialismus in einem Land". Für die Arbeiter brachte die Wiedervereinigung keine „schnelle D-Mark", sondern Massenarbeitslosigkeit, eine tollwütige-Hexenjagd, aufsteigenden Rassismus und Nazi/Skinhead-Terror, ein drakonisches „Abschiebegesetz" gegen Immigranten und das größte Rollback von Frauenrechten in der modernen europäischen Geschichte. Die SpAD ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat; wir sahen die Übel vor-



Frank Rogner/Netzhaut

Auch Ruhr-Kumpel kämpfen um ihre Existenz: Revolutionäre Führung im Klassenkampf, Ost und West!

aus, die sie bringen würde. Während alle anderen „Linken" auf dem Bauch kriechen und lamentieren, intervenieren wir wo wir können, um die Arbeiter gegen die kapitalistische Offensive zu mobilisieren.

• Frauen wurden als erste und am härtesten von der Konterrevolution in der DDR getroffen. Kinderbetreuungspersonal und Mütter sowie Frauen, die gegen einen großdeutschen Paragraph 218 sind, gehören zu den ersten, die sich wehrten. Doch als am 28. Juni eine Spartakist-Sprecherin bei einer ÖTV-Demo in Berlin gegen den Krankenhaus-Abbau sprechen wollte, versuchten die Bürokraten, sie zum Schweigen zu bringen. Arbeiter: Kämpft für die Rechte der Frauen!

• Die SpAD-Genossen gingen nach Zwickau, als die Arbeiter im Juni ihren Betrieb besetzten, und wir kämpften dafür, die Besetzung auf VW im Westen auszuweiten. So können wir gewinnen — und nicht durch bedeutungslose Höflichkeitsbesuche, wie sie die IGM-Bonzen organisieren. Eine revolutionäre Führung würde nicht zögern, ganz Volkswagen dichtzumachen und die Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat durchzustehen. Die Treuhand-„Sanierer", Planierer und Jobkiller würden fliegen — und ihre Schoßhunde von Betriebsräten mit!

• Im mächtigen Industriebezirk Berlin-Schöneweide wird bei KWO, WF und TRO noch gearbeitet, aber Massenentlassungen stehen an. Die SPD-Bürokraten und Betriebsräte, kräftig assistiert von ihren PDS-Kopien, haben die Stimmung auf Null gebracht, doch das würde sich schnell ändern, wenn Delegationen aus anderen Betrieben die Kollegen aufforderten mitzustreiken! Viele Arbeiter dort kennen die Spartakisten und suchen eine revolutionäre Alternative. Wir dürfen nicht warten, bis wir vor dem geschlossenen Betriebstor stehen! Jetzt holen die Treuhand-Geier zum Schlag aus gegen die schweren Arbeiterbataillone in der Chemie: Leuna, Buna, Bitterfeld, Wölfen. Unter den 80000 Arbeitern dort brodelt die Wut über die ständigen Stillegungsdrohungen. Die Arbeiter müssen die Spielregeln der Bosse über Bord werfen, *nur dann* können wir gewinnen.

• Die SpAD hat unablässig gegen die Hexenjagd auf die PDS gekämpft, die letztendlich die ganze Arbeiterklasse einschüchtern soll. Doch Modrow/Gysi lieferten dem Vierten Reich zuerst die Bücher aus, das PDS-Parteieigentum und dann ihre Schatzmeister. Heute wird auch noch, wie unter den Nazis, das Karl-Liebknecht-Haus beschlagnahmt. Die PDS kann nicht einmal Klopapier kaufen, ohne die Treuhand anzubetteln. Nun greift die Treuhand nach *Neues Deutschland* und damit nach dem bürgerlich-demokratischen Recht der Pressefreiheit. Was wird morgen gleichgeschaltet? Dieser bedrohliche Griff nach „Polizeistaatsmaßnahmen" muß durch die organisierte Arbeiterbewegung zurückgeschlagen werden!

• Jeden Tag gibt es eine neue Meldung über blutige Überfälle von Nazis/Skinheads auf Immigranten und sowjetische Soldaten und ihre Familien. Wir haben immer für Arbeiter/Immigranten-Selbstverteidigungsgruppen gekämpft, um diese Angriffe zu stoppen. Als das schwullesbische Fest am 25. Mai in Berlin-Mahlsdorf angegriffen wurde, kämpften wir dafür, daß ÖTV, IG Metall und Reichsbahner, eingewanderte Arbeiter und linke Parteien zu der Protestdemonstration am 7. Juni mitmobilisieren. Unser Banner forderte: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!" Dabei ist der gemeinsame Kampf von deutschen und eingewanderten Arbeitern ein Schlüssel. Die SPD-Irreführer sabotieren antifaschistische Mobilisierungen, und dann tun sie sehr empört, daß der kapitalistische Staat die Faschisten nicht „verbietet". Den PDS-Bankrotteuren fällt in der selbstmörderischen Tradition des Hitler-Stalin-Pakts nur der Wunsch ein nach „Diskussionen" mit den Nazi/Skinhead-Terroristen. Nicht Straßenfeste, wie sie das pseudolinke Grüppchen SAG will, auch nicht Scharmützel mit den Nazis und der die Nazis beschützenden Polizei, die nichts entscheiden, sondern nur entschlossene Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, bei wesentlicher Beteiligung starker Bataillone von IG Metall, IG Chemie und ÖTV, werden die Nazis/Skinheads stoppen können.

Für proletarischen Internationalismus!

Es ist das revanchistische Programm des wiedererstarkten deutschen Imperialismus selbst, das Nazis, wie die Republikaner und ihre Skinhead-Schläger in den Fußstapfen der SA, fördert — Bonns „irreguläre Truppen" in

Spartakist-Veranstaltung in Hamburg

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen

mit Videovorführung

„Wir stoppten den Ku Klux Klan in Philadelphia"

Sonnabend, 27. Juli, 15.00 Uhr

Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31

2000 Hamburg 36 (U-Bahnhof Feldstraße)

Telefon (040)323644

Reserve. 1985 rehabilitierten Kohl und Reagan die SS-Massenmörder in Bitburg, und heute werden die Nazis u.a. in den KZ-Gedenkstätten zu „Opfern der Gewalt" umgemünzt. Sogar das Andenken an die 92000 im KZ Ravensbrück ermordeten Frauen sollte obszönerweise unter einem Supermarkt begraben werden. Kein Zufall, daß in der „neuen" Reichshauptstadt nun Eisernes Kreuz und Preußischer Adler das Brandenburger Tor schmücken.

Von vier D-Mark pumpt Bonn jetzt eine in den Osten, um eine Explosion von Klassenkämpfen abzuwenden; in Bonn sprechen SPD und FDP hämisch vom „Staatsbankrott", und Kohl wackelt. Doch wenn die SPD an die Regierung kommt, halt den Geldbeutel fest! Sie bietet sich an als der bessere Partner für die Treuhand und für die Millionärspartei FDP mit ihren Oberstreichern Möllemann und Lambsdorff. Die massiven Steuererhöhungen im Jahr, der Abbau von Sozialleistungen, die Massenentlassungen bei Werften, Bergwerken und Metall sind erst der Anfang. Möllemanns Streichliste von 33,3 Milliarden Mark an staatlichen Subventionen kritisieren Bonner SPD-Wirtschafts„experten" nur, weil sie um zwei Drittel frisiert war. Im Klartext: Ein Gespann von Engholm/Lambsdorff würde die Arbeiter *richtig* schröpfen!

Die Ereignisse des letzten Jahres haben die Welt in eine neue Periode gebracht: die sich verschärfenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten erinnern an die Lage vor 1914. Für die Revanchisten geht es darum, die am Boden liegende Sowjetunion zu zerfleischen. Bonn möchte mit der D-Mark das erreichen, woran Hitler mit den Panzern gescheitert ist. (Auf jeden Fall bauen sie wieder Autobahnen.) Doch hinter der Deutschen Bank stehen schon die „schnellen Eingreiftruppen" einer waffenstarrenden Gewalt. Die Schmiede heißt heute Daimler. Bonns Absichten, die ostdeutsche Arbeiterklasse zu zerstören, gehen einher mit dem Zwang, zur Ausplünderung Osteuropas schließlich militärisch zu intervenieren. Das entsetzliche kapitalistische System kann nur Elend, Terror und die Gefahr eines nuklearen Holocaust hervorbringen. So wird jede wichtige Arbeiteraktion zu einem politischen Kampf, der es notwendig macht, die SPD/DGB-Verräter rauszuwerfen und eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Solch eine Arbeiterpartei kämpft für eine Regierung von Arbeiterräten, die die Kapitalisten enteignet; und sie steht auf dem Boden der kämpfenden Einheit mit den polnischen und sowjetischen Arbeitern. Den Kampf gegen die Massenverarmung der Werktätigen in der Sowjetunion und in Osteuropa und gegen den Sturm von rassistischen Angriffen auf Immigranten im Westen verbinden wir mit dem Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.«

Viertes Reich schiebt ab
NATO/Özal ermorden Kurden

Am 5. Juli wurde Vedat Aydin, Vorsitzender der kurdischen Volkspartei der Arbeit (HEP) in Diyarbakir vor den Augen seiner Ehefrau von als Polizisten verkleideten Männern abgeführt, danach gefoltert und ermordet. Die Täter gehören zur berüchtigten Todesschwadron „Kontra-Guerilla", türkischer Ableger der NATO-Geheimdienstorganisation „Gladio", ausgebildet von der deutschen GSG-9.

Am 10. Juli nahmen mehr als 25 000 Menschen in Diyarbakir an der Trauerfeier für Aydin teil. Es war die größte Demonstration in der Geschichte Türkisch-Kurdistans. Mit beispielloser Brutalität überfielen Sondereinheiten der türkischen Armee und der Polizei die Beerdigung: mehrere Tote, über 80 Verletzte und Hunderte Verhaftete. Auch in den Industriestädten der Türkei herrscht Özals Terror. Bei einer Razzia am 14. Juli in Istanbul gegen Mitglieder von Devrimci Sol wurden zehn Menschen ermordet.

Im deutschen Reich werden PKK, Dev Sol und andere kurdische und türkische Linke verfolgt. Die Innenminister Stoiber (CSU) bis Schnoor (SPD), die mit dem neuen rassistischen Abschiebungsgesetz ans Werk gehen, drohen Zehntausende Kurden in die Folterkammern ihres NATO-Verbündeten abzuschieben. Gleichzeitig bereiten USA/NATO eine 5000 Mann starke Schnelleingreiftruppe vor, die in Türkisch-Kurdistan an der irakischen und iranischen Grenze stationiert und vom NATO-Stützpunkt Incirlik unterstützt werden soll. Jetzt besucht Bush Özal, um seine „Neue Weltordnung", deren Grundstein der US/NATO-Massenmord in Irak war, weiter aufzubauen.

Die kämpferischen türkischen und kurdischen Werktätigen sind ungebeugt. Und hierzulande sind die kurdischen und türkischen Arbeiter ein strategischer Teil des starken westdeutschen Proletariats. Freiheit für die PKK und alle kurdischen und türkischen Linken! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! UN/NATO-Truppen, raus aus dem Nahen Osten! Dringend notwendig ist eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei. Für Arbeiterrevolution — Stürzt das Özal-Terrorregime! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens!

Wozu PDS...

Fortsetzung von Seite 24

Werbebroschüre *Wer ist das, die PDS?* Kommunisten können wenig anfangen mit einer Partei, die meint, daß „Revolutionen alten Verständnisses, die an Macht und Gewalt gebunden sind, abzulehnen" sind. Eine solche Partei steht der Gewalt des imperialistischen Staats — vom bürgerkriegsartigen Polizeieinsatz in der Mainzer Straße in Ostberlin bis zum Massenmord des US/NATO-Kriegs gegen den Irak — politisch wehrlos gegenüber. Und nicht nur das. Der PDS-Vorstand fährt fort: Kapitalismuskritik heiße „nicht, die bürgerliche Gesellschaft fundamental abzulehnen", und auch mit dem „Sturz der Kapitalistenklasse" funktioniere es nicht. Angesagt sei eine „konsequente Demokratisierung Deutschlands", und zwar „gemäß dem Grundgesetz". So wie das kapitalistische Westdeutschland die DDR durch Anschluß unter Artikel 23 des Grundgesetzes „demokratisiert" hat?

Hinter den Schwierigkeiten der PDS, sich zu „profilieren", zu „positionieren" und „politikfähig" zu werden, steht *die Tatsache, daß es für eine zweite sozialdemokratische Partei im Vierten Reich des deutschen Imperialismus keinen Platz gibt.* Dies haben wir öfters gesagt, besonders als wir die PDS wiederholt gegen die Enteignungskampagne der Treuhand verteidigt haben. Das ist keine leere Formel, sondern ergibt sich aus dem Wesen der Sozialdemokratie im imperialistischen Zeitalter, und es hat ganz konkrete Konsequenzen. Schon im März 1919 schrieb Leo Trotzki im Manifest der Kommunistischen Internationale, daß die Sozialdemokratie „sich in untertänige

Fortgesetzt auf Seite 20

WOZU PDS...

Fortsetzung von Seite 19

Organe des bürgerlichen Staates" gewandelt hat. Damals bestätigte sich diese These: als des Kaisers treue Sozialchauvinisten die Kriegskredite bewilligten und die Kriegshysterie anheizten; mit dem Verrat der Regierungssozialisten, die im November 1918 die deutsche Revolution auf parlamentarische Abwege leiteten, um sie im Januar 1919 blutig niederzumetzeln; mit der vom „Unabhängigen" Sozial-„Pazifisten" Karl Kautsky geführten Hetzkampagne gegen die junge Sowjetmacht.

Acht Jahrzehnte später haben wir Spartakisten in unserem Aufruf zur Treptower Kundgebung vom 3. Januar 1990 die Sozialdemokratie als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution" bezeichnet. Es war nicht ganz so populär, diese Wahrheit auszusprechen. Aber tatsächlich war die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung, genau wie wir es gesagt hatten. Sie war es, die zuerst den schnellen Anschluß durch Währungsunion vorschlug, der dann von Kohl realisiert wurde. Die SPD hat wiederholt versucht, die PDS zu vernichten — durch die Treuhand (Beschlagnahme von Parteigeldern und jetzt PDS-Objekten), 5-Prozent-Wahlsperrklausel, Berliner Polizei (nächtliche Überfälle auf die PDS-Zentrale, Verhaftung der Kassierer), was auch immer. Die PDS, obwohl sie sich die Politik Kautskys und Bernsteins zueigen gemacht hat, ist trotzdem ein Überbleibsel des einstigen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats, die nach den Plänen der Wiedervereiniger vernichtet werden muß, um jede Erinnerung an die DDR auszumerzen.

Auf dem Parteitag gab es die wiederholte Aufforderung an die PDS, das Handtuch zu werfen. Ein Brief von einem Sozialdemokraten riet zu „einer planmäßigen Selbstauflösung der PDS", um SPD und Grüne anzureichern. Neues Forum empfahl das gleiche, zugunsten der „Glaubwürdigkeit" und „politischen Moral". Ähnlich Jutta Ditfurths Öko-Linke, die behauptet, „als lebender Leichnam nimmt ihr Verwesungsgeruch allen Linken die freie Atmung und bindet die Aktivität jeder oppositionellen Bewegung". Und weshalb? Wegen der „immer wieder notwendig werdenden Auseinandersetzung" mit der SED- und DDR-Vergangenheit.

Nicht nur extern, auch innerhalb der PDS gibt es eine solche Stimmung, verkörpert besonders in der „Strömung", die von der Dresdner DADA-Konferenz ausgegangen ist. Laut „Strömung": „Solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die PDS als alte SED im neuen Gewand sieht, können wir noch so gute Vorschläge zu den drängenden sozialen Problemen machen — sie werden sich nicht in politischer Mobilisierungsfähigkeit und Unterstützung der Partei bei Wahlen umsetzen lassen." Hier zeigt sich deutlich, wie der Druck *der Bourgeoisie* übertragen wird auf PDS-Mitglieder, die „Realpolitik" machen wollen. Diese „konsequenten Erneuerer" fordern nicht Aufbruch, sondern Zusammenbruch.

Die Parteileitung leistet aber keinen nennenswerten Widerstand, sie versucht statt dessen, die Hexenjäger zu *beschwichtigen.* Als am Tag nach dem Parteitag die Beschlagnahme von PDS-Immobilien verkündet wurde, stellte der Vorstand fest, „daß die Treuhandanstalt von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche versucht, die Schlinge enger zu ziehen in der Hoffnung, über das wirtschaftliche Aus der PDS auch das politische Aus zu erreichen", *um dann bauchkriecherisch von einer möglichen „Verständigung" zu sprechen:* die Partei sei bereit, eine „Vielzahl" der Gebäude abzugeben! Wie ist diese merkwürdige Tatsache zu verstehen, daß eine Partei, die sich sozialistisch nennt, einen ganzen Arbeiterstaat ausverkauft, dann Parteikasse und Kassierer ausliefert, daß jetzt sogar das Karl-Liebknecht-Haus und *Neues Deutschland* enteignet werden sollen — und die PDS legt die Schlinge um den eigenen Hals, während sie dem Henker eine Verständigung anbietet?

Als die Treuhand Anfang Oktober die Kontrolle über die Finanzen und Bücher der PDS und aller Parteien und Arbeiterorganisationen verlangte, gab die SpAD einen „Offenen Brief" (12. Juli) heraus, der alle linken und proletarischen Organisationen „zu demonstrativer, massenhafter Zurückweisung dieses Gesetzes" aufrief. Aber die PDS-Führung gab klein bei. Jetzt gibt es eine hysterische Hexenjagd auf die „Militärorganisation" der DKP, die in Zusammenarbeit mit dem MfS und der NVA Ausbildungslager in der DDR organisiert haben soll. Als „Anführer" wurde der Altkommunist Harry Schmidt, der schon 1936 im Spanischen Bürgerkrieg und 1956 gegen das KPD-Verbot gekämpft hat, ins Gefängnis geworfen. Gregor Gysi fiel in den Chor der Hexenjäger ein und demonstrierte seine bodenlose Loyalität zum Vierten Reich. Er denunzierte die DKP, weil sie „gegen den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag und das Helsinki-Abkommen verstoßen" habe. Wir fordern: Schluß mit der Hexenjagd! Sofortige Freilassung von Harry Schmidt!

Die allseitige politische Paralyse der PDS, ihre Bereitschaft, alle Errungenschaften preiszugeben, erklärt sich daraus, daß Gysi und seine Anhänger dieselbe Prämisse teilen wie die sonstigen Reformisten. So machen sie bei der Konterrevolution mit, wenn auch nur zögernd, weil es tatsächlich ihr eigenes Aus bedeutet. Kein Wunder also, wenn diese Partei nicht imstande ist, ein umfassendes Programm auszuarbeiten. Und während die PDS eine Partei ohne Programm ist, hat die Kommunistische Plattform nicht einmal eine Plattform erarbeitet. Ihr eigentliches Programm geht über ihren Namen nicht hinaus, d. h. die Berufung auf den Kommunismus. Aber dahinter steht keine revolutionäre Politik, und gewiß kein Kommunismus, wie er von Lenin und Trotzki verstanden wurde. In der Tat predigt sie eine leicht nach links verschobene Version desselben kautskyanischen Wischiwaschis wie Gysi.

Sicherlich beschweren sich die Genossen der Komm-Platt, die Vorstandsbroschüre *Wer ist das, die PDS?* gebe eine Reihe von Thesen als Grundkonsens aus, worüber es keine „Einigkeit" gibt, ein Vorgriff auf eine „mögliche sozialreformistische Entwicklung der PDS". Aber schauen wir uns das genauer an. Nicht einverstanden erklärt sie sich mit der These „einer konsequenten Demokratisierung der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage" (Antrag an die 2. Tagung des Parteitags). Aber in ihren „Antithesen zur Programmdiskussion" behauptet sie: „In Deutschland sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung bzw. durch ihre Veränderung mit verfassungsmäßigen Mitteln zu erreichen." Viermal in einem einzigen Absatz pocht sie auf den „friedlichen und verfassungsmäßigen Charakter" der Veränderungen, die sie bewerkstelligen wollen. Ein regelrechter Treueid auf den rechtlichen Rahmen der bürgerlichen Herrschaft.

Die Kommunistische Plattform erklärt, sie will eine" Partei, die sich auf die „sozialdemokratischen, kommunistischen und anderen Traditionen der Arbeiterbewegung" stützt, auch auf „soziale Utopien". Nicht allzu unterschiedlich von der Konzeption des Leitungskerns um Gysi und Andre Brie, nur daß dieser die Sozialdemokratie „undifferenziert" behandelt im Vergleich zur „differenzierten Abgrenzung" zum Kommunismus. Und diese „Antithesen" wurden als Beitrag zu einer eventuellen „Synthese" der PDS-Mehrheit erdacht. Aber wie kann

man mit Kräften, die „Revolutionen alten Verständnisses" ablehnen, den Konsens herstellen? Der Preis ist die deutliche Abgrenzung vom Leninismus, was die Komm-Platt pflichtgemäß erfüllt, indem sie eine Avantgardepartei (abgestempelt als „allwissende Vorhutpartei") explizit ablehnt.

Alle wissen, bemerkte Heinz Marohn Anfang Juni in seinem Bericht an die 3. Bundeskonferenz der Komm-Platt, „daß die Zahl der Parteimitglieder, die den kommunistischen Positionen zustimmen, weit größer ist als die Zahl derer, die unmittelbar an der Arbeit der Kommunistischen Plattform teilnehmen." Ja, das können wir bestätigen, auch daß es viele PDSler gibt, die erkennen, daß die fehlbezeichnete Plattform nichts mit dem echten Kommunismus gemein hat.

Vom Stalinismus zum Kapitalismus: Schwanengesang der PDS

Als die Partei des Demokratischen Sozialismus aus dem Schoß der SED, dieser „staatstragenden" Partei der absterbenden DDR, ins Leben gerufen wurde, wollte Gregor Gysi einen sogenannten „Dritten Weg" zwischen dem „Realsozialismus" und dem Kapitalismus gehen. Aber auf der 2. Tagung des 2. Parteitags hielt der PDS-Vorsitzende einen Lobgesang auf den Kapitalismus bundesdeutscher Prägung: „Im Vergleich der beiden gesellschaftlichen Systeme auf deutschem Boden hat sich das westdeutsche eindeutig als das überlegene erwiesen." Als ihre Vorteile zählt er „Effizienz", „Weltoffenheit", „Internationalisierung", „Pluralität im geistigen und kulturellen Leben", höheren „Lebensstandard für durchaus beachtliche Teile der Bevölkerung" und „Fähigkeiten zur Konfliktlösung" auf. Diese Einschätzung setzt er denjenigen entgegen, die sich in „einer fundamentalen Ablehnung der deutschen Wirklichkeit als Manchesterkapitalismus zurückgezogen" haben.

Wofür steht diese PDS? Laut Gregor Gysi: „Die Umgestaltung der globalen kapitalistischen Produktionsweise mit dem Ziel, die Vorherrschaft des Kapitals und der Kapitalverwertung zu brechen, verlangt härtesten politischen Kampf." Das wird, fürwahr, ein schwieriger Kampf sein, die Vorherrschaft des Kapitals innerhalb des Kapitalismus zu brechen. So etwas ist niemals und nirgendwo, weder von Mensch noch Tier gesehen worden. Viel leichter als diese aberwitzige „Utopie kreativ" wird es sein, durch sozialistische Revolution die Bourgeoisie zu stürzen und die Produzenten der Werte an die Macht zu bringen.

Diese hochpositive Wertung des Kapitalismus ist keine Eigentümlichkeit Gysis. Die „Thesen zur Programmatik" der Historischen Kommission der PDS erklären pauschal, daß die „kapitalistischen Industriegesellschaften des Westens und die NATO" im kalten Krieg „als Sieger hervorgegangen" seien *(Neues Deutschland, 22.* Mai).

Alle Flügel der PDS haben sich von dieser vermeintlichen Überlegenheit des Kapitalismus überzeugt, um daraus das Scheitern der DDR zu erklären. Aber ist es tatsächlich so? Daß der westdeutsche Imperialismus wirtschaftlich viel stärker war, daß die große Zugkraft der westlichen Konsumgüter eine enorme Auswirkung auf die ostdeutsche Bevölkerung hatte, was zum „D-Mark-Anschluß" führte, steht außer Zweifel. Auch, daß es während der 70er und 80er Jahre eine Verminderung des Wirtschaftswachstums in der DDR (auch in der Sowjetunion) gab und einen zunehmenden technischen Rückstand gegenüber dem Kapitalismus. Aber weshalb? Erklärt sich das aus einem fortschrittlichen Wesen des Kapitalismus, bedeutet der Zusammenbruch des Stalinismus das Scheitern des Sozialismus, der ein Produkt des Gegensatzes zwischen dem Fortschreiten der Produktivkräfte und ihrer Hemmung durch die privaten Eigentumsverhältnisse ist? Dies scheinen PDSler zu glauben, die jetzt Zuflucht im Utopismus suchen, um ihr schwankendes Bekenntnis zum Sozialismus aufrecht zu halten.

Schauen wir die Tatsachen genauer an. Zuerst einmal ist offensichtlich, daß im deutsch-deutschen Vergleich die





Bundestagswahlen 1990: PDS kandidierte als loyale Opposition. Spartakisten kämpften für Arbeiterwiderstand

DDR an einem der kräftigsten Imperialismen der Welt gemessen wird. Verglichen mit der BRD verdiente ein Industriearbeiter in den USA mehr als ein Fünftel weniger, und er hat *seit 1972* einen ständigen *Rückgang* des Stundenlohns erlebt, der jetzt unterhalb des Niveaus von 1961 liegt. Wenn Ostberlin dicht an New York gelegen hätte, statt im Schatten Westberlins, wäre vielleicht nicht einmal die Mauer als (bürokratische) wirtschaftliche Verteidigungsmaßnahme der DDR notwendig gewesen. Und wenn Eisenach neben der Autostadt Detroit stünde, wären die Arbeitslosen massenweise vom Westen nach Osten über die Grenze geströmt! Und von der desolaten Lage der verwüsteten Industriegebiete Großbritanniens gar nicht zu sprechen, oder von den Milliarden Menschen in der „Dritten Welt", für die Hunger, Seuchen und Elend der Alltag sind.

Es gibt auch Wirtschaftsbereiche, wo die BRD relativ rückständig war gegenüber der DDR, z. B. im Bankwesen. Die ostdeutsche Planwirtschaft war hochzentralisiert, es gab ein belegloses Banking, das fast lOOprozentig auf EDV (elektronischer Datenverarbeitung) basierte, mit automatischen Schaltern sogar in Zschopau, während die Westbanken zum Teil noch mit Rechenmaschinenpapierstreifen arbeiten. „Ironischerweise hat das alte Ostzahlungsnetz vollkommen effizient funktioniert", schreibt die Londoner *Financial Times* (17. Juli). Und obwohl das DDR-Telefonsystem aus den 30er Jahren stammte, liegt auch das westdeutsche analoge Netz weit hinter dem Weltmaßstab von digitalen Fernnetzen. Die wesentliche Frage lautet, *weshalb* das ostdeutsche Telefonnetz so rückständig war, während bei den Banken die DDR vorne lag. Der Grund ist derselbe wie für die Tatsache, daß höchstens 20 Prozent der DDR-Bürger ein Telefon hatten, und noch viel weniger unter Arbeiterfamilien, und eine hohe Prozentzahl von *allen* Telefonanrufen abgehört wurde: *der Stalinismus traute der Arbeiterklasse nicht, er fürchtete sie, wollte sie überwachen und unterdrücken.*

Computer und Kommunismus

Oft wird in der PDS der Stalinismus mit „Überzentralisierung" identifiziert und Planwirtschaft als „Kommando-

Fortgesetzt auf Seite 22

Wozu PDS...

Fortsetzung von Seite 21

Wirtschaft" abgetan. Aber an diesem Beispiel zeigt sich, wie das bürokratische Herrschaftssystem einer effizienten Zentralisierung und Planwirtschaft *entgegengestellt* war. Der Stalinismus war von Anfang an ein parasitärer Auswuchs des Arbeiterstaats, der seine proletarischen Fundamente unterminierte, indem er den revolutionären Internationalismus ablehnte, sogar verteufelte, und statt dessen ein langfristiges Zusammenleben mit der Weltbourgeoisie anstrebte und zu Hause eine autarke (nationalbegrenzte) Wirtschaft aufbaute. Diese Autarkie hat die einheimische Repression enorm gesteigert, denn wenn alles im eigenen Land produziert werden muß, mit rückständiger Technologie, dann muß intensiver und länger gearbeitet werden, um das Mehrprodukt zu erhöhen.

Ein anderer Beweis für den reaktionären Inhalt des Stalinismus in bezug auf die Diktatur des Proletariats ist sein Versagen bei der Informatik. Nicht wenige imperialistische Ideologen schreiben den „Erfolg" im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion der sogenannten Informationsrevolution zu. Wie der Kapitalismus die „Informationsrevolution" anwendet, zeigte sich im Irak bei den sogenannten „intelligenten Bomben", bei den Laser-gesteuerten Missiles und anderen High-Tech-Waffen der Massenzerstörung. *Es ist ein stalinistisches Verbrechen, daß die riesigen Vorteile des Computers dem Kapitalismus dienten statt der Planwirtschaft.*

Einer der häufigsten Vorwürfe gegen eine zentralisierte Planung ist, daß sie notwendigerweise zu Engpässen führt. Schlichter Unsinn. Man braucht nur ein System von materiellen Bilanzen zwischen den verschiedenen Industrien, um alles auszugleichen. Der russische Ökonom Wassili Leontief hat unter dem Namen „Input-Output-Analyse" ein geniales System von Gleichungssystemen entwickelt, basierend auf dem spezialisierten Fach der Matrixmathematik, das diese Beziehungen für die ganze Nationalwirtschaft ausrechnen kann. Aber es wurde nicht von sowjetischen Nationalökonomen gebraucht, weil die Planwirtschaft damals als ultralinke Spinnerei mit dem Trotzkismus gleichgestellt wurde.

Obwohl schon in den Westen ausgewandert, hat Leontief die Ansätze zur Input-Output-Analyse in seinem Artikel entwickelt: „Bilanz der Nationalwirtschaft der UdSSR: eine methodische Kritik der Arbeit des Zentralen Statistikamts", der 1924 im *Weltwirtschaftlichen Archiv* erschien und dann im *Planowoje Chosjaistwo* ins Russische übersetzt wurde. Mitte der 30er Jahre wendete er dieses System auf die amerikanische Wirtschaft an. Aber in der Sowjetunion, so schreibt der britische Wirtschaftswissenschaftler P. J. D. Wiles, „ist der Kern auf steinigen Boden gefallen" *(The Political Economy of Communism* [1962]): „Mit einer chronologisch leicht veränderten Reihenfolge", führte er fort, „wäre Input-Output eine unbestreibare russische Errungenschaft gewesen." Diese „chronologisch leicht veränderte Reihenfolge" jedoch wäre nur mit dem Sieg der Linken Opposition in der Sowjetunion möglich gewesen.

Linke Opposition: Planwirtschaft mit Arbeiterdemokratie

Damals wurde nämlich das Gosplan (das staatliche Planungskomitee) ständig des Trotzkismus beschuldigt. Trotzki hatte seit Anfang der NEP dafür gekämpft, das Gosplan in eine Behörde mit den notwendigen Befugnissen umzuwandeln, um einen nationalen Plan zu verwalten. Dem hatte Lenin Ende Dezember 1922 zugestimmt, als Teil seines gemeinsamen Kampfes mit Trotzki gegen Stalins Versuch, das staatliche Monopol des Außenhandels zu brechen. Lenins Brief über das Verleihen von gesetzgeberischen Funktionen an Gosplan wurde dann beim darauffolgenden 12. Kongreß der KPdSU von der Troika (Stalin, Sinowjew, Kamenjew) unterschlagen.

Als Trotzki später als Mitglied des Obersten Rats der Nationalwirtschaft und Leiter der Industrietechnischen Kommission des Gosplan 1926 den Bau des Staudamms am Dnjepr in der Ukraine vorschlug, hat Stalin dies abgelehnt mit dem Vergleich zu einem Bauern, der keine Kuh hat, aber mit seinen gesparten Kopeken ein Grammophon kaufen will. (Wenige Monate später wurde das „Dnjeprostroi"-Projekt dann doch hastig unternommen.) 1927 hat die Vereinigte Opposition den Entwurf des ersten Fünfjahresplans, der ein *rückläufiges* industrielles Wachstum (von 9 auf 4 Prozent jährlich) vorsah, kategorisch zurückgewiesen, da er „mit der Aufgabe der ‚Verwandlung des Rußland der NEP in ein sozialistisches Rußland' von Grund auf unvereinbar" ist. Stalin nannte die Trotzkisten damals „Superindustrialisierer". Als die Bürokratie dann aber durch einen Getreidelieferstreik der Bauern hochschreckte, führte sie einen brutalen Umschwung durch.

Die stalinistische Bürokratie veffolgte also einen Zickzackkurs, indem sie zuerst die Großbauern beschwichtigen wollte, dann zurückschreckte vor der Gefahr der bevorstehenden Konterrevolution und eine äußerst chaotische Zwangsindustrialisierung und Zwangskollektivierung unternahm, mit riesigen Kosten an Menschenleben und Verschwendung von Ressourcen. Das waren die Folgen der Lüge vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land".

Eine vernünftige Planung hingegen, geführt durch echte Organe der Arbeiterdemokratie, durch Sowjets, hätte die Binsenwahrheit anerkannt: „Das Problem der Proportionen zwischen Elementen der Produktion und zwischen den Branchen der Wirtschaft bildet den wirklichen Kern der sozialistischen Wirtschaft" (Trotzki, „Die Sowjetwirtschaft in Gefahr", Oktober 1932). Aber in der stalinistischen Wirklichkeit war dies völlig unmöglich wegen der absoluten Unzuverlässigkeit der sowjetischen Statistiken. Es gibt einen bekannten Spruch im Computerwesen: Gibst du Müll rein, kommt Müll raus. In Stalins Rußland kam nur Müll aus dem Statistischen Amt, weil die schreckliche Wirklichkeit verhüllt werden mußte. Um dies den sowjetischen Statistikern beizubringen und ihnen die entsprechende „Disziplin" einzuflößen, wurden die Resultate der 1937er Volkszählung verschwiegen und ihre Autoren erschossen.

Schon in der letztgenannten Schrift verwies Trotzki auf die Notwendigkeit der Einführung von einem Koeffizienten für Qualität als Korrektur der sonst irreführenden Statistiken. Alle sowjetischen Bürger sind mit dem Problem der niedrigen Qualität von Konsumgütern vertraut. Wie Trotzki damals meinte: „Man kann ein einzigartiges Gesetz der sowjetischen Industrie folgendermaßen formulieren: die Waren sind in der Regel schlechter, je näher sie an der Masse der Konsumenten sind." Es gab auch den Warenmangel und „Versorgungslücken", die zum ständigen Schlangestehen führten. Und dann noch Preise, die in überhaupt keiner Beziehung zu den Produktionskosten standen: z. B. kostete in der DDR ein Jogging-Anzug so viel wie ein Kinderwagen, weil der Staat die Geburtenrate erhöhen wollte; oder ein Kassettenrecorder kostete viermal so viel wie im Westen, weil die staatlichen Planer den enormen „Sparüberhang" aufsaugen wollten.

Bei westlichen Ökonomen werden solche Probleme als notwendige Auswirkung des Fehlens eines Marktes vor-

geführt. So auch bei den PDS-Spitzen. Die Thesen der Grundsatzkommission („Neu beginnen ...") erkennen im Kapitalismus „Flexibilität", die sie dem Privateigentum und dem „Markt mit seinen Regulierungsmechanismen und Triebkräften" zuschreiben. Aber die Mißverhältnisse der DDR-Wirtschaft sind nicht der Planung zuzuschreiben, sondern *der Bevormundung durch eine willkürliche Bürokratie, die behauptet, besser zu wissen, was die Bevölkerung braucht, als die Werktätigen selber.* Und der Markt, mit seiner brutalen Vernichtung der Produktivkräfte (schaut nur die aktuelle Lage im DDR-Gebiet an!), ist nicht der einzige Regulierungsmechanismus oder die einzige Triebkraft der Wirtschaft. In seinem Meisterwerk *Verratene Revolution* (1936) hat Trotzki die *enge Verbindung von Qualität und Arbeiterdemokratie* unterstrichen:

> „Die fortschrittliche Rolle der Sowjetbürokratie fällt zusammen mit jener Periode, in der die wichtigsten Elemente der kapitalistischen Technik in die Sowjetunion eingeführt wurden... Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich um den dreifachen Preis. Aber je weiter die Entwicklung voranschreitet, um so mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität."*

Was das Sortiment von Produkten und Qualität angeht, ist auch dieses Problem längst gelöst — aber von den Kapitalisten *ohne Markt.* Die Mittel kann man auf unzähligen Produkten finden, die Strich-Codes, die über eine elektronische Kasse an die Betriebsleitung gehen, um sie über den Verkauf zu informieren, damit sie ihr Inventar wieder aufstocken kann, oder Kundenreaktionen auf neue Produkte bewerten usw. Solche Systeme werden von Großfirmen eingesetzt, deren Umsatz größer ist als das Gesamtsozialprodukt von vielen Staaten der Welt. Innerhalb dieser riesengroßen GmbHs und Holdings gibt es keine Konkurrenz: hier wird sorgfältig und massenhaft *geplant.* Aber nicht in demokratischer Weise, sondern aufgrund der Profitmaximierung. Wenn mehr Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung notwendig sind, wird dies nicht durch erweiterten Bau von Wohnhäusern gelöst, sondern zuerst durch in die Höhe schnellende Mieten, die dann durch Spekulanten noch höher getrieben werden, während Zehntausende auf die Straße geworfen werden wegen „unzureichender Zahlungsfähigkeit".

Die alte Scheiße

Wie wir schon vorher sagten, der Kapitalismus hat Armut, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, rassistische Hetze und faschistischen Terror mit sich gebracht. Aber wenn dem so ist, weshalb konnte die DDR dem imperialistischen Andrang nicht standhalten? Sollte die Antwort sein, wie ein Leipziger Transparent bei den Montagsdemos im April sagte, „Wir sind ein dummes Volk"? Es stimmt, daß es unter den Werktätigen massenhaft falsches Bewußtsein gab während des verzerrten Volksentscheides der DDR-Volkskammerwahlen März 1990. Aber der Verblendungseffekt von billigen und guten Waren ist kein Zufall.

Nach Stalins Konzept brauchte man nur eine starke militärische Verteidigung, um sich vom Einfluß des kapitalistischen Weltmarkts abzuriegeln, und damit konnte man ungestört den „Sozialismus in einem Land" aufbauen. Dieses Dogma hat aber mehr mit der „nationalsozialistischen" Autarkie Hitlers als mit dem internationalistischen Sozialismus Lenins zu tun. In diesem Sinne war die Berliner Mauer und die ganze Stacheldrahtgrenze ein gesteigerter Ausdruck des stalinistischen Wahnsinns: mit einem „antifaschistischen Schutzwall" könnte man den Sozialismus in einem *halben* Land aufbauen, ein „Arbeiter- und Mauernstaat", wie der antikommunistische Witz sagt! Aber über Westfernsehen oder durch Intershops und Exquisitläden hat die Zugkraft der kapitalistischen Waren und der starken D-Mark diese Mauer durchstrahlt und schließlich zugrunde gerichtet. Wie es Leo Trotzki schon in *Verratene Revolution* ausdrückte:

> „Die von Lenin formulierte Frage, ‚Wer wen?' ist die Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und dem revolutionären Weltproletariat einerseits, den inneren feindlichen Kräften und dem Weltkapital andererseits... Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher. Der Sieg des Proletariats in einem der westlichen Länder würde natürlich das Kräfteverhältnis mit einem Schlag radikal verändern. Aber solange die UdSSR isoliert bleibt, schlimmer, solange das europäische Proletariat nur Niederlagen erleidet und zurückweicht, solange bemißt sich die Stärke des Sowjetsystems letztlich an der Arbeitsproduktivität, die sich im Rahmen der Warenwirtschaft in Kosten und Preisen ausdrückt."

Dies ist keine „trotzkistische" Erfindung. Schon in seiner Frühschrift *Die deutsche Ideologie* (1845/1846) schrieb Karl Marx,

> „andrerseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte ... Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt."

Genau wie Stefan Heyms mythische Dorfrepublik Schwarzenberg konnte die DDR sich auf Dauer nicht halten und wird die Sowjetunion sich isoliert nicht halten können. Stalin glaubte, man könnte der marxistischen Grundthese den Rücken kehren, daß der Sozialismus nur auf dem höchsten Niveau der Produktivkräfte aufgebaut werden kann. Und jetzt stecken wir in der alten Scheiße. Aus der Tatsache, daß im rückständigen Rußland die sozialistische Revolution nicht zu vollenden ist, folgern die Sozialdemokraten (unter ihnen jetzt auch viele PDSler), daß die Oktoberrevolution zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Trotzki und Lenin folgerten daraus, daß die Revolution unbedingt in die hochentwickelten imperialistischen Länder ausgeweitet werden mußte.

[WIRD FORTGESETZT]

Bestellt den Offenen Brief
an PDS-Genossen vom 21. Juni,
auch für Eure Freunde und Genossen:
„Es gibt keinen Dritten Weg! Wir stehen zum Kommunismus von Lenin und Trotzki!"
Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten und diskutiert mit uns! Jeden Donnerstag in Berlin: Linkstreff, Weddingstraße 6 (U-Bahn Nauener Platz), und in Halle: Comcenter, Raum 30, Leninallee 70

SPARTAKIST

Nachgeburt des Stalinismus, Nachahmung der Sozialdemokratie

Wozu PDS?

Im Anlauf zur 2. Tagung des 2. Parteitags der Partei des Demokratischen Sozialismus meinte PDS-Vorsitzender Gregor Gysi, daß ihre Mitglieder „an einem Scheideweg

Eine Partei, die ihre Herkunft nicht mag und die keine Zukunft hat

stehen, weil das Politikverständnis dieser Partei, weil das Verständnis der Programmatik, weil das Verständnis der Bewertung der Geschichte, weil das Verständnis des Umgangs miteinander ... sehr, sehr unterschiedlich und differenziert geworden" sei *(Neues Deutschland,* 12. Juni). Gysi drohte sogar mit seinem Rücktritt, wenn das Miteinander nicht besser ginge. Eine Zusammenfassung der Diskussion im Parteirat am Vorabend der Tagung berichtete über „Machtkämpfe, Querelen, Diffamierungen, Profilierungssucht" im Parteivorstand, während, einer Auffassung nach, die PDS „anscheinend an ihren inneren (oft unausgesprochenen) Konflikten zu zerbrechen" droht.

Daß die PDS in einer tiefen Krise steckt, bezweifelt niemand. Gysi sprach von einem „Bild der Zerrissenheit". Leitmotiv der Diskussion war der Drang, nicht weiter als „Therapieverein" zu füngieren, als „Abtreter der Nation" und „Aussätzige" im Bundestag behandelt zu werden, sondern endlich „Politikfähigkeit" zu erzielen. Was das „solidarische Miteinander" angeht, stimmte der Parteitag einem Antrag der AG Christinnen zu, wonach „Vertrauenspersonen" benannt werden sollen für alle Mandatsträger der PDS, die MfS-Beziehungen „nicht oder jetzt noch nicht öffentlich bekennen wollen" *(Pressedienst,* 28. Juni). Mit diesem ach so netten Angebot wird eine *interne Hexenjagd* inszeniert — im „vertraulichen" Einklang mit staatlichen Richtern! —, um die Zuverlässigkeit der PDS dem bürgerlichen Staat gegenüber zu demonstrieren und den SPD-Hexenjägern zuvorzukommen.

Zum heißen Thema der Abtreibung hat sich der Parteitag schließlich für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 entschieden, obwohl, wie in jeder sozialdemokratischen Partei, die Frage noch offensteht, ob die *Parlamentsfraktion* der PDS/Linken Liste nicht doch für die Fristenlösung stimmen wird (natürlich ohne Zwangs-„beratung" — diese soll es nur für „Noch-nicht-Stasibekenner" geben). Diskussion und Abstimmung über das Parteiprogramm wurden auf einen 3. Parteitag vertagt.

Scheideweg oder Sackgasse

Alles in allem wirkt Gysis „Scheideweg"-Spruch gar zu milde. Es trifft eher zu, was die Spartakist-Arbeiterpartei im „Offenen Brief an PDS-Genossen" (21. Juni) schrieb: „Die PDS ist am Ende der Sackgasse angekommen." Das fortwährende Bangen und Ringen um die Existenzberechtigung der PDS bekräftigt unsere Feststellung. So verstehen es auch die vielen PDS-Genossen, die mit der SpAD ins Gespräch kommen und die nicht an einen mythischen „Dritten Weg" zwischen Reformismus und Revolution glauben, sondern wie wir für echten Kommunismus kämpfen wollen. Der vorliegende Artikel richtet sich an diese Genossen, die eine revolutionäre Auseinandersetzung suchen mit der gescheiterten stalinistisch-bürokratischen Herrschaft, welche die Errungenschaffen der Oktoberrevolution unterminiert hat, sowie mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie, die dem Roten Oktober immer feindlich gegenüberstand. Dabei wollen wir vor allem unterstreichen, daß es von Anfang an eine *leninistische* Opposition gegen den Stalinismus gab — *den Trotzkismus.*

Die PDS geht in die entgegengesetzte Richtung. „Radikale Absage an das Modell der ‚marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse'", verkündet ihre

Fortgesetzt auf Seite 19

Schlagt die Hexenjagd zurück!



Spartakist

Zuerst verschenkte die PDS die DDR, dann die Parteikasse, dann ließ sie ihre Kassierer ins Gefängnis werfen. Jetzt werden die Partei und *Neues Deutschland* von Treuhand/SPD politisch kontrolliert. Es ist nicht zu spät: Sagt Nein!

Hexenjagd im Vierten Reich gegen DDR-Schriftsteller
Warum sie Angst haben vor Christa Wolf.................... Seite 10

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 89 SEPTEMBER 1991 50 Pfennig

Viertes Reich will UdSSR ausplündern

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!



Der Spiegel

Großrussische Chauvinisten Jelzin und Patriarch Alexij II. Die Oktoberrevolution zerschlug antisemitische Pogrome, befreite die Frauen und schuf nationale Gleichheit. Stalinismus bereitete der Weg für die alte Scheiße. Dringend notwendig ist eine revolutionäre Arbeiterpartei als Volkstribun in der Tradition Lenins und Trotzkis

Bankrotter Stalinismus öffnet Schleusen für Restauration des Kapitalismus

27. August — Die Werktätigen der Sowjetunion, ja die Arbeiter aller Länder, haben ein beispielloses Desaster hinnehmen müssen, dessen verheerende Konsequenzen jetzt zum Tragen kommen. Was bei dem vermurksten Putsch von Michail Gorbatschows ehemaligen Mitarbeitern herauskam, ist eine Vormachtstellung von Boris Jelzin, der sich als Bushs Mann anbietet. Dies hat im ganzen Land der Oktoberrevolution eine Flut der Konterrevolution ausgelöst. Der erste Arbeiterstaat in der Geschichte ist schwer angeschlagen, nachdem er jahrzehntelang durch stalinistische Mißwirtschaft ausgehöhlt und unterminiert wurde. Die Staatsmacht ist zerbrochen, die Kommunistische Partei — ihr bürokratischer Kern — in Scherben und verboten, und die multinationale Union zerreißt, da ein Republik nach der anderen ihre Abspaltung erklärt.

Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um di Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durch drücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nid definitiv fest.* Während die Imperialisten jubeln und da prokapitalistische Kleinbürgertum frohlockt, stehen di sowjetischen Arbeiter vor einem Desaster von katastrc phalem Ausmaß: jede Errungenschaft, für die sie selbs ihre Eltern und ihre Großeltern Opfer gebracht habe steht auf der Abschußliste. Es droht eine Explosion vo sogar noch größeren nationalistischen Auseinandersetzun gen. Wenn die Peitsche der kapitalistischen Ausbeutun bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Durcheinander ein geführt wird, droht im kommenden Winter große Hun gersnot und Massenarbeitslosigkeit. Das sowjetische Prc

Fortgesetzt auf Seite l

Friedrich-Umbettung: Krönung des Vierten Reichs

205 Jahre nach dem Tod von Friedrich dem Großen wurden im Schloß Sanssouci er und sein Vater, der „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm L, ein fünftes Mal begraben. Nachdem die Herrscher die Quadriga mit Eisernem Kreuz auf das Brandenburger Tor gehievt hatten, war der Staatsakt am 17. August in Potsdam die symbolische Krönung des Vierten Reichs. Für „Wiedervereinigungskanzler" Kohl und sein Regime von großer Bedeutung: denn sie *drängen darauf, Preußens und Deutschlands militärische Traditionen zu rehabilitieren.* Aber Bundeswehr-Abordnung und Bundesgrenzschutz mußten diesmal reichen.

Und alles unter der Ägide von Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Stolpe: er will sich „zur ganzen Geschichte bekennen". Schon nach dem Sturz von Kaiser Wilhelm bekräftigte die SPD ihre Kontinuität mit Preußen unter den Hohenzollern, nachdem Scheidemann und Noske die Novemberrevolution 1918/19 in Blut erstickt hatten. Hitler weihte das Nazi-Regime am 21. März 1933 ein — mit einer Friedrich-Zeremonie. So zollen alle deutschen Nationalisten Preußen Tribut, weil es für die Organisierung des modernen Deutschland steht.

Für viele war die Umbettung ein Ereignis, um den Adel zu begaffen. Am Rande gab es den üblichen faschistischen und Burschenschafts-Abschaum, Preußen- und Reichskriegsfahnen, sogar 1200 „antimilitaristische Gegendemonstranten", von Stolpe als „wichtig und notwendig" gelobt. Die Arbeiter schimpften über Geldverschwendung, spotteten darüber, daß sie den Alten Fritz schon wieder umtopften. Ja: anscheinend wie vor dem letzten Weltkrieg. Doch nicht einmal die Hälfte der über 100000, die die Bourgeoisie erwartet hatte, gingen am Sarg vorbei. Zeitgleich „feierten" Nazis/Skinheads in Wunsiedel und Bayreuth Rudolf Hess und terrorisierten rumänische Asylbewerber in Zittau und Aschersleben.

Die Botschaft dieses Preußen-Spektakels lautete: Die Konterrevolution auf dem DDR-Gebiet ist vollbracht, das Deutsche Reich ist jetzt die führende imperialistische Macht Europas. Das wollten sie in der sowjetischen Garnisonsstadt Potsdam demonstrieren, wo die Rote Armee jahrzehntelang auf Posten gegen den Imperialismus stand.

Nach zwei verlorenen Weltkriegen lechzt die deutsche Bourgeoisie nach Preußens Eroberungen im Osten. Züge fahren nicht nach Kaliningrad, sondern nach „Königsberg". Sie sprechen von „Stettin, Breslau, Posen". Die KZ-Gedenkstätten sollen ganz verschwinden und in Propaganda-Ausstellungen über „stalinistischen Terror" oder in Supermärkte und Finanzämter verwandelt werden.

Preußens Geschichte wurde in der DDR kultiviert, um „Nationalismus in einem halben Land" zu rechtfertigen. Heute spiegeln Preußen-Kult und Bismarck-Verehrung den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus wider. Aber die Herrscher brauchen gegenwärtig ihren Militarismus in „aufgeklärter" Verpackung, und ihre Geschichte ist mit geeigneten Gestalten nicht gerade reich gesegnet. So versuchen sie es wieder mal mit dem Alten Fritz.

SPD und „Linke" wenden ein, das militaristische Preußen-Bild sei schlecht für das „friedliche" deutsche Image im Ausland. Viele setzen Hitler mit dem „Alten Fritz" gleich. Doch die Nazis waren nicht die Enkel des feudalistischen Monarchen, sondern der barbarischste Ausdruck des Imperialismus in seinem Todeskampf.

Und dann gibt es noch Katholiken, die es nicht begeistert, den Protestanten Friedrich zu feiern; auch bei Teilen der CDU/CSU. Auch *Spiegel-Chef* Augstein mißfiel es, und er verwies auf Bitburg. Dabei störte ihn nur das Bild des „häßlichen Deutschen", nicht aber, daß Kohl/Reagan 1985 in Bitburg vor SS-Massenmördern strammstanden.

Mit der historischen Wahrheit hat der Preußen-Mythos wenig zu tun. Schon im Zweiten Reich verriß Franz Mehring die Preußen-Legende. Friedrich regierte mit Korporalstock, weil er als „aufgeklärter Despot" im 18. Jahrhundert nur so regieren konnte; die schwache deutsche Bourgeoisie entwickelte sich erst sehr spät. Preußen war in Lessings Worten „das sklavischste Land Europas", Winckelmann (im italienischen Exil) nannte Friedrich „den Schinder der Völker". Die Französische Revolution hingegen läutete drei Jahre nach Friedrichs Tod das Ende des Feudalismus ein und eröffnete eine neue historische Epoche, die den europäischen Kontinent veränderte.

Durch drei Schlesische Kriege und die Teilung Polens wurde Preußens Bevölkerung praktisch verdoppelt. Und in diesem Drang nach Osten liegt die Bedeutung für die Bourgeoisie heute: Im Osten erkannte Friedrich den Weg, sein Imperium durch räuberische Kriege zu vergrößern.

Helmut Kohl will Preußens Gloria wieder aufputzen, damit die deutschen Imperialisten den Osten ausplündern können. Um neue imperialistische Kriege zu verhindern, um mit dem Gesindel samt gräflichem Anhang aufzuräumen, ist eine proletarische Revolution notwendig. Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!«

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BL250010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 89 September 1991

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Gesundheitsversorgung im Osten wird abgewürgt
Berliner Krankenschwestern wehren sich

Am 24. Juli legten Krankenschwestern und Pfleger in den Ostberliner Krankenhäusern die Arbeit nieder. Sie forderten die Anerkennung ihrer Dienstjahre und volle Anpassung ihrer Löhne und Gehälter an den westlichen Standard. Denn es wurde ihnen ein Tarifabschluß reingewürgt, der darauf kalkuliert war, ihre Existenz *und* das ostdeutsche Gesundheitswesen zu vernichten. „Wir mußten jetzt einfach selbst die Initiative übernehmen. Vielleicht ist das der vielbeschworene Mut der Verzweiflung." So ein junger Pfleger aus der Charité.



Spartakist

Wütende Krankenschwestern der berühmten Charite-Klinik wehren sich gegen Vernichtungsfeldzug und ÖTV-Ausverkauf

Am 26. Juli gingen wieder über tausend Pflegekräfte auf die Straße, dazu Ärzte, MTAs, Physiotherapeuten und andere. Die Demonstration zog von der Charite zum Institut für Arzneimittel im Wedding. Auf dem Weg dorthin schlössen sich viele Passanten an. Man hörte: „Weiter so!" Diesmal hatten ÖTV und DAG unter dem Druck des Pflegepersonals dazu aufgerufen; die Charite-Mitarbeiter boykottierten offiziell die Demonstration aus Protest gegen die ÖTV-Führung, die sie ausverkauft hatte. Doch sie dürfen sich durch ihre berechtigte Wut nicht davon abhalten lassen, jede Möglichkeit für den Aufbau eines wirklichen Kampfes zu nutzen, gerade um ihn der Kontrolle der Bürokraten zu entreißen.

Die SPD-Verräter an der Spitze der ÖTV krochen vor „Arbeitgeber" Schäubles Innenministerium und unterschrieben im Mai hinterrücks den Tarifvertrag. Die ÖTV-Führung vertuschte die Einzelheiten des Abschlusses. Diesmal war ihr das Eisen doch zu heiß; nicht nur die Verräter des Personalrats, auch die ÖTV-Vertrauensleute hielten lieber den Mund.

Kaltschnäuzig wurden laut Vertrag *alle* Angestellten des Gesundheitswesens im DDR-Gebiet ab 1. Juli *wie Berufsanfänger* einstuft und natürlich auch entsprechend unterbezahlt. Also keine Lohnerhöhung. Pflegepersonal und Ärzte, die zum Teil schon Jahrzehnte gearbeitet haben - unter harten Bedingungen — werden finanziell hart getroffen.

Die ohnehin schon starke Abwanderung von gesundheitlichem Fachpersonal nach Westdeutschland bekommt dadurch einen kräftigen Schub. Formal wurden Löhne und Gehälter bei 60 Prozent des Westniveaus festgelegt — für eine Krankenschwester nur rund 1400 D-Mark netto im Monat. Und wie eine DGB-Studie errechnete, heißen für ostdeutsche Arbeiter, die im Gegensatz zum Westen fast keine zusätzlichen Tarifleistungen wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld und übertarifliche Zuschläge bekommen, „60 Prozent des Westlohns" real nur runde *40 Prozent!* „Bei den Zuständen bleibt doch keine Schwester im Osten. Dann kann man es sich überhaupt nicht mehr leisten, krank zu werden", sagte eine Patientin treffend.

Das überwiegend weibliche Krankenpflegepersonal braucht in ganz Deutschland eine kräftige Lohnerhöhung. Den Pflegenotstand im Westen hat der westdeutsche Staat mit jahrelangem Lohnstopp geschaffen. Die CDU/CSU will seit Jahren ein „Pflichtjahr" für Mädchen wie im Dritten Reich einführen, um das riesige Loch mit kostenlosen „Hausdienerinnen" zu stopfen; zivildienstleistende Wehrdienstverweigerer (die deswegen toleriert werden) reichen bei weitem nicht aus. Krankenhäuser im Westen werben mit satten „Kopfprämien" Pflegekräfte aus dem DDR-Gebiet ab. Allein in Ostberlin waren Mitte August schon über 700 Schwesternstellen frei.

Zerschlagt die Hexenjagd!

Bonn hat sich mit dem Anschluß der DDR massiv übernommen; die Kosten sollen zuerst auf den Rücken der Schwächsten abgewälzt werden: Rentner, Kinder, Frauen, Immigranten. Aus purer Rache für 1945 soll alles plattgemacht werden, was an die ehemalige DDR erinnert. Dazu ist der Bourgeoisie von Auschwitz jedes Mittel recht. Sie inszeniert eine Anti-„Ossi"-Kampagne, verteufelt die DDR als Brutstätte des Faschismus. Mit einer obszönen „Organspenden-Kampagne" sollen die Ärzte der DDR den SS-Mördern wie Mengele gleichgestellt werden. (Nebenbei sollen damit die wirklichen Nazi-Mörder-Ärzte, die jahrzehntelang *im Westen* in Ruhe ihre Praxen betrieben, amnestiert werden.) Mit besonderem Haß wird die „Anti-Stasi"-Hexenjagd betrieben. Doch die Mitarbeiter des MfS sind für die deutschen Imperialisten nur die Vorspeise. Es geht ihnen darum, jeden in den Staub zu drücken, der den Staat DDR verteidigte.

Nachdem die Lehrer im öffentlichen Dienst zu Tausenden gefeuert wurden, hat die Hatz die renommierte Ostberliner Charite erfaßt. Professor Peter Althaus, ein international anerkannter Forscher und Chef der Urologischen Klinik, gehört zu denen, die die fristlose Kündigung erhielten: wegen der Beschuldigung, er sei „Informeller Mitarbeiter" der Stasi gewesen. Althaus hat seit Ende Juli bergeweise Solidaritätsschreiben erhalten und kämpft um seine Wiedereinstellung. Die organisierte Arbeiterbewegung hat die Kraft, seine Wiedereinstellung und die Wie-

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Krankenschwestern...

Fortsetzung von Seite 3

dereinstellung aller bedrohten Ärzte durchzusetzen. Verteidigt Prof. Althaus! Stoppt die Hexenjagd in der Charite!

Neues Deutschland (7. August) beschrieb treffend das Ziel dieser großangelegten Kündigungswellen als „die Enthauptung einer Lehr-, Forschungs- und Heilstätte ..." Das internationale Ansehen der Charite" überragt bei weitem das der Universitätskliniken der „Freien" Uni im Westteil der Stadt. Praktisch jeder noch zu DDR-Zeiten ernannte Professor, Dozent, Oberarzt, Institutsdirektor oder Abteilungsleiter der Charite ist von Kündigung bedroht. Die Bourgeoisie hat entschieden, wie Politiker bestätigen: „Drei Uni-Kliniken in Berlin seien zu viel".

Im Westberliner Uni-Klinikum Rudolf Virchow läuft gleichzeitig eine drakonische „Abstrukturierung" mit dem Ziel, den Standort Charlottenburg weitgehend zu räumen. Der Senat beschloß, 7000 Betten in Berlin abzubauen. Das Pflegepersonal ist für die Kapitalisten nur Bauern auf dem Schachbrett, die geopfert werden sollen. Der ÖTV-Tarifabschluß soll das Gleitmittel dafür sein.

Die Polikliniken in der DDR waren zwar oft inadäquat und altmodisch, aber sie waren immerhin das Rückgrat einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle. Mit ihrer Auflösung wird den Menschen massenweise die Versorgung einfach weggenommen. Eine ehemalige Poliklinik-Arztin schrieb Ende Mai in der *Münchner medizinischen Wochenzeitschrift:*

> „Allgemeinmediziner, Internist, Chirurg, Dermatologe, HNO-Arzt, Gynäkologe — alle unter einem Dach. Keine langen Wege für den Patienten, Auslastung der technischen Geräte durch alle Ärzte ... diese Form der kollegialen Gemeinschaft hätte man nicht zerschlagen dürfen."

Wer die Illusion hegt, daß man diese „Gemeinschaft" in private Ärztehäuser hinüberretten kann, sollte sich das Beispiel der USA anschauen, wo dieses System lupenrein entwickelt ist: dort kann sich ein Drittel der Bevölkerung keine ärztliche Behandlung leisten. Wer ernsthaft krank wird, darf einfach sterben.

Die einzige Chance jüngerer Ärzte im DDR-Gebiet ist, sich gegenüber den Banken zu verdingen und eine Praxis zu kaufen; die älteren bekommen sowieso keinen Kredit dafür. Die Ärztin beschreibt, was die meisten erfahren müssen: „daß ich von Praxis zu Praxis laufe, um ein Angestelltenverhältriis als Allgemeinmediziner zu erreichen." Wenn sie es nicht schaffen, ist es aus. Die Selbstmordrate gerade unter älteren Ärzten im DDR-Gebiet ist enorm gestiegen.

Die Bedingungen der Krankenversicherung werden wesentlich schlechter; selbst lebensnotwendige Medikamente werden unbezahlbar. Führende Forscher sprechen von einem medizinischen und geistigen Kahlschlag mit unabsehbaren Folgen. Programme für Dialysepatienten und schwangere Diabetikerinnen: gestrichen. Die Zentralinstitute für Herz-Kreislauf-Erkrankungen: zugemacht. Das Krebsregister der DDR und die Institute für Tuberkuloseforschung — weltberühmt: „abgewickelt".

In den Krankenhäusern herrscht Chaos. Eine Medizinisch-Technische Assistentin in Friedrichshain berichtete dem *Spartakist:* Die eine Abteilung weiß nicht, ob sie noch Patienten in eine andere schicken kann; keiner weiß Bescheid, welche eigentlich noch existiert und welche schon geschlossen worden ist. In der Kinderklinik der Charite wurde eine Abteilung einfach zugemacht und die andere, noch existierende, mußte die Patienten mit übernehmen. Ob sie es kann, ist eine andere Frage ... Dieses Spiel wird noch für viele Mord bedeuten. Schon Anfang August mußten 55 Prozent der Operationen in der Charite abgesetzt werden: Pflegenotstand auf den Intensivstationen. 60, 80 und mehr Akutpatienten stehen auf den OP-Wartelisten.

Der Platz der Frau

Die arroganten Herrscher in Bonn und Berlin wollen alle Frauen zu Kinder, Küche, Kirche zurücktreiben. Schon über 60 Prozent der Arbeitslosen in der ehemaligen DDR sind Frauen. Sie finden keine Lehrstellen, keine Studienplätze. Sehr viele verloren den Job, weil die Kinderversorgung wegfiel. Der Paragraph 218 soll allen Frauen aufgezwungen werden. Im Kapitalismus ist es der „Platz der Frau", die Arbeiten zu verrichten, die zu „niedrig" sind, um von der Gesellschaft anerkannt zu sein — Kinderversorgung, Altenpflege, Krankenpflege. Pflegekräfte bei den Sozialstationen, die zu chronisch kranken und alten Menschen nach Hause fahren, um sie dort zu pflegen, haben in Westdeutschland noch nie einen Tarifvertrag gehabt.

Frauen in der DDR genossen historische Errungenschaften. Über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig, das Ausbildungsniveau war sehr hoch, für jedes Kind gab es einen Tagesstättenplatz. Aber gleichzeitig bedeutete der „Sozialismus in einem halben Land" für Frauen die „zweite Schicht" in der Familie. Die Bedingungen des Mangels machten die vollständige *Vergesellschaftung der Hausarbeit* unmöglich. Und ohne diese gibt es keine Gleichberechtigung, geschweige denn Sozialismus. Die verbrecherische Politik der Stalinisten machte aus der Notwendigkeit eine Tugend und erhob die Familie zur „Keimzelle des Sozialismus". Es gab ein stolzes Bewußtsein der Gleichstellung der Frau in der Arbeitswelt, doch gleichzeitig wurde den Frauen traditionelle „Frauen"tugenden mit sozialistischer Färbung eingebleut — Selbstaufgabe, Aufopferung bis zum Umfallen, für die Familie, aber auch für den Betrieb. Je schlechter die Arbeitsbedingungen, umso größer der „sozialistische" Heldenmut. Und gerade im Gesundheitswesen, wo die abgehärmten Frauen alles aufopferten, fühlen sie sich jetzt zu Recht und umso böser um ihre Rechte betrogen.

Kostenlose, umfassende Gesundheitsversorgung aller in einer sozialistischen Welt!

Die plündernde Bourgeoisie und ihre ÖTV-Handlanger dachten, sie könnten mit den Arbeitern im Gesundheitswesen alles machen. Aber sie haben sich bei den selbstbewußten ostdeutschen Frauen verrechnet. Es ist klar, daß eine kämpferische Mobilisierung um die erneuten Tarifverhandlungen am 11. September breite Unterstützung in ganz Berlin erhalten würde. Die bisherigen Aktionen der Pflegekräfte waren in der Berliner Bevölkerung und beim Krankenhauspersonal auch im Westen *enorm populär.* Viele Arbeiter, die sonst auf die reaktionäre Teile-und-herrsche-Taktik gegen „die Ossis" reingefallen sind, stellten sich sofort kämpferisch auf die Seite der Pflegekräfte.

Viele Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte und andere im Gesundheitswesen wählten ihre Berufe, weil sie der Menschheit dienen wollten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und soziale Unterdrückung. Heute schreit die Krise im Gesundheitswesen nach einer sozialistischen Revolution — die nicht wie in der DDR in einem halben Land auf halbem Wege steckenbleibt. Dafür ist der Aufbau eines revolutionären Partei dringend notwendig, die

Fortgesetzt auf Seite 23

Demo gegen Abschiebungen in Hamburg

„Verhindert die Massenabschiebungen!", forderten einige Hundert Demonstranten am 27. Juli in Hamburg bei einem Protest gegen die drakonischen Abschiebegesetze. Initiiert wurde die Demonstration von einem Komitee iranischer linker Gruppen, die SpAD beteiligte sich mit einem Block und forderte volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Unsere Genossin Carola Schirm hielt auf der Abschlußkundgebung eine Rede, die wir hier auszugsweise abdrucken.

Das „Vierte Reich", der deutsche Imperialismus, gegen den wir kämpfen, will wieder gegen Osten marschieren und seine „Neue Weltordnung" den Unterdrückten aller Länder aufzwingen. Er wurde ermutigt durch die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, gegen die wir gekämpft haben. Heute sind die verheerenden Folgen sichtbar mit Massenarbeitslosigkeit und „Flüchtlinge raus". Und dagegen müssen wir diejenigen mobilisieren, die die soziale Kraft haben, den deutschen Imperialismus in die Knie zu zwingen: die Arbeiterklasse in Ost und West, die deutschen und die eingewanderten Arbeiter.

Wir fordern den deutschen Imperialismus nicht auf, Özal in der Türkei oder Rafsandschani im Iran zu stürzen, denn wir wissen: Imperialistische Einmischung des Nachfolgestaats von Auschwitz in Polen, Jugoslawien, Bulgarien, der Türkei und Iran bedeutet Zwangsarbeit, Kurden-KZs, Unterdrückung, Knechtung und Krieg.

Auch die SPD hier ist mit Abschiebungen von Immigranten nicht zimperlich gewesen: Von der Erstürmung einer Kirche mit Maschinenpistolen, um die philippinische Seemannsfrau Aviola abzuschieben, bis zur Belagerung des KZ Neuengamme durch die Polizei, um Cinti und Roma abzuschieben, gibt es eine langjährige „Tradition" von Terror gegen Immigranten von seiten der SPD. Die Gewerkschaften unternehmen nichts, um ihre Kollegen aus anderen Ländern zu verteidigen, weil die Gewerkschaftsführung mit der klassenverräterischen und antikommunistischen SPD verbunden ist. Wir fordern alle klassenbewußten Arbeiter im DGB auf, für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten, gegen Abschiebungen zu kämpfen. Nötig sind insbesondere gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen, um die Faschisten zu stoppen, die Faschisten, die Asylantenwohnheime anzünden und Türken auf offe-

Fortgesetzt auf Seite 23

Bourgeoisie von Auschwitz will sich rächen

Laßt Mielke frei!

Die antikommunistische Hexenjagd, mit der die PDS enteignet und jetzt das berühmte Charit£-Krankenhaus vernichtet werden soll, ist hauptsächlich von der SPD geführt, in Berlin besonders von Jutta Limbachs Justizministerium. Jetzt will sie den ehemaligen Chef des MfS der DDR, Erich Mielke, anklagen, weil er angeblich als junges Mitglied der KPD *1931* an der Erschießung zweier Polizisten teilnahm — also *vor 60 Jahren!* Die Kontinuität zwischen dem Dritten und dem Vierten Reich kann man an der Tatsache sehen, daß die Anklage gegen Mielke *in der Nazizeit* erhoben wurde.

Die Beschuldigung stammt aus einer Zeit, als Millionen Arbeiter aufgrund der Weltwirtschaftsdepression arbeitslos waren und in Deutschland eine bürgerkriegsähnliche Situation herrschte. Damals wurden Arbeiterdemonstranten häufig die Zielscheibe von Polizeihundertschaften, die mit Schußwaffen wahllos Kundgebungen auseinandertrieben. Im „Blutmai" 1929 erschoß die SPD-geführte Polizei in Berlin bei einer verbotenen Maikundgebung 33 Menschen und verletzte weitere 198. Einem Bericht der Roten Hilfe zufolge wurden 42 Arbeiter getötet zwischen Januar und dem 13. August 1931. Die Polizei reagierte tollwütig auf die Erschießung der zwei Schupos, für die sich Mielke jetzt verantworten soll, indem sie Dutzende Arbeiter verletzte und eine Person tötete. „Soweit ersichtlich, wurde in keinem einzigen Todesfall eine gründliche Untersuchung der Umstände in Gang gesetzt, geschweige denn ein Beamter belangt", schreibt *Die Zeit* (16. August).

„Spuren gab es kaum", beschreibt *Die Zeit* den Beginn der Untersuchung gegen die Kommunisten. Doch nachdem Hitler mit der Ausrottung der KPD anfing, gaben „Zeugen" zweifellos unter Folter „Geständnisse" ab, wobei Mielke genannt wurde. Jetzt hat ein psychiatrisches Gutachten den 83jährigen Mielke für „verhandlungsunfähig" erklärt. Die Gefangenschaft dieses Mannes ist reine Folter, dennoch bleibt er hinter Gittern, während die Berliner SPD-Hexenjäger entscheiden, ob das Verfahren gegen Mielke eröffnet wird.

Trotzki verurteilte die sektiererische Politik von Stalin und Thälmann Anfang der 30er Jahre, die den Namen „Dritte Periode" erhielt. Trotzki kämpfte dafür, daß die KPD sich an die sozialdemokratischen Arbeiter wenden sollte, um gewaltige Einheitsfrontaktionen gegen die Nazis zu organisieren und die Massenbasis der SPD von ihrer reformistischen Führung zu brechen. Statt dessen bezeichnete die Partei Thälmanns, Neumanns und Remmeles die SPD als „Sozialfaschisten". Am 9. August 1931, also dem Tag, als die zwei Berliner Polizisten erschossen wurden, unterstützte die KPD einen von den Nazis initiierten Volksentscheid, um die SPD-geführte preußische Regierung abzusetzen. Diese Politik paralysierte die mächtige deutsche Arbeiterklasse dermaßen, daß Hitler widerstandslos an die Macht kommen konnte.

Jetzt greifen die Sozialdemokraten und Christdemokraten des Vierten Reichs auf Hitlers Anklage gegen Mielke zurück, weil sie alles vernichten wollen, was an die ehemalige DDR erinnert. Und mit dem Zusammenbruch des Stalinismus in der Sowjetunion schnappt der Bundesanwalt noch einmal nach Erich Honecker und Markus Wolf.

Natürlich hatte die DDR, ein deformierter Arbeiterstaat, das Recht und die Pflicht, Verteidigungsorgane aufzubauen. Aber die Stasi hat auch die Arbeiter unterdrückt und war eine enorme Vergeudung von menschlichen Ressourcen durch die Bürokratie. „Nur eine revolutionäre Arbeiterregierung hätte die Autorität, über Honecker, Mielke und Tisch für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse zu richten", schrieben wir in *Spartakist* Nr. 81, 11. Dezember 1990. Das bedeutet, daß sie erst mit ihrer eigenen Bourgeoisie abgerechnet haben muß. **Freiheit für Mielke! Hände weg von Markus Wolf und Honecker!**

„Festung Europa"...

Fortsetzung von Seite 24

wurden 500000 in den KZs der Nazis ermordet. Überlebenden wird von deutschen Gerichten bescheinigt, daß ihre KZ-Haft „nicht entschädigungswürdig" sei - Zeugenaussagen von KZ-Wächtern bilden die Grundlage. Erst Ende August wurde in Frankfurt ein Verfahren gegen den SS-Mann und KZ-Schergen Pery Broad eingestellt, der für die Ermordung von 3000 Roma und Cinti im „Zigeuner-Lager" der Nazis in Auschwitz und von mindestens 2000 jüdischen Gefangenen verantwortlich ist.

Treu seiner Tradition als „Rechtsnachfolger" des Dritten Reiches, verleumdet und verfolgt der deutsche Staat diese Ärmsten der Armen bis heute: Als sich am 5. August in Hamburg Roma und Cinti gegen einen bewaffneten Polizeiüberfall zur Wehr setzten, wurden sie als „Terroristen" beschimpft. Ein Vater wurde sogar beschuldigt, sein Baby als „Schlagwaffe" eingesetzt zu haben! In einem Protestbrief an den Hamburger Bürgermeister Voscherau erklärte das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der Spartakist-Arbeiterpartei verbunden ist: „Diese Angriffe auf ein Volk ohne Heimat, dessen Geschichte die Verfolgung der Staatenlosen symbolisiert, ist eine Bedrohung jür jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantenorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um den Terror gegen Roma und Cinti und ihre Abschiebungen zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!"

Nicht nur in Hamburg und in Düsseldorf, wo Roma-Familien seit Ende Juni in einem Protestlager kampieren, profilieren sich die SPD-regierten Länder als Vorreiter bei dieser rassistischen Treibjagd. So wurde in der SPD-Hochburg Hannover ein genereller „Aufnahmestopp für Asylanten" verfügt, ausgeführt und gerechtfertigt vom zuständigen Bundesratsminister Jürgen Trittin, Mitglied der Grünen. Bremens Chef Wedemeier weigert sich seit dem 1. August, Flüchtlingsanträge von Rumänen und Polen überhaupt anzunehmen.

Ende Juli war es der SPD-Spitzenstar Engholm, der in den Fußstapfen Lafontaines die Hetze gegen Asylsuchende eröffnete. Für seine Vorschläge für „Quoten für Flüchtlinge aus den am härtesten bedrängten Gebieten", für die Einrichtung von zentralen Sammellagern und schnellere Abwicklung von Asylverfahren — sprich Abschiebungen — erntete er den begeisterten Applaus der CSU. Die Vorschläge der SPD-„Rechts"expertin Däubler-Gmelin für eine Volksabstimmung und Kategorisierung der Flüchtlinge, damit 95 Prozent gleich wieder abgeschoben werden können, nannte die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge eine „Selektion im Schweinsgalopp".

Jetzt streiten CDU/CSU und SPD darüber, wer von den „Volksdeutschen" deutsch genug ist. Während Kohl sich über „die vielen deutschen Kinder" freut, will Engholm die Kriterien der erwünschten „Arisierung" enger fassen. Als ein jüdisches deutschsprachiges Ehepaar aus Riga einen Antrag auf Einbürgerung stellte, wurde er abgelehnt: Juden sind vom „deutschen Volkstum" ausgeschlossen. Schon vor Monaten hat das Vierte Reich mittels „Kontingentlisten" einen Judenstopp durchgesetzt.

In Deutschland besitzen selbst Kinder der zweiten und dritten Generation von eingewanderten Arbeitern keine Staatsbürgerrechte, obwohl sie und manchmal auch ihre Eltern hier geboren sind. Selbst der Brosamen des kommunalen Wahlrechts wird mit „völkischer" Rechtfertigung als verfassungswidrig erklärt. Die Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft sind ein integraler Bestandteil des machtvollen westdeutschen Industrieproletariats und spielen eine Schlüsselrolle im Klassenkampf. Einer der ersten Schritte, um die Einheit zwischen eingewanderten und deutschen Arbeitern zu schmieden, kann der Kampf gegen faschistische Angriffe auf Immigranten und Flüchtlinge sein.

Alle, die es geschafft haben, hierher zu kommen, müssen auch hier bleiben und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Die Arbeiterbewegung muß fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, integrierte Arbeiter'/Immigranten-Selbstverteidigungsgruppen sind dringend nötig, um den NazilSkinhead-Terror zu stoppen.

Rassismus der „Freien Welt"

Täglich gibt es neue Meldungen über blutige Angriffe auf Immigranten und Flüchtlingswohnheime durch Nazis/ Skinheads in ganz Deutschland. Hamburg, Zittau, Görlitz, Aschersleben, Bernburg ... besonders in Ostdeutschland sind die Überfälle bedrohlich angewachsen. Jetzt verhökern die Kapitalisten die Große Lüge, der Stalinismus gleiche dem Faschismus — die Skinheads und Nazis seien das Produkt von Honecker/Mielke. Die engstirnigen Bürokratien der stalinistischen Regime in Osteuropa konnten den giftigen Nationalismus unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen, ihn auszurotten; und sie selbst vertraten die nationalistisch begrenzten Interessen einer schmalen Schicht. Doch es ist die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft, die die Flut von Rassismus und Nationalismus freigesetzt hat.

Vor 46 Jahren zerschlug die Rote Armee das Nazi-Regime und errichtete im Osten Deutschlands einen — wenn auch deformierten — Arbeiterstaat. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung bekamen faschistische Banden grünes Licht für ihren Terror im ehemaligen DDR-Gebiet. Alle bekannten Nazi-„Größen" konzentrierten ihre mörderischen Aktivitäten auf den Osten und versuchen, aus der Massenarbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen Kapital zu schlagen. Während die Reformisten von SPD bis PDS nach mehr Polizeischutz gegen die Skinhead/ Nazibanden schreien oder sogar „Sozialprojekte" für dieses Pack fordern, ist der bürgerliche Staat in Görlitz und Berlin schon kräftig dabei, ihnen Häuser und ehemalige Jugendklubs zu übergeben. Die Spartakist-Arbeiterpartei hat wiederholt die Initiative ergriffen und zu Arbeiter/-Immigrantenmobilisierungen zur Verteidigung der Wohnheime aufgerufen. So verbrachten im April Genossen der SpAD die Nacht von „Hitlers Geburtstag" in einem vietnamesischen Wohnheim in Berlin, um es gegen erwartete faschistische Angriffe zu verteidigen.

Das machtstrotzende Vierte Reich will Osteuropa in ein D-Mark-dominiertes Hinterland verwandeln, wo die „Untermenschen" erneut für das deutsche Kapital ausgepreßt werden sollen. Während Kohl/Genscher großmäulig den „Tod des Kommunismus" feiern, werden ihre Drohgebärden gegenüber Jugoslawien immer frecher und ihr Verlangen nach den baltischen Staaten immer offener, die sie „heim ins Reich" holen wollen.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) kämpft konsequent überall, wo wir verankert sind, von Australien und Japan bis Nordamerika und Europa, für die Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung gegen Rassismus und faschistischen Terror. In Frankreich kämpfen unsere Genossen der Ligue Trots-

kyste de France gegen die sozialdemokratische Mitterrand/Cresson-Regierung, die in regelmäßigen Abständen die Immigrantenviertel von der Polizei belagern läßt, wo sie die Aufstände der Jugendlichen brutal niederschlägt. Der gleiche Staatsapparat, der die Immigranten heute foltert und mordet, hat im Kolonialkrieg des französischen Imperialismus in Algerien sein eigenes System von Folter installiert. Die LTF verlangt volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und fordert: Bullen raus aus den Getto-Vororten! Kein Vertrauen in die Regierung der Bourgeoisie! Verteidigt Immigrantenviertel durch Verteidigungskomitees der Wohnviertel! Diese Komitees müssen durch die Gewerkschaften unterstützt werden!

Die bürgerliche Presse malt das Bild eines Millionenansturms von „Armutsflüchtlingen" auf die „Festung Europa". Grüne und SPD schieben Überstunden, um „gerechte" Abschiebemodelle zu konstruieren. Die PDS erblickt eine Chance für eine nationale Volksfront, die bis zu den Bullen reicht! Die PDS-Thesen der Bundestagsabgeordneten fordern, daß „eine demokratisch legitimierte Instanz unter Mitwirkung der Ausländerbehörden, Flüchtlingsorganisationen, amnesty international, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen über die Asylanerkennung entscheiden" (*Neues Deutschland,* 16. August). Obwohl die Thesen feststellen, daß „die Genfer Flüchtlingskonvention in den Hochzeiten des Kalten Krieges verabschiedet" wurde und auf „Flüchtlinge aus den realsozialistischen Ländern" abzielte, erhoffen sich diese kriecherischen „Sozialisten" vom Vierten Reich „ein bewußtes Bekenntnis zur historischen Verantwortung" und eine „Politik der offenen Grenzen" — als Ergebnis der Konterrevolution in den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten.

Aber „offene Grenzen" kann es nicht geben, außer durch Anschluß, wie wir ihn vor kurzem erlebt haben. Stattdessen regiert der Rassismus der „Freien Welt". Kommunisten können nie die Einwanderungspolitik der bürgerlichen Staaten unterstützen, Rassismus und Unterdrückung gehören genauso zum Kapitalismus wie die krassen Unterschiede in der Entwicklung imperialistischen Staaten und halbkolonialer Länder. Die klassenbewußtesten Arbeiter müssen dafür gewonnen werden, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die für eine sozialistische Weltordnung kämpft. Und bei diesem Kampf werden die eingewanderten Arbeiter in Deutschland eine Schlüsselrolle spielen.

Nach der Französischen Revolution wurde allen, die für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gekämpft hatten die Staatsbürgerschaft verliehen. Die Verfassung der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1918 verlieh *allen* Arbeitern, aus welchem Land auch immer, ohne alle Formalitäten das Bürgerrecht. Heute sind es nur die revolutionären Trotzkisten, die für einfache bürgerlich-demokratische Rechte eintreten und volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten fordern. Es ist dringend notwendig, eine authentisch leninistisch-trotzkistische Partei aufzubauen, die die proletarische Revolution zum Sieg führen kann, damit alle nicht nur formale Staatsbürgerrechte, sondern volle Gleichheit haben.»

Özals Türkei...

Fortsetzung von Seite 24

Kundgebung in der Geschichte dieser Stadt gedachten dort über 25000 Menschen des bekannten kurdischen Politikers Vedat Saydin, der von der türkischen Konterguerilla ermordet wurde, einem Ableger der NATO-Geheimorganisation Gladio. Es gab mehrere Tote, über 80 Verletzte und Hunderte Verhaftete. Anschließend wurden am 14. Juli zwölf Mitglieder der linken Dev-Sol-Gruppierung bei einer dreistündigen Polizei-Razzia in Istanbul ermordet.

Bush lobte den türkischen Staatspräsidenten Özal als „treuen Verbündeten" im Kampf gegen den Irak und die Türkei als „ein Modell für diejenigen, die um freie Wahlen und freie Märkte kämpfen". Ein paar Tage nach diesem Besuch erklärte Özal in Nazi-Sprache: „Wer die Einheit des Landes zerstören will, wird zermalmt. Wer es mit Terror versucht, wird zehnmal zermalmt werden... Es ist kein Problem für die Türkei, diese Terrororganisation [PKK] auszumerzen."

Und diese NATO-Freundschaft blieb nicht bei Worten. Kurz vor dem türkischen Angriff auf den Irak wurden die US-Truppen im Irak nach Silopi verlegt, eines der am heftigsten umkämpften Gebiete im türkischen Teil Kurdistans. Dadurch erhielt das türkische Militär Rückendeckung, um bei ihrem „Ausrottungsfeldzug" loszuschlagen. Wir fordern: Türkei raus aus dem irakischen Kurdistan! NATO-Eingreiftruppen raus aus der Türkei und Kurdistan! Alle Imperialisten raus aus dem Irak!

Auch Talabani, der Führer der irakischen Kurdistan-Front, hat sich offen auf die Seite des türkischen Vernichtungskriegs gegen die PKK gestellt und reiste zu dem NATO-Schlächter Özal, um sich abzusprechen — eine logische Folge seines Vertrauens auf Bush beim kurdischen Aufstand im Nord-Irak. Talabani bot sich der türkischen Regierung als Hilfssheriff an und erklärte: „Wir sind dagegen, daß die Sicherheit der Türkei von Irakisch-Kurdistan aus sabotiert wird. Wir werden das nicht zulassen."

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisiert) hat seit dem Ausbruch des Golfkrieges erklärt, daß ein Sieg der US/NATO-Imperialisten gegen den Irak die verstärkte Unterdrückung der Völker des Nahen Ostens bedeuten würde. Wir forderten die Niederlage der Imperialisten und die Verteidigung des Irak. Eine Niederlage der Imperialisten hätte das Proletariat und die unterdrückten Völker zum Kampf gegen die eigenen Herrscher ermuntert.



taz-Archiv

Türkische Armee und Polizei überzieht kurdische Dörfer mit mörderischem Terror

Der Krieg führte auch zur Verschärfung der interimperialistischen Rivalitäten. Die USA wollten ihre militärische Macht gegenüber ihren Rivalen, dem ökonomisch

Fortgesetzt auf Seite 8

Özals Türkei...

Fortsetzung von Seite 7

erstarkten Vierten Reich des deutschen Imperialismus und Japan, zeigen. Genau wie die deutschen Imperialisten von diesem Krieg wenig begeistert waren, scheint die Bonner Regierung wenig erfreut zu sein über den jüngsten Feldzug der Türkei, der in enger Absprache mit den USA stattfand. Ein diplomatischer Kleinkrieg entflammte, als beide Länder die Botschafter einbestellten. Genscher schickte eine lächerliche Note an die türkische Regierung und beschwerte sich scheinheilig über Menschenrechtsverletzungen.

Natürlich kümmert sich das Vierte Reich einen Dreck um die Interessen der Kurden. Für die Bonner Regierung gelten die Kurden weiterhin als nicht verfolgt und können daher jederzeit abgeschoben werden, wie es auch Bayern angekündigt hat. Seit zwei Jahren laufen Prozesse gegen PKKler in Düsseldorf und Celle, wo unter dem Vorwand des berüchtigten Paragraphen 129a des Anti-Terrorismus-Gesetzes der Befreiungskampf der Kurden selbst abgeurteilt werden soll. Und jeder weiß, daß die BRD Millionen D-Mark in die türkische Armee hineinpumpte und die Sondereinsatzkommandos der türkischen Armee durch die GSG-9 ausbilden ließ. Es ist deutsche Kriegsausrüstung, mit der die Türkei in den Irak einmarschierte."

Aber in Deutschland sorgte Genschers Beschwerde-Note an den Partner Türkei für einen heuchlerischen „humanitären" Deckmantel, unter den die SPD und die Grünen/Bündnis 90 kriechen konnten, um daraus moralische Propaganda-Munition für Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr zu basteln. Genauso biederte sich die PDS mit Appellen an das Vierte Reich an und rief Bonn zu Sanktionen auf (wie sie das schon gegenüber dem Irak getan hatte), die nur dazu dienen, den verbrecherischen Charakter der deutschen Bourgeoisie zu beschönigen.

Für Permanente Revolution in der Türkei!

Vor über sechs Monaten erließ die Regierung in Ankara ein Anti-Terror-Gesetz, auf dessen Basis Linke und Kurden zum Abschuß freigegeben werden. Linke und Bürgerrechtler werden von den Todesschwadronen der „Konterguerilla" entführt und tot aufgefunden in einem Ausmaß, wie es aus Lateinamerika bekannt ist. Ein besonderes Ziel des Staatsterrors scheint neben der PKK die vor kurzem gegründete bürgerliche HEP zu sein (Halkm Emek Partisi — Partei der Arbeit des Volkes). Der in Diyarbakir ermordete HEP-Vorsitzende Vedat Saydin wurde für seine Rede auf Kurdisch bekannt, die er in Ankara hielt und für die er monatelang im Gefängnis festgehalten wurde. Die HEP hat das Konzept einer „reinen", klassenlosen Demokratie in der Türkei. Der Grund aber, warum es in der Türkei noch nie eine stabile bürgerliche Demokratie gegeben hat, liegt darin, daß diese Bourgeoisie in der imperialistischen Epoche unfähig ist, die bürgerlich-demokratischen Aufgaben durchzuführen. Nur die Machtergreifung der Arbeiterklasse kann diese Aufgaben erfüllen und auch das Selbstbestimmungsrecht der Kurden gewährleisten.

Inzwischen berichtete die PKK über den Aufbau einer Schwesterpartei im Irak, die aus der breiten Opposition zu den Verhandlungen mit Saddam Hussein entstanden ist. Besonders in Türkisch-Kurdistan scheint die PKK seit einiger Zeit massiven Zulauf zu haben, auf der Basis der Verzweiflung der Massen aus den Bürgerkriegsgebieten. Doch trotz ihrer Gegnerschaft zu den feudalen kurdischen Clans von Barsani und Talabani bleibt die Politik der PKK in bürgerlich-nationalistischen Etappenmodellen gefangen: „Um die nationale Befreiungsrevolution Kurdistans zum Sieg zu führen, bedarf es zuerst einmal eines richtigen Programms; das ist das Programm für Unabhängigkeit und Demokratie..." (*Kurdistan Report*, Juni/Juli). Im Irak-Krieg weigerte sich die PKK, gegen die Imperialisten Seite zu beziehen.

Die einzige Strategie, die die PKK anzubieten hat, ist das „Serihildan", genannt nach der Intifada der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die Intifada hat aber mit ihrer Unterordnung unter die verschiedenen Scheichtümer und arabischen Bourgeoisien ständig Niederlagen erlitten. Die palästinensischen Massen werden ihren Kampf nur gewinnen können, wenn sie ihn mit der Arbeiterklasse in den Industriezentren verknüpfen, einschließlich der hebräischsprachigen Arbeiter.

Die freundschaftliche Haltung der PKK gegenüber der HEP ist in der Hoffnung auf eine „demokratische" (das heißt kapitalistische) Türkei begründet, die die Unabhängigkeit Kurdistans ermöglichen soll, in der Suche nach einem liberalen Teil der türkischen Bourgeoisie. Und auch in den imperialistischen Ländern suchen sie nach einer Solidaritätsbewegung, um „Druck auf die Regierung im eigenen Land" zu entwickeln. Doch der einzige Weg für die Unabhängigkeit Kurdistans ist es, gemeinsame Sache mit der Arbeiterklasse der Region zu machen - mit den kurdischen und türkischen Arbeitern im Westen der Türkei wie auch mit den kämpferischen eingewanderten Arbeitern in den imperialistischen Metropolen und besonders in Westdeutschland, wo sie eine strategische Rolle in der Industrieproduktion spielen.

So hätte der Bergarbeiterstreik in Zonguldak und der daraus resultierende Generalstreik im Januar dieses Jahres eine Schlüsselrolle spielen können. Cankaya hat gebebt. Doch der Streik wurde durch seine Führer abgewürgt, und die Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde umgelenkt in eine nationalistische Volksfront, in ein Bündnis mit der Bourgeoisie, damit sie sich nicht den türkischen NATO-Kriegsinteressen entgegenstellten.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 527 (24. Mai) schrieben: *„Heute kann der kurdische Kampf der Schlüssel sein, um die ‚Neue Ordnung' von Bush im Nahen Osten zu sprengen.* Aber dafür brauchen die kurdischen Massen eine Führung, die sich nicht an die Imperialisten wendet, die sie seit Jahren verraten und abgeschlachtet haben, sondern *an die arabischen, persischen und türkischen Proletarier, an die Palästinenser und die anderen nationalen Minderheiten, die in den verschiedenen Völkergefängnissen der Region unterdrückt werden.* Nur wenn die Arbeiterklasse, zusammen mit ihren Klassenbrüdern und Klassenschwestern der ganzen Region und unter der Führung einer internationalistischen Avantgarde, ihren Platz einnimmt an der Spitze der kurdischen Nation, kann dieses lange leidende Volk endgültig seine Befreiung erlangen. *Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!"**

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	M. Scharslg, Postlagernd, Leipzig 7022
Rostock	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

Trotzkisten sprechen auf Moskauer Arbeiterkonferenz

Am 20. Juli fand in der sowjetischen Hauptstadt eine Konferenz Moskauer Arbeiter statt. Zu diesem Treffen hatten Vertreter des Moskauer Arbeiterklubs und des Moskauer Arbeiterrates aufgerufen. Bei der Veranstaltung kamen 700 Teilnehmer zusammen, darunter 561 Delegierte aus 400 der wichtigsten Betriebe des Gebietes. Nach Angaben eines der Organisatoren repräsentierte dies vielleicht eine halbe Million Arbeiter. Unter den Initiatoren waren die Kommunistische Initiative, die Vereinigte Front der Werktätigen (OFT) und einige Gruppierungen in der und um die KPdSU.

Zwar beteiligten sich aus dem Milieu der „Patrioten" Gruppen wie die OFT, die in ihrer Geschichte großrussischen Chauvinismus beschönigt und die offen faschistische und antisemitische Pamjat verniedlicht hat, aber die Konferenz war weit davon entfernt, homogen zu sein. Das beste Beispiel hierfür war, daß die Grüße im Namen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) enthusiastisch aufgenommen wurden (nach einigem antitrotzkistischen Geraune auf den Korridoren). Zur Parteifrage, die auf der Konferenz heiß debattiert wurde, erklärten die IKL-Vertreter: „Heute setzen die Imperialisten und die hiesigen Konterrevolutionäre alles daran, um die Sowjetunion zu zerstückeln, indem sie das sowjetische Proletariat durch Nationalismus spalten und paralysieren. Dies ist ihre größte Waffe. Aber das Proletariat hat seine eigene Waffe — den Internationalismus. Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert!"

Die Konferenzteilnehmer, die unterschiedliche politische Impulse hatten, waren sich einig über die Notwendigkeit, Fabrikkomitees zu organisieren, um Arbeiterkontrolle durchzusetzen. Sie forderten Wahlen in den Fabriken, um „die Arbeitersowjets wieder zu errichten". Die IKL-Genossen erhielten breiten Beifall, als sie feststellten:

„Genossen, das sowjetische Proletariat hat mehr als jedes andere in diesem Jahrhundert leiden müssen. Aber, Genossen, ihr seid nicht allein. Es ist eine Lüge, daß die Arbeiter im Westen nicht kämpfen werden. Wieder einmal sind jetzt alle Augen nach Osten gerichtet — darauf schauend, ob das sowjetische Proletariat die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen wird! Die Errungenschaften von 1917 gehören nicht allein den sowjetischen Werktätigen. Sie sind das gemeinsame Erbe der internationalen Arbeiterbewegung. Die Imperialisten warten ab, ob die sowjetischen Werktätigen die Konterrevolution passiv schlucken werden.

Wir sagen nein! Es ist Zeit, zurückzuholen, was uns gehört! Bildet Fabrikkomitees, um die Privatisierungen zu stoppen! Bildet Sowjets — wirkliche Sowjets, die auf Wahlen in den Fabriken basieren!"

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus den Mitschriften unseres Reporters bei der Konferenz ab.

Gubanow *(Ökonom, führendes Mitglied der OFT):* Wir können sehen, wohin die Dinge abgleiten. Kein bewußter Arbeiter kann es zulassen, daß es so weitergeht. Nicht nur in Moskau gibt es eine Erneuerung der Arbeiterbewegung. Es gibt diejenigen, die sich für die Liquidierung der Sowjetmacht stark machen wollen. Offensichtlich müssen wir über Macht, Eigentum und Wirtschaftspolitik reden. Laßt uns die Perestroika bei ihrem richtigen Namen nennen - kapitalistische Konterrevolution!

Die Frage des Tages ist die Frage der Macht. Im Obersten Sowjet sitzen fünf Prozent Arbeiter. Wir brauchen eine Wiederherstellung realer Sowjetmacht auf der Basis von Wahlen in den Fabriken. Brauchen die Arbeiter eine neue Partei? Natürlich, die Kapitalisten bauen schon alle ihre eigenen Parteien auf. Sie wissen genau, daß sie nicht an die politische Macht kommen ohne eine Partei.

Brauchen wir eine neue Partei? Das sagen viele Leute, Und viele Leute sagen, daß diese Partei nicht mehr kommunistisch ist. Und wenn wir von der Führung sprechen, dann müssen wir in der Tat sagen, daß sie nicht nur nicht kommunistisch, sondern sogar antikommunistisch ist. Wir haben eine Partei, aber wir müssen sie säubern.

Sprecher: Ich möchte besonders zum Problem der Frauen sprechen. Die Frauen arbeiten doppelt so hart; sie haben die schwerste Arbeit, und dann müssen sie in langen Schlangen warten, um uns zu bedienen, uns zu ernähren, um süß und nett zu bleiben, um uns wie Kinder ins Bett zu bringen.

Sprecher: Die Menschen ziehen über die Planwirtschaft her, aber dies ist keine wirkliche Planwirtschaft. Zuerst haben sie sie sabotiert, um sie dann als schreckliches Beispiel hochzuhalten. Unter Marktverhältnissen richtet sich die Produktion nach denen aus, die Geld zum Kaufen haben, nicht daran, was benötigt wird.

Kinderbetreuerin: Die Kindertagesstätte, die früher kostenlos war, soll nun eine unheimlich hohe Miete bezahlen. Im zweiten Stock unseres Gebäudes gibt es jetzt eine neumodische Restaurant-Kooperative, und im ersten Stock gibt es einen Kommissionsladen [der Spekulantenpreise verlangt]. Und diesen Typen müssen wir jeden Tag ins Gesicht sehen, während wir die Kinder von Arbeitern ablehnen müssen, die die neuen Beiträge nicht bezahlen können!

Man hat uns unser Kinderzentrum geraubt. Ich habe Angst vor dem September, wenn die Kinder zur Schule kommen, nur um dann die Türen verschlossen zu finden. Ich appelliere an euch Arbeiter, laßt dies nicht zu, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Älterer Mann: Ich bin ein Hausmeister, und wenn ihr mir nicht glaubt, müßt ihr nur riechen, wie ich gerade von der Arbeit gekommen bin! Jahrzehntelang haben wir die Gebäude dieser Moskauer Region gebaut und instandgehalten. Während des Krieges haben wir das Blut unserer Familien vergossen, um diese Gebäude zu verteidigen, von denen sie uns jetzt sagen, daß wir sie „kaufen" müßten! Diese Wohnungen „KAUFEN"! Welche Preise sollen wir für diese Wohnungen denn zahlen?

Und jetzt, wenn ich von der vorherigen Sprecherin über die Schließung der Kindertagesstätte höre, dann denke ich zurück, wie wir im Krieg zusammengehalten haben, wie diese Szene von Spekulanten, die Kinder verjagen, unmöglich gewesen wäre. Wir müssen handeln, damit wir in dieser Sache nicht verlieren. Wegen unserer Kinder macht mich das so wütend.

Sie sagen, daß all das, was wir in der Geschichte in der sowjetischen Wirtschaft getan haben, umsonst gewesen sei. Aber als wir von den mächtigsten Armeen der Welt angegriffen wurden, waren wir in der Lage, die Verlegung der Industrie aus diesem Moskauer Gebiet nach Sibirien zu organisieren - war das keine ökonomische Errungenschaft? Als wir es tun mußten, haben wir das Gesicht Europas verändert. Nun sollen wir machtlos sein, wenn man Kinder auf die Straße wirft.«



Basil Blackwell Inc.

Linke Opposition demonstriert im sibirischen Exil am Jahrestag der Oktoberrevolution 1928: „Richtet das Feuer gegen die Rechte. Gegen Kulak, Nepmann und Bürokraten"; „Lang lebe die Diktatur des Proletariats"

Über Leo Trotzkis konsequente Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats

Die Absicht dieses Artikels ist es, die konkrete Politik zur Verteidigung der Sowjetunion zu diskutieren, die wir Trotzkisten für einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat halten. Vor allem wollen wir die theoretische Grundlage dafür darlegen, daß wir die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Unterdrückung der Konterrevolution der polnischen Solidarnosc 1981 durch das Jaruzelski-Regime unterstützt haben.

Zweifellos gibt es bei Linken in der UdSSR erhebliche Verwirrung über diese Frage, und dies liegt daran, daß Trotzkis Haltung zur Sowjetunion *einseitig* aufgefaßt wird. Diese Einseitigkeit stammt ohne Zweifel in hohem Maße daher, daß Trotzkis Politik von den meisten seiner heutigen selbsternannten Anhänger wissentlich entstellt wird: Ernest Mandel (Vereinigtes Sekretariat), Cliff Slaughter („Workers International to Rebuild the Fourth International"), die Moreno-Anhänger, Lutte Ouvriere, die Gruppe „Militant" von Ted Grant usw. In dem einleitenden Teil von „Staat und Revolution" bemerkt Lenin, daß rechtsgerichtete Revisionisten (insbesondere Kautsky) versucht haben, Marx so darzustellen, wie es „für die Bourgeoisie annehmbar ist". In Rußland zum Beispiel wurde das marxistische Programm von Struwe bis zu den Menschewiki gleichgesetzt mit der bürgerlich-demokratischen Revolution gegen die zaristische Selbstherrschaft. Auf ähnliche Weise haben rechtsgerichtete Revisionisten versucht, Trotzki als einen antisowjetischen Sozialdemokraten hinzustellen. Bei jedem größeren Konflikt des Kalten Krieges seit über einem Jahrzehnt — Afghanistan, Polens Solidarnosc, prowestliche sowjetische „Dissidenten" und die baltischen Sezessionisten — haben die obengenannten „Trotzkisten" die Partei der von den Imperialisten unterstützten Feinde des Sowjetstaates ergriffen.

Trotzki war keineswegs der einzige Linke in den 20er und 30er Jahren, der Stalin für seinen Verrat an der bolschewistischen Revolution und an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus verurteilte. Im Gegenteil, von links brandmarkten den Stalinismus solche bekannten Persönlichkeiten wie der Italiener Amadeo Bordiga, der Deutsche Hugo Urbahns, der Franzose Pierre Monatte, der Holländer Henricus Sneevliet und der Spanier Andr6s Nin. Sie alle waren in der Kommunistischen Internationale zu Lenins Zeit anerkannte Führer gewesen. Sie waren damals keine unbedeutenden Leute. Jeder hatte anfangs in seinem Land wesentlich mehr Anhänger als Trotzki.

Trotzki unterschied sich von dem vielstimmigen Chor der erklärten antistalinistischen Linken vor allem durch eins: er bestand darauf, daß die Sowjetunion, auch wenn sie von einer bonapartistischen Bürokratie regiert wurde, immer noch ein Arbeiterstaat war und daher gegen einen imperialistischen Angriff von außen und gegen eine bürgerliche Konterrevolution im Innern verteidigt werden mußte. Die Vierte Internationale wurde aufgebaut in einem ständigen und scharfen politischen Kampf gegen

zahlreiche Zentristen, Ultralinke und Anarcho-Syndikalisten, die Trotzkis Position zur Russischen Frage ablehnten. Trotzki mußte auch zentristische Abweichungen bekämpfen, die bei seinen eigenen Anhängern aufkamen; die sich daraus ergebenden internen Kämpfe führten oft zu Spaltungen. Nicht wenige von Trotzkis ehemaligen Unterstützern verurteilten ihn später dafür, daß er Stalins Rußland verteidigte. Quantitativ sind Trotzkis externe und interne Polemiken gegen erklärte antistalinistische Linke mindestens so umfangreich wie seine Angriffe auf den Stalinismus.

Die meisten selbsternannten antistalinistischen Linken waren dagegen, daß die Sowjetunion in irgendeiner Hinsicht ein Arbeiterstaat ist. Sie lehnten es daher ab, die Sowjetunion bei Konflikten mit bürgerlichen Staaten zu verteidigen, besonders als Moskaus Politik gegen die sozialdemokratische und liberale öffentliche Meinung im Westen verstieß, wie 1929 beim sowjetisch-chinesischen Konflikt über die Ostchinesische Eisenbahn und wieder 1940 beim sowjetisch-finnischen Krieg. Diese beiden Konflikte brachten Trotzki in scharfen Gegensatz zur „antistalinistischen Linken" und zu bedeutenden Teilen seiner eigenen Anhänger. In seiner Biographie über Trotzki schrieb Isaac Deutscher, in den 30er Jahren ein Führer der polnischen trotzkistischen Gruppe:

> „... sein [Trotzkis] Verhalten stimmte mit dem, was er über die Sowjetunion als den Staat der Arbeiter gesagt hatte, logisch überein. Für diesen Staat fühlte er als Ausgestoßener genau die gleiche Verantwortung, die er als Mitglied des Politbüros und der Regierung Lenins getragen hatte. Er fand die Äußerungen selbstgerechter Empörung über die Sowjetpolitik, in denen sich einige seiner Schüler gefielen, töricht und billig; und er sagte ihnen unumwunden, daß er nichts mit ‚Trotzkisten' gemein hatte, die sich nicht zur unerschütterlichen, wenn auch kritischen Treue gegenüber dem Arbeiterstaat bekannten." *(Trotzki,* Bd. III, „Der verstoßene Prophet", 1963)

Doch heute hat man wenig Verständnis für diese wichtige Seite von Trotzkis Einstellung — sein Sinn für *Verantwortung* für den sowjetischen Staat —, in Rußland wie im Westen. Warum ist das so? Bis Ende der 30er Jahre hatte Trotzki seine wichtigsten zentristischen Gegner politisch besiegt. Trotzkismus war allgemein anerkannt als *die* revolutionäre linke Alternative zum Stalinismus. Keine der zentristischen Gruppierungen, gegen die Trotzki in den 30er Jahren gekämpft hatte, überlebte den Zweiten Weltkrieg. Heute sind so bedeutende linke Persönlichkeiten aus der Zeit zwischen den Weltkriegen wie Nin, James Maxton und Marceau Pivert hauptsächlich (wenn überhaupt) bekannt durch Trotzkis Polemiken gegen sie!

Doch bald entstanden zentristische Tendenzen innerhalb der vorgeblich trotzkistischen Bewegung. Die gleichen Positionen, *gegen* die Trotzki kämpfte, die gleichen Argumente, *gegen* die er polemisierte, kommen jetzt aus dem Mund von Mandel, Slaughter, Lutte Ouvriere, den Moreno-Anhängern u.a. Wir werden einen Überblick geben über eine Reihe von Trotzkis wichtigen politischen Kämpfen über die Russische Frage und werden die *Ähnlichkeit* zeigen zwischen den Positionen von Trotzkis *Gegnern* und den obengenannten „Trotzkisten".

Der sowjetisch-chinesische Konflikt 1929

Die Ostchinesische Eisenbahn in der Mandschurei wurde vom zaristischen Rußland gebaut, auf einer Konzession, die es der untergehenden Mandschu-Dynastie abgerungen hatte. Nach der bolschewistischen Revolution übernahm die sowjetische Regierung die Eisenbahn und betrieb sie die ganzen 20er Jahre hindurch. 1929 verlangte das neu gefestigte bürgerlich-nationalistische Regime von Tschiang Kai-schek — der gerade mit der Hilfe von Stalin und Bucharin eine beginnende proletarische Revolution niedergeschlagen hatte —, der Sowjetstaat solle die Eisenbahn an die chinesische Regierung übergeben. Das Stalin-Regime weigerte sich, und eine Zeitlang sah es so aus, als würde der Konflikt zum Krieg zwischen China und der Sowjetunion führen.

Die internationale Sozialdemokratie unterstützte Tschiangs Ansprüche energisch und brandmarkte die sowjetische Regierung für „roten Imperialismus". Eine Reihe linker Gruppen, die mit der trotzkistischen Linken Opposition sympathisierten, nahmen im wesentlichen die gleiche Position ein, wie zum Beispiel die syndikalistische Gruppe von Pierre Monatte und Robert Louzon in Frankreich und Hugo Urbahns Leninbund in Deutschland. Manche erklärten Anhänger von Trotzki (z.B. der wichtigste Führer der belgischen Gruppe, Edouard Van Overstraeten) verurteilten ebenso Stalins Weigerung, die Eisenbahn an China abzutreten. Die französische Gruppe *Contre le Courant,* die den Anspruch erhob, Anhänger der Internationalen Linken Opposition zu sein, erklärte: „Die Opposition muß den Mut aufbringen, der Arbeiterklasse zu sagen, *daß sie für die Stalinsche Bürokratie und ihren abenteuerlichen Krieg nicht Partei ergreifen wird"* [Hervorhebung im Original]. Hört sich das nicht bekannt an?

Trotzki wandte sich heftig gegen diese Position, in drei größeren Polemiken: „Der sowjetisch-chinesische Konflikt und die Aufgaben der Opposition" (4. August 1929, Trotzki, *Schriften [TS]* Band 2.2); „Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition" (7. September 1929, *TS* Band 1.1); und „Der chinesisch-sowjetische Konflikt und die Position der belgischen Linken Kommunisten" (30. September 1929, *TS* Band 2.2).

Trotzki betonte: „In der Frage des chinesisch-sowjetischen Konflikts gibt es zwei grundlegende Positionen, die mit den wichtigsten Problemen der internationalen Revolution und der marxistischen Methode im Zusammenhang stehen." Er bestand darauf, daß der Sowjetstaat den Besitz an der Eisenbahn behalten sollte und daß die internationale Arbeiterklasse die Sowjetunion in einem Krieg mit China über diese Frage verteidigen muß. Auf prinzipieller Ebene argumentierte Trotzki, daß 1. die Verteidigung des Arbeiterstaats höher steht als das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung, und daß 2. ein Arbeiterstaat das Recht und die Pflicht hat, soziale Revolutionen in anderen Ländern zu fördern, auch durch militärische Interventionen, wo es angebracht ist.

Der französische Syndikalist Louzon beteuerte, daß Anfang der 20er Jahre „die Rote Armee, getreu Lenins antiimperialistischer Politik, vor der chinesischen Grenze sorgsam (soigneusement) haltmachte: Es wurde kein Versuch gemacht, das Territorium der Ostchinesischen Eisenbahn zurückzuerobern." Auf dieses Argument erwiderte Trotzki:

> „Die höchste Pflicht der proletarischen Revolution besteht demnach darin, vor den nationalen Grenzen respektvoll die Fahne zu senken. Darin besteht — nach Louzon — das Wesen der antiimperialistischen Politik Lenins! Man schämt sich, diese Philosophie der Revolution in *einem* Lande' zu lesen. Die Rote Armee machte vor den Grenzen Chinas halt, weil sie nicht stark genug war, diese Grenze zu überschreiten und sich der dann unvermeidlichen Attacke des japanischen Imperialismus zu stellen. Wäre die Rote Armee stark genug für eine solche Offensive gewesen, so wäre es ihre *Pflicht* gewesen, sie zu unternehmen. Der Verzicht auf eine revolutionäre Offensive gegen die imperialistischen Kräfte

Fortgesetzt auf Seite 12



Junge Soldaten der Roten Armee aus Zentralasien kämpften in Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht in Afghanistan, gegen den islamischen Feudalismus und um sozialen Fortschritt zu verteidigen

AP

Konsequente Verteidigung...

Fortsetzung von Seite 11

und im Interesse der chinesischen Arbeiter und Bauern und der proletarischen Weltrevolution hätte nicht nur Lenins Politik nicht entsprochen, sondern wäre ein schändlicher Verrat am ABC des Marxismus gewesen. Louzon und seine Freunde haben zu ihrem Unglück die internationalistisch-revolutionäre Politik durch eine nationalistisch-pazifistische ersetzt." („Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition", 7. September 1929, *TS* Band 1.1, Hervorhebung im Original)

War die sowjetische Armee nicht gleichermaßen verpflichtet, die von den Imperialisten bewaffneten und organisierten Mudschaheddin in Afghanistan zu bekämpfen, einem Land, das eine lange Grenze mit der UdSSR teilt?

Trotzki griff diejenigen Linken scharf an, die die sowjetische Politik in China mit der der westlichen und japanischen Imperialisten verglichen:

„Aus einer marxistischen Sichtweise ist der Imperialismus die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus und nur auf einer kapitalistischen Basis vorstellbar. Für Louzon ist der Imperialismus eine Politik von Jnterventionen' und ‚Eroberungen' *im allgemeinen,* unabhängig vom Regime, von den Bedingungen und den Zielen, unter denen diese .Interventionen' und .Eroberungen' durchgeführt werden. Deshalb ist die Klassendefinition des Sowjetregimes ein grundlegendes Postulat in der ganzen Auseinandersetzung." („Problems of the International Left Opposition", *Bulletin of the Opposition* Nr. 6, Oktober 1929>

Trotzdem plapperten die meisten pseudotrotzkistischen Gruppen im Westen die liberale und sozialdemokratische Propaganda nach, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan vergleichbar sei mit der Intervention Amerikas in Vietnam. *Lutte Ouvriere* (2. Juni 1984) hat zum Beispiel geschrieben:

„Die afghanischen Widerstandskämpfer machen zweifellos den islamischen Fundamentalisten Chomeinis Konkurrenz, aber das rechtfertigt in keiner Weise die Tatsache, daß die Sowjetunion sich dort genauso aufführt wie irgendeine andere imperialistische Macht, so wie Frankreich in Algerien und dann die USA in Vietnam aufgetreten sind."

Die meisten Pseudotrotzkisten verdammten die sowjetische Intervention in Afghanistan von einem Standpunkt aus, den Trotzki 1929 „national-pazifistisch" genannt hat. Eine denkwürdige Ausnahme stellten die Morenoisten dar, deren italienische Gruppe sogar für die Ausweitung der islamischen Konterrevolution auf die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion eintrat:

„Die Möglichkeit der Ausweitung der iranischen Revolution innerhalb der Grenzen der UdSSR ist es, was der Kremlbürokratie Schrecken einjagt. Die sowjetische Grenzbevölkerung, mit der in Iran und Afghanistan durch religiöse, kulturelle und rassische Gemeinsamkeiten verbunden, kann durch die Radikalisierung der Gegend infiziert werden, sie kann zum Protagonisten bei einer antibürokratischen Mobilisierung innerhalb des Arbeiterstaates werden ..." *(Avanzata Proletaria,* 12. Januar 1980)

Auf charakteristisch groteske Weise drücken die Morenoisten hier aus, was allen pseudotrotzkistischen Gruppen gemeinsam ist: eine Tendenz, im Namen von „Antistalinismus" selbst mit den reaktionärsten Kräften gemeinsame Sache zu machen.

Während des chinesisch-sowjetischen Konflikts 1929 argumentierte der Führer der belgischen trotzkistischen Gruppe, Van Overstraeten: „Ein Angebot, ganz einfach die östliche Eisenbahn zurückzugeben, würde den chinesischen Massen direkt die vollständige Falschheit des Vorwurfs des roten Imperialismus zeigen, der von Tschiang Kai-schek gegen die Sowjetunion erhoben worden ist."

Auf dieses Argument antwortete Trotzki:

„Hier wird die Rückgabe der Eisenbahn an den Feind betrachtet vom Gesichtspunkt der Propaganda und der besten Methoden, Tschiang Kai-schek zu demaskieren. Aber wenn das Argument weitergeführt wird, folgt daraus, daß Sowjetrußland durch die Ablieferung all seiner Waffen an seine bürgerlichen Nachbarn besser als durch irgendeine andere Art die Anklage des roten Militarismus zurückweisen könnte. Der beste Weg, zu .zeigen, daß man niemanden angreifen will, ist, sich selbst den Hals abzuschneiden." („Problems of the Left Opposition")

Ein Pazifist war Trotzki nicht.

Unter Anwendung exakt der gleichen Methode wie Van Overstraeten verurteilte das Vereinigte Sekretariat von Ernest Mandel die sowjetische Intervention in Afghanistan, weil sie der imperialistischen Propaganda in die Hände spielen würde und dadurch die westeuropäische „Friedensbewegung" stören würde. Die Mandelianer' behaupteten, die sowjetische Intervention sei eine Verstärkung für

„die imperialistische Rechtfertigung für die Wiederaufnahme des Wettrüstens, unter dem Vorwand, daß die

Sowjetunion in Afghanistan zeigt, daß sie vorhat, Gewalt anzuwenden, um Regime zu errichten, die ihr loyal sind. Die Afghanistan-Affäre hat schon die Bemühungen der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern gegen die Aufrüstung des nuklearen Waffenarsenals in Europa und im Westen zunichte gemacht." *(Intercontinental Press,* 3. März 1980)

Man beachte, daß Mandel & Co. hier die Linie der gorbatschowistischen Propagandisten vorweggenommen haben, die behaupten, daß Breschnjews „Abenteurertum" in Afghanistan die Offensive des neuen Kalten Krieges durch den NATO-Block, allen voran Reagans USA, provoziert hätte.

Ein letzter Punkt zu Afghanistan: Es gibt in der UdSSR Linke, die sich nicht aus Prinzip gegen sowjetische Militärinterventionen stellen, sondern meinen, daß diese Intervention die Sache des sozialen Fortschritts in Afghanistan zurückgeworfen habe. Unsere Einschätzung ist eine andere (siehe: „Afghanistan: Civil War and Social Progress" [Afghanistan: Bürgerkrieg und sozialer Fortschritt], *Workers Vanguard* Nr. 488 und 489, 27. Oktober und 10. November 1989). Aber der theoretischen Klarheit zuliebe laßt uns das Argument akzeptieren, daß die Moskauer Politik in Afghanistan — politisch und militärisch — kontraproduktiv war. Die korrekte Politik für proletarische Internationalisten war es, zu verlangen, daß die sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan wirksame Taktiken anwenden und ein revolutionäres Sozialprogramm in die Wege leiten, *nicht* ihren Rückzug zu verlangen.

Bei zahlreichen Gelegenheiten hat Trotzki die Sowjetunion unter Stalin mit einer Gewerkschaft in einem kapitalistischen Land verglichen, die von einer durch und durch korrupten und politisch reaktionären Bürokratie beherrscht wird. Wenn solche Gewerkschaften in den USA und Westeuropa einen Streik ausrufen, dann wenden sie häufig Taktiken an, die einen Erfolg des Streiks verhindern, und sie stellen jämmerlich niedrige Forderungen an die Unternehmer. Trotzdem unterstützen wir diese Streiks massiv, während wir gleichzeitig für effektive Klassenkampftaktiken auftreten und für Forderungen, die den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen. Wir fordern nie die Gewerkschaften auf, den Streik einfach aufzugeben und zu akzeptieren, daß die Bosse gewonnen haben.

Der Prozeß von 1931 gegen die ehemaligen Menschewiki

1931 stellte das Stalin-Regime eine Reihe von hohen Funktionären in der Wirtschaftsverwaltung vor Gericht und verurteilte sie auch, alles ehemalige Menschewiki (d. h. Mitglieder oder enge Unterstützer der menschewistischen Organisation während des Bürgerkrieges von 1918-21). Sie waren angeklagt und gestanden es auch, Wirtschaftssabotage unter der Anleitung der emigrierten menschewistischen Zentrale begangen zu haben. Damals glaubte Trotzki, daß die ehemaligen Menschewiki zu Recht angeklagt seien und zog die folgende politische Schlußfolgerung:

„Man kann nicht zu ‚reiner' Demokratie übergehen, ohne zum Kapitalismus überzugehen. Man kann nicht zum Kapitalismus übergehen, ohne Agent der imperialistischen Bourgeoisie zu werden. Durch ihre Klassenzugehörigkeit ist die Rolle der Menschewiki in der UdSSR in keiner Weise verschieden von der Rolle der Labour Party in Großbritannien oder der Sozialdemokraten in Deutschland." („The Real Disposition of the Pieces on the Political Chessboard", *Bulletin of the Left Opposition* Nr. 21-22, April 1931)

Fünf Jahre später revidierte Trotzki seine Einschätzung in diesem besonderen Fall. Er kam zu dem Schluß, daß Stalin den ehemaligen Menschewiki einen Schauprozeß gemacht und sie dabei zu falschen Geständnissen gezwungen hatte. Aber Trotzki revidierte *nicht* seine Position *zur grund legenden Herangehensweise in dieser Frage.* Er unterstützte die strafrechtliche Verfolgung von Funktionären durch die sowjetische Regierung, die sich vorsätzlich an der Sabota ge der Wirtschaft beteiligten, gerade so, wie er die Bestrafung von Spionen der imperialistischen Mächte befürwortete. Er verteidigte niemals pauschal alle internen Gegner des stalinistischen Regimes, egal, was sie getan hatten. In jedem Einzelfall erwog er sorgfältig, ob diejenigen, um die es jeweils ging, tatsächlich eines Verbrechens gegen den Arbeiterstaat schuldig waren oder nicht.

Wir nehmen dieselbe Haltung ein im Hinblick auf pro westliche sowjetische „Dissidenten". Zum Beispiel in den Fällen der Haftstrafe von Anatoli Schtscharanski 1978 und der Verbannung von Andrej Sacharow 1980.

Schtscharanski propagierte nicht einfach nur rechte zionistische Ansichten. Er gab einem amerikanischem Journalisten, Robert Toth, Informationen über eine Reihe von sowjetischen Juden, denen nicht erlaubt wurde zu emigrieren, weil sie aufgrund ihrer Arbeit Zugang zu militärischen Geheimnissen hatten. Daraufhin veröffentlichte Toth einen detaillierten Bericht über diese Vorgänge in der amerikanischen Presse. Ein amerikanischer Regierungsvertreter gab zu: „Was Schtscharanski getan hat, war letztlich eine Liste von geheimen Verteidigungseinrichtungen an Toth zu geben." Wir hatten als Schlag zeile auf der Titelseite von *Workers Vanguard* Nr. 21 (28. Juli 1978) „Schtscharanski ist schuldig wie nur was!"

Dennoch sprangen eine Reihe von Pseudotrotzkisten für Schtscharanski in die Bresche. *Lutte Ouvriere* (5. August 1978) schrieb in bürgerlich-liberalem Stil:

„... das wirkliche Problem ist die Freiheit, ihre Ideen zu verteidigen, all ihre Ideen in allen Bereichen, die nicht nur Schtscharanski, sondern jeder in der UdSSR genießen können sollte, und vor der die solche Angst haben, daß sie sie mit größter Brutalität ersticken."

Als ob die Freiheit, stalinistische Regime zu kritisieren das Recht beinhalten würde, westliche bürgerliche Journalisten mit Informationen über sowjetische Militärgeheimnisse zu beliefern! Die britische Workers Revolutionary Party, deren Chef-„Theoretiker" Cliff Slaughter war, legte sich mächtig für Schtscharanski ins Zeug. Ihre Zeitung *Newsline* (19. Juli 1978) verglich den Prozeß gegen diesen Kollaborateur des amerikanischen Imperialismus mit den Moskauer Prozessen der 30er Jahre, d.h. mit Stalins Justizmord an den überlebenden Führern der bolschewistisehen Revolution! Bezeichnenderweise haben weder Lutte Ouvriere noch die WRP Schtscharanskis zionistische Poli-

Fortgesetzt auf Seite 14

Konsequente Verteidigung...

Fortsetzung von Seite 13

tik kritisiert oder auch nur erwähnt, obwohl er mit ultrarechten, faschistischen Elementen in Israel in Verbindung stand.

Sacharow hat nicht nur öffentlich die sowjetische Militärintervention in Afghanistan verdammt. Er rief die westlichen Regierungen auf, „darauf zu drängen, daß die [UNO-] Resolution für den vollständigen Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan umgesetzt wird" *(New York Times*, 25. Januar 1980). Mit anderen Worten, er trat für imperialistischen Wirtschaftskrieg ein gegen die Sowjetunion und für ihre militärische Erpressung. Dies wurde sehr deutlich in Sacharows erstem Offenen Brief aus Gorki:

> „Die sowjetische Invasion in Afghanistan ist von einhundertvier Nationen verurteilt worden, aber der Krieg dort geht weiter und es ist kein Ende in Sicht. Wirtschaftliche und politische Sanktionen sind extrem wichtig; sie können dazu beitragen, den verantwortungsbewußteren, undogmatischen Mitgliedern der sowjetischen Führung den Rücken zu stärken." *(New York Times Magazine*, 8. Juni 1980)

Die *Newsline* der WRP (25. Januar 1980) brachte die Schlagzeile „Laßt Andrej Sacharow frei" und schrieb, daß seine Bestrafung „zeigt, daß die Bürokratie die wachsende Kritik an ihrer Politik aus den Reihen der Intelligenz nicht tolerieren kann aus Furcht, daß dies die millionenstarke sowjetische Arbeiterklasse beeinflussen könnte". Ein Aufruf zu imperialistischer wirtschaftlicher Erpressung und militärischer Aufrüstung gegen die Sowjetunion wird hier verharmlost zu „wachsender Kritik" an der Politik der Bürokratie. Wie wäre die Regierung von Lenin und Trotzki mit einem prominenten Intellektuellen umgegangen, der sich aktiv für eine imperialistische Wirtschaftsblockade eingesetzt hätte und darüber hinaus die westlichen Mächte aufgefordert hätte, ihre Rüstung zu steigern, um Druck auf die sowjetische Regierung auszuüben?

Der Hitler-Stalin-Pakt und der sowjetisch-finnische Krieg 1940

Ende der 30er Jahre sah sich Trotzki einer zunehmenden Tendenz unter seinen Anhängern gegenüber, besonders bei impressionistischen Intellektuellen, die Position zu verwerfen, daß die Sowjetunion ein Arbeiterstaat ist. Diese Tendenz reflektierte zwei zusammenhängende Faktoren: 1. eine ungeheure moralische Empörung über das mörderische Delirium des Stalin-Regimes (die Moskauer Prozesse); und 2. die allgemeine Tendenz von liberalen und sozialdemokratischen Intellektuellen im Westen, Nazideutschland und Stalins Rußland unter dem Begriff „Totalitarismus" gleichzusetzen.

1937 trat ein junger französischer trotzkistischer Intellektueller, Yvain Craipeau, mit der Position hervor, daß die stalinistische Bürokratie eine neue Ausbeuterklasse geworden sei. Trotzki antwortete mit einer Polemik „Noch einmal: die UdSSR und ihre Verteidigung" *(TS* Band 1.2). Etwa zur gleichen Zeit verkündeten zwei führende Intellektuelle in der amerikanischen trotzkistischen Partei, James Burnham und Joseph Carter, die Position, daß die Sowjetunion kein Arbeiterstaat mehr sei, aber auch kein bürgerlicher Staat. Trotzkis Antwort „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?" bekräftigte noch einmal seine Grundposition:

> „Die UdSSR als Arbeiterstaat entspricht nicht der .traditionellen' Norm. Das heißt nicht, daß sie kein Arbeiterstaat ist. Ebensowenig heißt das, daß sich die Norm als falsch erwiesen hat. Die ‚Norm' ist auf den vollständigen Sieg der proletarischen Weltrevolution ausgelegt. Die UdSSR ist nur der teilweise und entstellte Ausdruck eines zurückgebliebenen und isolierten Arbeiterstaates." (75 Band 1.2)

In dieser Polemik betonte Trotzki auch die grundlegende Feindschaft der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion, trotz Stalins konterrevolutionärer Außenpolitik:

> „Trotz aller Anstrengungen der Moskauer Clique, ihre konservative Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen (Stalins konterrevolutionäre Politik in Spanien!) mißtraut der Weltimperialismus Stalin, verschont ihn nicht mit erniedrigenden Nasenstübern und ist bereit, ihn bei der erstbesten Gelegenheit zu stürzen... Der faschistischen wie der demokratischen Bourgeoisie reichen Stalins einzelne konterrevolutionäre Taten nicht aus; sie benötigt eine vollständige Konterrevolution in den Eigentumsverhältnissen und die Öffnung des russischen Marktes. Solange das nicht der Fall ist, hält sie den Sowjetstaat für feindlich. Und hat recht damit." *(TS* Band 1.2)

Die Wahrheit in dieser Aussage zeigte sich während des Kalten Krieges noch deutlicher als Ende der 30er Jahre, als Trotzki dies schrieb. Dennoch halten Mandel, Slaughter, die Morenoisten u.a. die Ansicht aufrecht, daß die grundlegende Beziehung zwischen der UdSSR und dem imperialistischen Westen eine *Kollaboration* war, die revolutionären Kräfte in der Welt zu unterdrücken.

Der Hitler-Stalin-Pakt im August 1939, die darauf folgende Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee und der sowjetisch-finnische Krieg riefen eine Welle von antisowjetischer Hysterie in den westlichen bürgerlichen Demokratien hervor. In der amerikanischen Öffentlichkeit gab es fast einhellige Unterstützung für das „kleine, demokratische" Finnland gegen „sowjetischen Imperialismus". Diesen Druck widerspiegelnd, rebellierte eine große Fraktion der amerikanischen Socialist Workers Party - damals die stärkste Sektion der Vierten Internationale - gegen die Verteidigung der Sowjetunion. Die Fraktion wurde von Max Shachtman und James Burnham angeführt, wobei der letztere Trotzki verdammte für seine „Verteidigung des stalinistischen Staates und seiner Armee". Dieser politische Kampf gegen seine ehemaligen Anhänger beherrschte die letzte Periode von Trotzkis Leben. Seine Polemiken sind in dem Buch *Verteidigung des Marxismus* zusammengefaßt.

Die Opposition gegen Trotzki nannte sich Unterstützer des „Dritten Lagers" — sowohl gegen die stalinistische Sowjetunion als auch gegen den kapitalistischen Westen. Die Position des „Dritten Lagers" zum sowjetisch-finnischen Krieg wurde unverblümt von Joseph Carter vorgetragen:

> „Wir sind gegen Rußlands Krieg, weil er eine direkte Fortführung der stalinistischen reaktionären Politik der bürokratischen Expansion ist (heute symbolisiert durch das Stalin-Hitler-Bündnis); d.h. er steht ausschließlich im Interesse der konterrevolutionären Bürokratie (und des deutschen faschistischen Imperialismus).
> Die russischen Vierten Internationalisten und die russischen Massen haben Stalins Krieg gegen Polen und Finnland weder verlangt noch willkommen geheißen. Sie haben durch einen Sieg der Roten Armee nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, der Sieg von Stalin in diesem Krieg, besonders wenn er durch die freiwillige Unterstützung der Massen und der Revolutionäre erreicht wird, würde nur die stalinistischen Unterdrücker der Arbeiter und Bauern stärken, deren Sturz das hauptsächliche strategische Ziel der Vierten Internationale in Rußland sein sollte." („Our Strategy in the Soviet Union in the Present War: For Revolutionary Defeatism - For the Third Camp")

Methodologisch drückt der Carter des „Dritten Lagers" hier sehr deutlich eine *Perversion* des Trotzkismus aus, wie sie auch von einer ganzen Reihe heutiger rechter Revisionisten praktiziert wird - Mandel, Slaughter, Lutte Ouvriere, den Morenoisten. Trotzki versuchte, die stalinistische Bürokratie vor allem deswegen zu stürzen, weil sie den Erhalt und die Verteidigung der Sowjetunion in tödlicher Weise unterminierte. Carter unterstützte die Niederlage des sowjetischen Staates, um das stalinistische Regime zu stürzen, das er als den Hauptfeind der sowjetischen Massen ansah.

Die Haltung der trotzkistischen Mehrheit in der SWP zum sowjetisch-finnischen Krieg wurde in einer internen Parteiresolution so zusammengefaßt:

> „Für *die Vierten Internationalisten in der Sowjetunion:* Sowjetpatriotismus — der Hauptfeind ist der Weltimperialismus. Bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistische Welt. Unversöhnlicher Kampf zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, die das Weltproletariat verrät und die Verteidigung der Sowjetunion unterminiert. Unablässige Kritik und Bloßstellung der stalinistischen Methoden, den Krieg zu beginnen und zu führen, aber nicht das geringste Abweichen von der materiellen und militärischen Unterstützung. Die Vierten Internationalisten in der Sowjetunion werden die besten Soldaten in der Roten Armee sein und sie zum Sieg über die imperialistischen Banditen und stalinistischen Verräter inspirieren."

Trotzki faßte die Art und Weise zusammen, in der der finnische Krieg von der westlichen Propagandakampagne gegen die Sowjetunion ausgeschlachtet wurde, wobei er ihn mit der Besetzung des von Menschewiki regierten Georgiens 1921 durch die Rote Armee verglich:

> „Die Sowjetrepublik sowjetisierte 1921 gewaltsam Georgien, das ein offenes Tor für einen imperialistischen Angriff im Kaukasus darstellte. Vom prinzipiellen Standpunkt der nationalen Selbstbestimmung hätte man ziemlich viel gegen eine solche Sowjetisierung einwenden können. Von dem Standpunkt aus, daß der Kampfplatz der sozialistischen Revolution ausgedehnt werden müsse, war die militärische Intervention in einem Agrarland mehr als zweifelhaft. Vom Standpunkt der Selbstverteidigung eines Arbeiterstaates, der von Feinden umzingelt ist, war die gewaltsame Sowjetisierung gerechtfertigt: Der Schutz der sozialistischen Revolution hat Vorrang vor formalen demokratischen Grundsätzen.
>
> Der Weltimperialismus benutzte lange Zeit die Frage der Gewaltanwendung als die Sammellosung, um die öffentliche Weltmeinung gegen die Sowjets aufzubringen. Die Zweite Internationale übernahm die Führung in dieser Kampagne...
>
> Genauso wie im Fall Georgiens nutzte die Weltbourgeoisie die Invasion in Finnland dazu aus, die öffentliche Meinung gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Auch in diesem Fall trat die Sozialdemokratie als die Vorhut des demokratischen Imperialismus auf. Das unglückliche .dritte Lager' der in Panik versetzten Kleinbourgeoisie bildete die Nachhut." („Bilanz der finnischen Ereignisse", 25. April 1940)

Und in exakt derselben Weise machte sich der Weltimperialismus die Intervention in Afghanistan zunutze, um die öffentliche Meinung gegen die UdSSR zu mobilisieren, wobei die Pseudotrotzkisten diesmal als Nachhut dieser antisowjetischen Kampagne auftraten.

Das Vorrücken der sowjetischen Streitkräfte nach Westen 1939/40 stellte die Trotzkisten vor die Frage, welche Haltung sie einnehmen sollten angesichts des Sturzes der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die die Kreml-Bürokratie durchgeführt hatte. Zu dieser Frage schriet Trotzki:

> „Die Enteignung der Privateigentümer in Polen wie ir Finnland ist an und für sich ein fortschrittlicher Faktor. Die bürokratischen Methoden des Kreml nehmen in diesem Prozeß genau den gleichen Platz ein wie einst die dynastischen Methoden der Hohenzollern bei der Vereinigung Deutschlands. Immer wenn wir vor der Notwendigkeit stehen, zwischen der Verteidigung reaktionärer Eigentumsformen durch reaktionäre Mittel und der Einführung fortschrittlicher Eigentumsformen durch bürokratische Methoden zu wählen, setzen wir die beiden Möglichkeiten keineswegs gleich, sondern wählen das kleinere Übel. („Von einer Schramme — zur Gefahr der Knochenfäule," 24. Januar 1940)

Die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939/40 *nahm* die Besetzung Osteuropas nach 1945 *vorweg.* Als eine defensive Antwort auf den Druck des amerikanischen Imperialismus enteignete der Kreml die osteuropäischen Bourgeoisien durch seine lokalen Agenten und etablierte eine neue wirtschaftliche und politische Ordnung in Anlehnung an die stalinistische UdSSR. Man sollte dabei auch nicht außer acht lassen, daß sich die osteuropäischen stalinistischen Regime anfangs einer beträchtlichen Unterstützung in der Arbeiterklasse erfreuten. Nach erheblichem Zögern und konfusen Debatten charakterisierte die rekonstituierte trotzkistische Bewegung nach dem Krieg die osteuropäischen „Volksdemokratien" als bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten.

Diese Konfusion gibt es auch heute. Lutte Ouvriere hält weiterhin daran fest, daß diese Staaten „staatskapitalistisch" seien (was auch immer das heißen mag), weil die Bourgeoisie nicht durch eine proletarische Revolution gestürzt worden sei.

Wenn man die Logik von Lutte Ouvrieres Position akzeptiert, müßte man auch zu der Schlußfolgerung kommen, daß große Teile der augenblicklichen UdSSR staatskapitalistisch seien - die kaukasischen Republiken, die westliche Ukraine, Moldawien, die baltischen und zentralasiatischen Republiken. 1920/21 wurden Armenien und Georgien — damals größtenteils bäuerliche Gesellschaften - durch die Rote Armee von Lenin und Trotzki erobert, gegen den Widerstand der politisch vorherrschenden kleinbürgerlichen Nationalisten - die Mussavat, Daschnaki beziehungsweise Menschewiki. Die turksprachigen Regionen Zentralasiens — wo es kaum einheimisches Proletariat gab - wurden in den 20er Jahren von oben sowjetisiert. Die Rote Armee mußte einen bewaffneten Aufstand von turksprachigen islamischen Fundamentalisten, den Basmachi, niederschlagen, die politisch den afghanischen Mudschaheddin sehr ähnlich waren.

Der Kern all dieser Konflikte und Dispute — von Georgien bis Afghanistan — ist, daß ein Arbeiterstaat eine *Waffe* im Klassenkampf ist, genauso wie eine Gewerkschaft, ein Fabrikkomitee, eine Arbeitermiliz oder ein Arbeiterrat. Daß die Sowjetunion von einer parasitären und politisch konterrevolutionären Kaste beherrscht wird, setzt nicht ihre fortschrittliche historische Rolle als Arbeiterstaat außer Kraft.«

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 1

letariat, das im Bergarbeiterstreik des Sommers 1989 seine Fähigkeit zur militanten Aktion auf dramatische Weise gezeigt hatte, hat nichts von sich hören lassen. Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte einen riesigen Riegel vorschieben und die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern.

Der sowjetische Stalinismus hat seinen letzten erbärmlichen Atemzug getan. Sogar noch bis zum Putsch setzten viele der fortgeschrittensten Arbeiter, die gegen Jelzins Pläne zur umfassenden Privatisierung sind und gegen Gorbatschows Marktreformen, auf den sogenannten harten „patriotischen" Flügel der Bürokratie. *Für solche Illusionen ist kein Platz mehr.*

Das Scheitern des Putsches und die Vormachtstellung der Konterrevolution ist im jetzigen Augenblick ein Stützpfeiler der „Neuen Weltordnung", die von Bush verkündet wurde und in der die USA die militärische Vorherrschaft haben. Nach der Vernichtung des Irak droht Amerikas siegestrunkene und rachsüchtige herrschende Klasse, ihre Wut, die nicht mehr gezügelt wird durch die Abschrekkungskraft einer mächtigen UdSSR, gegen unzählige Völker in aller Welt zu richten. Besonders hat Bush Kuba im Fadenkreuz, und dessen Verteidigung ist mehr denn je die Pflicht aller Gegner des Yankee-Imperialismus.

Deutschland war der größte Gorbi-Fan unter den imperialistischen Staaten, nicht zuletzt wegen dessen Rolle als Patenonkel des wiedervereinigten Deutschen Reichs. Es ist zum Teil Ausdruck innerimperialistischer Rivalitäten, daß die USA nach einigem Hin und Her Jelzin als ihren Liebling auserkoren. Aber Bonn ist auf den Zug aufgesprungen und macht dem großrussischen Führer Avancen. Die Frankfurter Bankiers wollen einen direkten Zugriff auf die Erz-Vorkommen der Sowjetunion, schon jetzt ist die Sowjetunion Deutschlands Hauptlieferant von Erdgas und Erdöl. Fünfzig Jahre nach dem Unternehmen Barbarossa will die Bourgeoisie von Auschwitz mit DM erobern, was Hitler mit Panzern nicht geschafft hat. Mit der Ankündigung, daß sie nie die Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion anerkannt hätten - was ja die Wehrmacht schon 1941 demonstriert hat — berufen sich Kohl/Genscher auf die „historische Verantwortung der Deutschen" und wollen Estland, Lettland und Litauen „heim ins Vierte (D-Mark-) Reich holen". Der deutsche Imperialismus will das Baltikum zur wirtschaftlichen Drehscheibe der Ausbeutung des russischen Marktes machen. Wie schon bei der kapitalistischen Wiedervereinigung ist die SPD auch bei der Zerstückelung Jugoslawiens und der UdSSR der Voraustrupp der Bonner Koalition. Aber selbst das raubgierige deutsche Kapital hat jetzt Verdauungsprobleme, nachdem es Polen ausgeblutet und sich die ehemalige DDR einverleibt und dabei deren Wirtschaft ruiniert hat.

Seit Stalins bürokratischer Usurpation der Macht im Jahre 1924 führten Leo Trotzki und die Linke Opposition einen unerbittlichen Kampf für das internationalistische Programm der bolschewistischen Revolution. Unter den tödlichen Schlägen von stalinistischem Terror und Verleumdung gaben die Trotzkisten nicht auf als die besten und die einzigen konsequenten Verteidiger der verbleibenden revolutionären Errungenschaften. Heute führt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) diesen Kampf weiter.

Stalinismus war die politische Herrschaft einer bürokratischen Kaste, die wie ein Parasit auf den proletarischen Eigentumsformen saß, die durch die Oktoberrevolution von 1917 geschaffen worden sind. Ob es die blutigen Säuberungen der 30er Jahre waren oder die unzähligen „Reformen" von Chruschtschow und anderen: dieses System, das auf Lügen und Unterdrückung der Arbeiterklasse beruhte, blockierte nicht nur den weiteren Fortschritt in Richtung Sozialismus, sondern verstopfte auch jede Pore der sowjetischen Gesellschaft. Im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land" hatte man jahrzehntelang aus dem Proletariat Selbstaufopferung herausgeholt. Gorbatschows Perestroika war dann der letzte verzweifelte Versuch der stalinistischen Bürokratie, ihre Position zu bewahren, indem sie kapitalistische Methoden übernahm. Doch wie die Aufrufe von Nikolai Bucharin Ende der 20er Jahre an die reichen Bauern (Kulaken): „bereichert euch", so schürte Perestroika die Kräfte der kapitalistischen Restauration. Diese haben jetzt mit Jelzins Gegenputsch Oberwasser bekommen.

Boris Jelzin ist kein „Westler" - er ist ein extremer russischer Chauvinist, der die Sowjetunion an den Westen *ausverkaufen* will. Er steht in Beziehung zu einem rechtsextremen rassistischen Verein in den USA, der sich „Free Congress Foundation" nennt (zu dessen osteuropäischen Agenten gehören auch berüchtigte Nazi-Kollaborateure). Dieser nimmt für sich in Anspruch, Jelzin und seinen Stab darin „ausgebildet" zu haben, wie man die Macht ergreift. Jelzins Gesetze werden von Beratern entworfen, die von der US-Regierung geliefert wurden. Eine der ersten Taten von Jelzin als Moskauer Parteichef Mitte der 80er Jahre bestand darin, die antisemitischen Faschisten von Pamjat als legitim anzuerkennen, als sie aus ihren Rattenlöchern hervorkrochen. Er verspricht zwar den Werktätigen, daß der freie Markt ihnen Wohlstand bringen wird, doch in Wirklichkeit wird er dazu führen, daß all das ausgelöscht wird, was alle sowjetischen Arbeiter noch bis vor kurzem für selbstverständliches Recht gehalten haben: ein sicherer Arbeitsplatz, kostenlose medizinische Versorgung und eine Ausbildung für ihre Kinder — alles Errungenschaften, die auf der Kollektivierung der Wirtschaft beruhen.

Die Alternative, vor die der sowjetische bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat gestellt war, ist immer gewesen: Konterrevolution oder Trotzkismus. Heute ist der Stalinismus tot. Um die blutigen Pläne von Bush, Jelzin und ihren konterrevolutionären Scharen zu durchkreuzen, kommt es entscheidend darauf an, möglichst schnell einen trotzkistischen Kern in der Sowjetunion zu schmieden und diejenigen Elemente in der Arbeiterbewegung, in der Armee und in der ganzen Gesellschaft umzugruppieren, die für das Programm des Oktober kämpfen wollen.

Das Fiasko des Perestroika-Putsches

Als sich zu Beginn des Putsches die Menge aus Yuppies, Studenten und diversen russischen Nationalisten, darunter Faschisten und Priester, vor dem russischen Parlament, Jelzins „Weißem Haus", versammelte, war ein Aufruf an die Moskauer Arbeiter angebracht, diesen konterrevolutionären Haufen wegzuräumen. Doch die Putsch-Verschwörer haben nicht nur die Arbeiter nicht mobilisiert, sondern haben auch angeordnet, daß jeder bei der Arbeit oder zu Hause bleiben soll. Die Arbeiterklasse tat das auch, und Jelzins Aufruf zu einem Proteststreik wurde nicht befolgt. Doch die „Genossenschaftler" des freien Unternehmertums und die selbsternannten „Demokraten" des Kleinbürgertums strömten auf die Straße, berauscht vom Reiz der Dollars und D-Mark. Und das impotente „Komitee für den Ausnahmezustand" (GKChP) tat nichts. Jeder klassenbewußte sowjetische Arbeiter, der die dringende Notwendigkeit sah, die Kräfte der kapitalistischen Restauration aufzuhalten, wäre sicherlich gegen Jelzin

gewesen, aber kritisch gegenüber dem Putsch - dieser wollte nicht Jelzin stoppen und war daher zum Scheitern verurteilt.

Die Unbeholfenheit der Putschisten versetzte sogar imperialistische Kommentatoren in Erstaunen. Es wurde berichtet, daß sie 250000 Handschellen bestellt hatten bei einer Fabrik in Pskow sowie stapelweise Blanko-Haftbefehle; doch sie schafften es nicht einmal, den Mann zu fassen, der eindeutig zentral sein würde für einen proimperialistischen Gegenputsch. Man sperrte nicht einmal Jelzins Telefon und erlaubte unglaublicherweise dem Fernsehen die Berichterstattung über Jelzins Appelle an die Soldaten, den Befehl zu verweigern! Doch diese offensichtlichen Dummheiten waren nicht bloß ein Versehen. Die Initiatoren des Putsches setzten alles darauf, daß der Putsch die neutrale Anerkennung der Imperialisten finden sollte; sie deuteten an, daß Gorbatschow zurückgebracht werden könnte, und ließen Washingtons Liebling Jelzin unangetastet. Die Erklärung des GKChP beteuerte, das „Privatunternehmertum zu unterstützen" und jede verräterische Verpflichtung einzuhalten, die Gorbatschow den Imperialisten gegenüber eingegangen war. Sein Hauptsprecher für Wirtschaftsfragen, Tisyakow, betonte ausdrücklich, daß „die Politik der Reformen in Richtung Marktwirtschaft nicht rückgängig gemacht werden wird". Es war keine Rede von „Marxismus-Leninismus", „Kommunismus" oder selbst „Sozialismus".

Denn dies war ein „Perestroika-Putsch". Monatelang gab es Aufrufe zu einem scharfen Durchgreifen, die von Vertretern der harten Linie kamen, stalinistisch/nationalistischen „Patrioten" wie den „schwarzen Obristen" von Sojus. Doch was die Führer des Putsches, allesamt von Gorbatschow ins Amt gehoben, zum Handeln bewog, war die kurz bevorstehende Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags; dieser hätte einen bedeutenden Teil der Zentralgewalt an die Republiken übergeben. Der Putsch kam nicht so sehr vom Militär, das sich zum größten Teil raushielt, sondern von hochrangigen Verwaltungs- und Parteibonzen des Zentralapparats, deren bürokratische Pfründe bedroht waren. Ihr erklärtes Programm war das Kriegsrecht, das die UdSSR vor dem Auseinanderbrechen bewahren sollte, was hinausläuft auf Perestroika minus Glasnost: Einführung des Marktes, nur nicht so schnell, und Maulhalten. So war einer aus der „Achterbande", Ministerpräsident Pawlow, im Gorbatschow-Regime der Hauptbefürworter des neuen Gesetzes, das die weitgehende Privatisierung der Industrie gestattete, und er ist berüchtigt dafür, daß er letztes Frühjahr die Preise für Lebensmittel verdreifachte. Damals sagte er einem britischen Journalisten:

> „Ich muß ganz entschieden sagen, daß die Privatisierung immer auf der Tagesordung der Wirtschaftsreform stand, und sie war immer, aus offensichtlichen Gründen, sehr eng verknüpft mit der Liberalisierung bei den Preisen... Wir wollen für das Kapital normale Verhältnisse schaffen wie in anderen Ländern." (Londoner *Independent*, 18. April)

Nicht gerade ein Programm, das sowjetische Arbeiter inspirieren könnte, den Griff der Verschwörer nach der Macht zu unterstützen! Die Führer des Putsches vermieden auffälligerweise jede Erwähnung der Oktoberrevolution oder auch nur des „Großen Vaterländischen Krieges". Statt dessen setzten sie auf die Traditionen des Zaren-

Fortgesetzt auf Seite 18

Von CDU/CSU und SPD bis PDS, DKP:
Deutsche Perestroika-Volksfront

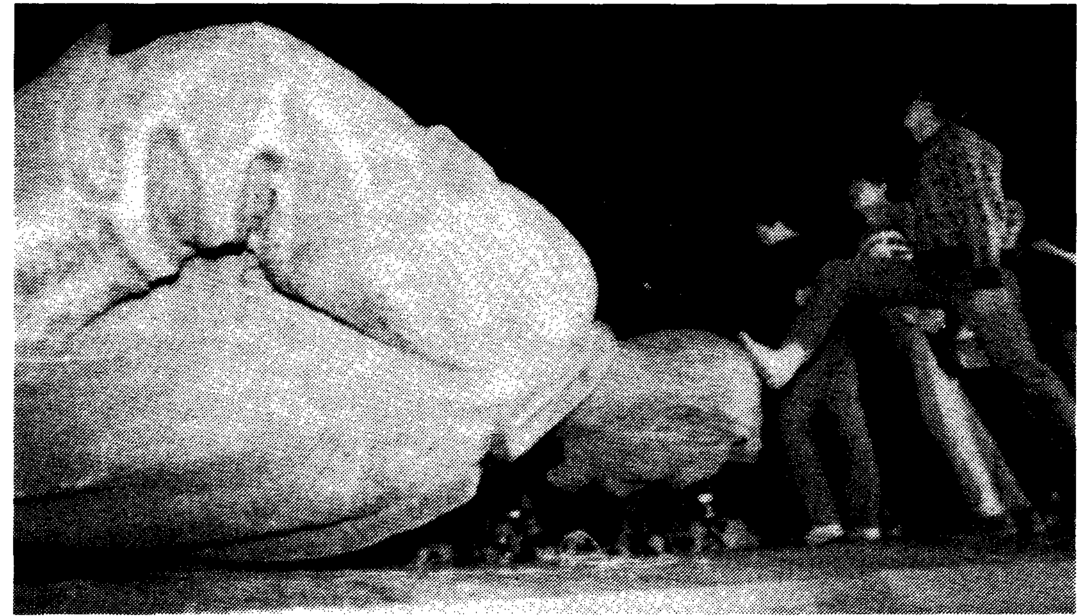
Kein Wunder, daß die PDS den Bach runter geht. Dieser Sproß von Gorbatschows „Perestroika" versucht vergeblich, sich als Neuauflage der Sozialdemokratie zu vermarkten. Die PDS half dem Kreml, die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz zu verschenken und beschleunigte dadurch die Kräfte der Konterrevolution in der Sowjetunion. Jetzt brüstet sie sich stolz, die konsequentesten AntiStalinisten zu sein mit ihrer Forderung nach Rücktritt des Moskauer Putschkomitees zu einem Zeitpunkt, als SPD, CDU und FDP noch „mit den neuen Moskauer Machthabern auf Regierungsebene einen Umgang" finden wollten. Parteichef Gysi übermittelte dem neuen Machthaber Jelzin seine „herzlichsten Glückwünsche", und ein riesiges Banner an ihrem Treuhand-verwalteten Parteibüro ruft zur „Solidarität mit der Perestroika" auf, dem Schlachtruf der Imperialisten und Sozialdemokraten.

Alles umsonst. Die deutsche Bourgeoisie interessiert sich nicht für solch eine Weder-Noch-Kreatur. Und innerhalb der eigenen Reihen gibt es reichlich Unruhe. Sogar die *Berliner Linke* (August 1991) protestierte gegen das PDS-Spruchband, weil es sich „so kaum von den Sprüchen Diepgens, Vogels (SPD) oder Kohls abzuheben scheint". Und die PDS-loyale Kommunistische Plattform gab dem Ausnahmezustand am 20. August bedingte Unterstützung, „wenn er ... die sowjetische Gesellschaft auf den revolutionären Weg der Perestroika zurückführt". Eine Hauptsorge der KommPlatt — genau wie der ganzen Bonner Riege — galt der „Stabilität der internationalen Beziehungen". Perestroika, aber bitte mit deutscher Ordnung.

Auch die unverbesserliche DKP hoffte, der Putsch würde „zur erkennbaren Konsolidierung der Lage in der UdSSR" führen. Zwar greift sie „die Haltung der UdSSR zum Golfkrieg" und die „Preisgabe der internationalistischen Position in der sowjetischen Politik" an, doch trieft ihre Stellungnahme von Loyalitätsbeteuerungen gegenüber dem Vierten Reich: „Im nationalen Interesse Deutschlands" werden „konstruktive Beziehungen zur Sowjetunion" gefordert, als Garant der „friedlichen Entwicklung in Europa und der Welt".

Dagegen unterstützten die antisowjetischen Sozialdemokraten des Grüppchens Arbeitermacht lauthals Jelzins CIA-angeleiteten Gegenputsch und boten an, „mit all jenen Kräften, die dem Putsch aktiv Widerstand leisteten, zusammenzuarbeiten". Während die Pamjat-Faschisten in Moskau rote Fahnen verbrennen und die antikommunistische Hexenjagd tobt, ruft Arbeitermacht zu einem neuen Nürnberger Tribunal (von „Arbeiterinnen") in der Sowjetunion auf, „die über all jene urteilen, die am Putsch teilgenommen haben". Ihr Versuch, Frontkämpfer für Jelzins Konterrevolution zu sein, leitet sie zu offenen Provokationsaufrufen an die Soldaten, die Gewehre umzudrehen - „gegen die Offiziere, die euch den Einsatz befehlen".

Die heutigen Entwicklungen in der UdSSR bestätigen, daß jeder Flügel des Stalinimus bankrott ist. Für PDS, DKP und KomPlatt existiert die Arbeiterklasse nicht. Aber das größte Verbrechen der Stalinisten war die politische Entmachtung der Arbeiterklasse. Dringender als je zuvor brauchen wir eine wirkliche trotzkistische Partei, die die Arbeiter an die Macht führt.



Erstes Ziel der „Rossija"-grölenden „Demokraten" war die Statue von Felix Dziershinski, polnischer Kommunist und Gründer der Tscheka - bolschewistisches Instrument gegen den Weißen Terror

Der Spiegel

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 17

reichs - das Lenin ein „Völkergefängnis" nannte — und erklärten: „Unser multinationales Volk lebt seit Jahrhunderten, stolz auf sein Mutterland." Doch beim Appell an den russischen Nationalismus hatte Jelzin die besseren Karten.

Auch schafften es die Organisatoren des Putsches nicht, die Imperialisten zu beschwichtigen. Sobald Bush eine harte Haltung einnahm und Jelzin unterstützte (und nebenbei Gorbatschows Rückkehr verlangte), begann der Putsch sich aufzulösen. Hinterher gab es viel Trara über die massenhafte Unterstützung der „Demokratie" durch die Bevölkerung. Zwar kamen zu einem Zeitpunkt bis zu 150000 (bei einer Stadt von zehn Millionen), darunter zweifellos viele Arbeiter, um Jelzin zu hören, doch die berühmten Barrikaden vor dem „Weißen Haus" waren rein symbolisch, und im allgemeinen lungerten dort nur ein paar tausend Leute herum. „Es waren in erster Linie junge Leute wie ich, Studenten, Intellektuelle und höhere Angestellte", sagte ein Teilnehmer. Zusätzlich zu ein paar Dutzend Polizisten der russischen Republik bestanden Jelzins Leibwächter aus gemieteten Bullen von einer privaten Sicherheitsfirma. Vor dem Gebäude gab es höchstens ein Dutzend Panzer, die von Jelzin-freundlichen Kommandeuren geschickt worden waren. Über einen möglichen Sturmangriff äußerte einer von Jelzins „Kommandeuren": „Natürlich könnten wir sie nicht länger als fünf Minuten abwehren." Doch es gab keinen ernsthaften Angriff.

Ermutigt durch die Lähmung der Putschführer, warf der reaktionäre Mob Molotow-Cocktails auf junge Panzerfahrer. Und dann, kaum zweieinhalb Tage nach Beginn der Aktion, zog die Armee ab. In diesem Augenblick begannen verrückte Jelzin-Anhänger durch die Stadt zu toben. Ein Oberstleutnant, der bei den Demonstrationen dabei war, war schockiert: „Ich bin überrascht, wie viele Jugendliche nach Blut lechzen." Ihr erstes Ziel war vor dem KGB-Hauptquartier die Statue von Felix Dziershinski, einem polnischen Kommunisten und dem Gründer der Tscheka, die das Instrument der Bolschewiki im Kampf gegen die Umsturzversuche der Weißgardisten war. Am nächsten Tag stürzten sie die Statue des jüdischen Kommunisten Jakow Swerdlow, dem ersten Präsidenten der Sowjetrepublik. Dabei verteilten die Hitler-Anhänger von NTS ein Flugblatt, das genau die Maßnahmen verlangte, die Jelzin am nächsten Tag verordnete. Der russisch-orthodoxe Patriarch leitete die Zeremonie der Beisetzung von den dreien, die beim Angriff auf die Panzer gestorben waren. Das britische Fernsehen berichtete: „Die heutigen Bilder waren die des alten, vorrevolutionären Rußlands, eines Landes, das sich um 75 Jahre zurückgeworfen hat."

Nach dem vermurksten Putsch ging Jelzin, der frühere bürokratische Bonze, der zum Anhänger der kapitalistischen Restauration geworden ist, schnell und skrupellos gegen seine politischen Gegner vor. In der besten Tradition von Stalin schleifte Jelzin den politisch geschwächten sowjetischen „Präsidenten" Gorbatschow vor die johlenden Mitglieder des russischen Parlaments, um ihn grob zu demütigen. Jelzin, der „demokratische" Präsident Rußlands, äffte den Zaren nach und gab überheblich einen Ukas (Erlaß) heraus, der die Aktivitäten der Kommunistischen Partei auf russischem Boden verbot und die *Prawda* sowie weitere KP-Zeitungen für illegal erklärte. Das Zentralkomitee der KPdSU und ihre Büros in Moskau wurden versiegelt und von blutrünstigen Banden umzingelt. Jelzin stellte seine Macht über Gorbatschow zur Schau und ernannte die neuen Chefs der sowjetischen Armee, des KGB und des Innenministeriums; der letztere verbot unverzüglich die Aktivitäten der Kommunistischen Partei in diesen Säulen der Staatsmacht. Am nächsten Tag trat Gorbatschow nicht nur als Generalsekretär der KPdSU zurück, sondern forderte auch die Auflösung der zerfallenden Partei und die Beschlagnahme ihres Eigentums.

Jelzin führt vielleicht die Feder und das Mikrophon, aber seine Befehle kommen auf direktem Weg vom Weißen Haus am Potomac ins „Weiße Haus" an der Moskwa. Keine 24 Stunden, nachdem Bush seine Unzufriedenheit ausgedrückt hatte über Gorbatschows Ernennung von General Moissejew zum neuen Verteidigungsminister, war Moissejew wieder draußen. Der russische Demagoge Jelzin wird als großer Held der „Demokratie" hingestellt. Dieser „Demokrat" fordert die Bildung einer neuen russischen Armee, der „Nationalgarde", deren höchste Auszeichnung der St.-Georg-Orden sein würde — das zaristische Wahrzeichen und Banner der russischen Faschisten. Sogar viele prowestliche, für einen „freien Markt" eintretende Intellektuelle in der Sowjetunion fürchten Jelzin als einen potentiellen Diktator, der sie rücksichtslos überfahren wird. Wie Lech Walesa in Polen, ein Bewunderer des nationalistischen Diktators Pilsudski, wird er versuchen, seine Popularität auszunutzen, um den Arbeitern eine kapitalistische „Schockbehandlung" aufzuzwingen.

Die imperialistischen Medien triumphieren und bejubeln „die Zweite Russische Revolution". Aber in der Sowjetunion beginnen sogar manche der eher liberalen Jelzin-Anhänger nervös zu werden bei dem Gedanken, daß sie den Wirbelsturm nicht loswerden, den sie gerufen haben. Der Herausgeber von *Ogonjok*, Witali Korotitsch, warnt jetzt vor einer „dritten Kraft, die vielleicht verkörpert wird von gewissen jungen Leuten mit faschistischen Ansichten". Die Führer der „demokratischen Revolution" geben bereits die zaristische Parole aus von dem „einen unteilbaren Rußland". Leningrads Bürgermeister Anatoli Sobtschak geht auf die zentrifugalen Kräfte los, die die UdSSR auseinanderreißen: „Dies ist ein Wahnsinn. Wir sind eine Atommacht." Jelzins Gehilfen reden über die Destabilisierung der Wirtschaft und warnen die ukrainischen Sezessionisten, daß „Russen diesen Ländern eine Seele gegeben haben".

Inzwischen haben sich Tausende von Moskauern angestellt, um das Lenin-Mausoleum zu besuchen, aus Sorge, daß dies vielleicht ihre letzte Gelegenheit ist, dem Gründer des Sowjetstaats ihren Respekt zu erweisen.

Kämpft gegen die kapitalistische Versklavung!

Seit Jahrzehnten haben Stalinisten und Imperialisten gleichermaßen das durch Stalin und seine Schildträger 1924 installierte System der bürokratischen Herrschaft mit dem Leninismus gleichgesetzt. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki führten die Oktoberrevolution als den ersten Schritt der sozialistischen Weltrevolution durch. Das rückständige Rußland, das „schwache Glied" in der Kette imperialistischer Herrschaft, war der Schauplatz der ersten Arbeiterrevolution, die jedoch durch das Proletariat in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern vollendet werden mußte, wenn sie aufrechterhalten und zum Sozialismus weitergeführt werden sollte, einer Gesellschaft der Gleichheit, basierend auf Überfluß. Erst auf der Basis der Niederlagen der europäischen Revolutionen in der Nachkriegsperiode 1918-23, besonders in Deutschland, „entdeckten" die Usurpatoren Stalin/Bucharin die zutiefst antimarxistische Idee, daß es möglich sei, den „Sozialismus in einem Land" aufzubauen. Trotzki prangerte dieses nationalistische Dogma an, das die Weltrevolution abschrieb, und sagte voraus, daß es den Untergang der Sowjetunion bedeuten würde, wenn nicht die Bürokratie von der sich wieder erhebenden Arbeiterklasse weggefegt würde.

In seiner maßgeblichen Analyse des Stalinismus, *Verratene Revolution* (1936), stellte Trotzki prophetisch die Frage: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?" In der Entwicklung dieser Frage erarbeitete er das Programm der proletarisch-politischen Revolution, geführt durch eine bolschewistische Partei, um die Sowjetdemokratie wieder einzuführen. Die geplante Wirtschaft wäre dann den Entscheidungen der Arbeiter unterworfen und befreit von dem willkürlichen Zickzackkurs der gesichtslosen, grauen Bürokraten. Und anstelle der konservativen, antirevolutionären Politik von Stalins Kreml würde die Sowjetunion wieder die Zentrale der internationalen sozialistischen Revolution werden. Trotzki beschrieb auch die trübe Alternative:

> „Würde dagegen die herrschende Sowjetkaste von einer bürgerlichen Partei gestürzt, so fände letztere unter den heutigen Bürokraten, Administratoren, Technikern, Direktoren, Parteisekretären, den privilegierten Spitzen überhaupt, nicht wenige willfährige Diener. Eine Säuberung des Staatsapparates wäre natürlich auch in diesem Falle erforderlich, doch hätte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute zu entfernen als eine revolutionäre Partei. Die Hauptaufgabe der neuen Staatsmacht wäre jedoch, das Privateigentum an den Produktionsmitteln wiederherzustellen. Vor allen Dingen gälte es, die Vorbedingungen zur Absonderung von Großbauern aus den schwachen Kolchosen und zur Umwandlung der starken Kolchosen in Produktionsgenossenschaften bürgerlichen Typs, in landwirtschaftliche Aktiengesellschaften, zu schaffen. Auf dem Gebiete der Industrie würde die Entnationalisierung bei den Betrieben der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie beginnen. Das Planprinzip würde während einer Übergangszeit auf eine Reihe von Kompromissen hinauslaufen, die zwischen der Staatsmacht und den einzelnen Genossenschaften', d.h. den potentiellen Eigentümern (Sowjetindustriekapitänen, ehemaligen, emigrierten Besitzern und ausländischen Kapitalisten), geschlossen würden. Obwohl die Sowjetbürokratie einer bürgerlichen Restauration gut vorgearbeitet hat, müßte das neue Regime auf dem Gebiete der Eigentumsformen und der Wirtschaftsmethoden nicht Reformen, sondern eine soziale Umwälzung durchführen."



Jüdischer Kommunist Jakow Swerdlow, erster Präsident der Sowjetrepublik - sein Denkmal gestürzt vom konterrevolutionären Mob

Jeder sowjetische Arbeiter, Kollektivbauer, Rentner und Soldat wird unmittelbar erkennen, daß dieser Ablauf der Konterrevolution bereits im Gange ist. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde versenkt, die Planwirtschaft aufgegeben. Statt dessen greifen imperialistische Konzerne von Pepsi-Cola bis Chevron auf die sowjetische Wirtschaft über. Die neue „Landreform" der Russischen Föderation legt die Basis für die Zerstörung der Kolchos-Kollektive, was Elend für die große Mehrheit auf dem Land und Reichtum für die neuen Kulaken bedeutet. Die Profitraf-

Fortgesetzt auf Seite 20

Veranstaltungen der SpAD

Viertes Reich will UdSSR ausplündern •– Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!

Berlin 17. September, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddlngstr. 6
1000 Berlin 65

Hamburg 19. September, 19.00 Uhr
Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31
2000 Hamburg 36

Halle 21. September, 16.00 Uhr
Comcenter, Raum 713
Leninallee 70, Halle

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 19

fer der „Genossenschaften" und Schwarzmarktspekulanten haben sich im Vakuum des zusammengebrochenen Warenverteilungssystems explosionsartig vermehrt. Aber dies ist erst der Anfang. Jelzin beabsichtigt jetzt, die kapitalistische Restauration mit halsbrecherischer Geschwindigkeit durchzuboxen. Jawlinsky, einer der Autoren des in Harvard ausgeheckten „Großen Ausverkaufs" der Sowjetunion an die Imperialisten, leitet jetzt die Wirtschaft. Aber für die sowjetischen Werktätigen verspricht die „Magie des Marktes" Hunger und Obdachlosigkeit. In einem Insider-Rundbrief weist die große Wall-Street-Maklerfirma Merrill Lynch auf die Wahrheit hin, die den sowjetischen Massen vorenthalten wird:

> „Obwohl es wahrscheinlich eine Welle des Optimismus in der sowjetischen Bevölkerung geben wird, wenn sich eine neue politische Ordnung herausbildet, werden die Erwartungen über die Fähigkeit dieser neuen Ordnung, die Wirtschaft herumzureißen, wahrscheinlich die realistischen Möglichkeiten überschreiten. Wenn die Erfahrungen in Osteuropa als Hinweis dienen können, werden die nächsten Jahre schmerzhaft für die sowjetische Wirtschaft sein, wenn Arbeiter ihre unkündbaren Arbeitsplätze verlieren und staatseigene Betriebe umstrukturiert werden." *(Wednesday's Global Report,* 21. August)

Bisher war Jelzin in der Lage, das Wirtschaftschaos und die Verelendung durch die Perestroika auf Gorbatschows „Halbherzigkeit" und die Sabotage durch den altstalinistischen Apparat zu schieben. Der russische Demagoge spricht mit zwei Stimmen, die eine Woche besucht er Streikende, die nächste befürwortet er Streikverbote. Aber jetzt wird Jelzin versuchen, sein wirkliches Programm durchzusetzen, brutale kapitalistische Austeritätsmaßnahmen über die sowjetische Arbeiterklasse zu verhängen. Er wird dafür verantwortlich gemacht werden, wenn „unrentable" Unternehmen geschlossen werden, Millionen von Arbeitern auf die Straße fliegen, Mieten und Lebensmittelpreise steigen, Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen werden und die sowjetische Arbeiterklasse von allen Seiten angegriffen wird. Gleichzeitig wird es in den nächsten Monaten sehr schwierig sein, die Armee, das KGB oder die Polizei zu benutzen, um Streiks zu brechen oder Protestaktionen der Bevölkerung zu zerschlagen.

Trotz des gegenwärtigen Aufstiegs von Jelzin und der Stimmung von antikommunistischer Hysterie in der Kleinbourgeoisie wird es nicht so einfach sein, eine kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion durchzuführen. Tatsächlich sollte man ein höheres Maß von Streikaktivitäten als unter Gorbatschows Perestroika erwarten. Während dieser Zeit wurde die sowjetische Arbeiterklasse durch die ständig wechselnden Fronten — Jelzin gegen Gorbatschow gegen die „harten" Stalinisten - politisch desorientiert und verwirrt. Jetzt stehen die Kampflinien fest, unverhüllt. Aber die Abwesenheit einer wirklich kommunistischen Führung stellt das größte Hindernis dar, das die Arbeiterklasse zum Opfer von Verwirrung, falscher Polarisierung und Defätismus angesichts des Klassenfeinds werden läßt.

Die Jelzin-Leute und die „Hardliner" konkurrieren auf dem Gebiet des konterrevolutionären russischen Nationalismus. Angefangen mit Stalin war der bösartige großrussische Chauvinismus charakteristisch für die Bürokratie, was die multinationale UdSSR untergrub. Der Aufstieg der Antisemiten von Pamjat wurde von Teilen der Bürokratie Gorbatschows protegiert, besonders von Jelzins Flügel. Jetzt sehnen sich die nationalistischen Abspalter - hauptsächlich unter den reicheren Republiken - danach, Strohmänner für den heutigen Imperialismus zu werden, wie viele ihrer Vorgänger es für die Nazis waren. Im letzten Kampf seines Lebens beharrte Lenin darauf, gegen Stalin, daß der revolutionäre Sowjetstaat ein freiwilliger Zusammenschluß auf der Basis der Gleichheit der Nationen sein müßte.

Es ist dringend, sogar verzweifelt notwendig für die Arbeiterklasse, daß sie jetzt Organisationsformen errichtet, um ihre Macht zu mobilisieren, den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution zu trotzen und sie niederzuwerfen.

Wo jeder Gauner es auf sie abgesehen hat, werden Arbeiter besorgt sein, ihren eigenen bedrohten Lebensunterhalt zu verteidigen. *Unabhängige Arbeiterkomitees* müssen in Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Unternehmen errichtet werden, um Entlassungen und Privatisierungen zu verhindern durch die Übernahme der Fabriken und die Kontrolle der Produktion. Solche Arbeiterkomitees können die Basis für wirkliche *Sowjets* sein, die Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Rentner in ihre Reihen einbeziehen — all diejenigen, die Opfer der „neuen Ordnung" sein werden.

Jelzin & Co. haben bereits begonnen, das Offizierskorps zu säubern. Das hat nichts mit Demokratie zu tun.

Schulungsreihe der SpAD

ABC des Marxismus

jeweils 18.30 Uhr
„Linkstreff", Weddingstraße 6,
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

12. September Die permanente Revolution

26. September Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

10. Oktober Für Massenmobilisierungen von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu stoppen!

24. Oktober Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Er möchte die Sowjetarmee, die die Völker der Sowjetunion gegen die Nazi-Pest verteidigt hat, in ein willfähriges Werkzeug der inneren Unterdrückung im Interesse der neuen kapitalistischen Herren verwandeln. *Komitees von Soldaten und Offizieren* müssen gebildet werden, um den Säuberungen zu begegnen und um zu verhindern, daß die Armee dazu benutzt wird, gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen.

Der antikommunistische Mob ist die Sturmtruppe einer entstehenden faschistischen Bewegung, zukünftige Streikbrecher, Gefängniswärter und Folterer von kämpferischen Arbeitern und Linken. Die NTS, im Zweiten Weltkrieg Quislinge der Hitler-Invasoren, haben bereits bei den Mobilisierungen Jelzins ihre Köpfe erhoben. Die Schwarzhemden der Pamjat-Faschisten verbrennen rote Fahnen. Als nächstes werden sie tödliche antisemitische Pogrome veranstalten. *Arbeitermilizen* müssen gebildet werden, mit Unterstützung von Soldaten und Offizieren der Roten Armee, die dem Sozialismus treu sind, um sich gegen die Lynch-Mobs und Pogromisten zu verteidigen und sie zu zerschlagen.

Das Verbot der Kommunistischen Partei wird als Präzedenzfall benutzt werden, alle Gruppen zu verbieten, die behaupten, für den Sozialismus oder Kommunismus zu stehen. Die Säuberung aller Roten wird benutzt werden, um kämpferische Arbeiter zu verfolgen, die Streiks gegen Entlassungen und Privatisierungen anführen. *Nieder mit der Hexenjagd, nieder mit dem Verbot der KP! Laßt nicht zu, daß sie kommunistische oder jüdische Kollegen wegschleppen!*

Die eskalierenden nationalistischen Abspaltungsbewegungen in den verschiedenen Republiken heizen brudermörderische Schlächtereien zwischen den weitgehend untereinander verflochtenen Sowjetvölkern an. Es ist dringend notwendig, *multinationale Verteidigungswachen* zu organisieren, um kommunalistische Blutbäder abzuwenden. Als Leninisten, d.h. proletarische Internationalisten, treten wir ein für die völlige Gleichheit aller Nationen und Nationalitäten in einer wirklich sozialistischen Föderation.

Die werktätigen Frauen, die am meisten unter dem wirtschaftlichen Elend der Perestroika gelitten haben, müssen nicht nur im Kampf gegen die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen in der ersten Linie stehen, sondern auch bei der Schmiedung eines wirklich kommunistischen Kerns. In Polen und der früheren DDR werden die Frauen von ihrer Arbeit vertrieben, und Abtreibung wird als eine Straftat angesehen. Die wiedererwachten werktätigen Frauen der Sowjetunion — die durch die kapitalistische Konterrevolution am meisten zu verlieren haben — müssen eine führende Rolle übernehmen, wie es ihre Großmütter und Urgroßmütter in der bolschewistischen Revolution taten.

Die Jugendlichen, von denen viele in den vergangenen Tagen erstmals schockartig zu politischem Bewußtsein kamen, müssen ihren Weg zum Programm des revolutionären Internationalismus finden. Der Rückfall zu der slawophilen Rückständigkeit von Jelzin & Co. schließt ein wirklich offenes intellektuelles und künstlerisches Klima aus, nach dem sich so viele junge Leute sehnen. Täuscht euch nicht: Das Leben der Jugend im Westen ist nicht wie im MusikvideoJ Für die Arbeiterjugend im Kapitalismus ist die Wirklichkeit ein Alptraum von Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit, mit der sehr realen Möglichkeit, das Kanonenfutter für den nächsten imperialistischen Krieg darzustellen. Die junge Sowjetrepublik kämpfte in den Tagen von Lenin und Trotzki für die Emanzipation der Frauen, für jede Art der sozialen Emanzipation, gegen Zensur, für die Freiheit von Staatseingriffen in die privaten Angelegenheiten der Bürger.

Arbeiter- und Soldatensowjets (Räte) müssen das Ziel haben, das konterrevolutionäre Jelzin-Regime zu besiegen und eine auf Sowjetdemokratie basierende Regierung zu errichten, wie die, die durch die Oktoberrevolution 1917 entstand. In dieser Stunde blanker Not ist mehr denn je die Schmiedung einer neuen, authentisch kommunistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse der Schlüssel zur erfolgreichen Verteidigung der Sowjetunion. Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!



Spartacist

Revolutionstag, 7. November 1990: Trotzkisten rufen zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen kapitalistische Restauration auf. Alle Macht den Arbeitersowjets!

Für revolutionäre Umgruppierung!

Durch den offensichtlichen und vollständigen Zusammenbruch des Stalinismus gibt es eine dringende Notwendigkeit zu Umgruppierung aus den zahlreichen Gruppierungen am linken Rand der KPdSU, die gerne Kommunisten sein würden. Viele der am stärksten kommunistisch eingestellten Arbeiter hatten Illusionen in die „patriotischen" Elemente der stalinistischen Bürokratie, die oft an den großrussischen Chauvinismus appellierten und die offene Antisemiten, Faschisten und Zaristen duldeten oder umarmten. Aber der Sojus-Führer Viktor Alksnis beispielsweise prangert Gorbatschow nicht für die Einführung des Marktes an, sondern für die Einführung von „Demokratie": „Mein Modell ist, erst den Markt, die Demokratie später". Dies ist auch bekannt als die „chilenische Option", nach dem Modell des blutigen Putsches von Pinochet, dessen gepriesenes Pseudo-„Wirtschaftswunder" auf den Leichen von Zehntausenden linker Arbeiter und Bauern aufbaute.

Ende Juli beriefen Aktivisten aus dem Milieu der „Patrioten" eine Arbeiterkonferenz in der Hauptstadt ein, zu der mehr als 500 Delegierte aus 400 größeren Betrieben der Moskauer Region kamen (siehe Seite 9). Ein Vertreter der Internationalen Kommunistischen Liga richtete eine Grußadresse an diese Versammlung:

> „Heute setzen die Imperialisten und die hiesigen Konterrevolutionäre alles daran, um die Sowjetunion zu zerstückeln, indem sie das sowjetische Proletariat durch Nationalismus spalten und paralysieren. Dies ist ihre größte Waffe. Aber das Proletariat hat seine eigene Waffe — den Internationalismus. Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert!"

Während des Putsches brachte der Moskauer Arbeiterrat, der aus dieser Juli-Konferenz entstand, einen Aufruf

Fortgesetzt auf Seite 22

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 21

heraus: „Bildet Arbeitermilizen für den Erhalt des vergesellschafteten Eigentums, für den Erhalt der sozialen Ordnung in den Straßen unserer Städte, für die Kontrolle der Durchführung der Befehle und Anordnungen des Staatskomitees für den Notstand." Kein Wort der Kritik am GKChP. Ein Aufruf für Arbeitermilizen, um die konterrevolutionären Demonstrationen der Jelzin-Anhänger zu zerschlagen, war sicherlich angebracht. Aber wenn das Notstandskomitee seine Macht gefestigt hätte, hätte es versucht, alle derartigen Arbeitermilizen aufzulösen, weil diese andernfalls unweigerlich und schnell seiner politischen Kontrolle entwachsen wären. Eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse war das letzte, was diese degenerierten Stalinisten sehen wollten.

Die kommunistisch gesinnten Linken, die auf den „patriotischen" Flügel der Kommunistischen Partei und der bewaffneten Kräfte hofften, stehen jetzt verständlicherweise unter einem politischen Schock. Sie können nicht verstehen, was passiert ist. Genaugenommen können sie nicht verstehen, was passiert ist, seit Gorbatschow 1985 Chef der KPdSU wurde. Wirtschaftschaos und Elend der Perestroika, die Aufgabe von Osteuropa, die Unterstützung für die Zerstörung des Irak durch die USA im Namen von Bushs „Neuer Weltordnung" — das alles ist nicht einfach ein Ergebnis von fehlendem Rückgrat, Korruption oder Dummheit auf Seiten Gorbatschows und seiner Mitarbeiter. Es ist das Erbe von mehr als sechs Jahrzehnten stalinistischer Perversion der Oktoberrevolution: die bürokratische Usurpation der Herrschaft der Arbeiter, das anmaßende bürokratische Mißmanagement der Wirtschaft, der großrussische Chauvinismus auf Kosten der nationalen Minderheiten, die Erstickung der freien Willensäußerung und Kreativität, die politische Demobilisierung der Arbeiterklasse.

Nach der relativen Stagnation der späten Breschnjew-Jahre kamen die führenden Teile der Kreml-Bürokratie auf ihre Art zur Erkenntnis, daß es keinen „Sozialismus in einem Land" geben kann, daß die Sowjetunion als Teil der internationalen Arbeitsteilung in die Weltwirtschaft integriert werden muß. Da der Kern der stalinistischen ideologischen Perspektive die Ablehnung der sozialistischen Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist, bedeutete dies die Integration in das weltweite *kapitalistische* System. Die Absicht von Jelzin und Gorbatschow — die beide als typische junge, aufstrebende Apparatschiks unter dem Breschnjew-Regime anfingen —, die Sowjetunion an die Wall Street und die Frankfurter Bankiers zu verkaufen, ist die *logische Schlußfolgerung* der stalinistischen Doktrin des „Sozialismus in einem Land". Gorbatschows neo-bucharinistischer „Marktsozialismus" war das Vorzimmer zur Konterrevolution.

Trotz der antikommunistischen Hysterie, die derzeit in der Sowjetunion wütet, gibt es eine große Zahl von Arbeitern und selbst ein paar Intellektuelle, die den Sozialismus und Kommunismus verteidigen wollen. Sie müssen verstehen, daß der Trotzkismus der unverfälschte Ausdruck des heutigen Bolschewismus ist, daß eine trotzkistische Partei aufgebaut werden muß, um den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen. Stalins erster Schritt bei der Festigung seiner Herrschaft war die Säuberung und Verfolgung der Linken Opposition, wobei ihm Bucharin half, und schließlich die Ermordung der gesamten alt-bolschewistischen Kader, der Führer der Oktoberrevolution.

Die verheerenden Auswirkungen des „Sozialismus in einem Land" auf die Weltrevolution und die UdSSR machten sich schnell bemerkbar. Stalin und Bucharin kollaborierten mit der britischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die dann den Generalstreik von 1926 sabotierte. Sie unterstützten den chinesischen nationalistischen General Tschiang Kai-schek, der dann das revolutionäre Proletariat in Blut ertränkte. Wie die *Plattform der Opposition* 1927 feststellte: „Der Zusammenbruch des englischen Generalstreiks und der darauffolgende Zusammenbruch der chinesischen Revolution haben die Imperialisten mit der Hoffnung erfüllt, sie könnten auch die Sowjetunion erdrücken." Nur wenige Jahre später ließ die deutsche KP es zu, aufgrund der Befehle Stalins, daß Hitler unangefochten an die Macht kam.

Stalin hatte Trotzkis Aufruf für eine prinzipienfeste Arbeitereinheitsfront, um die Faschisten zu besiegen, zurückgewiesen. Als Nazi-Deutschland eine offensichtliche Gefahr für die Sowjetunion wurde, rief Stalin zur „Volksfront" mit den sogenannten „demokratischen" Imperialisten in Frankreich und Britannien auf. Im Namen dieser „Volksfront" sabotierten die Stalinisten eine vorrevolutionäre Situation in Frankreich und erwürgten die revolutionäre spanische Arbeiterklasse, was dem Sieg Francos den Weg bereitete. Danach war Stalin, der während der blutigen Säuberungen 1936—38 den Generalstab der Roten Armee enthauptete und auf seinen „Nichtangriffspakt" mit Hitler vertraute, unmittelbar verantwortlich für die katastrophalen Verluste in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs.

Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger wurden getötet bei der Verteidigung des Heimatlandes des Oktober und bei der Befreiung Europas vom Alptraum des Nazismus. Auf der Grundlage der Zerstörung des Dritten Reichs durch die Rote Armee brachte die Bedrohung der UdSSR durch den atomar bewaffneten amerikanischen Imperialismus den Kreml dazu, als Verteidigungsmaßnahme in Osteuropa bürokratisch deformierte soziale, d.h. antikapitalistische Umwälzungen durchzuführen. Aber nun wird Osteuropa wieder den Imperialisten übergeben.

Wir Trotzkisten haben immer die Sowjetunion verteidigt

Heute steht die Sowjetunion vor der Zerstückelung, ihre Teilrepubliken vor der Umwandlung in Neokolonien von Washington, Berlin und Tokio. Die unmittelbare Ursache des jetzigen Zusammenbruchs der stalinistischen Bürokratie liegt in der erneuerten Kalten-Kriegs-Offensive, die vom amerikanischen Imperialismus gestartet wurde, um seine schmähliche Niederlage in Vietnam zu überwinden. Bei jeder entscheidenden Schlacht des zweiten Kalten Krieges - in Afghanistan, Polen, der DDR - stand die Internationale Kommunistische Liga (IKL, früher die internationale Spartacist Tendenz) fest zur Verteidigung der Sowjetunion gegen die Kapitulationen der Kreml-Bürokratie.

Die sowjetischen Stalinisten führten einen halbherzigen Krieg gegen die vom CIA bewaffneten islamischen Reaktionäre in Afghanistan, und schließlich verkauften sie aus und zogen sich zurück. Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und forderten: „Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!" Als Ende 1981 die polnische Solidarnosc unter der Führung von Reagan und Papst Johannes Paul Wojtyla im Namen der „bürgerlichen Demokratie" nach der Macht griff, erhoben wir die Forderung: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Der Gegencoup von General Jaruzelski vereitelte für eine Weile die Pläne der klerikal-nationalistischen Strohmänner von den Frankfurter Bankiers und der Wall Street. Aber die Stalinisten hatten weder die moralische Autorität noch ein Programm, um der Konterrevolution das Wasser abzugraben.

so daß acht Jahre später derselbe Jaruzelski die politische Macht mit der Zustimmung Gorbatschows an Walesa & Co. abtrat.

Als Ende 1989 das Honecker-Regime in Ostdeutschland stürzte und die Berliner Mauer fiel, warf die IKL ihre Kräfte in den Kampf für die Perspektive eines roten Deutschlands der Arbeiterräte. Wir initiierten den Aufruf zu der riesigen antifaschistischen Demonstration am 3. Januar 1990, zu der 250000 Personen kamen, um die Sowjetsoldaten zu ehren, die bei der Befreiung Deutschlands von den Nazis fielen. Danach, als Gorbatschow einem wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus grünes Licht gab, waren unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die *einzige* Partei, die sich klar und eindeutig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung stellte.

Innerhalb der Sowjetunion haben Vertreter der IKL für eine Perspektive des revolutionären Internationalismus gekämpft. So halfen wir bei einem Bergarbeiterkongreß in Donezk, rechtsgerichtete Jelzin-Unterstützer abzublocken, die, beraten vom US-Gewerkschaftsbund „AFL-CIA", versuchten, sowjetische Bergleute für die internationale antikommunistische Hexenjagd gegen den britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill zu gewinnen. Die imperialistischen Herrscher hassen Scargill, weil er 1984/85 den britischen Bergarbeiterstreik führte — den sowjetische Arbeiter großzügig unterstützten. Diese bedeutende Klassenschlacht strafte den eigennützigen stalinistischen Mythos Lügen, die Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Landern seien unfähig, harten Klassenkampf zu führen.

Unser dringendes Ziel ist es, mit unserer Broschüre *Spartacist Bulletin,* die neben Schlüsseldokumenten der IKL auch den Abschnitt über die UdSSR aus Trotzkis Übergangsprogramm enthält, das Programm des Trotzkismus dem sowjetischen Proletariat und der sozialistisch eingestellten Intelligenzija zugänglich zu machen. In den letzten Monaten analysierten wir die sich zuspitzende Krise in unserem Artikel „Wohin geht die Sowjetunion" *(Spartakist* Nr. 84 und 85, März und April 1991), der auch ein Programm für den Kampf um wirkliche Sowjetmacht enthält.

Es ist dringend notwendig, zu kämpfen

Als Trotzki 1935 über den „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus" schrieb, hielt er fest: „Der unvermeidliche Zusammenbruch des Stalinschen Bonapartismus wird sofort den Charakter der UdSSR als Arbeiterstaat in Frage stellen." Dies ist jetzt geschehen. Er fügte hinzu: „Das Schicksal der Sowjetunion als *sozialistischer* Staat hängt von dem *politischen* Regime ab, das den Stalin-Bonapartismus ablösen wird." Die Imperialisten und ihre Laufburschen wie Jelzin wollen die Konsolidierung eines kapitalistischen Staats beschleunigen. Nur wird dies nicht so einfach sein. Es ist nicht wie in Ostdeutschland, einem überschaubaren, homogenen Land, das von der bereits existierenden deutschen Bourgeoisie übernommen wurde, die einfach mit ihrem Staatsapparat einzog, die DDR-Wirtschaft in Trümmer legte und die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung auf Sozialhilfe setzte. Als sich herausstellte, daß die Kosten höher waren als erwartet, pumpte Bonn weiter Milliarden D-Mark hinein.

Die Sowjetunion dagegen ist ein riesiges Land mit mehr als 100 Nationalitäten, einem gewaltigen Potential für Chaos, und es gibt keinen, der die kapitalistische Übernahme finanziert. Die sowjetischen kleinbürgerlichen Yuppies glauben an einen utopischen Kapitalismus und träumen davon, plötzlich einen Lebensstandard wie in Skandinavien zu bekommen. Tatsächlich wäre ihr wirtschaftliches und politisches Schicksal im Kapitalismus eher so wie in Mexiko oder schlimmer, mit einer tiefen Verarmung der Massen, über die ein autoritärer Staat wacht. Die Kräfte, die Jelzin unterstützen, wären gern eine kapitalistische Klasse, aber sie sind noch keine. Selbst in Polen, wo der Staat von oben bis unten kapitalistisch ist, hat sich noch keine kapitalistische Klasse gefestigt, weil es ihr fehlt an ... Kapital.

Und es gibt weitere Hindernisse: zum einen ist die sowjetische Wirtschaft unionsweit organisiert, so daß die Abtrennung wesentlicher Teile, besonders der Ukraine, einen verheerenden Schaden anrichten wird. Darüber hinaus glauben viele sowjetische Arbeiter, daß das Land ihnen gehört, und sie sind zutiefst der Gleichheit der Menschen verpflichtet. Dies müßte der Kapitalismus erst zerstören, um sich einzunisten. Obwohl sich die Dinge mit einer halsbrecherischen Geschwindigkeit entwickeln, könnten diese Faktoren dem Proletariat eine Gelegenheit bieten, in den Kampf einzutreten, bevor sich die Konterrevolution festigt. Sollte dies passieren, müssen Revolutionäre eingreifen und Führung geben, und vor allem muß ihr Ziel sein, eine neue revolutionäre Avantgardepartei zusammenzuschweißen, das entscheidende Instrument für den Sieg.

Nach Workers Vanguard *Nr. 533, 30. August*

Krankenschwestern...

Fortsetzung von Seite 4

die Arbeiter zur Macht führt. In dieser komplizierten Industriegesellschaft wird *internationale* Planung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig sein, um die bestmögliche Versorgung der Menschen zu sichern.

Gesundheit heißt viel mehr als Injektionen, Pillen und das Messer des Chirurgen: es bedeutet einen anständigen Platz zum Leben; ausreichendes gutes Essen; die Kenntnis der menschlichen Biologie; Luft ohne Verschmutzung; sichere und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Die Medizin kann nicht Leben sichern, das durch Armut und Unterernährung ruiniert wurde. Erst wenn das kapitalistische System auf dem Misthaufen gelandet ist, wenn die Arbeiter dieser Welt am Steuer sind, werden wir eine neue, wirklich sozialistische Gesellschaft errichten können, wo Menschenleben und Menschenwürde zählen. Dann werden medizinische Forschung und Technik international koordiniert für das Wohl aller. Erst dann werden Krankenhäuser wirklich Heilstätten sein."

Hamburg...

Fortsetzung von Seite 5

ner Straße ermorden, wie beinahe zuletzt beim Angriff in Bergedorf. Die Spartakisten haben am Donnerstag an der Demo in Bergedorf teilgenommen mit dem Banner: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!

Das Bundesinnenministerium rechnet mit 300000 Abschiebungen. Und das müssen wir verhindern. Für verfolgte Iraner wie Libanesen, Palästinenser und Tamilen gilt, daß sie vor dem 31. Dezember 1988 eingereist sein müssen, um ein Bleiberecht zu genießen. Aber Chomeini hat gerade Anfang 1989 10 000 Linke hinrichten lassen.

Um diese Massenabschiebungen zu verhindern, bedarf es Aktionen in größerem Umfang, wie sie die Spartakisten organisieren: Demonstrationen gegen den Judenstopp für sowjetische Juden und gegen den Maulkorberlaß für Araber wie in Berlin, gegen die Diskriminierung von Immigranten, Lesben und Schwulen in Diskotheken wie in Hamburg. Und dafür brauchen wir eine trotzkistische Partei, wie wir Spartakisten sie aufbauen wollen.«

SPARTAKIST

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!
„Festung Europa" deportiert

Polizeiterror, Massenabschiebungen, rassistische Hetzjagd — das imperialistische Westeuropa befestigt seine Grenzen gegen Flüchtlinge und Immigranten. Im italienischen Hafen Bari werden 10000 albanische Flüchtlinge im Stadion zusammengetrieben, unter infernalischen Bedingungen von der Polizei eingekesselt und deportiert. An der polnischen und tschechoslowakischen Grenze werden vom Bundesgrenzschutz jeden Monat Tausende Rüchtlinge — hauptsächlich Roma und Cinti aus Rumänien — mit Hubschraubern und Eingreiftruppen gejagt und vertrieben. Die wenigen, die es trotzdem nach Deutschland schaffen, werden von Nazi/Skinheadbanden überfallen.

In der bürgerlichen Presse tobt eine unbeschreibliche Hetze gegen Flüchtlinge. „Asylanten-Katastrophe - Morgen auch bei uns?", schreit ein Titelbericht der notorischen *Bild-Zeitung* und zeigt zynisch auf das schreckliche Leiden der Albaner in Italien. Der *Spiegel* fragt: „Müssen die Deutschen das im Grundgesetz garantierte Asylrecht kippen?", und hetzt: „Die meisten Ankömmlinge sind auch nicht echte Hungerflüchtlinge". Inzwischen werden in Dresden Roma-Kinder mit Hungerbäuchen unter entsetzlichen Bedingungen zusammengepfercht. In ganz Deutschland werden in Turnhallen und Containern unmenschliche Lager für Asylsuchende errichtet.

Von der kleinen Völkergruppe der Roma und Cinti

Fortgesetzt auf Seite 6



Glaser/SZ-Archiv

Berliner Polizei des Vierten Reichs bei der Selektion von Asylsuchenden

Özals Türkei: NATO-Schlächter für „Neue Weltordnung"

Seit dem imperialistischen Massenmord am Golf und der Verkündung von Bushs „Neuer Weltordnung" hat der NATO-Staat Türkei den blutigen Terror gegen seine Bevölkerung verschärft, besonders gegen das kurdische Volk im Südosten. Und am 4. August regneten wieder Bomben auf kurdische Dörfer im Irak: Die türkische Luftwaffe und 20000 Soldaten fielen in den Nord-Irak ein, um Stellungen der kurdischen nationalistischen Guerillaorganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu zerstören und ihren Terrorkrieg gegen Kurden auf den Irak auszuweiten. Allein im kurdischen Grenzort Cherasok wurden zwölf Menschen getötet und weitere 13 Bewohner durch Splitterbomben schwer verletzt, von den Hütten ist nicht eine einzige stehengeblieben. Berichten zufolge wurden auch Stellungen im Iran sowie der Marktplatz in der Stadt Hahork und ein Flüchtlingslager nahe Servan bombardiert, wo 200 Menschen getötet worden seien. Eine Gesamtzahl der Opfer des türkischen Überfalls ist nicht bekannt. Die türkische Regierung verkündete, daß sie 35 PKK-Kämpfer ermordet habe.

Am 13. August erklärte die Türkei ihre Aktion für beendet. Der Einsatz der Armee und der mit der Armee kollaborierenden Dorfmilizionäre dauert zur Zeit noch an. Die Regierung in Ankara erwägt die Errichtung einer Pufferzone im Irak, nach dem Vorbild der zionistischen Lösung im Süden Libanons: ein Niemandsland, wo auf alles geschossen wird, was sich bewegt. Ob Pufferzone oder sogenannte „Schutzzone" der US-Imperialisten, die „Neue Weltordnung" hat nur Elend, Hunger und Terror für das kurdische Volk gebracht.

Im Juli besuchte der Verkünder dieser „Neuen Weltordnung", US-Präsident George Bush, das türkische „Bollwerk an der Südflanke der NATO". Sein Besuch war vorbereitet worden durch den grausamen Polizei-Überfall auf einen Trauermarsch in Diyarbakir. Mit der größten

Fortgesetzt auf Seite 7

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

EXTRABLATT 28. SEPTEMBER 1991 10 Pfennig

Nazi-Pogrom in Hoyerswerda, rassistischer Mord in Saarlouis

Zerschlagt den Nazi-Terror durch Arbeiter-/Immigranten-Mobilisierung!

Zwei Wochen vor dem Jahrestag der „Deutschen Einheit" am 3. Oktober zeigt das Vierte Reich seine blutige Fratze. Tagelang blockierten faschistische Banden Immigranten-Wohnheime in Hoyerswerda, warfen Fensterscheiben ein und Brandflaschen in die Unterkünfte. All dies unter den Augen der Nachbarn, die dem Pogrom teilweise Beifall klatschten. Die Überfälle des braunen Packs haben eine neue Qualität erreicht, weil die Faschisten nach der Konterrevolution in der DDR einen Nährboden finden, wo bereits über die Hälfte der Werktätigen (Kurzarbeiter, Frauen, über 50jährige) arbeitslos ist und ins soziale Elend gestoßen wird. Jetzt kriechen die Nazis mit dem alten rassistischen Dreck wieder aus ihren Löchern.



R. Liebman

Hoyerswerda: PDS fordert mehr Polizei, die Selbstverteidigung verhindert

Energische Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer antifaschistischen Verbündeten können die Faschisten stoppen. Aus Hoyerswerda sind jetzt fast alle Ausländer rausgejagt worden. *Aber das hätte verhindert werden können.* Hoyerswerda ist keine Nazi-, sondern eine Arbeiterstadt, die wie die übrige Ex-DDR unter kapitalistischer Verwüstung und Verzweiflung leidet. Entschlossenes Eingreifen der organisierten Werktätigen könnte einfach die paar hundert Nazi-Skinhead-Punks und rassistischen Rowdies wegfegen, die „Schaulustigen" zum Schweigen bringen und eine Menge Unterstützung in der Gemeinde gewinnen. Es ist eine Frage der *Führung,* der Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei wie sie die Spartakist-Arbeiterpartei aufbauen will — internationalistisch und antirassistisch.

In Hoyerswerda konnten die Nazis mit Unterstützung der Bourgeoisie gewinnen, im Sog der seit Monaten tobenden „Asylantendebatte". Von der berüchtigten *Bild-Zeitung* bis zu den „gehobenen" rassistischen Artikeln in *Spiegel* und *Zeit* wurde die Hetzkampagne gegen Flüchtlinge hochgepeitscht. Das Vierte Reich hat sein „Wirtschaftswunder" durch die Superausbeutung der importierten „Gastarbeiter" geschaffen. Heute hetzen die Kapitalisten gegen eine „Asylantenflut" und bauen die „Festung Europa", um die Ausplünderung Osteuropas und der Sowjetunion unter deutscher DM-Ordnung zu organisieren.

Bonns Politik ist Teil der allgemeinen Hexenjagd: Die Immigranten werden aus den Betrieben gedrängt und massenweise abgeschoben. Die rassistische Volksfront von CDU/CSU und SPD, Grünen bis hin zur PDS streitet über die effektivsten Abschiebemethoden oder handelt mit Quoten und züchtet damit die Nazi/Skinhead-Truppen. Björn Engholm preschte vor und forderte Sammellager für Asylsuchende und eine „Beschleunigung" des Abschiebeverfahrens, während die Grünen nach „Quotierung" von Ausländern schreien. Die schwarz-rot-goldene PDS, die zuvor die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hat, hilft kräftig mit, den neuen Staatsapparat des Vierten Reichs aufzubauen und Ostdeutschland „ausländerrein" zu machen. Sie wollen das Image vom „häßlichen Deutschen" zugunsten der deutschen Bourgeoisie aufpolieren.

Aber das wahre Gesicht des „demokratischen Deutschland" ist der Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge. Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung", und warnte, daß die Konterrevolution die Arbeiter, die Frauen und die Immigranten in Massenelend stürzen wird.

Hoyerswerda ist ein Beispiel für die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Davor hatten alle Arbeit und Wohnungen. Mit dem Anschluß an das Vierte Reich gibt es für den

Braunkohletagebau keine Perspektive mehr, und der Gigant Schwarze Pumpe will in den nächsten Wochen über 5000 Arbeiter entlassen. Obwohl Kohle und Gas zur Energiegewinnung dringend gebraucht werden, sollen die Reviere stillgelegt werden. Nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern als Teil des Vernichtungsfeldzuges, dem alle Werktätigen der ehemaligen DDR ausgesetzt sind. Der Zweck ist die Einschüchterung und Demoralisierung des ostdeutschen Proletariats, mit dem Resultat, daß die Nazi-Banden am hellichten Tage ungehindert ihr mörderisches Gewerbe ausüben können.

Weil die Streiks und Proteste gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen vereinzelt geblieben sind und es keinen massiven und geschlossenen Arbeiterwiderstand gegeben hat, findet die deutsch-nationale Demagogie der Nazis besonders unter Jugendlichen Gehör, die keine Perspektive und Zukunft für sich sehen. Es ist in erster Linie die Verantwortung der SPD-geführten Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeiterkämpfe verhindert zu haben. So profilierten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte als rabiateste Stasi-Hexenjäger und arbeiteten offen für das feindliche Lager, um die Arbeiterkämpfe zu verhindern und die Massenentlassungen durchzusetzen.

Um sich zu verteidigen, brauchen die Arbeiter eine Partei mit einem revolutionären Programm, die für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich kämpft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wohnungen, Verkehrsverbindungen und soziale Infrastruktur müssen wiederaufgebaut werden. Dazu ist ein Programm von öffentlichen Arbeiten bei vollem West-Tariflohn und unter Kontrolle der Gewerkschaften notwendig, das die Arbeitslosen und Jugendlichen von der Straße holt. Die Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse muß gestoppt werden, um den Faschisten den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Polizeiterror im Vierten Reich

„Mehr Polizei" ist jetzt der Schlachtruf vor allem der PDS. Aber Hoyerswerda hat wieder einmal bewiesen, daß die Polizei nur in Aktion trat, um die Selbstverteidigung der Wohnheime zu verhindern und die Demonstranten festzunehmen, die sich zur Verteidigung der Bewohner versammelten. Und als am Schluß im Auftrag des Stadtrats die Polizei endlich aktiv wurde, dann nicht, um die Faschisten wegzuräumen, sondern um die eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge abzuschieben. Ein Polizeileutnant im Einsatz erklärte vor Presse-Mikrophonen: „Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind".

Nicht die Nazis landeten im Gefängnis, sondern die Flüchtlinge wurden nachts in Bussen aus dem Ort geschafft. Das Fahrtziel wurde verschwiegen; ein Vietnamese wurde bei der Abfahrt durch einen Steinwurf schwer verletzt. Die Polizei lehnte es ab, einen Arzt zu holen, wie es die Flüchtlinge forderten. In dreistündiger Irrfahrt durch Sachsen gelangten sie nach Pirna, wo sie auf freiem Feld und ohne Essen die Nacht verbringen mußten. Einige flüchteten nach Berlin und Hannover.

Die Bourgeoisie will die faschistischen Aufmärsche in Ostdeutschland dem Arbeiterstaat DDR in die Schuhe schieben, während das Leben der Immigranten im Westen rosig gemalt wird. Dies ist eine offensichtliche Lüge. Von 62 Brandanschlägen in den letzten acht Monaten fanden mehr als 20 in Nordrhein-Westfalen statt. Als am 19. September der Nazi-Abschaum in Hoyerswerda ungehindert Molotowcocktails warf, verbrannte in der gleichen Nacht in Saarlouis der Ghanaer Samuel Yeboahin nach einem Brandanschlag; zwei seiner Heimkollegen aus Nigeria wurden schwer verletzt. Im Saarland, das vom SPD-Exkronprinzen Lafontaine regiert wird, sitzen die faschistischen Republikaner im Rathaus. Am nächsten Tag protestierten in Saarlouis 400 Demonstranten mit den Losungen: „Faschos erledigen die Dreckarbeit für CDU/SPD/Grüne" und „Gastfreundliches Saarland. Saarbrücken schiebt ab, Saarlouis verbrennt."

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Im Westen wie im Osten kämpfen die Kumpel um ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt. Mehr und mehr spüren die Arbeiter von Bundesbahn und Post bis Stahl und Bergbau, daß die vereinigte Deutsche-Bank-Republik sinkenden Lebensstandard und zunehmende faschistische Greueltaten bedeutet. Einige Kontingente disziplinierter IG-Bergbau-Arbeiter, zusammen mit ihren Kollegen der ÖTV, sind eine Macht, die die Wohnheime der eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge sichern kann.

In Westdeutschland sind die 2,2 Millionen eingewanderten Arbeiter ein strategischer Teil des machtvollen Proletariats, das in den Schlüsselindustrien multinational zusammengeschweißt ist. Die Arbeiter aus Südeuropa, der Türkei und Kurdistan stehen an vorderster Front des Klassenkampfes. Sie sind nicht der SPD verpflichtet, die die „deutschen Interessen" in die Arbeiterklasse hineinträgt. Die SPD spielt die Arbeiter untereinander aus — gegen eingewanderte Arbeiter, Roma, Cinti und Flüchtlinge. Die Arbeiter brauchen eine internationalistische revolutionäre Partei, um die Macht der Arbeiterklasse zu entfesseln, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Massenarbeitslosigkeit kämpft und Bonns Abschiebe-„Ausländergesetz" hinwegfegt. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Faschistischer Mob wütet in Hoyerswerda

Entschiedene und energische Arbeiteraktionen sind notwendig, um die Faschisten zu stoppen. Dies zeigt besonders das Beispiel von Hoyerswerda. Die Skinheads fingen mit Steinen und Flaschen an, dann folgten Reizgas und Mauser-Pistolen. Die Heimbewohner verteidigten sich mit Knüppeln und Eisenstangen, aber am nächsten Tag ging es weiter, bis am Donnerstag der harte Kern der Nazis von 50 auf 400 anschwoll und vor das Wohnheim zog, wo angolanische, jugoslawische und rumänische Asylsuchende wohnen. Vor gaffenden und Beifall klatschenden Zuschauern und einer regelmäßig zu spät kommenden Polizei weiteten die Nazis ihren Terror aus.

Geradezu tragisch ist es, daß viele Flüchtlinge im Westen unterzukommen hoffen, wo für Roma und Cinti, Ghanaer und Tamilen schon jahrelang Lager gebaut werden, wo diese Menschen von Polizei und Faschisten verfolgt und terrorisiert werden.

Die brutalen Angriffe riefen anständige Bürger auf den Plan, die dem rassistischen Terror ein Ende setzen wollten. Nur 30 km von Hoyerswerda entfernt wurden die Faschisten in Cottbus am 22. September von linken Jugendlichen gestoppt, als sie ein Wohnheim von Flüchtlingen angreifen wollten. Die Internationale Liga für Menschenrechte, die Jüdische Gruppe, Autonome, die SpAD und andere Gruppen kamen aus Berlin nach Hoyerswerda. Ein Teil der Bevölkerung von Hoyerswerda stellte sich zu den Linken. Aber ohnmächtige Mahnwachen vor Ausländerheimen allein helfen kaum. Einige Hundert Arbeiter könnten die Sache schnell beenden. Ein Gewerkschaftsmitglied in Hoyerswerda erzählte den Genossen der SpAD: „Ja, ein paar Kumpel von der Arbeit könnten diese Sache schnell erledigen, und ich werde das morgen mit ihnen diskutieren". Ein Arbeiter äußerte empört über die Nazi-Angriffe gegen seine mosambikanischen Kollegen: „Die haben in der Kohle jahrelang die Dreckarbeit für uns gemacht".

Hände weg von Markus Wolf!

„Sofortige Freilassung von Markus Wolf!" forderten Mitglieder und Sympathisanten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei einer Demonstration am 25. September vor dem Bundesgerichtshof in Berlin. Der kommunistische Ex-Spionagechef der DDR war schon immer das Ziel des besonderen Hasses der deutschen herrschenden Klasse, weil er einen effektiven Beitrag zum Schutz des deformierten Arbeiterstaats gegen die Imperialisten geleistet hat, besonders gegen den westdeutschen Imperialismus. Wie ein Redner auf der Protestkundgebung erklärte: „Die deutsche Bourgeoisie will den Sieg der Roten Armee von 1945 gegen die Nazi-Barbarei rächen und alles vernichten, was an Fortschrittlichem auf dem Gebiet der DDR existiert hatte."

Schon unter Hitler wurde die jüdische Familie von Markus Wolf aus Deutschland vertrieben; sie flüchtete vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion. Heute wird der DDR-Meisterspion vom Bundesjustizminister Klaus Kinkel verfolgt, dem ehemaligen Chef des von Hitler-General Gehlen aufgebauten Bundesnachrichtendienstes.

Mit der Rückeroberung der DDR hat die deutsche Bourgeoisie eine ungeheure antikommunistische Hexenjagd entfacht, an deren Spitze die Bluthunde der SPD und ihre Gehilfen von Grünen/Bündnis 90 stehen. Die PDS, selbst Opfer der Stasi-Hetze, hat ihre Kassierer Pohl und Langnitschke sowie Kaufmann an die Kerkermeister des bürgerlichen Staats ausgeliefert und schließt sich den Hexenjägern in der vergeblichen Hoffnung an, sie dadurch zu besänftigen. Doch das Vierte Reich hat Blut geleckt und will mit Parteienenteignungen, Berufsverboten, Massensäuberungen und Schauprozessen jeden Widerstand einschüchtern. Die Verteidigung von Markus Wolf und *allen* Opfern der antikommunistischen Hexenjagd ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Protest fand statt vor dem Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts, das von 1936 bis 1943 unzählige Todesurteile gegen antifaschistische Widerstandskämpfer und Kriegsdienstverweigerer fällte. Ein Plakat trug die Losung „Hoch die heroischen Sowjetspione Leopold Trepper, Richard Sorge!" Die Demonstranten riefen „Hände weg von Markus Wolf!" und „Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Hände weg von der PDS!". Andere Forderungen waren „Organisiert Arbeiterverteidigung von Flüchtlings- und Arbeiterwohnheimen!", „Bourgeoisie von Auschwitz — Hände weg von Markus Wolf!" und „Hände weg von den Grenzschützern und Erich Honecker!"



Spartakist

Protest vor ehemaligem Nazi-Reichskriegsgericht

„Hoyerswerda kann überall sein", droht der sächsische Minister Krause. Tatsächlich hat Hoyerswerda eine neue Qualität erreicht - es war ein Pogrom, das tagelang anhielt. Es ist dem bürgerlichen Staat gelungen, *sein* „Ausländerprogramm" durchzuführen. Dabei benutzen sie alle die Lüge, daß „40 Jahre Kommunismus" diese Nazi-Kreaturen hervorgebracht hätte, weil sie die starke antifaschistische Tradition der DDR ausrotten wollen.

Die DDR war ein Arbeiterstaat, wenn auch von Anfang an bürokratisch deformiert, der von den *Opfern* des Naziterrors gegründet wurde. Als im Dezember 1989 die verabscheuungswürdige Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow geschah, kamen 250000 zu einer machtvollen Einheitsfrontkundgebung und bewiesen damit, daß in Ostdeutschland die antifaschistische Tradition ganz lebendig ist. Wir Spartakisten haben diese Einheitsfront initiiert (die dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde), um die Tradition in den Berliner Fabriken und NVA-Kasernen wiederzubeleben — in der internationalistischen Tradition von Leo Trotzki und seinem Kampf für Arbeitereinheitsfront Anfang der 30er Jahre, um die Faschisten zu zerschlagen. Diese Tradition wurde zuerst durch den Sieg der Nazis gebrochen, der durch die kampflose Kapitulation von KPD und SPD ermöglicht wurde.

Der stalinistische Nationalismus, der auf dem Mythos des „Sozialismus in einem Land" basiert, diente der Demoralisierung der ostdeutschen Arbeiterklasse und isolierte sie von ihren internationalen Klassenbrüdern. Eingewanderte Arbeiter aus sogenannten brüderlichen „sozialistischen" Ländern mußten getrennt von dem Rest der Bevölkerung zusammengepfercht in engen Wohnheimen leben, und sie erhielten weniger Lohn für die dreckigsten Arbeiten. Nach dem Fall der Mauer verbreiteten die Spartakisten in der *Arbeiterpressekorrespondenz* internationalistische Grüße an diese Arbeiter und an die sowjetischen Soldaten und ihre Familien in vietnamesisch, portugiesisch, spanisch, polnisch und russisch.

In obszöner Weise duldeten die Stalinisten kleine Skinhead-Banden in der DDR. Aber erst der Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Verzweiflung, bietet den Faschisten eine materielle Basis, um zu rekrutieren. Wenn eine entschlossene Arbeiterklasse fehlt, ist es möglich, daß die Faschisten sich von Bierhallen-Schlägern zu einer tollwütigen Massenbewegung entwickeln.

Die Arbeiter und Immigranten müssen mobilisiert werden zu Einheitsfrontaktionen, die alle Feinde des rassistischen Terrors einbeziehen, um die Nazis zu stoppen. Dazu müssen wir eine revolutionäre Partei schmieden, mit einem Programm, um die Macht der Arbeiterklasse zu organisieren. Vor uns steht die Aufgabe, das ganze verrottete kapitalistische System zu stürzen, um den Faschismus ein für alle Mal zu beseitigen.«

SPARTAKIST

Berliner Amtsgericht schützt Rep/Polizei-Provokation

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Rassistische Morde und Überfälle auf Immigranten und Nazi-Pogrome wie in Hoyerswerda haben mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands enormen Auftrieb bekommen. Was in dem Fall der Antifaschisten von Moabit auf dem Spiel steht, ist das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderen Minderheiten, sich gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und SpAD-Unterstützer Michael Philippsen stehen vor Gericht, weil sie sich und andere im Januar 1989 gegen den Berliner Nazi-Führer Garsten Pagel und eine Bande mit Pistolen bewaffneter Republikaner verteidigt haben, als dieses Pack nach einer antifaschistischen Veranstaltung einen beliebten Treffpunkt für Immigranten und Linke im Berliner Arbeiterviertel Moabit bedrohte.

Mit einer Provokation gegen die Antifaschisten begann der Prozeß am 24. Mai, als der Haupt„zeuge" Pagel mit einem Leibgarde-Trupp von drei kräftigen Männern durch einen Gcheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist. „So etwas habe ich noch nie erlebt, noch nicht mal in den Terroristenprozessen", kommentierte Rechtsanwalt Jung. *Neues Deutschland* (25. Mai) fragte: „Wer waren diese Männer, die sich anonym auf Zeugenplätzen niederließen? Waren es Verfassungsschutz, Leibgarde oder Polizisten in Zivil?. .. Das Geheimnis blieb gewahrt."

Nach dem Protest der Anwälte der angeklagten Antifaschisten verteidigte Richterin Müller diese Provokation als Maßnahme „zum persönlichen Schutz" des Nazi-Führers Pagel und weigerte sich, die Identität der Leibwache bekanntzugeben. Sie weigerte sich auch, auf einen größeren Gerichtssaal auszuweichen, um die über 100 Unterstützer, die vor Prozeßbeginn ihre Solidarität mit den Antifaschisten demonstriert hatten, am Prozeß teilnehmen zu lassen. Die Anwälte Jens Brückner und Rüdiger Jung stellten Befangenheitsanträge, die schließlich vom Gericht anerkannt wurden, die Verhandlung wurde bis zur Entscheidung vertagt.

Am 30. Juli entschied das Amtsgericht Berlin, die Befangenheitsanträge als „unbegründet" zurückzuweisen. Damit können die Polizei und die Republikaner-Faschisten, die berüchtigt für ihre Überlappung mit der Polizei sind, ihre Provokation wiederholen.

Über die Provokation klärte ein Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichts vom 26. Juni auf: Es seien zwei Beamte der Kriminalpolizei sowie ein Justizwachtmeister gewesen. Mit der Billigung von Richterin Müller sei Pagel „zur Hauptverhandlung verdeckt zugeführt worden". Auch Richterin Müller bequemte sich nun zu einer „dienstlichen Äußerung" vom 28. Juni und gab zu, daß ihr am Vortag des Prozeßbeginns zwei Polizisten mitgeteilt hätten, daß sie Pagel „gesichert" und auf „gesonderten Wegen" bringen würden. Müller: „Ich habe nicht gefragt, .warum' diese so vor sich gehe."

Durch ihre eigene Äußerung bestätigte sie sich als *befangen und eine Lügnerin.* Rechtsanwalt Jung stellte dazu am 8. Juli fest, diese Vorgehensweise bedeute, „den Angeklagten als das bloße Objekt von Maßnahmen zu behandeln, die sozusagen hinter seinem Rücken und ohne Kenntnis seiner Verteidigung angeordnet wurden." Ebenso bestätigte Müller mit ihrer Äußerung, daß sie „ohne jegliche Nachfrage und Überprüfung die Auffassung" Pageis und seiner Leibgarde-Truppe gebilligt hatte.

Die Anwälte von Michael und Renate werden Einstellungsanträge stellen. Aber wir vertrauen nicht auf die Justiz des Vierten Reichs. Der Prozeß kann jederzeit wieder aufgenommen werden. (Das Gericht mußte den ursprünglich angegebenen Prozeßtermin am 20. November wieder aufheben, da er sich als Feiertag herausstellte.)

Unterstützt die Antifaschisten von Moabit: Protestiert gegen die bedrohliche Provokation! Fordert die sofortige Einstellung der Verfahren. Fragt nach Unterstützung bei euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen, in euren Organisationen. Schickt Telefaxe, Telegramme oder Briefe an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21, Fax (Westberlin) 39 79-20 10. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an: Komitee für die Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11. Spendet auf das Konto Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, Konto-Nr. 13 48 267, BLZ 200 400 00.

Veranstaltungsreihe der SpAD

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Stoppt die Skins/Republikaner durch Arbeiter-/Immigranten-Mobilisierung!

WOLFEN - Freizeitcenter 83

Dienstag. 23.10. 18 Uhr

Str. d. Chemiearbeiter

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022
Rostock	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

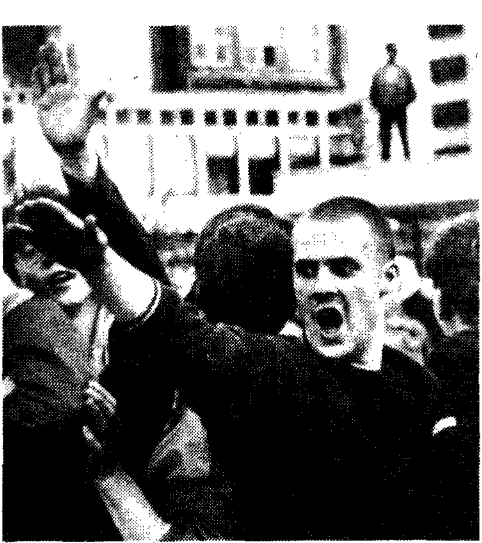
Nr. 90 OKTOBER 1991 50 Pfennig

Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung
Zerschlagt Nazi-Terror!

Nach den Pogromen in Hoyerswerda wurde eine rassistische Welle von Nazi/Skinhead-Terror im gesamten Bundesgebiet in Gang gesetzt, die sich am 3. Oktober zuspitzte. Das ist die bittere Frucht der kapitalistischen Wiedervereinigung. Allein an diesem „Jubeltag" des Vierten Reichs gab es über zwei Dutzend faschistische Angriffe. In Hünxe (Rheinland) erlitten zwei libanesische Kinder im Alter von fünf und neun Jahren lebensgefährliche Brandwunden, das ganze Flüchtlingsheim brannte nieder. In Krefeld wurde auf offener Straße ein türkischer Arbeiter niedergestochen - vor den Augen zahlreicher Passanten.



Der Spiegel



Olaf Jandke - Action Press

Hoyerswerda: Vietnamesischer Arbeiter - Opfer des Nazi-Pogroms

Diese Entwicklung wurde angefacht durch die aggressive „Asyldebatte" — in Wirklichkeit ein *Allparteienangriff gegen die Flüchtlinge.* Bereits am 1. Februar 1990 warnten wir Spartakisten: „Die SPD ist heute der Hauptorganisator einer kapitalistischen Konterrevolution in der DDR, während die Faschisten als Vorreiter einer Wiedervereinigung entfesselt werden. Sie wären die Sturmtruppen der Reaktion, wenn ein Viertes

Fortgesetzt auf Seite 9

Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin, Gorbatschow!
Nationalistisches Blutbad droht beim Zerbrechen der Sowjetunion

10. September — Boris Jelzin droht, die von Russen bewohnten Gebiete der Ukraine und Kasachstans zu annektieren. Das gerade unabhängig gewordene Litauen verkündet eine Generalamnestie für Nazi-Kollaborateure und Massenmörder im Zweiten Weltkrieg. Der diktatorische nationalistische Präsident Georgiens ordnet an, daß oppositionelle Demonstranten mit einem Kugelhagel empfangen werden. Dies ist das wahre Gesicht der konterrevolutionären Welle, die dabei ist, die Sowjetunion aufzulösen, eine Konterrevolution, die von Washington und Bonn als „Triumph der Demokratie" und als „Tod des Kommunismus" bejubelt wird.

Im Anschluß an den erbärmlich verpfuschten Putsch von Kreml-Stalinisten am 19. August hat Jelzin, mit einem geschwächten Gorbatschow im Schlepptau, in Moskau die Zügel der Macht im Namen des Kapitalismus des „freien Marktes" und des russischen Nationalismus ergriffen. Die Kommunistische Partei wurde verboten und eine Säuberung von 80 Prozent der höheren Kommandeure des sowjetischen Militärs angekündigt. Die Imperialisten erklärten sich zum Sieger in ihrem 74jährigen Krieg — manchmal heiß, manchmal „kalt" — gegen die bolschewistische Revolution.

Wie wir in *Spartakist* Nr. 89 (September) geschrieben haben: „Die Werktätigen der Sowjetunion, ja die Arbeiter aller Länder, haben ein beispielloses Desaster hinnehmen müssen, dessen verheerende Konsequenzen jetzt zum

Fortgesetzt auf Seite 12

Berliner Amtsgericht schützt Rep/Polizei-Provokation

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Rassistische Morde und Überfälle auf Immigranten und Nazi-Pogrome wie in Hoyerswerda haben mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands enormen Auftrieb bekommen. Was in dem Fall der Antifaschisten von Moabit auf dem Spiel steht, ist das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderen Minderheiten, sich gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und SpAD-Unterstützer Michael Philippsen stehen vor Gericht, weil sie sich und andere im Januar 1989 gegen den Berliner Nazi-Führer Carsten Pagel und eine Bande mit Pistolen bewaffneter Republikaner verteidigt haben, als dieses Pack nach einer antifaschistischen Veranstaltung einen beliebten Treffpunkt für Immigranten und Linke im Berliner Arbeiterviertel Moabit bedrohte.

Mit einer Provokation gegen die Antifaschisten begann der Prozeß am 24. Mai, als der Haupt„zeuge" Pagel mit einem Leibgarde-Trupp von drei kräftigen Männern durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist. „So etwas habe ich noch nie erlebt, noch nicht mal in den Terroristenprozessen", kommentierte Rechtsanwalt Jung. *Neues Deutschland (25.* Mai) fragte: „Wer waren diese Männer, die sich anonym auf Zeugenplätzen niederließen? Waren es Verfassungsschutz, Leibgarde oder Polizisten in Zivil?. .. Das Geheimnis blieb gewahrt."

Nach dem Protest der Anwälte der angeklagten Antifaschisten verteidigte Richterin Müller diese Provokation als Maßnahme „zum persönlichen Schutz" des Nazi-Führers Pagel und weigerte sich, die Identität der Leibwache bekanntzugeben. Sie weigerte sich auch, auf einen größeren Gerichtssaal auszuweichen, um die über 100 Unterstützer, die vor Prozeßbeginn ihre Solidarität mit den Antifaschisten demonstriert hatten, am Prozeß teilnehmen zu lassen. Die Anwälte Jens Brückner und Rüdiger Jung stellten Befangenheitsartträge, die schließlich vom Gericht anerkannt wurden, die Verhandlung wurde bis zur Entscheidung vertagt.

Am 30. Juli entschied das Amtsgericht Berlin, die Befangenheitsanträge als „unbegründet" zurückzuweisen. Damit können die Polizei und die Republikaner-Faschisten, die berüchtigt für ihre Überlappung mit der Polizei sind, ihre Provokation wiederholen,

Über die Provokation klärte ein Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichts vom 26. Juni auf: Es seien zwei Beamte der Kriminalpolizei sowie ein Justizwachtmeister gewesen. Mit der Billigung von Richterin Müller sei Pagel „zur Hauptverhandlung verdeckt zugeführt worden". Auch Richterin Müller bequemte sich nun zu einer „dienstlichen Äußerung" vom 28. Juni und gab zu, daß ihr am Vortag des Prozeßbeginns zwei Polizisten mitgeteilt hätten, daß sie Pagel „gesichert" und auf „gesonderten Wegen" bringen würden. Müller: „Ich habe nicht gefragt, ‚warum' dies so vor sich gehe."

Durch ihre eigene Äußerung bestätigte sie sich als *befangen und eine Lügnerin.* Rechtsanwalt Jung stellte dazu am 8. Juli fest, diese Vorgehensweise bedeute, „den Angeklagten als das bloße Objekt von Maßnahmen zu behandeln, die sozusagen hinter seinem Rücken und ohne Kenntnis seiner Verteidigung angeordnet wurden." Ebenso bestätigte Müller mit ihrer Äußerung, daß sie „ohne jegliche Nachfrage und Überprüfung die Auffassung" Pageis und seiner Leibgarde-Truppe gebilligt hatte.

Die Anwälte von Michael und Renate werden Einstellungsanträge stellen. Aber wir vertrauen nicht auf die Justiz des Vierten Reichs. Der Prozeß kann jederzeit wieder aufgenommen werden. (Das Gericht mußte den ursprünglich angegebenen Prozeßtermin am 20. November wieder aufheben, da er sich als Feiertag herausstellte.)

Unterstützt die Antifaschisten von Moabit: Protestiert gegen die bedrohliche Provokation! Fordert die sofortige Einstellung der Verfahren. Fragt nach Unterstützung bei euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen, in euren Organisationen. Schickt Telefaxe, Telegramme oder Briefe an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21, Fax (Westberlin) 39 79-20 10. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an: Komitee für die Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 2286, 2000 Hamburg 11. Spendet auf das Konto Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, Konto-Nr. 13 48 267, BLZ 200 400 00..

SPARTAKIST
herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer
Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 8000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430
Nr. 90 **Oktober 1991**

Genossen der DKP: Zurück zu Gorbi? Zurück zu Breschnew??

Wie war's mit Lenin und Trotzki?

Mit „Gorbi-Gorbi"-Rufen formierte sich die nationale Volksfront in Deutschland von rechts bis „links" in Opposition gegen den impotenten Putschversuch in der Sowjetunion. Kein Wunder, hatte doch Gorbatschow den deutschen Imperialisten die „Einheit", das Vierte Reich gebracht. Die PDS versuchte vergeblich, die Bourgeoisie des Vierten Reichs von ihrer Zuverlässigkeit zu überzeugen: „Bereits am Montag um 9.00 Uhr, als bürgerliche Regierung und Medien kaum eine Wertung wagten", brüstet sich André Brie stolz, habe die PDS den Putsch verurteilt *(ND*, 27. August). Und die Erklärung von 15.00 Uhr, Genosse Brie? Na ja.

Innerhalb der PDS sorgt sich die Kommunistische Plattform um ihre Ausgrenzung durch die Parteiführung. Sie ist unter Beschuß, weil sie ein Fünkchen Hoffnung gezeigt hat, daß der Putsch „die sowjetische Gesellschaft auf den revolutionären Weg der Perestroika zurückführt". Aber nein, schreit Marian Krüger, auch er war unter den „Gorbi-Gorbi"-Rufern vor der sowjetischen Botschaft, und: „So beteiligte ich mich aktiv an der Niederschlagung des Putsches" *(ND*, 14./15. September). Loyalität zur Loyalität zum Vierten Reich.

Einige Genossen, die von der sozialdemokratischen Prostitution der PDS angewidert sind, schauen bei der Suche nach einer kommunistischen Alternative auf die DKP. Diese Partei gab am 20. August eine Erklärung heraus, die die Perestroika als „Rückschritt in den Kapitalismus" charakterisierte und sich vom Putsch erhoffte, daß Gorbatschows Leutnants die Konterrevolution stoppen könnten. Damit hatte die DKP ausnahmsweise einmal Profil gezeigt und ist nicht wie sonst vor SPD, Grünen und PDS auf dem Bauch gelegen. Erschrocken vor dem eigenen Mut brachte sie es dann aber nicht über sich, diese Erklärung auch in ihrer Zeitung *unsere zeit (uz)* abzudrucken.

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus wurde den Anhängern des „Sozialismus in einem Land" der Boden unter den Füßen weggerissen. Jetzt tobt in den Reihen der DKP und auf den Seiten der *uz* eine heftige Diskussion. So kritisiert Helga Rosenberg, ihre Genossen hätten „wie die Schafe jede Wendung nachvollzogen, selbst in

Fortgesetzt auf Seite 4

Hände weg von Markus Wolf!

„Sofortige Freilassung von Markus Wolf!" forderten Mitglieder und Sympathisanten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei einer Demonstration am 25. September vor dem Bundesgerichtshof in Berlin. Der kommunistische Ex-Spionagechef der DDR war schon immer das Ziel des besonderen Hasses der deutschen herrschenden Klasse, weil er einen effektiven Beitrag zum Schutz des deformierten Arbeiterstaats gegen die Imperialisten geleistet hat, besonders gegen den westdeutschen Imperialismus. Wie ein Redner auf der Protestkundgebung erklärte: „Die deutsche Bourgeoisie will den Sieg der Roten Armee von 1945 gegen die Nazi-Barbarei rächen und alles vernichten, was an Fortschrittlichem auf dem Gebiet der DDR existiert hatte."

Schon unter Hitler wurde die jüdische Familie von Markus Wolf aus Deutschland vertrieben; sie flüchtete vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion. Heute wird der DDR-Meisterspion vom Bundesjustizminister Klaus Kinkel verfolgt, dem ehemaligen Chef des von Hitler-General Gehlen aufgebauten Bundesnachrichtendienstes.

Mit der Rückeroberung der DDR hat die deutsche Bourgeoisie eine ungeheure antikommunistische Hexenjagd entfacht, an deren Spitze die Bluthunde der SPD und ihre Gehilfen von Grünen/Bündnis 90 stehen. Die PDS, selbst Opfer der Stasi-Hetze, hat ihre Kassierer Pohl und Langnitschke sowie Kaufmann an die Kerkermeister des bürgerlichen Staats ausgeliefert und schließt sich den Hexenjägern in der vergeblichen Hoffnung an, sie dadurch zu besänftigen. Doch das Vierte Reich hat Blut geleckt und will mit Parteienenteignungen, Berufsverboten, Massensäuberungen und Schauprozessen jeden Widerstand einschüchtern. Die Verteidigung von Markus Wolf und *allen* Opfern der antikommunistischen Hexenjagd ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Protest fand statt vor dem Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts, das von 1936 bis 1943 unzählige Todesurteile gegen antifaschistische Widerstandskämpfer und Kriegsdienstverweigerer fällte. Ein Plakat trug die Losung „Hoch die heroischen Sowjetspione Leopold Trepper, Richard Sorge!" Die Demonstranten riefen „Hände weg von Markus Wolf!" und „Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Hände weg von der PDS!". Andere Forderungen waren „Organisiert Arbeiterverteidigung von Flüchtlings- und Arbeiterwohnheimen!", „Bourgeoisie von Auschwitz - Hände weg von Markus Wolf!" und „Hände weg von den Grenzschützern und Erich Honecker!"



Spartakist

Protest vor ehemaligem Nazi-Reichskriegsgericht

Genossen der DKP...

Fortsetzung von Seite 3

unserem Parteileben, vollziehen sie im übrigen noch immer nach, weil uns eine radikale Kritik jener Perestroika und der ihr innewohnenden Demokratievorstellungen fehlt" *(uz,* 20. September). Genossin Rosenberg hat recht, auch in Deutschland mangelte es der DKP an radikaler Kritik am Kapitalismus und dessen „Demokratievorstellungen", siehe ihre notorische Volksfrontpolitik, ihr Hinterhertraben hinter der SPD und den klassenkollaborationistischen Betriebsräten.

Doch der Ausverkauf des sowjetischen Arbeiterstaats hat nicht erst mit Gorbatschows Perestroika angefangen. Der vermurkste Putsch hat nur noch einmal bestätigt, daß *alle* Flügel der Bürokratie bankrott sind; es gibt keinen Weg zurück zum Stalinismus - dem Totengräber der Kommunistischen Internationale.

Von Anfang an, als die DKP noch ihre „heile Welt" verteidigte und mit Perestroika liebäugelte, warnten wir Spartakisten: „Unter der Rubrik Perestroika zielt die gegenwärtige Kreml-Führung darauf ab, die zentralisierte Wirtschaftsplanung auf ein Minimum zu reduzieren zugunsten eines ‚Marktsozialismus' ähnlich wie in Ungarn und Jugoslawien. Wenn dieses Programm durchgeführt wird, ... wird es die kollektivierten Eigentumsformen unterhöhlen und die internen Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution stärken" *(Spartakist* Nr. 55, Januar/Februar 1988).

Helga Rosenberg beklagt die „Abschaffung der führenden Rolle der Partei", aber es sind zum Großteil Apparatschiks aus der KPdSU, die heute die Konterrevolution durchpeitschen wollen und sich zum Instrument der Imperialisten machen. Mit bürokratischer Gängelung und politischer Entmachtung der Arbeiterklasse haben die Stalinisten die Grundlagen der Sowjetunion ständig ausgehöhlt. Der Druck der imperialistischen Aufrüstung in Verbindung mit dem imperialistisch beherrschten Weltmarkt und die bürokratische Erstickung der Sowjetgesellschaft läßt nur zwei Wege offen: die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse und Rückkehr zum Internationalismus von Lenin und Trotzki, oder kapitalistische Konterrevolution.

Aber es ist gerade die Arbeiterklasse, die Helga Rosenberg bei all ihrer berechtigten Kritik und Empörung über die „Gorbi-Manie" der DKP abschreibt. Schlimmer noch, sie schiebt die Verantwortung für den Ausverkauf der Stalinisten auf die Werktätigen in der Sowjetunion; „Wenn die sowjetischen Menschen stillhalten, wenn sie keinen Finger rühren, um diesen Staat zu verteidigen, dann ist das ihre Sache." Wir halten es da lieber mit Lenin, der darauf beharrte, daß eine bolschewistische Partei notwendig ist, damit die Arbeiter revolutionäres Bewußtsein erlangen können.

Zahlreiche westliche Kommentatoren klagten darüber, daß die Arbeiter Jelzins konterrevolutionärem Mob, den kleinbürgerlichen Kooperatisten und Spekulanten, die Unterstützung verweigerten. Doch die Putschisten hatten nichts anderes anzubieten als eine Fortsetzung der Perestroika minus Glasnost: Einführung des kapitalistischen Marktes — aber nicht so überhastet, Ausverkauf an die Imperialisten - nur sollten die Arbeiter den Mund halten.

Genossin Rosenberg will zwar die Sowjetunion nicht endgültig abschreiben („Aber wir werden sehen..."), wie es in ihrer Umgebung Mode geworden ist, aber sie will auch nicht mit dem stalinistischen Prinzip der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Bruderparteien" brechen. Dann müßte sie nämlich über ein Programm zur Mobilisierung der sowjetischen Werktätigen gegen die kapitalistische Konterrevolution und ihre verheerenden Konsequenzen nachdenken; aber das haben diese „Internationalisten" auch 1989/90 zur DDR nicht fertiggebracht, als nur die Spartakist-Arbeiterpartei mit all ihren verfügbaren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat.

Die Werktätigen müssen gewonnen werden für das kommunistische Programm, um die Zerstörung der Errungenschaften der Oktoberrevolution zurückzuschlagen und eine wirkliche Sowjetmacht zu errichten. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) beteiligte sich am ersten Widerstand gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion, an der Kundgebung gegen die Schließung des Lenin-Museums, mit den Losungen: „Nieder mit der Gorbatschow-Jelzin-Bush-Konterrevolution!"; „Sozialismus in einem Land ist Lüge - Baut die trotzkistische Partei auf!"; „Nationalismus: Speerspitze der Konterrevolution! Für proletarischen Internationalismus zur Verteidigung der Sowjetunion! Nieder mit großrussischem Chauvinismus und Antisemitismus!"

Der DKP-„Theoretiker" Robert Steigerwald hält krampfhaft am „Sozialismus in einem Land" fest und schreibt zur Sowjetunion: „Kapitulation oder Versuch, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen, das war die Alternative" *(uz,* 20. September). Doch er gibt selbst zu, daß nicht nur Gorbatschow, sondern die ganze Führungsriege bankrott ist. Für „Hardliner", die sich nostalgisch nach den Breschnjew-Jahren sehnen, ist der Grund für das Scheitern des Stalinismus ein Buch mit Sieben Siegeln. Aber diese Siegel wurden von Stalin angebracht. Jetzt hat sich das ganze stalinistische Lügengebilde als aufgeblasene Heuchelei erwiesen und ist zerplatzt. Gorbatschows Vorgänger haben die Revolution in China ausverkauft, den Spanischen Bürgerkrieg im Blut der Volksfront ertränkt und das deutsche Proletariat kampflos dem Hitler-Faschismus preisgegeben — alles, um die Imperialisten zu besänftigen. Gorbatschow hat den Abzug der Roten Armee aus Afghanistan organisiert und dann noch für ein paar lumpige DM die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Es ist ihnen damit nur gelungen, die Appetite der Imperialisten zu verstärken.

Was Steigerwald verschweigt, ist der Kampf der trotzkistischen Linken Opposition, die seit Stalins bürokratischer Usurpation der Macht 1924 gegen die Abkehr von und den Verrat an der sozialistischen Weltrevolution gekämpft hat. Wie Leo Trotzki 1935 in seiner Schrift „Wohin führt die Stalin-Bürokratie die UdSSR?" zusammenfaßte:

> „Der imperialistische Druck von außen, die Verausgabung von Kräften und Ressourcen für die Verteidigung, die Unmöglichkeit, normale internationale Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, das sind allein schon Hindernisse, die völlig ausreichen. Doch noch weit wichtiger ist, daß die Niederlagen der Weltrevolution den lebendigen Träger des Sowjetsystems, das Proletariat, unweigerlich demoralisieren und es zwingen, sich gehorsam unter das Joch der nationalen Bürokratie zu beugen, die ihrerseits von allen Lastern des Bonapartismus zerfressen ist. Es gibt keine Rettung, außer der Weltrevolution!" (Trotzki, *Schriften* Bd. 1.1)

Die Genossen, die für eine sozialistische Zukunft kämpfen wollen, stehen dem Scheitern des Stalinismus gegenüber. Sie müssen die Siegel abreißen und sollten anfangen, Trotzkis *Verratene Revolution* zu lesen, zu bestellen über unsere Redaktionsadresse..

„Linke" klatscht Beifall für Jelzins Konterrevolution

Eine konterrevolutionäre Flut rollt über die Sowjetunion; Boris Jelzins proimperialistischer Gegenputsch im vorletzten Monat war die Speerspitze. Dies stellt eine entscheidende Prüfung für Organisationen dar, die vorgeben, im Namen des Kampfes für die sozialistische Revolution zu sprechen. Offen kapitalistisch-restaurationistische Kräfte, geführt von Jelzin und Gorbatschow und jetzt in Rußland sowie in anderen Republiken im Aufstieg begriffen, wollen jeden Rest des größten Sieges beseitigen, den das internationale Proletariat jemals errungen hat: der Oktoberrevolution 1917.

Die Linke Opposition und die Vierte Internationale von Leo Trotzki führten einen Kampf auf Leben und Tod gegen die stalinistische bürokratische Kaste. Indem die Bürokratie dem sowjetischen Proletariat die politische Macht entriß, und durch ihre permanenten Kapitulationen vor dem Imperialismus unterminierte sie den ersten Arbeiterstaat und schuf die gegenwärtige katastrophale Lage. *Kompromißlose, bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion* war schon immer die Basis für die trotzkistische Forderung einer proletarisch-politischen Revolution, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen. Vor der Konterrevolution, die jetzt im Gange ist, warnte Trotzki 1933 in seinem vorausschauenden Artikel, der auch die Perspektive der politischen Revolution erklärte:

„Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushallen." („Der Klassencharakter des sowjetischen Staates", Oktober 1933)

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga führen den Kampf für Trotzkis Vierte Internationale fort. Die Erklärung im *Spartakist* nach dem erbärmlichen stalinistischen „Putsch"-Versuch und dem prokapitalistischen Gegenputsch hatte die Überschrift: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" *(Spartakist* Nr. 89, September). Wir zeigten auf die Yuppies, Spekulanten, Faschisten und Priester, die während der zwei Tage des halbherzigen Coups durch Janajew & Co. vor Jelzins „Weißem Haus" in Moskau zusammenliefen, um sich als die Stoßtruppen für die soziale Konterrevolution anzubieten; wir schrieben, hier „war ein Aufruf an die Moskauer Arbeiter angebracht, diesen konterrevolutionären Haufen wegzuräumen. Doch die Putsch-Verschwörer haben nicht nur die Arbeiter nicht mobilisiert, sondern haben angeordnet,

Fortgesetzt auf Seite 6

KPD1922: „Wir kämpfen für die Beseitigung der Schandparagraphen 218/219"

Ostdeutsche Frauen sollen zurück an Heim und Herd getrieben werden. Wenn du schwanger wirst ... die Poliklinik wurde geschlossen, das Krankenhaus hat eine ellenlange Warteliste, die Ärzte haben Angst vor der neuen „rechtlichen Lage" — morgen kann Abtreibung wie in Memmingen unter Strafe stehen. Die Entscheidung über das Kinderkriegen will Bonn aus deinen Händen nehmen, deinen Arzt zum Agenten des Staates machen, *ihn* über deine Kinder entscheiden lassen. Auch unter Hitler gehörten deutsche Kinder dem Staat, Abtreibung stand unter Todesstrafe. Und die steigende (im Westen ohnehin skandalöse) Säuglingssterblichkeit im „neuen Deutschland", wenn die tödlichen Auswirkungen des Kahlschlags in den Krankenhäusern richtig greifen? Die revolutionäre Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den Paragraphen 218/219, 1922 in der KPD-Zeitschrift *Die Internationale* veröffentlicht, ist brennend aktuell. Bestellt die komplette Fassung bei uns, oder lest sie in den Spartakist-Treffpunkten.

Die KPD hat die Pflicht, an Hand dieser konkreten Frage die proletarischen Frauen zu mobilisieren und sie für den Klassenkampf zu gewinnen. Wir müssen gerade bei dieser die Arbeiterfrauen bedrückenden Verfolgung den ganzen *Schwindel der Demokratie* aufzeigen, die scheinbar gleiches Recht für alle walten läßt, in Wirklichkeit den Damen der guten Gesellschaft die Tore der Sanatorien zur Abtreibung öffnet, während die Proletarierfrauen den Kurpfuschern in die Hände geliefert werden...

Die SPD will, daß in den ersten drei Monaten die Abtreibung, sofern sie im Einverständnis mit der Schwangeren von einem ärztlich approbierten Arzte vorgenommen wurde, straflos sei. Sie zeigt damit ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung, die glaubt, daß nach einer gewissen Anzahl von Monaten der Schwangerschaft die Leibesfrucht beseelt, die Abtreibung also als Tötung zu betrachten sei.

Die bürgerlichen Parteien verteidigen diese Schandparagraphen und wollen deren Aufrechterhaltung.

Wir müssen die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft enthüllen, die sich unter verschiedenen Vorwänden gegen die Abtreibung ausspricht. Sei es nun vom *medizinischen* Standpunkt, von dem aus sie die gesundheitliche Schädigung der Abtreibung beweisen will, während sie doch bei den Frauen der Bourgeoisie ohne Bedenken von den bekanntesten Professoren vorgenommen wird, sei es vom *moralischen* Standpunkt, der die Abtreibung als eine Art Tötung eines beseelten Wesens hinstellt. Alle diese verschiedenen Vorwände sind in Wirklichkeit *diktiert vom Klasseninteresse der bürgerlichen Gesellschaft,* die im Geburtenrückgang eine Gefahr für sich sieht. Die Bourgeoisie fürchtet, daß sich die Objekte ihrer Ausbeutung vermindern könnten, daß ihr in den *Zeiten der Hochkonjunktur* die nötigen Arbeitskräfte fehlen könnten, die ihr auch in den Zeiten der Krise und der Depression als ein Heer von *Lohndrückern,* als eine *industrielle Reservearmee,* die auf den Lebensstandard der ganzen Arbeiterklasse drückt, willkommen ist. Noch mehr furchtet sie, bei ihrem nächsten Kriege um die Aufteilung der Welt zu kurz zu kommen, wenn nicht *genügend Kanonenfutter* vorhanden ist...

Wir kämpfen für die *Beseitigung dieser Schandparagraphen,* die sich gerade gegen die Frauen richten. Wir wollen an ihrer Hand die proletarischen Frauen *gegen die heutige Gesellschaftsordnung mobilisieren,* sie für den Klassenkampf gewinnen. Aber der Widerspruch, der in der ganzen Gesellschaftsordnung liegt, und auch in dieser Frage wieder an die Oberfläche kommt, kann nur mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vollständig beseitigt werden. *Wir mobilisieren damit die Frauen zum Kampfe gegen die ganze Gesellschaftsordnung des Kapitalismus.* •

„Linke" klatscht Beifall...

Fortsetzung von Seite 5

daß jeder bei der Arbeit oder zu Hause bleiben soll."

Konfrontiert mit dem Anwachsen der konterrevolutionären Kräfte, stellten wir ein Kampfprogramm gegen die kapitalistische Restauration auf: Unabhängige Arbeiterkomitees in den Betrieben, um die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen und Privatisierungen zu bekämpfen; Komitees von Soldaten und Offizieren, um Widerstand zu leisten gegen den Einsatz der sowjetischen Armee als Instrument gegen die Arbeiterklasse; Arbeitermilizen, um die antisemitischen Pogromisten und antikommunistischen Lynchmobs zu zerschlagen und die Abschlachtung von Kommunisten durch revanchistische Nationalisten zu verhindern. Wir haben diesen Artikel sofort ins Russische übersetzt, und er wird jetzt unter klassenbewußten sowjetischen Arbeitern verteilt mit dem Ziel, einen leninistisch-trotzkistischen Kern zu schmieden, der fähig ist, den Kampf der sowjetischen Werktätigen zum Sieg über die Konterrevolution zu führen.

Die Mandelianer: Wie man Konterrevolution als „Sieg" ausgibt

Im Gegensatz dazu war in der „Stunde der tödlichen Gefahr" ein Haufen Pseudotrotzkisten *auf der ersten Barrikade der Konterrevolution.* Das sogenannte Vereinigte Sekretariat (VS), geführt von Ernest Mandel, schwelgte mit den Imperialisten im Jubel über die „zweite Russische Revolution". Ein Artikel in ihrem französischsprachigen Organ erklärte kraß: „Es war notwendig, ohne Zögern gegen den Putsch zu sein und auf dieser Grundlage an Jelzins Seite zu kämpfen" *(Inprecorr,* 29. August).

Hierzulande ist das „V"S durch zwei Gruppen vertreten. Westdeutsche Anhänger haben die letzten fünf Jahre in einer Art Fusion mit Exmaoisten verbracht. Bedingungen für diese Fusion waren, daß sich die daraus hervorgehende „Vereinigte Sozialistische Partei" dem VS *nicht* anschließen und *nicht* für die Verteidigung der Sowjetunion (oder der ehemaligen DDR) auftreten durfte. So überrascht es kaum, daß die VSP auf Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch mit der zynischen Überschrift antwortete: „Das Volk siegt — Die Zarenfahne flattert" (SoZ, 29. August). Die VSP Mannheim schrieb am 20. August: „Wer auf große Männer setzt, mag für Jelzin eintreten. Auch unterscheidet er sich positiv von den anderen durch die Verteidigung der demokratischen Rechte."

Im DDR-Gebiet erklärt die Gruppe Revolutionäre Sozialistinnen (GRS) offen ihre Zugehörigkeit zum VS, aber ihre Politik, besonders was die Russische Frage angeht, ist auch nicht besser. In der September-Ausgabe von *Avanti* gibt sie unumwunden zu, daß die sogenannten „Radikalreformer" „die Lösung der Krise in der Einführung des Kapitalismus" sehen. Da aber kein Teil der Bürokratie „wenigstens Grundlagen einer nichtkapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich verteidigt", sei „auch unter den Massen in der langen Zeit stalinistischer Herrschaft jedes revolutionäre Bewußtsein abgetötet worden".

Laut GRS und „nicht dogmatischem" VS bedeutet die Dominierung des Bewußtseins der Massen durch Nationalisten und prokapitalistische, antisozialistische „Radikalreformer" folgendes: „Die Massen haben sich immerhin politisch befreit und Selbstbewußtsein gewonnen." So sei der Putsch, laut GRS, in Wirklichkeit durch die Massen gestoppt worden, als sie „spontan auf die Straße gegangen" sind. „Da es aber keine Führung gab, konnte sie der russische Präsident Jelzin übernehmen - und der nutzte es aus, auch wenn er zunächst eine notwendige und fortschrittliche Rolle spielte."

Daran gab es natürlich überhaupt nichts Spontanes, geschweige denn Progressives. Wenigstens seit Schewardnadses Rücktritt als Außenminister letztes Jahr hatten Jelzin & Co. im Zusammenspiel mit den Imperialisten (zumindest mit dem Weißen Haus in Washington) ihren Griff nach der Macht vorbereitet. *SoZ* (12. September) druckte ein Interview mit einem Moskauer „ökosozialistischen" Grünen ab, der Jelzins Gegenputsch unterstützt hat, aber zugibt: „Vor dem ‚Weißen Haus' ... haben sich nur wenige Arbeiter versammelt, als die Barrikaden gebaut wurden." Die große Mehrheit waren statt dessen Jugendliche und Aktivisten der konterrevolutionären Bewegung „Demokratisches Rußland".

GRS und VSP akzeptieren den bürgerlichen Propagandafeldzug, der den „Tod des Kommunismus" verkündet; die sowjetische Arbeiterklasse sei als ein wüster Haufen von nationalistischen Fanatikern und Möchtegern-Yuppies hoffnungslos. Zweifellos sind zwar Teile der sowjetischen Arbeiterklasse stark beeinflußt durch nationalistische Demagogie, und sie haben Illusionen in den kapitalistischen Markt, doch sie sind auch den egalitären Werten und den sozialen Errungenschaften, die die Oktoberrevolution schuf, zutiefst ergeben. Ihr Haß auf bürokratische Privilegien ist inzwischen von ihrem Haß auf Schwarzmarkthändler, Profitgeier und neue NEP-Männer - die wachsende kapitalistische Klasse und Jelzins tatsächliche soziale Basis — überholt worden. Die langen Schlangen vor Lenins Mausoleum und die Demonstrationen für den Erhalt des Lenin-Museums sind Beweise, daß das Erbe der Bolschewistischen Revolution keineswegs im Gedächtnis der Massen vollständig ausgelöscht worden ist. Ihr enormes Verlangen nach trotzkistischer Literatur zeigt auch, daß breite Schichten offen sind für ein Programm proletarisch-politischer Revolution.

Doch Beifall für Jelzins Konterrevolution ist jetzt besonders kriminell, nachdem die ganze Welt schon Zeit gehabt hat, Schlußfolgerungen aus den katastrophalen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration in Ostdeutschland zu ziehen - die Hälfte der werktätigen Bevölkerung ist in die Arbeitslosigkeit getrieben worden; mörderische rassistische Pogrome und Brandanschläge sind Alltag in Ost und West. Eine kapitalistische Konterrevolution wird sogar noch viel größeres soziales Elend für die sowjetischen Werktätigen bringen, potenziert durch allseitiges nationalistisches Blutvergießen.

Kapitalistische „Demokratie" vs. Arbeiterstaat

All den stalinophoben Befürwortern der Konterrevolution kommt es schon seit Kautskys Hetzschriften gegen die Oktoberrevolution darauf an, im Namen der kapitalistischen „Demokratie" den Krieg gegen die Diktatur des Proletariats zu führen. Lenin schrieb *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,* um die deutsche Arbeiterklasse am Vorabend ihrer eigenen Revolution mit der marxistischen Staatstheorie zu bewaffnen. „Es ist nur natürlich, wenn ein Liberaler von ‚Demokratie' schlechthin spricht. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: ‚Für welche Klasse?'"

Das Grüppchen Arbeitermacht, liiert mit der Gruppe Workers Power in England, weiß, für welche Klasse es arbeitet — die Bourgeoisie. So druckte sie eine gemeinsame „internationale" Erklärung ab, die forderte: „In den drei Tagen des Putschversuches war es für alle proletarischen Kräfte wesentlich, mit allen jenen Kräften, die dem Putsch aktiv Widerstand leisteten, zusammenzuarbeiten, um die Putschisten von der erfolgreichen Umsetzung ihrer Ziele abzuhalten." Da „jene Kräfte" auch eine Menge unappetitliche Elemente umfaßten, fügt Arbeitermacht „außer faschistischen" hinzu. Doch gerade diese Kräfte sind orga-

Fortgesetzt auf Seite 20

Die Rote Armee zertrümmerte den Faschismus!

Viertes Reich will KZ-Gedenkstätten ausradieren

Der wütende Rachefeldzug der Bourgeoisie von Auschwitz richtet sich gegen alles, was an die DDR und damit an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland erinnert. Unter der Beschuldigung, sie hätten einem „Unrechtsstaat" gedient, werden der ehemalige MfS-Chef Mielke (aufgrund einer Nazi-Anklage) und NVA-Grenzsoldaten in Mammut-Schauprozessen vorgeführt. Der frühere KZ-Häftling und DDR-Staatschef Honecker wird von Staatsanwaltschaft und Medien gleichermaßen gejagt, selbst die jämmerlich reformistische SED-Nachfolgeorganisation PDS wird verfolgt und enteignet, ihre Parteizentrale überfallen. Die Stasi-Hexenjagd richtet sich gegen Krankenhäuser, Lehrer und Sportler und reicht bis zur Massensäuberung der Straßenkehrer und Müllmänner. Mit Haßtiraden auf den „staatlich verordneten Antifaschismus" der DDR geben CDU, FDP, SPD und Grüne den Nazi/Skinhead-Mörderbanden grünes Licht. Gleichzeitig werden die KZ-Gedenkstätten niedergewalzt oder ganz im Stil von Goebbels „Großer Lüge" zu antisowjetischen Hetzausstellungen umgebaut. Die überlebenden Opfer des Nazi-Terrors werden grausam verhöhnt.

Was Kohl 1985 beim Reagan-Besuch mit seiner Verbeugung vor SS-Gräbern in Bitburg bezweckte, will der erstarkte deutsche Imperialismus heute auf ganzer Linie durchziehen. Genscher beschwört die „besondere Verantwortung der Deutschen" gegenüber den baltischen Staaten, während Kohl und Mitterrand „Friedens"truppen nach Jugoslawien schicken wollen, um die kroatischen und slowenischen Nationalisten zu unterstützen. Begleitet von pompösen Spektakeln wie der Potsdamer Friedrich-Umsetzung mit Reichskriegsflaggen und dem Eisernen Kreuz auf dem Brandenburger Tor, erhebt das Vierte Reich, das jetzt bis zur Oder-Neiße-Grenze reicht, wieder unheilvoll sein Haupt. Und immer noch gibt es Linke, die sich dagegen wehren, wenn wir vom Vierten Reich sprechen!

Der *neue Drang nach Osten* des deutschen Imperialismus geht einher mit einer finsteren Kampagne zur Entehrung und Verleumdung der heroischen, unter großen Opfern erkämpften Befreiung Osteuropas vom Alptraum des Nazismus. Nach der Rückeroberung der DDR geht es jetzt um die *Umkehrung* der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Um den Sieg der Roten Armee gegen Hitlers Truppen umzudrehen, muß die Geschichte selbst auf den Kopf gestellt werden — faschistische Massenmörder werden zu „Opfern" gemacht.

So arbeitet in Buchenwald eine Kommission unter dem sozialdemokratischen Historiker Eberhard Jäckel an der „Neukonzeption" der Gedenkstätte, die künftig zur Hälfte den Opfern der Nazis und zur anderen Hälfte den Nazis gewidmet sein soll, die von der Sowjetunion nach 1945 interniert wurden. Bei seinem Besuch in Buchenwald am 10. Juni ehrte Helmut Kohl die Gefangenen des sowjetischen „Speziallagers" und drohte: „Die Erinnerung an das Grauen wird uns allen immer frisch im Gedächtnis bleiben." Davor hatte es der Reichskanzler abgelehnt, sich in das Goldene Buch der Gedenkstätte für die 250000 KZ-Häftlinge aus 35 Nationen einzutragen.

Als im Juli bekannt wurde, daß auf dem Gelände des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück — entlang der Straße der Nationen, die von Häftlingen mit bloßen Händen gepflastert worden ist — ein Kaiser's-Supermarkt und ein Autohaus gebaut wurden, kam es zu internationalen Protesten. In Ravensbrück, einem Stadtteil von Fürstenberg, waren unter Hitler etwa 132000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert, über die Hälfte wurden ermordet. Im Mai 1945 befreite die Rote Armee die überlebenden Frauen.

Die Teilnehmer einer antifaschistischen Protestaktion vor dem KZ-Eingang Ende Juli wurden von einem Fürstenberger Mob angepöbelt und tätlich angegriffen. „So war das damals auch, es fehlen nur noch die Schäferhunde", berichtete entsetzt eine Überlebende des Nazi-Terrors. Zu der dep Nazis entlehnten Parole „Fürstenberg

Fortgesetzt auf Seite 8



AP



Bitburg, Mai 1985: Kohl/Reagan salutieren Waffen-SS. Oben: Ausstellungstafel über Nazi-Kriegsverbrecher in SS und Industrie im Lagermuseum der Gedenkstätte Sachsenhausen, das vom Vierten Reich „abgewickelt" wird - so wollen die Imperialisten ihre Spuren verwischen und auch den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Reich zunichte machen

KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 7

muß leben" fügte der SPD-Bürgermeister Wolfgang Engler noch hinzu: „Es kann nicht angehen, daß die Gedenkstätte die Stadt Fürstenberg erdrückt." Besorgt um das Bild des „häßlichen Deutschen" im Ausland, redete der brandenburgische SPD-Ministerpräsident Stolpe (der auch die Schirmherrschaft über Friedrichs Gebeine übernommen hatte) von der „Würde des Ortes", der „angemessen" Rechnung getragen werden müßte. „Verständnis" äußerte er aber für die Einwohner Fürstenbergs, die in der DDR gleich zweifach „bedrängt" waren; einmal von der sowjetischen Armee und zweitens von der Gedenkstätte: „Das war für die Fürstenberger wie eine zweite Besatzungsmacht."

In Ravensbrück wurden die Bauten erst einmal eingestellt. Anders bei der KZ-Gedenkstätte Schwarzheide, einem der 90 Außenlager des KZ Sachsenhausen. Dort wurde in einer Nacht- und Nebelaktion das gesamte Gelände mit schwerer Räumtechnik planiert. Im Horrorlager Mittelbau-Dora, wo die Nazis 60000 Menschen, darunter fast 4000 Cinti und Roma, zu grausamer Zwangsarbeit im Bergwerk einsperrten und 20000 Menschen ermordeten, soll nach den Plänen der Thüringer Regierung der Gips-Rohstoff Anhydrit abgebaut werden. Von Ende 1943 an mußten die Häftlinge in der unterirdischen Fabrik Hitlers „Wunderwaffen", die Raketen VI und V2, montieren. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, der selbst in Dora inhaftiert war, schrieb in einem Protestbrief: „Es kann nicht hingenommen werden, daß der neue Geist des kommerziellen Denkens buchstäblich auf Leichen der jüdischen NS-Opfer gebaut wird." Doch was hatte er vom „neuen Geist" des Vierten Reichs anderes erwartet?

Die Mitarbeiter der Gedenkstätten werden entweder entlassen oder sind von Entlassung bedroht. In Nordhausen hatte der Archivar des ehemaligen Konzentrationslagers Dora, Gerhard Zeidler, der *Berliner Zeitung* erzählt, wie Schautafeln überpinselt werden, und „von seiner Verbitterung und Angst, daß seine Enkel einmal nicht mehr erfahren würden, wie schrecklich der Faschismus war, weil Gartenarchitekten Gedenkstätten in Parkanlagen umgestalten" *(Berliner Zeitung,* 24. Juli). Zwei Wochen später wurde er gefeuert, die restlichen Mitarbeiter unter Androhung von Rausschmiß mundtot gemacht.

In Sachsenhausen, das 1936 als erstes Nazi-Konzentrationslager gebaut wurde, werden Besucher gleich am Eingang von einer weißen Tafel mit der zynischen Mitteilung empfangen: „Das Ende der kommunistischen Herrschaft und die Vereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit macht es möglich, auch derer zu gedenken, die nach 1945 unter sowjetischer Besatzungsmacht und dem DDR-Unrechtsstaat im Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben geopfert haben." Das „Museum der Nationen" wurde geschlossen, das Lagermuseum, wo die Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern durch die deutsche Industrie dokumentiert ist, soll ebenfalls zu einer Fälscherwerkstatt „umgestaltet" werden. Dafür gibt es jetzt in Sachsenhausen eine Ausstellung über das sowjetische Internierungslager für Nazis, das „Speziallager 7".

Die Noltes und Stürmers, die 1986 im „Historikerstreit" den Holocaust relativieren wollten, können jetzt einen Sieg für sich verbuchen, wo auch sozialdemokratische und „linke" Hexenjäger die sowjetischen Lager mit den „Todeslagern" gleichsetzen. So zieht der Grüne Udo Knapp gegen den „verlogenen Antifaschismus der SED" zu Felde und spricht von „den von der SED fortbetriebenen KZs", während der Schriftsteller Henning Pawel in der *taz* (13. August) ein „gesamtdeutsches Tribunal für Nazis und Stalinisten" fordert. Horst Teltschik schreibt in der *Zeit,* daß der „Terror in der DDR ,.. in seiner Menschenverachtung seinesgleichen sucht", und Springers *Welt* jubiliert, es gehe endlich „nicht mehr einseitig um den Kampf des Guten gegen das Böse". Inzwischen wurden vom Vierten Reich die Ehrenrenten der KZ-Überlebenden in der Ex-DDR gestrichen und das Vermögen der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes enteignet. Die Klage einer ehemaligen Siemens-Zwangsarbeiterin auf Entschädigung wurde im Juli von den Nachfolgerichtern des Nazi-Volksgerichtshofes erneut abgelehnt.

Die Große Lüge

Der Vergleich von sowjetischen Internierungslagern mit den Konzentrationslagern der Nazis ist einer der obszönsten und empörendsten Bestandteile der antisowjetischen Hetzkampagne. Für die arbeitenden Klassen Europas und für ganze Völker war die deutsche Besetzung ein schrecklicher Alptraum von Mord und Sklavenarbeit. Für die Juden, die Roma und Cinti bedeutete sie die Massenvernichtung.

Vom Standpunkt der Werktätigen in der ganzen Welt bestand nach dem Völkermord des Dritten Reichs das Pro-

Fortgesetzt auf Seite 18



Zeichnung „Eine traurige Arbeit" von France Audoul, Häftling im KZ Ravensbrück. Sie schrieb:

„Ais einfache und ergebene Kämpferin, die ich gewesen bin, wurde ich wie so viele andere auch in das faschistische Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, und ich möchte... über das berichten, was Frauen erlitten haben, von den unvorstellbaren Mißhandlungen, denen sie ausgesetzt wurden, und von den letzten Minuten der so vielen Frauen, die nicht wieder heimgekehrt sind."

Zerschlagt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite l

Reich von seiner ersten Krise geschüttelt wird" (*Arprekorr* Nr. 21, 1. Februar 1990).

Die rassistische Volksfront von CDU/CSU und SPD, Grünen bis hin zur PDS bahnte den Faschisten den Weg. Bremens Wahlkampf galt der „Abschiebewahl", angestiftet und geführt von der SPD. Bremens SPD-Regierungschef Wedemeier weigert sich schon, Flüchtlingsanträge von Rumänen und Polen überhaupt anzunehmen. Nachdem die SPD die Flammen des Rassismus entfacht hatte, erhielten die Nazis der DVU 6,2 Prozent und die faschistischen Republikaner noch 1,5 Prozent der Stimmen.

Die Antwort von CDU/SPD/Grünen auf den eskalierenden rassistischen Terror sind KZs und Aufnahmestopps für Asylsuchende. Die SPD/DGB-Bürokraten wollten mit einem Aufruf zum Tag der Reichseinheit ein „ausländerfreundliches" Gesicht aufsetzen. „Mahnwachen" sollen „die Polizei benachrichtigen" - wenn die Wohnheime brennen. Wer Immigranten und Flüchtlinge vor dem Nazi-Terror schützen möchte, soll den Nazis ohnmächtig als „Bürger" gegenüberstehen und zusehen. Dieser Aufruf kommt von den DGB-Bonzen, die alles tun, um zu verhindern, daß die deutschen und eingewanderten Arbeiter ihre Macht einsetzen und zum Beispiel die Nazis von der Straße verjagen und mit gut organisierten Arbeiterselbstverteidigungsgruppen Flüchtlinge und Immigranten wirklich schützen.

Die PDS reiht sich in die rassistische Volksfront ein: sie ruft nach „mehr Bullen"; gleichzeitig will sie mit den Nazi/Skinhead-Mördern „diskutieren". Und dann soll sich der Reichskanzler als „Schutzschild" vor die Wohnheime stellen - ganz klar als „Schutz" vor dem Image des „häßlichen Deutschen"! Die SPD-Satelliten tragen ihren Teil dazu bei: der dubiose BSA, der jede antifaschistische Mobilisierung bekämpft, unterstützte die Partei des Roma- und Cinti- Abschiebers Lafontaine, während das Grüppchen Arbeitermacht zur Wahl des Polen- und Rumänen-Aussperrers Wedemeier in Bremen aufrief.

Wir Spartakisten kämpfen für Selbstverteidigungsgruppen, die auf der Arbeiterbewegung basieren, um die Wohnheime zu schützen. Am 3. Oktober intervenierten wir auf den Demonstrationen gegen Rassismus in Hamburg und Berlin mit unserem Programm" für Arbeiter/ Immigranten-Mobilisierung. Als die Berliner Demo mit etwa 20000 Teilnehmern an einem vietnamesischen Arbeiterwohnheim vorbeikam, wurde sie von den Bewohnern begrüßt, die an die Demonstranten Zigarettenschachteln verteilten.

Auf der antifaschistischen Demonstration in Hoyerswerda am 29. September nahmen viele Einwohner gerne unser *Spartakist-Extra.* Einige Arbeiter vom Braunkohlebergbau nahmen kleinere Stapel, um sie weiterzuverteilen und im Betrieb mit den Kollegen über Maßnahmen gegen faschistische Angriffe zu diskutieren. Im Wohnheim der noch verbliebenen Mosambikaner und Vietnamesen wurde das Extrablatt begrüßt, gleichzeitig erzählten die Arbeiter von ihrer Furcht vor dem 3. Oktober. Der Kampf um gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten gegen den Nazi/Skinhead-Terror muß zusammengeschweißt werden mit einem Programm für vereinten Klassenkampf in Ost und West gegen die Arbeitslosigkeit, aus der die Nazis rekrutieren. Nachfolgend drucken wir das *Spartakist-Extra* vom 28. September ab.

Bestellt Stapel des Extras bei der Redaktionsadresse und gebt sie an eure Freunde und Kollegen weiter!

Zwei Wochen vor dem Jahrestag der „Deutschen Einheit" am 3. Oktober zeigt das Vierte Reich seine blutige Fratze. Tagelang blockierten faschistische Banden Immigranten-Wohnheime in Hoyerswerda, warfen Fensterscheiben ein und Brandflaschen in die Unterkünfte. All dies unter den Augen der Nachbarn, die dem Pogrom teilweise Beifall klatschten. Die Überfälle des braunen Packs haben eine neue Qualität erreicht, weil die Faschisten nach der Konterrevolution in der DDR einen Nährboden finden, wo bereits über die Hälfte der Werktätigen (Kurzarbeiter, Frauen, über 50jährige) arbeitslos ist und ins soziale Elend gestoßen wird. Jetzt kriechen die Nazis mit dem alten rassistischen Dreck wieder aus ihren Löchern.

Energische Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer antifaschistischen Verbündeten können die Faschisten stoppen. Aus Hoyerswerda sind jetzt fast alle Ausländer rausgejagt worden. *Aber das hätte verhindert werden können.* Hoyerswerda ist keine Nazi-, sondern eine Arbeiterstadt, die wie die übrige Ex-DDR unter kapitalistischer Verwüstung und Verzweiflung leidet. Entschlossenes Eingreifen der organisierten Werktätigen könnte einfach die paar hundert Nazi-Skinhead-Punks und rassistischen Rowdies wegfegen, die „Schaulustigen" zum Schweigen bringen und eine Menge Unterstützung in der Gemeinde gewinnen. Es ist eine Frage der *Führung,* der Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei, wie sie die Spartakist-Arbeiterpartei aufbauen will — internationalistisch und antirassistisch.

In Hoyerswerda konnten die Nazis mit Unterstützung der Bourgeoisie gewinnen, im Sog der seit Monaten tobenden „Asylantendebatte". Von der berüchtigten *Bild-Zeitung* bis zu den „gehobenen" rassistischen Artikeln in *Spiegel* und *Zeit* wurde die Hetzkampagne gegen Flüchtlinge hochgepeitscht. Das Vierte Reich hat sein „Wirtschaftswunder" durch die Superausbeutung der importierten „Gastarbeiter" geschaffen. Heute hetzen die Kapitalisten gegen eine „Asylantenflut" und bauen die „Festung Europa", um die Ausplünderung Osteuropas und der Sowjetunion unter deutscher DM-Ordnung zu organisieren.

Bonns Politik ist Teil der allgemeinen Hexenjagd: Die Immigranten werden aus den Betrieben gedrängt und massenweise abgeschoben. Die rassistische Volksfront von CDU/CSU und SPD, Grünen bis hin zur PDS streitet über die effektivsten Abschiebemethoden oder handelt mit Quoten und züchtet damit die Nazi/Skinhead-Truppen. Björn Engholm preschte vor und forderte Sammellager für Asylsuchende und eine „Beschleunigung" des Abschiebeverfahrens, während die Grünen nach „Quotierung" von Ausländern schreien. Die schwarz-rot-goldene PDS, die zuvor die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hat, hilft kräftig mit, den neuen Staatsapparat des Vierten Reichs aufzubauen und Ostdeutschland „ausländerrein" zu machen. Sie wollen das Image vom „häßlichen Deutschen" zugunsten der deutschen Bourgeoisie aufpolieren.

Aber das wahre Gesicht des „demokratischen Deutschland" ist der Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge. Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung", und warnte, daß die Konterrevolution die Arbeiter, die Frauen und die Immigranten in Massenelend stürzen wird.

Hoyerswerda ist ein Beispiel für die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Davor hatten alle Arbeit und Wohnungen. Mit dem Anschluß an das Vierte Reich gibt es für den Braunkohletagebau keine Perspektive mehr, und der Gigant

Fortgesetzt auf Seite 10

Zerschlagt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 9

Schwarze Pumpe will in den nächsten Wochen über 5000 Arbeiter entlassen. Obwohl Kohle und Gas zur Energiegewinnung dringend gebraucht werden, sollen die Reviere stillgelegt werden. Nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern als Teil des Vernichtungsfeldzuges, dem alle



Der Spiegel des deutschen Chauvinismus

Werktätigen der ehemaligen DDR ausgesetzt sind. Der Zweck ist die Einschüchterung und Demoralisierung des ostdeutschen Proletariats, mit dem Resultat, daß die Nazi-Banden am hellichten Tage ungehindert ihr mörderisches Gewerbe ausüben können.

Weil die Streiks und Proteste gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen vereinzelt geblieben sind und es keinen massiven und geschlossenen Arbeiterwiderstand gegeben hat, findet die deutsch-nationale Demagogie der Nazis besonders unter Jugendlichen Gehör, die keine Perspektive und Zukunft für sich sehen. Es ist in erster Linie die Verantwortung der SPD-geführten Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeiterkämpfe verhindert zu haben. So profilierten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte als rabiateste Stasi-Hexenjäger und arbeiteten offen für das feindliche Lager, um die Arbeiterkämpfe zu verhindern und die Massenentlassungen durchzusetzen.

Um sich zu verteidigen, brauchen die Arbeiter eine Partei mit einem revolutionären Programm, die für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich kämpft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wohnungen, Verkehrsverbindungen und soziale Infrastruktur müssen wiederaufgebaut werden. Dazu ist ein Programm von öffentlichen Arbeiten bei vollem West-Tariflohn und unter Kontrolle der Gewerkschaften notwendig, das die Arbeitslosen und Jugendlichen von der Straße holt. Die Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse muß gestoppt werden, um den Faschisten den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Polizeiterror im Vierten Reich

„Mehr Polizei" ist jetzt der Schlachtruf vor allem der PDS. Aber Hoyerswerda hat wieder einmal bewiesen, daß die Polizei nur in Aktion trat, um die Selbstverteidigung der Wohnheime zu verhindern und die Demonstranten festzunehmen, die sich zur Verteidigung der Bewohner versammelten. Und als am Schluß im Auftrag des Stadtrats die Polizei endlich aktiv wurde, dann nicht, um die Faschisten wegzuräumen, sondern um die eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge abzuschieben. Ein Polizeileutnant im Einsatz erklärte vor Presse-Mikrophonen: „Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind."

Nicht die Nazis landeten im Gefängnis, sondern die Flüchtlinge wurden nachts in Bussen aus dem Ort geschafft. Das Fahrtziel wurde verschwiegen; ein Vietnamese wurde bei der Abfahrt durch einen Steinwurf schwer verletzt. Die Polizei lehnte es ab, einen Arzt zu holen, wie es die Flüchtlinge forderten. In dreistündiger Irrfahrt durch Sachsen gelangten sie nach Pirna, wo sie auf freiem Feld und ohne Essen die Nacht verbringen mußten. Einige flüchteten nach Berlin und Hannover.

Die Bourgeoisie will die faschistischen Aufmärsche in Ostdeutschland dem Arbeiterstaat DDR in die Schuhe schieben, während das Leben der Immigranten im Westen rosig gemalt wird. Dies ist eine offensichtliche Lüge. Von 62 Brandanschlägen in den letzten acht Monaten fanden mehr als 20 in Nordrhein-Westfalen statt. Als am 19. September der Nazi-Abschaum in Hoyerswerda ungehindert Molotowcocktails warf, verbrannte in der gleichen Nacht in Saarlouis der Ghanaer Samuel Yeboahin nach einem Brandanschlag; zwei seiner Heimkollegen aus Nigeria wurden schwer verletzt. Im Saarland, das vom SPD-Exkronprinzen Lafontaine regiert wird, sitzen die faschistischen Republikaner im Rathaus. Am nächsten Tag protestierten in Saarlouis 400 Demonstranten mit den Losungen: „Faschos erledigen die Dreckarbeit für CDU/SPD/Grüne" und „Gastfreundliches Saarland. Saarbrücken schiebt ab, Saarlouis verbrennt."

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Im Westen wie im Osten kämpfen die Kumpel um ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt. Mehr und mehr spüren die Arbeiter von Bundesbahn und Post bis Stahl und Bergbau, daß die vereinigte Deutsche-Bank-Republik sinkenden Lebensstandard und zunehmende faschistische Greueltaten bedeutet. Einige Kontingente disziplinierter IG-Bergbau-Arbeiter, zusammen mit ihren Kollegen der ÖTV, sind eine Macht, die die Wohnheime der eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge sichern kann.

In Westdeutschland sind die 2,2 Millionen eingewanderten Arbeiter ein strategischer Teil des machtvollen Proletariats, das in den Schlüsselindustrien multinational zusammengeschweißt ist. Die Arbeiter aus Südeuropa, der Türkei und Kurdistan stehen an vorderster Front des Klassenkampfes. Sie sind nicht der SPD verpflichtet, die die „deutschen Interessen" in die Arbeiterklasse hineinträgt. Die SPD spielt die Arbeiter untereinander aus — gegen eingewanderte Arbeiter, Roma, Cinti und Flucht-

Veranstaltungsreihe der SpAD

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Stoppt die Skins/Republikaner durch Arbeiter-/Immigranten-Mobilisierung!

BERLIN	Donnerstag, 10. Oktober 18.30 Uhr, Linkstreff Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
HALLE	Mittwoch, 23. Oktober 18.00 Uhr, Klubraum Joliot-Curie-Platz 29/30, Halle 4020
HAMBURG	Freitag, 25. Oktober 19.00 Uhr, Volkshaus der Türkei Neuer Kamp 31, 2000 Hamburg 36



Spartakist

Berlin, 3. Oktober: Spartakist-Block in antifaschistischer Demonstration

linge. Pie Arbeiter brauchen eine internationalistische revolutionäre Partei, um die Macht der Arbeiterklasse zu entfesseln, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Massenarbeitslosigkeit kämpft und Bonns Abschiebe-„Ausländergesetz" hinwegfegt. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Faschistischer Mob wütet in Hoyerswerda

Entschiedene und energische Arbeiteraktionen sind notwendig, um die Faschisten zu stoppen. Dies zeigt besonders das Beispiel von Hoyerswerda. Die Skinheads fingen mit Steinen und Flaschen an, dann folgten Reizgas und Mauser-Pistolen. Die Heimbewohner verteidigten sich mit Knüppeln und Eisenstangen, aber am nächsten Tag ging es weiter, bis am Donnerstag der harte Kern der Nazis von 50 auf 400 anschwoll und vor das Wohnheim zog, wo angolanische, jugoslawische und rumänische Asylsuchende wohnen. Vor gaffenden und Beifall klatschenden Zuschauern und einer regelmäßig zu spät kommenden Polizei weiteten die Nazis ihren Terror aus.

Geradezu tragisch ist es, daß viele Flüchtlinge im Westen unterzukommen hoffen, wo für Roma und Cinti, Ghanaer und Tamilen schon jahrelang Lager gebaut werden, wo diese Menschen von Polizei und Faschisten verfolgt und terrorisiert werden.

Die brutalen Angriffe riefen anständige Bürger auf den Plan, die dem rassistischen Terror ein Ende setzen wollten. Nur 30 km von Hoyerswerda entfernt wurden die Faschisten in Cottbus am 22. September von linken Jugendlichen gestoppt, als sie ein Wohnheim von Flüchtlingen angreifen wollten. Die Internationale Liga für Menschenrechte, die Jüdische Gruppe, Autonome, die SpAD und andere Gruppen kamen aus Berlin nach Hoyerswerda. Ein Teil der Bevölkerung von Hoyerswerda stellte sich zu den Linken. Aber ohnmächtige Mahnwachen vor Ausländerheimen allein helfen kaum. Einige Hundert Arbeiter könnten die Sache schnell beenden. Ein Gewerkschaftsmitglied in Hoyerswerda erzählte den Genossen der SpAD: „Ja, ein paar Kumpel von der Arbeit könnten diese Sache schnell erledigen, und ich werde das morgen mit ihnen diskutieren." Ein Arbeiter äußerte empört über die Nazi-Angriffe gegen seine mosambikanischen Kollegen: „Die haben in der Kohle jahrelang die Dreckarbeit für uns gemacht."

„Hoyerswerda kann überall sein", droht der sächsische Minister Krause. Tatsächlich hat Hoyerswerda eine neue Qualität erreicht — es war ein Pogrom, das tagelang anhielt. Es ist dem bürgerlichen Staat gelungen, *sein* „Ausländerprogramm" durchzuführen. Dabei benutzen sie alle die Lüge, daß „40 Jahre Kommunismus" diese Nazi-Kreaturen hervorgebracht hätte, weil sie die starke antifaschistische Tradition der DDR ausrotten wollen.

Die DDR war ein Arbeiterstaat, wenn auch von Anfang an bürokratisch deformiert, der von den *Opfern* des Naziterrors gegründet wurde. Als im Dezember 1989 die verabscheuungswürdige Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow geschah, kamen 250000 zu einer machtvollen Einheitsfrontkundgebung und bewiesen damit, daß in Ostdeutschland die antifaschistische Tradition ganz lebendig ist. Wir Spartakisten haben diese Einheitsfront initiiert (die dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde), um die Tradition in den Berliner Fabriken und NVA-Kasernen wiederzubeleben - in der internationalistischen Tradition von Leo Trotzki und seinem Kampf für Arbeitereinheitsfront Anfang der 30er Jahre, um die Faschisten zu zerschlagen. Diese Tradition wurde zuerst durch den Sieg der Nazis gebrochen, der durch die kampflose Kapitulation von KPD und SPD ermöglicht wurde.

Der stalinistische Nationalismus, der auf dem Mythos des „Sozialismus in einem Land" basiert, diente der Demoralisierung der ostdeutschen Arbeiterklasse und isolierte sie von ihren internationalen Klassenbrüdern. Eingewanderte Arbeiter aus sogenannten brüderlichen „sozialistischen" Ländern mußten getrennt von dem Rest der Bevölkerung zusammengepfercht in engen Wohnheimen leben, und sie erhielten weniger Lohn für die dreckigsten Arbeiten. Nach dem Fall der Mauer verbreiteten die Spartakisten in der *Arbeiterpressekorrespondenz* internationalistische Grüße an diese Arbeiter und an die sowjetischen Soldaten und ihre Familien in vietnamesisch, portugiesisch, spanisch, polnisch und russisch.

In obszöner Weise duldeten die Stalinisten kleine Skinhead-Banden in der DDR. Aber erst der Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Verzweiflung, bietet den Faschisten eine materielle Basis, um zu rekrutieren. Wenn eine entschlossene Arbeiterklasse fehlt, ist es möglich, daß die Faschisten sich von Bierhallen-Schlägern zu einer tollwütigen Massenbewegung entwickeln.

Die Arbeiter und Immigranten müssen mobilisiert werden zu Einheitsfrontaktionen, die alle Feinde des rassistischen Terrors einbeziehen, um die Nazis zu stoppen. Dazu müssen wir eine revolutionäre Partei schmieden, mit einem Programm, um die Macht der Arbeiterklasse zu organisieren. Vor uns steht die Aufgabe, das ganze verrottete kapitalistische System zu stürzen, um den Faschismus ein für alle Mal zu beseitigen.«

Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

Tragen kommen... Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können, doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest."*

Die Sowjetunion droht in einem fast totalen politischen, nationalen und wirtschaftlichen Chaos zu versinken. Eine Republik nach der anderen hat ihre „Unabhängigkeit" vom machtlosen Moskauer Zentrum erklärt, mit



Spartacist

Pamjat-Faschisten, großrussische, antisemitische Terroristen, legitimiert durch Jelzin, marschieren im Frühjahr dieses Jahres mit dem Portrait von Zar Nicholas II.

der Aussicht auf Grenzkriege, Massenvertreibungen und blutige kommunalistische Zusammenstöße. Die Industrieproduktion stürzt ins Bodenlose, während erwartet wird, daß sich die Preise im nächsten Jahr mindestens verzehnfachen werden. Im Winter drohen Massenarbeitslosigkeit und Hunger.

Um bei der zusammenbrechenden Machtstruktur oben zu bleiben, hat Gorbatschow mit Jelzins Unterstützung die Selbstauflösung des Kongresses der Volksdeputierten durchgepeitscht. Erst einmal soll ein Rat der Republiken mit Gorbatschow und den Vertretern von zehn Republiken, die ihre Bindung zu Moskau nicht völlig gelöst haben, die „Autorität" im Lande darstellen. Aber Jelzins Russische Republik hält die Zügel in der Hand. Auf den Straßen von Moskau wird dieser Rat schon „GKChP II" genannt, in Anlehnung an das „Notstandskomitee" der Putschisten.

Am Ende ihrer letzten Sitzung verabschiedete Gorbatschow die Volksdeputierten: „OK, das war's, Towarischtschi, do swidania" - „Auf Wiedersehen, Genossen". Es mag einfach gewesen sein, diese parlamentarischen Kretins in die Wüste zu schicken, was ihnen mit Abgeordnetensalär und Vergünstigungen wie kostenlosen Flugreisen schmackhaft gemacht wurde. Aber es wird nicht so einfach sein, mit einer wütenden und hungrigen Arbeiterklasse fertigzuwerden. Gorbatschows ehemaliger Außenminister Schewardnadse, ein führender Kopf der „demokratischen" Konterrevolution, warnt: „Das letzte Mal war es eine Palastrevolte. Ich glaube nicht, daß das noch einmal passiert. Aber das bedeutet nicht, daß die Leute nicht auf die Straße gehen werden, um gegen das Chaos in der Wirtschaft zu rebellieren."

In den letzten Wochen haben wir kaum mehr als parlamentarische Spielchen gesehen. Die wirkliche Frage ist, was passieren wird, wenn die neuen Regime in Rußland, der Ukraine und anderen Republiken anfangen, die verschiedenen „Schocktherapien" einzuführen, um in Richtung Kapitalismus zu gehen. Falls die Arbeiter auf die Straße gehen, um sich gegen die Verwüstungen durch die Restauration des Kapitalismus zu verteidigen, gegen die Schließung von „unrentablen" Unternehmen, gegen Massenarbeitslosigkeit und den drohenden Hunger, dann könnten alle Pläne der Imperialisten und ihrer sowjetischen Helfershelfer in Rauch aufgehen.

Durch die Verbreitung unserer Propaganda und ein trotzkistisches Programm für den Kampf gegen die Konterrevolution strebt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) danach, einen wirklich kommunistischen Kern zusammenzuschließen, der in diese verzweifelte Situation interveniert, um die kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse zum Sieg über die jetzt voranschreitende Konterrevolution zu führen.

Raubgierige Nationalisten machen sich breit

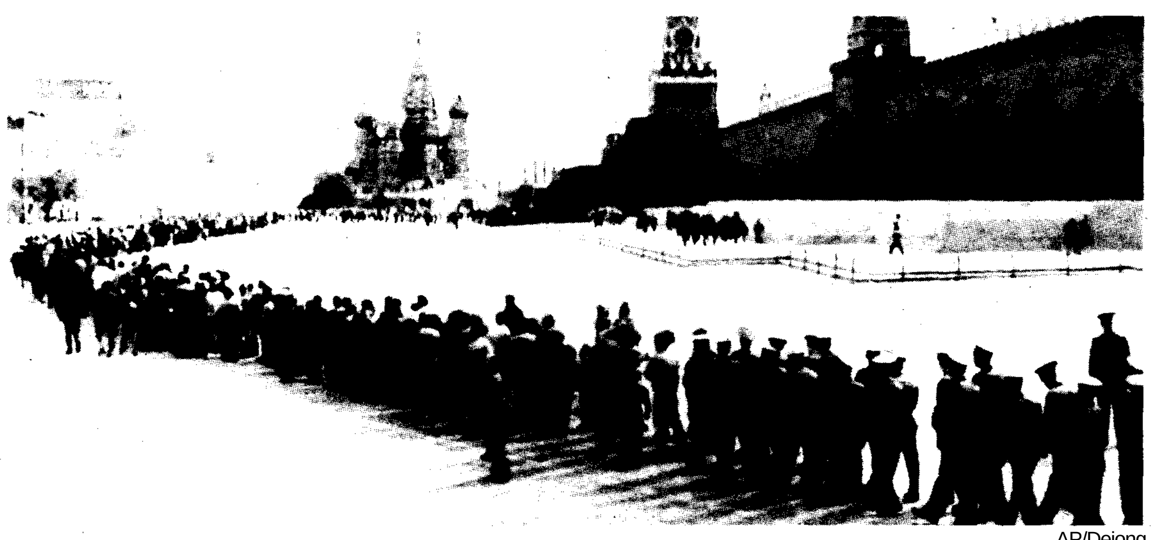
Von den Dörfern der Tataren an der Wolga bis zu Moskauer Intellektuellenkreisen wächst die Furcht vor Jelzin als dem neuen russischen Zaren. Der ehemalige Dissident Roy Medwedew, der sich bewundernswerterweise immer noch als Kommunist bezeichnet, brachte diese Gefühle zum Ausdruck:

> „Der fehlgeschlagene Putsch verwandelt sich in einen Gegenputsch. Alles, was passiert, weist auf einen völligen Notstand hin. Viele der Dekrete, die Jelzin verkündet und die Gorbatschow geschluckt hat, sind nach der Verfassung illegal. Die Gesetze über die Freiheit der Presse und der politischen Parteien sind schon mit Füßen getreten worden durch die Schließung der Zeitungen und die Schließung der Büros der Kommunistischen Partei. Dies sind schlimme Anzeichen." *(Guardian* [London], 30. August)

Jelzin und seine russischen nationalistischen Kumpane verloren keine Zeit, mit den scharfen Krallen des großrussischen Bären zu drohen. Als Antwort auf die „Unabhängigkeits"erklärung des ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk hat Jelzin unheilvoll damit gedroht, Rußlands Grenzen zu „überprüfen", und hat verkündet, er wolle „die Interessen der Russen außerhalb der Russischen Republik verteidigen". Leningrads Bürgermeister Anatol Sobtschak hat verlangt, daß die Krim-Halbinsel, die von Chruschtschow der Ukraine unterstellt worden war, an Rußland zurückgegeben werden soll.

Jelzin hofiert unverhohlen die heutigen Nachfahren der Schwarzhunderter, die Faschisten von Pamjat, die er bei einer seiner ersten Amtshandlungen als Moskauer Parteichef Mitte der 80er Jahre als legitim anerkannte. Als er bei einem Fernsehinterview des amerikanischen Senders ABC am 5. September gefragt wurde, was seine Meinung über die „sehr stark~antisemitische" Pamjat sei, antwortete Jelzin ungeniert, daß diese faschistische Gruppe nicht „so extrem ist, wie sie war, als sie angefangen hat". Er fügte hinzu: „Ich habe schon seit längerer Zeit Beziehungen zu Pamjat."

Gorbatschows Markt„reformen" heizten das Wiederaufleben der lange unterdrückten nationalistischen Gegensätze an - zuerst zutage getreten bei den brudermörderischen Kämpfen zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Kaukasus — und ermutigten großrussische Faschisten wie Pamjat und Hitleranhängern wie NTS, aus ihren Rattenlöchern hervorzukriechen. Seit Pamjat zuerst auf den Straßen von Moskau und Leningrad aufgetaucht ist, haben wir Trotzkisten zu unabhängigen Mobilisierungen von Arbeitern, Männern und Frauen der Roten Armee, Juden und anderen Minderheiten aufgerufen, um diese faschistischen Braunhemden wegzufegen. Die Bürokraten haben



Während Jelzins Konterrevolution: Tausende warten in kilometerlanger Schlange vor dem Lenin-Mausoleum, um den Führer der bolschewistischen Revolution zu ehren

AP/Dejong

ihrerseits Pamjat geschützt, und jetzt wachsen diese Pogromisten unter der Flagge des neuen konterrevolutionären Regimes stark an.

Die Jelzinisten haben genauso wie die stalinistischen „Patrioten" die sowjetischen Juden, deren Vorfahren in überproportionaler Zahl den sowjetischen Staat im Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg verteidigt haben, in die Arme der zionistischen Todesfälle Israel getrieben. Eine wirklich leninistische Avantgarde muß als „Volkstribun" jedes Auftreten von Antisemitismus bekämpfen.

Der neue Rat der Republik soll den Vorsitz führen bei dem „geordneten Zusammenbruch" des sowjetischen Staates. Aber der Zusammenbruch der Sowjetunion wird weder geordnet noch demokratisch sein. Die multinationale Bevölkerung der UdSSR ist weitgehend vermischt, ja oft sogar untereinander verheiratet — viel stärker als unter den Zaren. In Estland sind nur drei von fünf Menschen ethnische Esten, in Lettland nur einer von zweien ein Leite, und in Kasachstan ist nur knapp jeder dritte ein Kasache. Und Rußland ist die Heimat von mehr als 100 nationalen und ethnischen Gruppen, einschließlich 16 autonomer Republiken. Beim Kongreß der Volksdeputierten verlangten Vertreter dieser Nationalitäten Garantien gegen Jelzins russisches nationalistisches Regime.

Die geifernden kleinbürgerlichen Nationalisten, die jetzt in den verschiedenen ehemaligen Unionsrepubliken auf dem hohen Roß sitzen — meist stammen sie aus der alten stalinistischen Bürokratie -, setzen alles daran, das „Recht" ihrer Nationalität Wiederaufleben zu lassen, andere zu beherrschen. In Moldawien fordert der nationalistische Führer Mircea Snegur die Vereinigung mit Rumänien, zur Erfüllung des „Traums unseres Königs Stephan der Große" — aus dem 15. Jahrhundert! Natürlich kommt dies nicht gut an bei mehr als einem Drittel der Bevölkerung Moldawiens, die Russen, Ukrainer oder turksprachige Gagausen sind, noch nicht einmal bei vielen ethnischen Rumänen.

Als Antwort darauf haben nichtrumänische Minderheiten eine unabhängige Sozialistische Republik des Dnjestr ausgerufen, wo die Lenin-Statuen noch stehen, und haben militante Proteste organisiert — selbst Züge wurden angehalten -, um die Freilassung ihres Präsidenten zu verlangen, der von den moldawischen Behörden verhaftet worden war. „Wir wollen in der Sowjetunion bleiben", sagte eine ältere ukrainische Demonstrantin *(New York Times, 2.* September).

Die lettische Regierung debattiert, ob sie den 48 Prozent der Bevölkerung, die Russen, Ukrainer, Belorussen oder andere Nichtbalten sind, überhaupt Staatsbürgerrechte, geschweige denn Sprachengleichheit gewähren soll. Hier geht es nicht nur um nationale Unterdrückung, sondem auch um *Klassen*unterdrückung, denn russischsprachige Arbeiter bilden die überwältigende Mehrheit des Industrieproletariats in Lettland und auch in Estland. Diese russischsprachigen Arbeiter sind alles andere als machtlos gegen die Versuche der neuen Regime, sie von der Staatsbürgerschaft auszuschließen oder sie aus ihrem Zuhause zu vertreiben. *Die Bildung von wirklichen Arbeitersowjets in Riga und Tallinn könnte den kleinbürgerlichen baltischen Nationalisten eine längst fällige Lektion in Demokratie erteilen.*

Nazi-Kollaborateure und imperialistische Marionetten

Das Erbe von bürgerlicher „Unabhängigkeit" und „Demokratie", auf das die unterschiedlichen Nationalisten in der Sowjetunion heute zurückgreifen wollen, besteht aus imperialistischer Unterwerfung, Faschismus und bonapartistischer Diktatur. Als berichtet wurde, daß das „demokratische" Litauen Tausende von Nazi-Kollaborateuren „rehabilitierte", die von sowjetischen Gerichten verurteilt worden sind, kam es zu einem internationalen Aufruhr. Nur die Regierung des Vierten Reichs hüllte sich in Schweigen. Kein Wunder, hat sich doch Außenminister Genscher erst jüngst auf die „historische Verantwortung der Deutschen" gegenüber den baltischen Staaten berufen.

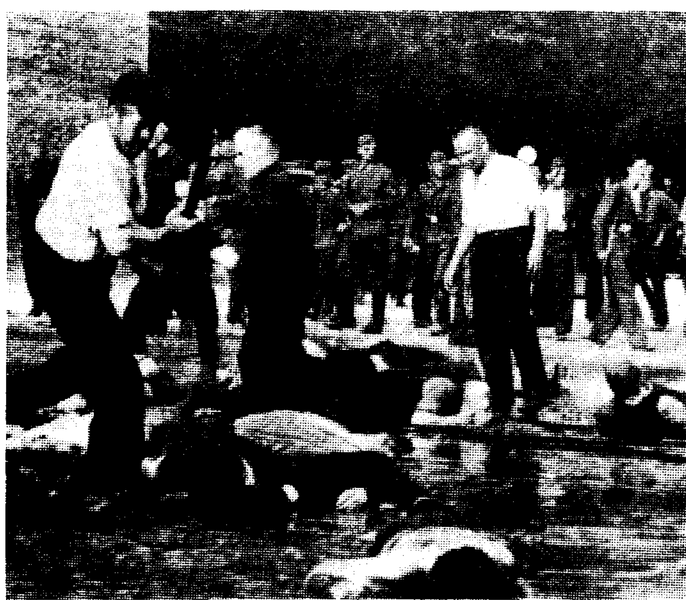
Der Zionist und Antikommunist Elie Wiesel beschwerte sich, „daß dies einer der ersten Schritte eines unabhängigen Litauen sein würde, ist etwas, was kein anständiger Mensch verstehen oder akzeptieren kann". Was hat er denn erwartet? Das Litauen der Zwischenkriegszeit war im Griff eines Regimes des Weißen Terrors, das Kommunisten verfolgte und Juden, Polen, Russen und andere

Fortgesetzt auf Seite 14

Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 13

Minderheiten unterdrückte. Die prokapitalistischen litauischen Nationalisten von Sajudis verherrlichen diese Vergangenheit und sind, nicht überraschend, durchsetzt mit offenen.Faschisten. In der westukrainischen Stadt Lwow



Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Nazi-Pogrom der „Einsatzgruppe A" in Kaunas im Juni 1941. Heute bejubeln die Opportunisten den Wiederaufstieg des baltischen Nationalismus - Das Vierte Reich will das Baltikum wieder klauen

fand ein Marsch von „antisowjetischen Partisanen" des Zweiten Weltkriegs statt, die in voller Montur und Uniform auftraten. Ein „antisowjetischer Partisan" im Zweiten Weltkrieg zu sein bedeutet, einfach gesagt, ein Nazi oder ein Nazi-Kollaborateur zu sein. Die prominenteste dieser Banden, die Union der Ukrainischen Nationalisten (OUN) von Stepan Bandera, war berüchtigt für ihre Massaker an Juden, Polen und Kommunisten in der Westukraine. Schon bevor Hitler mit seinem Unternehmen Barbarossa losgeschlagen hatte, war die OUN „aktiv gewesen und hatte für die Nazis Listen von jüdischen und polnischen Intellektuellen zusammengestellt, die umgebracht werden sollten, sobald Lwow in deren Hände fiel" (Reuben Ainsztein, *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastem Europe* [Jüdischer Widerstand im nazibesetzten Osteuropa], 1974). Zur Zeit des Krieges zwischen der Roten Armee und Nazi-Deutschland, und diesem untergeordnet, gab es in der Ukraine einen *Bürgerkrieg* zwischen antikommunistischen ukrainischen Nationalisten auf der einen Seite und jüdischen und roten Partisanen auf der anderen.

Die ukrainischen und baltischen Kollaborateure des Dritten Reichs standen in der Kontinuität der von den Imperialisten unterstützten nationalistischen Kräfte, die im Bürgerkrieg von 1918—21 gegen die Bolschewiki gekämpft haben. Der deutsche Imperialismus war Schirmherr für die Geburt einer „unabhängigen" Ukraine, und zusammen mit dem britischen Imperialismus „selbstbestimmte" er die baltischen Staaten und Georgien. Während sich Landarbeiter in Estland und Lettland 1917 in Massen dem roten Banner des Bolschewismus anschlössen — die lettischen Schützen dienten als Elitetruppen für das junge Sowjetregime —, schlugen die bürgerlichen und Gutsbesitzerklassen, die früher ein Bollwerk der Romanows gewesen waren, den Weg des Separatismus ein, um damit die Revolution zu bekämpfen.

Im Transkaukasus war die Situation sogar noch bemerkenswerter. 1918 bildete der armenische Bolschewik Stepan Schaumjan in Baku eine Sowjetregierung, die sich auf die zumeist aserbaidschanischen und russischen Ölarbeiter stützte. Schaumjan und seine Genossen wurden daraufhin auf britischen Befehl von nationalistischen Kräften ermordet. Im Gegensatz dazu fiel die bürgerliche transkaukasische Republik, die zur gleichen Zeit gebildet wurde, schnell auseinander, weil armenische, aserbaidschanische und georgische Nationalisten gegeneinander vorgingen: Aserbaidschan wurde eine Marionette der Türkei, das menschewistische Georgien zuerst ein Vasall des deutschen und dann des britischen Imperialismus. Erst nachdem die Bolschewiki die Nationalisten und ihre imperialistischen Herren besiegt hatten, wurde die Basis dafür gelegt, daß diese auf dem gleichen Gebiet lebenden nationalen Gemeinschaften koexistieren konnten.

Leninistischer Internationalismus gegen stalinistischen Nationalismus

Die bolschewistische Revolution hat das zaristische „Völkergefängnis" — wie Lenin es genannt hat — in eine multinationale Föderation verwandelt. Nur das internationalistische Programm der Bolschewiki, das allen Völkern volle und gleiche nationale Rechte gewährte, *um die größtmögliche Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten zu erreichen,* machte dies möglich. Die bolschewistische Führung verkörperte diese Perspektive. Seite an Seite mit den Russen Lenin und Bucharin standen der Pole Dziershinski, der Rumäne Rakowski, der Georgier Stalin, der Armenier Schaumjan, die Juden Swerdlow und Trotzki und andere.

Als sich aus dem Verwaltungsapparat des sowjetischen Staates und der bolschewistischen Partei eine bürokratische Kaste herausbildete und als diese Kaste 1923/24 die politische Macht an sich riß, wurde diese internationalistische Politik unterminiert und schließlich in ihr Gegenteil verkehrt. Durch seine Krankheit ans Bett gefesselt, drang Lenin 1923 auf einen massiven Angriff gegen den Vormarsch der Bürokratie unter der Führung von Stalin, besonders wegen dessen arroganter Behandlung der georgischen Kommunisten 1922. Der Kampf gegen die sich herausbildende stalinistische Bürokratie wurde weitergeführt durch die trotzkistische Linke Opposition.

Trotz der bürokratischen Degeneration des sowjetischen Regimes legten die von der Oktoberrevolution geschaffenen Grundlagen der Planwirtschaft die Basis für einen immensen Fortschritt für die Nationalitäten der Minderheiten, die unter dem zaristischen Imperium unterdrückt worden waren. Trotzki führt in *Verratene Revolution* (1936) zum Thema des weitergehenden Fortschrittes in der Nationalitätenpolitik aus: „Dies bezieht sich vor allem auf die zurückgebliebenen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, Nachahmung und Verarbeitung des woanders schon Vorhandenen durchmachen müssen." Die nomadischen Völker Sibiriens, die moslemischen Stammesverbände in Kasachstan und Usbekistan wurden innerhalb von Jahrzehnten um Jahrhunderte vorangebracht.

Wenn die zentralasiatischen Republiken weiterhin unter der Kontrolle von Stalinisten alter Schule stehen — die jetzt natürlich Turknationalismus verbreiten — und in Taschkent immer noch Lenin-Standbilder stehen, dann liegt dies daran, daß diese Völker mehr als alle anderen sowjetischen Nationalitäten von den Fortschritten profitiert haben, die die Sowjetmacht ihnen gebracht haben. Selbst jetzt noch ist bis zur Hälfte des Staatshaushalts der zentralasiatischen Republiken abhängig von Subventionen aus dem Zentrum. Und sie sind es auch, die am meisten


Camera Press


Thomas P. Whitney Collection


Nowosti


Nowosti

Führer der bolschewistischen Revolution. Von links: Adolf Joffe, erster Botschafter in Deutschland; Leo Trotzki, Gründer der Roten Armee; Felix Dziershinski, Gründer der Tscheka; Stepan Schaumjan, Führer des Baku-Sowjet; Christian Rakowski, erster Präsident der Sowjet-Ukraine

unter einem kapitalistischen Kampf jeder gegen jeden zu leiden haben werden.

Gleichzeitig haben Jelzin & Co. unter den Russen Widerwillen dagegen geschürt, daß der große Reichtum der sibirischen Bodenschätze zum Teil dazu verwendet wird, die rückständigeren turksprachigen Regionen zu entwickeln. Die jelzinistischen „freien Marktwirtschaftler" — zum großen Teil die Kinder von Stalins Apparatschiks — haben vor, das Öl und die Erdgasfelder Sibiriens, das Gold und die Diamantenminen an Wall Street und die Frankfurter Banken zu verkaufen, damit auch sie wie Yuppies im Westen leben können.

In der Tat war der unmittelbare Hintergrund für die jüngste Flut von nationalistischen Gegensätzen nicht der großrussische Chauvinismus des Zentrums. Perestroika war Wasser auf die Mühlen der weiter fortgeschrittenen Republiken wie im Baltikum und Armenien, die sich einen noch größeren Teil des Kuchens abschneiden wollen. Baltische Nationalisten träumen davon, daß sie durch die Abnabelung von Rußland und den rückständigeren Republiken und durch eine Prostitution vor der D-Mark wie die Skandinavier leben könnten. Sie sollten in Erwägung ziehen, was die D-Mark der ehemaligen DDR eingebracht hat — vier Millionen Arbeitslose, wirtschaftliche Verwüstung und den sozialen Zusammenbruch.

Wirkliche Leninisten treten ein für die vollständige Gleichheit aller Nationen und Nationalitäten in einer wirklich sozialistischen Föderation.

Sowjetische Arbeiter: Kämpft gegen die kapitalistische Versklavung!

Um den sowjetischen Staat niederzureißen und ein kapitalistisches Regime zu konsolidieren, wird mehr nötig sein als parlamentarische Dekrete. Während die Führungspositionen des Militärs, der Polizei und des Verwaltungs-

Fortgesetzt auf Seite 16

Besiegt die Konterrevolution von Jelzin und Gorbatschow!

Der Lenin-Trotzki-Fonds braucht Dein Geld!

Die Ressourcen der Internationalen Kommunistischen Liga sind bescheiden, unsere augenblicklichen Aufgaben riesig. Wir haben gerade die russische Übersetzung von „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" mit einer Auflage von 70000 gedruckt. Wir drucken jetzt gerade das erste russischsprachige *Spartacist Bulletin* „Was ist Trotzkismus" nach, von dem wir schon 25 000 in der ganzen Sowjetunion verkauft haben (siehe Abbildungen). Hunderte Exemplare wurden von Genossen und Anhängern der SpAD bereits in Deutschland an die sowjetischen Streitkräfte verkauft. Prosozialistische Arbeiter, Soldaten und Offiziere haben ein großes Interesse an trotzkistischer Literatur, aber die wirtschaftlichen Realitäten diktieren, daß wir unsere Publikationen massiv subventionieren müssen, damit sie noch bezahlbar bleiben. Druckkosten, Reisen und andere Ausgaben bedeuten, daß eine internationalistische Intervention in der Sowjetunion Geld kostet. Helft mit, den trotzkistischen Kern zu schmieden, der notwendig ist, um die sowjetischen Werktätigen im Kampf gegen die Konterrevolution zu führen.



Spendet an SpAD, Fred Zierenberg, Stichwort „Lenin-Trotzki-Fonds" (oder einfach „L-T-Fonds"), Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 50080000.

Stalinismus: Totengräber der Oktoberrevolution

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Leo Trotzki davor gewarnt, daß der Stalinismus eine tödliche Gefahr ßr das Überleben der Sowjetunion ist. Nachdem die Bürokratie unter Führung Stalins die Macht von den sowjetischen Arbeitern usurpiert hatte, indem sie die Partei von Lenin und Trotzki ihres bolschewistischen Charakters beraubte, unterminierte sie auch weiterhin die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 und sabotierte weltweit die revolutionären Kämpfe. Während demoralisierte „Antistalinisten" den ersten Arbeiterstaat einfach abschrieben, kämpfte Trotzkis Linke Opposition dafür, die Sowjetdemokratie und den bolschewistischen Internationalismus in der UdSSR wiederherzustellen. Wie im nachfolgenden Zitat, geschrieben nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland, betonte Trotzki immer wieder, daß die einzige Alternative zu einer Restauration des Kapitalismus eine proletarische politische Revolution ist, um die noch übrig gebliebenen Errungenschaften des Oktober durch einen Sturz der verräterischen Bürokratie zu verteidigen. Jetzt hat der totale Zusammenbruch des Stalinismus einer blutigen kapitalistischen Konterrevolution Tür und Tor geöffnet. Der Schlüssel für die Verteidigung der sowjetischen Werktätigen gegen den konterrevolutionären Angriff von Jelzin, Kohl und Bush ist die Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei.

Unter den Bedingungen der Übergangsepoche aber kommt dem politischen Überbau *entscheidende* Bedeutung zu. Eine entwickelte und stabile Diktatur des Proletariats impliziert, daß die Partei ihre Führungsrolle als selbsttätige Avantgarde erfüllt, daß sich das Proletariat mit Hilfe von Gewerkschaften zusammenschließt, daß die Arbeiter durch das Rätesystem unlösbar mit dem Staat verbunden sind und daß schließlich der Arbeiterstaat über die Internationale mit dem Weltproletariat zu einer kämpfenden Einheit verbunden ist. Doch die Bürokratie hat die Partei, die Gewerkschaften, die Sowjets und die Kommunistische Internationale erstickt...

Was steht eher bevor: der drohende Zusammenbruch der durch den Bürokratismus unterhöhlten Sowjetmacht oder die Stunde der Vereinigung des Proletariats um eine neue Partei, die imstande ist, das Erbe des Oktobers zu retten? Auf diese Frage ist keine Antwort a priori möglich; der Kampf wird entscheiden. Erst ein großer historischer Test, vielleicht auch ein Krieg, wird über das Kräfteverhältnis Aufschluß geben. Auf jeden Fall ist klar, daß die Sowjetmacht, nur auf ihre inneren Kräfte gestützt, bei einem weiteren Niedergang der proletarischen Weltbewegung und bei weiterer Ausbreitung der faschistischen Herrschaft nicht lange bestehen kann. Grundbedingung einer radikalen Reform dieses Sowjetstaats ist der siegreiche Fortgang der *Weltrevolution*...

Jede politische Strömung, die die Sowjetunion unter dem Vorwand ihres „nichtproletarischen" Charakters abschreibt, läuft Gefahr, zu einem passiven Werkzeug des Imperialismus zu werden. Auch nach unserer Auffassung ist natürlich die tragische Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der erste Arbeiterstaat, geschwächt durch die eigene Bürokratie, unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht. Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.

Heute würde eine Erschütterung des bürokratischen Gleichgewichts in der UdSSR mit einiger Sicherheit den konterrevolutionären Kräften nützen. Bei Bestehen einer wirklich revolutionären Internationale aber würde die unvermeidliche Krise des Stalin-Regimes die Chance zu einer Erneuerung der UdSSR bieten. Das ist unser grundlegender Kurs...

Das Problem der Weltrevolution wie das Problem der Sowjetunion lassen sich auf ein und dieselbe kurze Formel bringen: *Vierte Internationale!*

— Leo Trotzki, „Der Klassencharakter des Sowjetstaats" (Oktober 1933)

Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

apparats jetzt von Konterrevolutionären besetzt sind, wird die millionenstarke Basis des Staatsapparats nicht so einfach gesäubert werden können. Mehr noch, die zentrifugalen Tendenzen, die von den unterschiedlichen separatistischen Kräften geschürt werden, kollidieren stark mit der Tatsache, daß die Wirtschaftsstrukturen der Republiken stark miteinander verknüpft sind und auf einer von oben bis unten zentralisierten Wirtschaft basieren.

Das Gerede von einer Reorganisation der Wirtschaft ähnlich wie im europäischen Gemeinsamen Markt ist lächerlich. Die sowjetischen Republiken sind viel stärker voneinander abhängig als selbst Wales und England oder zwei beliebige Staaten in den USA. Neun von 15 Republiken exportieren mehr als 60 Prozent ihrer Produktion in den Rest der Sowjetunion, und praktisch jedes Industrieunternehmen ist bei Zulieferungen und Ersatzteilen auf andere Republiken angewiesen. Ein westlicher Ökonom warnt: „Der Prozeß der Etablierung einer effizienten blühenden Marktwirtschaft in der UdSSR wird nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern."

Selbst wenn man diese illusorische Perspektive akzeptiert, würde dies bedeuten, daß den Werktätigen Jahre bitterer .Armut bevorstehen und ihr Lebensstandard auf das Niveau des Zarismus zurückgeworfen wird. Und die sowjetischen Möchtegernkapitalisten machen sich sogar Sorgen darüber, daß sie nicht einmal den kommenden Winter überleben werden, wenn es ihnen nicht gelingt. Lebensmittel auf den Tisch der Arbeiter zu bringen.

Die Arbeiterklasse muß ihre Stimme noch erheben. Aber es gibt bereits unmißverständliche Anzeichen für eine Unzufriedenheit mit der „neuen Ordnung". Zehntausende sind zu Lenins Mausoleum gekommen und standen in einer Schlange, die über einen Kilometer lang war. Und anders als die selbstgefälligen Yuppies und die wohlbehüteten Kinder der Bürokratie, die sich um Jelzin geschart haben, sind diejenigen, die zusammenkommen, um dem Gründer des sowjetischen Staates ihren Respekt zu erweisen, vorwiegend Werktätige.

Die sowjetischen Arbeiter finden keinen Gefallen an

Sowjetischer Abzug heißt freie Bahn für US-Angriff
Verteidigt Kuba!

Um von Washington finanzielle Unterstützung für die Konterrevolution in der Sowjetunion zu erbetteln, will Gorbatschow dem US-Imperialismus Kuba in den Rachen werfen. Als er in den USA den Abzug der sowjetischen Truppen aus Kuba ankündigte, führte die Spartacist League/ U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, am 13. September eine Demonstration vor der kubanischen UN-Botschaft in New York unter der Losung „Verteidigt Kuba!" durch, und nannte den angekündigten sowjetischen Abzug aus Kuba einen „Verrat" und eine „Vorbereitung für einen US-Angriff.



Workers Vanguard

Spartacist-Sprecherin Marjorie Stamberg sagte: „Die fortschreitende Konterrevolution in der Sowjetunion gefährdet nicht nur jede Errungenschaft der sowjetischen Werktätigen. Sie hat auch die unersättlichen, weltweiten Appetite der US-Imperialisten gestärkt. Jetzt haben Gorbatschow und Jelzin dem US-Imperialismus grünes Licht gegeben, die kubanische Bevölkerung in Blut zu ertränken."

Seit 31 Jahren versucht Washington, die Kubanische Revolution zunichte zu machen — mittels Invasion, Anschlägen und einer jahrzehntelangen Wirtschaftsblockade. Der US-Imperialismus ist nach dem Gemetzel an der irakischen Bevölkerung darauf aus, Kuba seine „Neue Weltordnung" aufzuzwingen.

„Wir zählen auf Klassenkampf in den USA und auf der Welt, um Kuba gegen den Yankee-Imperialismus und die Konterrevolution zu verteidigen", sagten die Demonstranten. Zu den Parolen gehörten: „US-Weltbullen, Hände weg von Kuba!", „USA raus aus Guantánamo! Unabhängigkeit für Puerto Rico!", „Kuba in Gefahr — höchste Zeit für Arbeiterdemokratie", „Stalins ‚Sozialismus in einem Land' unterminiert die Verteidigung aller Arbeiterstaaten", „Für sozialistische Revolution in Nord- und Südamerika!"«

---

der Aussicht, daß ihre Städte und selbst ihre unmittelbaren Familien von nationalistischem Brudermord auseinandergerissen werden. Schon jetzt haben sie genug von den weit verbreiteten Schwarzmarktgeschäften und der grotesken Habgier, die durch die ersten kapitalistischen Maßnahmen der letzten fünf Jahre um sich gegriffen haben. Und diejenigen, die immer noch betäubt sind von den Sirenenklängen über Videorecorder und Stereoanlagen, die ein voll entfalteter Kapitalismus für alle bringen soll, werden bald schon böse erwachen.

Wie ein besorgter Eduard Schewardnadse feststellte: „Wenn die Menschen auf die Straße gehen, ist es unmöglich, vorherzusagen, welchen Parolen sie folgen werden und wer diese Bewegung führen wird." Auf seine eigene konterrevolutionäre Art und Weise versteht er, daß sich das Schicksal der Sowjetunion über die Frage entscheiden wird, wer die Werktätigen führen wird und unter welchem Programm.

Der sowjetische Stalinismus ist tot. Trotz der imperialistischen und stalinistischen Lügen, daß der Stalinismus mit dem Kommunismus identisch gewesen sei, gibt es ein Gefühl unter den sowjetischen Werktätigen, daß dies nicht der Fall ist. Eine Frau, die vor Lenins Mausoleum wartete, sagte: „Er versuchte für unser Land Gutes zu tun, aber über die" Jahre sind seine Ideen verzerrt worden."

Um die konterrevolutionäre Welle umzukehren, die das Heimatland des Oktober überschwemmt, ist es entscheidend, daß die fortgeschrittensten Elemente der sowjetischen Arbeiterklasse das unverzerrte Programm des Leninismus wiederentdecken und alle Kräfte, die zum internationalistischen Weg der Oktoberrevolution zurückkehren wollen, in eine trotzkistische Partei umzugruppieren. Das ist die Aufgabe der Stunde.

Nach Workers Vanguard *Nr. 534, 13. September*

Spartakist-Treffpunkte

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz
Halle	Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70 Halle 4020, Telefon: Halle 29055

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 510655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022
Rostock	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1



Januar 1990 In Treptow: größte antifaschistische Massenkundgebung zu Ehren der Roten Armee, die das Nazi-Regime zerschlug

Spartakist

KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 8

blem nicht darin, daß zu viele Nazis interniert wurden, sondern daß sie im Westen alle wieder ihre alten Funktionen zurückerhielten. In der SBZ/DDR wurden dagegen von August 1945 an 520000 Nazis aus dem Staatsapparat, der Justiz und der Industrie entfernt. Vier Fünftel der 2500 Richter und Staatsanwälte wurden entlassen. Hinter dem Aufschrei über das Schicksal der „kleinen Nazis" liegt der Haß der deutschen Bourgeoisie auf die Tatsache, daß die Massenverhaftungen in Ostdeutschland ein Teil der Politik waren, die den gesamten Naziapparat *zerschlagen* hat.

Die bürgerliche Presse hat von sowjetischen „Todeslagern" gesprochen und Horrorzahlen in Umlauf gebracht, um den Völkermord der Nazis zu amnestieren. Mit den absurdesten Lügen soll die angebliche „Kontinuität" mit den KZs bewiesen werden. In einem Fall behauptete eine Frau im Fernsehen, sie sei 1950 Augenzeugin von Massenerschießungen in den Wäldern von Oranienburg gewesen — als das sowjetische Lager gar nicht mehr existierte! In Wirklichkeit sind, wie eine Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Juli 1990 dargelegt hat, zwischen 1945 und 1950 insgesamt 122671 Deutsche in elf sowjetischen Lagern in Deutschland interniert worden. Rund 42 900 davon sind an Hunger und Krankheiten gestorben, die meisten in den ersten zwei Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine allgemeine schreckliche Hungersnot herrschte. 45262 Personen wurden wieder freigelassen, 12770 Gefangene wurden in die UdSSR gebracht und über 6000 in Kriegsgefangenenlager überführt. Nur 756 Personen wurden durch Militärgerichte zum Tode verurteilt, also 0,6 Prozent der Häftlinge.

Nur wenige von den Nazis, die „hohe Tiere" gewesen waren, endeten in sowjetischem Gewahrsam. Beinahe ohne Ausnahme waren sie nach Westen geflohen, wo sie von den Imperialisten mit offenen Armen empfangen wurden. Die Sowjets brachten die übelsten Naziverbrecher in Zwangsarbeitslager in der UdSSR — zum großen Unwillen der kommunistischen Gefangenen Stalins, die Einspruch erhoben, mit solchem Abschaum zusammengeworfen zu werden. Stalins Nachfolger händigten Adenauer 1954 die Nazis für ein paar DM wieder aus, worauf die alten SSler ihre früheren Posten in der neuen Bundesrepublik wieder einnahmen.

Während in der sowjetischen Besatzungszone der bürgerliche Staatsapparat dem Erdboden gleichgemacht und der Nazidreck ausgeräumt wurde, blieb in den Westzonen die bürgerliche Ordnung intakt. Mit dem Aufflackern des Kalten Kriegs wurde aus der „Entnazifizierung" die *Renaziflzierung.* Die Industriemagnaten behielten ihre Millionen, die sie den Zwangsarbeitern abgepreßt hatten, die Richter saßen Gericht über ihresgleichen. Die Barbies wurden wieder in die imperialistischen Spionagedienste integriert; aus Gehlens antisowjetischer Nazi-Truppe „Fremde Heere Ost" wurde der Bundesnachrichtendienst. (Und heute betreibt der frühere BND-Boss und jetzige Justizminister Klaus Kinkel eine Hetzjagd auf den kommunistischen, prosowjetischen und jüdischen DDR-Spionagechef Markus Wolf.)

Die wenigen Prozesse gegen Nazi-Mörder waren eine Farce, wo die *Opfer* erneut der Verhöhnung durch Nazi-Anwälte preisgegeben wurden. So auch beim Prozeß gegen den SS-Oberscharführer Schwammberger, der in Konzentrationslagern in Polen Tausende von Juden und anderen Häftlingen ermordet hat. Schon im Juli 1945 war Schwammberger in Innsbruck verhaftet worden; er trug einen Sack mit Goldzähnen bei sich. Mit Hilfe der katholischen Kirche flüchtete er nach Argentinien, wo ihn die BRD-Botschaft mit einem gültigen Reisepaß unter seinem richtigen Namen versorgte. Jetzt wird der 79jährige Schlächter, wie seine Opfer in Rozwadow ihn nannten, vom Gericht fürsorglich mit Samthandschuhen angefaßt. Gleichzeitig wurde der Nazi-Mörder Michael Scheftner, der im Mai 1942 in der Ukraine 30 Cinti und Roma ermordet hat, am 26. September im Schnellverfahren freigesprochen.

Hier nun die Beschreibung der Verhältnisse in einem *wirklichen* „Todeslager", d.h. einem Vernichtungslager, aus dem Mund von Rudolph Höss, dem Lagerkommandanten von Auschwitz von 1940 bis 1943:

> „Darum benutzte ich in Auschwitz Zyklon B, eine kristallisierte Blausäure, die in die Todeskammer eingeführt wurde. Je nach der Witterung waren drei bis fünfzehn Minuten notwendig, um die Leute zu töten. Wenn ihr Schreien aufhörte, wüßten wir, daß sie tot waren. Wir warteten gewöhnlich etwa eine halbe Stunde, ehe wir die Türen öffneten und die Leichen herausholten. Nachdem die Leichen herausgeholt waren, nahmen unsere Spezialkommandos ihnen die Ringe ab und rissen ihnen das Gold aus den Zähnen." (zitiert in Alan Bullock, *Hitler — Eine Studie über Tyrannei)*

Dann gab es noch die „normalen" Lager, die die Nazis seit 1933 errichtet hatten, wie Sachsenhausen oder Buchenwald. Hier sind Millionen als Sklavenarbeiter eines langsameren Todes gestorben (und ihre Todesrate war in den Fabriken von Krupp und Flick sogar noch höher als

in den Lagern selbst!). Mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden umgebracht. In *einer einzigen Woche* im September 1941 allein sind *18 000* sowjetische Gefangene in Sachsenhausen durch die Nazis umgebracht worden, durch Verhungern oder durch Erschießen.

Wie Göring blutrünstig an Mussolinis Außenminister Ciano berichtete: „In den Gefangenenlagern haben die Russen angefangen, sich gegenseitig aufzufressen. In diesem Jahr werden in Rußland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern. Und vielleicht ist das gut so, denn gewisse Völker müssen dezimiert werden" (zitiert in Alan Bullock).

Göring hat damit nur die Völkermordpläne der Nazis durchblicken lassen. Noch ehe das Unternehmen Barbarossa eingeleitet wurde, hatte der berüchtigte „Komissarbefehl" die Massenliquidation aller sowjetischen Offiziere angeordnet. Als die Wehrmacht im Juli 1941 schließlich die Festung Brest einnahm, mähten sie im Lazarett die Ärzte genauso wie die Patienten nieder. Als lokale Gemeindevertreter in der Ukraine nach medizinischer Hilfe riefen, schickte die SS Erschießungskommandos. Die ganze Welt kennt das Schicksal der Orte Oradour in Frankreich und Lidice in der Tschechoslowakei, die von den Nazis aus „Vergeltung" dem Erdboden gleichgemacht wurden. Die Oradours und Lidices in der UdSSR gehen in die Tausende.

Keine Tränen für die „kleinen" Nazis

Trotzdem spielen die Artikel über die sowjetischen Lager den Punkt hoch, daß so viele „kleine" Nazi-Fische im Netz hängengeblieben seien! So druckte die SPD-nahe *Berliner Zeitung* das neu erschienene Buch der ehemaligen *Morgen*-Journalisten Flocken/Klonovsky, „Stalins Lager in Deutschland 1945—1950", als Serie. Ein Lagerinsasse nach dem anderen beteuert seine Unschuld; sie waren „nur" einfache Nazis, „Werwölfe" oder Mitglieder des Volkssturms, des letzten Aufgebots der Hitler-Faschisten. Das ist immer das Standardalibi der Bourgeoisie: nur die Totenkopf-SSler (aber nicht die Waffen-SS, die Wehrmacht, Krupp, I.G.Farben, die Justiz, die einflußreichen Ärzte und so weiter *bis zum Erbrechen)* trugen die Schuld an den bestialischen Verbrechen des Dritten Reichs. Nach 1945 hat jeder Nazi-Massenmörder versucht, als „Mitläufer" davonzukommen oder einen „Persilschein" zu erhalten. Alle haben nur „Befehle ausgeführt", und alle haben „nichts gewußt". Wie der gängige Witz über den österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Waldheim lautet: „Nur mein Pferd war in der SS".

Bei all dem Gerede über die unschuldigen Opfer einer sowjetischen Säuberung ist es auffällig, daß die Organisationen, die behaupten, die „Opfer des Stalinismus" zu vertreten, die Rehabilitierung dieser „Opfer" *en bloc* verlangen. Besonders ekelhaft ist das Vorwort von Flocken/Klonovsky, in dem sie über die Gefangenen herziehen, die als „Denunzianten" dem NKWD über die Nazis in den Lagern berichteten: „Die Sowjets spielten so die Deutschen gegeneinander aus."

In der Tat erinnern die Tränen, die wegen der Haftbedingungen in den sowjetischen Lagern vergossen werden, stark an die von den Faschisten inspirierte Kampagne für die Freilassung von Rudolf Hess aus dem Spandauer Gefängnis mit dem Argument, daß ein armer alter kranker Mensch aus purer Rachsucht der Sowjetunion eingekerkert war. Der *Telegraph* der Umweltbibliothek (12. Mai 1990) beschrieb, wie der „Bund stalinistisch Verfolgter" unter der Führung der ehemaligen Führer der dortigen Hitlerjugend und des Bunds Deutscher Mädel eine Zeremonie auf dem Gelände des Lagers in Fürstenberg abgehalten hat.

Sicher waren die Methoden der stalinistischen Bürokratie auch von Brutalität, Willkür und Paranoia geprägt. Einige von denen, die verhaftet wurden, waren die unpolitischen Opfer von Denunzianten, denen es um Rache oder persönliche Vorteile ging. Wie gleich zu Beginn der Kampagne ein Artikel in *Neues Deutschland (24.125.* März 1990) betonte, gab es auch loyale Kader der SED, die wegen realer oder imaginärer Abweichungen verhaftet wurden. Es liegt der PDS natürlich völlig fern, etwas gegen die antisowjetische Hysterie zu sagen; vielmehr schließt sie sich ihr an und ist in erster Linie daran interessiert, ihre „Opferrolle" im Stalinismus herauszustreichen.

Im wesentlichen hatte aber die Verfolgung politischer Opponenten nichts mit den Internierungslagern zu tun, die für Nazis errichtet wurden. Besonders in den Jahren 1948/49 wurden bei einer Verhaftungswelle einige Sozialdemokraten und Dissidenten eingesperrt, die sich der Vereinigung mit der KPD widersetzt hatten. Einige der Inhaftierten waren linke Kritiker des Stalinismus, wie der Trotzkist Oskar Hippe. Er wurde verhaftet und nach Bautzen gebracht trotz — oder eher wegen — der Tatsache, daß er den deformierten ostdeutschen Arbeiterstaat mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution verteidigt hatte.

Aber bei weitem nicht alle, die als imperialistische Spione verhaftet wurden — darunter auch einige Sozialdemokraten —, waren unschuldig. Das Ostbüro der SPD arbeitete Hand in Hand mit der Spionageorganisation des Nazis Gehlen im Interesse einer kapitalistischen Rückeroberung der DDR. Während die SPD den „stalinistischen Terror" im Osten verdammte, wurde im Rahmen einer Hexenjagd im Kalten Krieg nicht nur die KPD verboten, sondern auch die VVN, die Organisation der Opfer der Naziverfolgung.

In Westdeutschland selber wurden die Lager weiterbenutzt für „Displaced Persons" aus ganz Europa, einschließlich jüdischer Flüchtlinge, die keine der westlichen „Demokratien" als Einwanderer akzeptieren wollte. In einem Fall wurden überlebende Roma und Cinti nach ihrer Rückkehr nach Köln 1945 ins gleiche Lager gesteckt, aus dem sie ursprünglich von den Nazis deportiert worden waren. Das letzte Lager für „DPs" ist erst 1957 geschlossen worden. Heute schreien Engholm/Lafontaine nach Sammellagern für Asylsuchende, in der rassistischen Tradition des Dritten Reichs.

Die Politik des Aushungerns

Am Ende des Zweiten Weltkriegs litt der größte Teil Europas und besonders Mittel- und Osteuropa an Hunger, Tuberkulose und Typhus. So stieg z.B. die Kindersterblichkeit in Berlin und Budapest 1945 auf das Doppelte an. Und 1946 wurde alles noch verschlimmert durch eine Dürre in der UdSSR. Die Sowjets hätten ihre Gefangenen nicht sehr viel besser behandeln können; die imperialistischen Westmächte *wollten es nicht.*

Nach 1945 hat der US-Imperialismus buchstäblich, in Anlehnung an eine Formulierung von Trotzki, „Europa auf Ration gesetzt", ganze Völker erpreßt, damit sie die kapitalistische Ordnung akzeptieren. Der Kanadier James Bacque weist in seinem Buch *Other Losses* (Der geplante Tod) nach, daß die USA und das britische Commonwealth verfügbare Lebensmittelreserven hätten mobilisieren können, um die Ernährung sicherzustellen, dies aber nicht taten. (Mit einer Tagesration von 4200 Kalorien war der amerikanische GI das am besten ernährte menschliche Wesen im Nachkriegseuropa.)

Der Hunger und die Krankheiten, die in den westlichen Besatzungszonen wüteten, waren (wie der Morgen-

Fortgesetzt auf Seite 20

KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 19

thau-Plan zuvor) eine bewußte Politik der US-Imperialisten. Im Frühjahr 1947 gab es Massendemonstrationen und Streiks von Hunderttausenden von Arbeitern im Ruhrgebiet, die die Enteignung der Schwerindustrie und öffentliche Kontrollausschüsse für die Lebensmittelversorgung forderten. Die protestierenden Arbeiter wurden nicht nur individuell mit der Todesstrafe bedroht, sondern der US-Militärgouverneur Newman erklärte den Streikenden, wer nicht arbeite, bekäme nichts zu essen — eine Drohung, die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebiets auszuhungern! Wie bei den massiven Bombardierungen der deutschen Städte war es das Ziel, den Willen des deutschen Proletariats zu brechen, um damit nach Hitlers Niederlage einer Wiederholung des revolutionären Aufschwungs von 1918/19 einen Riegel vorzuschieben.

„Antistalinismus" im Dienst des Vierten Reichs

Bei der Orgie von antisowjetischer Hysterie sind SPD/Grüne und ihnen nahestehende Publikationen wie die *taz* und auch *Der Spiegel* vorneweg bei den Lügen über die sowjetischen Lager, weil *sie* an der Spitze der antikommunistischen Hexenjagd in der DDR stehen. Es war kein Zufall, daß die Hetzkampagne über die sowjetischen Lager kurz nach der Treptower Massendemonstration am 3. Januar 1990 begann, als 250000 Menschen gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Gefallenen protestierten. Wir Trotzkisten sind stolz darauf, diesen Einheitsfrontprotest initiiert zu haben, der zeigte, welch große Bedeutung der Sieg der Roten Armee über den Faschismus für die Werktätigen in der DDR hatte.

Doch mit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist die antisowjetische Hetze zur „Propaganda der Tat" übergegangen: Es gibt regelmäßig Berichte über Skinhead-Überfälle auf sowjetische Offiziere und Soldaten, mehrere Soldaten wurden ermordet aufgefunden, in Wittstock wurde ein Wachposten auf offener Straße erschossen. Im Moment scheinen diese Angriffe etwas nachzulassen, was gut damit zu tun haben kann, daß sich im August eine sowjetische Militärstreife in Neuruppin erfolgreich gegen eine Bande von Skinheads zur Wehr setzte; zwei wurden ins Krankenhaus eingeliefert, ein weiterer ambulant behandelt.

Aber der Terror von Skinhead/Nazi-Banden in Deutschland hat mit dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda eine neue Qualität erreicht. Mit der Wiedereinführung des Kapitalismus in der ehemaligen DDR kommt - genau wie in Osteuropa — „die ganze alte Scheiße", wie Marx es genannt hat, wieder hoch. Das Vierte Reich wittert Morgenluft, wenn in Litauen und Kroatien Nazi-Kriegsverbrecher rehabilitiert werden. Im Moment setzt die deutsche Bourgeoisie bei ihrem Drang nach Osten auf DM und Winterhilfe an die Sowjetunion, um die Konterrevolution voranzutreiben. Doch die sowjetischen Arbeiter haben die „Schocktherapie" der Imperialisten noch nicht geschluckt, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ende September versammelten sich am Jahrestag von Babi Jar über 10000 Menschen in Kiew, um der Opfer des Nazi-Massakers zu gedenken. Worauf es jetzt ankommt — in der Sowjetunion genau wie in Deutschland -, ist die Schmiedung einer revolutionären trotzkistischen Partei, die die Arbeiterklasse gegen Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert und im Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe vereint.

Wie die Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds feststellt, die von Kadern und Sympathisanten der trotzkistischen Bewegung eine Woche nach ihrer Befreiung im April 1945 verfaßt wurde: „Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen." Die internationale Arbeiterklasse wird die Verbrechen von Auschwitz rächen! •

„Linke" klatscht Beifall...

Fortsetzung von Seite 6

nischer Bestandteil von Jelzins „demokratischer" Konterrevolution. Und da dieser „Widerstand" von jenem prokapitalistischen nationalistischen Demagogen angeführt worden ist, gibt Arbeitermacht zynischerweise zu: Jelzins „pro-kapjtalistische Politik bedeutet Massenarbeitslosigkeit und Zerstörung der Sozialleistungen für Dutzende Millionen Arbeiterinnen. Er möchte 120 Millionen sowjetische Arbeiterinnen der ungezügelten imperialistischen Ausbeutung preisgeben."

Kurz: Besser, die Werktätigen werden der kapitalistischen Ausbeutung, dem Hunger und der Obdachlosigkeit, der brutalen Frauenunterdrückung, großrussischen und antisemitischen Pogromen ausgesetzt, als daß der stalinistische degenerierte Arbeiterstaat auch nur einen Tag länger überlebt. Natürlich sind die „proletarischen Kräfte", die sie meinen, diejenigen, die unter Führung der prokapitalistischen „freien Gewerkschafter" stehen. Sie sind bekannt für ihre Verbindungen zu Faschisten, wie im Fall des berüchtigten Jurij Butschenko, den Workers Power letztes Jahr in ganz Britannnien herumfuhr.

Im eigenen Namen veröffentlichte Arbeitermacht ein Flugblatt mit dem Titel „Nieder mit dem Putsch!" Darin verlangte r,ie (überflüssigerweise), die SPD - die Schlächter von Luxemburg und Liebknecht und die Architekten der Ostpolitik des deutschen Imperialismus mit dem Ziel, die Sowjetunion zu unterminieren und zu zerschlagen — solle Demonstrationen organisieren, um die russische Konterrevolution zu unterstützen.

Für eine Vierte Internationale, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde!

Leon Trotzki starb — durch die Hand eines stalinistischen Mörders — als unnachgiebiger Verteidiger des sowjetischen Arbeiterstaates. Trotzki führte seinen letzten Kampf am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, als die Sowjetunion einer tödlichen Gefahr gegenüberstand: er bekämpfte in der damals noch trotzkistischen Socialist Workers Party in den USA die Opposition um Burnham/Shachtman, die die Verteidigung der Sowjetunion über Bord warfen. Im April 1940 schrieb Trotzki im „Brief an die Arbeiter der UdSSR": „Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie neue Eroberungen machen." Sollte das Land des Oktober der konterrevolutionären Flut unterliegen, werden die Arbeiter der ganzen Welt noch lange mit ihrem Blut dafür bezahlen müssen. Noch nie war es so dringend: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows Konterrevolution! Für eine trotzkistische Partei in der Sowjetunion, aufgebaut im Kampf, eine Vierte Internationale zu schmieden, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde! •




Der Spiegel



Der Spiegel

1941: Kroatischer Ustascha-Führer Pavelic mit Reichsminister Ribbentrop; Links: Belgrad. Protest vor deutscher Botschaft

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 24

des Krieges auf Bosnien würde kommunalistische Massaker in riesigem Ausmaß bedeuten. Ein slawischer Moslem prophezeit: „Was im Libanon in 15 Jahren geschehen ist, wird in Bosnien in 15 Tagen passieren."

Unter dem massiven Druck des westlichen Imperialismus und durch die hohe Verschuldung bei Wall Street und Frankfurt ist die jugoslawische stalinistische Bürokratie entlang nationaler Trennlinien zersplittert und zerfallen. Nicht die Führung der Bundesarmee und noch viel weniger Slobodan Milosevic, der starke Mann Serbiens, kämpfen darum, Jugoslawien auf der Basis einer vergesellschafteten Wirtschaft zu erhalten. Die jugoslawische Bundesarmee — die letzte Bastion des Titoismus — droht in ein Instrument des großserbischen Nationalismus verwandelt zu werden. Während ein Slowene, Admiral Stane Brovet, immer noch stellvertretender Verteidigungsminister ist, sind nicht-serbische Offiziere aus den Führungspositionen gesäubert worden oder sie sind zurückgetreten. Von den Wehrpflichtigen sind viele Slowenen, Kroaten, Albaner und Makedonier desertiert.

Ein Wust von Verwirrung umgibt die augenblicklichen Ziele des jugoslawischen Militärs, besonders aus der Ferne betrachtet. Die imperialistische Presse stellt es so dar, als ob es vorhabe, nach Zagreb einzumarschieren und dort gründlich aufzuräumen. In Wirklichkeit hat die Bundesarmee, wenn sie mit offen faschistischen kroatischen Kräften konfrontiert war, so reagiert, daß sie sich mit serbischen Faschisten verbündete und über die serbischen Enklaven in Kroatien die Kontrolle zu gewinnen versuchte. In der Tat gibt es in diesem schmutzigen Krieg, der Jugoslawien zerreißt, auf keiner Seite irgendeinen Ansatz zur Mobilisierung auf einer proletarischen *Klassenbasis.* Doch genau dies ist jetzt dringender denn je notwendig.

Der Krieg vertieft in großem Maße nationalistischen Haß und stärkt die reaktionären Kräfte auf allen Seiten. Klassenbewußte Arbeiter in ganz Jugoslawien müssen die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus bekämpfen. Ihr Ziel muß es sein, sowohl das faschistoide Regime von Franjo Tudjman in Kroatien als auch das großserbisch-chauvinistische Regime von Slobodan Milosevic zu stürzen. Offiziere und Soldaten in der Bundesarmee, die für den Sozialismus eintreten wollen, müssen sich sowohl dem Feldzug für ein Großserbien entgegenstellen als auch denjenigen, die Jugoslawien und seine Einzelrepubliken in Neokolonien der (von Deutschland dominierten) EG umwandeln wollen. Nur der Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kann Jugoslawien davor retten, wieder einmal die Arena von nationalistischem Völkermord und imperialistischer Unterjochung zu werden.

Die Erben der kroatischen Ustaschi und der serbischen Tschetniks

Letztes Jahr haben antikommunistische Nationalisten die politische Macht in Slowenien und Kroatien erobert, den beiden nördlichsten und wohlhabenderen Republiken. Die geschwächten stalinistischen Bürokratien in diesen Republiken lösten sich vollständig auf, wobei die meisten Überreste zu den neuen Regimen überliefen, die offen für eine Restauration des Kapitalismus und eine Abspaltung eintreten. Kroatiens neuer Präsident, Franjo Tudjman, ist ein ehemaliger General der jugoslawischen Armee und ein Geschichtsprofessor, der berühmt-berüchtigt dafür wurde, daß er das klerikal-faschistische Ustascha-Regime der Kriegszeit verteidigte, das unter deutschem Schutz Hunderttausende Serben, Juden und Roma massakriert hat. Vor kurzem empfing er in Zagreb eine Delegation der Republikaner-Nazis. Tudjman ist berüchtigt für seinen Chauvinismus mit Sprüchen wie: „Gott sei Dank ist meine Frau weder eine Serbin noch eine Jüdin." Eine der ersten Maßnahmen seiner Regierung war es, den Platz für die Opfer des Faschismus in Zagreb umzubenennen in den Platz der Kroatischen Giganten! Auch die neue Regierung von Slowenien hat alle amnestiert, die während des Krieges Kollaborateure der Nazis und der italienischen Faschisten waren.

Es gibt 600000 Serben, die in Ost- und Südkroatien leben — rund zwölf Prozent der Bevölkerung dieser Republik. Diese Regionen liegen im Gebiet der alten kroatischen Militärgrenze, die ursprünglich im 15. Jahrhundert

Fortgesetzt auf Seite 22

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 21

von Serben bevölkert war, die weiter Widerstand leisteten, als das mittelalterliche Königreich Serbien von den osmanischen Türken überrannt wurde. Die serbische Bevölkerungsgruppe in Kroatien hat allen Grund, sich unter dem neuen nationalistischen Regime in Zagreb sogar um ihr bloßes Überleben Sorgen zu machen. Die völkermörderischen Massaker der Ustaschi sind in diesen Gebieten in lebendiger Erinnerung. Die Ustascha-Faschisten — deren Greueltaten selbst deutsche Wehrmachtsoffiziere entsetzten — sammelten die Augen ihrer Opfer und schnitten schwangeren serbischen Frauen das Kind aus dem Leib.

Gerade aus den von Serben bevölkerten Dörfern Kroatiens sowie aus dem ethnisch serbischen Montenegro rekrutierten die kommunistischen Partisanen unter Marschall Josip Broz Tito viele ihrer Kämpfer. Die Partisanen, deren führende Kader aus allen Völkern Jugoslawiens rekrutiert wurden (Titos Vater war Kroate und seine Mutter Slowenin), bekämpften die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus auf allen Seiten. Sie kämpften nicht nur gegen die deutsche Besatzungsarmee und ihre Ustascha-Marionetten, sondern auch gegen die serbischen monarchistischen Guerillas — die Tschetniks -, die häufig mit den italienischen faschistischen Besatzern gegen die Kommunisten kollaborierten. Heute jedoch werden die serbischen Milizen in Kroatien beherrscht vom nationalistischen starken Mann Milosevic und nennen sich bezeichnenderweise Tschetniks:

> „Herr Milosevic bevorzugt es, die Operationen der ‚Tschetnik'-Kräfte zu unterstützen, die von Vojislav Seselj kontrolliert werden, der als ‚der Herzog' bekannt ist. Trotz seiner ultrarechten Ansichten wird ‚der Herzog' weithin verdächtigt, ein Agent der von Kommunisten geführten Geheimpolizei Serbiens zu sein. Neulich gewann er in Belgrad die Nachwahlen nach einer Kampagne, in der er unter anderem versprach, ‚den Kroaten mit einem rostigen Messer die Kehle durchzuschneiden'". (*Independent* [London], 7. August)

„Der Herzog" Seselj hat natürlich seine Pendants in der kroatischen Nationalgarde, von denen viele meinen, sie führten einen heiligen Krieg gegen die Ketzer der griechisch-orthodoxen Kirche. Ein Franziskanermönch erklärte in einer Kommandozentrale der Nationalgarde in Sinj: „300 Jahre lang haben die Franziskaner Kroatien im Kampf für das Christentum geführt, denn wenn sich Kroatien verteidigt, verteidigt es auch den Westen und das Christentum." *Le Monde* (13. September) berichtet, daß das kroatische Innenministerium deutsche und französische Söldner für eine „Schwarze Legion" rekrutiert. Mitglieder dieser „Anti-Terror"-Einheit prahlen offen, daß sie Neo-Nazis sind - „nationalsozialistisch und stolz darauf —, und haben in ihrem Hauptquartier das Porträt des Ustascha-Führers Ante Pavelic aufgehängt, der wegen seiner Kriegsverbrechen hingerichtet wurde. „Man denkt, die Ustaschi sind wieder da, wenn man uns sieht", sagte einer der Faschisten in schwarzer Montur.

Voller Herablassung beschreiben die westlichen Medien jetzt die Völker des Balkans, wie die Serben und Kroaten, als halb-barbarische Stämme, die in einer uralten Blutfehde verstrickt seien. Doch Serben und Kroaten lebten viereinhalb Jahrzehnte freundschaftlich zusammen. Heiraten zwischen diesen beiden südslawischen Völkern kamen häufiger vor als zwischen Schwarzen und Weißen in den USA oder zwischen Europäern und nordafrikanischen Arabern in Frankreich. Und in den Ortschaften und Städten der Regionen, in denen beide Völker vermischt leben, wie in Krajina und Slawonien, gibt es nicht nur aufgehetzte der kroatische und serbische Nationalisten, sondern auch viele Menschen, die zutiefst gegen den nationalistischen Brudermord sind, der ihre Gemeinden und Familien zerreißt.

Serben und Kroaten sind jedoch nicht aus heiterem Himmel von tiefgehendem nationalistischen Haß infiziert worden wie von einer rätselhaften Epidemie. Was jetzt in Jugoslawien und im übrigen Osteuropa geschieht, ist das Endergebnis von vier Jahrzehnten Herrschaft der stalinistischen Bürokratie und ihres endgültigen Zusammenbruchs. Titos Partisanen kämpften zwar gegen brudermörderischen Nationalismus, doch seine Politik von „Marktsozialismus" und betrieblicher „Selbstverwaltung" hat die wirtschaftlichen Unterschiede vergrößert und dadurch die politischen Spannungen zwischen den weiter entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien und den ärmeren südlichen Regionen verstärkt. Inzwischen hat sich Jugoslawien in den letzten Jahrzehnten immer mehr bei den imperialistischen Banken verschuldet.

Auf Befehl des westlichen Finanzkapitals hat vor zwei Jahren die Bundesregierung von Ministerpräsident Ante Markovic ein drastisches Austeritätsprogramm über die Werktätigen in ganz Jugoslawien verhängt. Letzten April traten 750000 serbische Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik gegen ihre unhaltbare wirtschaftliche Lage. Ein kenntnisreicher Artikel über Milosevic im *New York Times Magazine* (1. September) bemerkte: „Man kann auch nicht ausschließen, daß es in Serbien soziale Unruhen gibt, wo Zehntausende Arbeiter seit Monaten keinen Lohn bekommen haben und wo die Arbeitslosigkeit ansteigt." Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen des imperialistischen Schuldendienstes abzuwenden und in eine andere Richtung zu lenken, schüren sowohl Milosevic als auch Tudjman den nationalistischen Haß und den Krieg zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Milosevic' Kampagne für ein Großserbien

Die westlichen bürgerlichen Medien beschreiben Milosevic' Serbien häufig fälschlicherweise als das letzte „kommunistische Regime alter Prägung" in Osteuropa. Als ehemaliger Chef der Belgrader Zentralbank hat Milosevic den jugoslawischen Dinar an die Deutsche Mark angekoppelt. Jetzt fordert er eine „Marktwirtschaft" mit „einem völlig freien Fluß von Arbeitskräften, Gütern und Kapital" (*Review of International Affairs,* 20. Juni). Dieses Wirtschaftsprogramm läßt sich nicht unterscheiden von dem des Ministerpräsidenten des Bundes, Markovic. Dieser Liebling von Wall Street und Frankfurt tritt ebenfalls dafür ein, „Marktmechanismen zu entwickeln und die Bedingungen zu schaffen für den freien Fluß von Gütern, Kapital, Arbeitskräften und Know-how."

Der Unterschied zwischen Markovic und Milosevic ist *nicht,* daß jener in Jugoslawien den Kapitalismus einführen will, während dieser den „Sozialismus" erhalten will. Der Bundesministerpräsident, der praktisch keine reale Macht hat, würde gern Jugoslawien als Ganzes in eine Neokolonie der EG verwandeln. Belgrads starker Mann, Sohn eines serbischen orthodoxen Priesters, will auf den Ruinen des jugoslawischen Bundesstaates, den Titos kommunistische Partisanen geschaffen hatten, ein Großserbien schmieden. Serbiens Außenminister Vladimir Yovanovic beklagt sich darüber, daß die Grenzen der jugoslawischen Republiken „nach dem Zweiten Weltkrieg durch die damals herrschenden Kommunisten willkürlich gezogen wurden" (*New York Times,* 31. August).

Milosevic' Kampagne zur Schaffung eines Großserbien begann vor ein paar Jahren mit der Unterwerfung der autonomen Region Kosovo, in der 90 Prozent der Bevölkerung Albaner sind. Die Kommunistische Partei des Kosovo wurde aufgelöst, und der Widersland der Bevölke-

rung gegen die serbische Vorherrschaft wurde brutal unterdrückt. Das Milosevic-Regime setzte auch die autonome Region Vojvodina mit ihrer großen ungarischen Minderheit so unter Druck, daß sie sich den serbischen Behörden unterwarf. Milosevic hat jetzt der Abspaltung von Slowenien (wo es keine serbische Minderheit gibt) zugestimmt und will ein unabhängiges Kroatien akzeptieren, wenn es die von Serben bewohnten Gebiete abtritt. Darum geht es im gegenwärtigen Krieg.

Der Krieg verändert den politischen und nationalen Charakter der jugoslawischen Bundesarmee. Als die zivilen stalinistischen Bürokratien letztes Jahr entlang nationaler Linien auseinanderbrachen, blieb die Armee als einzige panjugoslawische Einrichtung übrig, die noch irgendwelche Macht hat. Titoistische Stimmungen blieben im Offizierskorps stark verbreitet. Obwohl das Offizierskorps immer überwiegend serbisch war, waren traditionell alle jugoslawischen Nationalitäten in den höchsten Kommandopositionen vertreten. Jetzt aber werden nichtserbische Offiziere herausgesäubert. Der Chef der Luftwaffe wurde neulich zum Rücktritt gezwungen und durch einen Serben ersetzt. Nichtserbische Oberste und Majore sind als Kommandeure von wichtigen Bataillonen abgesetzt worden. Bosniens Präsident Alija Izetebegovic, ein slawischer Moslem, sagte vor kurzem: „Wir müssen herausfinden, ob die Armee jugoslawisch oder serbisch ist. Alle fünf Generäle, die Einheiten in Bosnien kommandieren, sind jetzt Serben."

Als Reaktion auf die „Serbisierung" der Armeeführung haben die Regierungen von Bosnien und Makedonien verlangt, daß die Wehrpflichtigen aus diesen Republiken nicht außerhalb von deren Grenzen stationiert werden. Die Makedonier haben auch alle Einberufungslisten für die Wehrpflichtigen des nächsten Jahres vernichtet. Slawisch-moslemische Reservisten in Bosnien haben sich geweigert, einem Mobilmachungsbefehl Folge zu leisten, der sie in die umkämpften Gebiete Kroatiens geschickt hätte. Zur gleichen Zeit rekrutieren serbische Nationalisten in Bosnien Freiwillige für die Armee. Offiziere und Soldaten, die für den Sozialismus sind, müssen dagegen kämpfen, daß aus der jugoslawischen Armee ein Instrument des großserbischen Nationalismus gemacht wird, was nur zu kommunalistischen Massakern und Gegenmassakern führen kann.

Der westliche Imperialismus und der Zerfall Jugoslawiens

In den letzten paar Jahren waren Washington und die westeuropäischen Mächte nicht für den Zerfall Jugoslawiens, sondern vielmehr für die Umwandlung in eine kapitalistische Wirtschaft und eine lose Konföderation. Daher auch die massive Unterstützung der Imperialisten für den Bundesministerpräsidenten Markovic, der genau dieses Programm hat. Doch die Krise um die Abspaltung Sloweniens Ende Juni/Anfang Juli und der eskalierende kroatisch-serbische Grenzkrieg zeigten, daß Markovic' Programm nicht durchsetzbar ist. Mit Deutschland an der Spitze halten die Imperialisten jetzt die Abspaltung von Slowenien und Kroatien für eine Art zweitbeste Lösung. Aber die Entschlossenheit von Milosevic, große Gebiete von Kroatien einem Großserbien anzugliedern, stört Washingtons und besonders Berlins Pläne, ohne größeren Widerstand eine Intervention mit „Friedenstruppen" durchzuführen.

Darüber hinaus könnte sich dieser Konflikt leicht zu einem allgemeinen Balkankrieg ausweiten, wenn die militärisch viel schwächeren Kroaten sich Verbündete gegen Serbien suchen. Solche Verbündete wären nicht schwer zu finden. Bulgarien und Griechenland erheben Anspruch auf Makedonien, Albanien auf Kosovo und Ungarn auf die Vojvodina. Es gibt bereits Schußwechsel an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo. Ungarns rechtsgerichteter nationalistischer Präsident Josef Antall redet davon, die 400000 ethnischen Ungarn im nördlichen Jugoslawien zu verteidigen. Und 300 Jahre lang haben die Bulgaren auf Rußland gezählt als die wichtigste verbündete Großmacht bei Balkankonflikten. Das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens — wo römisch-katholische Kroaten gegen griechisch-orthodoxe Serben kämpfen, die gegen slawische und albanische Moslems kämpfen — könnte größere Auswirkungen haben von Rom über Ankara bis Moskau.

Genau darüber machen sich die westlichen Imperialisten Sorgen. Mit den Bodengewinnen der serbischen Kräfte ist die imperialistische Haltung gegenüber Belgrads starkem Mann feindseliger und bedrohlicher geworden. Seitdem hat es besonders von den Deutschen immer schärfere Forderungen nach einer europäischen „Friedens"truppe gegeben, d.h. einem imperialistischen Expeditionskorps zum Schutz von Kroatien. So gelang es Außenminister Genscher bei der KSZE-Außenministerkonferenz in Moskau, eine Passage im Schlußdokument durchzusetzen, wonach die Mitgliedsstaaten selbst ohne Einwilligung des betreffenden Landes in dessen innere Angelegenheiten intervenieren können.

Dies ist ein Freibrief für die westeuropäischen imperialistischen Mächte, allen voran Deutschland. Die Kohl-Regierung mußte bisher „aus verfassungsrechtlichen und historischen Gründen" die Entsendung deutscher Truppen ausklammern — im Klartext wegen des Nazi-Völkermordes in Jugoslawien. Trotzdem macht das Vierte Reich mobil. Kriegsminister Stoltenberg kündigte eine umfassende „Strukturreform der Bundeswehr" an, ohne Blauhelm-Verkleidung; Kernaufgabe sei künftig die Teilnahme an internationalen Einsätzen. Und wieder hat sich die SPD an die Spitze des Drangs nach Osten gesetzt. In einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung* (28./29. September) hat der SPD-Vorsitzende Engholm gefordert, sowohl die Verfassung als auch die Geschichte umzuschreiben, um deutsche Truppen nach Jugoslawien zu schicken, natürlich bei „ausschließlich humanitären Missionen".

Vor dem Ersten Weltkrieg gehörten Kroatien und Slowenien zur deutsch-österreichischen Einflußsphäre auf dem Balkan. Nachdem Deutschland den Krieg verloren hatte, wurde durch den Versailler Vertrag ein neuer jugoslawischer Staat — unter Serbiens König Alexander — geschaffen, der in der Zwischenkriegszeit ein britischer Satellit war. Die britischen Einwände gegen eine Militärintervention gegen Serbien könnten durchaus dazu bestimmt sein, die deutschen Bestrebungen nach der Rückeroberung ihrer Einflußsphäre auf dem Balkan zu vereiteln.

Nachdem dem Vierten Reich auf europäischer Ebene ein Strich durch die Rechnung gemacht worden ist, drängt es jetzt darauf, daß die UNO sich für die kroatische Sache einsetzt. Dies bedeutet, den amerikanischen Imperialismus für einen Krieg gegen Serbien anzuheuern. Falls es zu solch einer direkten imperialistischen Militärintervention kommt, ob unter dem Banner der EG, der UNO oder einem anderen Feigenblatt, würden Revolutionäre die serbischen Kräfte und diejenigen Einheiten der jugoslawischen Armee verteidigen, die auf ihrer Seite kämpfen. Das Ziel einer westlichen Militärintervention wäre es, alle Regionen Jugoslawiens in Neokolonien zu verwandeln, die von Kohls bzw. Bushs Marionetten regiert werden.

Wirkliche Kommunisten — Trotzkisten — müssen die Arbeiterklasse und sozialistisch gesinnte Offiziere und Soldaten in der Armee mobilisieren, um die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus zu bekämpfen, die direkt oder indirekt dem westlichen Imperialismus dienen, der die Völker Jugoslawiens ausbluten will.

Nach Workers Vanguard *Nr. 535, 27. September*

SPARTAKIST

Viertes Reich macht zum Balkan mobil
Nationalistischer Krieg zerreißt Jugoslawien



Greg English/AP



Fufy/SIPA-Press

Mitglieder der faschistischen kroatischen „Zebras" - Serbischer Söldnerführer „Kapitän" Dragan

„Vielleicht werden wir uns bald
nach dem Kommunismus sehnen"
— ein Kellner in einem Dorf an der serbisch-kroatischen Grenze

Auf dem Balkan tobt der erste Krieg in Europa, seit die sowjetische Rote Armee die deutsche Nazi-Wehrmacht zerschlagen hat. Hunderte wurden schon getötet, beinahe 150000 Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben, und ganze Regionen sind im Krieg zwischen Kroatien und Serbien verwüstet worden, in einem Krieg, der das blutige Ende der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bedeuten könnte. Im September hat die jugoslawische Bundesarmee mit der Unterstützung von zigtausend serbischen Reservisten und Freiwilligen eine Großoffensive gegen das ultrarechte kroatische nationalistische Regime von Franjo Tudjman begonnen. Jetzt wurde ein weiterer Waffenstillstand verkündet, dem wahrscheinlich bald das gleiche Schicksal blüht wie all den anderen früheren kurzlebigen „Waffenruhen".

Seit dem Ausbruch der Kämpfe im letzten Frühjahr haben die kroatischen Nationalisten — militärisch hoffnungslos unterlegen — an die westlichen Imperialisten appelliert und versucht, sie dazu zu provozieren, auf ihrer Seite militärisch zu intervenieren. In einem letzten verzweifelten Aufbäumen hat das Tudjman-Regime Mitte September die Kasernen der Bundesarmee, die bisher noch nicht in die Kämpfe einbezogen waren, von Lebensmitteln, Wasser und Strom abgeschnitten. Die Antwort der Armee waren Vergeltungsangriffe in ganz Kroatien. Kampfflugzeuge bombardierten und beschossen die Hauptstadt Zagreb und andere Städte. Kriegsschiffe der Marine bombardierten und blockierten die Seehäfen Split und Sibenik an der Adria. Die dalmatinische Küste wurde vom übrigen Kroatien abgeschnitten. Eine Panzerkolonne der Bundesarmee, unterstützt von serbischen Milizen, hat sich Zagreb bis auf 50 Kilometer genähert.

Es wäre eine großangelegte imperialistische Militärintervention notwendig, um die Verhältnisse wiederherzustellen, die vor einigen Wochen herrschten. Vom Beginn der jugoslawischen Krise an hat sich Deutschland als Schutzgroßmacht angeboten für das traditionell katholische Kroatien und für Slowenien, die vor dem Ersten Weltkrieg Provinzen des österreichisch-ungarischen Reiches waren. Die Kohl-Regierung hat die Europäische Gemeinschaft unter Druck gesetzt, die Unabhängigkeit der rechtsgerichteten nationalistischen Regime in Zagreb und Ljubljana anzuerkennen, und damit gedroht, dies selbst zu tun. In den letzten Wochen hat Bonn, unterstützt von Paris, darauf gedrängt, eine europäische „Friedens"truppe - schätzungsweise 20000 bis 50000 Mann (ohne die Deutschen) — nach Jugoslawien zu schicken. Vorläufig wird eine solche Initiative durch britischen Widerstand abgeblockt, aber eine imperialistische Militärintervention kann nicht ausgeschlossen werden.

Der schnell eskalierende jugoslawische Bürgerkrieg droht auf Bosnien überzuspringen, die am stärksten ethnisch gemischte Republik Jugoslawiens. Die größte ethnische Gruppe sind slawische Moslems, die sich weder als serbisch noch als kroatisch fühlen und die von Tito als eine eigene Nationalität anerkannt wurden. In den letzten Tagen haben kroatische und moslemische Milizen die Einheiten der Bundesarmee, überwiegend Serben, daran gehindert, nach Kroatien vorzurücken. Die Ausweitung

Fortgesetzt auf Seite 21

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 91 NOVEMBER/DEZEMBER 1991 50 Pfennig

Halle: Nazi-Aufmarsch zur Reichspogromnacht
SPD/DGB-Bürokraten verrieten Einheitsfront gegen Faschisten

Stoppt die Nazis durch die Macht der Arbeiter!



Spartakist

Halle, 9. November: Demonstration von 100 Gewerkschaftern und Jugendlichen, initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung, fordert: „Arbeiter/Immigranten: Stoppt die Nazis, Jetzt!"

Mit SPD- und CDU-Politikern an der Spitze gingen am 9. November von Berlin bis München über 100000 Menschen auf die Straßen, die gegen das Bild des „häßlichen Deutschen" Luftballons schwenkten und „Solidarität" riefen. Darunter waren viele Demonstranten, die mit ganzem Herzen gegen die braune Pest protestierten und den Angriffen auf Immigranten Einhalt gebieten wollen. Doch diese Demonstrationen waren organisiert von der rassistischen Volksfront, die den Boden bereitet hat für die grauenhafte Eskalation des faschistischen Terrors: die CDU, die das Grundgesetz neu schreiben will, die rassistische Kampagne der SPD, Flüchtlinge hinter Gitter in sogenannte „Sammellager"-KZs einzusperren und so schnell wie möglich aus dem Land zu werfen, die Grünen, die „Quoten" fordern, und die PDS, die nach mehr Bullen verlangt, um Immigranten aus den „Neuen Bundesländern" rauszuhalten.

Am gleichen Tag wurde ein mosambikanischer Arbeiter in Weimar durch Nazi-Schüsse schwer verletzt, und 400 Nazi-Schläger marschierten mit „Sieg-Heil"-Rufen durch die Arbeiterstadt Halle. Nach dem Pogrom in Hoyerswerda kündigten die Nazis diese terroristische Provokation bundesweit an, als Drohung gegen Immigranten, Juden und Linke, um die Reichspogromnacht zu „feiern". Der 9. November 1938 und die Nacht, in der die Nazis ihr erstes *staatliches* Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung entfesselten, bleibt in der Erinnerung lebendig als der entscheidende Wendepunkt, an dem das Dritte Reich den Holocaust einleitete. Jetzt, nach dem Fall der Berliner Mauer und der kapitalistischen Wiedervereinigung, wollen die

Fortgesetzt auf Seite 14

Viertes Reich langt nach Kommando über Europa

Die durch die kapitalistische Wiedervereinigung enorm gestärkten deutschen Imperialisten würden liebend gern endlich die Vormundschaft der US-Imperialisten abschütteln und ganz Europa ihrem Willen unterwerfen. Darum lassen sie heute deutsche Züge nach „Königsberg" fahren, als ob es wieder Teil Ostpreußens wäre. Das Vierte Reich will den Balkan wieder beherrschen. Es versucht, im Eiltempo die vollständige Europäische Währungsunion durchzuziehen. Obwohl sein Drang nach Osten in erster Linie wirtschaftlich ist, zeigt das laute Säbelrasseln in Bonn, daß die D-Mark-Herrschaft auch Panzer-Divisionen braucht.

Innenminister Schäuble fordert gemeinsam mit „Arbeits"minister Blüm eine Bundeswehr-Intervention in Jugoslawien, bisher aus „historischen und rechtlichen Gründen ausgeschlossen". Im Klartext heißt das: Um Reichstruppen diesmal als „Friedens"truppen zu verkaufen, soll der Nazi/Ustascha-Völkermord an Hunderttausenden Südslawen, Juden und Roma vergessen gemacht werden. Wie beim Irak fordern die einig Vaterlandsparteien, von CDU bis SPD und Grünen, ein Handelsembargo gegen Serbien, um Kroatien, ihrem Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg, beizustehen. Die PDS hat schon im Golfkrieg mit der Forderung nach Kriegssanktionen gegen Irak ihre Loyalität zum Vierten Reich unter Beweis gestellt. Während die deutsche Bourgeoisie nach einer Alternative zur US-dominierten NATO sucht, preist die PDS als Deckmantel und Instrument für eine imperialistische Intervention die KSZE an.

Wie *Die Zeit* (25. Oktober) schreibt, hätte sich die NATO in ihrer „ursprünglichen Zielsetzung ... überlebt". Am 16. Oktober kam Bonns neueste Machtprobe - ein heimlich ausgearbeiteter Vorschlag für ein „Deutsch-Französisches Korps" von einigen Zehntausend Mann. Dies sandte Schockwellen durch die „Atlantische Allianz". Die Bundeswehr ist die „europäische Säule" der NATO gewesen; so stünde auch eine „europäische Armee" klar unter deutschem Kommando. Bonns Botschaft war klar: Es sollen gewiß nicht die Amerikaner sein, sondern die Deutschen, die künftig das Sagen in Mittel- und Osteuropa haben.

Als Bush beim NATO-Gipfel in Rom explodierte: „Wenn Ihr uns nicht mehr braucht, so sagt es uns!", antwortete Mitterrand unter ätzendem Bezug auf Metternichs Diplomatie: „Das Atlantische Bündnis ist eine gute Sache, aber es ist nicht die Heilige Allianz" *(Le Monde, 9.* November). (Gemeint war der reaktionäre Pakt von 1815 zwischen Rußland, Preußen und Österreich.) Für einen Alleingang sind die französischen Kapitalisten nach wie vor zu schwach. Heute reagiert Paris gegenüber Japan und den USA mit wütendem Protektionismus. Sie kalkulieren, daß der Schulterschluß mit ihrem Hauptkonkurrenten und ehemaligen Besatzer „die mächtigen Deutschen einbinden" wird, wie der Londoner *Guardian* am 27. Oktober sarkastisch bemerkt.

Die imperialistischen Konkurrenten Deutschlands haben Bauchschmerzen wegen der neuen Stärke des deutschen Reichs. Westminster ist nach wie vor über das Gespenst von Europa unter dem deutschen Stiefel entsetzt. Großzügigerweise wurde den anderen europäischen Ländern Mitgliedschaft in einem europäischen Armeekorps angeboten. Nachdem das deutsche Reich schon zweimal feststellen mußte, daß es Europa alleine nicht erobern konnte — was bietet sich besser an, als seine Großmachtbestrebungen unter dem Deckmantel größerer „demokratischer" Bündnisse zu realisieren? Ob ein „Deutsch-Französisches Korps" jetzt zu realisieren ist, bevor es der innerimperialistische Hader wieder auseinanderreißt, ist eine andere Frage.

Wenn die geifernden Imperialisten noch nicht im nationalistischen serbisch-kroatischen Bürgerkrieg über Jugoslawien hergefallen sind, dann nur deshalb, weil noch niemand weiß, was sie dort *tun* sollten. Die Rivalitäten innerhalb dieser Räuberbande verschärfen sich weltweit. Mit jeder Veränderung der Fronten sieht der europäische Kontinent mehr und mehr aus wie vor dem Ersten Weltkrieg.

Jetzt fühlen sich die aufgeblasenen Imperialisten immer sicherer, daß es Jelzin/Gorbatschow gelingt, die Sowjetunion zur kapitalistischen Ausbeutung freizugeben. Wie wir Spartakisten von Anfang an warnten, führte die Konterrevolution in Ostdeutschland — mit Gorbatschows Segen — nicht zu einem „friedlichen Europa", sondern zum Koloß des Vierten Reichs. Der imperialistische Krieg gegen den Irak hat die Welt einen Riesenschritt näher an einen neuen Weltkrieg gerückt. Das bankrotte Amerika versucht durch rein militärische Mittel zu herrschen. Gleichzeitig will die Bourgeoisie von Auschwitz, die noch gestern Saddam Hussein mit Waffen beliefert hat, ihre Rolle in der Region erweitern, indem sie Patriot-Raketen und NVA-Panzer nach Israel sendet. Deutschland macht sich bereit, Israels Patron zu werden, wenn deren Ärger mit „Uncle Sam" sich zuspitzt. Trotz der Rauchschwaden der „historischen Abrüstungsinitiative" modernisieren die Imperialisten ihr nukleares Potential.

Doch die mächtige deutsche, sowjetische und polnische Arbeiterklasse hat noch nicht gesprochen. Klassenkampf in Deutschland in Verbindung mit Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung gegen Nazi-Terror könnten eine große Auswirkung auf Polen und die Sowjetunion haben. Wie die Zukunft der Welt aussehen wird, hängt stark von der Antwort der sowjetischen Arbeiter ab, um die verbliebenen Errungenschaften des Oktober zu verteidigen. Um ihre Kraft zu einer mächtigen Faust zusammenzuballen, brauchen sie, wie die deutschen, französischen und polnischen Arbeiter, eine revolutionäre Internationale in der Tradition Lenins und Trotzkis. Nur unter diesem Banner können die Werktätigen und Unterdrückten einen neuen Weltkrieg verhindern und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa schmieden.«



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris KoHn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint Im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4914548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 91 November/Dezember 1991

Viertes Reich langt nach Kommando über Europa

Die durch die kapitalistische Wiedervereinigung enorm gestärkten deutschen Imperialisten würden liebend gern endlich die Vormundschaft der US-Imperialisten abschütteln und ganz Europa ihrem Willen unterwerfen. Darum lassen sie heute deutsche Züge nach „Königsberg" fahren, als ob es wieder Teil Ostpreußens wäre. Das Vierte Reich will den Balkan wieder beherrschen. Es versucht, im Eiltempo die vollständige Europäische Währungsunion durchzuziehen. Obwohl sein Drang nach Osten in erster Linie wirtschaftlich ist, zeigt das laute Säbelrasseln in Bonn, daß die D-Mark-Herrschaft auch Panzer-Divisionen braucht.

Innenminister Schäuble fordert gemeinsam mit „Arbeits"minister Blüm eine Bundeswehr-Intervention in Jugoslawien, bisher aus „historischen und rechtlichen Gründen ausgeschlossen". Im Klartext heißt das: Um Reichstruppen diesmal als „Friedens"truppen zu verkaufen, soll der Nazi/Ustascha-Völkermord an Hunderttausenden Südslawen, Juden und Roma vergessen gemacht werden. Wie beim Irak fordern die einig Vaterlandsparteien, von CDU bis SPD und Grünen, ein Handelsembargo gegen Serbien, um Kroatien, ihrem Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg, beizustehen. Die PDS hat schon im Golfkrieg mit der Forderung nach Kriegssanktionen gegen Irak ihre Loyalität zum Vierten Reich unter Beweis gestellt. Während die deutsche Bourgeoisie nach einer Alternative zur US-dominierten NATO sucht, preist die PDS als Deckmantel und Instrument für eine imperialistische Intervention die KSZE an.

Wie *Die Zeit* (25. Oktober) schreibt, hätte sich die NATO in ihrer „ursprünglichen Zielsetzung ... überlebt". Am 16. Oktober kam Bonns neueste Machtprobe - ein heimlich ausgearbeiteter Vorschlag für ein „Deutsch-Französisches Korps" von einigen Zehntausend Mann. Dies sandte Schockwellen durch die „Atlantische Allianz". Die Bundeswehr ist die „europäische Säule" der NATO gewesen; so stünde auch eine „europäische Armee" klar unter deutschem Kommando. Bonns Botschaft war klar: Es sollen gewiß nicht die Amerikaner sein, sondern die Deutschen, die künftig das Sagen in Mittel- und Osteuropa haben.

Als Bush beim NATO-Gipfel in Rom explodierte: „Wenn Ihr uns nicht mehr braucht, so sagt es uns!", antwertete Mitterrand unter ätzendem Bezug auf Metternichs Diplomatie: „Das Atlantische Bündnis ist eine gute Sache, aber es ist nicht die Heilige Allianz" (*Le Monde*, 9. November). (Gemeint war der reaktionäre Pakt von 1815 zwischen Rußland, Preußen und Österreich.) Für einen Alleingang sind die französischen Kapitalisten nach wie vor zu schwach. Heute reagiert Paris gegenüber Japan und den USA mit wütendem Protektionismus. Sie kalkulieren, daß der Schulterschluß mit ihrem Hauptkonkurrenten und ehemaligen Besatzer „die mächtigen Deutschen einbinden" wird, wie der Londoner *Guardian* am 27. Oktober sarkastisch bemerkt.

Die imperialistischen Konkurrenten Deutschlands haben Bauchschmerzen wegen der neuen Stärke des deutschen Reichs. Westminster ist nach wie vor über das Gespenst von Europa unter dem deutschen Stiefel entsetzt. Großzügigerweise wurde den anderen europäischen Ländern Mitgliedschaft in einem europäischen Armeekorps angeboten. Nachdem das deutsche Reich schon zweimal feststellen mußte, daß es Europa alleine nicht erobern konnte. — was bietet sich besser an, als seine Großmachtbestrebungen unter dem Deckmantel größerer „demokratischer" Bündnisse zu realisieren? Ob ein „Deutsch-Französisches Korps" jetzt zu realisieren ist, bevor es der innerimperialistische Hader wieder auseinanderreißt, ist eine andere Frage.

Wenn die geifernden Imperialisten noch nicht im nationalistischen serbisch-kroatischen Bürgerkrieg über Jugoslawien hergefallen sind, dann nur deshalb, weil noch niemand weiß, was sie dort *tun* sollten. Die Rivalitäten innerhalb dieser Räuberbande verschärfen sich weltweit. Mit jeder Veränderung der Fronten sieht der europäische Kontinent mehr und mehr aus wie vor dem Ersten Weltkrieg.

Jetzt fühlen sich die aufgeblasenen Imperialisten immer sicherer, daß es Jelzin/Gorbatschow gelingt, die Sowjetunion zur kapitalistischen Ausbeutung freizugeben. Wie wir Spartakisten von Anfang an warnten, führte die Konterrevolution in Ostdeutschland - mit Gorbatschows Segen — nicht zu einem „friedlichen Europa", sondern zum Koloß des Vierten Reichs. Der imperialistische Krieg gegen den Irak hat die Welt einen Riesenschritt näher an einen neuen Weltkrieg gerückt. Das bankrotte Amerika versucht durch rein militärische Mittel zu herrschen. Gleichzeitig will die Bourgeoisie von Auschwitz, die noch gestern Saddam Hussein mit Waffen beliefert hat, ihre Rolle in der Region erweitern, indem sie Patriot-Raketen und NVA-Panzer nach Israel sendet. Deutschland macht sich bereit, Israels Patron zu werden, wenn deren Ärger mit „Uncle Sam" sich zuspitzt. Trotz der Rauchschwaden der „historischen Abrüstungsinitiative" modernisieren die Imperialisten ihr nukleares Potential.

Doch die mächtige deutsche, sowjetische und polnische Arbeiterklasse hat noch nicht gesprochen. Klassenkampf in Deutschland in Verbindung mit Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung gegen Nazi-Terror könnten eine große Auswirkung auf Polen und die Sowjetunion haben. Wie die Zukunft der Welt aussehen wird, hängt stark von der Antwort der sowjetischen Arbeiter ab, um die verbliebenen Errungenschaften des Oktober zu verteidigen. Um ihre Kraft zu einer mächtigen Faust zusammenzuballen, brauchen sie, wie die deutschen, französischen und polnischen Arbeiter, eine revolutionäre Internationale in der Tradition Lenins und Trotzkis. Nur unter diesem Banner können die Werktätigen und Unterdrückten einen neuen Weltkrieg verhindern und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa schmieden.«

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHUNDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint Im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)330154
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschritt
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-801, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 91 **November/Dezember 1991**

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Polnische Wahl: Protest gegen Walesas „Schocktherapie"

WARSCHAU - Die Parlamentswahlen am 27. Oktober zeigten einen scharfen Protest gegen die kapitalistische „Schocktherapie", mit der die Regierung von Präsident Lech Walesa und seinem Wirtschaftszaren Leszek Balcerowicz vorgeht.

Balcerowiczs' Liberal-Demokratischer Kongreß und Walesas Zentrumsallianz kamen nur auf jeweils 7 Prozent. Sie wurden beide von der Demokratischen Allianz der Linken bei weitem in den Schatten gestellt, die angeführt wird von den exstalinistischen Sozialdemokraten (SdRP), und die nur knapp Zweite wurde hinter der Demokratischen Union des früheren Solidarnosc-Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, der von Walesa zum Rücktritt gezwungen worden war. Beide sind auf rund 12 Prozent gekommen. Auch die unter dem ehemaligen stalinistischen Regime offizielle Bauernpartei schnitt noch besser ab als die Regierungsparteien. Der Anteil von fast 60 Prozent Nichtwählern zeigte, wie weit sich eine zynische Haltung zum gegenwärtigen Regime allgemein breitgemacht hat, auch unterstrichen durch das starke Abschneiden der Partei der Bierliebhaber (PPPP), einer Partei, die vor einigen Monaten von Schauspielern mehr als Witz denn als politische Gruppe gegründet worden ist.

Aber der Wahlkampf war kein Witz. Die Enttäuschung und Verzweiflung über die weitverbreitete Verelendung wurde auch deutlich in Stimmen für offen klerikale und antisemitische Parteien wie die Katholische Wahlaktion und die „christlich-nationalistische" Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) kanalisiert, die noch rechts von üblichen Solidarnosc-Gruppierungen stehen.

Was als Polens „erste freie Parlamentswahl" seit dem Krieg ausgegeben wurde, war gekennzeichnet durch eine bedrohliche Welle von Antisemitismus und Antikommunismus. „Phantome der Präsidentenwahl vom letzten Jahr leben wieder auf, schrieb die exstalinistische Tageszeitung *Tribuna* zu Berichten, daß Davidsterne mit Galgen und dem Wort „Jude" auf Wahlplakate gesprüht wurden. Die antisemitische Nationalpartei strahlte Wahlspots im Fernsehen aus, in denen lauthals Klage geführt wurde, daß die „Judeo-Kommuna und die Judeo-SolidarnoSC alles politische Leben kontrollieren". Einen Tag nach einer solchen Fernsehtirade dieser Rechtsradikalen versuchten antisemitische Schläger erfolglos, den Eingang zu Warschaus einziger Synagoge anzugreifen.

Mittlerweile brachte Walesa, der mit seiner rassistischen Demagogie „Wer sind die Juden?" im letzten Jahr erfolgreich seinen Präsidentschaftswahlkampf bestritten hat, Erklärungen heraus, in denen „die Leute des kommunistischen Systems" beschuldigt wurden, sie seien an der schlechten Wirtschaftslage und an den Demonstrationen gegen die Regierung schuld. Walesas Drohungen, „die Straßen anzuführen" gegen den „Kommunismus", waren begleitet vom ehemaligen Sicherheitsberater Carters Zbigniew Brzezinski, der im nationalen Fernsehprogramm die Behauptung aufstellte, daß die ehemalige „Volksrepublik" von „Verrätern, Kriminellen und Gaunern" geführt worden sei. Obwohl offiziell am Tag vor der Wahl kein Wahlkampf mehr zugelassen war, brachte das Staatsfernsehen eine stundenlange Hetzsendung über „kommunistische Verbrechen" und verlangte, daß ehemalige Stalinisten als „Gangster" und „Gesetzesbrecher" angeklagt werden sollten.



Szulecki/NY Times

Warschau: Bergleute protestieren erbittert vor den Wahlen in Polen gegen Angriffe der Solidarnosc-Regierung auf Arbeiter

Die katholische Hierarchie, der noch die Niederlage vom letzten Frühjahr in den Knochen steckt, wo sie im Sejm ein völliges Verbot der Abtreibung hatte durchsetzen wollen, nahm ihr anfängliches Versprechen wieder zurück, keine Kandidatenempfehlung zu geben, und ließ von den Kanzeln öffentlich verkünden, daß man unbedingt „christliche" Listen wählen müsse, um den „disziplinierten Wählern der kommunistischen Partei" Einhalt zu gebieten. *Tribuna* hat berichtet, daß in einigen Kirchen am Wahltag Wahlflugblätter verteilt wurden. Ein Bischof sagte ganz offen, daß Katholiken für Katholiken, Juden für Juden und Kommunisten für Kommunisten stimmen sollten. Diese Aufrufe zu Pogromen tauchen in einem Land auf, in dem nur noch wenige tausend Juden übrig geblieben sind.

Im Anschluß an die Wahlen, wo die unterschiedlichsten Parteien sich bemühen, irgendeine instabile Koalitionsregierung zusammenzuzimmern, ergriff Walesa die Gelegenheit, um sich in der Rolle eines Bonaparte anzubieten, mit dem „Angebot", neben seinem Präsidentenamt auch noch das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Walesa strebt schon lange an, in die Fußstapfen seines Idols Marschall Pilsudski zu treten, des faschistoiden Diktators Polens zwischen den Kriegen. Aber sein zunehmend verachtetes kapitalistisches Regime hat weder die Autorität von Pilsudski noch dessen Macht, und so wurde sein „Angebot" sofort zurückgewiesen.

Die Exstalinisten, deren Gewerkschaft OPZZ um ein Vielfaches größer ist als die Solidarnos'c-„Gewerkschaft", werden als die einzigen angesehen, die Massenproteste organisieren gegen den „Balcerowiczplan", der vom IWF diktiert wird. Aber ihre Opposition bleibt sorgsam innerhalb der Grenzen des Übergangs zu einer voll entfalteten

Fortgesetzt auf Seite 4

Berlin: Hexenjäger zertrümmern Lenin-Denkmal

BERLIN-FRIEDRICHSHAIN - Kurz vor Redaktionsschluß riß der Berliner Senat nach wochenlangen Protesten das 400 Tonnen schwere, aus Granit gebaute Lenin-Denkmal am Leninplatz stückweise ab. Dies ist ein Angriff der rachgierigen deutschen Bourgeoisie auf die Erinnerung an den Führer der Oktoberrevolution, der gemeinsam mit Trotzki den ersten Arbeiterstaat der Welt ins Leben gerufen hat. Dieser Angriff kommt nach der „Abwicklung" von Millionen Arbeitsplätzen und zahlreichen Kindereinrichtungen in der Ex-DDR, nach der Abschiebung von Tausenden Immigranten und der Entfachung von rassistischem Terror und Pogromen.

In den letzten zwei Wochen haben Hunderte Berliner mehrmals bei Protestkundgebungen vor dem Denkmal klar ihre Empörung gezeigt. So lautete ein Plakat: „Wo Denkmäler abgerissen werden, werden bald Bücher verbrannt." Über hundert Demonstranten kauften den leninistischen *Spartakist,* und mehrere haben für den Lenin-Trotzki-Fonds gespendet (siehe Seite 5). Doch die Sozialdemokraten der exstalinistischen PDS haben genausowenig wie die Redner von Bündnis 90 und Grünen, die zynischerweise am Mikro von der „Ausarbeitung unserer [deutschen] Geschichte" sprachen und den „künstlerischen Wert" des Denkmals im Vergleich zur Siegessäule (die u. a. zum Gedenken an die deutsche Zerstörung der Pariser Kommune steht) debattierten, während Mozarts *Requiem* spielte, etwas bei Lenin zu suchen. Sie haben bei der erfolgreichen Konterrevolution des Vierten Reichs mitgemacht.

Die antikommunistische „Säuberung" der Stadtoberfläche, mit der sie versuchen, alle Spuren der Befreiung der Stadt von der Nazi-Pest durch die Rote Armee 1945 wegzuräumen und die Helden der internationalen Arbeiterklasse verschwinden zu lassen, geht weiter. Nach den Plänen der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer soll die Stadt von „Wilhelmstraßen", „Reichsstraßen" und sogar „Barbarossastraßen" übersät werden; der U-Bahnhof Marchlewskistraße heißt jetzt „Weberwiese", die Straße der Pariser Kommune wollen sie in „Fruchtstraße" umbenennen.

Eine starke Delegation von Bauarbeitern hätte die Demontage des Denkmals verhindern können. Heute taumeln viele Arbeiter unter den ungeheuerlichen Schlägen der Imperialisten. Wir brauchen eine revolutionäre Partei, wie Lenin sie aufgebaut hat, die die Arbeiterklasse mit einem revolutionären Programm bewaffnen kann!

Polnische Wahl...

Fortsetzung von Seite 3

kapitalistischen Wirtschaft. Demonstrationen wie jüngst die „Schweigemärsche" der Lehrer stehen unter strikter Kontrolle, die Fabrikarbeiter werden nach Möglichkeit davon ferngehalten. Ein Ergebnis dieser Politik war, daß im September eine Demonstration der Rentner von lautstarken Antisemiten übernommen wurde. In den Tagen vor der Abstimmung zog SdRP-Führer Cimoszewicz gegen jegliche Demonstration zu Felde aus Angst, ihre Aussichten bei den Wahlen umzuwerfen. Trotzdem protestierten am Tag vor den Wahlen tausend Bergarbeiter, deren Zahl von den Bürokraten bewußt niedrig gehalten wurde, gegen die Angriffe auf ihre Renten.

Bei der Wahlkampagne erwähnte die von der SdRP geführte linke Allianz noch nicht einmal das Wort Sozialismus, und rief nur auf zu einem sozialen Netz, zur Verteidigung der kostenlosen Ausbildung und für höhere Löhne unter dem kapitalistischen Staat. Bei einer Arbeitslosigkeit von rund 10 Prozent und Millionen, die bei Hungerlöhnen gerade noch überleben können, fordern die Sozialdemokraten nicht Arbeit für alle, sondern bieten nur schönfärberische Opposition zur „strukturellen Massenarbeitslosigkeit an. Anstatt wachsenden Antisemitismus und Pogrome gegen Roma offen anzugreifen, predigen sie „Toleranz". Anstatt direkt gegen die klerikalen Angriffe auf die Abtreibung zu kämpfen, rufen sie zu einem „Referendum" zu dieser Frage auf. Gegenüber der antisowjetischen Hexenjagd nach dem August-Putsch in der Sowjetunion verbreitete die SdRP ihre Opposition zum Putsch und ihre Unterstützung für die „demokratischen" Kräfte hinter Jelzins konterrevolutionärem Gegenputsch.

Die Kräfte, die bis vor kurzem in Polen als Trotzkisten galten, waren in Wirklichkeit Bewohner des Solidarnosc-Sumpfes. *Dalej,* die Zeitung der selbsternannten „trotzkistischen" Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat, rief zur Wahl von Kandidaten auf, die „Arbeiterinteressen" repräsentieren — wie ein Stahlarbeiter aus Nowa Huta von Solidarnosc 80, die von dem rabiaten Antikommunisten und Antisemiten Marian Jurczyk geführt wird. Und die von Mandel heißgeliebten Unterstützer von Jozef Pinior kandidierten nicht nur auf der Plattform von Arbeiter-Solidarität, sondern organisierten ihre Kampagne von deren Büro aus.

Im Gegensatz dazu lehnte es die Spartakusowska Grupa Polski ab, bei den jüngsten Wahlen zur Wahl von irgend einem Kandidaten aufzurufen, und versuchte statt dessen bei Arbeiterprotesten gegen kapitalistische Angriffe mit einem trotzkistischen Programm zu intervenieren. Bei der Warschauer Lehrerdemonstration waren wir die einzigen, die Literatur vertrieben. Die SGP ist die einzige Organisation in Polen, die klipp und klar gegen die konterrevolutionäre Welle auftritt, die durch Osteuropa und die Sowjetunion rollt, und die dafür kämpft, die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter wiederzubeleben. Gegen den Ansturm der klerikalen Kräfte kämpfen wir offen gegen Antisemitismus, wo immer er auftritt, und kämpfen darum, das volle Recht auf freie Abtreibung auf Verlangen zu verteidigen und zurückzuerobern.

In unserer Zeitung *Platforma Spartakusowcöw* und in Demonstrationen riefen wir dazu auf: „Weitet den Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Angriffe aus!", und: „Baut eine leninistisch-trotzkistische Partei auf, die fähig ist, den Kampf gegen die Konterrevolution der Solidarnosc zum Sieg zu führen. Wir setzen unsere sehr begrenzten Kräfte ein, um einen leninistischen Pol zu etablieren, und wir fahren fort mit dieser lebenswichtigen Aufgabe.«

Das Erbe der bolschewistischen Revolution gehört den Arbeitern der ganzen Welt

Rettet das Lenin-Museum vor der Schließung!

Als Teil der konterrevolutionären Bestrebungen, das Erbe der Oktoberrevolution auszuradieren, hat der Moskauer Bürgermeister Gawril Popow die Schließung des Lenin-Mausoleums angeordnet. Aber diese schändliche Kampagne, auf das Erbe des Bolschewismus zu spucken, stößt auf Widerstand. Am Samstag, dem 14. September, versammelten sich bei kaltem Regenwetter rund 300 Demonstranten vor dem Gebäude in der Nähe des Roten Platzes. Eine Woche später bildete eine größere Menge von Demonstranten eine Menschenkette um das Museum. Sie waren gekommen, um zu verhindern, daß die Galerie mit ihren 20 Räumen geschlossen wird, und um zu verhindern, daß die Ausstellungsstücke aus Lenins Leben entfernt und in den Schmutz gezogen werden. Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben an diesen Demonstrationen mit unseren Plakaten und unseren Veröffentlichungen teilgenommen.

Später reihten sich die Demonstranten in die Schlange über den Roten Platz zum Lenin-Mausoleum ein, und Hunderte defilierten am Sarg vorbei. Diejenigen, die am liebsten den *Zaren* zurückhätten (oder, wie Jelzin, selbst gern Zar wären), wollen auf Lenins Grab herumtrampeln, versuchen, seinen Leichnam zu entfernen und ihn nach Leningrad umzubetten, der Wiege der Revolution, der die Konterrevolution wieder ihren zaristischen Namen St. Petersburg gegeben hat. Ironie der Geschichte: Stalin hat das Mausoleum gebaut, um Lenin zu einer Ikone zu machen und um den Leninismus zu begraben, jetzt versuchen die Konterrevolutionäre es abzureißen im Rahmen ihres Totalangriffs auf die Revolution, die Lenins Bolschewiki angeführt haben.

Die Bandbreite derjenigen, die sich zusammengetan haben, um das Lenin-Museum zu verteidigen, ist groß. Sie geht von wirklichen Kommunisten und Veteranen der Roten Armee, die gegen Hitler gekämpft haben, bis zum russisch-nationalistischen „patriotischen" Flügel der zerfallenden stalinistischen Bürokratie. Der Moskauer Arbeiterrat, entstanden aus einer Konferenz im letzten Juli, richtete einen Appell „an die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, eine Solidaritätskampagne zu beginnen, um die Erinnerung an den Führer der proletarischen Revolution zu verteidigen". Die Internationale Kommunistische Liga hat auf die Drohung der Schließung des Lenin-Museums ihre Antwort gegeben. Protestschreiben sind u. a. aus den USA von der Prometheus Research Library und dem Partisan Defense Committee sowie vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV, siehe den Brief in dieser Ausgabe) an Bürgermeister Popow geschickt worden. Wir ermutigen unsere Leser, dies ebenfalls zu tun.

Die Unterstützer der IKL bei den Samstagsdemonstrationen, die auch weiterhin durchgeführt werden sollen, trugen die folgenden Plakate: „Nieder mit der Konterrevolution von Gorbatschow-Jelzin-Bush! Verteidigt das Lenin-Museum!", „Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!", „Sozialismus in einem Land ist eine Lüge — Baut eine trotzkistische Partei auf!", „Nationalismus - Speerspitze der Konterrevolution! Für proletarischen Internationalismus, um die Sowjetunion zu verteidigen", „Die leninistische Partei muß Volkstribun sein! Nieder mit großrussischem Chauvinismus, Antisemitismus!" An den beiden Samstagen wurden mehr als 1500 Exemplare von Spartacist-

Fortgesetzt auf Seite 6

Besiegt die Konterrevolution von Jelzin und Gorbatschow!

Der Lenin-Trotzki-Fonds braucht Dein Geld!

Die Ressourcen der Internationalen Kommunistischen Liga sind bescheiden, unsere augenblicklichen Aufgaben riesig. Wir haben gerade die russische Übersetzung von „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!" mit einer Auflage von 70000 gedruckt. Wir drucken jetzt gerade das erste russischsprachige *Spartacist Bulletin* „Was ist Trotzkismus" nach, von dem wir schon 25 000 in der ganzen Sowjetunion verkauft haben (siehe Abbildungen). Hunderte Exemplare wurden von Genossen und Anhängern der SpAD bereits in Deutschland an die sowjetischen Streitkräfte verkauft. Prosozialistische Arbeiter, Soldaten und Offiziere haben ein großes Interesse an trotzkistischer Literatur, aber wir müssen unsere Publikationen massiv subventionieren, damit sie noch bezahlbar bleiben. Druckkosten, Reisen und andere Ausgaben bedeuten, daß eine internationalistische Intervention in. der Sowjetunion Geld kostet. Von Mexiko über Tokio bis Warschau sammeln die Kommunisten der IKL Spenden für diese Arbeit. Helft mit, den trotzkistischen Kern zu schmieden, der notwendig ist, um die sowjetischen Werktätigen im Kampf gegen die Konterrevolution zu führen.



Spendet an SpAD, Fred Zierenberg, Stichwort „Lenin-Trotzki-Fonds" (oder einfach „L-T-Fonds"), Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 50080000.

aus *Workers Vanguard* Nr. 533, 30. August).

Eine typische Antwort war ein von Herzen kommendes „Molodzi!" (gut gemacht!). „Man sieht, daß die Internationale uns zu Hilfe gekommen ist." „Ihr habt völlig recht!" Viele haben gleich mehrere Exemplare gekauft — bis zu zehn Stück. Meist waren dies ältere Arbeiter zwischen 50 und 70.

Aber nicht jeder war glücklich darüber, uns zu sehen. Gerade aufgrund des Eindrucks, den wir machten, kamen schnell von den unterschiedlichsten sogenannten „Patrioten" wütende antitrotzkistische Hetze und Anwürfe, wir seien Zionisten. Zu den Organisatoren der Demonstration gehörten unter anderen der Moskauer Arbeiterrat, darunter am bekanntesten Viktor Anpilow, der ehemalige Herausgeber der *Molnija*. Ebenfalls dabei waren Überbleibsel der OFT (Vereinigte Front der Werktätigen), Einheit, und einzelne Mitglieder der Marxistischen Plattform und der Kommunistischen Initiative. Bei dieser Demonstration waren in erster Linie Leute aus dem Kreis der „Patrioten" gekommen. Aber nicht nur sie. Obwohl sie die Mehrheit stellten, gab es eine Minderheit von Arbeitern zwischen 30 und 50 Jahren, die aktiv geworden sind. Aber die Patrioten können diesen Menschen keinen Weg vorwärts weisen, sie sind bankrott.

Gerade weil wir jung sind, bewaffnet mit einem revolutionären Programm und einer revolutionären Presse, mit der wir Unterstützung gewinnen konnten, fühlten sich ein paar von diesen Typen bemüßigt, unsere Verkäufer mit dem ekligsten Dreck wie „Gestapo" und so weiter zu beschimpfen. Ein Arbeiter, der mit uns in der Kette stand, verteidigte uns gegen die Stalinisten in ihrer Panik wie gegen die vorbeikommenden Jelzin-Anhänger: „Jetzt sieht man, was die Stalinisten so lange vor uns verborgen haben, daß Trotzki Lenins Genösse war und ein brillanter Revolutionär."

Wir haben dort über die Notwendigkeit gesprochen, die Verteidigung der vielen Menschen zu organisieren, die jetzt den Gefahren der Hexenjagd und Unterdrückung ausgesetzt sind. Anpilow sprach davon, daß es nötig ist, eine neue Partei zu organisieren. Einer unserer sowjetischen Genossen wies darauf hin, daß Anpilow und die anderen Organisatoren wieder einmal keine Anstrengungen gemacht hatten, die Arbeiterklasse zu mobilisieren: „Wenn sie nur ein paar Telefonanrufe gemacht hätten, um die Kette in Gang zu bringen, dann wären nicht Hunderte, sondern Tausende gekommen. Aber sie mobilisieren nur, wenn sie etwas von den Arbeitern selbst haben wollen. Nach dem Juli-Kongreß haben sie nichts getan."

Wie zu erwarten, wurden wir am 21. September — kaum hatten wir unseren Block gebildet, unsere Plakate erhoben und angefangen zu verkaufen — von einer Kette von griesgrämigen Stalinistinnen abgeblockt, die mit untergehakten Armen und entschlossenem Gesichtsausdruck zischten: „Keine Trotzkisten". Wir ließen nicht zu, daß sie uns ausschlössen, und begannen eine heftige Debatte darüber, wer die Verteidigung des Lenin-Museums sabotiert. Wir sagten, daß wir stolz darauf sind, daß unsere Partei ein Programm für die Verteidigung der Sowjetunion hat. Schließlich gaben sie auf und zogen ab.

Die Vorderfront des Lenin-Museums war während der nächsten drei Stunden so etwas wie ein politischer Basar; ganz Moskau schaute sich die Demonstration an. Bei der Demonstration mußten wir scharf einige Mitglieder der Moskauer Gruppe „Einheit" zurechtweisen, die vorgeben, Sozialisten zu sein, aber *immer noch* Pamjat besänftigen wollen. Wir entgegneten, „Pamjat ist faschistisch, und es ist die Pflicht von allen Arbeiterorganisationen, sie zu zerschlagen!"

Der nächste Versuch, uns auszuschließen, kam von einem großen Kerl, der sich als Führer von „Einheit" und Organisator des Protestes vorstellte und wissen wollte, wer uns denn eingeladen hätte. Einer unserer sowjetischen Genossen hatte eine gute Antwort für ihn: „Die Tatsache, daß das Lenin-Museum in Gefahr ist, reicht uns als Einladung." Schließlich kam Anpilow selber, mit einem Haufen von wütenden OFT-Typen zur Seite. Er verlangte, daß unser Plakat für die Bildung einer trotzkistischen Partei runter müsse. Nach einigem Hin und Her sagte einer unserer Genossen: „Stalin hat es vor 50 Jahren nicht geschafft, die Trotzkisten zum Schweigen zu bringen, und wir werden nicht gerade jetzt aufhören!" Anpilow stieg noch mehr Röte ins Gesicht und rannte weg, als er unsere Plakate sah, die gegen den großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus gerichtet waren.

Die Frage von Nationalismus und Antisemitismus war die wesentliche Scheidelinie. Die Leute um uns herum mußten darüber eine harte Entscheidung treffen; es zeigte auch den Unterschied zwischen unserer Politik und dem alten Schwachsinn der „Patrioten".

Nach der Demonstration gab es eine Prozession, um Blumen an Lenins Mausoleum niederzulegen. Man muß dazu sagen, daß dies geradezu einen religiösen Charakter hatte, ein Erbe der stalinistischen Beschwichtigungspolitik, mit einer unheimlichen und geheimnisvollen Atmosphäre, eine Frau bekreuzigte sich sogar vor dem Mausoleum. Einige konnten sich nicht beherrschen und mußten an den Stufen des Mausoleums Reden halten, in denen sie Gorbatschows Verrätereien verurteilten.

Nach einer abschließenden Schweigeminute sang die Menge gemeinsam die Internationale. Über der Stille des Roten Platzes vermischten sich die russischen, englischen und deutschen Stimmen der Demonstranten, beim abschließenden Refrain erhoben sich die Fäuste. Eine ältere Frau hörte, wie eine amerikanische Genossin auf englisch mitsang, und war so gerührt darüber, daß auch aus dem Ausland Genossen zur Verteidigung Lenins gekommen waren, daß sie sie küßte. Die Russen wollten nicht, daß diese Demonstration zu Ende ging — sie sangen alle drei Strophen der Internationale.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr.* 535, *27. September*

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Stalinistische CGT fällt Renault-Arbeitern in den Rücken

Streiks erschüttern Mitterrands Frankreich

Am 5. November um 3.30 Uhr morgens übernahmen CRS-Bereitschaftsbullen das bestreikte Renault-Autowerk in Cleon und öffneten die Tore. Keine Gewalt. Die CGT-Gewerkschaftsspitzen stellten sicher, daß es keinen Widerstand gab. Die Entscheidung wurde vom Premierminister getroffen. An diesem Tag gingen nur die harten Streikbrecher und das Leitungspersonal durch die Fabriktore, in einer schmalen Gasse zwischen den Streikenden auf der einen und den Bullen auf der anderen Seite.

In den folgenden zwei Tagen wurden wiederholte Versuche der Bürokraten, die Arbeiter zur Arbeit zurückzuschicken, im Austausch für einen schäbigen „Produktivitätsbonus", in den Vollversammlungen empört zurückgewiesen. Bei einer geheimen Abstimmung am Nachmittag des 7. November stimmte die Mehrheit der Streikenden für eine Weiterführung; trotzdem marschierte die lokale CGT-Führung, die Reihen eng geschlossen, zum Podium vor und kündigte an, daß der Streik vorbei sei, ungerührt ob der daraufhin ausbrechenden Explosion von Ungläubigkeit und Wut. Die Streikenden wurden nicht besiegt, man hat ihnen ein Messer in den Rücken verpaßt!

Bei erregten Diskussionen innerhalb und außerhalb der Fabrik weisen unsere Genossen auf die programmatischen Wurzeln dieses nackten Verrats hin. Mitglieder der LCR (der französischen Sektion von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat), die in der Gewerkschaft sind, sind jedoch voll des Lobes auf die „exemplarischen" Ausverkaufsaktionen der CGT. Renault Le Mans streikt immer noch, und heute haben die Hafenarbeiter eine landesweite Aktion begonnen und die Häfen stillgelegt.

Nachfolgend drucken wir eine leicht gekürzte Übersetzung aus *Workers Vanguard* Nr. 538 vom 8. November.

Nach einem Jahrzehnt brutaler Austerität, die vom „sozialistischen" Präsidenten Mitterrand durchgesetzt wurde, explodiert jetzt die Wut der französischen Arbeiter. Eine Streikwelle von Renault-Arbeitern hat den Konzern fast zum Stillstand gebracht. Streikende Krankenschwestern behaupteten sich auf den Straßen von Paris gegen Wasserwerfer, Tränengas und Knüppeleinsätze. Ein eintägiger Generalstreik am 24. Oktober machte die Häfen dicht, brachte den Nahverkehr in einigen Städten zum Erliegen und verringerte die Stromerzeugung, während Zehntausende streikender Arbeiter durch die Straßen von Paris und zahlreichen anderen Städten demonstrierten.

Mitterrand versuchte, dem Anwachsen des Klassenkampfs mit einer Mischung von Drohungen, leeren Versprechungen und Polizeiangriffen zu begegnen. Trotzdem gingen die Streiks in den Krankenhäusern weiter, und Streiks erschütterten die Renault-Autowerke in Cleon, Le Mans, Sandouville und Flins. Die Hochburg der Streiks war das Renault-Werk in Cléon (Normandie), wo Hunderte kämpferischer Streikposten das Werk geschlossen hielten.

Die Streikenden in Cléon verlangten eine Lohnerhöhung von 1500 Francs (450 DM) — kaum genug, um das starke Absinken der Kaufkraft auszugleichen. Tatsächlich ging der Streik weit über die Lohnfrage hinaus, wie unsere Genossen von der Ligue Trotskyste de France in einem Streik-Extra des *Bolchevik* bemerkten:

„Jetzt häufen sich die Bestandteile für die notwendige, allgemeine Gegenoffensive der Arbeiter an. Die Mitterrand-Regierung ist weitgehend diskreditiert und seit Monaten in einer quälenden Krise. Wir müssen diese Gelegenheit ausnutzen, bis sie aufgibt."

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion denkt die Bourgeoisie, sie kann den „Tod des Kommunismus" feiern und den Klassenkampf zu Grabe tragen. Tatsächlich haben die Kreml-Bürokraten immer beteuert, daß Klassenkampf und sozialistische Revolution im Westen utopische Träume seien. Die Streikwelle der französischen Arbeiter gegen die sozialdemokratische Regierung des französischen Kapitalismus ruft jedoch in Erinnerung, was durch den Generalstreik im Mai 1968 deutlich wurde — daß das Proletariat die Macht hat, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen und den Weg zum Sozialismus freizumachen.

Volksfront gegen die Arbeiter

Seit Mitterrands Union der Linken 1981 an die Macht gewählt wurde, haben sich die fürchterlichen Konsequenzen der Volksfront für die Arbeiterklasse nachdrücklich gezeigt. Diese Allianz der reformistischen Arbeiterparteien - der Sozialisten und (über eine informelle Hinterstubenkoalition) der französischen Kommunistischen Partei (KPF) — mit einem Teil der Bourgeoisie war in der Lage, die von den Bossen verlangten lohndrückerischen Pläne gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, weil sie die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse über Bord geworfen hatte. Die Führungen der Arbeiterklasse, die sich mit der Zwangsjacke der Klassenkollaboration an die Mitterrand-Regierung gefesselt hatten, führten wiederholt Streiks in die Niederlage und demoralisierten damit die Arbeiter. Nach einem Jahrzehnt unter der Volksfrontregierung fiel die Zahl der Streiks im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit 1946.

Mitterrands Volksfront hat die „Drecksarbeit" der Bourgeoisie verrichtet, um mit den Worten von Ex-Premier Fabius zu sprechen. Die Arbeitslosigkeit ist auf die Rekordmarke von 3 Millionen angeschwollen. Und eine besondere Zielscheibe von Mitterrands Volksfront sind die „Immigranten", die Massenausweisungen und schrecklichem Polizeiterror in den Gettos ausgesetzt sind. In grotesker Weise werden sogar Menschen als Immigranten behandelt, die in Frankreich geboren wurden, Kinder von ausländischen Arbeitern, die jahrzehntelang in Frankreich gelebt haben.

Aber trotz Entlassungen und Abschiebungen sind die „eingewanderten" Arbeiter in der französischen Industrie stark integriert, besonders in der Autoindustrie. Hauptsächlich nordafrikanische Arbeiter im Renault-Werk in Flins gehörten zu den ersten, die Anfang der 80er Jahre gegen die Mitterrand-Volksfront streikten. Während des Golfkriegs, als Mitterrand französische Truppen zur Teilnahme an Bushs neokolonialer Aggression gegen den Irak abordnete, führten „eingewanderte" Arbeiter in Flins einige Dutzend Arbeitsniederlegungen gegen Unterdrückungsmaßnahmen und unzumutbare Arbeitsbedingungen an, vereint im Kampf mit ihren französischen Kollegen.

Praktisch die gesamte französische „extreme Linke" (darunter die LCR, LO, PCI und diverse kleinere Gruppierungen, die sich fälschlicherweise als Trotzkisten bezeichnen) hat Mitterrand unterstützt, wie „kritisch" auch immer, und ihre Politik, den Reformisten hinterherzulaufen, hat sie unfähig gemacht, scharfe Klassenkämpfe anzuführen. Die Ligue Trotskyste, die als einzige Partei für Arbeiterwiderstand gegen die Volksfront aufrief, ist angetreten, um eine

bolschewistische Führung für den Kampf aufzubauen, die bürokratischen Statthalter des Kapitals in der Arbeiterbewegung davonzujagen.

Der Streik bei Renault Cleon

Das Bollwerk der Streiks bei Renault war das Werk in Cleon, das Motoren und Getriebe für den gesamten staatseigenen Konzern herstellt. Sie errichteten schnell Barrikaden vor den Werkstoren, die allen LKWs den Weg versperrten, so daß nicht ein Motor oder Getriebe das Werk verlassen konnte. Zelte wurden errichtet, mit Fernsehen und eigener Stromversorgung, ein Sicherheitsteam der Gewerkschaft wurde gebildet, und es werden rund um die Uhr Feuer unterhalten. Trotz einer Gerichtsverfügung hielten die Arbeiter ihre Streikposten aufrecht — zeitweise mit mehr als tausend Mann und wachsender Tendenz. Die entschlossenen Streikenden schlugen sogar einen Bulldozer zurück, der die Barrikaden durchbrechen sollte. Als der Werksdirektor an der Spitze von 300 Streikbrechern (hauptsächlich leitende Angestellte) auftauchte, wurde er durch einen Hagel fauler Eier in die Flucht getrieben.

Gilles Cazin, ein Mitglied der LTF, der seit fast 20 Jahren bei Renault C16on arbeitet, ist für wirkliche Streikposten eingetreten, die keine Streikbrecher durchlassen, für ein gewähltes Streikkomitee und für die Entsendung von Delegationen, um den Streik auf die gesamte Autoindustrie auszuweiten. 1988 war Cazin Parlamentskandidat der Ligue Trotskyste, aufgestellt gegen den früheren Premier Fabius. Die LTF hat eine zehnjährige Tradition kommunistischer Arbeit im Werk Cleon und im nahen Rouen, wo sie für die Zerschlagung des rassistischen Terrors gekämpft hat und für die Verteidigung nordafrikanischer „Immigranten". Als *Le Bolchevik* an die Streikposten verkauft und das Extrablatt verteilt wurde, hat dies lebhafte Diskussionen über Mitterrand, die Rolle der KPF in der Volksfront und die Notwendigkeit einer Arbeiterregierung ausgelöst.

Nachdem das Werk Cleon dicht war, war Renault nur durch die Einfuhr von Teilen aus Mexiko, Spanien und Chile in der Lage, andere Werke sporadisch arbeiten zu lassen. Die Renault-Arbeiter müssen von ihren Kollegen in Werken des Konzerns in anderen Ländern internationale Solidarität einfordern. Aber dem steht die nationalistische Ausrichtung von KPF und CGT im Wege. Ihrem traditionellen Chauvinismus („Produziert französisch") haben sie auch noch üblen antijapanischen Rassismus hinzugefügt.

Dies widerspiegelt die von der sozialdemokratischen Innenministerin Cresson geschürte antijapanische Hysterie. Jetzt setzten sich Vertreter der EG-Länder bei einer Konferenz in Berlin mit der deutschen Regierung zusammen, um der Einwanderung den Krieg zu erklären. Auch im Streik bei Cleon hat fremdenfeindlicher Rassismus seine Fratze gezeigt. Ein CGT-Vertreter erklärte sogar: „Wir haben keine Schlitzaugen... Es ist kein Teil unserer Kultur." Es ist die Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters, solchen rassistischen Ausfällen Einhalt zu gebieten. Sie leisten den Machenschaften des Konzerns Vorschub, untergraben den lebenswichtigen Kampf um internationale Solidarität und verstärken das rassistische Klima, im dem die faschistische Bewegung Le Pens gedeiht und in dem sich mörderische Angriffe auf „eingewanderte" Arbeiter und Jugendliche häufen.

Fortgesetzt auf Seite 19

1000 Demonstranten gegen Nazi-Mordanschlag auf vietnamesischen Arbeiter

Am 14. Oktober wurde der vietnamesische Arbeiter Bai von drei Skinheads brutal zusammengeschlagen und dabei lebensgefährlich verletzt. Er liegt immer noch kaum ansprechbar im Krankenhaus. Der Mordanschlag geschah im Stadtbezirk Hellersdorf am Ende Berlins, eine Trabantenstadt, wo es nur Hochhäuser gibt und danach gar nichts.

Durch die Tagespresse wurde der mörderische Überfall am 18. Oktober bekannt, und für den 20. Oktober rief die Heimleitung des vietnamesischen Wohnheims zu einer Protestdemonstration auf. An der Aktion nahmen 1000 Leute teil, über die Hälfte davon Vietnamesen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei beteiligte sich am Block der Vietnamesen, wo ihre Losungen hervorragend aufgenommen wurden. Wir verteilten über 600 *Spartakist-Exlra*blätter zu dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda mit dem Titel „Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung - Zerschlagt Nazi-Terror!", und verkauften über hundert *Spartakist.* Die Spartakist-Plakate trugen die Losungen: „Ayhans Freispruch ist ein Sieg für alle Nazigegner", „Für Arbeitermobilisierung gegen Naziterror", „CDU/SPD/Grüne/PDS: Rassistische Volksfront des Vierten Reichs", und die vietnamesischen Arbeiter wollten sie sofort mit uns tragen. Ihr Block auf der Demo war gut organisiert und gab einen Geschmack von einer wirklichen Arbeiter- und Immigrantenmobilisierung. Allerdings fehlte die organisierte Arbeiterbewegung. Es ist dringend notwendig, Aktionen der Arbeiter und Immigranten zu organisieren, *die den faschistischen Terror stoppen können.*

Die überwiegende Mehrheit der vietnamesischen Arbeiter ist heute arbeitslos. Sie bekommen höchstens 700, - DM Arbeitslosenunterstützung. Eine Wohnung in einem Wohnheim, ein Überrest der stalinistischen Abschottung der eingewanderten Arbeiter gegenüber den deutschen Kollegen, kostet jetzt 900,- DM. Oft leben in diesen engen Wohnungen bis zu sieben Vietnamesen zusammengepfercht.

Die *taz* bejammert, daß sich „nur ein paar versprengte Autonome und krude Spartakisten" zum Protest eingefunden hätten. Genau wie die Grün-Alternativen würden sie es lieber sehen, daß der rassistische Abschiebesenat von SPD/CDU zynische Gesten abgibt. Viele der Autonomen, die sich strikt getrennt hielten von den Vietnamesen, versuchten nur ihre „Spielchen" mit den Bullen zu machen. Von der PDS war nichts zu sehen.

Immer wieder muß die Wichtigkeit von integrierten Verteidigungsgruppen der Arbeiterklasse betont werden. Gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen, die ausgehend von den Betrieben die Verteidigung der Immigranten-Wohnheime organisieren, könnten dem feigen Nazi-Pack eine wirkliche Lehre erteilen und die Straßen für die eingewanderten Kollegen wieder sicher machen. Die organisierte Arbeiterbewegung, Arm in Arm mit den eingewanderten Arbeitern und den Arbeitslosen und mit der Macht von Millionen Arbeitern hinter sich, kann die Nazi-Skinheads von den Straßen fegen. Doch dafür brauchen wir eine trotzkistische Partei, die einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg aufweist. Dies gilt erst recht, wo die braune Pest im Sog der kapitalistischen Wiedervereinigung ihren blutigen Terror verbreitet.«

Durch „Freien Markt" droht Hungersnot

Moskau, 7. November: Massenproteste gegen Jelzins Konterrevolution

Die imperialistischen Medien und das jetzt antikommunistische sowjetische Fernsehen haben versucht, den Revolutionstag, den 7. November, als Neubeginn nach dem „Tod des Kommunismus" auszugeben. Sie gruben selbst den Romanow-Anwärter auf den zaristischen Thron aus. Die neuen „Herrscher" versuchten, ein Verbot für alle Feiern des Jahrestages der bolschewistischen Machteroberung zu verhängen, aber bis zu 90 000 Menschen gingen in Moskau auf die Straße in einem wütenden Protest gegen die Konterrevolution, an deren Spitze Jelzin und Gorbatschow stehen. In Leningrad, Kiew und anderen Orten gingen weitere Tausende auf die Straßen.

Am Sammelplatz vor der Lenin-Statue auf dem Moskauer Oktoberplatz flatterten Hunderte roter Fahnen in einer steifen Winterbrise. Im Gegensatz zu den angeordneten offiziellen Paraden der vorhergehenden Jahre war dies eine zum größten Teil proletarische Mobilisierung von Menschen, die für Sozialismus eintreten wollen. Sie riefen „Lenin! Lenin!" und „Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!" Sie trugen handgemalte Plakate mit Losungen wie „Privatisierung: Ein Traum für Millionäre, ein Friedhof für die Arbeiter", „Jelzin: Russen werden nie Sklaven sein — aus deinen raubgierigen Reformen wird nichts" und „Nieder mit der CIA-Perestroika!" Wiederholt sangen sie die Internationale und andere revolutionäre Lieder aus den frühen Jahren der Sowjetrepublik unter Lenin und Trotzki.



L.J. Leonidow

Lenin und Trotzki bei Demonstration zum zweiten Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1919

Als 10000 zum Roten Platz marschierten, drückten sie einen tiefgehenden Haß in der Arbeiterklasse gegen die Agenten von Wall Street und Frankfurt aus, die nach dem vermurksten Kreml-Putsch im August ans Ruder gekommen sind. Die Generation älterer KP-Mitglieder vermischte sich mit der Jugend. Die Stimmung war von Wut gekennzeichnet und stand im scharfen Gegensatz zur Parade am 7. November vom letzten Jahr, die damals noch vor Gorbatschow vorbeidefilierte, wo die Hauptlosung gewesen war: „Der Erfolg der Perestroika liegt im gesellschaftlichen Konsens". Unter den Plakaten gab es dieses Jahr eines, das einen doppelköpfigen zaristischen Adler zeigte, dessen einer Kopf Jelzin und der andere Gorbatschow war. Ein anderes zeigte ein Gorbatschow-Porträt und darunter „Du hast das Land ruiniert, auf dich wartet die Hölle".

Ursprünglich hatte der Moskauer Bürgermeister Gawril Popow - eine führende Figur in der kapitalistischen Konterrevolution - ein Verbot jeglicher Demonstrationen am Revolutionstag innerhalb des Stadtringes verhängt, was den Roten Platz einschließt. Aber als klar wurde, daß die Proteste auch gegen seinen Bannspruch stattfinden würden, hob Popow in der Nacht vor der Demonstration das Verbot auf. Dies ist symptomatisch dafür, wie politisch schwach die Kräfte sind, die eine Wiederherstellung des Kapitalismus durchsetzen wollen. In unserer ersten Stellungnahme nach dem August-Putsch und Gegenputsch haben wir erklärt: „Jelzin und Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest" (Spartakist* Nr. 89, September). Wir fügten hinzu, daß das sowjetische Proletariat „seine Stimme noch nicht erhoben hat". Aber am 7. November fing es an, seine Stimme zu erheben.

Die Zahl der Menschen, die auf den Straßen zusammenströmten, überstieg bei weitem die Erwartungen der Organisatoren. Der Revolutionstag fiel zusammen mit der wirtschaftlichen Verzweiflung der Moskauer Werktätigen. Eine Woche vorher hatte Jelzin angekündigt, daß bald alle Preiskontrollen aufgehoben würden, was eine neue Welle von Panik- und Hamsterkäufen und Spekulation in Gang setzte. Zum ersten Mal verschwand selbst das Brot aus den Regalen. *Moskowskoje Komsomolez* brachte eine zu Herzen gehende Geschichte über einen Arbeiter, der von einem Zug zerschmettert wurde, nachdem er auf die U-Bahn-Schienen gesprungen war, um eine Wurst aufzuklauben, für die er einen ganzen Tag gebraucht hatte, um sie für seine Familie aufzutreiben.

Die ältere Generation, die zur Demo kam, erinnert sich noch gut, was für eine schreckliche Sache Hunger ist — sie erinnern sich an die Brotrationierungen während des heroischen Kampfes der sowjetischen Völker gegen die Nazi-Invasoren. Einer erzählte: „Meine Mutter stand am 16. Oktober 1941 in der längsten Brotschlange jenes Jahres, und selbst die war nicht mal halb so lang wie heutzutage!" *(Sowjetskaja Rossija, 9.* November).

Aber die Demonstration am Revolutionstag drehte sich nicht nur um rein ökonomische Fragen, noch konnte sie es angesichts der Situation sein. Vor allem zeigte diese De-

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

gegen die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Zerstörung der Sowjetunion durch den westlichen Imperialismus und seine russischen Agenten. Auf einem Plakat stand: „Was Adolf nicht getan hat, hat Michail getan."

Gorbatschow, Jelzin & Co. wollen die Sowjetunion an die westlichen Banken und Konzerne *ausverkaufen* — zu Ramschpreisen. Wenn sie damit durchkommen, werden Rußland, die Ukraine, Kasachstan usw. reduziert werden auf das wirtschaftliche Niveau lateinamerikanischer Neokolonien, während die gesamte alte reaktionäre Scheiße aus der Zeit der zaristischen Autokratie vor 1917 wieder hochkommen wird.

In der Tat, die Antworten der prowestlichen „Demokraten" auf den Protest der Arbeiterklasse sind lügnerische Versprechen auf Reichtum, begleitet von Appellen an mittelalterlichen Obskurantismus. Am Vorabend des Revolutionstages organisierte der Leningrader Bürgermeister ein Gala-Diner, um die Rückkehr der Stadt zum alten Namen St. Petersburg zu feiern. Besondere Gäste dieser Zeremonie waren der Patriarch Alexej II., Erzbischof der russisch-orthodoxen Kirche, und Großfürst Wladimir Kirilowitsch Romanow, Sohn des Cousins von Zar Nikolaus II. Großfürst Romanow, der bisher nie einen Fuß auf sowjetischen Boden gesetzt hatte, sagte, er hoffe, der neue Zar Rußlands zu werden!

Trotzkisten demonstrieren am Revolutionstag in Moskau

Es gab zwar ein paar Bilder von Stalin unter den Plakaten, aber es gab viel häufiger Lenin und es gab auch das rote Banner der Internationalen Kommunistischen Liga mit dem Emblem von Trotzkis Vierter Internationale. Mehr noch, die Demonstration war trotzkistischer Literatur gegenüber äußerst aufgeschlossen. In Moskau verkauften Unterstützer der IKL 4750 Exemplare unserer russischen Sonderausgabe „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!" und 600 Ausgaben des russischsprachigen *Spartacist-Bulletin ‚Kehrt zurück zum Weg von Lenin und Trotzki!"*

Unglücklicherweise waren die Proteste am Revolutionstag nicht völlig frei von reaktionären Haltungen, besonders Antisemitismus. Pamjat bot seinen Dreck zum Verkauf an. Die stalinistischen Organisatoren der Demonstration appellierten an großrussischen Chauvinismus. Unsere Genossen wurden abwechselnd als „Trotzkisten" und „Juden" angegriffen. Wir kämpften dagegen an mit den Rufen, daß der Schmutz, der da ausgespuckt wurde, die weißgardistische Politik Jelzins ist und ein Erzfeind der revolutionären Politik Lenins und des Roten Oktober. Der Dreh- und Angelpunkt des Kampfes gegen russischen Chauvinismus ist die Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegen jeden Ausdruck von Antisemitismus. An einem Punkt versuchten etwa 20 Stalinisten, unseren Block physisch auszuschließen, und schrien dabei „Trotzkisten raus aus der Demonstration", „Verschwindet aus unserem Land" usw. Aber es gelang uns, die umstehende Menge für unsere Verteidigung zu gewinnen. Aus der Menge schloß sich uns gegen diesen Mob ein Arbeiter an, der dann den ganzen Tag an unserer Seite war, um mit uns zu verkaufen. Ein Student der Moskauer Universität kam zu unserem Block und sagte, daß er schon sein ganzes Leben lang nach Trotzkismus sucht. Ein Genösse berichtete, wie die Menge zum Roten Platz zog:

„Während wir marschierten, riefen wir ‚Lang lebe die Oktoberrevolution!', ‚Lang lebe die Sowjetunion!', .Nieder mit der russisch-nationalistischen Konterrevolution von Jelzin/Gorbatschow/Bush! Für proletarischen Internationalismus!' Einer unserer Kontakte rief ‚Lang lebe die kommunistische Weltbewegung — Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!' Dies alles wurde mit lautem ‚Hurra! Hurra!' begrüßt."

Während des Marsches wurde ein Unterstützer der IKL von der *Prawda* interviewt. In ihrer nächsten Ausgabe berichtete sie auf der Titelseite, daß „eine australische Vertreterin der Internationalen Kommunistischen Liga" auf die Frage, warum sie gekommen sei, geantwortet hatte: „Die Oktoberrevolution hat sich an die ganze Welt gewandt. Was jetzt in diesen Tagen mit euch geschieht, ist ein Schlag gegen Kommunisten in allen Landern."

Auch in anderen sowjetischen Städten gab es ähnliche, wenn auch kleinere, Demonstrationen am Revolutionstag. In Leningrad kamen mehrere tausend Aktivisten, einschließlich Marinesoldaten in Uniform, in der Nähe des historischen Panzerkreuzers Aurora zusammen, der 1917 eine Schlüsselrolle gespielt hat bei der Eroberung des Winterpalais, dem Sitz von Kerenskis provisorischer Regierung, durch die Bolschewiki. Ein Redner erklärte: „Es ist unsere Pflicht, die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Land nicht zuzulassen! Wir werden nicht zu Lakaien des amerikanischen Imperialismus!" Über 300 *Spartacist-Publikationen* wurden an die Demonstranten am Revolutionstag in Leningrad verkauft. Über hundert Exemplare von IKL-Literatur wurden von Mitgliedern der Union Sozialistischer Studenten der Ukraine in Kiew verkauft. Außerdem wurden an diesem Tag 800 Exemplare von *Spartacist-Literatur* in anderen Provinz-Städten verkauft.

Die dramatischste Auseinandersetzung gab es in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Rund 5000 Demonstranten, mobilisiert unter anderem durch die Union der Werktätigen der Ukraine, marschierten von einem am Stadtrand gelegenen Friedhof zu einem Lenin-Denkmal in der Stadtmitte. Auf ihrem Weg dahin stellten sich ihnen eine größere Anzahl von ukrainischen Nationalisten und Faschisten in Kampfanzügen entgegen. Aber der Demonstrationszug durchbrach die Blockade und setzte seinen Marsch fort, während die rechten Ultras ihre Störaktionen von der Seite fortsetzten. Als die Demonstranten an der Lenin-Statue ankamen, mußte ihr Marschzug erneut eine nationalistisch/faschistische Blockade durchbrechen, um Blumen niederlegen zu können in Gedenken an den Gründer des sowjetischen Arbeiterstaates. Als die Demonstration sich auflöste und kaum noch Teilnehmer da waren, wurden sie von Nationalisten angegriffen und es gab mehrere schwerverletzte Demonstranten.

Die Hauptorganisatoren der Demonstrationen am 7. November entstammen den Resten des sogenannten „patriotischen" Flügels der stalinistischen Bewegung: des Moskauer Arbeiterrats, der Einheitsfront der Werktätigen (OFT) und einer breiteren Dachorganisation „Werktätiges Moskau". Viktor Anpilow vom Moskauer Arbeiterrat präsentiert sich als harter Gegner Jelzins, aber er will einfach die Uhr zurückdrehen auf die Zeit vor 1987, und zwar mittels einer „Perestroika" (Umgestaltung) der KPdSU. Vor dem August-Putsch spielten diese Stalinisten mit der Opposition der Arbeiter gegen Gorbatschows und Jelzins Privatisierungen, aber im entscheidenden Moment unterwarfen sie sich kritiklos der bankrotten und ineffektiven „Achterbande", und sie unternahmen keinerlei Mobilisierung ihrer proletarischen Basis gegen die Jelzinsche Speerspitze der Konterrevolution.

Jetzt, wo sie in der Opposition stehen, appellieren sie an beschränkte wirtschaftliche Sorgen, die mit dem russischen Nationalismus verbunden werden. So endete ein erster Aufruf für den Revolutionstag, der vom Moskauer Arbeiterrat herausgegeben wurde, mit der Forderung: „Nein zum physischen und geistigen Völkermord an den russischen Völkern!" Aber in Moskau allein kommt die Hälfte der Industriearbeiter aus nichtrussischen Republiken — der Ukraine, dem Kaukasus, dem turksprachigen Zentralasien. Der Versuch, die Jelzin-Konterrevolutionäre mit Appellen an großrussischen Nationalismus zu überbieten, ist verabscheu-

Fortgesetzt auf Seite 12

Moskau...

Fortsetzung von Seite 11

ungswürdig und Gift für den Kampf für eine wirkliche sozialistische Union von Sowjetrepubliken.

Auf ihre eigene Art und Weise akzeptieren viele der russischen stalinistischen „Patrioten" den Zerfall der UdSSR entlang nationaler Linien. Aber das Auseinanderbrechen der Sowjetunion würde notwendigerweise blutige nationalistische Auseinandersetzungen hervorbringen — Grenzkriege, kommunalistische Pogrome -, so wie sie jetzt in Jugoslawien wüten. Wir Leninisten-Trotzkisten kämpfen für politische proletarische Revolution, um die Sowjetunion auf der sozialistischen Basis von wirklicher nationaler Gleichheit wieder zu schmieden.

Möchtegern-Zar Boris verordnet Hungersnot durch „Freien Markt"

„Die Menschen werden leiden, aber da müssen wir durch", erklärte Boris Jelzin, als er seine neue ökonomische Schocktherapie ankündigte. Alle Preiskontrollen sollen bis zum Jahresende aufgehoben werden. Unrentable Betriebe sollen geschlossen werden. Die kollektivierte Landwirtschaft soll privatisiert werden. Und die zentralen Wirtschaftsministerien sollen aufgelöst werden. Das ordnete Jelzin an. Aber dieses Programm noch weitergehender Verelendung der sowjetischen Werktätigen in die Tat umzusetzen, ist eine andere Sache.

In den zweieinhalb Monaten, die dem Kreml-Putschversuch im August folgten, haben die Positionskämpfe zwischen Jelzins Russischer Republik, Gorbatschow und den nationalistischen Führern der nichtrussischen Republiken im Zentrum der auseinanderbrechenden Sowjetunion ein Machtvakuum hinterlassen. Als sich die Imperialisten darüber beschwert haben, daß nicht ersichtlich ist, wohin das Land steuert, hat Jelzin Ende Oktober versucht, sich selber als starker Mann der Konterrevolution zu etablieren, in dem er eine Schocktherapie des „freien Marktes" ankündigte und für sich selber weitreichende diktatorische Machtbefugnisse verlangte. Das russische Parlament hat willfährig sein Ja-Wort dazu gegeben, daß er für mehr als ein Jahr alle Wahlen und Abstimmungen verbieten kann und alle lokale und regionale Gesetzgebung sowie bisherigen Gesetze außer Kraft setzen kann.

Um Stärke zu beweisen, hat Möchtegern-Zar Boris einen Ausnahmezustand verhängt über die autonome Region der Tschetschenen und Inguschen, einer traditionell moslemischen Enklave im Nord-Kaukasus, die ihre Unabhängigkeit von der Russischen Republik erklärt hatte, und zudem drohte er mit dem Einsatz sowjetischer Truppen. Dieses Vorgehen goß Öl ins Feuer und war so offensichtlich diktatorisch, daß sogar Jelzin-Unterstützer im russischen Parlament sich dagegen aussprachen, so daß er schließlich davon abgehen mußte.

In gewisser Weise zeigt Jelzins Rückzug in der Frage der Tschetschenen und Inguschen die grundlegende *Schwäche* seiner Stellung. Die öffentliche Stimmung ist merklich umgeschlagen gegen die „Demokraten", d.h. die offenen Verfechter der Wiederherstellung des Kapitalismus, die verantwortlich gemacht werden für die Hyperinflation, die Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln und allem anderen auch, und für das allgemeine Versinken im wirtschaftlichen Chaos. Eine Umfrage des Moskauer Soziologischen Institutes Ende Oktober zeigte, daß 65 Prozent der Moskauer glauben, daß die politische und wirtschaftliche Situation genauso oder schlimmer ist als vor dem Putsch-Versuch im August.

Die imperialistischen Drahtzieher hinter Jelzin, Popow & Co. geraten in Sorge über die Opposition der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Konterrevolution in Rußland. Man kann bereits die ersten Anfänge davon erkennen. Ende Oktober organisierte der Moskauer Gewerkschaftsbund einen Marsch von rund 50000 Menschen gegen die Preissteigerungen. Die Gewerkschaftsführer wollten sich zwar nicht direkt mit Jelzin/Popow und deren Programm des „freien Marktes" anlegen, aber sie nahmen eine defensive Haltung ein. Ihr Hauptbanner hieß: „Einheit! Solidarität! Für die Rechte der Werktätigen!" Ein Plakat, auf dem stand: „Freie Preise bedeuten den Tod für das Volk!", brachte jedoch die Wut und die verweifelte Stimmung der sowjetischen Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Im letzten Jahr hat es in der Sowjetunion fast eine Rekord-Ernte von 220 Millionen Tonnen Getreide gegeben. Trotzdem gab es immer noch schwerwiegende Versorgungsengpässe, weil das Verteilungssystem zusammenbrach in Folge von massivem Horten, Spekulation und Schwarzmarktgeschäften. In diesem Jahr ist die Getreideernte auf 165 Millionen Tonnen gefallen, der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Jeder erwartet, daß Hungeraufstände, die schon begonnen haben, sich in diesem Winter ausbreiten. „Im Dezember werden wir wahrscheinlich einen Aufruhr sehen", ist die Voraussage von Generalmajor Viktor Iwanenko, dem KGB-Chef der Russischen Republik. *Moskau News* sagt sogar einen „nächsten Putsch" voraus, einen Staatsstreich, der sich aus dem Aufbäumen aus Verzweiflung durch den Hunger ergeben könnte.

Und jedermann in Rußland weiß, daß es Hungerunruhen durch Arbeiterinnen im Februar 1917 waren, die den Startschuß für die Revolution gaben, die die zaristische Autokratie gestürzt hat. Die „Demokraten" um Jelzin fürchten zu recht, daß Hungeraufstände auch zu ihrem Sturz führen könnten. Der „schwarze Oberst" Viktor AJksnis, eine führende Figur bei den „Patrioten", kann sich vorstellen, daß Offiziere und Mannschaften der Sowjetarmee die Proteste aus der Bevölkerung gegen das neue Regime unterstützen und sich ihnen anschließen könnten. Alksnis ist jedoch kein Feind der Marktwirtschaft. Weit gefehlt. Er ist ein ausgesprochener Verfechter des „chilenischen Modells" für einen starken sowjetischen (kapitalistischen) Staat.

Die Frage, wie man die Ernährung aufrecht erhalten kann, war allgegenwärtig beim Revolutionstag. Der Moskauer Arbeiterrat forderte „Verteilung der Waren unter Arbeiterkontrolle!" Eine andere Gruppe, Werktätiges Moskau, forderte: stellt „Preise und Löhne der .Demokraten' und Banditen, Parteibonzen und Spekulanten unter ARBEITER- UND BAUERN-KONTROLLE und ZWINGT SIE zur Arbeit". Arbeiterkontrolle ist tatsächlich dringend notwendig. Aber der weitverbreitete Widerstand gegen die Aushungerung durch den „freien Markt" kann nur dann die Sowjetunion auf sozialistischer Basis bewahren, wenn er mit der Politik der parasitären, nationalistischen Bürokratie bricht, die die Sowjetunion zum Desaster geführt hat. Jeder Arbeiterwiderstand wird unmittelbar auf die Machtfrage stoßen, und um zu siegen, ist die Führung durch eine wirklich kommunistische, d. h. leninistisch-trotzkistische Partei nötig.

In Wirklichkeit haben die stalinistischen Patrioten keine Alternative zum Markt. Das „Maximalprogramm" von Anpilows Blatt *Molnija* bietet eine Menge linker Rhetorik, aber in der Praxis hat das „Minimalprogramm" (das wirkliche Programm) das Sagen: so z. B. während der Kampagne zur russischen Präsidentenwahl letzten Sommer, als *Molnija* die Kandidatur des Antisemiten Makaschew unterstützte, der für „Gleichheit aller Eigentumsformen" eintrat!

Der Moskauer Bürgermeister Popow hat angeordnet, daß die Grundnahrungsmittel - Brot, Fleisch, Butter und Eier - mit Lebensmittelkarten rationiert werden. Die Kontrolle über die Lebensmittel muß diesem Lakai von Wall Street und

Frankfurt aus der Hand gerissen werden. Arbeiterkomitees müssen gebildet werden, die *die Kontrolle der Verteilung der Lebensmittel übernehmen,* und dadurch den Würgegriff der parasitären Kleinhändler, Schwarzmarkthändler und prokapitalistischen Bürokraten zerschlagen, die die neuen kapitalistischen Ausbeuter in Rußland werden wollen. Die riesigen Vorräte an Lebensmitteln, die sie gehortet haben, müssen ihnen entrissen und dann verteidigt werden, wozu die Bildung von *Arbeiterverteidigungskomitees* notwendig ist, d. h. der Kern von Arbeitermilizen, in Zusammenarbeit mit prosozialistischen Elementen in der Sowjetarmee. Den Versuchen, nationale Minderheiten zu verfolgen, das multinationale sowjetische Proletariat auseinanderzureißen, gleichzeitig Monarchisten und Pamjat-Schlägern freien Lauf zu lassen und Nazi-Kriegsverbrecher zu begnadigen, müssen organisierte multinationale Arbeiterverteidigungsgrupppen entgegentreten.

Diese dringend notwendigen Maßnahmen können ein Schritt sein in Richtung auf die Schaffung von Organen *proletarischer Doppelmacht,* die sich der konterrevolutionären Bande von Jelzin und Gorbatschow entgegenstellen und sie stürzen können. *Unabhängige Arbeiterkonntees* müssen in Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Betrieben gegründet werden, um Entlassungen und Privatisierungen zu verhindern, indem sie die Betriebe in die Hände nehmen und die Produktion kontrollieren. Solche Arbeiterkomitees können die Basis für wirkliche *Sowjets* legen, die in ihre Reihen auch Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Veteranen aufnehmen — all diejenigen, die die „neue Ordnung" zu Opfern machen will. Aber wirkliche Sowjets müssen zu Organen des Kampfes um die Macht werden. Der Schlüssel ist die revolutionäre Führung.

In seinem weithin bekannten Artikel „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", geschrieben im September 1917 am Vorabend der bolschewistischen Revolution, fordert Lenin ein Programm von umfassender Arbeiterkontrolle als unverzichtbares Instrument zur Verhinderung einer Hungersnot. In dieser Situation von Doppelmacht, in der die instabile kapitalistische Regierung eine Erhöhung der Lebensmittelpreise angeordnet hatte, betonte er: „Denn einzig und allein, wenn das Proletariat, an seiner Spitze die Partei der Bolschewiki, die Macht erobert, könnte dem skandalösen Treiben der Kerenski und Co. ein Ende gesetzt und die Arbeit der demokratischen Organisationen für Ernährung, Versorgung usw., die von Kerenski und seiner Regierung *vereitelt* wird, *wieder in Gang gebracht werden.* Die Bolschewiki... handeln als Vertreter der Interessen des *gesamten* Volkes ..."

Die historische Katastrophe, die jetzt den sowjetischen Werktätigen droht, kann nicht durch defensive wirtschaftliche Kämpfe verhindert oder auch nur abgeschwächt werden. Gewerkschaftsaktivismus kann nicht die Massenarbeitslosigkeit und Hyperinflation verhindern, wenn das Programm von Wall Street und Jelzin tatsächlich umgesetzt wird. Die Architekten dieses Programms müssen durch die revolutionäre Arbeiterklasse gestürzt werden. Der Zerfall der UdSSR kann nicht durch stalinistischen „Patriotismus" aufgehalten werden, der zunehmend mehr die Form von engstirnigem russischem Nationalismus angenommen hat. Nur das Programm des proletarischen Internationalismus, umgesetzt von einer kommunistischen Avantgarde mit einem multinationalen Kaderstamm, kann die Sowjetunion auf der Basis von nationaler Gleichheit und sozialistischer Wirtschaftsplanung wieder schmieden.

Jahrzehntelang hat die unterdrückerische, korrupte und parasitäre Kreml-Oligarchie sich fälschlicherweise den historischen Mantel von Lenins bolschewistischer Partei umgehängt. Tatsächlich war es die trotzkistische Linke Opposition, die das revolutionäre internationalistische Programm des Roten Oktober bewahrt und weiter getragen hat. Unter dem Banner des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land" war Stalin der Totengräber der Revolution, deren überlebende Kader er in den großen Säuberungen in den 30er Jahren umbringen ließ. Es ist dringend notwendig, in der Sowjetunion eine neue bolschewistische Partei aufzubauen, in der sich die Arbeiter mit dem fortgeschrittensten Klassenbewußtsein mit revolutionären marxistischen Intellektuellen zusammenschließen. Nur unter der Führung von solch einer authentischen Partei, Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, kann die sowjetische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Kräfte einer blutigen kapitalistischen Konterrevolution besiegen.«

Hamburg: Viertes Reich übt Rache an Antifaschisten

In Hamburg stehen zwei Männer vor Gericht in einer juristischen Obszönität von der Sorte, die zum Markenzeichen des neuen Vierten Reichs geworden ist. Karl K. und Gerhard B. sind angeklagt, im Juni 1947 den Oberstabsrichter der Wehrmacht Erich Kallmerten in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen umgebracht zu haben. Der deutsche bürgerliche Staat hat über 30 Jahre warten müssen, bevor er gegen diese beiden Antifaschisten vorgehen konnte, die in der DDR gelebt haben.

Militärrichter wie Kallmerten waren Hitlers Bluthunde. Hitler hatte festgelegt, daß es keine Wiederholung der Soldaten- und Matrosenaufstände von 1918 und 1919 geben dürfe, und das Offizierskorps — Nazis genauso wie „Nazigegner" - stimmte zu. Deshalb fällten die Richter der Wehrmacht während des Krieges (und wie der berüchtigte Filbinger-Fall zeigte, sogar noch danach) am laufenden Band Todesurteile wegen „Desertation" und Verstößen gegen die militärische Disziplin. Historiker schätzen inzwischen die Zahl der deutschen Soldaten, die von Kriegsgerichten zum Tode verurteilt wurden, auf 50000.

Karl K. ist ein besonderes Ziel des Rachefeldzuges der Justiz des Vierten Reiches, denn er war der Führer der antifaschistischen Gruppe im Lager, angeklagt als kommunistischer „Anstifter" für den Tod des Nazi-Richters Kallmerten, weil er aus dessen Tagebuch die mehr als 100 Todesurteile vorgelesen hat, die dieser gegen sowjetische Partisanen und Wehrmachtssoldaten verhängt hatte.

Irgendjemand hat also diesem Schwein eine sehr einfache Form von Justiz zuteil werden lassen, was Kommunisten nur begrüßen können. Die bürgerliche Empörung über den „bestialischen" Tod von Kallmerten richtet sich dagegen, daß ein einfacher Soldat Hand anlegen konnte an einen Offizier und Richter, daß überhaupt deutsche Offiziere sich in einem Kriegsgefangenenlager wiederfanden — als Resultat der Zerschlagung des Dritten Reichs durch die Rote Armee.

Inzwischen wird der andere Angeklagte, Gerhard B., mit täglich 100 mg Neurocil vollgepumpt (und für verhandlungsunfähig erklärt), und sogar *in Handschellen* vor Gericht geschleift. Aus welchem Motiv außer sadistischer Rache wird ein 64jähriger Mann, der auf einen Krückstock angewiesen ist, solch einer entwürdigenden Behandlung ausgesetzt (im Gegensatz zu Nazi-Massenmördern wie Schwammberger)?

Die Bourgeoisie will alles im neuen Großdeutschland ausradieren, was an Kommunismus und antifaschistische Traditionen erinnert — ein Angriff, den die Arbeiterbewegung zurückschlagen muß! *Nieder mit diesem Schauprozeß des Vierten Reichs! Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der heroischen Antifaschisten Karl K. und Gerhard B.!m*

Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite l

Faschisten diesen Tag als Anlaß benutzen, um antikommunistischen deutschnationalen Terror zu verbreiten. Und dabei konnten sie auf den Schutz des bürgerlichen Staats und der „staatstragenden Parteien" der Bundesrepublik zählen.

Diese ungeheuerliche Provokation *zu stoppen* war die Aufgabe der Arbeiterbewegung, von allen, die es ernst meinen, wenn sie „Nie wieder Faschismus" sagen. Empörte Arbeiter aus ganz Sachsen-Anhalt reagierten mit Zustimmung auf den Vorschlag des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), mit einer gewerkschaftlich organisierten Massenmobilisierung



Der Spiegel

Anschluß und kapitalistisches Elend haben den Boden für den Terror der Nazi-Banden bereitet

die Nazis an dem Ort zu stoppen, wo sie ihre Provokation starten wollten. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation, dessen Ziele von der Spartakist-Arbeiterpartei unterstützt werden.

Nach einer Beratung der Einzelgewerkschaften wurde der Vorschlag des KfsV am 7. November vom DGB übernommen, der zur Demonstration am 9. November vor dem „Cafe Böhme" neben dem angekündigten faschistischen Versammlungsplatz beim Interhotel aufrief. Der DGB Halle gab den Aufruf in einer eigenen Presseerklärung bekannt, die Demo wurde in Zeitungen und im Radio verbreitet. In Halle war es erstmals gelungen, daß Trotzkisten zusammen mit dem DGB eine solche Einheit im Kampf herstellen konnten. Besonders Metall- und Eisenbahngewerkschafter machten sich für diesen dringend notwendigen Schritt stark. Die Möglichkeit einer wirklichen, machtvollen Arbeitereinheitsfront, die den Nazi-Terror verhindern konnte, war zum Greifen nahe.

Und gerade vor diesem Gespenst der organisierten Macht der Arbeiterbewegung schraken die DGB-Bürokraten und SPD-Spitzen zurück: um keinen Preis ein Zusammenstoß mit den Faschisten, hieß es, und damit haben sie den Nazi-Aufmarsch faktisch ermöglicht. Laut *Mitteldeutsche Zeitung* (9. November) benutzte der DGB für seine Absage den Vorwand, er befürchte eine „Vereinnahmung durch linkssektiererische Parteien bzw. Gruppierungen". Am Sonnabend kamen also statt organisierter Gewerkschaftskontingente nur 2000 bis 3000 Menschen auf den Marktplatz — Autonome, Grüne, Mitglieder kirchlicher Gemeinschaften —, viele mit Kerzen, wo sie nur hilflos herumstehen konnten, als die Faschisten unter Polizeischutz durch die Straßen zogen. Die Polizei hatte Halle umzingelt, mit Blockaden auf allen Zufahrtsstraßen, der Markt wurde an diesem Einkaufstag abgeriegelt, mehrere Polizeihundertschaften (einschließlich BGS) standen zum Angriff bereit. Und als gegen Abend noch mehr Nazis in der Stadt eintrafen, wurden Linke von der Polizei eingekesselt, und die Nazis hatten freie Hand. Es soll über zweihundert Festnahmen gegeben haben. Die SpAD fordert die sofortige Einstellung von allen Anklagen gegen diejenigen, die die Nazis stoppen wollten!

Anschluß ans Vierte Reich: Aus diesem Schoß kriecht Nazi-Terror

Was in Halle geschehen ist, war die folgerichtige Auswirkung des Anschlusses des ehemaligen, bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR an das Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Wir Spartakisten haben davor gewarnt, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, rassistische Hetze gegen Ausländer und Juden, antikommunistische Hexenjagd und die Unterdrückung der Frau mit sich bringen würde, und eine Welle faschistischen Terrors. Die Nazis wollen aus Massenarbeitslosigkeit und Elend rekrutieren. Das rassistische Pogrom in Hoyerswerda zeigt, daß der faschistische Terror, der nicht nur durch den offiziellen staatlichen Rassismus gestärkt worden ist, sondern auch von breiteren Schichten der lumpenisierten Jugend und Arbeiter unterstützt wird, deren Lebensunterhalt und Zukunft geraubt wurden.

Wir haben auch gesagt, daß die SPD als Trojanisches Pferd des Anschlusses diente, während die SED/PDS die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkte. All das ist inzwischen buchstäblich geschehen. SPD und DGB-Führung haben den Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung abgewürgt (z. B. beim Reichsbahnstreik Ende 1990). die dem faschistischen Terror den Boden bereitet hat. Der westdeutsche Kapitalismus ist heutzutage so stark, daß er das braune Pack nicht benötigt, um seine kapitalistische Ordnung zu festigen. Aber er hält dieses terroristische Gesindel dennoch in Reserve, läßt es ab und zu seine mörderischen Pläne verwirklichen, setzt den politischen Rahmen, in dem die Nazis sich bewegen. Und die Sozialdemokraten erfüllen *ihre* Aufgabe dabei, indem sie eine Gegenmobilisierung von Nazigegnern verhindern.

Die Arbeiter brauchen eine Partei, die den Kampf gegen die Nazis verbindet mit dem Kampf gegen die massiven Angriffe der Kapitalisten auf ihren Lebensunterhalt. Eine Partei, die für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpft, für die Aufteilung der Arbeit bei vollem Lohnausgleich und für ein Programm von öffentlichen Arbeiten, um die dringend notwendigen Wohnungen, Verkehrsverbindungen, Krankenhäuser und Kindergärten im Interesse der Werktätigen zu errichten. Eine solche revolutionäre Partei muß die unmittelbaren Forderungen und Teilkämpfe der Arbeiter und Unterdrückten durch ein Programm von Übergangsforderungen mit dem Kampf für die Macht der Arbeiterklasse verbinden. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Wir Spartakisten haben versucht, gerade diese antifaschistische Arbeitermobilisierung zu ermöglichen. Innerhalb von zwei Tagen wurden viele tausend Flugblätter für die gewerkschaftliche Mobilisierung „Stoppt die Nazis, jetzt!" verteilt bei Leuna, Buna, vor Betrieben in Halle, Wölfen und Bitterfeld, unter mosambikanischen Kollegen und bei wichtigen Verkehrsknotenpunkten. Und das Interesse war groß. Im Kaufhaus am Markt legten Verkäuferinnen Stapel des Aufrufes aus, Kollegen in den Betrieben nahmen Stapel, um sie weiterzuverteilen. Um die Teilnahme der mosambikanischen Arbeiter an der Einheitsfrontaktion zu ermöglichen, hat das KfsV seinen Vorschlag für eine Einheitsfront auf portugiesisch übersetzt und verteilt. Unter den Erst-

unterstützern der KfsV-Initiative waren die SpAD, Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre von IG Metall, IG Chemie, der Gewerkschaft der Eisenbahner in Bitterfeld und Halle, der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden in Bitterfeld und ein Mitglied des Bosch-Siemens-Betriebsrats in Berlin.

Aber schon am Tag nach dem Aufruf zur Arbeiteraktion gab der DGB in Halle dem Druck der SPD/DGB-Spitzen nach und sagte die Demonstration beim „Cafe Böhme" ab; danach kam die Ankündigung, daß sie an einer impotenten Schweigestunde bei Kerzenschein am Marktplatz teilnehmen würden. Die DGB-Bürokraten arbeiteten mit den Bullen zusammen und entfachten eine Gegenmobilisierung zur antifaschistischen Mobilisierung, um ein Klima der Einschüchterung und Verwirrung zu schaffen, um die antifaschistischen Arbeiter zu demoralisieren und um *die Stadt dem Nazi-Terror auszuliefern!*

Aber die Nazis hätten gestoppt werden können. Eine entschiedene Mobilisierung der Metaller, Chemiearbeiter, Eisenbahner und ihrer antifaschistischen Verbündeten hätte die Straßen von Halle gesäubert und den Werktätigen in ganz Deutschland ein dringend erwartetes Beispiel gegeben. Nur eine Einheitsfrontaktion, die auf der sozialen Macht der Arbeiter basiert, kann den Nazi-Terror stoppen und die Organisationen der Arbeiterbewegung verteidigen.

Am Jahrestag der Reichspogromnacht marschierten dennoch hundert Gewerkschafter, Studenten und Linke gemeinsam mit dem KfsV und der SpAD in einem geschlossenen Block gegen den geplanten Aufmarsch der NPD/FAP-Faschisten, und zwar auf der Route der angemeldeten Gewerkschaftsdemonstration. Mit Rufen wie „Nazis raus" und „Stoppt die Nazis, hier und jetzt, stoppt die Nazis durch Arbeitermacht" gruppierte der Block die vereinzelten Antifaschisten der Stadt, die auf der Suche nach einer machtvollen gewerkschaftlichen Aktion gegen die Faschisten waren. Viele junge Arbeiter reihten sich ein. Ältere Arbeiter erklärten am Wege: „Ihr macht es wenigstens richtig". Oft wurde der Ruf übernommen: „Deutsche Bourgeoisie, Babi Jar und Auschwitz vergessen wir nie!"

Entgegengesetzt zu einer Einheitsfrontaktion gegen die Nazis war auch der impotente „Protestmarsch" von Autonomen und PDS, der vom Reileck (weit entfernt vom Treffpunkt der Nazis) zum Hallmarkt führen sollte. Die Autonomen, darunter viele Jugendliche, die ehrlichen Herzens etwas gegen die Nazibrut unternehmen wollen, waren tatsächlich mit ihrem Reileck-Marsch nur eine schwarzrote Variante des Schweigegebets. Ohne Orientierung auf die starken Bataillone der Werktätigen, auf die Arbeiter in den Schlüsselindustrien von Metall und Chemie, wird es keine Siege gegen die Nazis geben.

Viele Arbeiter sind jetzt empört über den Verrat des von der SPD geführten DGB. Aber die Gewerkschaften sind Massenorganisationen der Arbeiterklasse, wir müssen sie von der reformistischen Führung befreien und eine revolutionäre Gewerkschaftsführung erkämpfen, die die Macht dieser Organisationen für die Interessen der Werktätigen einsetzt. In den 30er Jahren war die deutsche Arbeiterklasse mächtig genug und in der großen Mehrzahl gewillt, Hitler an der Machtergreifung zu hindern — wenn nötig, durch Bürgerkrieg. Damals forderte Trotzki eine Arbeitereinheitsfront: „Getrennt marschieren, vereint schlagen". Dies sollte kein parlamentarischer Block sein, kein politischer Nichtangriffspakt. Auch keine „Volksfront" mit Teilen einer erdichteten „antifaschistischen" Bourgeoisie. Statt dessen bedeutete es, die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu organisieren, eine *Einheit im Kampf* herzustellen zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Arbeitern, um die Arbeiterorganisationen gegen die Sturmtruppen zu verteidigen und gleichzeitig in der Aktion das Zögern, das Schwanken und die Abscheu der sozialdemokratischen Führer gegen die soziale Revolution zu enthüllen.



Spartakist

Chemiewerk CKB in Bitterfeld: Arbeiter werden mobilisiert, um die Nazis zu stoppen

Trotzki verstand den widersprüchlichen Charakter der SPD als einer *bürgerlichen Arbeiterpartei,* die der imperialistischen herrschenden Klasse dienen will, aber das nur tun kann, weil sie vermittels der Gewerkschaftsbürokratie auf der organisierten Arbeiterklasse basiert. Der Triumph des Faschismus bedeutete die Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse und mit ihnen die der Bürokratie. Aber was den Triumph des Nazismus ermöglichte, war die verbrecherische Kapitulation der stalinistischen und sozialdemokratischen Führungen der Arbeiter. Weil die KPD die revolutionär gesinnten Arbeiter repräsentierte, trägt der kriminelle, sektiererische Abstentionismus von Stalins/Thälmanns Politik des „Sozialfaschismus" dafür die Hauptverantwortung. Wie Trotzki 1938 im *Übergangsprogramm* schrieb: „Das deutsche Proletariat wurde nicht vom Feind in der Schlacht geschlagen. Es wurde durch die Feigheit, Gemeinheit und Perfidie seiner eigenen Parteien zermalmt."

Am Ende waren es die sowjetischen Werktätigen und die Rote Armee, die *trotz Stalin* das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Alptraum des Faschismus befreiten. Um diesen Sieg zu ehren, protestierten im Januar 1990 250000 Menschen gegen die Nazischändung des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park. Jetzt feiern die Imperialisten großmäulig den „Tod des Kommunismus". Doch am Jahrestag der Oktoberrevolution marschierten bis zu 90000 Arbeiter in Moskau mit den Rufen „Lenin, Lenin!" und „Leningrad, Leningrad". Wir Spartakisten trugen das Banner der Vierten Internationale und forderten „Lang lebe die Oktoberrevolution", „Nieder mit Jelzins/Gorbatschows/Bushs großrussisch-nationalistischer Konterrevolution! Für proletarische Revolution!"

Bei unserer Demonstration in Halle hielt ein Bus mit sowjetischen Soldaten an, die unser russischsprachiges *Bulletin* kauften und uns „viel Erfolg" wünschten im Kampf gegen die Nazis. Die Welle des Nazi-Terrors in Deutschland hat auf der ganzen Welt große Empörung und Besorgnis hervorgerufen. Eine starke und organisierte Antwort der Arbeiterklasse würde Signale bis hinter den Ural senden. Für die revolutionäre Einheit der deutschen, sowjetischen und polnischen Arbeiterklasse!«

Das Katzengold des David North

Wir drucken hier in leicht gekürzter Form ein Flugblatt, das wir am 16./17. November vor der Berliner Konferenz der North-Anhänger „gegen imperialistischen Krieg und Kolonialismus" in englischer und deutscher Sprache verteilten.

Seit nun beinahe zwei Jahrzehnten überschlagen sich die Workers League von David North und seine Kumpane im „Internationalen Komitee der Vierten Internationale" geradezu, weltweit buchstäblich jede von den Imperialisten unterstützte antisowjetische Kraft hochzujubeln. Aber jetzt klingt es aus dem Mund der WL auf einmal ganz anders. Jetzt lesen wir in der *Neuen Arbeiterpresse,* der Zeitung der deutschen North-Anhänger Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), die Erklärung des „IKVI" über „Die Lehren des Putschs in der Sowjetunion und die Aufgaben der sowjetischen Arbeiterklasse" *(Neue Arbeiterpresse,* 30. August), nur ihre Organisation „verteidigt die historischen Errungenschaften des sowjetischen Proletariats und hält seine großen sozialistischen Traditionen hoch"! Unser Rat für all diejenigen, die darauf reinfallen, ist *caveat emptor,* wie die Römer sagten — paßt auf eure Brieftaschen auf.

Vor mehr als 20 Jahren griffen wir auf Lenins Terminus „politische Banditen" zurück, um die Workers League und ihre „Internationale" zu beschreiben, damals angeführt vom „Gründer-Führer" des IK, Gerry Healy. Im Lauf der Jahre wurde das „politische" Banditentum der Healyisten noch in den Schatten gestellt durch ihre Degeneration zu Gangstern, die für jedermann käuflich waren. Nachdem sie sich jahrelang für Gaddafis Libyen prostituiert hatten, priesen Healy & Co. 1979 den baathistischen Diktator Saddam Hussein im Irak, weil er ein Führer im Kampf gegen den „konterrevolutionären Stalinismus" sei, und bejubelten, daß er 21 Mitglieder der Irakischen Kommunistischen Partei hatte umbringen lassen. Zur gleichen Zeit fotografierten sie Anti-Saddam-Demonstranten in London und übergaben die Fotos der irakischen Botschaft. Damit setzten sie die Demonstranten der Gefahr von Verhaftung, Folter und möglichem Tod aus. In dieser Zeit haben die Healyisten Zehntausende Dollar von dem baathistischen Regime eingesteckt.

Obwohl dies das verabscheuungswürdigste Verbrechen der Healy/North-Leute ist, war es nur eines von vielen, für die sie auf den Lohnlisten von praktisch allen arabischen Scheichs und Diktatoren im Nahen Osten standen (siehe „Healyisten erhielten Kopfgeld", *Spartakist* Nr. 83, Februar, und „Blutgeld des BSA-Führers", *Spartakist* Nr. 85, April).

Als 1985 diese schmutzige Einkommensquelle versiegte, fiel Healys Organisation auseinander, und David North, der Führer der Workers League, erklärte sich selber zum Erben des Chefsessels seines ehemaligen Bosses an der Spitze der angeschlagenen Überbleibsel des Internationalen Komitees. Jetzt, wo es so aussieht, als ob niemand sie bezahlt, was auch immer sie sagen und schreiben, haben die North-Leute einen Schwindel von früher wieder aufgegriffen: sich abstrakt als die angeblich orthodoxen Trotzkisten zu verkaufen, während sie im konkreten immer noch den antisowjetischen Konterrevolutionären hinterherlaufen. Aber dieses neueste Betrugsmanöver flog mit der Konfrontation in Moskau im August auseinander, als Jelzins Gegenputsch die Kräfte für eine Wiederherstellung des Kapitalismus an die Macht brachte, die die *Neue Arbeiterpresse* immer beschönigt hatte.

Die augenblickliche Pose von North & Co. als die Verteidiger der Errungenschaften der Oktoberrevolution ist ein so offensichtlicher Betrug, daß sie ihn nicht einmal selber auf die Reihe bekommen.

Healyistische Schizophrenie

Die Erklärung des „IKVI" über den Putsch und Jelzins Gegenputsch liest sich so, als ob sie von einem Schizophrenen geschrieben worden ist. Zuerst kommt die Erklärung: „Das Internationale Komitee der Vierten Internationale begrüßt den jämmerlichen Kollaps des stalinistischen Putschs vom 19. August in Moskau". Trotzdem stellt der nächste Absatz fest: „Aber die berechtigte Freude der Arbeiter sowohl in der Sowjetunion als auch international über das Scheitern des Putsches darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß diejenigen, die jetzt die Moskauer Bühne beherrschen, erbitterte Gegner des Sozialismus und rücksichtslose Vertreter der kapitalistischen Restauration sind". Wieder später wird erklärt: „Der Zusammenbruch des Putsches vom 19. August ist ein dicker Nagel im Sarg der stalinistischen Bürokratie". Doch darauf folgt wiederum:

> „Aber jeder verfrühte Jubelgesang auf Seiten der Arbeiterklasse wäre vollkommen ungerechtfertigt.
>
> Die Kräfte, die jetzt an der Spitze sind, sind die skrupellosesten und wütendsten Feinde der Arbeiterklasse. Ihr Ziel ist kein geringeres als der Ausverkauf aller Reichtümer der Sowjetunion und ihre Reduzierung auf einen halbkolonialen Status." *(Neue Arbeiterpresse,* 30. August)

Es sind diese verräterischen „Aber", die sie entlarven. Denn der Zusammenbruch des Putsches, den North & Co. „begrüßen", ist nicht getrennt von, sondern identisch mit dem Sieg jener „Kräfte, die jetzt an der Spitze sind", die, wie sie zugeben, „erbitterte Gegner des Sozialismus" sind und „wütendste Feinde der Arbeiterklasse". Was gibt es also zu begrüßen? Dies ist keine Frage der „Dialektik", die Healy und North so sehr diskreditiert haben, sondern das Hakenschlagen von Opportunisten, die in ihre eigene Falle gegangen sind. Sie wollen Teil der Jelzin-Massen auf den Barrikaden sein, während sie vor Jelzin als Vorkämpfer des Kapitalismus warnen. Während viele stalinophobe Pseudotrotzkisten das Dilemma dadurch lösen, daß sie Jelzin zu einem „Demokraten" hochstilisieren, geht North in einer Weise damit um, daß er mit gespaltener Zunge redet.

Der antistalinistische David North stimmt mit Josef Stalin offensichtlich in einem Punkt überein: „Papier ist geduldig."

Seit Jahren haben diese eingeschworenen Stalinophoben die Kreml-Bürokratie als die *einzige* treibende Kraft für die kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR denunziert. So erklärt das Traktat von North aus dem Jahre 1988 über *Perestroika gegen Sozialismus,* „die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Bürokratie in ihrer Beziehung zum Weltimperialismus" seien „die Zerstörung der Planwirtschaft und der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution" und die Wiederherstellung des Kapitalismus. Und noch allgemeiner erklärt er in seinem Wälzer von 1988, *Das Erbe, das wir verteidigen,* „Trotzki hat die stalinistische Bürokratie als ‚konterrevolutionär durch und durch' gebrandmarkt". Diese dumme einseitige Formulierung ist das Banner von allen antisowjetischen Pseudotrotzkisten. Und sie ist eine Lüge.

Leo Trotzki hat nie irgendetwas dieser Art gesagt. Er hat vielmehr in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats" (Oktober 1933) geschrieben: „Wer diese Doppelrolle des Stalinismus in der UdSSR nicht begriffen hat, der hat nichts begriffen." Er bezieht sich hier auf die Position der Bürokratie, die auf dem Kollektiveigentum beruht, das ein Erbe der

Oktoberrevolution ist, und die zur gleichen Zeit versucht, zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu balancieren, wobei sie den Druck des Imperialismus weitergibt, aber gelegentlich auch gezwungen ist, auf ihre bürokratische Art und Weise den Arbeiterstaat zu verteidigen, um ihre Privilegien zu schützen. Trotzki hat wiederholt auf diesem grundlegenden Punkt beharrt, so in der *Verratenen Revolution,* die einen Abschnitt hat mit dem Titel: „Der doppelte Charakter des Arbeiterstaats". Und Trotzki schreibt 1937 in einem Artikel gegen den späteren Renegaten Burnham:

> „Stalins Funktion ist ebenso wie die Funktion Greens [damals Führer des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL] eine doppelte. Stalin dient der Bürokratie und damit auch der Weltbourgeoisie; aber er kann der Bürokratie nicht dienen, ohne das soziale Fundament zu erhalten, das die Bürokratie in ihrem Interesse ausbeutet. Insoweit verteidigt Stalin das nationalisierte Eigentum gegen den Imperialismus und gegen die allzu ungeduldigen und habgierigen Schichten der Bürokratie selbst. Jedoch organisiert er diese Verteidigung mit Methoden, die den Zusammenbruch der gesamten Sowjetgesellschaft vorbereiten. Eben darum muß die Stalinclique gestürzt werden. Aber nur das revolutionäre Proletariat kann sie stürzen. Den Imperialisten kann diese Aufgabe nicht anvertraut werden. Das Proletariat verteidigt die UdSSR trotz Stalin gegen imperialistische Angriffe." („Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?", November 1937)

Es ist wichtig, dies hier wieder zu betonen, denn hinter dem analytischen Betrug von North steckt ein fundamentaler Angriff auf das trotzkistische Programm der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion gegen die Konterrevolution. Und in der Tat, im entscheidenden Moment, angesichts eines direkten konterrevolutionären Ansturms von Kräften, die selbst North mit dem Begriff „Kompradorenbourgeoisie" beschreibt, war der Kern der Argumentation von North „wir waren für die Niederlage dieses Putsches" — *was auch der Kern von Jelzins Linie war.*

Von Walesa bis Jelzin: Zerschlagt die Konterrevolution!

In einem Artikel mit dem Titel „Der Putsch in der Sowjetunion und der kleinbürgerliche Radikalismus" *(Neue Arbeiterpresse,* 4. Oktober) wirft sich der BSA in Pose und geht mit dem Rattenschwanz von Pseudotrotzkisten ins Gericht, die Jelzins Gegenputsch bejubelt hatten. Dann behauptet der BSA, daß die Spartakisten die Putschverschwörer nur deshalb kritisieren, „weil sie vor dem Weißen Haus in Moskau kein Blutbad angerichtet haben wie die chinesischen Stalinisten zwei Jahre zuvor auf dem Tienanmen-Platz in Peking".

Die paar tausend lausigen Yuppies, Spekulanten, russische Nationalisten, darunter Faschisten und Priester, die die jämmerliche Vorhut der Konterrevolution von Jelzin dargestellt haben, zu vergleichen mit den Hunderttausenden von Arbeitern und Studenten, von denen viele explizit prosozialistisch waren, die sich Tag für Tag auf dem Tienanmen-Platz versammelt haben, ist *obszön.* Wie die weniger zweideutigen Wortführer für Jelzin können die North-Leute unsere Stellungnahme nicht ertragen, daß „ein Aufruf an die Moskauer Arbeiter angebracht [war], diesen konterrevolutionären Haufen wegzuräumen". Und für North & Co. wäre das Schlimmste aller Verbrechen ein Block mit einem Teil der Bürokratie, der versucht, gegen die offen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus eintretenden Kräfte den Kampf aufzunehmen. Wie wir in unserer Polemik „Traitors, Not Trotskyists — Cheerleaders for Yeltsin's Counterrevolution" („Verräter, nicht Trotzkisten - Jubelgarde für Jelzins Konterrevolution", *Workers Vanguard* Nr. 535, 27. September) schrieben:

> „Die ‚Achterbande' war mit ihrer jämmerlichen Ausrede für den Putsch nicht in der Lage, Jelzin wegzufegen, weil dies, wie wir geschrieben haben, ein ‚Perestroika-Putsch' war. Aber sowohl der Imperialismus als auch die Kräfte der inneren Konterrevolution standen auf Jelzins Seite. Die Putsch-Verschwörer waren nicht nur unentschlossen, sondern sie wollten nicht die Kräfte freisetzen, die die noch extremeren Konterrevolutionäre hätten besiegen können. Denn das hätte zu einem Bürgerkrieg führen können, wenn die Jelzinisten wirklich Widerstand geleistet hätten. Und bei einem bewaffneten Kampf, wo unverblümte Anhänger einer Wiederherstellung des Kapitalismus aufsässigen Elementen der Bürokratie gegenüberstehen, hätte die Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft auf der Tagesordnung gestanden, was auch immer die Stalinisten vorgehabt hätten. Trotzkisten wären einen militärischen Block eingegangen mit ‚dem thermidorianischen Flügel der Bürokratie gegen einen offenen Angriff der kapitalistischen Konterrevolution', wie Trotzki es im Übergangsprogramm von 1938 postuliert hat. Genau dies war unsere Politik 1981 in bezug auf Jaruzelski."

Und es ist in der Tat gerade das Beispiel von Polen, das hinter der Haltung der North-Leute zum Moskauer Putsch steht. Zu einer Zeit, als die gesamte Linke für „Solidarität mit Solidarnosc" eintrat, versuchte die internationale Spartacist Tendenz vor der internationalen Arbeiterklasse aufzuzeigen, daß Lech Walesa & Co. eine Agentur für CIA und westliche Banken, Ronald Reagan, den Papst und klerikale Nationalisten waren. Sie haben uns zitiert, als ob unsere eindeutige Erklärung ein Skandal sei: *‚Falls die Kreml-Stalinisten in ihrer zwangsläufig brutalen, stumpfsinnigen Weise militärisch intervenieren ... werden wir das unterstützen.* Und wir übernehmen dafür im voraus die Verantwortung. Welche Idiotien und Scheußlichkeiten sie auch begehen werden, wir schrecken nicht vor der Verteidigung der Zerschlagung der Konterrevolution von Solidarnosc zurück" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82). Healy, North und all die anderen reihten sich ein bei den Konterrevolutionären.

Jetzt, wo Solidarnosc-Führer Walesa der kapitalistischen Verelendung von Polen vorsteht, verlassen alle Pseudolinken das sinkende Schiff, einschließlich North. So kritisiert die *Neue Arbeiterpresse* in ihrer Erklärung zum August-Putsch Walesa dafür, daß er ein „pro-imperialistisches Regime" führt, das Polizei und Truppen einsetzt, um Arbeiterstreiks zu zerschlagen. Aber vor zehn Jahren nahmen die North-Leute zusammen mit antikommunistischen polnischen Emigranten und AFL-CIO-Bürokraten an einer Pro-Solidarnosc-Demonstration in Chicago teil, bei der der Gouverneur von Illinois, ein Reagan-Mann, eine Rede hielt. „Massenunterstützung für Solidarnosc" war die Überschrift auf der Titelseite des *Bulletin* (18. Dezember 1981), mit der diese antisowjetische politische Orgie beschrieben wurde. Die *Neue Arbeiterpresse* (19. Dezember 1981) rief „jede Gewerkschaft auf, die polnische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaft .Solidarität' aktiv gegen diesen konterrevolutionären Anschlag zu verteidigen!"

Antisowjetische Nationalisten und Hexenjagd auf die Gewerkschaften

Jetzt, wo die offen für die Wiederherstellung des Kapitalismus eintretenden Kräfte in Rußland und anderen Republiken im Vormarsch sind, bieten sich die North-Leute als Führung an für den Kampf der sowjetischen Arbeiterklasse,

Fortgesetzt auf Seite 18

David North...

Fortsetzung von Seite 17

um „die Umwandlung der Sowjetunion in eine balkanisierte Halbkolonie der Imperialisten aufzuhalten". Welche Dreistigkeit! Der BSA ist der entschiedenste Verfechter jeder Kraft in der Sowjetunion gewesen, die gerade für solch ein Ergebnis gekämpft hat.

Im letzten Jahr engagierten sie sich besonders für die Sache der rechtsradikalen nationalistischen Sajudis-Regierung in Litauen. So wie ganz rechts außen stehende, antikommunistische Elemente der amerikanischen herrschenden Klasse warf die Workers League *sogar Bush* vor, wegen der litauischen Unabhängigkeit keine imperialistischen Sanktionen gegen den sowjetischen Arbeiterstaat verhängt zu haben:

> „Die Ankündigung des Weißen Hauses vom 24. April, daß keine Vergeltungsaktionen gegen Moskau wegen seiner Blockade von Litauen verhängt werden, unterstreicht das bisher nie erreichte Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen Imperialismus und Stalinismus gegen die internationale Arbeiterklasse." *(Bulletin,* 27. April 1990)

Hier wird doch tatsächlich das militant konterrevolutionäre litauische Sajudis-Regime — dessen erste Amtshandlung nach der Gewährung der Unabhängigkeit durch das Jelzin-Gorbatschow-Regime es war, eine Generalamnestie für die einheimischen faschistischen Kollaborateure von Hitler-Deutschland zu erlassen — mit der internationalen Arbeiterklasse identifiziert!

Heute erklären die North-Leute, daß die sowjetische Arbeiterklasse „ihre vollständige Unabhängigkeit von den politischen Zielen des Imperialismus und seinen politischen und wirtschaftlichen Agenten in der Sowjetunion aufrechterhalten muß". Trotzdem bejubelten *Bulletin/Neue Arbeiterpresse* im letzten Frühjahr unkritisch den sowjetischen Kohlebergarbeiterstreik, der von Pro-Jelzin-Führern der neu gebildeten Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter organisiert und manipuliert worden ist, und der forderte, daß die Kontrolle über die Bergwerke und andere Industrieunternehmen von der zentralen Sowjetregierung an das Jelzin-Regime der russischen Republik übertragen werden solle.

Obwohl der Streik ein Ausdruck der verzweifelten wirtschaftlichen Bedingungen war, denen sich die Bergarbeiter ausgesetzt sehen, und ihren wachsenden Haß auf das Gorbatschow-Regime zeigte, warnten wir vor den harten Verfechtern eines Jelzin-Kurses an der Spitze der Bergarbeitergewerkschaft:

> ,j*Diese Leute sind erbitterte Feinde der sowjetischen Arbeiterklasse.* Sie wollen die machtvollen sowjetischen Bergarbeiter als Rammbock benutzen für offen konterrevolutionäre Kräfte, deren Sieg die Zerstörung jeglicher sozialer Errungenschaften bedeuten würde, die die sowjetischen Arbeiter als Ergebnis der kollektiven Wirtschaft haben." („Wohin geht die Sowjetunion?", *Spartakist* Nr. 85, April)

Wir haben darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Führern der neuen Gewerkschaft „beim AFL-CIO keine Unbekannten" sind (so konnte man es in der Zeitung des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes lesen), und in der Tat sind sie in den USA auf Tour gewesen, bezahlt von der Bush-Regierung. Wir haben betont, daß der AFL-CIO berüchtigt ist als eine Agentur für weltweite CIA-Interventionen in die Arbeiterbewegung. Darüber war natürlich von den North-Leuten kein Ton zu hören.

Unter den CIA-Typen, die bei dem Gründungskongreß der russischen Bergarbeitergewerkschaft im Oktober 1990 waren, gab es eine Delegation von der streikbrecherischen „Gewerkschaft der demokratischen Bergarbeiter" (UDM) in Britannien. Von der Thatcher-Regierung und den britischen Bergwerksbossen ins Leben gerufen, um die wirkliche Bergarbeitergewerkschaft während des Kohlestreiks 1984/85 zu zerstören, trat die UDM dort auf, um die von den Imperialisten inszenierte große Lügenkampagne zu plazieren, daß der Führer der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Scargill Gelder „veruntreut" hätte, die von sowjetischen Bergarbeitern während des Streiks gespendet worden waren. Die Bourgeoisie ist an die Decke gegangen wegen dieser internationalistischen Solidarität durch die sowjetischen Arbeiter, die tief in ihre Taschen gegriffen hatten, um dieser erbitterten Klassenschlacht zur Seite zu stehen. Nach Jahren der Verfolgung der Gewerkschaft mußte der britische Staat, nachdem er sogar Gewerkschaftsgelder bei den Banken gestohlen hatte, zum Schluß die Anklagen gegen Scargill einstellen.

Spartakisten, die bei diesem Kongreß der sowjetischen Bergarbeiter anwesend waren, entlarvten diese gegen die Gewerkschaft gerichtete Vendetta. Jetzt sagen die North-Leute nichts über die ganze Affäre. Das kommt nicht gerade überraschend. Es waren ihre eigenen internationalen Führer, in Gerry Healys Workers Revolutionary Party, die 1983 die ursprüngliche antikommunistische Hexenjagd gegen Scargill inszeniert hatten. Kurz vor Beginn des Kohlestreiks versuchte Healys Presse, einen großen Skandal daraus zu machen, daß der Bergarbeiterführer korrekterweise Solidarnosc eine „antisozialistische" Organisation genannt hatte. Dies war eine von den Healyisten bewußt geplante „Bombe", auf die sich Thatcher, ihre Fleet-Street-Medien und die antikommunistischen Gewerkschaftsbürokraten in Britannien sofort mit aller Vehemenz stürzten, um damit jegliche Solidarität mit den Bergarbeitern zu verhindern. Die Healyisten waren auf sich selber so stolz, daß sie darüber sogar eine ganze Broschüre herausgebracht haben.

David North und der „AFL-CIA"

Hier zeigt sich das Zusammentreffen der zwei politischen Hauptmerkmale des Healyismus — rabiater Antisowjetismus und Bauchkriecherei vor den Gewerkschaftsführern des Kalten Krieges. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges brachte die Workers League ein Programm für eine Arbeiterpartei heraus, das weder den Krieg erwähnte noch den Kampf für die Befreiung der Schwarzen in den USA. Und bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 kandidierte der BSA mit einem Programm, das noch nicht einmal eingewanderte Arbeiter, rassistische/faschistische Angriffe oder die Rechte der Frauen erwähnte. Und während sie zwar eine rituelle Kritik an der SPD vorgebracht haben, riefen die North-Leute zur Wahl der SPD-Hexenjäger auf, die als die Speerspitze der kapitalistischen Wiedervereinigung in einem Vierten Reich des deutschen Imperialismus dienten.

Heute hört man vom „IKVI", das von North beherrscht wird, im Rahmen ihres „orthodoxen" Betrugsmanövers ab und an Kritisches über die proimperialistische Gewerkschaftsbürokratie. North behauptet zynisch: „Wir machen keinen Fetisch aus den sogenannten Massenorganisationen mit ihrer Mitgliedschaft, die nur auf dem Papier steht, und ihrem überbevölkerten und überbezahlten bürokratischen Apparat... Der AFL-CIO ist, wie alle anderen Bürokratien dieser Welt, ein Instrument der Imperialisten, das nur zu dem Zweck existiert, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und zu disziplinieren" *(Neue Arbeiterpresse,* 13. September). Er fordert, „kämpft für eine Arbeiterpartei, auf der Basis eines sozialistischen Programms", und er erklärt sogar, daß eine solche Partei nicht „eine Art sozialdemokratischer Partei unter der Schirmherrschaft des AFL-CIO" sein darf. Ganz schön den Mund vollgenommen, wenn es von der Workers League kommt, die seit Jahren routinemäßig die gleichen Ausverkaufs-Bürokraten des AFL-CIO aufgefordert hat, alles mögliche anzuführen, selbst Generalstreiks.

So verlangten die North-Leute während des Iran-Contragate-Skandals in der Tat, „der AFL-CIO [muß] seine eigene unabhängige Untersuchung durchführen über die illegalen Aktivitäten des Weißen Hauses und die direkten Gefahren, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergeben" („Labor Must Act on Iran-Contra Crisis" [Die Arbeiterbewegung muß handeln angesichts der Iran-Contra-Krise], Januar 1987). Dies läuft darauf hinaus, den CIA aufzufordern, sich selbst zu untersuchen! Die Führer des AFL-CIO waren nicht weniger in die Kriegsverbrechen der USA in Zentralamerika verstrickt als die Typen im Keller des Weißen Hauses. Lane Kirkland (der Vorsitzende des AFL-CIO) war ein Mitglied der Rockefeller-Kommission, deren Aufgabe es war, die Killerkommando-Aktivitäten der CIA für die Regierung Ford 1975 weißzuwaschen. Kirkland war ein Mitglied der Kissinger-Kommission, die Reagan freie Hand gab, die Contra-Terroristen in Nicaragua zu unterstützen. Er ist ein Mitglied der Nationalen Stiftung für Demokratie, die geschaffen wurde, um der mit Hilfe von CIA-Geldern durchgeführten Subversion einen Deckmantel von Legitimität zu geben. Und der AFL-CIO hat jahrelang als Deckmantel für CIA-„Gewerkschafts"aktivitäten gedient durch sein „Amerikanisches Institut für freie Gewerkschaftsentfaltung" in Lateinamerika und mit ähnlichen Einrichtungen anderswo.

„Demokratischer" Deckmantel für imperialistischen Krieg

Die Heuchelei ist atemberaubend, aber wahrlich nichts Neues für den sinistren David North, der einer der wichtigsten Urheber war bei der healyistischen Verleumdungskampagne unter dem Titel „Sicherheit und die Vierte Internationale" gegen die amerikanische reformistische Socialist Workers Party (SWP), sie sei von Polizeiagenten durchsetzt und beherrscht. Erst vor kurzem hat North vom kapitalistischen Staat gefordert, das SWP-Mitglied Mark Curtis ins Gefängnis zu bringen, wobei er AFL-CIO-Bürokraten dazu gebracht hat, diese schändlichen Machenschaften zu unterstützen. Als Teil seiner augenblicklichen pseudoorthodoxen Masche dreht er die Köpfe seiner Mitglieder durch eine weitere healyistische Mangel, im Rahmen einer Kampagne für eine „Internationale Konferenz gegen imperialistischen Krieg und Kolonialismus", die in diesem Monat in Berlin stattfinden soll.

Dies ist wirklich ein origineller Name für eine Konferenz dieses Haufens. Als die wahnsinnigen Bomber der US-Imperialisten den Irak in Schutt und Asche gelegt haben, war die zentrale Forderung der North-Leute ein „nationales Referendum über den Golf-Krieg, an dem alle Arbeiter und wahlfähigen Jugendlichen teilnehmen könnten" *(Bulletin*, 30. November 1990). Wir haben darauf hingewiesen (und vielleicht konnten Mitglieder von Norths Workers League dies selber herausfinden), wie dies auf eine *„demokratische" Unterstützung für den imperialistischen Krieg* hinauslief:

> „Bei der rot-weiß-blauen .Antikriegsdemonstration in Washington, D.C. am 26. Januar marschierten die North-Leute unter einem Banner, auf dem stand: ‚Stoppt den Krieg gegen Irak — Laßt das Volk über den Krieg abstimmen.' Dies ist schlimmer als der elendigste Sozialpazifismus, denn sie appellieren an die imperialistischen Schlächter, ihrem völkermörderischen Krieg gegen das irakische Volk eine .demokratischere' Fassade zu geben. Zu der Zeit *unterstützte* das amerikanische ‚Volk' in seiner überwältigenden Mehrheit Bushs Krieg!" *(Workers Vanguard* Nr. 523, 29. März)

Norths Versuch, Trotzki ins Feld zu führen zur Verteidigung dieses *sozialpatriotischen* Tricks, ist eine Verleumdung des bolschewistischen Führers, der konsequent für *Klassenkampf* gegen imperialistischen Krieg gekämpft hat. Während das „IKVI" seine Linie an den Mann zu bringen versucht hat, marschierte die Spartacist League/U.S, unter dem Banner „Für die Niederlage des US-Imperialismus! Verteidigt den Irak!", und die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpften für politische Arbeiterstreiks gegen den Krieg.

Deshalb ist unser Rat an jeden, der vielleicht auf das jüngste Betrugsmanöver von North hereingefallen ist, sich sorgfältig anzuschauen, was die Geschichte dieser dubiosen Tendenz ist, die mehr als *eine Million britische Pfund* von arabischen bürgerlichen Regimen angenommen hat; die den Führer der britischen Bergarbeitergewerkschaft der Verfolgung durch den Klassenfeind ausgesetzt hat; die systematisch die kapitalistischen Polizisten und Gerichte gegen ihre linken Opponenten eingesetzt hat; die die Hinrichtung von irakischen Arbeitern bejubelt hat, und die die Opponenten des baathistischen Regimes verpfiffen und sie damit blutiger Repression ausgesetzt hat; die den feudalistischen Ajatollah Khomeini und Walesas Solidarnosc bejubelt hat, „die einzige Gewerkschaft, die Ronald Reagan je geliebt hat"; die faschistische litauische Nationalisten unterstützt hat und „Gewerkschafts"irreführer aus dem Jelzin-Lager, die vom „AFL-CIA" gekauft sind; die Speichellecker der AFL-CIO-Bürokratie in Amerika und der Sozialdemokraten des Vierten Reichs in Deutschland waren ... schaut euch all dies sorgfältig an und versteht, daß die schleimige Realität der North-Leute nicht nur das ist, was man auf dem Papier lesen kann. Diese Leute sind in der Lage, buchstäblich *alles* zu sagen und zu tun.»

Streiks...

Fortsetzung von Seite 9

Seit dem kämpferischen Eisenbahnerstreik vor fünf Jahren ist es bei Streiks in Frankreich oft zur Bildung von Streik-Koordinierungskomitees gekommen, wie zum Beispiel beim derzeitigen Schwesternstreik. Die französischen Arbeiter haben berechtigtes Mißtrauen gegenüber den reformistischen Gewerkschaftsführungen, die sie zur Unterstützung von Mitterrand gebracht haben. Wie Lenin jedoch in seinem klassischen Werk *Was tun?* erklärte, kann die spontane Organisation der Arbeiter allein nicht das Problem der Führung lösen.

Die Krise der revolutionären Führung

Im Zusammenhang dieses Streiks wurde glasklar gezeigt, wie der Stalinismus und die Sozialdemokratie selbst die elementarsten Kämpfe der Arbeiter sabotieren. Das Transparent der Ligue Trotskyste auf der Pariser Demonstration während des eintägigen Generalstreiks am 24. Oktober forderte: „Brecht mit Mitterrand! Für einen Mai '68, der zum Sieg führt!" Wie das *Le-Bolchevik-Extra* vom 19. Oktober erklärte:

> „Die Mitterrand-Regierung steckt in einer verzweifelten Klemme, verteidigt aber die Interessen des Kapitalismus mit Zähnen und Klauen. Jeder konsequente Arbeiterkampf wird zu einem politischen Kampf, der nach einer klassenkämpferischen Führung schreit. Um zu gewinnen, müssen Kämpfer in der Arbeiterklasse die Bürokraten loswerden, die durch die Klassenzusammenarbeit völlig korrumpiert sind, um eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Eine derartige Partei wird für eine Arbeiterregierung kämpfen, um die Kapitalisten zu enteignen und ein für alle Mal dieses Gesellschaftssystem zu beseitigen, das den enormen Reichtum, der von den Arbeitern produziert wurde, in Elend verwandelt.".

Stalinophobe werden stalinophil? - Keineswegs!

Die BT schreibt die Sowjetunion ab

Seit nunmehr fast zehn Jahren macht die selbsternannte „Bolschewistische Tendenz" (BT), die jetzt in Deutschland als Gruppe Spartakus (GS) auftritt, ein großes Geschrei über die „Stalinophilie" der Spartakisten. Dies diente als Allzweckalibi für diese zusammengewürfelte Ansammlung von enttäuschten Ex-Mitgliedern ohne jegliches politisches Rückgrat, von denen die meisten Anfang der 80er Jahre aus unserer Organisation ausgetreten sind, als die Frage der Verteidigung der Sowjetunion gegen den verschärften imperialistischen Kreuzzug im Kalten Krieg knallhart gestellt wurde.

Angesichts unserer Forderung „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" schreckten die BTler/GSler zurück und jammerten, daß unsere Stellungnahme für die militärische Unterstützung einer möglichen sowjetischen Intervention in Polen der Beleg für unsere „prostalinistische" Degeneration sei. In ähnlicher Weise kamen sie auch mit unserer Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" nicht zurecht, obwohl sie beinahe zehn Jahre brauchten, bis sie dies zugaben. Aber dann brachten sie klar zum Ausdruck, was immer ihre Position gewesen war, als sie behaupteten, „Trotzkisten bejubeln nie die stalinistischen Verräter oder ihren Staat". Als Feigenblatt für diese kraß Stalinophobe Linie forderten sie den „militärischen Sieg" für die Rote Armee ... und zwar gerade in dem Augenblick, als Gorbatschow die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzog!

Man kann sich deshalb das ungläubige Staunen unserer Genossen vorstellen, als BTler uns vorwarfen, daß wir vor dem Antisowjetismus des „Dritten Lagers" kapituliert hätten, weil wir dem impotenten Putsch einer Handvoll zögerlicher Gorbatschowisten aus der Kremlbürokratie keine „militärische Unterstützung" gegeben haben. Bei einer Veranstaltung unserer Genossen der Trotskyist League of Canada mit dem Titel: „Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush in der UdSSR!" am 11. September behaupteten BTler, daß der Putsch ein Versuch von „einem Teil der schnell zerfallenden stalinistischen Bürokratie" gewesen sei, „gegen die Hauptkräfte der kapitalistischen Restauration loszuschlagen". Was für ein „Schlag"! Es ist schon komisch, daß die Putschisten Jelzin kein einziges Haar gekrümmt haben ... oder auch nur seiner Telefonverbindung mit Bushs Bunker in seiner Ferienresidenz Kennebunkport.

Seit Jahren ist die BT/GS über uns hergezogen, weil wir sowjetische Kräfte unterstützten, die tatsächlich militärisch für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution eingetreten sind, wie die Rote Armee in Afghanistan. Dann tönten sie großmäulig, man müsse „alle Flügel der Bürokratie" vollständig zerschlagen. Und jetzt greifen sie uns an, weil wir nicht „bereit seien, einen militärischen Block mit den Stalinisten einzugehen". Wie kommt's?

Von Anfang an war die BT/GS besessen von einer Feindseligkeit gegen die Organisation, aus der sie ausgetreten sind, und dabei war ihnen jedes Mittel recht. Während sie lauthals unsere vollständige „Degeneration" und „Irrelevanz" verkünden, ist dennoch ein Großteil ihrer Zeit, Aufmerksamkeit und Publikationen einzig dem Zweck gewidmet, unsere Organisation in den Schmutz zu ziehen. Aber hinter ihrer augenblicklichen Denunziation der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), weil wir den Putsch in der Sowjetunion nicht unterstützt haben, steckt mehr als diese übliche verrückte Methode.

Hinter der dünnen Fassade ihrer hinterher ausgesprochenen Unterstützung für den Putsch hat die BT/GS in dem Flop der „Achterbande, die nicht mal geradeaus schießen konnte", die langersehnte Gelegenheit gefunden, sich von der Sowjetunion abzusetzen — etwas, was sie schon seit Jahren tun wollte. Bei unserer Veranstaltung in Toronto erklärte einer der Wortführer der BT, „die Niederlage des Putsches und die Nachbeben dieses Putsches repräsentieren eine qualitative Umwandlung... Dies ist eine bürgerliche Staatsmacht im Embryo-Stadium, die sich zu konsolidieren versucht".

Und am 15. September, einen Monat nach dem Putsch/ Gegenputsch verbreitete die GS eine Erklärung, die definitiv den „Sieg der Konterrevolution in der UdSSR konstatiert". Der Fehlschlag des Putsches, sagen sie, bedeute, „das wichtigste organisierte Hindernis für die Konsolidierung eines bürgerlichen Staates ist beseitigt worden". Damit schreiben sie die sowjetische Arbeiterklasse als eine Kraft gegen die kapitalistische Restauration einfach ab. Die BT behauptet, daß die gorbatschowistischen Anführer des Putsches (von ihnen zu „Hardlinern" stilisiert) „das Staatseigentum an den Produktionsmitteln" verteidigt hätten - und dies trotz der expliziten entgegengesetzten Erklärungen des Putschkomitees. Und zu Jelzins Griff nach der Macht erklären sie, die sowjetischen Militärs seien von nun an „.Formationen bewaffneter Menschen' ... die den Zielen der westlichen Kapitalisten und ihren internen Verbündeten verpflichtet sind". Damit schreiben sie jeden Soldaten und Offizier der sowjetischen Armee als repressiven Agenten des Kapitals ab.

Genauso erklärten die BTler bei einer öffentlichen Veranstaltung der Spartakist-Arbeiterpartei in Berlin, daß der Arbeiterstaat in der Sowjetunion gefallen und durch einen neuen „schwachen" bürgerlichen Staat ersetzt worden sei. Aber während es einen proimperialistischen Gegenputsch an der Spitze gab, der die stalinistische Bürokratie enthauptet hat, muß die Konterrevolution noch einen weiten Weg zurücklegen, um den viele Millionen starken Staatsapparat zu zerschlagen, der mit dem Kollektiveigentum verbunden ist, und um einen bürgerlichen Staat zu schaffen - einschließlich eines zuverlässigen Militärs, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen.

Selbst die CIA ist über den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion weniger optimistisch als die BT. Bei einer Befragung vor dem Kongreß beschrieb der ehemalige stellvertretende Direktor der CIA, Bobby Inman, die augenblickliche Situation als eine umgekehrte „Kerenski-Periode". „Ich glaube, der fehlgeschlagene Putsch war wie 1917 — als der Zar abgelöst wurde, 1918 liegt noch vor uns. Wir wissen nicht, was sich aus diesen nächsten sechs oder neun Monaten entwickeln wird." Während die BT kapituliert, wenden wir von der IKL uns an die sowjetischen Arbeiter mit einem Programm zur Schmiedung einer authentisch trotzkistischen Partei, um die aufsteigenden konterrevolutionären Kräfte zu besiegen.

Der „Perestroika-Putsch"

Sicherlich hätte jeder ernsthafte Gegner einer kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR sich lange und sorgfältig umgeschaut, um zu entscheiden, ob es eine Basis gibt, dem Putsch militärische Unterstützung gegen die offenen Konterrevolutionäre aus Jelzins Lager zu geben. Aber was hätte man denn „militärisch" unterstützen sollen? Die Anführer des Putsches, allesamt von Gorbatschow ernannt, hatten noch nicht einmal das Militär hinter sich, und sie



Der Spiegel

Bolschewistische Tendenz unterstützt im Nachhinein den vermasselten „Perestroika-Putsch" der Achterbande

hatten ganz gewiß nicht vor, die Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zu mobilisieren. Wie wir im September in *Spartakist* Nr. 89 schrieben:

> „Der Putsch kam nicht so sehr vom Militär, das sich zum größten Teil raushielt, sondern von hochrangigen Verwaltungs- und Parteibonzen des Zentralapparats, deren bürokratische Pfründe bedroht waren. Ihr erklärtes Programm war das Kriegsrecht, das die UdSSR vor dem Auseinanderbrechen bewahren sollte, was hinausläuft auf Perestroika minus Glasnost: Einführung des Marktes, nur nicht so schnell, und Maulhalten."

Unsere Haltung faßten wir folgendermaßen zusammen: „Jeder klassenbewußte sowjetische Arbeiter, der die dringende Notwendigkeit sah, die Kräfte der kapitalistischen Restauration aufzuhalten, wäre sicherlich gegen Jelzin gewesen, aber kritisch gegenüber dem Putsch — dieser wollte nicht Jelzin stoppen und war daher zum Scheitern verurteilt."

Ein sowjetischer Arbeiter schickte an unsere Genossen in Moskau ein Flugblatt, geschrieben in den ersten Stunden, nachdem er vom Ausnahmezustand gehört hatte, in dem er an die Arbeiterklasse appellierte, der Putsch müsse gesehen werden „als eine Basis für die Vereinigung der Arbeiterbewegung zum Kampf gegen liberal-bürgerliche heuchlerische Verteidiger der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR". Man kann sicherlich den Impuls anerkennen. Er wollte das „Notstandskomitee" benutzen, um die Arbeiter gegen die Konterrevolution zu mobilisieren, aber es gab nichts, an das man sich hätte halten können. Bei seiner Pressekonferenz gelobte das Putschkomitee, die Marktreformen weiterzuführen und alle Ausverkäufe Gorbatschows an den Imperialismus einzuhalten, und befahl den Arbeitern, zu Hause zu bleiben.

Die BT allerdings denunziert uns im nachhinein und in voller Kenntnis der Pro-Perestroika-Politik der Putschführer dafür, daß wir nicht Position ergriffen haben für diesen Stümperhaufen, und behauptet, wir hätten gesagt, „beide Seiten sind gleich schlecht". Sie verschweigt zynisch unsere explizite Position, daß es für Moskauer Arbeiter nötig gewesen wäre, den konterrevolutionären Haufen von Yuppies, Faschisten, Pfaffen und anderen russischen Nationalisten vor Jelzins Hauptquartier wegzuräumen. Die BT fordert die Unterstützung von Janajew, Pawlow & Co. ... ohne auch nur einen Ton über die Mobilisierung der Arbeiterklasse zu verlieren! Während der vermurkste Putsch und Jelzins Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR Tür und Tor geöffnet haben, wird das sowjetische Proletariat erst noch von sich hören lassen. Die Frage, welche Klasse herrschen soll, stellt sich unmittelbar, aber sie ist noch nicht entschieden.

Was also steht wirklich hinter der Position der BT, dem Putsch militärische Unterstützung zu geben, eine Position, die man nur als stalinophil bezeichnen kann? Nebenbei gesagt ist dies nicht das einzige Beispiel: Bis heute verteidigt einer der BT-Führer, Howard Keylor, die stalinistische Lüge, daß die imperialistischen Alliierten einen „demokratischen" Krieg gegen den Faschismus geführt hätten. Die Verbeugungen der BT vor dem Kreml-Putsch sind nicht ernst zu nehmen, sie sind nur eine bequeme Art und Weise für sie, die Last der Verteidigung der Sowjetunion loszuwerden.

Phobien und Sympathien der BT/GS

An und für sich bedeutet der Zusammenbruch der Kreml-Stalinisten nicht, daß der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat zerstört worden ist. Mit ihrer Position, daß der Fehlschlag des Putsches mit dem Sieg der Konterrevolution gleichzusetzen sei, plappert die BT die stalinistische Lüge nach, die die Existenz des Arbeiterstaats mit der Weiterführung der Herrschaft der parasitären nationalistischen Bürokratie gleichsetzt. Trotzki hat die methodologische Übereinstimmung zwischen der Ideologie der stalinistischen Bürokratie und dem Antisowjetismus des „Dritten Lagers" in einer Polemik gegen Max Shachtman klargelegt:

> „Shachtman überprüft nicht nur die heutige Politik der Vierten Internationale, sondern auch die in der Vergangenheit. Da wir ja gegen Stalin sind, müssen wir auch gegen die UdSSR sein. Stalin ist schon lange dieser Meinung. Shachtman erst seit kurzem. Aus dieser Verwer-

Fortgesetzt auf Seite 22

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022
Rostock	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

BT...

Fortsetzung von Seite 21

> fung der Politik des Kremls entspringt vollständiger und unteilbarer Defaitismus." („Von einer Schramme - zur Gefahr der Knochenfäule", Januar 1940)

Aus der zynischen Position der BT zur militärischen Unterstützung des Putsches entspringt ein vollständiger Defätismus gegenüber der Fähigkeit und dem Willen des sowjetischen Proletariats, sich gegen die Konterrevolution mobilisieren zu lassen.

Trotzkismus gegen Antisowjetismus

Während die BT schnell dabei war, den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion zu verkünden, hat sie sich gar nicht damit anfreunden können, daß wir Helmut Kohls wiedervereinigtes Deutschland als „Viertes Reich" bezeichnen. Trotz der Tatsache, daß Kohls Regime der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs ist, der praktisch den gesamten Staatsapparat und den Rest der führenden Köpfe der herrschenden Klasse unter Konrad Adenauers Renazifizierungsprogramm übernommen hat, behauptet die BT, daß unsere Benutzung der Bezeichnung „Viertes Reich" „hysterische" Propaganda sei. Wir können der BT versichern, daß die Arbeiterklasse in Ostdeutschland und in den Ländern, die im Osten an Kohls neues Reich angrenzen, ihren rührenden Kinderglauben an die demokratischen Referenzen des deutschen Imperialismus nicht teilen.

Und wie steht es mit ihrer Erklärung, sie hätten auf der Seite der Führer des Kremlputsches gestanden? Die BT hat uns dafür angegriffen, daß wir gesagt haben, daß die sowjetischen Truppen in der DDR als Bollwerk gegen den NATO-Imperialismus standen. Indem sie den Klassenunterschied zwischen der Roten Armee und der Bundeswehr verschwinden lassen, haben sie, wie die Sozialdemokraten, die sowjetischen Streitkräfte in der DDR als eine „Besatzungs"armee beschrieben, die dort sei, um die „Herrschaft der stalinistischen Parteien über die Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten". Während der Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten für den Golfkrieg griff uns die BT als „Möchtegernstellvertreter" des Kreml an, weil wir sehr früh die Sowjetunion aufgefordert haben, ihr Waffenembargo gegen den Irak aufzuheben.

Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, dem Ausverkauf der DDR (siehe dazu *Spartakist* Nr. 87, Juni, „**Antispartakisten** im Sog der Sozialdemokratie") und dem Waffenembargo gegen ihren früheren Verbündeten Irak haben die Anstrengungen der bankrotten Kreml-Stalinisten, den Imperialismus zu besänftigen, der konterrevolutionären Welle den Weg bereitet, die jetzt über die Sowjetunion hinwegfegt. In jedem einzelnen Fall hat uns die BT dafür angegriffen, daß wir konkret zur militärischen Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gestanden haben.

Angesichts der Kampagne der Imperialisten zur Zerschlagung der DDR schreckte die BT zurück bei unserer Forderung: „Verteidigt die Errungenschaften unseres Arbeiterstaats!" Sie schrieben, daß die Werktätigen niemals einen deformierten Arbeiterstaat als „ihren" ansehen könnten. Dies steht in völligem Gegensatz zu Trotzkis Haltung. Wie er in seiner Schrift „The Soviet Economy in Danger" („Die Sowjetwirtschaft in Gefahr", Oktober 1932) geschrieben hat:

> „Wir akzeptieren den Arbeiterstaat, so wie er ist, und wir behaupten: ‚Dies ist unser Staat'. Trotz seines Erbes von Rückständigkeit, trotz Hunger und Trägheit, trotz der Fehler der Bürokratie und sogar Scheußlichkeiten müssen die Arbeiter in aller Welt ihr zukünftiges sozialistisches Vaterland, das dieser Staat repräsentiert, mit aller Kraft verteidigen."

Heute versuchen wir mit allem Nachdruck das sowjetische Proletariat und die internationale Arbeiterklasse gegen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution zu mobilisieren, die schon vehement dabei sind, jede Errungenschaft des ersten Arbeiterstaats der Welt zu zerschlagen. Die BT, die, von ganz anderen Triebkräften angetrieben, sich in fremdem Klassenmilieu herumtreibt, bietet ihre verspäteten Sympathien dem Leichnam der Kreml-Stalinisten an und schreibt die Sowjetunion als verloren ab.

Nach Workers Vanguard *Nr. 555, 27. September*

Ayhan Öztürk...

Fortsetzung von Seite 24

vier Monate ins Gefängnis geworfen. Zwar wurde er schon in der ersten Instanz freigesprochen, doch der ehemalige Republikaner-Führer und Nazi-Anwalt Carsten Pagel legte Berufung ein mit der Behauptung, der Freispruch eines Opfers rassistischer Gewalt sei ein „Aufruf zur Gewalt". Um die rassistische Atmosphäre des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus noch mehr anzuheizen, schrieb der *Berliner Kurier* ein Jahr später in einer Goebbels-Schlagzeile: „Berlin: Ausländerhaß — der erste Tote"; gemeint war der Republikaner-Skinhead! Doch Ayhan mußte ein zweites Mal freigesprochen werden von einer Richterin, die sagte, daß die Skinheads „unglaublich gelogen" hätten, und „im Notfall liegt das Risiko beim Angreifer" *(taz,* 17. Oktober).

Am 13. November starb der Jugendliche Mete Eksi nach fast dreiwöchigem Koma. Er ist hier aufgewachsen, aber als Sohn türkischer Eltern. Deshalb wurde er das Opfer eines faschistischen Überfalls auf dem Berliner Kudamm. Zwei Tage später gingen fast 10000 Menschen, hauptsächlich Immigranten, gegen diesen rassistischen Mord auf die Straße. Viele Frauen und Familien waren darunter, und fast die gesamte türkische und kurdische Linke war vertreten.

Die SpAD nahm mit der Losung „Die Arbeiterklasse wird Mete Eksi und Ufuk Sahin rächen!" teil und forderte volle Staatsbürgerrechte für Immigranten. Wir verkauften fast 300 *Spartakist* und verteilten 1500 Flugblätter zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit. Die Vertreter der deutschen rassistischen Volksfront und ihre „linken" Trabanten, die vor einer Woche in Berlin vor über 50000 Menschen ihre „Solidarität" bekundeten, ließen sich bei dieser eindrucksvollen Demonstration nicht blicken.

Wie so oft in Berlin, wenn viele Immigranten an einem Protest teilnehmen, überfielen die Bullen (deren Verbindung zu den Republikanern gul bekannt ist) am Schluß brutal die Demonstranten und verletzten ein Kind. Anfang November war in Kreuzberg eine türkische Familie von den Bullen unter den Rufen „Wir werden euch ausrotten, ihr Scheiß-Kanaken" zusammengeschlagen worden.

Ayhan hat einen wichtigen Sieg errungen, auch für die fast zehntausend Demonstranten, die für Mete Eksi und alle anderen Opfer der Nazis auf der Straße waren. Ayhan ist ein Held, und viele betrachten ihn als solchen. Viele Jugendliche tragen T-Shirts mit „Ayhan did the right thing", die von den Revolutionären Kommunisten (BRD) vertrieben werden. Aber diese Gruppe vertritt eine *Strategie* von vereinzelten Straßenscharmützeln mit Faschisten und Polizei, die zu tragischen Opfern unter den antifaschistischen Jugendlichen führt und die Nazis nicht stoppen kann. Mit dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda hat der Nazi-Terror eine neue Qualität erreicht. Nur durch die Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiter mit ihrem wichtigen Bestandteil von

Immigranten können wir die Faschisten zerschlagen. Das ist das Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Ayhan tat, was notwendig war. Wir sind froh, daß er es geschafft hat, sich zu verteidigen, auf der Straße und im Gerichtssaal. Aber Antifaschisten können sich nicht auf Glück oder Gerichtsentscheidungen verlassen. Es gibt Hunderte solcher Fälle, bei denen Nazis, die auf der Straße verloren haben, ihre eigentlichen Opfer vors Gericht zerren (siehe Seite 24).

Seit Ayhans Sieg führen die Sozialdemokraten und CDUler eine Antiwaffen-Kampagne in Berliner Schulen durch, gerichtet gegen Schüler, die Ayhan unterstützen und sich organisieren, um sich gegen Nazis zu verteidigen. Strikte Antiwaffen-Gesetze werden mit antimilitaristischer Rhetorik verteidigt, doch wo Waffen illegal sind, sind sie nur im Besitz der faschistischen Verbrecher und der Bullen. Die Reichen haben ihre Waffenvereine, die kleinbürgerlichen Ladenbesitzer haben legale Waffen, Kriminelle und Faschisten bekommen auf der Straße, was sie brauchen. Wir fordern das Recht für alle Werktätigen, sich gegen Faschisten zu bewaffnen.

Massive Arbeitslosigkeit als Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR bildet heute den sozialen Zündstoff für die faschistischen Banden. Immigranten sehen sich nicht nur Straßenterror gegenüber, sondern auch staatlichem Terror durch die Kohl-Bande und ihre treue Opposition von SPD bis PDS. Das neue „Ausländergesetz" bedeutet sogar für in Deutschland geborene arbeitslose Türken und Kurden die Gefahr, verschleppt zu werden und in Konzentrationslagern zu landen, wo sie faschistische Pogrome wie in Hoyerswerda und Deportation fürchten müssen.

Die Immigranten, besonders mit türkischer und kurdischer Abstammung, machen in der Industrie einen großen Teil der Arbeiterschaft aus, wie zum Beispiel in der Autoindustrie, bei Stahl und Bergbau. Das bedeutet soziale Macht. Fast jeder jugendliche antifaschistische Aktivist mit einem Ayhan-T-Shirt hat Brüder, Mutter oder Onkel in der Industrie. Diese Macht, die organisierte Arbeitermacht, kann Immigranten und Flüchtlinge verteidigen und die Faschisten von der Straße fegen, und integrierte Klassenkampfaktion gegen Arbeitslosigkeit kann die soziale Basis der Faschisten zerstören. •



Ghost/Berliner Zeitung

Berlin, 20. Oktober: 1000 Vietnamesen und andere protestieren gegen Nazi-Überfälle, bejubeln Ayhans Sieg

Moabit...

Fortsetzung von Seite 24

die Provokationen des Ku Klux Klan und der Nazi-Skinheads stoppte. Als die TLD-Unterstützer und andere Gäste rausgingen, um sich zu schützen, wurden sie gewalttätig von den Republikanern angegriffen, ein Braunhemd zog eine Pistole (die sich später als Gaspistole herausstellte). Jetzt sind es die Opfer, die vor Gericht stehen.

Mit einer Provokation gegen die Antifaschisten begann auch der Prozeß am 24. Mai 1991, als der Haupt„zeuge" Pagel mit einem Leibgarde-Trupp, der sich später als Polizisten in Zivil entpuppte, durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist. Richterin Müller verteidigte diese Provokation als eine Maßnahme des „persönlichen Schutzes" für den Faschisten und weigerte sich, die Identität der Leibwache bekanntzugeben — damit enthüllte sie, daß sie die Antifaschisten bereits für schuldig befand. Um die Unterstützer von Dahlhaus und Philippsen rauszuhalten, verweigerte sie es auch, in einen größeren Gerichtssaal auszuweichen.

Die Anwälte von Michael und Renate haben Einstellungsanträge gestellt. Aber wir vertrauen nicht auf die Justiz des Vierten Reichs. Was in dem Fall der Antifaschisten von Moabit auf dem Spiel steht, ist das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderen Minderheiten, sich gegen faschistische Angriffe zu verteidigen.

Deshalb brauchen wir jetzt, wie am 24. Mai und zum Prozeß von Ayhan Öztürk und anderen Antifaschisten, machtvolle Demonstrationen der organisierten Arbeiterbewegung, Linken und Minderheiten. Auf der Kundgebung am 24. Mai, die breit unterstützt wurde, protestierten kurdische, vietnamesische und iranische Immigranten, antifaschistische Veteranen, 20 Schüler und eine Delegation von Antifaschisten aus Halle, Vertreter von Halkevi, Kurtulus, der autonomen iranischen Frauenbewegung, von Rizgari, der PDS, der Antifa Treptow, der KPD *(Roter Morgen},* der autonomen Kommunisten zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) und der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Andrej Hermlin vom PDS-Landesvorstand stellte fest: „Es wäre schon eine bittere Geschichte, wenn sich Nazis vor Gericht durchsetzen als die wahren Schuldigen gegen die Unschuldigen. Das darf nicht sein."

Heute rufen wir wieder alle Gruppen und Antifaschisten auf: Kommt auch jetzt zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit! Kommt zahlreich!«

Unterstützt die Antifaschisten von Moabit

Protestiert gegen die bedrohliche Provokation! Fordert die sofortige Einstellung der Verfahren. Fragt nach Unterstützung bei euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen, in euren Organisationen. Schickt Telefaxe, Telegramme oder Briefe an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21, Fax (Westberlin) 39 79-2010. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an: Komitee für die Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286, 2000 Hamburg 11. Spendet auf das Konto Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, Konto-Nr. 1348267, BLZ20040000.

SPARTAKIST

Freispruch für Ayhan Öztürk: Sieg für alle Nazigegner!

BERLIN — Auf der Fahrt von Marzahn zu einer Disco verteidigte der 22jährige türkische Arbeiter Ayhan Öztürk im November 1990 in der S-Bahn sein Leben und das Leben seiner Freunde gegen einen bewaffneten Angriff eines Nazi-Skinhead-Republikaner-Haufens. Die Faschisten schrien „Heil Hitler", „Ausländer raus", „Deutschland den Deutschen" und beschimpften „Weiber, die sich mit K... rumtreiben", während sie bedrohlich mit ihren Gaspistolen herumfuchtelten - mörderische rassistische Skinheads, die verrückt wurden beim Anblick einer integrierten Gruppe von deutschen Frauen und türkischen Männern. Doch diesmal war es ein Skinhead, der tot liegenblieb. In der letzten Instanz und nach fast einem Jahr wurde Ayhan Öztürk im Oktober vom Gericht freigesprochen. Dies ist ein Sieg für alle Antifaschisten!

Obwohl es ein klarer Fall von Selbstverteidigung war, wurde Ayhan zuerst wegen Totschlags angeklagt und für

Fortgesetzt auf Seite 22

Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit!

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat den Banden von Sturmtruppen und Nazi/Skinhead-Schlägern einen enormen Auftrieb gegeben. Am 4. Dezember 1991 wird im Amtsgericht Tiergarten erneut ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten stattfinden. Weil sie sich selbst und andere gegen den Berliner Nazi-Führer Carsten Pagel und eine Bande bewaffneter Faschisten verteidigt haben, stehen SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus und SpAD-Unterstützer Michael Philippsen vor Gericht.

Pagel ist als Berliner Landes„führer" der Republikaner von allen Funktionen zurückgetreten, damit seine Schar brauner Kameraden die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" gründen konnte — diesen Faschisten ist noch die Nazi-Partei der Reps nicht rechts genug! Die gleiche „Republikaner"partei besuchte den kroatischen Präsidenten Tudjman in Zagreb, der das klerikal-faschistische Ustascha-Regime im Zweiten Weltkrieg verteidigt. Laut *taz* vom 4. Oktober gibt es „erste Annäherungen auch mit der russischen antisemitischen Bewegung ‚Pamjat'".



Spartakist

Berlin, 24. Mai: Renate Dahlhaus am Megaphon, links Michael Philippsen

Der Moabit-Prozeß geht um einen Überfall der Republikaner im Januar 1989 auf ein Restaurant von Immigranten und Linken im Berliner Arbeiterbezirk Moabit. Vorher hatte die Trotzkistische Liga Deutschlands (Vorläuferorganisation der SpAD) ein Video gezeigt über die erfolgreiche Massenmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen und anderen Minderheiten in Philadelphia/USA im November 1988, die

Fortgesetzt auf Seite 23

Demonstriert! Mittwoch, 4. Dezember, 12.00 Uhr

Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91

Solidaritätsveranstaltung: Donnerstag, 28. November, 19.00 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6 (U-Bahn Nauener Platz)